Institut für Kulturpolitik
der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.)

Jahrbuch für Kulturpolitik 2010

Jahrbuch für Kulturpolitik 2010 • Band 10

Institut für Kulturpolitik
der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V. (Hrsg.)

Das Jahrbuch für Kulturpolitik

- greift jeweils ein besonders bemerkenswertes Thema der kulturpolitischen Diskussion als Schwerpunkt auf;
- reflektiert wichtige gesellschaftliche Entwicklungen im Lichte der Kulturpolitik;
- dient als Plattform, um Perspektiven der Kulturpolitik – jenseits des hektischen Tagesgeschäfts – zu diskutieren;
- versteht sich als Instrument der Politikberatung im kommunalen Bereich wie auf Länder- und Bundesebene;
- stellt zentrale Ergebnisse der kulturstatistischen Forschung zusammen und widmet der Kulturstatistik ein besonderes Augenmerk;
- dokumentiert wichtige Daten und Ereignisse der Kulturpolitik des abgelaufenen Jahres;
- verweist in einer umfangreichen Bibliografie auf Veröffentlichungen zur Bundes-, Landes- und lokalen Kulturpolitik;
- entwickelt sich als laufende Berichterstattung zur umfassenden Dokumentation der Kulturpolitik in der Bundesrepublik Deutschland.

Herausgegeben für das
Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V.
von Bernd Wagner

Jahrbuch für Kulturpolitik 2010

Band 10

Thema: Kulturelle Infrastruktur

- *Kulturstatistik*
- *Chronik*
- *Literatur*
- *Adressen*

Klartext

Das »Jahrbuch für Kulturpolitik« wird aus Mitteln des Beauftragen der Bundesregierung für Kultur und Medien gefördert.

Der Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter http://dnb.ddb.de abrufbar.

© 2010, Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V., Bonn
Klartext Verlag, Essen
Alle Rechte vorbehalten
Umschlaggestaltung: Juliane Bentz
Satz + Gestaltung: Karin Dienst, Wolfgang Röckel
Printed in Germany

ISBN 978-3-8375-0471-2

Inhalt

Bernd Neumann
Vorwort 9

Bernd Wagner
Kulturelle Infrastruktur. Einleitung 11

Kulturpolitische Begründungen

Oliver Scheytt
Pflichtaufgabe, Grundversorgung und kulturelle Infrastruktur –
Begründungsmodelle der Kulturpolitik 27

Max Fuchs
Kulturpolitik und ihre Begründungen.
Einige theoretische Überlegungen zu einem praktischen Problem 45

Klaus Hebborn
Grundversorgung, Infrastruktur, Cultural Governance –
wie viel Kultur braucht eine Stadt? 51

Entwicklungen kultureller Infrastruktur

Tobias J. Knoblich
Kulturelle Infrastruktur in Sachsen und ihre Entwicklung seit 1990 61

Thomas Strittmatter
Zur Entwicklung der kulturellen Infrastruktur im Land
Brandenburg seit 1990. Aspekte des kulturellen Strukturwandels
in den neuen Bundesländern 73

Franz Kröger
Kultur in Nordrhein-Westfalen.
Entwicklung der kulturellen Infrastruktur 1990 bis 2010 93

Klaus Winterfeld
Die kulturelle Substanz in der sächsischen Provinz.
Zum Wandel der kulturellen Infrastruktur in Oberlausitz-Niederschlesien 109

Markus Morr
Kulturelle Infrastruktur im hessischen Landkreis
Marburg-Biedenkopf. Die Entwicklung in den letzten 20 Jahren 119

Dieter Rossmeissl
Infrastruktur: Institutionen im Wandel – das Beispiel Erlangen 127

Rolf Bolwin
Theater und Orchester gestern, heute, morgen –
Eine Welt der Kunst in Zahlen ... 137

André Störr
Veränderung, um zu erhalten?
Die Zukunft des Stadttheatermodells im Freistaat Thüringen ... 145

Gerald Mertens
Deutsche Orchesterlandschaft im Wandel
20 Jahre deutsche Einheit ... 155

Markus Rhomberg, Martin Tröndle
Who cares? Themen, Akteure und Motivationen
im Klassikbetrieb: Eine Diskursanalyse der Medienrezeption
des Bandes »Das Konzert« ... 167

Monika Hagedorn-Saupe
Entwicklung der Museumslandschaft in Deutschland seit 1990 ... 177

Mechthild Eickhoff
Irgendwas mit Kunst und Kindern?
40 Jahre Jugendkunstschulen in Deutschland ... 189

Ronald Michael Schmidt
Öffentliche Bibliotheken in Deutschland 1990 – 2009 ... 197

Ulrike Blumenreich
Die Hochschullandschaft in Deutschland:
Infrastruktur und Angebot an Kulturstudiengängen ... 209

Nutzung kultureller Infrastruktur

Norbert Sievers
Die unzulängliche Zugänglichkeit der Kultur.
Kulturelle Teilhabe und Sozialstruktur ... 221

Karl-Heinz Reuband
Kulturelle Partizipation als Lebensstil.
Eine vergleichende Städteuntersuchung zur Nutzung
der lokalen kulturellen Infrastruktur ... 235

Susanne Keuchel
Lernorte oder Kulturtempel?
Infrastrukturerhebung zu Bildungsangeboten
in klassischen Kultureinrichtungen ... 247

Svetlana Acevic
Kulturelle Infrastruktur der migrantischen Bevölkerung
in Stuttgart und der von ihnen genutzten Kultur- und
Freizeiteinrichtungen ... 255

Entwicklungsperspektiven

Pius Knüsel
Gehört zur Kultur die Zeit? 263

Armin Klein
Kulturelle Infrastruktur und Kulturmanagement:
Der exzellente Kulturbetrieb 271

Wolfgang Schneider
Wider die normative Kraft des Faktischen.
Kulturpolitische Anmerkungen zur Infrastruktur der Kunstbetriebe,
zu Institutionalisierungsbestrebungen der Kommunen
und zu der Initiative, Kulturräume immer wieder neu zu denken 281

Patrick S. Föhl
Kooperationen und Fusionen von öffentlichen Theatern.
Entwicklung oder Abwicklung kultureller Infrastruktur? 291

Wolfgang Zacharias
Aktualität und Ambivalenz Kultureller Bildung 2.0
Von Modellen zu Strukturen 299

Birgit Mandel
Neue Kulturunternehmen an den Schnittstellen von Hochkultur,
Avantgardekultur, Soziokultur und Kreativwirtschaft.
Eine Herausforderung für die öffentliche Kulturförderung 313

Linn Quante, Sebastian Sooth
Coworking Spaces –
Offene Räume für eine Kultur des gemeinsamen Arbeitens 321

Kulturpolitische Chronik, Literatur und Adressen

Chronik kulturpolitischer und kultureller Ereignisse im Jahr 2009 327

Bibliographie kulturpolitischer Neuerscheinungen 2009 345

Kulturpolitische Institutionen, Gremien, Verbände 395

Kunst und Kultur im Internet 403

Autorinnen und Autoren 413

Vorwort

Die *Kulturpolitische Gesellschaft* widmet ihr Jahrbuch in diesem Jahr einem Thema, das nicht nur Künstler und Kulturpolitiker umtreibt, sondern auch für alle Besucherinnen und Besucher der Theater und Opernhäuser unseres Landes, der Museen und Ausstellungshäuser, der Konzertsäle und kommunalen Kinos von höchstem Interesse ist: Die kulturelle Infrastruktur, also die Grundlagen und Voraussetzungen für die Kultur in Deutschland. Dem Bund kommt gerade bei der Gestaltung der Rahmenbedingungen für Künstler und Kulturberufe, für freie Kulturträger und die Kultur- und Kreativwirtschaft eine zentrale Rolle zu. Darüber hinaus gibt es jedoch auch inhaltliche Schwerpunkte, für die wir uns besonders einsetzen wie die kulturelle Bildung, den Erhalt und die Pflege unseres kulturellen Erbes und den gesamten Mediensektor.

Wofür der Kulturstaatsminister allerdings nicht sorgen kann, ist die angemessene finanzielle Ausstattung all der kulturellen Einrichtungen, die von Ländern und Kommunen getragen werden. Zu diesen Kultureinrichtungen gehören unter anderem rund 5000 Museen, 300 Theater, über 100 Musiktheater und Opernhäuser, 130 Berufsorchester sowie 7500 Bibliotheken. Der kulturelle Reichtum unseres Landes und seine Attraktivität auch im Ausland hängen nicht zuletzt mit dieser vielfältigen und dichten Kulturlandschaft zusammen. Es ist eine öffentliche Aufgabe, sie zu erhalten und aktiv weiter zu entwickeln, denn die Bundesrepublik Deutschland versteht sich als Kulturnation. Dabei sind die Gewichtungen in der Kulturfinanzierung entsprechend der föderalen Struktur unseres Landes sehr unterschiedlich. Der Bundesanteil beträgt knapp 13 Prozent, derjenige der Länder rund 42 Prozent und die Gemeinden steuern mit etwa 45 Prozent den größten Anteil zu den insgesamt rund acht Milliarden öffentlicher Kulturausgaben bei.

Die Kulturlandschaft in Deutschland, das soll dabei gleichwohl nicht aus dem Blick geraten, wird wesentlich geprägt von den hier lebenden Künstlerinnen und Künstlern. Sie sollte zudem auch nicht ausschließlich auf öffentliche Institutionen und private Kulturbetriebe reduziert werden. Getragen wird das kulturelle

Leben auch von hohem und verdienstvollem bürgerschaftlichem Engagement. Beachtliche Unterstützung erfährt die Kultur nicht zuletzt auch von den Kirchen, Religionsgemeinschaften und Verbänden.

Es steht außer Frage, dass der Unterhalt einer flächendeckenden kulturellen Infrastruktur erhebliche Mittel bindet. Und es ist auch unstrittig, dass die Balance zwischen der Förderung von etablierten Kultureinrichtungen und von innovativen neuen Formen, die häufig in freier Trägerschaft entstehen, beständig neu austariert werden muss. Gerade in Zeiten ökonomischer Krisen wird leider oft allzu schnell die Frage gestellt: Können wir uns angesichts der Lage der Haushalte von Bund, Ländern und Kommunen eine so umfangreiche, öffentlich finanzierte kulturelle Infrastruktur in Deutschland weiterhin leisten? Was bringt sie uns? Meine Antwort ist ganz eindeutig: Ja, wir brauchen diese historisch gewachsene Kulturlandschaft! Ja, es ist unsere Aufgabe, für ihre auskömmliche Finanzierung zu sorgen! Denn es geht hier nicht um bloßes Amüsement in der Freizeit, sondern es geht um das Fundament unserer Kulturnation. Es ist die Kultur, die unsere Werte prägt und vermittelt. Es sind die Künste, die uns zum Reflektieren und Besinnen ermuntern. Es ist dieses gleichsam überflüssig Scheinende, das ganz wesentlich die Basis unseres Gemeinwesens bildet. Kunst ist nicht das Sahnehäubchen, sondern die Hefe im Teig!

Zur Legitimierung der Kulturinstitutionen gehört aber, dass sie sich den herausfordernden Fragen unserer Zeit immer wieder aufs Neue stellen, dass sie neue Angebote schaffen und neue Publikumsschichten erobern, um zeitgemäß zu bleiben. Auch kulturelle Einrichtungen müssen von Zeit zu Zeit auf den Prüfstand gestellt werden, aber funktionstüchtige Strukturen zu zerschlagen, um kurzfristig Geld einzusparen, hilft nicht weiter. Die Erfahrung zeigt: Mit Kürzungen im Kulturetat kann man keine Haushalte sanieren! Diese Erkenntnis muss nicht nur in Haushaltsverhandlungen – ob beim Bund, bei den Ländern oder in den Kommunen – immer wieder aufs Neue verteidigt werden, sondern auch aus der Mitte der Gesellschaft mitgetragen werden.

Das vorliegende Kompendium der *Kulturpolitischen Gesellschaft* leistet einen Überblick und damit einen fundierten Beitrag zur Sicherung und Erneuerung der kulturellen Infrastruktur und weist damit in die richtige Richtung.

Bernd Neumann, MdB
Staatsminister bei der Bundeskanzlerin
Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien

Bernd Wagner

Kulturelle Infrastruktur

Einleitung

Kulturpolitische Diskussionen werden dann besonders vehement geführt, wenn es um den Erhalt oder den Ausbau, die mögliche Schließung oder den Neubau von Kunst- und Kultureinrichtungen geht. Diese Institutionen wie Theater, Konzerthäuser, Museen, Bibliotheken, Kulturzentren, Musik- und Kunstschulen und viele andere mehr bilden das Fundament unserer reichhaltigen Kulturlandschaft. Gleichzeitig stellen sie eine der zentralen Herausforderungen für kulturpolitisches Handeln dar, da der allergrößte Teil der öffentlichen Mittel für Kunst und Kultur in diese Einrichtungen fließt. Die freien, nicht an feste Institutionen gebundenen Mittel machen dagegen nur einen Bruchteil aus. Je größer die Städte sind, desto höher ist der Anteil, der an die Kultur- und Kunsteinrichtungen geht.

Viele unserer heutigen Kunst- und Kulturformen benötigen Räume, Gebäude und Orte, die bestimmte Voraussetzungen und Standards für eine ansprechende künstlerische Produktion und Rezeption erfüllen müssen – auch wenn diese Orte sicher vielfach nicht so aussehen müssten, wie sie aussehen. Diese räumlich-baulichen Voraussetzungen sind etwa bei Konzerten und Musiktheatern besonders evident, treffen aber auch auf die meisten anderen Kunstformen und Kulturangebote in unterschiedlicher Weise zu.

Zu diesen materiellen, räumlich-baulichen Voraussetzungen kulturell-künstlerischen Tätigseins kommen noch die institutionellen Bedingungen, wie innerer Aufbau, organisatorische Struktur und juristische Verfasstheit. Beide, die materiellen wie die institutionellen Grundlagen, werden gemeinsam mit den darin eingebundenen Beschäftigten als kulturelle Infrastruktur bezeichnet.

Der Begriff

Mit dem Begriff »Infrastruktur« – vom Lateinischen *infra* (unten, unterhalb) – wurde ursprünglich der unbewegliche Teil des Verkehrssystems bezeichnet. In seiner neueren Verwendung im 20. Jahrhundert entstammt er dem Militärwesen als zusammenfassende Bezeichnung für militärische Anlagen wie Kasernen, Flughäfen, Straßen, Brücken und Kommunikationsnetze, der von den Wirtschaftswissenschaften aufgegriffen wurde. Hier steht er für die materiellen Voraussetzungen und allgemeinen Produktionsbedingungen wirtschaftlicher Entwicklung.

Seit Beginn der 1960er Jahre wird der Begriff »Infrastruktur« zunehmend allgemeiner im Sinne langlebiger Grundeinrichtungen und Basisausstattungen in unterschiedlichen gesellschaftlichen Feldern benutzt. Dabei wird er in der Regel als öffentlicher, steuerfinanzierter Aufgabenbereich angesehen, dessen Aufrechterhaltung entweder für Einzelne zu kostenintensiv und wenig lukrativ ist, oder der dem Allgemeinwohl dient. Unterschieden werden dabei die materielle Infrastruktur wie Gebäude, Wege, Plätze und Orte, die institutionelle wie Normen, Rechtsordnungen, Verfahrensweisen sowie die personelle Infrastruktur. Analog findet der Begriff auch im privatwirtschaftlichen Bereich zur Kennzeichnung technischer Grundstrukturen Verwendung.

Zur öffentlichen Infrastruktur gehören neben den allgemeinen Ver- und Entsorgungseinrichtungen, dem öffentlichen Verkehrswesen, dem Bildungssystem, der öffentlichen Sicherheit, dem Rechtssystem, dem Gesundheitswesen sowie der Verwaltung auch die öffentlich getragenen Kultureinrichtungen. Das Vorhandensein und die Pflege dieser technischen und sozialen Infrastruktur des gesellschaftlichen Zusammenlebens wird zusammenfassend auch als öffentliche »Grundversorgung« oder »Daseinsvorsorge« bezeichnet. Der Staat trägt dafür die Verantwortung, auch wenn teilweise die Aufgabenwahrnehmung – mit oder ohne staatlich-kommunale Finanzierung – privat hergestellt und getragen wird.

In der kulturpolitischen Diskussion spielte der Begriff »Infrastruktur« lange Zeit eher eine untergeordnete Rolle und stand, wenn er verwandt wurde, in der Regel im materiellen Sinne für die baulichen Grundlagen kulturell-künstlerischer Produktion und Rezeption. Eine Ausnahme bilden die Kulturentwicklungsplanungen seit den 1970er Jahren, in denen das jeweilige Gesamtgefüge der verschiedenen Kultureinrichtungen einer Stadt Gegenstand kulturpolitischer Konzeptionen und Diskussionen war, ebenso wie bei der Einbindung von Kulturinstitutionen in die Stadt- und Landesentwicklungsplanung. (Siehe Wagner 2011)

In Hermann Glasers »Bürgerrecht Kultur« findet der Begriff aber auch schon in einem erweiterten Sinn Verwendung. Er spricht dort von »einer sozial-ästhetischen Infrastruktur« und meint damit zum einen, dass »die Lebensbedingungen so beschaffen sein (müssen), dass ein menschenwürdiges Leben möglich ist« und zum anderen »die Topographie genügend Symbolwert haben (muss), damit Identifikation (als Heimatgefühl) möglich wird«. (1974/1983: 71 f.)

Im engeren kulturpolitischen Sinn wird der Begriff seit etwa zwei Jahrzehnten zunehmend gebraucht. Das hängt zum einen mit Veränderungen in der Kulturlandschaft und der Kulturpolitik zusammen. Solange es um Neugründungen und den Ausbau etwa von Theatern und Museen oder die Aufnahme beispielsweise von soziokulturellen Zentren und Einrichtungen der kulturellen Bildung in den Kreis der öffentlich geförderten Kultur ging, standen in der Regel die jeweiligen Einrichtungen im Zentrum der kulturpolitischen Betrachtungen, vielleicht auch das ein oder andere Mal der jeweilige Einrichtungstyp oder die Sparte. Im Zusammenhang mit dem Ende der etwa 20-jährigen, weitgehend durchgängigen Wachstumsphase der Kulturetats in der Bundesrepublik in den frühen 1990er Jahren und den seitherigen periodischen Spar- und Kürzungswellen im Kulturbereich richtete sich mit der Zeit der Blick von den einzelnen Einrichtungen auf das gesamte kulturelle Angebot einer Stadt oder eines Landes.

Hinzu kam zum anderen das langsame Gewahrwerden neuer Herausforderungen für die Kulturpolitik, besonders durch die demographische Entwicklung, Umbrüche in der Produktionsweise und auf dem Arbeitsmarkt sowie Veränderungen gesellschaftlicher Wertehaltungen. In der Stadtentwicklungs- und Stadtplanungsdiskussion tauchte in dieser Zeit bereits der Begriff der »Infrastrukturrevision« für städtische Um- und Rückbauprozesse auf (siehe Siewert 1986) und auch in der Kulturpolitik fand der Infrastrukturbegriff wenn auch noch nicht im Sinne von Rückbau, sondern von Auf- und Ausbau zunehmend Verbreitung, wie beispielsweise in der »Kunstkonzeption des Landes Baden-Württemberg«, in der es – wie im Vorwort formuliert wurde – auch um den »Ausbau der kulturellen Infrastruktur« geht. (Kunstkoordinator des Landes Baden-Württemberg 1990: 9)

In der in der gleichen Zeit erschienenen, für die damalige kulturpolitische Diskussion wichtigen Studie »Von der Industrie- zur Kulturgesellschaft« von Andreas Wiesand und Karla Fohrbeck wird »kulturelle Infrastruktur« bereits im Sinne eines festen Terminus gebraucht (1989: 32, 77). 1987 legte der *Verband Deutscher Städtestatistiker* einen ersten »Strukturbericht zum Thema Kultur und Bildung« vor, dem gut zehn Jahre später ein gleich lautender zweiter folgte, in dem der Begriff »kulturelle Infrastruktur« bereits eingeführt ist (siehe Verband Deutscher Städtestatistiker 1987 und 1998) und Heft 2 der *Informationen zur Raumentwicklung* von 1992 hatte das Thema »Kulturelle Infrastruktur« (Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung 1992).

Das damalige Aufgreifen des Infrastrukturbegriffs in der Kulturpolitik ist dabei eng verknüpft mit den ersten Diskussionen über den Aufbau einer Kulturstatistik in der Bundesrepublik, die bis in die 1980er Jahre ein Schattendasein führte und deren weitgehendes Fehlen bis dahin nur selten problematisiert wurde (siehe beispielsweise Köhler 1992, Müller-Sachse 1991 und Statistisches Bundesamt 1994 sowie die damals erschienenen »Berichte zur Kulturstatistik« des *Zentrums für Kulturforschung* (1990–1994).[1]

Vor allem bekam der Begriff »kulturelle Infrastruktur« im Zuge der deutschen Einigung eine zunehmende Bedeutung. In Artikel 35, Abs. 7 des Einigungsvertra-

ges wird von der »kulturellen Infrastruktur« gesprochen, zu deren Sicherung der Bund übergangsweise Maßnahmen im »Beitrittsgebiet« fördern dürfe, nachdem zuvor bereits von der »kulturellen Substanz« die Rede war, die keinen Schaden nehmen darf (Art. 35, Abs. 2). Auf dieser Grundlage legte der Bund in der ersten Hälfte der 1990er Jahre neben dem Substanzerhaltungsprogramm auch ein Infrastrukturprogramm für die neuen Länder auf. Seit dieser Zeit ist der Begriff – anfänglich vor allem in Bezug auf die neuen Bundesländer – ein fester Terminus geworden, wie beispielsweise die Studien der *Stiftung Lesen* und des *Deutschen Kulturrats* (1992 und 1993) zeigen. Aber mit der Zeit ist er insgesamt in der kulturpolitischen Diskussion gebräuchlich geworden.[2]

Während der Begriff seither immer häufiger benutzt wird und zunehmend in den kulturpolitischen Sprachgebrauch überging, bekam er durch die Arbeit der *Enquete-Kommission »Kultur in Deutschland« des Deutschen Bundestags* seine gegenwärtige Prominenz. Im Sachregister des Schlussberichtes der *Enquete-Kommission* haben von den etwa 550 Stichworten nur etwa ein Dutzend mehr Verweise als »kulturelle Infrastruktur«. Würde allerdings das zusätzlich angeführte Stichwort »Standards für die kulturelle Infrastruktur« mit häufig nicht deckungsgleichen Verweisen dazugezählt, ständen die beiden Lemmata nahezu unbehelligt an der Spitze der Seitenverweise. In einem eigenen Kapitel »2.5 Sicherung der kulturellen Infrastruktur« (Enquete-Kommission 2007: 84–87) geht es unter anderem um das begriffliche Verständnis, den öffentlichen Auftrag, die Standards und die kulturpolitischen Begründungen zur Sicherung der kulturellen Infrastruktur.

Mit dem Begriffsgebrauch im *Enquete*-Bericht findet allerdings nicht nur eine weitere Etablierung der Bezeichnung »kulturelle Infrastruktur« in der kulturpolitischen Debatte statt, sondern gleichzeitig eine Bedeutungserweiterung. Der Begriff »kulturelle Infrastruktur« steht nicht mehr nur für die materiellen, institutionellen und personellen Grundlagen kulturell-künstlerischer Produktion und Rezeption, sondern er wird neben seiner deskriptiven Dimension auch zu einem normativen Begriff, der neben der »Beschreibung« auch die »Bewertung« von und die »Entscheidung« über kulturelle Einrichtungen umfasst. Als solcher steht er in engem Zusammenhang mit kulturpolitischen Begründungen und der Legitimation öffentlichen Handelns im Kulturbereich, besonders zu den Begriffen »kulturelle

1 In der DDR war der Begriff »kulturelle Infrastruktur« in den ersten Jahrzehnten ebenfalls wenig verbreitet, zumindest findet er sich selten in den einschlägigen kulturpolitischen Publikationen, etwa dem »Kulturpolitischen Wörterbuch« (Berger u.a. 1970) oder dem vergleichenden »Kulturpolitischen Wörterbuch. Bundesrepublik Deutschland/DDR im Vergleich« (Langenbucher/Rytlewski/Weyergraf 1983). Allerdings gab es hier, anders als in der Bundesrepublik, einen systematischen Aufbau verschiedener kultureller Einrichtungstypen, besonders solcher der »kulturellen Massenarbeit« wie Kulturhäuser, Klubs der Werktätigen, Volkskunstkollektive, aber auch von Konzertsälen, Kinos, Ausstellungspavillons und anderen »Kulturzentren« entsprechend der Größe und Bevölkerungszahl der Städte und Kreise als Teil der allgemeinen Planwirtschaft, der einer kulturellen Infrastrukturpolitik entsprach. (Siehe hierzu beispielsweise Groschopp 1994: 135–176) In den 1980er Jahren wurde hierfür der Begriff »kulturelle Infrastruktur« häufiger verwandt, wie etwa in Thomas Strittmatters Dissertation (1987) oder in Ruth Steins und Thomas Strittmatters Studie »Entwicklungsprobleme der kulturellen Infrastruktur in der DDR« (1988) (siehe zum Begriff »kulturelle Infrastruktur« in der DDR auch Strittmatter 1995).

2 Allerdings findet sich das Stichwort »Infrastruktur« oder »kulturelle Infrastruktur« noch nicht in einschlägigen kulturpolitischen Nachschlagebüchern und -broschüren wie von Heinrichs/Klein (1996), Schneider/Götzky (2008) und Schwencke/Bühler/Wagner (2009).

Daseinsvorsorge« oder »kulturelle Grundversorgung«, an deren Stelle er bei der *Enquete-Kommission* tritt. (Siehe hierzu ausführlicher den Beitrag von Oliver Scheytt in diesem Jahrbuch, der diese Entwicklung nachzeichnet und als Mitglied der *Enquete-Kommission* wesentlich die entsprechenden Passagen im Schlussbericht mit formuliert hat; vgl. hierzu auch Scheytt 2008: insbesondere 196 ff., 222 ff., 241 ff.)

Mit unserem Jahrbuch 2010 knüpfen wir auch an die Arbeit der *Enquete-Kommission* an und versuchen, dort begonnene empirische Darstellungen aufzugreifen und weiter zu konkretisieren sowie damit verknüpfte kulturpolitische Fragestellungen und normative Vorstellungen weiter zu diskutieren.

Die Herausbildung und Begründungen unserer kulturellen Infrastruktur

Die »kulturelle Infrastruktur«, wie sie gegenwärtig in der Bundesrepublik vorhanden ist, hat sich über mehrere Jahrhunderte herausgebildet. Teilweise reicht sie mit den frühen Ratsbibliotheken als eine der Wurzeln der heutigen öffentlichen Bibliotheken, den Stadt- und Kunstpfeifern als Vorläufern unserer städtischen Orchester sowie den geistlichen Spielen und Schultheatern im 16. und 17. Jahrhundert, von denen sich Verbindungslinien zu unseren Theatern ziehen, bis in die Stadtkultur der Frühen Neuzeit zurück.

Noch enger als zur städtischen Kultur in der Frühen Neuzeit sind die Traditionsstränge, die von der höfischen Kultur, insbesondere der absolutistischen Zeit, in die Gegenwart reichen, etwa bei der Hofmusik als eine der Keimzellen der heutigen Musikkultur und Orchesterlandschaft. Von den höfischen Prunkopern und Hofbühnen reicht eine Linie zu den gegenwärtigen Theatern, die fürstlichen Kunst- und Wunderkammern bilden den Ausgangspunkt vieler heutiger Sammlungen und Museen, und von herrschaftlichen Lesekabinetten und Hofbibliotheken stammt vielfach der Grundbestand heutiger Landes-, Staats- und wissenschaftlicher Bibliotheken.

Mit der Herausbildung des Bürgertums im ausgehenden 18. und frühen 19. Jahrhundert entstand ein weiterer Traditionsstrang neben der Hofkultur und der älteren Stadtkultur. Von den *collegia musica* geht eine Entwicklungslinie zum reichhaltigen städtischen Musikleben des 19. und 20. Jahrhunderts mit festen Orchestern, Konzerthallen und Musiktheatern. Aus Büchersammlungen der Lesegesellschaften, Lesehallen und Volksbüchereien entstand – verknüpft mit den frühen Ratsbibliotheken – unser heutiges öffentliches Bibliothekswesen. Die Kunstkabinette des Bürgertums und die Sammlungen der Kunstvereine bilden vielfach die Grundstöcke der heutigen Kunstmuseen, ebenso wie Geschichts-, Kunstgewerbe- und vergleichbare Vereine im 19. Jahrhundert mit ihren Räumen und Häusern am Ausgangspunkt unserer heutigen vielgestaltigen Museumslandschaft stehen. Theatervereine und Gesellschaftstheater aus dieser Zeit bilden einen Teil unserer heutigen Theaterlandschaft.

Darüber hinaus haben viele der heute selbstverständlich öffentlich getragenen und geförderten Kultureinrichtungen ihre Wurzeln in privatwirtschaftlichen Struk-

turen – wie etwa die Privattheater und kommerziellen Leihbibliotheken. Im späten 19. und vor allem im 20. Jahrhundert wurden zahlreiche der früher privat wie auch bürgerschaftlich getragenen Kultureinrichtungen von Kommunen und Staat erst mitfinanziert und später auch getragen. Anfang des 20. Jahrhunderts bestand beispielsweise die professionelle deutsche Theaterlandschaft neben den etwa zwei Dutzend Hoftheatern und zwei kommunal getragenen Stadttheatern aus 200 bis 300 von Theaterunternehmern, Impressarien und Theateraktienvereinen getragenen Bühnen, die weitgehend von ihren Einnahmen leben mussten. Im Laufe der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurden diese von Kommunen oder staatlichen Gebietskörperschaften übernommen.

Die kulturelle Infrastruktur, wie sie sich über Jahrhunderte herausgebildet hat, war so nicht das Ergebnis eines längerfristigen strategischen Planungsprozesses, sondern das Resultat der Aktivitäten sehr unterschiedlicher Gruppierungen und sehr verschiedener Faktoren. Dabei wirkten kommunal-staatliche Akteure, privatwirtschaftliche Unternehmen und bürgerschaftliche Zusammenschlüsse in unterschiedlichen Formen zusammen und haben gemeinsam diese Kulturlandschaft hervorgebracht.

Die zunehmende Übernahme kultureller Angebote und Einrichtungen durch die Städte besonders ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts war dabei Teil der Herausbildung ihrer neuen Dienstleistungsfunktion. Diese Ausweitung der kommunalen Daseinsvorsorge auf die Verantwortung für Unterhaltung und Freizeit, Kultur und Kunst durch die Städte entsprach deren demokratischem Anspruch als Ort gemeinschaftlichen Zusammenlebens und gesellschaftlicher Teilhabe am städtischen Gemeinwesen als auch dem Ziel, die wachsenden sozialen Konflikte einer auseinander driftenden Stadtgesellschaft zu entschärfen.

Hinzu kam, dass ab Ende des 19. Jahrhunderts eine zunehmend größere Zahl von kulturell-künstlerischen Vereinen des Bürgertums mit der langfristigen Trägerschaft der von ihnen gegründeten Kultureinrichtungen wie Kunsthallen, kulturhistorischen Sammlungen oder Bibliotheken überfordert war und eine Reihe von ihnen von vornherein ihre Sammlungen darauf ausgerichtet hatten, diese an die Kommunen zu geben wie beispielsweise zahlreiche Kunstvereine.

In dem Maße wie die kommunalen und staatlichen Aktivitäten im kulturell-künstlerischen Bereich zunahmen und in größerem Umfang öffentliche Mittel, die einer Kontrolle der ständischen und parlamentarischen Vertretungskörperschaften unterliegen, in kulturelle Einrichtungen und künstlerische Aktivitäten flossen, bedurften sie einer gesellschaftlich anerkannten Legitimation. Diese trat dabei an die Stelle fürstlichen Beliebens, bürgerschaftlicher Selbstorganisation und von Marktmechanismen. Die Begründungen staatlich-kommunaler Kunstpflege und Kulturpolitik knüpften dabei an die bisheriger höfischer, städtischer und bürgerschaftlicher Kulturaktivitäten an.

Die höfischen Aufwendungen für Kunst und Kultur waren zum einen mit den »Ergetzlichkeiten des Landesherren«, der Erziehung der jungen Herrschaften, der Geschmacksbildung und dem repräsentativen Glanz zur Machterhöhung sowie

zum anderen – in erheblich geringerem Umfang – mit der fürstlichen Fürsorge für den Gemeinnutz und die Glückseligkeit des »gemeinen Volkes«, seiner moralischen Festigung und sittlichen Erholung begründet worden. Hinzu kamen kulturwirtschaftliche Argumentationen unterschiedlichster Art.

Die kulturellen Ausgaben der Städte von der frühen Neuzeit bis ins 19. Jahrhundert hatten ihre Legitimation vor allem in ihren verschönernden und unterhaltsamen Funktionen für das Leben in der Stadt sowie in der Repräsentation des Gemeinwesens und ihrer patrizischen Obrigkeiten. Und für das sich im 17. und 18. Jahrhundert formierende Bürgertum rechtfertigten sich ihre Investitionen in Zeit und Geld für ihre kulturellen Aktivitäten und Einrichtungen durch die dadurch eröffneten Möglichkeiten der Selbstverständigung, des gesellschaftlichen Austausches und der Unterhaltung sowie ihrer Selbstdarstellung als bildungsbeflissene, kunstsinnige und kulturell aktive Klasse gegenüber anderen Klassen und Schichten.

In allen drei Traditionssträngen kultureller Aktivitäten, den höfischen, städtischen und bürgerschaftlichen, nahmen bei den Begründungen – mit jeweils unterschiedlicher Gewichtung – die unterhaltenden, bildenden und repräsentativen sowie die sozial einbindenden Funktionen von Kultur und Kunst die zentrale Stelle ein. Darüber hinaus fand auch öfter die Bedeutung der Förderung für die Entwicklung der Künste Erwähnung.

Bei der Herausbildung der Legitimationsmuster für die kommunal-staatlichen Kulturaktivitäten im 19. und frühen 20. Jahrhundert wurde auf diese Argumente zurückgegriffen, wobei die öffentliche Verantwortung für Bildung, zu der vielfach Kunst und Kultur gezählt wurden, zunehmend in den Vordergrund trat. »Bildung und Kultur für alle« – eine der populärsten und auflagenstärksten Kulturzeitschriften im Kaiserreich hieß »Kunst für alle« – wurde im Gefolge der 1848-er Revolution sowie der demokratisch-bürgerlichen und der Arbeiterbewegung zu einer immer wichtiger werdenden Leitlinie und Begründung kulturpolitischer Förderung mit dem Ziel, einer bis dahin von der Teilhabe an Kunst- und Kulturangeboten weitgehend ausgeschlossenen Bevölkerungsgruppe den Zugang dazu zu ermöglichen und dadurch einen Beitrag zur Demokratisierung der Gesellschaft zu leisten. In engem Zusammenhang mit diesen reformerischen Bestrebungen stand auch die Absicht, mit kommunalen Kulturaktivitäten der immer stärkeren Ausbreitung der kommerziellen populären Massenkultur entgegenzuwirken.

In der Weimarer Republik und in der Bundesrepublik wurde an den sich historisch herausgebildeten Aufgabenbestimmungen und Legitimationen bei der Begründung öffentlicher Kulturausgaben angeknüpft, wobei mit der kulturpolitischen Neuorientierung durch die Neue Kulturpolitik ab den 1970er Jahren die sozialen – im weiteren gesellschaftstheoretischen Sinn – Aufgaben eine wachsende Bedeutung bekamen, was in der Zielsetzung einer soziokulturell orientierten Kulturpolitik einen prägnanten Ausdruck fand.

Die kulturelle Teilhabe möglichst vieler, vor allem von bislang von den Kulturinstitutionen kaum erreichten Menschen, und die Demokratisierung der Kultureinrichtungen und ihrer Angebote sind die zentralen Ziele demokratischer Kulturpo-

litik: Demokratisierung *von*, Partizipation *an* und Emanzipation *durch* Kultur unter den beiden zentralen Motti der Neuen Kulturpolitik der 1970er Jahre »Kultur für alle« und »Bürgerrecht Kultur«. (Siehe zur historischen Ausbildung der kulturellen Infrastruktur und ihrer Legitimation ausführlicher Wagner 2009)

Zu diesem Buch

Die heutige kulturelle Infrastruktur, für die Kommunen, Länder und Bund einen Großteil der jährlich etwa 8,3 Milliarden Euro an Fördermitteln aufwenden, steht vor allem wegen zwei Entwicklungen gegenwärtig unter besonderem Druck. Zum einen zwingen die Schulden und der Kürzungsdruck der öffentlichen Haushalte Kommunen, Länder und Bund als Träger und Förderer der Kultur- und Kunsteinrichtungen auch hier nach Einsparpotenzialen zu suchen, beziehungsweise sie erschweren ihnen, die kontinuierlichen Kostensteigerungen aufzufangen. Zum anderen üben die Publikumsnachfrage und die teilweise zurückgehende Nutzung der Kunst- und Kultureinrichtungen einen erheblichen Legitimations- und Veränderungsdruck auf die kulturelle Infrastruktur und ihre Finanzierung aus, besonders auch in Konkurrenz zu anderen Politikfeldern.

Der demografische Wandel, schrumpfende Städte, die multikulturelle Durchmischung und die Pluralisierung der Lebenswelten, aber auch eine wachsende Armut und ein weiteres Auseinanderdriften von Arm und Reich bilden gemeinsam mit der Krise der öffentlichen Haushalte die Determinanten, unter denen heute die Diskussionen über den Erhalt und die Weiterentwicklung der kulturellen Infrastruktur stattfinden.

Dabei stellen vor allem der Wandel der kulturellen Präferenzen und die Vervielfachung der kulturellen Angebote, besonders durch die rasche Entwicklung der audiovisuellen Medien und neuen Kommunikationstechnologien sowie einen insgesamt immens gewachsenen Freizeitsektor, die öffentliche Kulturpolitik vor die Aufgabe, ihre konzeptionell-theoretischen Grundlagen und ihr praktisches Handeln daraufhin zu überprüfen, inwieweit diese den gewandelten kulturellen Bedingungen gerecht werden, und danach, welche kulturelle Infrastruktur sie vorhalten und weiter entwickeln muss, damit möglichst viele Menschen ihren kulturell-künstlerischen Interessen nachgehen können.

Das Thema »kulturelle Infrastruktur« hat wie erwähnt eine Vielzahl unterschiedlicher Aspekte, die wir nicht alle in diesem Jahrbuch behandeln können. Wir greifen aber einige der grundsätzlichen Fragestellungen auf und versuchen exemplarisch an einzelnen Feldern Vorschläge für die weitere kulturpolitische Diskussion zu entwickeln. Dabei knüpfen wir an den entsprechenden Ausführungen im *Enquete*-Bericht an, stellen dort entwickelte Positionen zur Diskussion und führen die darin begonnenen Ausarbeitungen weiter.

Das Jahrbuch umfasst vier Themenfelder. Im ersten Komplex geht es um theoretisch-konzeptionelle Grundlegungen und kulturpolitische Begründungen der öffentlichen Verantwortung für die kulturelle Infrastruktur. *Oliver Scheytt* geht in

seinem Beitrag, der gleichzeitig eine inhaltliche Einführung in das Schwerpunktthema dieses Jahrbuchs darstellt, von drei Begründungssträngen öffentlicher Kulturförderung aus: die Debatten über die Pflichtigkeit oder Freiwilligkeit öffentlicher Kulturaufwendungen sowie über kulturelle Grundversorgung resp. Daseinsvorsorge und als dritten Strang die neue »ganzheitliche« Begründung mit dem Begriff »kulturelle Infrastruktur«. Er diskutiert dessen Herausbildung besonders im Rahmen der *Enquete-Kommission*, auch in Abgrenzung zu anderen Begründungen, und beschreibt dessen Besonderheiten und Vorteile wie seinen Handlungsfeldbezug, die Einbindung von Zielen und Standards sowie die Verantwortungspartnerschaft von öffentlichen, privaten und gesellschaftlichen Akteuren.

Max Fuchs setzt sich nach einer kurzen theoretisch-begrifflichen Reflexion von Kulturpolitik ebenfalls mit verschiedenen Begründungsweisen öffentlicher Kulturförderung und Kulturpolitik, wie wirtschaftliche Argumentationen, Kunstförderung und juristische Festlegungen, auseinander und kommt zum Schluss, dass es keine »kanonische Begründung« und keine »reine Lehre« der Kulturpolitik gibt, sondern ein viel dimensionales Begründungsgeflecht.

Klaus Hebborn skizziert die Debatte um kulturelle Grundversorgung im Rahmen des *Deutschen Städtetages* mit starkem Bezug auf die *Enquete-Kommission* und geht dabei auch auf die Problematik von Standards ein. Er greift dabei die lange Debatte über Kulturförderung als kommunale Pflichtaufgabe auf und konkretisiert am Beispiel der kulturellen Bildung die Möglichkeiten rechtlicher Festlegung mit dem allgemeinen Fazit, dass städtische Kulturförderung eine »politische Pflichtaufgabe« im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung sei.

Im zweiten Abschnitt wird an konkreten Beispielen untersucht, wie sich die kulturelle Infrastruktur in den vergangenen zwei Jahrzehnten und ihre Nutzung entwickelt haben. Dabei kann es sich mit den ausgewählten Studien zu drei Bundesländern, zwei ländlichen Regionen, einer Stadt sowie einigen Sparten nur um eine exemplarische Darstellung handeln, die aber unseres Erachtens einen sicher nicht repräsentativen, aber doch der Wirklichkeit nahe kommenden Eindruck dieser Entwicklung gibt. Wir hätten gern noch eine größere Zahl von unterschiedlichen Städten einbezogen, was aber unter anderem auf Grund der Kürze der Zeit und des eingeschränkten Platzes nicht möglich war. Auch bei den untersuchten Sparten und Genres musste eine Auswahl getroffen werden. Selbstverständlich war, dass die in mehrfacher Hinsicht großen Kulturinstitutionen Theater, Orchester und Museen einbezogen wurden, da sie im Zentrum der kulturpolitischen Diskussionen stehen, die meisten öffentlichen Mittel bekommen und hohe Publikumszahlen erreichen. Wir haben die Öffentlichen Bibliotheken hinzu genommen, da diese zum einen ebenfalls eine große Zahl von Menschen erreichen und zum anderen hier, entgegen der Entwicklung in den meisten anderen Einrichtungsarten, ein Abbau der Infrastruktur stattfand.

Mit den Jugendkunstschulen haben wir lediglich eine Einrichtungsart aus dem Bereich der Kulturellen Bildung und Soziokultur aufnehmen können. Viele andere Einrichtungen wie etwa Musikschulen, freie Theater oder soziokulturelle

Zentren hätten auch hierher gehört. Aufgenommen haben wir zudem einen Beitrag zu Hochschulangeboten für den Arbeitsmarkt Kultur wie Kulturmanagement, Kulturwissenschaften und Kulturpädagogik.

Was gänzlich fehlt sind Beiträge zu den privatwirtschaftlichen Angeboten. Sie bilden gemeinsam mit den öffentlich getragenen Kultur- und Kunsteinrichtungen sowie dem frei-gemeinnützigen Kultursektor die reichhaltige und vielgestaltige Kulturlandschaft und einen zentralen Teil der kulturellen Infrastruktur, zumindest im herkömmlichen Sinn von Einrichtungen, Institutionen und Personen. Der Musik- und der Literaturmarkt wie der der Bildenden Künste mit Verlagen, Plattenfirmen, Galerien und vielen anderen kulturell-künstlerischen Einrichtungen sowie insbesondere die audiovisuellen Medien von der Filmindustrie über den öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunk bis zum Internet prägen heute mehr als jemals zuvor unsere kulturellen Gewohnheiten und künstlerischen Interessen und gehören mithin auch zur kulturellen Infrastruktur. Die vielen Kultur- und Kreativwirtschaftsberichte der letzten Jahre und Jahrzehnte vermitteln hiervon ein eindrucksvolles Bild. (Siehe Institut für Kulturpolitik 2008)

Schon allein diese ausschnitthafte Benennung, was alles sinnvollerweise bei einer Untersuchung der kulturellen Infrastruktur zu berücksichtigen wäre, zeigt, dass eine solche flächendeckende, die ganze Vielfalt und Vielgestaltigkeit einbeziehende Darstellung eine kaum zu bewältigende Aufgabe ist und den Rahmen dieses oder auch mehrerer Jahrbücher sprengen würde. Gleichwohl müssen diese »Lücken« bei der Lektüre dieses Jahrbuches mitgedacht werden. Eine solche Untersuchung bleibt ein Desiderat, dem zumindest durch eine dringend notwendige Verbesserung der Kulturstatistik von Seiten der Kulturpolitik begegnet werden muss, wie jüngst auch wieder die *Enquete-Kommission* angemahnt hat. (2007: 435 f.)

In unserem Jahrbuch zeichnen *Tobias J. Knoblich, Thomas Strittmatter* und *Franz Kröger* die Entwicklung der kulturellen Infrastruktur in Sachsen, Brandenburg und Nordrhein-Westfalen in den vergangenen zwei Jahrzehnten nach. Dabei ist allen drei Beiträgen auch ein kurzer kulturpolitischer Abriss bis in die 1990er Jahre vorgeschaltet, was bei Sachsen und Brandenburg besonders interessant ist, da hierdurch auch mögliche Bezüge zur Situation in der DDR hergestellt werden können, auch wenn dabei kein direkter Vergleich angestrebt wird und möglich ist.

In den beiden ostdeutschen Bundesländern ist die Analyse der letzten 20 Jahre besonders interessant bezogen auf eine der zentralen Fragen der Kulturpolitik nach der deutschen Einigung: »Substanzverlust oder Strukturwandel?« Auch wenn die Entwicklung in Sachsen und Brandenburg in den einzelnen Sparten und Einrichtungstypen unterschiedlich verlaufen ist und es unter anderem zu Schließungen beziehungsweise Fusionen von Theatern und Orchestern kam und besonders DDR-spezifische Kulturorte wie Kulturhäuser, Gewerkschaftskultureinrichtungen und Werksbibliotheken in größerem Umfang geschlossen wurden, konstatieren die Autoren »viel Wandel«, einen weitgehenden Umbau und eine Ausdifferenzierung der kulturellen Infrastruktur aber keinen allgemeinen »Substanzverlust«. Stattdessen stellen sie einen Ausbau der kulturellen Infrastruktur durch neue An-

gebote fest, dem auch eine wachsende Zahl von Besucherinnen und Besuchern von Kultureinrichtungen, zumindest aber eine Stabilisierung der Nachfrage entspricht. Eine Ausnahme bildet hier – wie auch in Nordrhein-Westfalen – die zurückgehende Zahl von öffentlichen Bibliotheken, der allerdings kein entsprechender Rückgang der Entleihungen und Besuche entspricht.

Kaum anders – abgesehen von der »Abwicklung« DDR-spezifischer Kultureinrichtungen – als in den beiden ostdeutschen Ländern stellt sich die Situation in Nordrhein-Westfalen dar, wo über 20 Jahre ein weiterer Ausbau der Infrastruktur, etwa bei Theatern, Museen und der Soziokultur stattfand, während es bei Kulturorchestern und Musikschulen einen leichten und bei den Bibliotheken einen starken Rückgang gab. Dem Wachstum der Angebote entspricht aber häufig eine weitgehend gleichbleibende Nachfrage. Bemerkenswert ist darüber hinaus, dass sich hier in verschiedenen Bereichen die Wachstumstrends ab etwa Mitte des ersten Jahrzehnts des neuen Jahrhunderts verlangsamt oder leicht umkehrt haben.

Die Beiträge von *Klaus Winterfeld* zur ländlichen Kulturregion Oberlausitz-Niederschlesien in Sachsen und von *Markus Morr* über die Entwicklung im Landkreis Marburg-Biedenkopf in Hessen vermitteln ein Abbild der Entwicklung auf Länderebene. Das betrifft auch die Einschätzung des Erhalts der kulturellen Substanz in der sächsischen Kulturregion trotz Reduzierung der Zahl kultureller Einrichtungen wie Theater, Kinos und Kulturhäuser, die aber zum Teil durch neue Kulturorte wie Kultur- und Freizeitzentren, soziokulturelle Einrichtungen und Bürgerhäuser ausgeglichen wird. Für den hessischen Landkreis lässt sich ebenfalls insbesondere in der Breitenkultur, etwa den Chören und der Amateurtheater, aber auch bei Museen und der kulturellen Bildung in der Volkshochschule, eine teilweise starke Steigerung der Angebote feststellen, dem auch ein wachsendes Besucherinteresse entspricht.

Dieter Rossmeissls Darstellung der Entwicklung der kulturellen Infrastruktur in Erlangen zeigt, dass es hier – mit Ausnahme beim Stadtmuseum – kein bemerkenswertes Wachstum der Angebote und Besuche gab, aber eine entsprechende Stabilität und in verschiedener Hinsicht einen Wandel kultureller Institutionen und ihrer Trägerstrukturen sowie verstärkte Anforderungen an öffentliche Kulturfinanzierung und kommunale Kulturpolitik.

Gegenstand des Beitrags von *Rolf Bolwin* ist die Entwicklung im Stadt- und Staatstheaterbereich in den letzten zwei Jahrzehnten. Dabei geht er unter anderem auf die Verdoppelung der Spielstätten, die Erhöhung der Zahl der Produktionen und die nahezu gleich bleibende Zahl der Besuche einschließlich der Verschiebungen zwischen den Sparten ein. *André Störr* entwickelt am Beispiel der Theater in Thüringen und der kulturpolitischen Diskussionen darum, die vor allem durch »Streichkonzerte und Theaterkämpfe« geprägt sind, einen neuartigen Vorschlag zur Sicherung und Weiterentwicklung des Theaterangebots in Thüringen über einen »Theaterfonds«.

Nach dem Beitrag von *Gerald Mertens* steht die steigende Zahl der Konzertveranstaltungen und deren wachsende Besucherzahl in einem umgekehrten Verhältnis zur Zahl der der Planstellen und Orchester, von denen vor allem in den 1990er

Jahren besonders im Osten eine Reihe aufgelöst oder fusioniert wurden. Gleichwohl geht er von einer inzwischen »halbwegs stabilisierten Orchesterlandschaft« aus, ohne dass er den »jetzigen Bestand jedoch dauerhaft als gesichert« ansieht.

Markus Rhomberg und *Martin Tröndle* untersuchen die Medienrezeption des Buches »Das Konzert«, das eine hohe kulturpolitische und publizistische Beachtung gefunden hat. Dessen Grundthese ist, dass der klassische Musikbetrieb zukünftig vor einem drastischen Publikumsproblem stehen wird und deshalb seine Formen und Rituale reformiert werden müssen. Nach Martin Tröndle als Herausgeber des Bandes kann ein solcher Veränderungsprozess nur durch einen verstärkten Wettbewerb zwischen staatlichen und privaten Akteuren um innovative Konzertkonzeptionen angestoßen werden. Die beiden Autoren zeichnen in ihrem Beitrag die Rezeption dieses Buches und die verschiedenen zentralen Topoi der Auseinandersetzung damit nach und kommen zum Schluss, dass vor allem die »staatliche Monopolisierung« bei der Konzertfinanzierung partiell aufzuheben sei und statt der bisherigen Mittelverteilung von 95 bis 99 Prozent für die öffentlich institutionalisierte Förderung eine Verteilung von 80 zu 20 Prozent angestrebt werden sollte, wobei die 20 Prozent für neue projektorientierte Konzertformen für Klassik durch private Initiativen vorzubehalten sind.

Monika Hagedorn-Saupe beschreibt die Entwicklung der Museen zwischen 1990 und 2008 und zeigt dabei unter anderem, dass sich die Zahl der Museen in dieser Zeit um etwa 50 Prozent erhöht hat, was sich allerdings für die verschiedenen Museumsarten unterschiedlich darstellt. Dem entspricht allerdings nur eine leichte Steigerung der Museumsbesuche um etwa acht Prozent. In ihrem Beitrag geht sie auch auf die Entwicklung des Personals und die ehrenamtliche Mitarbeit in Museen ein.

Mit der Darstellung der Entwicklung der Jugendkunstschulen durch *Mechthild Eickhoff* wird exemplarisch ein soziokulturelles Tätigkeitsfeld aufgegriffen. Es wird dabei deutlich, wie rasch deren Zahl von etwa 250 (1993) – nachdem 20 Jahre zuvor die ersten Jugendkunstschulen gegründet wurden – auf rund 400 Einrichtungen angewachsen ist und dass sie inzwischen einen unverzichtbaren Bestandteil unserer kulturellen Infrastruktur bilden.

Im Beitrag von *Ronald Michael Schmidt* wird detailliert die Entwicklung der Öffentlichen Bibliotheken, unterschieden nach den verschiedenen Trägern, untersucht und dabei unter anderem gezeigt, dass der stark zurückgehenden Zahl von Bibliotheken bei einer leicht sinkenden Zahl von Medien und Beschäftigten pro Einwohner eine steigende Zahl von Entleihungen gegenübersteht.

Der Beitrag von *Ulrike Blumenreich* befasst sich mit denjenigen Einrichtungen, in denen ein Teil der »personellen Infrastruktur« des Kultursektors ausgebildet wird. Nach einem kurzen Einblick in die Entwicklung der Hochschullandschaft in den vergangenen zwei Jahrzehnten geht sie näher auf die Studienangebote ein, die für den Arbeitsmarkt »Kultur« qualifizieren. Von den gegenwärtig etwa 300 kulturvermittelnden und interkulturellen Studienangeboten machen die unter dem Titel »Kulturwissenschaften« etwa ein Viertel aus, gefolgt von Kulturmanagement und kulturpädagogischen Angeboten.

Daran schließen sich vier Beiträge zur kulturellen Nachfrage bei verschiedenen Kultureinrichtungen an. Hier stehen Fragen der kulturellen Teilhabe und der kulturell-künstlerischen Bedürfnisse der Menschen im Zentrum.

Dieser Komplex beginnt mit dem Beitrag von *Norbert Sievers*, der sich mit der Frage der Nutzung der kulturellen Infrastruktur auseinandersetzt und ein wachsendes Missverhältnis von kulturellen Angeboten und kultureller Nachfrage diagnostiziert. Dabei geht er besonders auf die Auswirkungen der demografischen Entwicklung, der sozialen Veränderungen und des wachsenden Anteils der Bevölkerung mit Migrationshintergrund sowie der Pluralisierung der Lebensstile auf den Besuch von Kultureinrichtungen ein.

Die Schwäche der meisten Befragungen zur Nutzung kultureller Angebote, die nicht die konkreten Zugangsmöglichkeiten zur lokalen Infrastruktur berücksichtigen, ist Ausgangspunkt des Beitrages von *Karl-Heinz Reuband*. In einer vergleichend angelegten Studie untersucht er die Besuche von Oper, klassischem Konzert, Theater und Museen in den Landeshauptstädten Hamburg, Kiel, Düsseldorf, Stuttgart, München und Dresden und setzt diese in Beziehung zum Bildungsniveau, dem Geschlecht und dem Alter der Besucher, wobei er eine Reihe von Unterschieden und Parallelen zwischen den Städten und Einrichtungstypen feststellt.

In wieweit klassische Kultureinrichtungen sich als »Lernorte« oder »Kulturtempel« verstehen, ist Gegenstand des Beitrags von *Susanne Keuchel*. Sie berichtet darin von einer Erhebung bei Theatern, Orchestern, Museen und Bibliotheken, in der nach deren Bildungsangeboten gefragt wird. Danach betätigen sich lediglich 13 Prozent der antwortenden Einrichtungen *nicht* im Bereich der kulturellen Bildung, wobei deutlich wird, dass die übergroße Mehrheit erst nach 2005 entsprechende Angebote entwickelt hat. Dies wird für die verschiedenen Einrichtungen näher nach verschiedenen Zielgruppen untergliedert.

Über die Nutzung der kulturellen Einrichtungen durch die Bevölkerungsgruppen mit Zuwanderungsgeschichte gibt es bislang nur wenige Studien. Noch geringer sind die Kenntnisse über die kulturelle Infrastruktur der migrantischen Bevölkerung selbst. *Svetlana Acevic* beschreibt am Beispiel migrantischer Kulturvereine in Stuttgart die von ihnen genutzten Kultur- und Freizeiteinrichtungen und hebt, auch wenn es dazu kaum empirische Untersuchungen gibt und sie sich auch nur auf ihre direkten Erfahrungen beziehen kann, die eminente Bedeutung der Einbeziehung der Interessen und Bedürfnisse dieses Teils der Bevölkerung bei der Entwicklung künftiger Kulturaktivitäten und Kulturpolitik hervor.

Den vierten Teil des Jahrbuchs bilden Artikel, in denen es um neue Ansätze und Vorschläge zur Weiterentwicklung der kulturellen Infrastruktur, und sei es durch die Reduzierung eines Teiles davon, geht und mit denen unter anderem auch auf gesellschaftliche Entwicklungen wie Demografie, Globalisierung, Medialisierung und Stadtentwicklung kulturpolitisch reagiert werden soll.

Für *Pius Knüsel* ist die Frage nach der kulturellen Infrastruktur »die Schicksalsfrage der europäischen Kultur«, da sie zu träge sei, einen zu großen Teil der kulturellen Mittel absorbiere und durch ihr »bloßes Gewicht Entwicklung verhindert«.

Er untersucht in seinem Beitrag die häufigsten Argumente für den Erhalt und den Ausbau der bisherigen kulturellen Infrastruktur und stellt die provokative These auf, dass eine Halbierung der Kultureinrichtungen nicht den Untergang der abendländischen Kultur nach sich zieht, sondern einen Weg zur Erneuerung der Kultur ebnen würde, wenn die frei werdenden Mittel für die Stärkung der verbleibenden Hälfte, den Aufbau einer Kulturindustrie, die Stärkung der Laienkultur und den Ausbau von Kunsthochschulen genutzt würden.

Ausgangspunkt des Beitrages von *Armin Klein* ist der seiner Meinung nach vorherrschende Strukturkonservatismus von Kulturpolitik und Kulturverwaltung, der zulasten der Werte und Inhalte gehe. Er fordert einen Bruch mit der nach ihm noch vielfach in den Kultureinrichtungen vorhandenen Behördenmentalität, eine Öffnung des Denkens in diesen Einrichtungen und in der Politik und vor allem eine Ziel- und Aufgabendiskussion. Mit sieben Vorschlägen zu einem »exzellenten Kulturbetrieb« macht er hierfür konkrete Vorschläge.

Wolfgang Schneider kritisiert die kurzatmige Kulturpolitik, die sich vor allem als Krisenmanagement verstehe, und deren Konzentration auf äußerliche Strukturen. Dagegen plädiert er für eine Umnützung der Gebäude der älteren Industriekultur als Improvisationsräume der Künste, was er an einem Beispiel aus Frankfurt am Main konkretisiert. Darüber hinaus verändert für ihn die Nutzung solcher alter Industriebauten auch das Verhältnis von Staat und Zivilgesellschaft und fördere das Selbstbewusstsein der Bürgerschaft.

Ein kulturpolitisch heftig und kontrovers diskutiertes Thema greift *Patrick Föhl* mit der Frage nach der Kooperation und Fusion von öffentlichen Theatern auf. Er diskutiert Argumente dafür und dagegen anhand von konkreten Beispielen und einer von ihm zu diesem Thema durchgeführten Studie. Wenn Theaterkooperationen und -fusionen nicht vor allem aus Kostengründen betrieben, sondern mit einer strategischen Zieldiskussion verbunden und nicht »von oben« dekretiert werden sowie von der Kulturpolitik mit einer entsprechenden Sorgfaltspflicht gegenüber den Theaterakteuren und der Bevölkerung verbunden sind, können solche Zusammenschlüsse und Kooperationen, so der Autor, eine Reihe positiver Effekte hervorbringen.

Anknüpfend an die Ausführungen des Schlussberichts der *Enquete-Kommission* skizziert *Wolfgang Zacharias* den gegenwärtigen Stand der Diskussion um kulturelle Bildung an einigen konkreten Beispielen und Ansätzen. Zentral ist dabei für ihn, dass die Vielfalt und die vielen Zugänge zur kulturellen Bildung erhalten bleiben und keine Fokussierung auf den schulischen Raum stattfindet. Vor allem aber kommt es ihm darauf an, dass nun von der Modell- und Projektphase der Übergang zu Strukturen angegangen wird. Dabei sollten die entsprechenden Angebote an der Schnittmenge von Kultur und Bildung positioniert werden, wobei lokale Netzwerke und kommunale Gesamtkonzepte für ihn die wichtigsten Handlungsformen darstellen.

Den Abschluss bilden zwei Beiträge, die sich mit neuen Kulturorten beschäftigen. *Birgit Mandel* beschreibt unter dem Label »New Spaces for the arts« neuartige

Künstlerhäuser vor allem für hybride Kulturformen und konkretisiert dies am Beispiel des »Radialsystem« in Berlin und des »Medienbunker« in Duisburg-Marxloh. Dabei diskutiert sie auch die Unterschiede zur früheren Soziokultur und formuliert Prinzipien für eine erfolgreiche Etablierung dieser neuen Kulturorte. *Linn Quante* und *Sebastian Sooth* beschreiben die in den letzten Jahren von Amerika nach Europa gekommene Coworking-Bewegung. Die »Coworking-Spaces« sind gleichermaßen Arbeitsräume für unterschiedliche Tätigkeiten, Kommunikationsorte und Netzwerke, die vor allem von Freiberuflern und Akteuren der Kreativwirtschaft genutzt werden. Mit Hinweis auf konkrete Erfahrungen skizzieren sie diesen neuen Ansatz einer anderen Kultur des Arbeitens, der durch seine Struktur gerade auch für kulturelle Akteure von besonderem Interesse ist.

An den Schwerpunkt schließen sich die regelmäßigen Rubriken jedes Jahrbuchs, die *Chronik kulturpolitischer und kultureller Ereignisse 2009*, die *Bibliographie kulturpolitischer Neuerscheinungen* und der *Adressenteil* mit wichtigen Institutionen, Gremien und Verbänden sowie *Kunst und Kultur im Internet* an.

Die gesonderte Rubrik »Kulturstatistik« fehlt in diesem Jahrbuch, da der Schwerpunkt diesmal zu einem erheblichen Teil aus kulturstatistischen Daten besteht. Leider fehlt diesmal allerdings auch die Fortschreibung der Analyse der öffentlichen Kulturfinanzierung in Deutschland, die Michael Söndermann letztmalig im Jahrbuch 2008 für das Jahr 2007 vorgelegt hat. Wir werden uns bemühen, im nächsten Jahrbuch diese Lücke zu schließen. Solange müssen die Interessierten sich auf die Daten des »Kulturfinanzberichts 2010« der *Statistischen Ämter des Bundes und der Länder* beziehen, der Ende 2010/Anfang 2011 vorgelegt werden soll.

Allen Autorinnen und Autoren sei sehr herzlich für ihre Mitarbeit an diesem »Jahrbuch für Kulturpolitik« gedankt. Für die Erstellung des Bibliografie- und Adressenteils danken wir den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des *Instituts für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft* Ulrike Blumenreich, Ralf Brüninghaus, Jörg Hausmann, Franz Kröger und Roland Prüfer, für die Mitarbeit bei der Herstellung Aida Darida-Schmidt und den Praktikantinnen Jacqueline Thiele, Charlotte Finke und Friederike Menz sowie Wolfgang Röckel und Karin Dienst für Satz, Korrektur und Gestaltung.

Literatur

Berger, Manfred u. a. (Hrsg.) (1970): *Kulturpolitisches Wörterbuch*, Berlin: Dietz Verlag (2. erw. Auflage)

Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (1992): *Kulturelle Infrastruktur* (Informationen zur Raumentwicklung, Heft 1/1992)

Enquete-Kommission »Kultur in Deutschland« des Deutschen Bundestages (2007): *Schlussbericht*, Berlin: BT-Drucksache 16/7000

Fohrbeck, Karla/Wiesand, Andreas (1989): *Von der Industriegesellschaft zur Kulturgesellschaft?*, München: Verlag C. H. Beck (Schriftenreihe des Bundeskanzleramtes, Bd. 9)

Glaser, Hermann/Stahl, Karl Heinz (1974/1983): *Bürgerrecht Kultur*, Frankfurt am Main u. a.: Ullstein

Groschopp, Horst (1994): »Kulturhäuser in der DDR. Vorläufer, Konzepte, Gebrauch. Versuch

einer historischen Rekonstruktion«, in: Ruben, Thomas/Wagner, Bernd (Hrsg.): *Kulturhäuser in Brandenburg. Eine Bestandsaufnahme*, Potsdam: Verlag für Berlin-Brandenburg, S. 97–176

Heinrich, Werner/Klein, Armin (1996): *Kulturmanagement von A–Z. Wegweiser für Kultur- und Medienberufe*, München: dtv

Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.) (2008): *Jahrbuch für Kulturpolitik. Thema: Kulturwirtschaft und Kreative Stadt*, Essen: Klartext Verlag

Institut für Länderkunde (Hrsg.) (2002): *Nationalatlas Bundesrepublik Deutschland. Bildung und Kultur*, Heidelberg/Berlin: Spektrum Akademischer Verlag

Köhler, Franz-Heinrich (1991): »Kulturstatistik«, in: Pappermann, Ernst/Mombauer, Peter Michael (Hrsg.): *Kulturarbeit in der kommunalen Praxis*, Köln u. a.: Deutscher Gemeindeverlag, S. 31–42

Kunstkoordinator des Landes Baden-Württemberg (1990): *Kunstkonzeption des Landes Baden-Württemberg*, Stuttgart: VUD

Langenbucher, Wolfgang R./Rytlewski, Ralf/Weyergraf, Bernd (Hrsg.) (1983): *Kulturpolitisches Wörterbuch. Bundesrepublik Deutschland/DDR im Vergleich*, Stuttgart: Metzlersche Verlagsbuchhandlung

Müller-Sachse, Karl H. (1991): *Institutionen und Medien im Kulturbetrieb. Materialien zu Infrastrukturen, Angeboten und ihrer Nutzung*, Bonn: Zentrum für Kulturforschung (Kultur & Wissenschaft, Bd. 4)

Scheytt, Oliver (2008): *Kulturstaat Deutschland. Plädoyer für eine aktivierende Kulturpolitik*; Bielefeld: transcript Verlag

Schneider, Wolfgang/Götzky, Doreen (2008): *pocket kultur. Kunst und Gesellschaft von A– Z*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung

Schwencke, Olaf/Bühler, Joachim/Wagner, Marie Katharina (2009): *Kulturpolitik von A–Z. Ein Handbuch für Anfänger und Fortgeschrittene*, Berlin: Siebenhaar Verlag

Siewert, Hans-Jörg. (1986): *Infrastrukturrevision*, Berlin: difu Projektvorlage (MS)

Statistisches Bundesamt (1994): *Im Blickpunkt: Kultur in Deutschland. Zahlen und Fakten*, Wiesbaden/Stuttgart: Metzler-Pöschel

Stein, Ruth/Strittmatter, Thomas (1988): *Entwicklungsprobleme der kulturellen Infrastruktur in der DDR*, Berlin: Institut für Kulturwissenschaften (Kulturpolitische Informationen 9)

Stiftung Lesen/Deutscher Kulturrat (1992): *Strukturwandel oder Substanzverlust? Die kulturelle Infrastruktur in den fünf neuen Bundesländern*, Mainz: Selbstverlag

Stiftung Lesen/Deutscher Kulturrat (1993): *Kultur im Übergang – wohin. Entwicklungstendenzen der kulturellen Infrastruktur in den fünf neuen Bundesländern von 1991–1992*, Mainz: Selbstverlag

Strittmatter,Thomas (1987): *Standortentwicklung und territoriale Struktur staatlich geleiteter Kultureinrichtungen als Bestandteil der kulturellen Infrastruktur der DDR*, Berlin (Diss.)

Strittmatter,Thomas (1995): »Zur Funktion der Kulturhäuser im staatlichen Kulturbereich der DDR und Tendenzen ihrer Entwicklung im Rahmen des Umstrukturierungsprozesses der Kulturlandschaft«, in: Brückner, Heide–Rose u. a.: *Der Beitrag kultureller Orte zum Potentialerhalt Arbeitsloser im Komplex der beruflichen Weiterbildung*, Berlin (Quem-report, Schriften zur beruflichen Weiterbildung, Heft 36)

Verband deutscher Städtestatistiker (1987): *Ein Strukturbericht zum Thema Kultur und Bildung*, Nürnberg: Verband deutscher Städtestatistiker (Städte in Zahlen, Heft 4: Kultur und Bildung)

Verband deutscher Städtestatistiker (1998): *Ein Strukturbericht zum Thema Kultur und Bildung*, Oberhausen: Verband deutscher Städtestatistiker (Städte in Zahlen, Heft 8)

Wagner, Bernd (2009): *Fürstenhof und Bürgergesellschaft. Zur Entstehung, Entwicklung und Legitimation von Kulturpolitik*, Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft/Klartext Verlag

Wagner, Bernd (2011): »Kulturentwicklungsplanung – kulturelle Planung«, in: Klein, Armin (Hrsg.): *Kompendium Kulturmanagement. Handbuch für Studium und Praxis*, München: Franz Vahlen Verlag (3. Auflage) (i. D.)

Zentrum für Kulturforschung (1990–1994): *Berichte der Kulturstatistik* I–V, Bonn: ArCult

Oliver Scheytt

Pflichtaufgabe, Grundversorgung und kulturelle Infrastruktur – Begründungsmodelle der Kulturpolitik

Kulturpolitik bedarf einer integralen Begründung, deren inhaltliche Bezugsfelder die Künste, die kulturelle Bildung und die Geschichtskultur bilden. Die Künste leben vom Wagnis, entfalten Visionen, geben dem Experiment Raum und stärken den Eigen-Sinn der Individuen. Kulturelle Bildung entfaltet künstlerische und schöpferische Impulse, sie fördert gesellschaftliche Handlungskompetenz, soziale und politische Mündigkeit. Geschichtskultur tradiert, reflektiert und inszeniert Historie im Spektrum von Aufklärung und Bildung, Wissenschaft und politischer Verantwortung, Ästhetik und spielerischer Aneignung. Alle Versuche, allgemeingültige kulturpolitische Begründungsmodelle zu entwickeln und zu formulieren, sind mit der Problematik eines »weiten Felds« konfrontiert: Wie gelingt es, diese sehr unterschiedlichen Handlungsfelder »auf den (einen) Begriff« zu bringen?

Kulturpolitische Diskussionen haben sich in den letzten Jahrzehnten immer wieder an »Leitvokabeln« festgemacht. Beispielsweise beschreiben »kulturelle Vielfalt« und »kulturelle Teilhabe« Auftragslagen des kulturpolitischen Pflichtenheftes. Eine durchgehende Diskussion gibt es im Bezug auf die Rolle des Staates und der Kommunen im kulturellen Leben. Eine juristische Begründungslinie knüpft an der Frage an, ob Kulturarbeit eine freiwillige Leistung oder eine Pflichtaufgabe sei. Eine kulturpolitische Begründungslinie basiert auf den Vokabeln »kulturelle Grundversorgung« und »kulturelle Daseinsvorsorge«. Und in den letzten Jahren gibt es eine integrale Begründungslinie, die an der Begrifflichkeit der »kulturellen Infrastruktur« festgemacht wird und insbesondere im Zuge der Diskussion der *Enquetekommission des Deutschen Bundestages »Kultur in Deutschland«* (2003–2007) entwickelt wurde. Bei der Rollenbeschreibung von Staat und Kommunen in den drei Sektoren Staat, Markt und Gesellschaft, die jeweils ihren eigenen Beitrag zur

kulturellen Infrastruktur leisten, finden sich indes Elemente der Diskussion um die Pflichtaufgabe wie der Grundversorgung wieder. Daher soll in diesem Beitrag anhand der drei wesentlichen Begründungsstränge auch ein Rückblick auf die Geschichte integraler kulturpolitischer Begründung gegeben werden:

(1) Die juristische Diskussion der »Pflichtaufgabe Kultur« hat Teilerfolge insoweit erzielt, als die kulturelle Bildung heute in der Regel nicht mehr als freiwillige Leistung eingestuft wird. Hier hat die Differenzierung zwischen den Künsten auf der einen Seite und der kulturellen Bildung auf der anderen Seite Wirkung gezeigt. Eine offene Aufgabe bleibt die Hereinnahme einer kulturellen Staatszielbestimmung in das Grundgesetz. Doch zeigt sich, dass die Vorschriften der Landesverfassungen und der Gemeindeordnungen hinreichende Anknüpfungspunkte bieten, Kultur aus dem Reich der »freiwilligen Leistung« herauszuführen, zumal es weitere verpflichtende gesetzliche Regelungen gibt, wie etwa das sächsische Kulturraumgesetz.

(2) Die Diskussion um die kulturelle Grundversorgung und die kulturelle Daseinsvorsorge hat vor allem mit Blick auf die Begründung der kulturellen Bildung als (politische) Pflichtaufgabe ihre Wirkung nicht verfehlt. Der Begriff der kulturellen Grundversorgung hat Eingang in zahlreiche kulturpolitische Texte, in die kulturjuristische Literatur und in Parteiprogramme und Koalitionsvereinbarungen gefunden.

(3) Der Begriff der kulturellen Infrastruktur ermöglicht eine Gesamtbetrachtung und eine Integration der juristischen und der kulturpolitischen Argumentationslinien. Er ist neutraler und kann gleichzeitig für die verschiedenen Handlungs- und Anwendungsfelder »politisch aufgeladen« werden, wie die Beträge in diesem Buch zeigen.

Juristische Begründungslinie: Pflichtaufgabe und Staatszielbestimmungen

Im Mittelpunkt kulturrechtlicher Erörterungen stand in den letzten drei Jahrzehnten vor allem ein zentrales Thema: die Diskussion darüber, ob Kulturarbeit als »freiwillige Leistung« oder »Pflichtaufgabe« einzuordnen sei.[1] In der juristischen Literatur gab es zum einen Autoren, die die Pflichtigkeit des Charakters der »Aufgabe Kultur« herausgearbeitet haben, wie insbesondere Ernst Pappermann und Peter Häberle. Demgegenüber haben andere Autoren den Charakter der »Freiwilligkeit« betont und Beiträge mit einem gegenläufigen Akzent als »kulturrechtliche Wohltätigkeitsliteratur« bezeichnet. (Vgl. Steiner 1984, Kap. 7, insbesondere S. 24)

Inzwischen hat sich die Diskussion zum Thema Freiwilligkeit oder Pflichtigkeit ausdifferenziert. Zum einen ist deutlich herausgearbeitet worden, dass die

1 Ein Meilenstein markiert den Ausgangspunkt dieser die kulturrechtlichen Untersuchungen beherrschenden Diskussion: der Beitrag von Peter Häberle »Kulturpolitik in der Stadt – ein Verfassungsauftrag«, mit dem er den Fragen nachgegangen ist, »ob und inwieweit es einen eigenständigen Verfassungsauftrag zur Kulturpolitik der Stadt gibt, wie er sich in der kommunalen Wirklichkeit realisieren lässt, welche Defizite hier noch bestehen und welchen Sinn kommunale Kulturpolitik für den Bürger und die Bundesrepublik Deutschland letztlich hat«. (Häberle 1979: 2)

unterschiedlichen Bereiche der Künste (Theater, Kunstförderung, Museen etc.) und der kulturellen Bildung (Musikschulen, Volkshochschulen, Bibliotheken etc.) sehr unterschiedliche rechtliche Bezugspunkte haben. Zudem gibt es mitunter Spezialgesetze etwa zu den Musikschulen und Volkshochschulen, inzwischen auch zu den Bibliotheken. Des Weiteren gibt es einige spezialgesetzliche Regelung wie etwa das Sächsische Kulturraumgesetz mit dessen § 2 Abs. 1: »Im Freistaat Sachsen ist die Kulturpflege eine Pflichtaufgabe der Gemeinden und Landkreise.«

Doch auch ohne dezidierte Vorgaben kann eine Kulturaufgabe pflichtigen Charakter haben, was sich auch schon aus den zahlreichen Bestimmungen des Landesverfassungsrechts ergibt. In nahezu allen Bundesländern sind der Schutz, die Pflege und die Förderung von Kunst und Kultur als staatliche Aufgabe mit Verfassungsrang festgelegt. Diese Staatszielbestimmungen in den Landesverfassungen enthalten zwar keine subjektiven, einklagbaren Ansprüche, konstituieren aber eine allgemeine Pflicht zur Förderung der Künste, der kulturellen Bildung und des kulturellen Erbes.

Für die kulturelle Infrastruktur gibt es in den Kreis- und Gemeindeordnungen der Bundesländer einen entscheidenden Anknüpfungspunkt: Alle Kommunalverfassungen enthalten Vorschriften zur Errichtung und zur Unterhaltung »öffentlicher Einrichtungen«. Die Kommunen sollen danach öffentliche Einrichtungen für das »kulturelle Wohl«, die »kulturellen Belange« der Einwohnerschaft vorhalten. Abgesehen von Rheinland-Pfalz findet die kommunale Kulturarbeit in allen Gemeindeordnungen der deutschen Länder ausdrückliche Erwähnung. Sie wird als Bestandteil der gemeindlichen Aufgaben und der kommunalen Selbstverwaltung ausdrücklich genannt (Näheres in Scheytt 2005: 34ff.).

Die kommunalrechtliche Aufforderung, öffentliche Einrichtungen bereitzustellen, entfaltet rechtliche Bindungswirkung. Dies ist bei der Entscheidung über die Mittelverteilung und den Einsatz der Verwaltung zu beachten. (Losch 1985: 92) Das »Dass« kommunaler Kulturarbeit hat also pflichtigen Charakter. Jede Kommune muss auch Angebote zur kulturellen Betreuung ihrer Einwohner vorhalten. Bei der kommunalen Entscheidung über die Mittelverteilung und den Einsatz der Verwaltung muss schon nach den gesetzlichen Bestimmungen der Kommunalverfassungen in jedem Fall der Bereich der kommunalen Kulturarbeit Berücksichtigung finden. (Vgl. Gestrich 1984: 367, insbes. auch für die Kreise) Aus dieser prinzipiellen Verpflichtung ergibt sich noch nicht zwangsläufig, in welcher Form und in welchem Umfang eine Kommune Kulturförderung betreiben sollte.

Das »Wie« unterliegt grundsätzlich dem Ermessen der Kommune. Daraus ergibt sich auch, dass es keinen Bestandsschutz für eine ganz bestimmte Form von Kulturarbeit oder auch für einzelne Einrichtungen gibt, welcher jegliche Veränderung verwehrt. Allerdings kann das gemeindliche Ermessen durch spezifische gesetzliche Regelungen oder durch eigene vorangegangene Entscheidungen gebunden sein. Wenn sich eine Kommune also etwa auf die Förderung privater Anbieter von Kulturveranstaltungen konzentriert und sie auf diese Weise ein vielfältiges Veranstaltungsangebot sicherstellen kann, kann sie damit auch dem Kulturauftrag gerecht werden. Die Sicherstellung der kulturellen Infrastruktur bedarf nicht not-

wendigerweise der Organisation der Kulturveranstaltungen durch das Kulturamt und die kommunalen Kultureinrichtungen. Den gewährten (kulturpolitischen) Handlungsspielraum erfüllt die Kommune durch Konkretisierung des grundsätzlichen kommunalrechtlichen Auftrages, ein Kulturangebot vorzuhalten, indem sie Programme für ihre Kultureinrichtungen, die Kulturförderung (Dritter) und Kulturveranstaltungen verabschiedet und finanziert.

Bei der Ausgestaltung des Systems der öffentlichen Einrichtungen und der von der Kommune zu verantwortenden kulturellen Infrastruktur kommt den Bedürfnissen der Einwohner und deren Ermittlung besondere Bedeutung zu (siehe hierzu ausführlich Scheytt 2005: 43 ff.) Das kulturelle Wohl der Einwohner, auf das die Gemeinde- und Kreisordnungen abstellen, ist der entscheidende Maßstab für die Ausgestaltung des Systems an öffentlichen Kultureinrichtungen der Kommunen. Was die Kommunen im Einzelnen im Rahmen der Kulturarbeit unter Berücksichtigung der Einwohnerinteressen initiieren, ist damit der Ermessensentscheidung der örtlichen Gemeinschaft übertragen. Damit hat die Sammlung von Daten über die kulturellen Bedürfnisse der Einwohnerschaft, etwa in »Kulturentwicklungsplänen«, nicht nur politische Relevanz. Vielmehr sind diese Daten bei den gemeindlichen Ermessensentscheidungen auch aus juristischen Gründen zu beachten: Sie müssen in die Abwägung bei den gemeindlichen Ermessensentscheidungen einfließen, dürfen nicht einfach unbeachtet bleiben. Diese Ermessensentscheidungen sind auch »Sache der kommunalen Kompetenzen, Potenzen und demokratischen Gremien in ihren finanziellen Grenzen sowie einfallsreicher Persönlichkeiten, zum Beispiel der Kulturdezernenten«.[2]

Es wäre mit dem Kommunalverfassungsrecht nicht vereinbar, wenn die kulturelle Versorgung der Einwohnerschaft allein privater oder unternehmerischer Initiative überlassen bliebe. Jede Kommune hat die kulturellen Bedürfnisse der Einwohnerschaft zu berücksichtigen, muss auf diese mit ihrem Gesamtangebot zur Daseinsvorsorge eingehen. Welcher »Standard« letztlich garantiert werden soll, bedarf der Prüfung im Einzelfall anhand des spartenspezifischen Kulturauftrages unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse. Kulturarbeit ist generell eine pflichtige Selbstverwaltungsaufgabe, konkret entscheiden die Gemeindeorgane über die Ausgestaltung der Kulturangelegenheiten im Einzelnen weitgehend nach freiem Ermessen.[3] Der *Deutsche Städtetag* spricht insoweit von einer »politischen Pflichtaufgabe«, einer Pflicht zur Gestaltung des kulturellen Angebotes. Die notwendige kulturpolitische Prioritätensetzung bedarf eines fortlaufenden Gestaltungsprozesses unter Einbeziehung der Bürger und der kulturellen Öffentlichkeit.[4]

2 Häberle 1979: 25; siehe hierzu auch die Erfahrungen von Kulturdezernenten verschiedener Generationen und Prägungen in den zahlreichen Beiträgen bei Scheytt/Zimmermann (2001).

3 Kulturarbeit gehört daher in jedem Fall zu den »politischen Pflichtaufgaben«; vgl. auch Welter (1980: 524), insbesondere zum Aufgabenbereich der Kreise in diesem Zusammenhang.

4 Bremen hat einen der ersten »Kulturentwicklungspläne« in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland erarbeitet, in dem dieser Begriff eine zentrale Rolle spielte. »Kulturelle Öffentlichkeit« kann verstanden werden, als das Zusammenspiel all jener Kulturakteure, die sich jenseits (rein) privater Kulturbetätigung und -rezeption in die Gestaltung des (öffentlichen) Kulturangebotes der Stadt und in der Stadt einbringen.

Damit lässt sich zusammenfassend festhalten, dass der Kulturauftrag der Kommunen ein kulturpolitisch zu konkretisierender Kulturgestaltungsauftrag ist, welchem sich Städte, Kreise und Gemeinden stellen müssen. Sie haben ihre Verantwortung für die Sicherung der kulturellen Infrastruktur aktiv wahrzunehmen.

Die kulturpolitische Begründungslinie: »Kulturelle Grundversorgung – Daseinsvorsorge«

Der Begriff »kulturelle Grundversorgung« ist seit 1997 ein zentraler Begriff in kulturpolitischen Begründungen und Diskussionen gewesen.[5] Er war Thema von Tagungen und kulturpolitischen Debatten, war in der Variante des Begriffes »kulturelle Daseinsvorsorge« Thema von Entschließungen des *Deutschen Kulturrates* und hat Eingang in Parteiprogramme (zuletzt in den im Oktober 2007 beim Parteitag der *SPD* verabschiedeten Leitantrag zur Kultur) und Koalitionsvereinbarungen gefunden. Art. 35 des Einigungsvertrages enthält mit der »kulturellen Substanz«, die durch die Wiedervereinigung keinen Schaden nehmen dürfe, eine verwandte Begrifflichkeit (siehe Knoblich 2002 und 2003). Die Umgestaltung der kulturellen Infrastruktur war in den neuen Bundesländern tatsächlich eine herausragende Aufgabe von gesamtstaatlicher Bedeutung, die auch neue Formen der Kooperation zwischen Bund und (neuen) Ländern hervorgebracht hat (siehe Strittmatter 1991, Deutscher Bundestag 2007: 200 ff.). Der Begriff »kulturelle Grundversorgung« ist bis heute ein wichtiges Element kulturpolitischer Begründungen geblieben, das in den letzten Jahren zunehmend vom Begriff der »kulturellen Infrastruktur« überlagert wird, wie weiter unten dargestellt.

Die Relevanz dieses kulturpolitischen Begründungsmusters zeigt sich auch und gerade in der inhaltlichen Akzentsetzung des Bundestages in seinem Einsetzungsbeschluss zur *Kultur-Enquete*, der das Thema »kulturelle Grundversorgung« als einen Schwerpunkt für die Kommissionsarbeit vorgegeben hat. Dort heißt es: »Auch das Verhältnis von freiwilligen Aufgaben und Pflichtaufgaben soll Thema sein. In diesem Zusammenhang muss die Kommission auch näher bestimmen, was legitimer Weise zur kulturellen Grundversorgung gezählt werden muss und wie diese sich sichern lässt.«

In der Grundannahme, dass Kultur ein »öffentliches Gut« ist, für das Staat und Kommunen öffentliche Verantwortung haben, hat sich die *Enquete-Kommission* in den verschiedensten Zusammenhängen mit Charakter und Umfang dieser öffentlichen Verantwortung, letztlich also mit der Rolle der öffentlichen Hand in der Förderung der Künste, der Kulturellen Bildung und der Geschichtskultur befasst. Im Zuge des Diskurses der Kommission, der von 2003 bis 2007 andauerte und in zwei Legislaturperioden des Deutschen Bundestages[6] hineinreichte, wurde

5 Vgl. *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 106 (III/2004), S. 22–44 und Heft 107 (IV/2004), S. 24–47.

6 Die frühzeitige Auflösung des Bundestages im Jahr 2005 unterbrach die Arbeit, die dann unmittelbar nach Neukonstitution im Jahr 2006 mit bis auf eine Position denselben sachverständigen Mitgliedern wieder aufgenommen werden konnte.

zunächst der Begriff der »kulturellen Grundversorgung« intensiv diskutiert, analysiert, in die kulturpolitische Debatte eingeordnet und auf seine Tragfähigkeit geprüft. Er wurde zwar nicht aufgegeben, doch hat sich letztlich der Begriff der »kulturellen Infrastruktur« als zentraler Leitbegriff herausgeschält, der die kulturelle Grundversorgung als ein Element integraler Begründung aufnimmt.

Nicht nur für die Geschichtsbücher der Kulturpolitik, sondern auch zum aktuellen Verständnis kulturpolitischer Argumentation ist es sinnvoll, sich an dieser Stelle auch dem Begründungsmodell der »kulturellen Grundversorgung« und dem nahestehenden Begriff der »kulturellen Daseinsvorsorge« zu widmen. Beide mit dem Etikett »kulturell« versehenen Termini »Daseinsvorsorge« und »Grundversorgung« haben begriffshistorisch unterschiedliche Bezugspunkte, auf die zunächst näher eingegangen werden soll, um der Begriffsinterpretation eine größere Tiefenschärfe zu geben.

Der Begriff der »Daseinsvorsorge« geht auf ältere deutsche Verwaltungsrechtslehren zurück: Das Wort »Daseinsvorsorge« nimmt im Oeuvre des Staats- und Verfassungsrechtlers Ernst Forsthoff, eines Carl Schmitt-Schülers, eine strategische Stellung ein. Forsthoff offerierte mit ihm in seinem Buch »Die Verwaltung als Leistungsträger« (1938) eine Kritik des liberalen Staatsverständnisses von rechts. Sein autoritärer Paternalismus besaß eine beträchtliche Schnittmenge mit nationalsozialistischen Vorstellungen, ohne aber mit ihnen zur Deckung zu gelangen: Die Staatsverwaltung gegen Politik ausspielende Position Forsthoffs wies den Termini »Führer« und »Volk« nämlich nicht jene hegemoniale Funktion zu, die sie im Verständnis der nationalsozialistischen Führung innehatten. Forsthoff, dessen antidemokratisches Staatsverständnis außer Frage steht, maß der Verwaltung unter industriekapitalistischen Bedingungen Infrastrukturaufgaben und im Sinne präventiver Revolutionsabwehr soziale Kompensationsaufgaben zu. Insofern knüpfte er geistesgeschichtlich an die Staatsidolisierung des deutschen Idealismus, die konservative Verwaltungslehre Lorenz von Steins und die Bismarcksche Sozialpolitik an; es lassen sich aber auch Bezüge zur katholischen Soziallehre und zur staatsbezogenen Sozialpolitik der deutschen Sozialdemokratie finden. Stellt man all das in Rechnung, so reicht es vermutlich nicht aus, den Terminus der Daseinsvorsorge am Ende allein auf Forsthoff zu fokussieren. Hier bedürfte es zweifellos einer noch tiefer gehenden, weit ins 19. Jahrhundert zurückgreifenden begriffsgeschichtlichen Gesamtdarstellung. Ungeachtet dieser Begriffsgeschichte hat beispielsweise der *Deutsche Kulturrat* eine Entschließung Ende 2004 zur Begründung der Rolle der öffentlichen Hand in der Kulturförderung unter die Überschrift »Kultur als Daseinsvorsorge« gestellt.

In der aktuellen europäischen Verwaltungslehre findet sich eine Reihe von ähnlichen Begriffen. Es entspricht einem allgemeinen europäischen Staatsverständnis, dass der Staat bei einem bestehenden »öffentlichen Interesse« Verantwortung für öffentliche Angebote übernimmt. »Leistungen der Daseinsvorsorge« finden dementsprechend im Kontext europäischer Politik eine sehr traditionelle Übersetzung von *General Interest Services*, *Les services d'intérêt général*, *Servizi d'interesse generale*,

Servicios de interés general oder *Diensten van algemeen belang*, um hier nur die uns geläufigsten Sprachen zu zitieren.[7] Erfahren im Umgang mit voneinander abweichenden kulturellen Traditionen, hat der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss 2003 zu diesem Thema festgehalten: »The concept of services of general interest is understood differently across the European Union, with perceptions varying between the German, Nordic, Latin and English-speaking countries. In some EU Member States the very concept of public service does not exist. There are, however, some quite similar ideas and closely corresponding situations, reflecting values shared by all European countries. (Examples include ›beheer van diensten‹ in the Netherlands, ›gestione di pubblica utilità‹ in Italy, ›public utilities‹ in the United Kingdom, ›Daseinsvorsorge‹ in Germany, and ›service public‹ in France.).« (European Economic and Social Committee 2004) Eine umfassende begriffsgeschichtliche Klärung der »Daseinsvorsorge« hätte folglich die europäische Dimension zu berücksichtigen und außerdem die Termini *interest*, *intérêt*, *Interesse* zu bedenken, die sich mit Locke, Rousseau oder Hegel als Folie recht verschieden lesen.

Auch der Begriff der »Grundversorgung« geht von dem Grundverständnis aus, dass die öffentliche Hand die Aufgabe hat, eine Infrastruktur zur »Versorgung« der Einwohnerinnen und Einwohner vorzuhalten. Er ist jünger als der Begriff der »Daseinsvorsorge« und fand zunächst eine Ausprägung in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zu einem wichtigen Sektor kulturellen Lebens in Deutschland: Die öffentlich-rechtlichen Medien werden vom Staat in besonderer Weise unterstützt, weil sie die »mediale Grundversorgung« gewährleisten sollen.

Das Begriffselement der »Versorgung« hat in den letzten Jahren indes im Zusammenhang mit der Förderung von Kultur vielfach Kritik ausgelöst, insbesondere mit Blick auf die Verwendung dieses Begriffes im Bereich der Künste und der Kunstförderung, da Kunst nicht der »Versorgung« diene. Manche Kritiker warnen auch vor einer weiteren »Verrechtlichung« des Kulturbereichs, da die kulturelle Grundversorgung letztlich nur durch die Gewährleistung von »Standards« umgesetzt werden könne. Demgegenüber hat der Begriff der »kulturellen Grundversorgung« insbesondere im Bereich der Kulturellen Bildung (Musikschulen, Jugendkunstschulen, Volkshochschulen etc.) große Akzeptanz gefunden.[8]

»Kulturelle Grundversorgung« knüpft durchaus nicht an das Konzept des autoritären, Gemeinschaft stiftenden Verwaltungsstaates an. Im Gegenteil. Meine Vorstellung von »kultureller Grundversorgung« nimmt nicht den Staat, sondern Individuum und Gesellschaft zum Ausgangspunkt. Kulturelle Bildung ist umfassende Persönlichkeitsbildung, sie entfaltet künstlerische und schöpferische Impulse in jedem Menschen. Auch die Künste selbst zielen auf höchst individuelle Kommunikations- und Wahrnehmungsprozesse. Es geht nicht darum, diese im Einzelnen seitens der öffentlichen Hand zu konfigurieren. Doch Strukturen zu konstituie-

7 Commission Opinion on the Intergovernmental Conference: COM (96) 90; *Bulletin* 1/2-1996, points and [OJ C 281, 26.9.1996; COM(96) 443].

8 Vgl. § 11 Weiterbildungsgesetz NRW oder Beiträge in den *Kulturpolitischen Mitteilungen*, Hefte 106 und 107.

ren, die Freiräume für individuelle künstlerische Entfaltung ermöglichen, ist Aufgabe der öffentlichen Hand.

Nach diesem Verständnis äußert sich kulturelle Grundversorgung in von der Öffentlichen Hand (mit-)garantierten Angeboten an das Individuum. Dieses Angebot zielt auf etwas, das sich im Englischen vielleicht besser ausdrücken lässt als im Deutschen: auf *Cultural Empowerment*. Dies wiederum ist kaum mit dem überkommenen deutschen Verständnis vom hoheitlichen Kulturstaat vereinbar, nach dem der Staat – mit Hegel – als Sittlich-Allgemeines von oben und in eigenem Recht die kulturelle Homogenisierung des Volkes als Untertan betreibt. So wäre der Begriff der kulturellen Grundversorgung missverstanden, würde er in einem fürsorglich paternalistischen Sinne gedeutet werden. Vielmehr geht es bei der »kulturellen Grundversorgung« darum, kulturelle Leistungen, Einrichtungen und Qualitätsstandards in einer Weise zu werten und zu verteidigen, dass ihre Bedeutung als *conditio sine qua non* zur Sicherung der Grundlagen unseres Kulturlebens nachvollziehbar wird.

Die überaus komplexe Diskussion um Staat und Bürgerbeteiligung lässt sich nicht auf das ebenso polemisch gemeinte wie schlichte Gegensatzpaar »Obrigkeitsstaat versus aktive Bürgergesellschaft« reduzieren. Wer dies tut, hat die neueren Staatstheorien nicht zur Kenntnis genommen und ist zudem einem Bild vom Staat verhaftet, das zum Wilhelminismus und vielleicht zur Adenauer-Ära, schwerlich aber zur bundesdeutschen Konstellation im 21. Jahrhundert passt, in der doch kommunale Selbstverwaltung, kooporativer Kulturföderalismus und der aktivierende Staat Leitbildfunktionen innehaben. Und wer in der »aktiven Bürgergesellschaft« nicht nur eine Ergänzung, sondern eine Alternative zu staatlicher und kommunaler Kulturpolitik sieht, verkennt die kommunitaristische Problematik einer einseitigen *middle-class*-Orientierung und der partikularistischen Gruppenbevorzugung: »Wenn die Ressourcenverteilung gar in nennenswertem Maß der demokratisch nicht kontrollierten inneren Organisation von Gemeinschaften überlassen wird, ergibt sich die Gefahr einer Auflösung der Gesellschaft in kommunitaristische Inseln.« (Reese-Schäfer 1996: 11)

Bisweilen kann man sich ohnehin nicht des Eindrucks erwehren, dass sich hinter Schlagworten wie »Obrigkeitsstaat« und »Etatismus«, wie sie bisweilen gegen den Begriff der kulturellen Grundversorgung in Stellung gebracht werden, bei manchem Post-68er der resignative Verzicht auf eine kritische Gesellschafts- und Wirtschaftsanalyse verbirgt. Irgendwann ließ es sich ja nicht mehr verheimlichen, dass es weder zu einer Revolution kommen noch der tendenzielle Fall der Profitrate den einst erhofften Zusammenbruch des Kapitalismus zuwege bringen würde. Mancher hat sich daraufhin schmollend nicht nur von der marxistischen politischen Ökonomie, sondern gleich ganz von einer intensiveren Analyse ökonomischer und sozialer Verhältnisse verabschiedet. Übrig blieb eine Kritik am Staat, die sich heute ja glänzend mit jenen politischen Strömungen vereinbaren lässt, die Staat und Kommunen allenfalls als subsidiäres Element gesellschaftlicher Gestaltung begreifen.

Cultural Empowerment ist auf der anderen Seite schwerlich mit der neoliberalen Konzeption vom »minimalen« oder »schlanken Staat« in Einklang zu bringen. Das Konzept des »schlanken Staates« zielt auf ein Verständnis, nach dem lediglich elementarste Leistungen durch die öffentlichen Hände vorgehalten werden sollen. Damit werden die liberale Marktwirtschaft und gesellschaftliche Selbstregelungskräfte verabsolutiert; die Leitvorstellungen der gesellschaftlichen Inklusion und der Partizipationschancen für sozial Benachteiligte treten dagegen in den Hintergrund. Doch für die Einlösung der beiden konstitutiven kulturpolitischen Leitmotive »kulturelle Teilhabe« und »kulturelle Vielfalt« (schlagwortartig: »Kultur für alle und von allen«) hat die öffentliche Hand eine Garantiefunktion. Sie hat für deren Einlösung Verantwortung, die sie selbstverständlich im Zusammenspiel mit Wirtschaft und Zivilgesellschaft wahrnehmen sollte. Alle Erfahrung lehrt, dass Markt und Bürgerschaft allein nicht die notwendigen Ressourcen aufbringen, um kulturelle Teilhabe und Vielfalt für alle Kulturbürger (und eben nicht nur die Bildungsbürger!) sicherzustellen.

Meine Vorstellung von kultureller Grundversorgung korrespondiert deshalb mit dem Konzept einer »aktivierenden Kulturpolitik« (siehe dazu ausführlicher Scheytt 2008): Der »aktivierende Staat« garantiert ein qualifiziertes, rechtlich wie finanziell planvoll gesichertes kulturelles Angebot unter Einbeziehung von Akteuren aus der Zivilgesellschaft und der (Kultur-)Wirtschaft. Dem liegt ein Gemeinwohlverständnis zugrunde, das auf die Inklusion aller Gesellschaftsmitglieder zielt und insofern mehr als die Summe der um Verteilungsgewinne konkurrierenden Partialinteressen umfasst.

Die Garantiefunktionen, die an eine so verstandene kulturelle Grundversorgung gekoppelt sind, bedeuten zwar nicht, dass ausschließlich die Öffentlichen Hände kulturelle Verantwortung wahrnehmen. Staat und Kommunen sollen aber dafür einstehen, dass ihre kulturellen Leistungen und Einrichtungen auch in schwierigen Zeiten gesichert werden. Grundlegend dafür ist, dass sich die politisch Verantwortlichen der Definition des öffentlichen (Kultur-)Auftrages bewusst bleiben und ihn mit Blick auf die gesellschaftliche Entwicklung und das kulturelle Engagement von Bürgergesellschaft und Wirtschaft fortwährend reflektieren. Dieser elementare Gedanke gerät angesichts einer nicht immer hinreichend differenzierten Diskussion um Kommunitarismus, Sponsorship und Privatisierung von Kultureinrichtungen bisweilen aus dem Blickfeld.

Ralf Dahrendorf, der als Liberaler sozialrevolutionärer Ansichten ganz unverdächtig ist, konstatierte für den Beginn des 21. Jahrhunderts besorgt eine »Wiederkehr des Sozialdarwinismus unter dem Druck der Globalisierung«. Sowohl im globalen Maßstab als auch innerhalb der modernen westlichen Gesellschaften bilde sich eine zunehmend allein gelassene Unterklasse, die alle erdenklichen Nachteile auf sich vereinige: »niedrigere Einkommen, höhere Arbeitslosigkeit, einen schlechteren Gesundheitszustand, größere Gefährdung durch Unfälle, weniger Engagement in öffentlichen Dingen und nicht zuletzt mehr Bildungsprobleme mit ihren Kindern«. Die neuen, von der Einkommenshöhe gezogenen sozialen

Grenzen seien überdies »schwer durchdringlich und für viele endgültig«. Ein solches »Auseinanderklaffen der Lebenschancen großer sozialer Gruppen«, so seine Schlussfolgerung, »ist unvereinbar mit einer Bürgergesellschaft«. (Dahrendorf 2004: 200, 259, 116) Es gibt leider wenig Anlass, Ralf Dahrendorfs Diagnose in Zweifel zu ziehen. Wer aber gesellschaftlicher Desintegration und sozialer Exklusion entgegensteuern will, sollte auch in der Kulturpolitik für ausgleichende Gerechtigkeit und umfassende Partizipationschancen eintreten.

Betrachtet man zudem die verschiedenen Ebenen, auf denen die Rolle des Staates im Lichte der Gedankenfiguren von »Daseinsvorsorge« und »Grundversorgung« zu reflektieren ist, ergibt sich das folgende Bild:

Auf der *europäischen Ebene* und in den *GATS-Verhandlungen* der Welthandelsorganisation steht eine Deregulierung von Dienstleistungen auf der Tagesordnung. Die sukzessive Ausdehnung von Marktöffnungsverpflichtungen, wie im »General Agreement on Trade in Services« avisiert, stellt trotz möglicher Ausnahmeklauseln die Instrumente nationaler Kultur- und Bildungspolitik grundlegend in Frage. Die vielleicht noch folgenreichere Wettbewerbs- und Vergabepolitik der Europäischen Union zielt darauf, »geschützte« Märkte in den Mitgliedstaaten und faktische oder rechtliche Monopole in der Produktion und Gewährung öffentlicher und privater Dienstleistungen aufzubrechen. Mit Blick auf die Gemeinden gerät hier vor allem das Politikfeld der kommunalen Grundsicherung als ein Herzstück des traditionellen deutschen Kommunalmodells in Gefahr. Für den Kultur- und Medienbereich, einschließlich der kulturellen Bildung sind deshalb nachhaltige Ausnahmeregelungen zu fordern, die den Kulturstandort Bundesrepublik Deutschland im vereinigten Europa sichern.

Mit Blick auf die nationalstaatliche Ebene sieht man sich immer wieder mit der Forderung konfrontiert, den Wohlfahrtsstaat auf die Kernbereiche eines »schlanken Staates« zurückzustutzen, den verbleibenden Korridor staatlicher Leistungen auf eine Gewährleistungsfunktion zu reduzieren und diese Leistungen über Ausschreibung und Wettbewerb nichtstaatlichen Trägern zu überantworten.

Ein mögliches Reaktions-Szenario auf diese Situation wäre, sich in die Lage zu fügen: Globale Wirtschaftskonkurrenz und demographischer Wandel zwingen die Bundesrepublik Deutschland, ihre öffentlichen Ausgaben auf das Unverzichtbare zurückzuführen. Ein solches Verständnis würde dazu veranlassen, die als »freiwillig« taxierten kulturellen Leistungen der öffentlichen Hand zu reduzieren. Eine solche Gesamtentwicklung bliebe auch auf der diskursiven Ebene nicht ohne Folgen: Der produktive Widerspruch zwischen dem Ethos einer Solidarität, die auf Gleichheit zielt, und dem Ethos einer auf Individualismus basierenden Bürgergesellschaft wird unaufhebbar.

Soll man sich aufgrund des vielfältigen Drucks und einer überaus dramatischen Lage der öffentlichen Finanzen aber tatsächlich ins vermeintlich Unabwendbare fügen? Das Gegenmodell ist eine »aktivierende Kulturpolitik«, die gerade auch angesichts knapper Ressourcen die Notwendigkeit öffentlicher Kulturförderung herausarbeitet. Sie setzt auf die Motivation von Potenzialen in Ge-

sellschaft und Wirtschaft. Sie gestaltet kreative Allianzen und zielt auf das Individuum als Künstler, Rezipient und Förderer. Kultur muss ihren Eigen-Sinn und Eigenwert sowie ihre gesellschaftskritische Rolle jenseits ökonomischer Zweckrationalität behaupten. Gerade die ästhetische Erfahrung, die uns die Künste gewähren und die durch kulturelle Bildung vermittelt wird, hat zunächst keine ökonomischen Bezugsgrößen. Vielmehr geht es dabei um freie individuelle und subjektive Entfaltung.

Auf *kommunaler Ebene*, die in Deutschland entscheidend für das Kulturangebot an den Einzelnen ist, lässt sich die Rolle des Gemeinwesen in einer Konzeption mittlerer Reichweite mit den Auftragsgrößen und Zielen einer kulturellen Grundversorgung idealtypisch so darstellen: Zunächst geht es darum, sich den *öffentlichen Kulturauftrag* zu vergegenwärtigen. Daraus folgen die Erörterung von *Zielen und Qualitätsstandards*. In einem dritten Schritt geht es schließlich um die Mitwirkung von Partnern in Wirtschaft und Gesellschaft, die sich in die gemeinsame kulturpolitische Verantwortung einbringen wollen. Bei solchen *Verantwortungspartnerschaften* ist nicht nur an private Anbieter oder an die Förderung durch Dritte zu denken, sondern ebenso sehr an bürgerschaftliches Volunteering. Schließlich geht es um die *Ausgestaltung im Einzelnen*.

Wenn man die Schrittfolge »Öffentlicher Auftrag – Qualitätssicherung – Verantwortungspartnerschaften – Ausgestaltung« ernst nimmt, ist das mehr als die Moderation von Kulturpolitik und die Formulierung von Strukturvorschlägen. Es gehört zweifellos auch das Bemühen um Planung und Überprüfung kultureller Einrichtungen und Standards dazu. Damit wäre die kulturpolitische Diskussion auf eine ihrer Kernfragen zurückgeführt: Wofür stehen Staat und Kommunen im Handlungsfeld Kultur? Ich sehe Staat und Kommunen dabei nicht als Akteure, die sich auf eine Gewährleistungsfunktion zurückzuziehen haben und ansonsten der privaten Kulturwirtschaft oder bürgerschaftlichen Initiativen das Feld überantworten sollen, sondern als Handelnde, die einen demokratisch legitimierten öffentlichen Auftrag wahrnehmen und von exakt dieser Grundlage aus auch Verantwortungspartnerschaften eingehen.

Festzuhalten ist, dass die Begriffe der kulturellen Grundversorgung und kulturellen Daseinsvorsorge die »staatliche Seite« des kulturellen Lebens in den Blick nehmen und auf die »Gewährleistung einer kulturellen Infrastruktur« im öffentlichen Interesse abzielen. Kultur wird mit ihren Handlungsfeldern – den Künsten, der Kulturellen Bildung und der Geschichtskultur – als ein »öffentliches Gut« erfasst, für das (öffentliche) Verantwortung zu übernehmen ist.

Eine umfassende, ganzheitliche Begründung: Kulturelle Infrastruktur

Will man Freiräume für Kunst und Kultur sichern und verteidigen, so kann die Begründung der kulturellen Grundversorgung im Kontext der (politischen) Gestaltung der kulturellen Infrastruktur entscheidende Erkenntnisse bringen.

Der Begriff der »kulturellen Infrastruktur«[9] hat sich inzwischen im kulturpolitischen Wortschatz etabliert. Er ist vor allem für eine Gesamtsicht auf das Zusammenwirken von Staat, Markt und Gesellschaft und die verschiedenen Rollen des Bürgers als Souverän, Engagierter und Nutzer sehr gut geeignet. Während die Begriffe »Grundversorgung« und »Daseinsvorsorge« sich vorrangig auf staatliches und kommunales Handeln beziehen und damit nur auf einen Teil der kulturellen Aktivitäten verschiedener Träger, erfasst »kulturelle Infrastruktur« auch Stiftungen oder andere Institutionen der Zivilgesellschaft sowie die Angebote beziehungsweise Anbieter der Kulturwirtschaft.[10] Dieser Begriff hat sich auch im Verlauf der Arbeit der *Enquete-Kommission* als geeigneter und konsensfähiger Terminus für ein kulturpolitisches Grundmodell herausgeschält, anhand dessen sich die Rolle des Kulturstaates reflektieren, entwickeln und definieren lässt. (Siehe Deutscher Bundestag 2007: insbesondere 84 ff.) Letztlich geht es um die bereits oben erörterte Relation zwischen dem aktivierenden Kulturstaat und dem Kulturbürger: Die Perspektive auf das Individuum und die Ausrichtung der Infrastruktur auf die einzelne Person, deren Fähigkeiten und Bedürfnisse. Die Bezüge zwischen der kulturellen Infrastruktur – einschließlich der diese Infrastruktur prägenden Akteure in Kulturstaat sowie Kulturgesellschaft – zu den Kulturbürgern sind für die Kulturpolitik von entscheidender Relevanz. Die kulturelle Infrastruktur umfasst danach die Angebote aller Kulturakteure – nicht nur die des Staates selbst – an den Einzelnen.

Der öffentliche Auftrag zum Erhalt der kulturellen Infrastruktur wird durch die öffentliche Hand zum einen durch eigenes Handeln wahrgenommen, vor allem in Form der Bereitstellung von Ressourcen und der Ausgestaltung der rechtlichen Rahmenbedingungen (kulturelle Ordnungspolitik). Zum anderen wird der Auftrag dadurch erfüllt, dass die öffentliche Hand ihre grundsätzliche Verantwortung mit anderen Partnern in Gesellschaft und Wirtschaft teilt oder auch die von privaten und kirchlichen Trägern und Akteuren wahrgenommene Verantwortung unterstützt. Wie der Staat seinen Auftrag zur Gewährleistung der Infrastruktur wahrnimmt, ist mit Blick auf die verschiedenen Handlungsfelder im Kultursektor und die jeweils unterschiedlichen zur Verfügung stehenden Instrumente weiter zu differenzieren. Da es dabei auch um die Gewährleistung von »Qualitäten« geht (zum Beispiel bei einer Musikschule die Qualifikation der Lehrkräfte, die Auffächerung des Unterrichtsangebotes in Einzel-, Gruppen- und Ensembleunterricht etc.), ist im Einzelfall auch die Diskussion und Festlegung von Standards von Bedeutung.

9 Dieser Begriff ist in der Kulturpolitik schon länger geläufig, vgl. nur Fohrbeck/Wiesand 1989: 32.

10 Allerdings enthält der Begriff, wenn er allein steht, noch keine politische Aussage, umschreibt zunächst nur ein Gesamtphänomen. Erst mit Zusätzen wie »Sicherung der kulturellen Infrastruktur« oder »Ausbau der ...« oder »Ausgestaltung der ...« erhält er eine politische Aussage. Dies ist ein entscheidender Unterschied zu den Begrifflichkeiten »Pflichtaufgabe« oder »Grundversorgung«. Doch das ist kein Argument gegen ihn, sondern beschreibt nur die Wirkungsweise des reinen Wortgebildes.

Zur Ausgestaltung der kulturellen Infrastruktur bedarf es des Nachdenkens über die Auftragsgrößen, von denen ausgehend kulturpolitisches Handeln zu begründen ist. Als zentrale Gesichtspunkte möchte ich hervorheben:

- die Sicherung künstlerischer Entfaltungsmöglichkeiten und eines nachhaltig zu sichernden Bestandes kultureller Leistungen, Angebote und Einrichtungen, was diese Institutionen als Gesamtheit umfasst und nicht nur Teile ihrer Arbeit;
- die Entfaltung ästhetischer Wahrnehmung und die Förderung der kreativen Selbsttätigkeit möglichst vieler Individuen;
- die Wahrung des offenen und möglichst chancengleichen Zugangs vor allem zu den Einrichtungen der kulturellen Bildung;
- die Gewährleistung von Offenheit und Vielfalt in Kunst und kultureller Produktion, und das heißt auch: die Förderung von Innovativem, Irritierendem und Kreativem, das es schwer hat, sich durchzusetzen.

Die öffentlich verantworteten Kulturangebote und -einrichtungen sollten dabei mit präzisen inhaltlichen Zielprojektionen versehen werden. Letztlich geht es bei den eben aufgeführten Kriterien, die einer vorschnellen Assoziation von kultureller Grundversorgung und kultureller Infrastruktur mit dem Bild vom unverzichtbaren Minimum entgegenstehen, um die Gewährleistung struktureller und finanzieller Freiräume für Kunst und Kultur. Diese können, wie Rechtsprechung und juristische Praxis zu Artikel 5 Absatz 3 des Grundgesetzes (Kunstfreiheitsgarantie) zeigen, in sinnvoller Weise durch Rechtsnormen flankiert und gesichert werden: Die Bestimmungen zur Kulturförderung in den Landesverfassungen oder auch die Festschreibung der Kultur als Pflichtaufgabe im sächsischen Kulturraumgesetz normieren einen allgemeinen Rahmen und eine Auftragslage zur Kulturförderung, ohne die Kultur in ein Korsett gestaltungsfeindlicher Verrechtlichung und Bürokratisierung zu schnüren. Für die Umsetzung dieses verfassungsrechtlichen Kulturauftrages wird hier ein theoretisch-praktisches Stufenmodell entwickelt. Dieses gibt zugleich Antwort auf die Frage nach den Wirkungsmöglichkeiten, die Kunst und Kultur in Politik und Wirtschaft eingeräumt werden.

Der öffentliche Kulturauftrag mündet in einen Kulturgestaltungsauftrag, der aktives staatliches und kommunales Handeln erfordert. Der Konsens zur Sicherung der kulturellen Infrastruktur lässt sich in folgenden vier Schritten konstituieren:

Zunächst ist der öffentliche Kulturauftrag unter Berücksichtigung der Spezifika des jeweiligen Gestaltungsfeldes der Kulturpolitik (Künste, Kulturelle Bildung, Geschichtskultur) herauszuarbeiten, da die Kultur in Deutschland in den verschiedenen Handlungsfeldern eine sehr unterschiedlich ausgeprägte Infrastruktur aufweist. Die Verantwortung des Staates zur Gewährleistung der kulturellen Infrastruktur kann daher nicht ohne Weiteres generell beschrieben werden, sondern ist auf das jeweilige Handlungsfeld bezogen differenziert festzustellen. Hier kann nur ein Überblick gegeben werden, welche besonderen Charakteristika die staat-

liche Gewährleistungspflicht zur Sicherung der kulturellen Infrastruktur im jeweiligen Handlungsfeld aufweist. Der Infrastrukturauftrag, der als Basis für den politischen Konsens dient, lässt sich mit Blick auf die einzelnen Gestaltungsfelder stichwortartig mit folgenden zentralen kulturpolitischen Auftragsgrößen skizzieren:

- Die kulturelle Infrastruktur sollte im Hinblick auf die *Künste* dem Experiment Raum geben und den Eigensinn der Individuen stärken. Sie sollte künstlerische und kulturelle Produktion in Offenheit und Vielfalt gewährleisten sowie die Förderung von Innovativem, Irritierendem und Kreativem.
- Die kulturelle Infrastruktur sollte mit der Förderung der *Geschichtskultur* die gesamte Spannbreite der Inszenierung von Historie im Spektrum von Aufklärung und Bildung, Wissenschaft und politischer Verantwortung, Ästhetik und spielerischer Aneignung umfassen. Sie sollte auf ein umfassendes Geschichtsbewusstsein abzielen, damit jeder Einzelne Vergangenheit und Gegenwart begreifen und zukunftsorientiert reflektieren kann.
- Die kulturelle Infrastruktur sollte im Hinblick auf die *Kulturelle Bildung* so ausgestaltet sein, dass die Kulturkompetenz jedes Einzelnen nach seinen eigenen individuellen Fähigkeiten optimal gefördert wird. Sie sollte Einrichtungen, Leistungen und Angebote umfassen, die jedem Bürger die Möglichkeit geben, seine individuellen künstlerischen und kulturellen Fähigkeiten frei zu entfalten. Unbedingt sollte die kulturelle Infrastruktur einen offenen und möglichst chancengleichen Zugang zur Kulturellen Bildung mit ihren schöpferischen und künstlerischen Impulsen gewährleisten.

Aus diesem Infrastrukturauftrag lässt sich im kulturpolitischen Diskurs eine Programmatik in Form von Zielen und Standards zur Sicherung bestimmter Qualitäten der Infrastrukturleistungen ableiten und festlegen. Ohne eine Diskussion, Beschreibung und gegebenenfalls Festlegung von (Qualitäts-)Standards würde die Gewährleistung der kulturellen Infrastruktur vielfach leerlaufen.

Infrastruktur kann nicht »irgendwie« sichergestellt werden, sondern sollte eine je nach Handlungsfeld generell zu umschreibende Qualität haben (ein Beispiel ist der Strukturplan des *Verbandes deutscher Musikschulen*, der eine Grundstruktur der Musikschulen mit einem ausreichenden Fächerangebot und einer bestimmten Qualität von Musikschullehrern vorsieht) oder eine im Einzelfall gegebenenfalls vor Ort in Zielen für die Infrastrukturleistung festzulegende Qualität aufweisen (zum Beispiel Theater mit eigenem Ensemble in bestimmter Größe oder lediglich Gastspieltheater).

Dabei kann es weder darum gehen, dass Standards jeweils mit Blick auf ein zu garantierendes »Minimum« ausgerichtet werden, noch dass die im Kulturbereich so wichtige kulturelle Vielfalt durch »Gleichmacherei« in Form von Standards abgelöst wird. Es liegt in der Verantwortung der jeweiligen kommunalen und staatlichen Träger, wie Standards zu definieren und zu erfüllen sind. Auch muss im Einzelfall beachtet werden, welches Angebot vor Ort bereits vorhanden ist und

wie das jeweilige kulturelle Profil und die kulturelle Schwerpunktsetzung zur Geltung gebracht werden können. Ähnlich wie nach den Regelungen des Sächsischen Kulturraumgesetzes vorgesehen, sollte die Eigeninitiative der für kulturelle Infrastruktur Verantwortlichen gestärkt werden. Standards können dazu beitragen, dass die Gewährleistungsfunktion, die die Verantwortlichen für die kulturelle Infrastruktur haben, nachvollziehbar und überprüfbar konkretisiert wird.

Ein Element der Programmatik ist die Orientierung an der regulativen Idee der gesellschaftlichen Inklusion im Sinne einer Neuformulierung der Forderung nach »Kultur für alle«: Die Infrastruktur ist einerseits integral, andererseits spezifisch auf das jeweilige Handlungsfeld und die wechselnden Minderheiten der angesprochenen und beteiligten Kulturbürger sowie deren Bedürfnisse auszurichten.

Im dritten Schritt geht es sodann um die Vereinbarung und Gestaltung von Verantwortungspartnerschaften mit Akteuren aus Wirtschaft und Gesellschaft mit wechselseitiger Bindungswirkung für die öffentlichen Kulturträger und ihre Partner. Zum einen wird der öffentliche Auftrag zum Erhalt der kulturellen Infrastruktur durch die öffentliche Hand selbst wahrgenommen, vor allem in Form der Bereitstellung von Ressourcen und der Ausgestaltung der rechtlichen Rahmenbedingungen. Zum anderen wird der Auftrag dadurch erfüllt, dass die öffentliche Hand ihre grundsätzliche Verantwortung mit anderen Partnern in Gesellschaft und Wirtschaft teilt oder die von privaten und kirchlichen Trägern und Akteuren wahrgenommene Verantwortung unterstützt. Dem Staat wird durch das Zusammenwirken mit anderen seine Gewährleistungspflicht nicht (und schon gar nicht komplett) »abgenommen«; er bleibt in der Grundverantwortlichkeit für die Sicherung der kulturellen Infrastruktur, doch aktiviert er die anderen Partner und Beteiligten zur Übernahme von Verantwortung und zu eigenständigen Beiträgen für den Erhalt und den Aufbau der kulturellen Infrastruktur. (Deutscher Bundestag 2007: 85 f.) Gerade durch die aktive Ansprache und Hereinnahme von Bürgern, Stiftungen und Unternehmen in diese Verantwortlichkeit stiftet der Kulturstaat kulturpolitischen Konsens.

Schließlich geht es um die Ausgestaltung der kulturellen Infrastruktur im Einzelnen mit unterschiedlichsten Instrumenten, die den Beteiligten zur Verfügung stehen, wie die Bereitstellung von Ressourcenn, Fördermitteln, Personal oder auch die Gestaltung der rechtlichen Grundlagen und Rahmenbedingungen. Wenn sich sodann das Leitbild eines »aktivierenden Kulturstaates« und das Konsensziel einer nachhaltig gesicherten flexiblen kulturellen Infrastruktur in einer partnerschaftlichen und flexiblen Ausgestaltung niederschlagen, lösen sich auch Interessenkonflikte zwischen »Obrigkeitsstaat« und »aktiver Bürgergesellschaft« auf.

Mit diesem kulturpolitischen Viererschritt wird auch der Sinn für Prioritätensetzung, Rollenklärung und potentielle Konfliktlinien geschärft – jenseits der kulturtechnologischen Planungseuphorie der siebziger und frühen achtziger Jahre, deren Schematismus einer »Kulturentwicklungsplanung« zweifellos mitunter Elemente des Phantasiefeindlichen und Nervtötenden in sich barg. Eine so konzipierte und in diesen vier Schritten sich zielbewusst neu definierende und entwi-

ckelnde aktivierende Kulturpolitik für die kulturelle Infrastruktur hat keinen strukturkonservativen Charakter. Vielmehr ist sie in der Lage, das je spezifische kulturelle Profil des Bundes, des Landes oder der Kommune zu berücksichtigen und zu stärken, mobilen Angeboten, temporären Programmen und kleinräumigen oder zielgruppenorientierten Einrichtungen Rechnung zu tragen sowie Experimentelles und Unvorhergesehenes zu fördern. Die Garantie der kulturellen Infrastruktur gewährleistet letztlich strukturelle und finanzielle Freiräume für die Künste, die Geschichtskultur und die Kulturelle Bildung. Gleichzeitig bietet diese Handlungsweise die Chance, bürgerschaftliche Eigenaktivität produktiv zu machen und die damit verbundenen Risiken zu begrenzen, liegt doch ein zentrales Problem des Kommunitarismus darin, dass aktive und einflussreiche gesellschaftliche Gruppen einseitig bevorzugt werden. Für den aktivierenden Kulturstaat ist eine steuernde und das heißt bisweilen auch gegensteuernde Funktion demokratisch legitimierter Instanzen konstitutiv. Der Staat bleibt in der grundsätzlichen Verantwortung für die kulturelle Infrastruktur als wesentlicher (Mit-)Gestalter des kulturellen Lebens vor allem durch Ressourcen und Recht. Die kulturpolitische Debatte in Parlamenten, Gemeinde- und Kreisräten, Kulturausschüssen und -beiräten bleibt dabei das entscheidende Element der kulturellen Öffentlichkeit, der politischen Wahrnehmung und programmatischen Erfüllung dieser Verantwortung. Der öffentliche Diskurs sollte zu einer unentwegten Reflexion der gesellschaftlichen Entwicklungen beitragen, um die kulturelle Infrastruktur immer wieder neu auf die Bedürfnisse der Akteure und der Kulturbürger auch unter Berücksichtigung demografischer Entwicklungen (siehe Sievers 2006) auszurichten und kontinuierlich effektive kreative Allianzen zu begründen. Durch eine solche beharrliche aktivierende Kulturpolitik mit einer permanenten Stimulierung der kulturellen Öffentlichkeit lassen sich alle gesellschaftlichen Kräfte motivieren, um die Infrastruktur für die Kultur in Deutschland substantiell zu gestalten und lebendig zu halten.

Literatur

Dahrendorf, Ralf (2004): *Der Wiederbeginn der Geschichte. Vom Fall der Mauer zum Krieg im Irak*, München

Deutscher Bundestag (Hrsg.) (2007): *Schlussbericht der Enquete-Kommission »Kultur in Deutschland«*, Bundestags-Drucksache 16/7000 (auch unter dem Titel *Kultur in Deutschland*, Regensburg: ConBrio Verlag 2008 erhältlich)

European Commission (1996): *Commission Opinion on the Intergovernmental Conference*, (1/2-1986): COM (96) 90; Bull., points I.1 and 2.2.1 [OJ C 281, 26.9.1996; COM (96):443].

European Economic and Social Committee (2003): *Opinion on the »Green Paper on Services of General Interest«*, (COM(2003) 270 final – (2004/C80/20).

Fohrbeck, Karla/Wiesand, Andreas Johannes (1989): *Von der Industriegesellschaft zur Kulturgesellschaft? Kulturpolitische Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland*, München: Beck

Forsthoff, Ernst (1938): *Die Verwaltung als Leistungsträger*, Stuttgart: Kohlhammer

Gestrich, Helmut (1984): »Kulturarbeit in den Kreisen. Freiwillige Aufgabe oder Pflichtaufgabe der Selbstverwaltung?«, in: *Der Landkreis*, S. 366 ff.

Häberle, Peter (1979): *Kulturpolitik in der Stadt – ein Verfassungsauftrag*, Heidelberg

Heinrichs, Werner (1999): *Kulturmanagement. Eine praxisorientierte Einführung*, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft

Knoblich, Tobias (2003): »Soziokultur in Ostdeutschland«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft B12/2003, S. 28 ff.

Knoblich, Tobias J. (2002): »Kulturelle Substanz. Einigungsvertrag und gegenwärtige Kulturpolitik«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 99 (IV/2002), S. 35 ff.

Kulturpolitische Mitteilungen (2004 a): »Was ist ›kulturelle Grundversorgung‹«?, Heft 106 (III/2004), S. 22–44

Kulturpolitische Mitteilungen (2004 b): »Kultur verankern«, Heft 107 (IV/2004), S. 24–47

Losch, Bernhard (1985): *Weiterbildung als kommunale Aufgabe*, Köln

Ossenbühl, Fritz (1993): »Kommunale Kulturpflege und legislative Organisationshoheit. Zur Verfassungsmäßigkeit der Bildung von Kulturräumen im Freistaat Sachsen« (Rechtsgutachten, erstellt im Auftrag des Sächsischen Staatsministers für Wissenschaft und Kunst im Juni 1993), in: Vogt, Matthias Theodor: *Kulturräume in Sachsen. Eine Dokumentation*, Dresden: Universitätsverlag Leipzig, o. J. (1996), S. 120–163

Pappermann, Ernst (1980): »Grundzüge eines kommunalen Kulturverfassungsrechts«, in: *Deutsches Verwaltungsblatt*, S. 701 ff.

Reese-Schäfer, Walter (1996): »Die politische Rezeption des kommunitaristischen Denkens in Deutschland«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft B 39/96

Scheytt, Oliver (2008): *Kulturstaat Deutschland. Plädoyer für eine aktivierende Kulturpolitik*, Bielefeld: transcript

Scheytt, Oliver (2005): *Kommunales Kulturrecht*, München: C.H.Beck

Scheytt, Oliver/Zimmermann, Michael (Hrsg.) (2004): *Was bleibt? Kulturpolitik in persönlicher Verantwortung*, Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft/Klartext Verlag

Sievers, Norbert (2006): »Der demografische Faktor und die Kulturpolitik«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 116 (I/2006), S. 32 f.

Steiner, Udo (1984): »Kulturauftrag im staatlichen Gemeinwesen«, in: *Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer*, Heft 42 (1984), S. 7–45

Strittmatter, Thomas (1991): »Zur Umgestaltung der kulturellen Infrastruktur in den neuen Bundesländern«, in: *Mitteilungen aus der kulturwissenschaftlichen Forschung*, Nr. 29, S. 62 ff.

Thieme, Werner (1994): »Kulturverwaltungsrecht«, in Rauhe, Hermann/Demmer, Christine (Hrsg.) (1994): *Kulturmanagement. Theorie und Praxis einer professionellen Kunst*, Berlin/New York: Gruyter, S. 493–504

Vogt, Matthias (Hrsg.) (1996): *Kulturräume in Sachsen. Eine Dokumentation* (mit einer photographischen Annäherung von Bertram Kober und dem Rechtsgutachten von Fritz Ossenbühl), Leipzig: Universitätsverlag

Welter, Hilarius (1980): »Kulturelle Aufgaben im Kreisbereich«, in: *Der Landkreis*, S. 523 ff.

Max Fuchs

Kulturpolitik und ihre Begründungen

Einige theoretische Überlegungen zu einem praktischen Problem

Zur Ausmessung von Kulturpolitik

Kultur heißt (u. a.): Unterscheidungen zu treffen. Es ist also geradezu zwingend, dies auch bei dem Begriff der Kulturpolitik anzuwenden. In der Tat stellt sich schnell heraus, dass Kulturpolitik etwas völlig Unterschiedliches bedeutet, je nach Interessensgebiet, Standort, Perspektive oder Einsatzfeld (Fuchs 2007). Einige Hinweise: Kulturpolitik auf kommunaler Ebene befasst sich mit recht konkreten Dingen: mit Einrichtungen, mit speziellen Stadtteilen oder Zielgruppen und natürlich mit Geld. Zwar legen ambitionierte Kommunen gelegentlich kulturpolitische Leitbilder oder Kulturentwicklungspläne vor, in denen auch grundsätzliche Erwägungen über die hohe Bedeutung von »Kultur« für die jeweilige Stadt ihren Platz finden, doch geht es insgesamt hier recht konkret zu. Dies verschiebt sich, je höher man auf den Ebenen kommt. Denn die unmittelbare Förderung tritt zurück zugunsten der Gestaltung von Rahmenbedingungen. Das kann soweit gehen, dass bundespolitisch relevante Themen wie die Zukunft der *Künstlersozialkasse*, Veränderungen im Urheberrecht oder der Zusammenhang von Kulturpolitik mit dem europäischen Binnenmarkt oder dem *GATS*-Abkommen oft nur schwer den kommunalen Akteuren vermittelt werden können. Kulturpolitik kann also sein: Förderpolitik, Gestaltung von Rahmenbedingungen oder Analyse gesellschaftlicher Herausforderungen. Auch sind die Akteure der Kulturpolitik sehr verschieden. Für viele ist Kulturpolitik nur das, was staatliche Akteure, was Parlamente und vor allem relevante Verwaltungen tun. Andere sind davon überzeugt, dass auch Einzelpersonen oder zivilgesellschaftliche Akteure eine Rolle spielen. Kulturpolitik kann also als staatliche oder gesellschaftliche Aufgabe verstanden werden. Diese Unterscheidung deckt sich nicht damit, wie Kulturpolitik aufgefasst wird. So kann Kulturpo-

litik auch dann als Gesellschaftspolitik verstanden werden, wenn man die Verantwortlichkeit für sie nur beim Staat sieht: Hierbei kommt es auf tatsächliche, vermutete oder angestrebte Wirkungen kulturpolitischer Aktivitäten auf die Gesellschaft an. Will man in das Wertegefüge der Gesellschaft, in die Art und Weise des Zusammenlebens, in die Bearbeitung allgemeiner gesellschaftlicher Problemlagen mit den Mitteln der Kulturpolitik eingreifen, dann kann dies durchaus als rein staatliche Aktivität geschehen; Diktaturen machen es vor. Auch wird oft von Kulturpolitik gesprochen, wenn man lediglich eine Förderung der Künste insgesamt oder auch nur einzelner Sparten meint (Musik-, Literatur-, Theater- etc. -politik). Das heißt, der »Zuständigkeitsbereich« schwankt erheblich. In Deutschland ist man zudem eher engere Ressortabgrenzungen gewohnt. Andere Länder haben keine Probleme, Kulturpolitik neben der Bildungs- und Sozialhilfepolitik als Sozialpolitik im weiteren Sinne zu verstehen. Historisch deckt sich dies durchaus mit der deutschen Entwicklung (Wagner 2009; Fuchs 2010, Kap. 7). Denn die seinerzeitige »Kulturpolizey« meinte nicht uniformierte Beamte, die in Theatern für Recht und Ordnung sorgten, sondern die »Polizey« bezog sich auf die griechische *Polis*, also das öffentliche Zusammenleben, und »Kultur« erfasste in erster Linie das Bildungswesen, dann die Religionen und die Kirche und zuletzt erst die Künste. Der heute wieder häufiger beschworene »Kulturstaat« war im frühen 19. Jahrhundert in erster Linie ein Staat, der sich um das Bildungswesen kümmerte. Und dieses war durchaus ein Fortschritt, da so der Einfluss der Kirchen auf die Schule reduziert und später sogar aufgehoben wurde. Interessant ist, dass unter dem weiten Begriff der Kultur also vor allem die Einflussnahme auf die Köpfe und Herzen der Menschen – und dies mit dem Ziel, sie politisch bei der Stange zu halten – gemeint war. Kulturpolitik kann daher sowohl von ihrer historischen Entwicklung her, aber auch aktuell aus systematischen Gründen als *Mentalitätspolitik* verstanden werden. Hierbei schlägt zudem durch, dass die deutsche Tradition der Kulturdiskurse sich immer schon eher auf das Geistige und weniger auf die materielle Kultur stützte. Ausnahme ist hierbei vielleicht das Kulturerbe, wobei auch hier als Teil einer Erinnerungspolitik Fragen der Identität behandelt werden.

Und: Kulturpolitik hat es mit Macht zu tun. Das klingt vielleicht banal. Denn was anderes soll Politik denn sein als Spiel um Macht und Herrschaft? Doch vergisst man dies gelegentlich in der kulturpolitischen Debatte, weil die deutsche Tradition des Kulturdiskurses gerne das »Schöngeistige« in den Vordergrund schiebt und man gerade unter Intellektuellen einen Gegensatz zwischen Politik und Kultur konstruiert hat – was diese natürlich um so anfälliger für politische Ideologien und Verführer machte (Lepenies 2006).

Sehr klar brachte dies der preußische Kultusminister Carl Heinrich Becker im Jahre 1919 zum Ausdruck, wonach Kulturpolitik als die »bewusste Einsetzung geistiger Werte im Dienste des Volkes und des Staates zur Festigung im Inneren und zur Auseinandersetzung mit anderen Völkern nach außen« verstanden werden sollte (Reinhard 1999: 388). Diese Begriffsbestimmung ist durchaus ertragreich: Es geht um geistige Werte; sie unterscheidet Volk und Staat; sie setzt als Ziel

die Festigung im Inneren und (Auswärtige Kulturpolitik!) die Positionierung nach draußen. Wer würde das heute so ehrlich aussprechen, selbst wenn es klar der eigenen Intention entspricht?

Kulturpolitik lässt sich zudem wie alle Politikfelder in die inzwischen üblichen drei Bereiche *policy* (die Konzepte und Ideen), *polity* (die Institutionen) und *politics* (das Alltagsgeschäft des Aushandelns) aufteilen. Auch hierbei gibt es oft eine Arbeitsteilung in einzelnen Organisationen und Institutionen: Die einen grübeln über theoretische Grundlagen, die anderen machen es. Im Glücksfall fallen die drei Dimensionen zusammen. Doch sollte man auch an die Menschen denken, die im kulturpolitischen Geschäft sind. Dann beschreiben die drei Felder durchaus verschiedene Kompetenzprofile: Manager, Kommunikationsspezialisten, Gründer, Visionäre, Theoretiker – wer kann das schon alles?

Kulturpolitik lässt sich auch nach verschiedenen Kultur- und Politikkonzepten unterscheiden. Rein theoretisch ließe sich jeder Kulturbegriff mit jedem Politikbegriff kombinieren, so dass man eine entsprechend hohe – mindestens zweistellige – Zahl von Kulturpolitikbegriffen erhielte (Fuchs 2008: 29). Das soll hier nicht geschehen. Nur angedeutet werden soll, dass man theoretisch und konzeptionell Kulturpolitik sinnvoll unter anderem als Kunst-, Gesellschafts-, Identitäts-, Lebensstil-, Symbol-, Vielfalts-, Distinktions-, Stadtentwicklungs-, Wirtschafts- oder Anerkennungspolitik verstehen kann, wobei jeweils unterschiedliche Bezugsdisziplinen und -theorien zugezogen werden. Tatsächlich hat die Herkunftsdisziplin desjenigen, der ein Konzept von Kulturpolitik formulieren will, Einfluss auf deren Verständnis. Soziologie etwa, die in den letzten Jahren eine große Rolle spielte, sieht Kultur in engem Bezug zur Gesellschaftsstruktur (Beispiele: A. Göschel, G. Schulze). Humanwissenschaftler sehen den Bildungsaspekt und die Wirkung auf den Einzelnen (stark in den Konzeptionen des *Deutschen Städtetages* oder des *Europa Rates* in den 1970er Jahren, Röbke 1993). Politikwissenschaftler interessieren sich für den Machtaspekt. All diese Zugänge sind natürlich legitim, gelegentlich miteinander vereinbar aber nicht notwendig kompatibel.

Eine interessante Übung – die ich so gelegentlich auch in Seminaren durchführe – besteht etwa darin, wichtige Kulturtheoretiker auf zentrale Leitkonzepte zu befragen und sich zu überlegen, welche Konzeption von Kulturpolitik entstehen würden, wenn man diese Konzepte als Basis nehmen würde. Einige Beispiele zur Anregung: Cicero (Pflege), Herder (Differenz und Pluralität), Kant (Sittlichkeit), Schiller (Humanität), Dilthey (Geist), Freud (Triebe), Cassirer (Symbol), Bourdieu (symbolische Gewalt), Foucault (Gouvernementalität).

Helfen uns diese Unterscheidungen weiter bei dem aktuellen Anliegen, mittels der Kulturpolitik eine kulturelle Infrastruktur zu erhalten und gegebenenfalls weiter zu entwickeln?

Ich denke: Ja. Denn als erstes müsste man in der Kulturpolitik die Vielfalt nicht bloß kultureller Ausdrucksformen anerkennen und weiterentwickeln, so wie es die neueste *UNESCO*-Konvention fordert. Vielfalt muss auch im weiten Feld kulturpolitischer Begründungsarbeit gesehen und anerkannt werden. Die Konsequenz:

Es gibt nicht *die* Begründung von Kulturpolitik. Was als Begründung akzeptiert wird, hängt sehr stark von individuellen Wertentscheidungen, von Theorien und Ideologien, von Weltanschauung und Zeitgeist ab.

Begründungsweisen in der Kulturpolitik

Jede Begründungslinie lässt sich in Hinblick auf Folgerichtigkeit und Tragfähigkeit untersuchen. Begründungen sind zudem auch insofern kontextabhängig, als dieselbe kulturpolitische Konzeption bei verschiedenen Zielgruppen mit durchaus unterschiedlichen Argumenten vertreten werden muss. Denn im politischen Geschäft – und darum handelt es sich hier – zählt die Tatsache der Überzeugung und nicht die der »objektiven Wahrheit«. Mein Interesse ist vor diesem Hintergrund ein zweigeteiltes. Als politischer Praktiker liegt mir daran, dass sich eine bestimmte Auffassung von Kultur, Politik und Kulturpolitik durchsetzt. Daneben gibt es jedoch auch ein theoretisches Interesse an konzeptionellen Grundlagen der Kulturpolitik. Hierbei geht es mir darum, Begründungswege und tragende Konzepte auf ihre Genese und die Gründe ihrer (Un-)Wirksamkeit zu untersuchen. Dies betrifft durchaus auch favorisierte Begründungslinien, die möglicherweise theoretische Schwächen haben, aber trotzdem funktionieren. Es betrifft aber auch solche Ansätze, denen ich von der Zielstellung zustimme, deren theoretische oder konzeptionelle Basis mir jedoch frag- und kritikwürdig erscheint. Zurzeit betrifft dies etwa die Argumentation mit Hilfe des aus meiner Sicht kaum für eine demokratische Kulturpolitik – und dies noch eines zivilgesellschaftlichen Akteurs – zu rettenden Kulturstaatsbegriffs.

Welche Typen von Begründungsweisen lassen sich unterscheiden?

Schaut man sich die kulturpolitischen Dokumente der *Europäischen Union* oder auch der *Bundesregierung* an, dann dominiert eindeutig eine wirtschaftspolitische Akzentuierung auf *cultural industries*. Kernbegriff ist hier *creativity* (ich lasse hier bewusst die englischen Begriffe stehen). Es geht um eine erfolgreiche Durchsetzung eines zukunftsfähigen Wirtschaftszweiges, es geht auf der individuellen Ebene um die notwendige Disposition – eben *creativity*, – um für die Herausforderungen der Zukunft gerüstet zu sein. Dabei besteht die Gefahr, eine Qualität von Kreativität – nämlich eine kritische Perspektive auf die Gesellschafts- und Wirtschaftordnung – auszuklammern (Akademie Remscheid 1989). Eine solche wirtschaftspolitische Orientierung gibt es seit den späten 1980er Jahren. Sie kann nicht negiert werden, da sie vielerorts auch funktioniert. Dies gilt insbesondere im internationalen Kontext, da gerade ehemalige Entwicklungsländer etwa im Kulturtourismus oder in anderen kulturwirtschaftlichen Aktivitäten eine – oft die einzige – Aussicht auf Überleben sehen. Allerdings ist diese Sicht mit einer anderen Sicht wenig verträglich: Die Begründung mit den Potentialen von Kunst. Diese kann entweder kunsttheoretisch oder anthropologisch erfolgen: Kunst als Teil der Menschwerdung,

Kunst als unverzichtbarer Weg der Welt- und Selbstaneignung. Dieser Ansatz wird in westlichen Ländern oft genutzt, hat aber dort seine Probleme, wo man die abendländische Kunsttradition verlässt. Andere Länder reklamieren zum Teil andere als die klassischen Kunstformen (Musik, Theater, Bildende Kunst, Tanz, Literatur) für sich als relevant, nämlich – so etwa im Kontext der beiden *UNESCO*-Weltkonferenzen zur kulturellen Bildung – Stelzenlaufen, Haare flechten, Schmieden, Textilverarbeitung. Auch wenn es um die Bewahrung kultureller Tradition geht, ist der Topos der »Kunstautonomie« deplatziert. Denn hierbei geht es um die identische Reproduktion traditioneller Praxisformen und nicht um eine eigensinnige und eigenwillige Neuschöpfung. Der Kunstdiskurs ist also ausgesprochen kontextabhängig und sehr stark ideologisch belastet – gerade durch die deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert (Nipperdey 1998). Aufgabe ist es also, unter den hochideologischen Debatten rund um die Künste und die Künstler die Qualitäten einer handlungsentlasteten Praxis, in der sich die eigene Phantasie und die eigene Körperlichkeit entfalten können, zu entdecken.

Beliebt sind allerdings auch Begründungsweisen, die sich überhaupt nicht mehr auf derartige Grundsatzfragen einlassen wollen und sich lieber darauf verlassen, mit juristisch-administrativen Mitteln das Ziel zu erreichen. Der Ansatz eines Staatszieles Kultur geht ebenso diesen Weg wie der Versuch gesetzlicher Absicherungen bestimmter Kulturangebote. Nach einem Höhepunkt eines Verständnisses von Kulturpolitik als kultureller Bildungspolitik in den 1980er Jahren (*Europa Rat*, *Deutscher Städtetag*) erleben wir zur Zeit rund um den Leitbegriff »kulturelle Bildung« eine erneute Konjunktur. Kulturelle Bildungspolitik stellt die Bildungswirkungen und damit den zu fördernden Einzelnen in den Mittelpunkt und kann hierbei auf die »heroische« Debatte über Bildung und Kultur rund um 1800 anknüpfen. Interessanterweise sieht man diese klassische humanistische und geistesgeschichtliche Traditionslinie durch die aktuelle naturwissenschaftliche Leitdisziplin der Hirnforschung unterstützt.

Schlussfolgerungen

Welche Schlussfolgerungen lassen sich aus diesen Hinweisen ziehen?

- Es gibt keine »kanonische« Art der kulturpolitischen Begründung. Man hat es vielmehr mit einer Fülle unterschiedlicher Ansätze zu tun.
- Jeder, der kulturpolitisch etwas bewirken will, kann sich nicht auf eine »reine Lehre« einer speziellen Begründung beschränken, sondern muss eine vieldimensionale Begründungsweise praktizieren.
- Einer Begründungspflicht muss allerdings jedes Angebot grundsätzlich genügen. Demokratie heißt eben auch: Begründungspflichtigkeit aller öffentlich getragenen Institutionen.
- Die Begründungspflichtigkeit ergibt sich auch aus der Konkurrenzsituation mit anderen Politik- (und kostenträchtigen Ausgabe-) feldern.

- Trotz der Notwendigkeit, »Überzeugung« (die eben auch unseriös produziert werden könnte) anzustreben, sollte man kritisch seine Überzeugungsstrategien reflektieren.
- Wie viel und welche Kulturangebote in Zukunft in der Kommune vorhanden sind, muss von einem Konsens vor Ort abhängig gemacht werden. Diese Entscheidung ist also eine *politische* Entscheidung und gehorcht den entsprechenden Spielregeln.
- Der Kulturbereich hat eine Bringschuld im Hinblick auf den Nachweis seiner Relevanz.

Literatur

Akademie Remscheid (Hrsg.) (1989): *Konzept Kreativität in der Kulturpädagogik. Grundlagen – Theorie – Praxis*, Remscheid: A. T. Rolland

Fuchs, Max (1998): *Kulturpolitik als gesellschaftliche Aufgabe. Eine Einführung in Theorie, Geschichte, Praxis*, Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag

Fuchs, Max (2007): *Kulturpolitik*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Fuchs, Max: (2008): *Kultur macht Sinn*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Fuchs, Max (2010): *Leitformeln und Slogans in der Kulturpolitik*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (i. E.)

Göschel, Albrecht (1991): *Die Ungleichzeitigkeit in der Kultur. Wandel des Kulturbegriffs in vier Generationen*, Stuttgart u. a.: Kohlhammer

Lepenies, Wolf (2006): *Kultur und Politik*, München: Hanser 2006

Nipperdey, Thomas (1998): *Deutsche Geschichte 1800–1918*, München: Beck (3 Bände)

Reinhard, Wolfgang (1999): *Geschichte der Staatsgewalt*, München: Beck

Röbke, Thomas (Hrsg.) (1993): *Zwanzig Jahre Neue Kulturpolitik. Erklärungen und Dokumente*, Essen: Klartext

Schulze, Gerhard (1992): *Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart*, Frankfurt am Main: Campus

Wagner, Bernd (2009): *Fürstenhof und Bürgergesellschaft Zur Entstehung, Entwicklung und Legitimation von Kulturpolitik*, Bonn/Essen: Klartext 2009

Klaus Hebborn

Grundversorgung, Infrastruktur, Cultural Governance – wie viel Kultur braucht eine Stadt?

»Die Vollkommenheit der Stadt hängt
von den in ihr gepflegten Künsten ab.«
Albertus Magnus

Das Zitat von Albertus Magnus vor rund 750 Jahren bringt es auf den Punkt: Kunst und Kultur prägen seit jeher das Bild der Stadt. Ihre Förderung ist eine kommunale Selbstverwaltungsaufgabe. Erst durch die Künste, kulturelle Einrichtungen sowie kulturelles Leben und Austausch wird die Stadt von einer Ansammlung von Gebäuden und Menschen zu eben einer solchen. Der Bedeutung der Kultur entspricht, dass die Städte und Gemeinden mit etwa 45 Prozent den größten Anteil der rund acht Milliarden Euro öffentlicher Kulturausgaben in Deutschland tragen.

Die Diskussion über die inhaltliche und rechtliche Ausgestaltung der kommunalen Kulturpolitik wird seit Jahrzehnten immer wieder geführt. Anlass sind zumeist die periodisch wiederkehrenden öffentlichen Haushaltskrisen. Es erscheint daher folgerichtig, dass vor dem Hintergrund der aktuellen Finanzkrise und deren Auswirkungen auf die Kultur vor Ort erneut eine intensive Debatte über Umfang und Qualität der kulturellen Infrastruktur sowie deren Sicherung in schwieriger Zeit geführt wird. Dabei stehen der Schutz und die Bewahrung der vielfältigen und überwiegend durch die Städte geprägten Kulturlandschaft im Vordergrund. Bereits in früheren Jahren diskutierte Fragen kommen wieder auf die Tagesordnung:

Braucht die Kultur eine stärkere »Normierung«, um kulturelle Infrastruktur und Teilhabe langfristig sicherzustellen? Ist eine kulturelle Grundversorgung beziehungsweise eine bestimmte Infrastruktur zu »definieren«? Ist die Ausgestaltung der Kultur als freiwillige Selbstverwaltungsaufgabe der Kommunen angesichts der

massiven Bedrohung kommunaler Handlungsspielräume noch zukunftstauglich oder müsste die Kultur nicht in eine kommunale Pflichtaufgabe umgewandelt werden? Sind Kulturgesetze, mit denen zentrale Bereiche insbesondere der kulturellen Bildung rechtlich normiert werden, eine Zukunftsperspektive?

Der *Deutsche Städtetag* hat sich aus Anlass der Veröffentlichung des Berichtes der *Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages »Kultur in Deutschland«* intensiv mit diesen Fragen auseinandergesetzt und mit dem Beschluss des Hauptausschusses vom 15.11.2009 eine Positionsbestimmung vorgenommen.[1] Der nachfolgende Beitrag bezieht zu der aktuellen Diskussion auf dieser Grundlage Stellung.

Kulturelle Grundversorgung versus Governance

Die Frage einer »kulturellen Grundversorgung« ist seit den neunziger Jahren immer wieder Gegenstand der kulturpolitischen Diskussion. Bei den Verfechtern dieses Ansatzes handelt es sich keineswegs um »staatshörige« oder obrigkeitsstaatlich geprägte Kulturpolitiker, die mit dieser Begrifflichkeit dem veralteten Begriff der »Daseinsvorsorge« ein neues Gewand zu geben versuchen. Vielmehr steht dabei die Sorge im Vordergrund, dass die (freiwillige) Aufgabe der Kulturförderung im Zuge der wiederkehrenden Haushaltskrisen nach und nach aus dem Aufgabenkanon der öffentlichen Hände verschwinden könnte. Ziel der Forderung nach Grundversorgung ist somit zuvorderst der Erhalt von Kulturangeboten, die Sicherung von kultureller Infrastruktur sowie die Abwehr von Mittelkürzungen im Kulturbereich.

Die Auseinandersetzung mit dem Begriff der kulturellen Grundversorgung ist in den letzten zehn Jahren in der Kulturpolitik intensiv geführt worden.[2] Dabei provoziert die Diskussion eine Reihe von Grundsatzfragen, die das Staatsverständnis und auch das Selbstverständnis einer zeitgemäßen Kulturpolitik tangieren. Entsprechend kontrovers sind die Aussagen zu diesen Fragen. Festgestellt werden kann, dass es erhebliche Vorbehalte gegen den Ansatz einer kulturellen Grundversorgung trotz der damit verbundenen positiven Absichten gibt. Die Vorbehalte beziehen sich einerseits auf die damit verbundene vermeintliche Hierarchisierung kultureller Angebote und Institutionen, das heißt indem bestimmte Angebote und Einrichtungen als zur kulturellen Grundversorgung zugehörig klassifiziert werden, wird für die nicht zu dem »Pflichtkanon« gehörenden der fatale Eindruck der Verzichtbarkeit erweckt. (Cornel 2004: 31) Zum anderen stößt sich die Kritik auch am Begriff der »Versorgung« und dem darin vermeintlich zum Ausdruck kommenden obrigkeitsstaatlichen Staatsverständnis, das den aktiven und mündigen Bürger vom Mitgestalter der Kulturpolitik zum Empfänger staatlicher Wohltaten und Werte zu degradieren droht. Kunst und Grundversorgung stünden – so die Kritik – in einem unauflöslichen Spannungsverhältnis und schlössen sich

1 http://www.staedtetag.de/10/schwerpunkte/artikel/00008/zusatzfenster65.html
2 Siehe beispielsweise die Schwerpunktthemen der *Kulturpolitischen Mitteilungen*, Heft 106 und 107 (2004).

schon begrifflich aus. (Bolwin 2004: 41) Letztlich werde durch diesen Ansatz einer am Status quo orientierten, strukturkonservativen Kulturpolitik das Wort geredet.

Demgegenüber gibt es aber auch Stimmen, die kulturelle Grundversorgung jenseits des Konzeptes der Versorgung durch den Verwaltungsstaat definieren, indem stattdessen Individuen, Gesellschaft und nichtstaatliche Konzepte zum Ausgangspunkt des kulturpolitischen Auftrages gemacht werden. Kulturelle Grundversorgung stellt sich in diesem Sinne als Angebot von Staat und Kommunen an den Einzelnen dar, die dem Konzept vom »aktivierenden Staat« eine »umfassende Basis legt und ein qualifiziertes, rechtlich wie finanziell planvoll gesichertes Angebot unter Einbeziehung von Akteuren aus der Zivilgesellschaft macht« (Scheytt/ Zimmermann 2004: 23 ff.).

Die *Enquete-Kommission* löst sich in ihrem Bericht gänzlich von den Begriffen der Grundversorgung und der Daseinsvorsorge, da diese sich nach ihrem Verständnis vorrangig auf staatliches und kommunales Handeln beziehen und damit nur auf einen Teil der kulturellen Aktivitäten verschiedener Träger. (Enquete-Kommission 2007: 84) Die Kommission spricht stattdessen von »Sicherung der kulturellen Infrastruktur«, wobei sich der öffentliche Infrastrukturauftrag sowohl auf die Bereitstellung von Ressourcen und die Ausgestaltung der rechtlichen Rahmenbedingungen als auch auf das Zusammenwirken mit anderen Partnern aus Zivilgesellschaft und Wirtschaft erstreckt. Aufgabe des Staates ist somit nach Auffassung der *Enquete-Kommmission* die Gewährleistung der in diesem Sinne verstandenen kulturellen Infrastruktur.

Die Diskussion im *Deutschen Städtetag* über Aufgaben und Zukunft kommunaler Selbstverwaltung geht in die gleiche Richtung. Spätestens seit der Verabschiedung des Leitbildes für die »Stadt der Zukunft« in der 32. Hauptversammlung des *Deutschen Städtetages* 2003 gehen die Städte davon aus, dass die Bereitstellung von Leistungen für die Allgemeinheit nicht ausschließlich eine Angelegenheit des Staates ist, sondern Wirtschaft und Zivilgesellschaft bei der Leistungserbringung zu berücksichtigen sind. Kultur *in* der Stadt ist demnach wesentlich mehr als Kultur *von* der Stadt. Die Aufgabe der Sicherung der kulturellen Infrastruktur beschränkt sich deshalb nicht auf die Bereitstellung durch die öffentlichen Hände. Sie schließt Aktivitäten Dritter ausdrücklich ein. Die *Enquete-Kommission* bezeichnet das Verfahren, die festgelegte kulturelle Infrastruktur einer Stadt strategisch sicherzustellen, mit dem Begriff *Governance* (ebd.: 92 ff.). Dieser meint im Unterschied zu *Government* eine bestimmte Form der Steuerung einer politisch-gesellschaftlichen Einheit. Kennzeichnendes Merkmal des Governance-Ansatzes ist, dass er nicht auf öffentliche Einrichtungen fixiert bleibt, sondern sowohl auf den Staat, den Markt, als auch auf die Gesellschaft ausgerichtet ist und auf funktionierende Kooperationen in Netzwerken Wert legt. Ziel dieses Ansatzes ist somit, die Gesamtheit der politischen Aufgaben auf mehrere gesellschaftliche Akteure zu verteilen und die formulierten Ziele kooperativ zu erreichen, ohne dass der Staat damit seine Gewährleistungspflichten vollständig auf andere überträgt. In der Praxis vor Ort zeigt sich, dass die Umsetzung etwa bei der Einbindung freier

Träger in kommunale Gesamtkonzepte nicht immer leicht ist und in der Praxis vor Ort auch Konfliktpotenziale mit sich bringt. (Zu dieser Thematik siehe auch Knoblich/Scheytt 2009)

Im Kontext der Sicherstellung einer kulturellen Infrastruktur beziehungsweise Grundversorgung stellt sich logisch die Frage der Standards, denn ohne eine Diskussion und gegebenenfalls Festlegung von quantitativen und qualitativen Standards würde die Gewährleistungsfunktion ins Leere laufen. Die *Enquete-Kommission* weist in diesem Zusammenhang zu Recht auf die Heterogenität der kulturellen Infrastruktur in den zu unterscheidenden fünf Handlungsfeldern (kulturelles Erbe, Künste, kulturelle Bildung, kulturelle Aktivitäten, Medien) sowie auf die Schwierigkeit einer generellen Standardsetzung hin. Eine solche Generaldefinition erscheint – wenn überhaupt eine Einigung darauf erzielt werden könnte – aus kommunaler Sicht im Hinblick auf die regional unterschiedlichen kulturellen Verhältnisse und Traditionen verfehlt. Aber auch aus einem anderen Grund ist es wenig sinnvoll, gleichsam einen allgemein gültigen »Kanon« kultureller Infrastruktur zu definieren: Es bestünde die Gefahr, dass dies im Ergebnis auf einen zu garantierenden »Minimalstandard« hinauslaufen würde. Der Verlust von kultureller Vielfalt und ein Abbau von kultureller Infrastruktur in den »oberhalb« dieses Kanons liegenden Städten wäre die Folge. Abbau statt Sicherung, Einfalt statt Vielfalt wären zu befürchten. Die Frage der kommunalen Infrastruktur in der Kultur ist daher dahingehend zu beantworten, dass deren Umfang und Qualität im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung von den Städten und Gemeinden unter Berücksichtigung von kulturpolitischen Schwerpunktsetzungen, Profilen, Traditionen und gegebenenfalls weiteren Gesichtspunkten jeweils festzulegen ist. Kriterien wie Größe und Einwohnerzahl sowie Benchmarks bei der Kulturförderung anderer Städte (z. B. Kulturausgaben je Einwohner) können dabei als Orientierung dienen.

Nach Jahren einer gewissen »Planungsskepsis« erarbeiten zahlreiche Städte wieder verstärkt Kulturentwicklungspläne beziehungsweise Zielvereinbarungen, in denen Ziele der kommunalen Kulturpolitik formuliert und die Bereitstellung von kulturellen Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger festgelegt werden. Diese sind vielfach als öffentlicher Diskurs organisiert und schließen Kooperationspartner aus unterschiedlichen Bereichen von Wirtschaft und Zivilgesellschaft ein. Kulturentwicklungsplanung in diesem Sinne bedeutet nicht Rückzug der Städte und Gemeinden aus der Kultur, denn Kulturangebot und kulturelle Infrastruktur können von der Zivilgesellschaft nicht hinreichend eigenständig organisiert werden. Diskussion, Beschreibung und Gewährleistung von kommunaler kultureller Infrastruktur in quantitativer und qualitativer Hinsicht sind genuine Aufgaben der städtischen Kulturpolitik. Dies gilt insbesondere für den Bereich der Breitenkultur sowie der kulturellen Bildung.

Kommunale Pflichtaufgabe Kultur?

Die Frage des Rechtscharakters der kommunalen Aufgabe Kultur ist in den vergangenen drei Jahrzehnten im *Deutschen Städtetag* immer wieder diskutiert worden. (Siehe Meyer 1996) Anlass war auch hier stets die drohende oder bestehende Unterfinanzierung der kommunalen Kultur. Dabei ging es zunächst um die Frage, ob die Aufgabe Kultur in ihrer derzeitigen Form eine kommunale Pflichtaufgabe darstellt oder den so genannten freiwilligen Leistungen zuzurechnen ist. Anfang der achtziger Jahre gab es den Versuch, zumindest einzelne zentrale kulturelle Aufgaben auch ohne explizite gesetzliche Regelung als pflichtige Selbstverwaltungsaufgabe zu klassifizieren. Beachtung hat dabei insbesondere der Beitrag von Pappermann gefunden, der davon ausgeht, dass die allgemeine Auffassung der Bürgerinnen und Bürger einer Kommune letztlich mitbestimmend dafür sei, welche kulturelle Infrastruktur zur Regelausstattung einer Kommune einer bestimmten Größe gehört. Pappermann leitete daraus die Pflichtigkeit von zentralen kulturellen Einrichtungen (Bibliotheken, Theater, Orchester) (Pappermann 1980: 701 ff.; siehe dazu auch: Häberle 1979) ab. Allerdings hat sich diese Rechtsauffassung in der juristischen Literatur wie auch in der kommunalaufsichtlichen Praxis in den Ländern nicht durchgesetzt und kann heute als »Mindermeinung« bezeichnet werden. Auf den Aspekt der juristischen Bewertung des kommunalen Kulturauftrages soll in diesem Kontext nicht weiter eingegangen werden. Verwiesen wird auf die Ausführungen im *Enquete-Bericht*. Dieser kommt zum Ergebnis, dass nach der derzeitigen Rechtslage eine generelle Verpflichtung der Kommune »zu allen möglichen Formen der Kulturarbeit« nicht festgestellt werden kann, allerdings stelle der Kulturauftrag der Kommunen »einen kulturpolitisch zu konkretisierenden Kulturgestaltungsauftrag« dar. (Enquete-Kommision 2007: 90) Daran anknüpfend ist festzustellen, dass kommunale Kulturförderung (also das »Ob«) durchaus als pflichtige Selbstverwaltungsaufgabe anzusehen ist. Deren Ausgestaltung allerdings – und dies ist letztlich der entscheidende Punkt – obliegt der freien Entscheidung der jeweiligen Kommune. Einzige Ausnahme bildet das Bundesland Sachsen, wo im Kulturraumgesetz Kultur als kommunale Pflichtaufgabe geregelt ist.

Bedeutender als die Debatte um den Rechtscharakter der kommunalen Aufgabe Kultur ist die Frage, ob deren Ausgestaltung als »echte« Pflichtaufgabe im Hinblick auf den Erhalt der kulturellen Infrastruktur und deren perspektivische Weiterentwicklung überhaupt sinnvoll und hilfreich wäre. Für eine Umwandlung der Kultur in eine Pflichtaufgabe der Kommunen spräche die Perspektive, diese damit finanziell abzusichern, die Kultur aus den periodisch wiederkehrenden Kürzungsrunden herauszuhalten sowie Planungssicherheit und Verlässlichkeit für die Kultur vor Ort zu schaffen.

Was aber wäre die Kehrseite dieses in der Kultur langgehegten Traums einer finanziellen Absicherung? In jedem Fall droht der Verlust von Freiheit und Gestaltungsmöglichkeiten der Kommunen, denn mit einer Festschreibung der Kulturförderung als kommunaler Pflichtaufgabe wären quantitative und qualitative

Vorgaben und Standards zwingend verbunden, denn Sinn der Pflichtaufgabe ist gerade, nicht nur das *Ob* einer Leistung, sondern auch die Art und Weise der Aufgabenerfüllung (*Wie*) zu regeln. Die Kultur vor Ort würde fortan maßgeblich durch Vorgaben der Länder bestimmt. Das Konnexitätsprinzip, das als Schutzschirm gegen weitere Aufgabenübertragungen an die Kommunen ohne finanziellen Ausgleich einst geschaffen worden ist, würde sich gegen die Kommunen richten und deren Handlungsspielräume in einem der letzten, für die Städte und deren Urbanität zentralen Bereiche endgültig auf Null reduzieren. Letztlich stünde zu befürchten, dass die Kulturpolitik in den Kommunen maßgeblich durch die Länder bestimmt würde.

Ein weiterer Aspekt kommt hinzu: Die Ausgestaltung einer Aufgabe als kommunale Pflichtaufgabe sichert nicht zwingend deren auskömmliche Finanzierung. Dies zeigen Erfahrungen aus vielen anderen Bereichen. Am Beispiel des Weiterbildungsgesetzes Nordrhein-Westfalen, das den Betrieb einer kommunalen Volkshochschule und die Sicherstellung eines Mindestangebotes an Weiterbildung in Städten und Gemeinden ab einer bestimmten Größenordnung seit 1975 zwingend vorschreibt, kann aufgezeigt werden, dass die Landesförderung seitdem kontinuierlich rückläufig ist und nach drastischen Sparrunden in den vergangenen zehn Jahren nunmehr bei einem Anteil von 20 Prozent der Gesamtkosten liegt.

In der Abwägung zwischen vermeintlicher finanzieller Absicherung und kommunaler Gestaltungsfreiheit bei der Ausführung der Aufgabe Kultur spricht sich der *Deutsche Städtetag* somit ausdrücklich für die Freiheit kommunaler Kulturpolitik aus. Über den Umweg einer rechtlichen Verpflichtungsregelung darf die Lösung des eigentlichen Problems nicht aus dem Blick geraten: Die auskömmliche Ausstattung der Kommunen mit finanziellen Mitteln zur Erfüllung ihrer Aufgaben und damit die Wahrung der grundgesetzlich in Art. 28 GG garantierten kommunalen Selbstverwaltung. Bund und insbesondere die Länder sind aufgefordert, den Kommunen stabile und auskömmliche Mittel zur Verfügung zu stellen, die es ihnen ermöglichen, ihre vielfältigen Aufgaben – gerade auch diejenigen in der Kultur – zu erfüllen. Ein Blick auf die Entwicklung der Kulturausgaben der Städte seit 1992 unterstreicht diese Forderung: Die Entwicklung der kommunalen Kulturausgaben beziehungsweise ihre Anteile an den Gesamthaushalten zeigt, dass diese immer dann gestiegen sind (wenn auch mit etwas Verzögerung), wenn es den Kommunen insgesamt finanziell gut ging und umgekehrt rückläufig waren (dann aber sofort), sofern die kommunale Haushaltssituation angespannt war. Auf eine Formel gebracht: Wer die Kultur in den Städten fördern will, muss für stabile Kommunalfinanzen sorgen.

Stärkung der kulturellen Bildung

Während eine rechtliche Normierung des kommunalen Kulturauftrages als Pflichtaufgabe abzulehnen ist, stellt sich die Situation im Bereich der kulturellen Bildung anders dar. Neben dem Ziel einer Absicherung von Institutionen (Musik-

schulen, Bibliotheken, Jugendkunstschulen etc.) und Angeboten steht noch ein weiterer Gesichtspunkt im Vordergrund: Die Verankerung der kulturellen Bildung als gleichwertigen und unverzichtbaren Bereich im Bildungssystem. Es geht also darum, die kulturelle Bildung angesichts ihrer nachgewiesenen positiven Effekte sowie im Sinne eines ganzheitlichen Bildungsansatzes aus dem Status der Nachrangigkeit – musisch-kulturelle Kenntnisse und Fähigkeiten werden beispielsweise in den *PISA*-Studien vollständig ausgeblendet – herauszuführen und in der kommunalen Bildungslandschaft den ihr zukommenden Stellenwert zu verschaffen. Vor diesem Hintergrund hat die *Enquete-Kommission* seit vielen Jahren von den Fachverbänden erhobene Forderungen nach entsprechenden Fachgesetzen aufgegriffen und schlägt in ihren Empfehlungen die Schaffung von zum Beispiel Bibliotheks- oder Musikschulgesetzen auf Länderebene vor. Darin sollen Betrieb und Unterhaltung entsprechender Einrichtungen rechtlich als Pflichtaufgabe ausgestaltet werden. (Enquete-Kommission 2007: 132, 399)

Die Bedeutung der kulturellen Bildung steht außer Frage und braucht an dieser Stelle nicht erneut begründet zu werden. (Siehe u. a. Fuchs/Schulz/Zimmermann 2005) Ebenfalls zuzustimmen ist einer größeren Verbindlichkeit analog zu der rechtlich geregelten allgemeinen schulischen Bildung, um eine Gleichwertigkeit zwischen allgemeiner und kultureller Bildung, sozusagen »auf Augenhöhe« herzustellen.

Pflichtgesetze zur Regelung einzelner Bereiche der kulturellen Bildung begegnen jedoch erheblichen Bedenken. Die Priorisierung zum Beispiel der Musikschulen oder der Bibliotheken und die damit verbundene Hierarchisierung innerhalb der kulturellen Bildung erscheint nicht sinnvoll und sachgerecht. Es bestünde die Gefahr, die kulturelle Bildung auf bestimmte Bereiche zu verengen. Darüber hinaus würden neue Pflichtgesetze automatisch die Konnexitätsmechanismen in den Ländern wirksam werden lassen, das heißt, die Länder müssten bei der Übertragung neuer Pflichtaufgaben auf die Kommunen nach den in allen Landesverfassungen verankerten Konnexitätsprinzipien die damit verbundenen finanziellen Aufwendungen übernehmen. Dies erscheint angesichts der Haushaltsprobleme der meisten Bundesländer kaum realistisch. Schließlich besteht auch bei Fachgesetzen zur kulturellen Bildung die Gefahr, dass darin lediglich Minimalstandards festgeschrieben und damit Qualität abgebaut würde. Insgesamt ist somit zu befürchten, dass Kulturfachgesetze die Weiterentwicklung der kulturellen Bildung eher behindern als fördern würden.

Vorzugswürdig ist auf mittlere Sicht die Schaffung von Fördergesetzen zur kulturellen Bildung in den Ländern, mit denen in Ausführung bestehender Vorschriften und Garantien in den Länderverfassungen die kulturelle Bildung seitens der Länder gestärkt wird. Darin sollten alle wichtigen Sparten kultureller Bildung förderungswürdig sein. Die Förderung darf nicht zu Lasten der im Rahmen der Gemeindefinanzierung vorgesehenen Mittel erfolgen. Wichtig erscheint, einerseits Regelungen zu schaffen, die eine flexible Förderung kultureller Bildung – institutionell und projektbezogen – mit größtmöglicher kommunaler Handlungsfreiheit

bewirken. Andererseits müssen entsprechende Fördergesetze eine Beteiligung haushaltsschwacher beziehungsweise notleidender Kommunen sicherstellen, um Flächendeckung zu gewährleisten. Entsprechende Regelungen sind im Zuge der Umsetzung des Konjunkturpaketes II auf der Länderebene entwickelt worden und sollten übertragen werden. Insgesamt geht der Vorschlag von Fördergesetzen auf der Länderebene – im Gegensatz zu Pflichtgesetzen – von dem Grundgedanken aus, Anreize für ein Engagement von Kommunen und Kultureinrichtungen in der kulturellen Bildung zu schaffen und die kulturelle Bildung in ihrer notwendigen Breite zu fördern.

Kulturpolitik in Zeiten der Finanzkrise

Die Kommunalhaushalte sind von der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzkrise stark betroffen. Die Schere zwischen zurückgehenden Steuereinnahmen und steigenden Sozialausgaben wird immer größer. Bereits jetzt können zahlreiche Städte und Gemeinden ihren Aufgaben nur mit Hilfe von Kassenkrediten nachkommen. Die Vielfalt und Qualität der kulturellen Infrastruktur in den Kommunen wird durch die notwendigen Sparmaßnahmen in bisher nicht gekanntem Ausmaß bedroht. Dabei ist festzustellen, dass durch den geringen Anteil der Kulturetats an den Gesamtausgaben kaum Haushaltseffekte zu erreichen sind, bereits geringfügige Kürzungen aber häufig zu irreparablen Schäden bei der kulturellen Infrastruktur führen. Theater ohne neue Inszenierungen oder eine freie Kulturszene ohne Projektmittel geraten schnell in eine Abwärtsspirale. Zahlreiche Einrichtungen arbeiten und wirtschaften bereits jetzt am Rande ihrer Leistungsfähigkeit, manche in privater Rechtsform sind aktuell von der Insolvenz bedroht. Im Falle weiterer Kürzungen ist nicht nur die Reduzierung des Kulturangebotes, sondern die Schließung ganzer Einrichtungen zu befürchten. Mäzene und Sponsoren reduzieren überdies angesichts der Finanzkrise ihr Engagement, sodass eine Kompensation der öffentlichen Sparmaßnahmen nicht möglich ist.

Bei Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen sehen sich die Städte und Gemeinden zunehmend erheblichen Auflagen und direkten Eingriffen der Kommunalaufsicht ausgesetzt. Diese erstrecken sich zum Teil bis zu personellen Einzelentscheidungen. Kommunalpolitik droht somit handlungsunfähig, die Rechte der demokratisch gewählten Räte durch Eingriffe der Kommunalaufsicht und somit die grundgesetzlich garantierte kommunale Selbstverwaltung insgesamt ausgehöhlt zu werden. Dies ist politisch nicht hinnehmbar. Gerade in der Krise ist daher die Forderung an Bund und Länder zu erheben, dafür Sorge zu tragen, dass die Kommunen ihren Kulturauftrag ausfüllen können. Bei notwendigen Konsolidierungsmaßnahmen in den Städten sollte die Kultur mit Blick auf die gravierenden Auswirkungen auf die Infrastruktur nach Möglichkeit eher unterproportional berücksichtigt werden.

Neben dem Schutz der kulturellen Infrastruktur in schwerer Zeit ist aber auch ein Nachdenken über neue Strukturen notwendig. Zu denken ist beispielsweise

an Kooperationen oder gegebenenfalls Fusionen von Kultureinrichtungen. Entsprechende Vorschläge und Diskussionen hat es in der Vergangenheit immer wieder gegeben. Allerdings erweist sich insbesondere die interkommunale Zusammenarbeit aus (kultur-)politischen, künstlerischen und finanziellen Gründen oft als nur schwer umsetzbar. Gleichwohl gibt es funktionierende Beispiele interkommunaler Zusammenarbeit. Weiterer Handlungsbedarf besteht im Hinblick auf die Verbesserung der Einnahmesituation sowie die Betriebsführung der Kultureinrichtungen angesichts steigender Kosten und knapper öffentlicher Ressourcen. Hierbei kann ein Blick auf Modelle und Lösungen in anderen Bereichen (z. B. Eintrittspreisgestaltung im Sport, Synergien bei der Betriebsführung) hilfreich sein. Vielleicht führt der finanzielle Druck zu mehr Offenheit und Bereitschaft, über neue Wege nachzudenken. Diese müssen allerdings auch unter künstlerischem Aspekt sinnvoll sein.

Fazit

Die Kultur in den Städten und Gemeinden braucht Freiheit, Entfaltung und Kreativität, um ihre vielfältigen Potenziale wirksam werden zu lassen. Dies gilt für die kommunale Selbstverwaltung in gleicher Weise. Normierungen und Zwangsverpflichtungen gerade in der Kultur widersprechen dem Grundgedanken der kommunalen Selbstverwaltung. Sie würden die Kulturentwicklung in den Kommunen nicht fördern, sondern eher behindern, indem sie diese eher staatsorientiert und weniger unter Berücksichtigung von Wirtschaft und Zivilgesellschaft ausgestalten.

Kultur und ihre Förderung ist jenseits der rechtlichen Betrachtung eine politische Pflichtaufgabe. Dies gilt auch und gerade für kommunale Kultur. Besonders in der Krise erscheint es wichtig, an gut begründeten Grundsätzen festzuhalten: Kultur ist eine kommunale Selbstverwaltungsaufgabe, Kulturpolitik ist aber auch Gesellschaftspolitik und damit Gemeinschaftsaufgabe. Ihr Ziel ist, eine öffentliche und private kulturelle Infrastruktur vorzuhalten, Qualität von Kunst und Kultur zu fördern sowie allen Menschen Zugang und kulturelle Teilhabe zu ermöglichen. In diesem Sinne müssen die Städte gegenüber Bund und Ländern auf einer aufgabengerechten Finanzausstattung bestehen, die ihnen die Wahrnehmung ihrer Kulturaufgaben ermöglicht. Zusätzlich sind auf Länderebene Initiativen zur Stärkung besonders bedrohter kultureller Infrastruktur – etwa für Theater – sowie für Kommunen in schwieriger Haushaltslage erforderlich.

Kultureinrichtungen und Kulturschaffende vor Ort können von der Politik erwarten, die notwendigen Ressourcen für die von ihnen geleistete Kulturarbeit zur Verfügung gestellt zu bekommen. Demgegenüber sind diese gefordert, über die langfristige Weiterentwicklung der kommunalen Infrastruktur sowie über neue Strukturen, mehr Kooperationen und Abstimmungen nachzudenken. Bei dieser bereits oftmals als allgemeinen Appell vorgetragenen Forderung wird keinesfalls dem Abbau kultureller Infrastruktur das Wort geredet. Es geht vielmehr darum, diese in schwieriger Zeit und mit Blick auf die Zukunft nachhaltig zu stärken. Die-

se doppelte Anforderung – Erhalt von kultureller Infrastruktur und gleichzeitig die selbstkritische, vorbehaltlose Hinterfragung von Strukturen – ist ein schwieriges Unterfangen – gewiss – aber alternativlos.

Literatur

Bolwin, Rolf (2004): »Wie man die Kunst zu Grunde versorgt«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 106 (2004), S. 41

Cornel, Hajo (2004): »Gespensterdebatten. Wider die Verrechtlichung der Kulturpolitk«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 106 (2004), S. 29–31

Deutscher Städtetag (2003): *Kulturpolitik in der Stadt der Zukunft. Positionspapier des Kulturausschusses des Deutschen Städtetages*, Köln

Deutscher Städtetag (2009): *Kultur in Deutschland aus Sicht der Städte*, www.staedtetag.de/10/schwerpunkte/artikel/00008/zusatzfenster65.html

Enquete-Kommission des Deutschen Bundestage »Kultur in Deutschland« (2007): *Schlussbericht*, Bundestags-Drucksache 17/7000

Fuchs, Max/Schulz, Gabriele/Zimmermann, Olaf (2005): *Kulturelle Bildung in der Bildungsreformdiskussion. Konzeption Kulturelle Bildung III*, Berlin: Verlag Deutscher Kulturrat

Häberle, Peter (1979): *Kulturpolitik in der Stadt – ein Verfassungsauftrag*, Heidelberg: Müller

Knoblich, Thomas/Scheytt, Oliver (2009): »Zur Begründung von Cultural Covernance«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft 8/2009, S. 34–40

Meyer, Bernd (1996): »Rettungsanker Kulturgesetze?«, in: *Zeitschrift für Gesetzgebung*, Heft 4/1996, S. 343–352

Pappermann, Ernst (1980): »Grundzüge eines kommunalen Kulturverfassungsrechts«, in: *Deutsches Verwaltungsblatt*, S. 701 ff.

Tobias J. Knoblich

Kulturelle Infrastruktur in Sachsen und ihre Entwicklung seit 1990

Der Topos Sachsen – notwendige Vorbemerkungen

Sachsen gilt trotz seiner wechselvollen Landesgeschichte und schließlich der Auflösung der Länder im Osten Deutschlands 1952 als ein konsistenter kultureller Raum mit Tradition, Kulturreichtum und Gestaltungskraft. Geprägt hat dieses Bild vor allem August der Starke (Friedrich August I. von Sachsen, ab 1697 auch König von Polen), der seine Residenzen in Dresden und Warschau fulminant ausbauen ließ. Das »Elbflorenz Dresden« verfügte als eine der ersten deutschen Städte über öffentlich zugängliche Museen und wurde als Kunststadt weltberühmt. Nähert man sich heute einer Bewertung der kulturellen Infrastruktur des Freistaates Sachsen in seiner wiedergewonnenen Staatlichkeit und gegenwärtigen Territorialität, schwingt diese große Geschichte stets mit und verweist auf Orte und Zusammenhänge, die weit über aktuelle Handlungsfelder hinausreichen. Das heutige Land Sachsen, das sich wieder selbstbewusst Freistaat nennt und damit nicht zuletzt seine zurückerlangte Souveränität betont, hat seit seiner Neugründung 1990 bewusst angeknüpft an die allerorten sichtbaren Spuren kultureller und wirtschaftlicher Blüte. Beides bedingt einander, wovon noch heute eine Allegorie am Giebel des Finanzministeriums kündet, gleichsam als Gründungsmythos Sachsens. Die Wiedergewinnung sächsischer Identität und regionaler Verortung in der Vielfalt überlieferter Bezüge von der Oberlausitz bis ins Vogtland, vom Erzgebirge bis in die Lommatzscher Pflege spielte dabei in der Landespolitik unter Kurt Biedenkopf eine große Rolle.[1] Davon profitiert auch die Kulturpolitik, die nicht nur gedacht wird als Verwalterin überkommener Finanzierungsaufgaben einschlägiger kultu-

1 Zu den historischen und kulturellen Anknüpfungspunkten vgl. aktuell etwa Menzhausen 2007, Sächsische Landeszentrale für politische Bildung/Landesverein Sächsischer Heimatschutz 2007.

reller Institutionen, sondern das Staatsverständnis wesentlich mitprägt. Die Landesverfassung spiegelt dies mit expliziter Kulturstaatlichkeit; heute träumt mancher gar von der Schaffung eines Sächsischen Nationalmuseums.[2]

Kultur sollte in Sachsen anders und vor allem fester im Gemeinwesen verankert werden, so die Überlegungen im Kontext der Übergangsfinanzierung Kultur des Bundes nach Artikel 35 Einigungsvertrag, einer Zeit des konzeptionellen Aufbruchs von 1990 bis etwa Ende 1993, in der die ostdeutschen Länder sich »organisieren« konnten. Liest man biedenkopfsche Reden (etwa Titel wie »Wir sind Sachsen, keine Ostdeutschen«), wird eine kulturelle Grundierung des vermeintlich »neuen Bundeslandes«, die Förderung von Stolz und Heimatbewusstsein, rasch deutlich. Wie für August den Starken Kunst nie nur Zutat oder Zeitvertreib war, konnte die Vielfalt an Institutionen, ungehobenen Schätzen und Potenzen, die nicht in das selektive Selbstbild des Arbeiter- und Bauernstaates gepasst hatten, nunmehr gezielt in die Erzeugung einer neuen Gemeinschaft eingebracht und systematisch entwickelt werden. Repräsentation und Weltoffenheit – zwei häufig fallende Begriffe, die die neuen Entwicklungsoptionen sehr gut verdeutlichen und zeigen, dass diese Rückbesinnung nicht zu schlichtem Konservativismus führen muss. Der Blick auf die Kultur fokussierte sich aber auch deshalb, weil auf dem Territorium Sachsens plötzlich mehr als die Hälfte aller Kultureinrichtungen der ehemaligen DDR identifiziert wurde, die offenbar jene kulturelle Substanz begründeten, von der im Einigungsvertrag die Rede war. Doch es wurde in den nächsten Jahren weitaus mehr zutage gefördert, als der kulturpolitische Begriff der kulturellen Substanz meinen konnte, denken wir etwa an die Wiedererrichtung der *Dresdner Frauenkirche* oder die Sanierung des *Wettiner Schlosses Hartenfels* in Torgau für eine der Landesausstellungen. Nicht alles davon finanzierte die öffentliche Hand, nicht alles wird von ihr getragen oder verantwortet und konstituiert doch auch kulturelle Infrastruktur.

Das Novum der Landeskulturpolitik schließlich bestand darin, dass 1994 drei Gesetze wirksam wurden, die eng miteinander verwoben sind und eine hervorragende Grundlage für die Förderung kultureller Vielfalt und regionaler Tragfähigkeit in wirtschaftlich eher problematischen Zeiten sichern. Ferner freilich – als Bedingung des im folgenden Dargestellten – wurde ein Kulturhaushalt entwickelt, der bis heute die höchsten Pro-Kopf-Ausgaben im Kulturbereich Deutschlands ermöglicht.

Drei Kulturgesetze – ein System substantieller Kulturentwicklung

Im Zentrum des Aufbruchs – oder der Verzweiflung, je nach Perspektive – stand das Gesetz über die Kulturräume in Sachsen (kurz: Kulturraumgesetz), das die Lastenteilung zwischen Land und Kommunen bei der Finanzierung regional bedeutender Kultureinrichtungen und Projekte regelte (vgl. Winterfeld 2006 sowie

2 Mit unklarer Perspektive, doch mit dieser Bezeichnung im Koalitionsvertrag von *CDU* und *FDP* für die laufende Legislaturperiode vermerkt.

Knoblich 2002); inzwischen ein mit jährlich etwa 87 Millionen Euro an staatlichen Finanzmitteln untersetztes unbefristetes Kulturfachgesetz, anfangs noch als Übergangsinstrument gedacht, bis die Kommunen ihre volle Leistungsfähigkeit nach der Transformation erlangt hätten. Parallel dazu etablierte der Gesetzgeber eine *Kulturstiftung des Freistaates Sachsen* und einen *Sächsischen Kultursenat*. Während die *Kulturstiftung* sowohl aus eigenen Kapitalerträgen als auch aus Landesmitteln inzwischen die gesamte überregionale Projektförderung im Kulturbereich bewirtschaftet, fungiert der *Kultursenat* als Gremium der Beratung von Parlament, Staatsregierung und Kommunen in allen kulturpolitischen Fragen und gibt zweijährlich einen Kulturbericht heraus. Auf präsidialer Ebene sind beide Institutionen eng miteinander verwoben, so dass Fördergeschäft (*Stiftung*) und kulturpolitische Positionierung (*Senat*) verzahnt werden können. Am Anfang – mit Blick auf die noch nahe DDR-Praxis – bestand dem Vernehmen nach sogar die Hoffnung, auf eine ministeriale Ebene für Kultur verzichten zu können. Doch da weder *Stiftung* noch *Senat* als Träger staatlicher Einrichtungen in Frage kommen und eine Exekutivebene auch generell notwendig bleibt, hat sich ein Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst bewährt, zumal es eine enge, den kulturpolitischen Diskurs stimulierende Wirkung zwischen den differenten Funktionslogiken aller Instanzen gibt. Gerade die Unabhängigkeit des *Kultursenats*, der seine Mitglieder kooptiert, wenngleich sie schließlich vom Ministerpräsidenten formal berufen werden, ermöglicht die Thematisierung und auch Verhandlung aller kulturpolitischen Belange, so neuralgisch sie im Einzelfall sein mögen. Da der *Kultursenat* gemäß Gesetz immer angehört werden muss, ist nicht – wie etwa bei Verbänden – die Öffentlichkeit sein zentrales Medium, sondern eher die Diplomatie und Vermittlung zwischen Praxis, Politik und Verwaltung.

Kulturelle Infrastruktur in Sachsen – welche Entwicklungen gab es?

Will man Aussagen über letztlich politisch induzierte Entwicklungen im Bereich der kulturellen Infrastruktur treffen, ist der Blick auf die landesgeschichtlichen Voraussetzungen und das Instrumentarium speziell in der Kulturpolitik unerlässlich. Trotz der skizzierten Rahmenbedingungen in Sachsen oder gerade wegen des dezidierten Bemühens um einen zukunftsfähigen Kulturstaat sowie einen gelingenden, kulturelle Substanz erhaltenden Transformationsprozess gibt es Veränderungen in Permanenz. Allein im Augenblick dieser kurzen Bilanz finden erhebliche Diskussionen über die Zukunft der *Landesbühnen Sachsen*, ein neues *Landesmuseum für Archäologie* in Chemnitz und Einschränkungen in der staatlichen Musikschulförderung statt, um nur drei große Beispiele herauszugreifen. Und was liegt bereits an Veränderungen hinter uns: zahlreiche Fusionen, Kooperationen, Rechtsform- oder Trägerwechsel, Personalabbau, veränderte Zuwendungspraxen und damit Funktionsverständnisse im Bereich freier Kulturträger und vieles mehr. Das Kulturraumgesetz bot dazu einen sehr guten Rahmen, so dass mancherorts, wie in Mittelsachsen oder gegenwärtig im Kulturraum Oberlausitz-Niederschlesien, eigene Planungs-

instrumente entwickelt oder fortgeschrieben werden können.[3] Aber auch: wie viel Neues ist inzwischen entstanden, wie viele Projekte und Festivals[4] finden statt, wie viel privatwirtschaftliches Engagement ergänzt und erweitert die von der öffentlichen Hand getragenen oder geförderten Angebote. All dies wäre systematisch zu bewerten.

Wenn ich nachfolgend die Entwicklungen in einzelnen Sparten mit Zahlen unterlege, so lassen diese nur sehr vermittelt das Substantielle erkennen. Auch sind je Sparte spezifische Daten dargestellt; Einheitlichkeit war aus unterschiedlichen Gründen weder leistbar noch sinnvoll. Ferner bleibt das Verständnis von kultureller Infrastruktur etwas vage. Orientiert man sich an der Auffassung der Kultur-Enquete (Deutscher Bundestag 2007: 84–87.), müsste man viel umfassender Daten erheben und diese in Beziehung zueinander setzen. Dies kann hier nicht geleistet werden und würde die Grenzen des Beitrags sprengen.

Ich möchte einige Kultursparten herausgreifen, die Entwicklungsprozesse im Bereich der kulturellen Infrastruktur illustrierbar machen und die aus meiner Sicht für Sachsen signifikant sind. Dies sind öffentliche Theater, Orchester, Freie Theater, Museen, Filmtheater, Bibliotheken und Soziokulturelle Einrichtungen. Dabei soll versucht werden, den Bogen der Betrachtung von etwa 1990 bis heute zu spannen, was mit Blick auf Transformationsverläufe und verschiedene statistische Quellen nicht ganz konsequent gelingen kann.[5] Leider hat das Land selbst bisher kein Berichtswesen auf diesem Gebiet entwickelt, das Kulturstrukturen detaillierter interpretierbar machen könnte.

Beginnen wir die Betrachtung mit den großen Institutionen der Darstellenden Kunst. Auch in Sachsen gibt es eine anhaltende Theater- und Orchesterstrukturdebatte, die in der Vergangenheit zu zahlreichen Fusionen sowie Rechtsform- und Trägerwechseln geführt hat.[6] So fusionierten die Theater in Freiberg und Döbeln, Plauen und Zwickau sowie zuletzt (2010) Görlitz und Zittau. Im Orchesterbereich fallen die Veränderungen noch umfassender aus: acht Orchester entstanden infolge von Zusammenschlüssen: *Sinfonieorchester des MDR* in Leipzig, *Vogtland Philharmonie Greiz-Reichenbach*, *Lausitzer* beziehungsweise später *Neue Lausitzer Philharmonie*, *Mittelsächsische Philharmonie Freiberg*, *Elbland-Philharmonie Sachsen*, *Erzgebirgische Philharmonie Aue* und *Philharmonisches Orchester des Theaters Plauen/Zwickau*. In der Gesamtbetrachtung haben sich die Planstellen in den Orchestern Sachsens von 1760,5 (1991) auf 1206 (2009), also um etwa ein Viertel, verringert. Die Anzahl der Theater und Orchester ist damit rückläufig, bei tendenziell steigenden

3 Zum Transformationsprozess im Kulturraum Oberlausitz-Niederschlesien s. den Beitrag von Klaus Winterfeld in diesem Band.

4 Zum Überblick und zu förderpolitischen Perspektiven im Bereich Festivals vgl. Dümcke 2007.

5 Auf die Auswertung statistischer Quellen der DDR wurde verzichtet, da davon ausgegangen werden kann, dass bei den großen Institutionen im Zuge der staatlichen Einigung kein radikaler Bruch stattgefunden hat. Was die Infrastrukturen im Bereich freier Kulturträger anbelangt, fehlt ohnehin die Referenz, so dass die statistischen Befunde nach 1990 interpretiert und mit Praxis in der DDR verglichen werden müssen.

6 Die wesentlichen Reformen, die zwischen 1995 und 1998 stattfanden, sind im Detail dokumentiert worden. Vgl. Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst 1999: S. 49 ff. sowie tabellarisch S. 57 ff. Die letzten Empfehlungen liegen in Gutachtenform vor; vgl. Zimmermann u.a. 2007.

Tabelle 1: Entwicklung der öffentlichen Theater sowie der Orchester

Spielzeit	1992/93	1995/96	2000/2001	2005/2006	2007/2008
Öffentliche Theater					
Anzahl der Theater	18	17	15	15	15
Ausgaben (in 1000 Euro)	168 296	223 212	241 344	253 705	257 305
Künstlerisches Personal (einschließlich Orchester)	2535	2492	2148	2166	2149
Besuche insgesamt	1 606 236	1 907 839	1 900 804	1 949 659	1 801 055
Spielstätten	61	72	65	72	73
Zahl der Inszenierungen	397	567	582	513	661
Orchester*					
Anzahl der Orchester	23	21	20	16	15
Orchestermitglieder	1598	1565	1441	1283	1206

* Subsumiert sind hierunter selbständige Kulturorchester, theaterintegrierte Orchester sowie Rundfunkorchester.
Quelle: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen/Theaterstatistik des Deutschen Bühnenvereins, Deutsche Orchestervereinigung e. V.

Tabelle 2: Theater und Spielstätten ausgewählter Flächenländer

Land	Anzahl der Theater	Anzahl der Spielstätten
Baden-Württemberg	14	98
Bayern	16	20
Rheinland-Pfalz	5	19
Sachsen	15	73

Quelle: Theaterstatistik des Deutschen Bühnenvereins (Summentabelle 2007/2008)

Ausgaben und reduziertem künstlerischen Personal. Doch weist Sachsen im Vergleich mit anderen Bundesländern noch immer eine immense Dichte an diesen Einrichtungen auf, was wir dem Mechanismus der Umlandfinanzierung im Rahmen des Kulturraumgesetzes zu danken haben. Ein Vergleich mit den Theatern anderer Flächenländer kann dies verdeutlichen (s. *Tabelle 2*).

Bemerkenswert bei den Theatern ist der Aufwuchs an Spielstätten und Inszenierungen, die bei einer Reduktion der Häuser zu einer leicht steigenden Nachfrage führen, trotz eines prosperierenden Unterhaltungsmarktes. Mit der immensen Zahl an Inszenierungen in der vergangenen Spielzeit rangiert Sachsen hinter dem großen Flächenland Nordrhein-Westfalen als Spitzenreiter.

Tabelle 3: Entwicklung der Amateurtheatergruppen

	1990/91	1995	2000	2005	2008/2009
Anzahl der Gruppen/ Personen	8/150	17/230	32/850	33/1201	38/1520
Öffentliche Zuschüsse (in Euro)	1023	17128	21480	11800	65800*

* ab 2006 mit einer Verbandsförderung; *Quelle*: Landesverband Amateurtheater Sachsen e. V.

Erfreulich ist, dass es parallel zu den Reformen in den etablierten Häusern der Darstellenden Kunst eine lebendige und auch zögerlich förderpolitisch anerkannte Entwicklung in der freien Szene gegeben hat – dies sowohl im Bereich der Amateurtheater, die hier mit einigen Daten unterlegt werden können (s. *Tabelle 3*), als auch im Bereich der freien professionellen Theater, die seit wenigen Jahren auch über einen *Landesverband Freie Theater in Sachsen e. V.* und länger bereits über ausstrahlende Institutionen wie das *LOFFT* in Leipzig oder das *Projekttheater* in Dresden verfügen. Das täuscht jedoch nicht darüber hinweg, dass von einer Förderstrategie oder guten Entwicklungsbedingungen auf diesem Gebiet noch keine Rede sein kann.[7] Über freie professionelle Akteure liegen bisher keine Erhebungen vor, jedoch arbeitet der zuständige Landesverband derzeit an einer Studie. Ausgegangen wird davon, dass über die Jahre nach 1990 eine relative Konstanz an Gruppen vorherrscht, zwischen schätzungsweise 20 und 40.[8] Wenn man bedenkt, dass es in der DDR keine freiberuflichen Strukturen auf diesem Gebiet gegeben hat, Amateurtheater jedoch kulturpolitisch stark gefördert worden war, liegen die mühsam auszugleichenden Defizite auf der Hand. Insofern herrscht Kontinuität, was die Finanzierung öffentlicher Theater und die Förderung von Amateurstrukturen anbelangt, Nachholbedarf jedoch bei professionellen freien Akteuren, insbesondere mit Blick auf den zeitgenössischen Tanz oder postdramatische Theaterformen. Dafür stehen beispielhaft die *euro-scene Leipzig*, die mangels klarer Entwicklungsziele über eine regionale Bedeutung nicht hinauszukommen vermag, und die jüngst mit dem »George-Tabori-Preis« des *Fonds Darstellende Künste* ausgezeichnete Formation *norton.commander.productions* aus Dresden.

Unabhängig davon findet freies Theater in unterschiedlichen Formen und Professionalitätsgraden aber auch in anderen organisatorischen Kontexten statt, etwa in Soziokulturellen Einrichtungen, die noch separat beleuchtet werden und ein weiteres Feld kultureller Infrastrukturen darstellen, das sich nach 1990 in Sachsen erst herausbildete.

7 Näheres zur Förderung freier Theater in Sachsen in Fonds Darstellende Künste e. V. 2007: 160 ff.
8 Schätzung des *Landesverbandes Freie Theater in Sachsen e. V.*

Tabelle 4: Entwicklung der Museen insgesamt

	1990/91	1995	2000	2005	2008
Anzahl der Museen	265	297	354	384	389
Besucher/innen	5 838 000	7 555 000	8 232 000	7 795 000	8 222 000

Quelle: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

Zu den Museen: Da die Museumslandschaft sehr feingliedrig ist und keine Akkreditierung von Museen erfolgt, bleiben die Zahlen ungefähr. Man kann neben der Landesstatistik eine Erhebung der *Landesstelle für Museumswesen* heranziehen, die auch Heimatstuben und andere kleine Museen genauer erfasst. Diese spricht von einer »neuen Gründerzeit für Museen«, die in den vergangenen zwei Jahrzehnten über uns gekommen sei (Sächsische Landesstelle für Museumswesen 2010: 19 f.) und wertet die bisherigen drei sächsischen Museumsführer aus. Im Ergebnis kommt sie zu einer Verdopplung der Museen von 213 (im Jahr 1993) auf 410 (im Jahr 2004). Wir können davon ausgehen, dass es inzwischen noch mehr geworden sind und die offizielle Zahl von 389 für das Jahr 2008 in Wirklichkeit weit übertroffen wird (s. *Tabelle 4*). Allerdings dürften etliche dieser Einrichtungen die Standards für Museen nicht erfüllen. Besonders auffällige Zuwächse verzeichnen wir in den folgenden Bereichen, wobei es bei allen Museumstypen zu Neugründungen gekommen ist, wie *Tabelle 5* zeigt.

Tabelle 5: Entwicklung ausgewählter Museumstypen

Museumstyp	Anzahl der Einrichtungen 1993	Anzahl der Einrichtungen 2004	Aufwuchs
Heimatstuben/-museen	46	85	+ 85 %
Industriemuseen	6	27	+ 350 %
Landwirtschaftsmuseen	6	20	+ 233 %
Technikmuseen	24	85	+ 254 %
Persönlichkeitsmuseen	25	37	+ 48 %
Gedenkstätten	2	9	+ 350 %
Schulmuseen	1	6	+ 500 %

Quelle: Sächsische Landesstelle für Museumswesen

Die Neugründungen in den Bereichen Industrie-, Landwirtschafts- und Technikmuseen korrespondieren zweifelsohne mit dem Prozess der Deindustrialisierung. Auch konnten die Untiefen der Industriegeschichte und die Verwerfungen durch die staatliche Teilung aufgearbeitet werden, wie etwa das *Horchmuseum Zwickau*, ein PPP-Modell zwischen der Stadt Zwickau und der *Audi AG* Ingolstadt, das es in dieser Form vorher nicht hätte geben können, verdeutlicht. Der Boom an Heimatmuseen ist auf die Rückbesinnung auf lokale und regionale Identität sowie den Rückgewinn

gemeindlicher Autonomien zurückzuführen. Schulmuseen wiederum setzen sich lebendig mit Lern- und Vermittlungsformen, aber auch den Schulideologien auseinander, wie etwa das *Schulmuseum Leipzig* sehr erfolgreich und auf hohem Niveau demonstriert. Auch der Aufwuchs an Gedenkstätten hat unmittelbar mit den neu gewonnen Reflexionsmöglichkeiten und -notwendigkeiten zu tun, denken wir an das *Museum in der »Runden Ecke«* in Leipzig, der ehemaligen Stasi-Zentrale des Bezirks, die *Gefängnis-Gedenkstätten* in Bautzen, Dresden und andernorts. Es hat den Anschein, dass gerade in der Sparte Museen eine enorme – struktur- und förderpolitisch keineswegs unproblematische – Ausdehnung der kulturellen Infrastruktur stattgefunden hat. Im Einzelfall kam es dabei auch zu bemerkenswertem privatem Engagement, neben dem bereits genannten Automobilmuseum in Zwickau etwa bei der *Stiftung Deutsches Hygiene-Museum (DKV)* oder bei der Errichtung des *Museums Gunzenhauser* in Chemnitz.

Über Mitarbeiter von Museen liegen keine verlässlichen Daten vor. Es darf aber allein aus Erfahrungen in staatlichen und großen kommunalen Museen abgeleitet werden, dass der Personalbestand abnimmt und manche Einrichtungen insofern in einer problematischen Situation sind. Dies betrifft beispielsweise den Personalabbaudruck auf die *Staatlichen Kunstsammlungen Dresden*, die ihre Ausstellungsfläche seit der politischen Wende signifikant ausgeweitet haben. Die Besucherzahlen indes belegen, dass Museen an Attraktivität gewonnen haben; dieser Befund wäre freilich zu differenzieren.

Seit 1990 hat sich auch eine tragfähige Filmlandschaft in Sachsen entwickelt. In deren Zentrum steht die im Jahr 1991 installierte kulturelle Filmförderung, die als Humus für die wirtschaftliche Entwicklung auf diesem Gebiet wirkt. Sachsen wird sich nie an Köln, München oder Berlin messen lassen können, doch gibt es auch hier aktiven Nachwuchs und zunehmende Vernetzung, wie der vor drei Jahren etablierte Branchentag zeigt.

In Hinblick auf die Kinos, deren Zahl rückläufig ist, muss auf die anstehende Digitalisierung und deren noch offene Finanzierung für viele Kinobetreiber hingewiesen werden. Der Druck der Branche aus den USA ist groß und kann unter Umständen ein Kinosterben in der Fläche auslösen. Dies hängt jedoch auch von der Haltung der öffentlichen Hand ab und deren Positionierung zur Filmkultur und -infrastruktur im Land.

Zu ergänzen bliebe, dass sich die Anzahl der Leinwände im Laufe der Jahre parallel fast verdoppelt hat. Die Besucherzahlen haben sich indes nicht signifikant erhöht. Film findet über die Filmtheater hinaus freilich auch und zunehmend in anderen Kontexten statt, etwa dezentral und zielgruppenspezifisch vermittelt durch den in ganz Sachsen wirkenden *Kinder- und Jugendfilmdienst e. V.* aus Chemnitz, im Rahmen soziokultureller Infrastrukturen wie beispielsweise in Zittau (*Kronenkino*) oder Torgau (*Kulturbastion*) beziehungsweise über viele Träger film- und medienpädagogischer Angebote. Sachsen verfügt über große Traditionen (etwa im Bereich Trick-, Dokumentar- und Animationsfilm) und auch entsprechende Podien wie beispielsweise das »Leipziger DOK-Filmfestival«. Ferner hat sich für die wirt-

Tabelle 6: Entwicklung der Filmkultur und Filmtheater

	1990/91	1995	2000	2005	2009
Gesamtzahl der Filmtheater	k. A.	111	85	111	99
Besucher/innen	k. A.	5 387 000	6 940 000	5 339 000	6 026 000
Filmtheater in kommunaler Trägerschaft	2	5	6	5	4
– Anzahl der Mitarbeiter/innen	8	15	15	13	7
– Haushaltsvolumen (rd.) (in Euro)	250 000	350 000	380 000	300 000	150 000

Quelle: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen/Filmverband Sachsen e. V. (kommunale Kinos)

Tabelle 7: Entwicklung der Bibliotheken

	1990/91	1995	2000	2005	2009
Anzahl der Bibliotheken	1441	806	653	540	524
Anzahl der festen Mitarbeiter/innen	1460	1116	857	763	768
Haushaltsvolumen (in 1000 Euro)	(1991) 32 346,2	42 270,4	45 143,9	45 453,3	51 303,0
Aktive Nutzer/innen	(1992) 526 000	570 000	481 000	381 000	374 000
Entleihungen	(1992) 17 216 000	19 876 000	21 293 000	21 737 000	22 348 000

Quelle: Sächsischer Literaturrat e. V. (Fragebogen zur Deutschen Bibliotheksstatistik)/Statistisches Landesamt d. Freistaates Sachsen

schaftliche Filmförderung die mit Sachsen-Anhalt und Thüringen gemeinsam betriebene *Mitteldeutsche Medienförderung GmbH* entwickelt. Eine abschließende Gesamtbewertung der Filminfrastrukturen, ihrer Träger, ästhetischen Ansprüche sowie Vermittlungsstrukturen im Sinne von Filmpädagogik kann hier nicht geleistet werden. Festzuhalten bleibt, dass sich der Freistaat Sachsen in der konsequenten Filmförderung immer wieder schwer getan hat (s. *Tabelle 6*).

Wenn es markante Veränderungen in der kulturellen Infrastruktur gegeben hat, dann bei den Bibliotheken. Ihre Anzahl hat sich um fast zwei Drittel reduziert, auch kam es zu massivem Personal- und Kostenabbau. Von ursprünglich drei Fachstellen für das Bibliothekswesen ist eine in Chemnitz übrig geblieben. Die Bibliotheksstrukturen korrespondieren wie kaum andere im Kulturbereich mit den Strukturen der kommunalen Gebietskörperschaften. So schlagen sich bei ihnen Gemeinde- und Kreisgebietsreformen sowie Funktional- und Verwaltungsreformen unmittelbar nieder. Gleichwohl hat sich auch der Mobilitätsgrad der Menschen erheblich erhöht und fordern veränderte Nutzungserwartungen Entsprechungen im Bibliotheksnetz. Damit korrespondiert die Abnahme aktiver Bibliotheksnutzer, aber der Anstieg der Entleihungen, der die Attraktivität der Infrastruktur Bibliothek grundsätzlich belegt (s. im Überblick *Tabelle 7*). Zur Sicherung angemessener regionaler Versorgung kommt auch in diesem Bereich oftmals den Kulturräumen eine wichtige Funktion zu.

Tabelle 8: Entwicklung der Soziokulturellen Einrichtungen

	1990/91	1995	2000	2005	2008/2009
Anzahl der Einrichtungen	k. A.	88	50	51	53
Förderkulisse des Landes (in Euro) (ohne Verbandsförderung)	0	rd. 1,3 Mio.	587 778	300 000	300 000

Quelle: Landesverband Soziokultur Sachsen e. V.

Die hohe Anzahl Soziokultureller Einrichtungen im Jahr 1995 (s. *Tabelle 8*) erklärt sich durch die erste Erhebung im Jahr 1993, die das *Sächsische Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst* veranlasst hatte, um diesen Bereich zunächst grundsätzlich zu erschließen. Es folgte dabei einem weiten Verständnis von Soziokultur und berücksichtigte auch Kulturhäuser, Bürgerzentren, Freizeitheime und -clubs oder Bildungseinrichtungen. Im Zuge des ab 1995 installierten »Strukturförderprogramms Soziokultur« kristallisierte sich eine Sparte »Soziokultur« im engeren Sinne erst heraus, die sich an den Kriterien der »Tübinger Erklärung« der *Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren e. V.* orientierte. (Vgl. Oberfell 1994: 45 ff.)

Nach Auslaufen des Strukturförderprogramms haben ab 1999 verstärkt die Kommunen und alle Kulturräume die Förderung der Soziokultur übernommen.[9] Der Rückgang der Landesförderung von 1,3 Millionen Euro jährlich in der Geltungsdauer des Strukturförderprogramms auf nunmehr 300 000 Euro Projektförderung ist insofern als eine angemessene Entwicklung der Gesamtförderkulisse zu interpretieren. Förderte anfangs das Land institutionell, weil Kommunen und Kulturräume dies nicht taten, beschränkt es sich nunmehr auf eine reine Projektförderung, deren Ansatz als zwar nicht reichlich, jedoch auskömmlich zu bezeichnen ist. Die strukturelle, konzeptionelle und finanzierungsbezogene Entwicklung zeigt aktuell der »Kriterienkatalog Soziokultur« für Sachsen auf. (Vgl. Knoblich 2008) Nach der Statistik der Bundesvereinigung besuchen rund 2,5 Millionen Menschen jährlich soziokulturelle Angebote in Sachsen – ein immenser Zuspruch.

Substanzverlust oder Wandel? – Fazit

Um diese Frage beantworten und eine Zusammenfassung geben zu können, sind mindestens zwei weitere Aspekte zu berücksichtigen. Zum einen die Ausgangssituation in der DDR, die hier nicht systematisch beleuchtet werden konnte. Steffen Höhne hat jüngst auf eine Voraussetzung hingewiesen, die auch für Sachsen zu bedenken ist: »Kultur sollte … als Kompensation für innen- und außenpolitische Legitimationsdefizite der DDR fungieren, was mit großzügigen Budgetierungen einherging. Zwischen 1980 und 1989 standen dem Kulturfonds insgesamt 433 Millionen DDR-Mark zur Verfügung.« (Höhne 2009: 48) Zum anderen hat sich ein privater Sektor (Kreativ- und Kulturwirtschaft) herausgebildet, der in Sachsen

9 Einen Einblick in die Förderhistorie aller förderfähigen Sparten der Kulturräume enthält Winterfeld 2006.

inzwischen erheblich prosperiert und damit Beiträge zur Untersetzung kultureller Infrastruktur erbringt. Tiefergehende Analysen liegen derzeit noch nicht vor, allein der erste Kulturwirtschaftsbericht Sachsens lässt erkennen, dass der Freistaat mit 2,4 Prozent Anteil des Umsatzes an der Gesamtwirtschaft (2006) eine Spitzenposition in der kulturellen Wertschöpfung in Deutschland einnimmt. (Vgl. Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit in Abstimmung mit dem Sächsischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst 2009) Gegenwärtig werden diese Befunde in den Kommunen und Kulturräumen ausgewertet und mit der öffentlich getragenen und geförderten Kultur in eine Beziehung gesetzt.

Das Urteil liegt folglich nahe, dass bei viel Wandel und der Bemühung um Substanzerhalt, den wesentlich das Kulturraumgesetz unterstützte, von Substanzverlust die Rede nicht sein kann. Im Gegenteil: es darf vermutet werden, dass sich das Kulturangebot qualitativ wie quantitativ verbessert hat – auch angereizt durch Wettbewerb und regionale Entwicklungen –, und dass eine Ausdifferenzierung der kulturellen Infrastruktur erfolgte, die auch mit der Pluralität von Trägern und Finanzierungsformen nach der politischen Wende korrespondiert. Dies führte aber auch zu spezifisch prekären Ausprägungen beziehungsweise strukturellen Problemen bei kulturellen Trägern, weil eine Regulation des Maßes – nach Hegel die Einheit von Qualität und Quantität – nur mühsam und diskursiv erfolgen kann.

Neben Bestehendes, sich Wandelndes und sich Anpassendes treten neue Ausdrucksformen und Institutionen, für die eine Nachfrage existiert oder stimuliert werden kann. Schließlich profitieren viele Einrichtungen auch von einer starken touristischen Nachfrage und dem Einsatz neuer Marketinginstrumente, etwa des *Staatsbetriebs Schlösser, Burgen und Gärten Sachsen*, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann. Sachsen hat vom Transformationsprozess in jeder Hinsicht profitiert und konnte eine starke, ja überstarke kulturelle Infrastruktur nicht nur sichern und adaptieren, sondern ausbauen und verfeinern. Dies ist vor dem Hintergrund des demographischen Wandels, der zwar nicht alle Regionen des Landes in gleicher Weise betrifft, aber dennoch zu erheblichen Einwohnerverlusten geführt hat, bemerkenswert.

Das Gesetz über die Kulturräume in Sachsen hat in diesem Zusammenhang eine zentrale Rolle gespielt. Es wirkte nicht nur als Instrument für Strukturveränderungen, sondern ermöglichte geradezu die Herausbildung von kulturellen Infrastrukturen, die auch wirtschaftlich leistungsfähigere Kommunen nicht in jedem Falle unterstützt hätten. Man muss sogar kritisieren, dass es mancherorts zu einer »Hochzonung« kommunaler Finanzierungs- und Förderaufgaben auf die Kulturraumebene gekommen ist. Insofern entfatete das Gesetz auch einen teilweise konservierenden Charakter, der durch regionale Kulturentwicklungs- und Evaluierungsprozesse allmählich aufgebrochen wird. Da das Kulturraummodell jedoch auf Interessenausgleich ausgelegt ist, sind dies politisch schwierige Aufgaben. Von deren Lösung wird aber die Leistungs- und Manövrierfähigkeit der Kulturräume sowie letztlich ein attraktives , nicht allzu kleinteiliges Kulturangebot auf dieser regionalen Förderebene abhängen.

Literatur

Deutscher Bundestag (Hrsg.) (2007): *Schlussbericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages »Kultur in Deutschland«*, Berlin: Bundestagsdrucksache 16/7000

Dümcke, Cornelia (2007): *Musikfestivals im Freistaat Sachsen: Grundlagen und Handlungsstrategien für die Gestaltung der Förderpraxis*, Dresden

Fonds Darstellende Künste e. V. (Hrsg.) (2007): *Freies Theater in Deutschland. Förderstrukturen und Perspektiven*, Bonn

Höhne, Steffen (2009): *Kunst- und Kulturmanagement. Eine Einführung*, Paderborn

Knoblich, Tobias J. (2002): »Das Gesetz über die Kulturräume in Sachsen. Ein Beitrag zum Kulturföderalismus«, in: Röbke, Thomas/Wagner, Bernd (Hrsg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2001*, Bonn/Essen, S. 245 ff.

Knoblich, Tobias J. (Hrsg.) (2008): *Kriterien für die Soziokultur. Zur Entwicklung eines Kriterienkatalogs in Sachsen*, Grimma

Menzhausen, Joachim (2007): *Kulturgeschichte Sachsens*, Leipzig

Oberfell, Gert-Andreas (1994): »Datenerfassung ›Soziokulturelle Einrichtungen im Freistaat Sachsen‹«, in: Arbeitsgruppe Soziokultur im Freistaat Sachsen (Hrsg.): *Soziokultur in Sachsen. Analysen – Anmerkungen – Ausblicke*, Dresden, S. 45 ff.

Sächsische Landesstelle für Museumswesen (Hrsg.) (2010): *1989/2009 – 20 Jahre friedliche Revolution. Chance und Verpflichtung für die Museen. Dokumentation der 18. Internationalen Fachtagung bayerischer, böhmischer, oberösterreichischer und sächsischer Museumsfachleute vom 20. bis 22. September 2009*, Chemnitz

Sächsische Landeszentrale für politische Bildung/Landesverein Sächsischer Heimatschutz (Hrsg.) (2007): *Sachsen. Heimatgeschichte, Volkskunde, Denkmalpflege, Dorfgestaltung, Natur und Landschaft*, Dresden

Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit in Abstimmung mit dem Sächsischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst (Hrsg.) (2009): *Kulturwirtschaftsbericht 2008*, Dresden

Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst (Hrsg.) (1999): *Kulturräume in Sachsen. Zwischenbericht 1999*, Dresden

Winterfeld, Klaus (2006): *Das sächsische Kulturraumgesetz – Eine Bilanz nach elf Jahren. Ergebnisse einer sozialwissenschaftlichen Untersuchung*, Leipzig

Zimmermann, Reiner/Hampe, Claudia/Lettmann, Rolf/Ohlau, Jürgen Uwe/Stiska, Rolf (2007): *Gutachten Theater und Orchester im Freistaat Sachsen: Bestandsaufnahme und Empfehlungen zur weiteren Entwicklung*, Dresden

THOMAS STRITTMATTER

Zur Entwicklung der kulturellen Infrastruktur im Land Brandenburg seit 1990

Aspekte des kulturellen Strukturwandels in den neuen Bundesländern

Die mit der Deutschen Vereinigung verbundenen umfassenden gesellschaftlichen Umstrukturierungsprozesse in den neuen Bundesländern beinhalteten auch einen kulturellen (Struktur-)Wandel, dessen Hauptziele darin bestanden, die grundgesetzlich verankerte Kunstfreiheit sowie die Kulturhoheit der Länder und die (kulturellen) Selbstverwaltungsrechte der Kommunen in Kraft zu setzen.

In der DDR gehörte die Mehrzahl der kulturellen Einrichtungen zum staatlich geleiteten Kulturbereich. Seine Entwicklung wurde auf der Grundlage zentral formulierter, ideologisch begründeter Kulturvorstellungen geplant und mittels der Hierarchieebenen des Staates – der Bezirke, Kreise und Kommunen (als unterste Glieder der staatlichen Administrationshierarchie) – umgesetzt. Darüber hinaus gab es eine Vielzahl von Kultureinrichtungen, vor allem Kulturhäuser, Bibliotheken, Volkskunstensembles und anderes mehr, deren Träger Industriebetriebe und landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (*LPG*) oder die so genannten gesellschaftlichen Massenorganisationen waren. Zu ihnen gehörten beispielsweise die Gewerkschaften, die *Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische-Freundschaft (DSF)*, der *Demokratische Frauenbund Deutschlands (DFD)* und der *Kulturbund der DDR*, die inhaltlich die gleichen Aufgaben zu erfüllen hatten wie die staatlichen Kultureinrichtungen.

Ende der achtziger Jahre verfügte die DDR über ein hierarchisch strukturiertes, inhaltlich und räumlich ausdifferenziertes Netz kultureller Einrichtungen, das darauf angelegt war, die politisch-erzieherischen Funktionszuweisungen der

vielfältigen kulturell-künstlerischen Angebote bis in den ländlichen, dünn besiedelten Regionen wirksam werden zu lassen. Damit erklärte sich zum Beispiel die im Vergleich zu westdeutschen Verhältnissen hohe Dichte der Theater- und Orchesterlandschaft oder der regionale Verbreitungsgrad der Kulturhäuser beziehungsweise die tief gegliederte Staffelung des Bibliothekensystems in den neuen Bundesländern. Die Mehrzahl der Bürger betrachtete diese kulturelle Infrastruktur als eine *kulturelle Errungenschaft*, auch wenn der baulich-technische Zustand vieler Einrichtungen als problematisch einzuschätzen war.

Befürchtungen, dass es durch die massiven Funktionsverluste und/oder die baulich materiellen Zustände der kulturellen Einrichtungen im Rahmen der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Umstrukturierungsprozesse der Wiedervereinigung zu einer völlig unkontrollierten Schließungswelle kultureller Einrichtungen kommen könnte, gab es deshalb nicht nur in Ostdeutschland. Mit dem Ziel, Schaden von der *kulturellen Substanz* der neuen Bundesländer abzuwenden, stellte deswegen die Bundesregierung erhebliche Mittel im Rahmen der *Übergangsfinanzierung Kultur* zur Verfügung (Einigungsvertrag, Artikel 35), über deren Einsatz die ostdeutschen Bundesländer im Zusammenwirken mit den Kommunen selbstbestimmt entscheiden konnten.

Wie in allen anderen gesellschaftlichen Bereichen auch beinhaltete der kulturelle Strukturwandel in den Neuen Bundesländern eine Eins-zu-Eins-Übertragung der (alt-)bundesdeutschen Strukturen und führte dadurch zu:

- *Konzentrationsprozessen* bei den ehemals weiträumig und tief gegliederten Kultureinrichtungen (Beispiel: Bibliotheken);
- *Strukturbereinigungen*, unter anderem bei den Jugendfreizeiteinrichtungen, die eher den Jugend- als den Kulturämtern zugeordnet oder den Kinos, die in die kulturwirtschaftlichen Strukturen eingegliedert wurden;
- *Einrichtungsschließungen* vor allem der ehemals betrieblichen, gewerkschaftlichen oder zu gesellschaftlichen Organisationen gehörenden Kultureinrichtungen, aber auch bei den Theatern, Orchestern und Jugendfreizeiteinrichtungen;
- *Neugründungen* von Einrichtungen besonders in den Bereichen Museum und Soziokultur sowie in der Kultur- und Kunstpädagogik;
- *Trägerwechseln* zuerst bei ehemals betrieblichen oder gewerkschaftlichen Einrichtungen sowie später bei kommunalen Kultureinrichtungen und zur
- *Entfaltung einer frei getragenen Kulturszene*, die es in dieser Form bisher nicht gab.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass der nach bundesdeutschem Muster erfolgte Umbau der kulturinfrastrukturellen Rahmenbedingungen im Osten Deutschlands spätestens seit Ende der neunziger Jahre als abgeschlossen betrachtet werden kann. Danach rückten die sich deutlich verschlechternden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und deren negative Auswirkungen auf die Finanzlage der öffentlichen Hände in den Mittelpunkt der gesellschaftlichen Aufmerksamkeit. In vielen bundesdeutschen Kommunen wurden deswegen neue Steuerungsmodelle gesucht

und erprobt, mit denen die Kulturverwaltungen auf die veränderten Bedingungen reagieren könnte.

In den neuen Bundesländern hatte diese Situation ihre besondere Ausprägung dadurch, dass durch die hier vollzogene Deindustrialisierung die Steuerkraft der meisten Kommunen deutlich unter dem Niveau vergleichbarer westdeutscher Städte lag und sich das Kultursponsoring durch Wirtschaftsbetriebe weniger ausprägen konnte. Hinzu kam, dass die gerade erst übernommenen westdeutschen Kulturverwaltungsstrukturen schlagartig als überholt galten und modifiziert werden mussten, bevor die kulturellen Strukturen Stabilität erlangen konnten.

Dennoch, oder gerade deshalb übernahmen einige ostdeutsche Bundesländer eine gewisse Vorreiterrolle bei der Entwicklung neuer kulturpolitischer Steuerungsinstrumente, indem sie ganz eigenständige Modelle der Steuerung entwickelten und diese nicht nur punktuell innerhalb von Modellprojekten erprobten, sondern im Landesmaßstab umsetzten. Beispiele sind das *Kulturraumgesetz* des Freistaates Sachsen und das Modell der *kooperativen Kulturentwicklung* des Landes Brandenburg. Und da die Folgen der demografischen Entwicklungsprobleme zum Ende der achtziger Jahre zuerst in Ostdeutschland massiv in das öffentliche Bewusstsein und in den Focus der Politik rückten, werden hier bereits heute noch weitergehende Modelle und Methoden der Optimierung von Standort-, Träger- und Verwaltungsstrukturen der Kulturinstitutionen und Kultureinrichtungen erprobt.

Brandenburgs Weg der kooperativen Kulturentwicklung

Das Bundesland Brandenburg, das im Wesentlichen die drei DDR-Bezirke Potsdam, Cottbus und Frankfurt (Oder) vereint, zeichnet sich durch eine insgesamt geringe Besiedlungsdichte aus, die besonders im Norden extrem unterdurchschnittliche Werte aufweist.

Die infolge der deutschen Vereinigung in allen neuen Bundesländern schlagartig einsetzenden Deindustriealisierungsprozesse ließen die relativ wenigen Industriekerne Brandenburgs stark schrumpfen oder gar ganz verschwinden. Die als Folge auftretenden hohen Arbeitslosenquoten, sinkenden Geburtenraten und negativen Wanderungssalden in der Mehrzahl der Städte des Landes Brandenburg führen zu einer weiteren Ausdünnung der ohnehin kleinteiligen Siedlungsstruktur und geringen Siedlungsdichte.

Eine Besonderheit in der Zusammensetzung der Bevölkerung stellen die im Südosten des Landes, in der Niederlausitz, lebenden rund 20000 Sorben (Wenden) dar. Das Siedlungsgebiet dieser westslawischen nationalen Minderheit erstreckt sich bis in die Oberlausitz, dem östlichen Teil des Freistaates Sachsen. Der Bund und die Länder Brandenburg und Sachsen fördern gemeinsam die Bewahrung und Entwicklung der eigenständigen Kultur der Sorben (Wenden).

Die Regierung des Landes Brandenburg widmete und widmet der Um- und Ausgestaltung der kulturellen Infrastruktur kontinuierliche Aufmerksamkeit. 1992 gab das *Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur (MWFK)* eine erste Bestand-

saufnahme der kulturellen Infrastruktur in Auftrag. 1994 folgten eine Untersuchung zum Thema »Modernisierung durch Trägerwechsel« und eine Bestandsaufnahme der »Kulturhäuser in Brandenburg«. Die Ergebnisse der Untersuchungen zeigten, dass im Rahmen der Umstrukturierungen einerseits eine große Zahl vor allem der ehemals betrieblichen und gewerkschaftlichen Kultureinrichtungen geschlossen worden war, andererseits aber neue Einrichtungen entstanden sind und sich vor allem durch die schlagartige Ausprägung einer differenzierten freien Kulturszene die kulturelle Angebotsvielfalt positiv entwickelt hatte. Deutlich wurde aber auch, dass ohne die finanziellen Mittel der Übergangsfinanzierung Kultur des Bundes und den intensiven Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente im Kulturbereich diese erste Bilanzierung des kulturellen Umstrukturierungsprozesses nicht so positiv ausgefallen wäre. Vor allem die geringe wirtschaftliche Kraft der Kommunen hinderte sie noch daran, ihre kulturellen Selbstverwaltungsrechte in dem Maß wahrzunehmen, wie das die Mehrzahl der Kommunen im Westen Deutschlands tat.

Mitte der neunziger Jahre nahm die Dynamik der kulturellen Umstrukturierungsprozesse im Land Brandenburg nochmals zu, als die Folgen der Ende 1993 wirksam werdenden Kreisreform zu bewältigen waren, bei der die Anzahl der Landkreise von 38 auf 14 und die der kreisfreien Städte von sechs auf vier reduziert wurden. Die gerade erst etablierten (kulturellen) Verwaltungs- und Einrichtungsstrukturen mussten erneut umgestaltet werden. Außerdem lief Ende 1994 die Übergangsfinanzierung Kultur des Bundes aus. Mit dem so genannten »Leuchtturmprogramm« und dem Bundesprogramm »Aufbau der Kultur in den neuen Bundesländern« schränkte der Bund sein kulturelles Sonderengagement für die neuen Länder deutlich ein. Zusätzlich erhöhten die 1995 erfolgte Einbeziehung der neuen Bundesländer in den Bund-Länder-Finanzausgleich und die zügige Einschränkung der ABM-Mittel, die Anfang der neunziger Jahre für den Kulturbereich nutzbar gemacht worden waren, den Handlungsdruck. Das Brandenburgische Finanzausgleichsgesetz (BbgFAG) belegte deswegen einen Teil der vom Land an die Kommunen ausgereichten Finanzmittel mit einer kulturellen Zweckbindung, die zum Beispiel noch heute für den *Theater- und Orchesterverbund* der Städte Brandenburg, Potsdam und Frankfurt (Oder), die *Kammeroper Schloss Rheinsberg* und die *Musikfesttage an der Oder* wirksam ist. Auf diese Weise konnte 1995 erstmals erreicht werden, dass die kommunale Ebene mit den Gemeinden und Gemeindeverbänden mit knappem Vorsprung zum wichtigsten Finanzträger der Kulturfinanzierung in Brandenburg avancierte (vgl. Söndermann/Strittmatter 1999: 5). Dennoch entschloss sich die Landesregierung ihre Mitfinanzierung bestimmter, eigentlich in der Zuständigkeit der Kommunen liegender Kulturaktivitäten, in weniger drastischen Schritten zu reduzieren als ursprünglich vorgesehen war. Denn es war erkennbar, dass die Ausprägung subsidiärer (Finanzierungs-) Strukturen, wie sie zwischen den westdeutschen Bundesländern und deren Kommunen bestehen, im Land Brandenburg einen längeren Zeitraum benötigen würde.

Die erste Bestandsaufnahme der kulturellen Infrastruktur markierte den Auftakt für die im Land Brandenburg praktizierte Form einer *kooperativen Kulturentwicklung*, in deren Rahmen die Eckpunkte der Gestaltung der kulturellen Infrastruktur, unter dem Gesichtspunkt der schrittweisen Ausprägung der für die Bundesrepublik üblichen subsidiären Kulturstrukturen, vom Land, den Kommunen sowie den kulturellen Verbänden und den Kulturträgern weitgehend gemeinsam erarbeitet wurden.

Ein erster Meilenstein dieser kooperativen Kulturentwicklung wird durch das Ende der neunziger Jahre gestartete dreijährige Projekt *Kulturentwicklungsplan Brandenburg* (*KEP*) markiert. In dessen Laufzeit erarbeiteten die Kreisverwaltungen, die kreisfreien Städte sowie mehrere kulturelle Landesverbände mit Unterstützung der Landesregierung eigene Kulturentwicklungspläne und -konzeptionen. Diese bildeten wiederum die qualifizierte Grundlage für die Bestimmung der landesbedeutsamen Projekte, über deren gemeinsame Entwicklung Vereinbarungen zwischen dem Land, den Kommunen und den Kulturträgern abgeschlossen wurden. Auf der Grundlage des *KEP*-Projektes und einer aktualisierten Bestandsaufnahme Kultur in Form des *Kulturatlas Brandenburg*, der mit kartografischen Methoden die Struktur und Verteilung der kulturellen Einrichtungen im Land darstellte, beschloss der Landtag 2002 die *Kulturentwicklungskonzeption des Landes Brandenburg* (*KEK*). Darin wird die kooperative Kulturentwicklung als wesentliches Instrument für die Erreichung eines der Hauptziele der *KEK* definiert: »Um den Prozess der notwendigen Umsteuerung hin zu einer schärferen Aufgabenabgrenzung zwischen den Trägern der Kultur – und dabei insbesondere zwischen dem Land und den Kommunen – nicht existenzbedrohenden Gefahren unkoordinierten Handelns auszusetzen, hat das Land eine intensive Abstimmung mit den Landkreisen und kreisfreien Städten durchgeführt. Damit wird ein zentrales Motiv für die *KEK* angestrebt: die Herstellung bisher nur unzureichend vorhandener Planungssicherheit für die Betroffenen.« (Landtag Brandenburg 2002: 6)

Die Aktualisierungen der *KEK* in den Jahren 2004 und 2009 erfolgte ebenfalls im Rahmen der kooperativen Kulturentwicklung. Sie beinhalteten jeweils eine analytisch-kritische Bewertung des erreichten Umsetzungsstandes der *KEK* (die unter anderem mit Hilfe der aktualisierten Daten des *Kulturatlas*' möglich wurde), eine Beschreibung der aktuellen, beziehungsweise der absehbaren Rahmenbedingungen sowie der sich daraus ergebenden (kulturellen) Entwicklungsprobleme und die darauf reagierende Modifizierung oder Neubestimmung der Aufgaben und Ziele bei der weiteren Gestaltung der kulturellen Infrastruktur.

Das so genannte *KEK*-update von 2004 präzisierte angesichts der erkennbaren ersten Folgen der demografischen Entwicklungen und deren prognostizierten weiteren Verlaufsformen sowie einer anhaltend restriktiven Haushaltspolitik die Strategie für die Ausgestaltung der kulturellen Infrastruktur dahingehend, dass »neue Konzepte für die Aufrechterhaltung von kulturellen Angeboten zu entwickeln (seien), die sich durch interkommunale Zusammenarbeit, gemeinsame Finanzierungen und große Raumwirksamkeit auszeichnen«. Es regte an, »diese neue

Infrastruktur im Umfeld oder gemeinsam mit Schul-, Jugend- oder Sozialeinrichtungen und auch kommerziellen Teilen der Infrastruktur zu betreiben«. (Kulturentwicklungskonzeption 2004: 7).

Die Landesregierung selbst intensivierte in diesem Zusammenhang ihre Bestrebungen »die Finanzquellen des Bundes und der EU auch für kulturelle Entwicklungen ... nutzen zu können«. Diese Mittel werden vor allem im Rahmen des vom *MWFK* gesteuerten *Kulturinvestitionsprogramm* (*KIP*) und dem *Kommunalen Kulturinvestitionsprogramm (KKIP)* wirksam.

Der Bericht zur *Kulturentwicklungskonzeption* des Landes von 2009 stellte unter anderem fest, dass die »verbesserte Nutzung kultureller Ressourcen und Potentiale für die wirtschaftliche, kulturwirtschaftliche und touristische Entwicklung an Bedeutung (gewinnt), weil damit vor Ort den Folgen der demographischen Entwicklung entgegengesteuert werden kann«. Entscheidend ist jedoch, dass der Bericht die Schwerpunkte zur weiteren Ausgestaltung der kulturellen Infrastruktur an dem modifizierten Raumordnungskonzept orientiert, indem beispielsweise darauf hingewiesen wird, dass »Eine besondere Rolle ... hierbei den Regionalen Wachstumskernen (RWK) und den Zentralen Orten zu(fällt), deren Angebote die kulturellen Bedürfnisse in einem weiten Umland mit zu berücksichtigen haben«. Dieses Umland wird sich mit der Neuordnung des Systems Zentraler Orte noch vergrößern, »weswegen die Landesregierung erwartet, dass die Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit intensiver genutzt werden, als es in der Vergangenheit üblich war.« (Landtag Brandenburg 2009: 18)

Zusammenfassend kommt der Bericht zu dem Schluss, dass das Instrument der kooperativen Kulturentwicklung im Land Brandenburg erfolgreich angewandt werde und verweist darauf, dass diese Verfahrensweise als beispielgebend im Bericht der *Enquetekommission des Deutschen Bundestages »Kultur in Deutschland«* ausführlich dargestellt wird.

Hinzugefügt werden muss, dass der Druck, unter dem die mittlerweile permanent anhaltenden Umstrukturierungs- und Anpassungsprozesse der kulturellen Infrastruktur im Land Brandenburg vollzogen werden müssen, seit der deutschen Vereinigung kaum mehr nachgelassen hat, weswegen ihre Ergebnisse zum Teil durch widersprüchliche Aspekte gekennzeichnet sind.

Eckdaten der Entwicklung der kulturellen Infrastruktur im Land Brandenburg seit 1990

Eine umfassende Darstellung und Bewertung der Entwicklung der kulturellen Infrastruktur des Landes Brandenburg seit 1990 würde die Grenzen des Beitrages sprengen. Außerdem ist die Datenbasis nicht ausreichend, denn nicht für alle Arten von Infrastruktureinrichtungen werden statistische Daten erhoben. Deshalb werden hier entlang der wesentlichen Einrichtungstypen oder Genres Eckdaten und wichtige Entwicklungsschritte dargestellt, die beispielhaft für die Gesamtentwicklung der kulturellen Infrastruktur des Landes stehen.

Tabelle 1: Kulturfinanzierung und -förderung des Landes Brandenburg 1991–2009

Ausgaben nach Haushalts-Soll, ohne Berücksichtigung von GMA

Kapitel/Ansatz	1991	1995	2000	2005	2009
	Euro				
LHH BB, Einzelplan 06, Ausgaben für Kultur ohne Landeseinrichtungen*	55 787 466	63 874 314	54 156 854	49 300 200	52 404 100
Landeseinrichtungen	16 581 605	29 956 131	33 657 117	13 791 400	17 215 300
Summe Einzelplan 06	**72 369 071**	**93 830 445**	**87 813 971**	**63 091 600**	**69 619 400**
Zusätzlich für Kultur verfügbare Mittel:					
Einzelplan 15 Bauinvestitionen	0	0	2 442 390	1 055 000	2 150 000
Investitionszuweisung GFG**	0	1 533 876	0	0	0
Theaterpauschale GFG	0	11 732 615	11 119 065	13 000 000	13 000 000
KIP/KKIP (Anteil EFRE)	0	0	13 289 499	5 869 344	2 000 000
Europäischer Sozialfonds (ESF)	0	0	0	766 938	910 952
Bund: Infrastrukturprogramm bis 93, Programm Kultur in den NBL ab 99, MauerGFonds (2001), Bundesprogramm »Investitionen-Ost«	30 166 221	0	11 248 421	2 274 880	0
Summe zusätzlicher Mittel	**30 166 221**	**13 266 490**	**34 123 263**	**22 966 162**	**18 060 952**

* Es handelt sich um Planwerte, also um die im Haushaltsplan des Landes ausgewiesenen Ansätze. In 1991 inklusive Übergangsfinanzierung des Bundes: 37 835 599 Euro; ** Gemeindefinanzierungsgesetz. *Quelle*: Kulturentwicklungskonzeption der Landesregierung Brandenburg, Bericht 2009, Landtag Brandenburg, 4. Wahlperiode, Drucksache 4/7524

Landeseinrichtungen

Wie die anderen Bundesländer hat auch das Land Brandenburg die Trägerschaft über Einrichtungen mit einer ausgeprägten Bedeutung für das Land übernommen. Das sind:

- das *Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum* (Brandenburg),
- das *Brandenburgisches Landeshauptarchiv* mit *Theodor-Fontane-Archiv* und *Landesfachstelle für Archive und öffentliche Bibliotheken* (Potsdam),
- das *Filmmuseum* (Potsdam),
- die *Stiftung Preußische Schlösser und Gärten*,
- die *Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten*,
- die *Brandenburgische Kulturstiftung Cottbus* mit *Staatstheater Cottbus* und *Brandenburgische Kunstsammlung Cottbus*,
- die *Stiftung Neuzelle* (Kloster Neuzelle) und
- die *Stiftung Schloss und Park Branitz* (Schloss und Park des Fürsten Pückler, Cottbus).

Beispiele einer institutionalisierten Zusammenarbeit mit anderen Ländern sind:

- Die *Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG)*, die die Preußische Schlösserverwaltung für die Länder Berlin und Brandenburg unter einem Dach vereinigt. Die *SPSG* finanziert sich auf der Grundlage eines Abkommens zwischen Bund und den Ländern Berlin und Brandenburg. Den Zuschussbedarf in Höhe von rund 32,2 Millionen Euro teilen sich Bund (43 %), Berlin (20,5 %) und Brandenburg (36,5 %).
- Das *Dokumentationszentrum »Kunst der DDR«* in Beeskow, das die im Besitz der Länder Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg befindlichen Auftragskunstwerke sowie die Sammlungen der Parteien, Massenorganisationen und Staatsorgane der DDR wissenschaftlich erschließt, bewahrt und ausstellt. Dazu wurde zwischen den Ländern Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern und dem Landkreis Oder-Spree eine Verwaltungsvereinbarung unterzeichnet, die 2001 erneuert wurde.
- Das *Künstlerhaus Schloss Wiepersdorf*, das ursprünglich von der *Stiftung Kulturfonds* getragen wurde. Nach der Liquidation der *Stiftung Kulturfonds* schlossen im Oktober 2005 das Land Brandenburg und die *Deutsche Stiftung Denkmalschutz* einen Vertrag über die Einrichtung eines treuhänderischen Fonds, in den der 7,6 Millionen Euro umfassende Anteil Brandenburgs aus der *Stiftung Kulturfonds* für die Restaurierung, Erhaltung und Pflege des Schlosses und der zugehörigen Anlagen sowie für die Nutzung als Künstlerhaus für Stipendiaten einfloss und so die Weiterführung des Künstlerhauses absichert.

Darüber hinaus unterstützt Brandenburg landesweit wirkende Institutionen, die im Auftrag des *Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur* zum Teil selbst als Veranstalter, vor allem jedoch unter wechselnden Themenstellungen als Veranstaltungs- und Projektkoordinatoren agieren und dafür projekt- und institutionsübergreifende Marketinginstrumente entwickeln. Dazu werden sie vom *MWFK* mit einem Etat ausgestattet, den sie durch selbst akquirierte Mittel aufstocken. Das betrifft:

- *Kulturland Brandenburg e. V.*,
- *Kulturfeste im Land Brandenburg e. V.* und
- *Brandenburgisches Literaturbüro* mit dem darin eingeschlossenen Projekt »Märkische Dichterlandschaft«.

Der Dachverband *Kulturfeste Brandenburg e. V.* koordiniert und vermarktet beispielsweise die Veranstaltungsaktivitäten seiner etwa 65 Mitglieder, zu denen Vereine, kommunale Einrichtungen und privatwirtschaftliche Unternehmungen gehören, die in den Bereichen Theater, Musik, Literatur, Film und bildende Kunst tätig sind. Musikfestspiele wie die in Potsdam *Sanssouci*, der *Kammeroper Schloss Rheinsberg* oder das *Bebersee Festival* haben dabei bereits internationale Bedeutung erlangt.

Tabelle 2: Entwicklung der Aktivitäten im Rahmen des Kulturfeste Brandenburg e.V.

Jahr	Anzahl (ca.-Angaben)			
	Kulturfeste	Spielstätten	Veranstaltungen	Besucher
1995	26	135	452	100 250
2005	54	k. A.	1 000	250 000
2009*	69	k. A.	1 250	320 000

* Nicht mitgezählt sind die Besucher des Dorfkirchensommers, der bei den Kulturfesten nur vorangekündigt wird. Die Besucher der im Landesverband freier Theater zusammengeschlossenen Theatergruppen sind nur dann berücksichtigt, wenn diese Theater direkt Mitglieder der Kulturfeste sind (unidram, Tanztage Potsdam). Bei den Stadttheatern sind nur die Besucher der Sommerfestivals gezählt. *Quelle*: Kulturfeste Brandenburg e. V.

Die Dachmarke »Kulturland Brandenburg« lädt die unterschiedlichsten (kulturellen) Einrichtungen und Initiativen ein, sich mit ihren Ideen an den jeweiligen Themenjahren zu beteiligen, mit denen auf die kulturelle und regionale Vielfalt sowie das historische Erbe des Landes Bezug genommen wird. Gemeinsam werden dabei vielfältige, die Bereiche Kultur, Bildung und Wissenschaft verbindende Kooperationen entwickelt.

Das *Brandenburgische Literaturbüro* wirkt als Organisator und Vermittler literarischer Veranstaltungen. Dabei ist es den brandenburgischen Literaturmuseen, Theatern und Galerien, öffentlichen Bibliotheken und Buchhandlungen ein wichtiger Partner. Es organisiert gemeinsam mit ihnen Lesereihen, Ausstellungen, Einzelveranstaltungen und Publikationen (rund 60 Veranstaltungen in 2008).

Denkmalpflege

Auch das Land Brandenburg gehört zu den denkmalreichen Bundesländern. Dafür sprechen die rund 12 250 Baudenkmale, die Aufnahme in die Denkmalliste des Landes gefunden haben (darunter über 100 Stadt- und Ortskerne) sowie die 78 Denkmalbereiche, die ländliche oder städtische Ensembles umfassen. Darüber hinaus gibt es über 27 200 archäologische Fundplätze und rund 8 200 Bodendenkmale. Zur Sanierung vieler Denkmale konnte die Landesregierung in Zusammenarbeit mit den Kommunen in vielen Fällen das aus Mitteln des *Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)* gespeiste *Kommunale Kulturinvestitionsprogramm* (*KKIP*) wirksam machen.

Besonders reich ist Brandenburg auch an Schlössern und Herrenhäusern (mehr als 500). Allerdings befinden sich viele von ihnen in einem schlechten baulichen Zustand.

Gemeinsam mit der *Deutschen Stiftung Denkmalschutz* gründete die Landesregierung deshalb die gemeinnützige *Brandenburgische Schlösser GmbH (BSG)* mit dem Ziel, die kommunalen Gebietskörperschaften zu entlasten. Die Gesellschaft hat die Aufgabe übernommen, die denkmalgerechte Sanierung der Objekte zu gewährleisten und sie in saniertem Zustand an potenzielle Käufer oder Mieter zu übergeben.

Tabelle 3: Kulturland Brandenburg e. V.
Entwicklung der Finanzierung und Personalstellen

	2002	2005	2009
Einnahmen gesamt (Euro)	1042 681	1 058 393	961 174
darunter:			
Öffentliche Zuwendungen:			
Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur (MWFK)	482 894	509 746	773 260
Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung (MIR) bzw. Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft (MIL)	0	0	70 000
Bundesmittel	556 017	395 075	0
Lottomittel	0	7 500	0
Mittel für zusätzliche Projekte:			
MWFK:			
— *Plattform Kulturelle Bildung*	0	0	22 914
— *Kulturportal*	3 770	15 000	15 000
Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB)	0	0	5 000
Landesagentur für Struktur und Arbeit (LASA)	0	56 072	0
Entwicklung Personalstellen	8,1	8,6	6,35

Quelle: Kulturland Brandenburg e. V.

Theater und Orchester

Bei der überkommenen Theaterstruktur setzte das Land Brandenburg anfänglich – wie die anderen neuen Bundesländer auch – auf den Bestandserhalt, sah sich jedoch ab Mitte der neunziger Jahre gezwungen, deutliche Strukturänderungen durchzusetzen. Neben Spartenreduzierungen, die alle Theater hinnehmen mussten, sind hier vor allem die Ernennung des Cottbuser Theaters zum *Staatstheater Brandenburg* sowie die Etablierung eines *Theater- und Orchesterverbundes* zwischen den Städten Potsdam, Brandenburg und Frankfurt (Oder) zu nennen (1999). Der Gründung dieses *Theater- und Orchesterverbundes* ging eine Reduzierung der drei Mehrspartenhäuser auf je eine Sparte voraus. Die drei Häuser sollten ihre Inszenierungen untereinander austauschen sowie gemeinsame Produktionen anstreben und somit ein differenziertes Angebot an allen Standorten garantieren. Nach der vollständigen Auflösung des Theaters in Frankfurt (Oder) brachte die Stadt das zum Staatsorchester ernannte *Brandenburgische Orchester* in den Verbund ein und eine *Messe- und Veranstaltungs-GmbH* organisiert fortan in der neu errichteten multifunktionalen Spielstätte *Kleistforum* die Bespielung durch den Theaterverbund.

Tabelle 4: Entwicklung der Theater im Land Brandenburg

Spielzeit	Theater[1]	angebotene Plätze	Vorstellungen (inkl. Gastspiele)	Besucher (inkl. Gastspiele)	Personal	Einnahmen ( )[2]	Finanzierung (Euro)[2] darunter:				
							gesamt	Bund	Land	Komm.	GFG
1990/91	8	4 434	6 521	392 493	1 471	1 834[3]	20 467[3]	3 378[3]	13 963[3]	6 114[3]	0
1994/95	8	5 663	3 140	552 889	1 320	2 565	51 584	0	21 986	26 176	0
2000/01	7	5 281	2 334	471 690	854	3 542	48 935	785	19 642	19 826	5 135
Freie Theater	14	—	1 618	128 578	168 (68,5 Fest, 98,5 Honorar)	375	3 245	0	1 615	2 566	0
2004/05	7	6 505	2 148	434 272*	825	4 853	47 958	0	15 741	20 695	6 572
Freie Theater	19	—	1 781	155 482	205,2 (47,2 Fest, 158 Honorar)	901	3 300	0	680	1 323	0
2007/08	7	6 581	2 399	469 743	816	5 855	49 437	0	17 469	19 575	6 223
Freie Theater	19	—	1 726	138 359	210 (47 Fest, 163 Honorar)	977	3 519	0	692	1 193	0

[1] Spielzeit 1990/91 inklusive Puppentheater Regenbogen sowie piccolo Theater in Cottbus sowie das Puppentheater Frankfurt (Oder), ab Spielzeit 1994/95 inklusive Puppentheater Regenbogen sowie piccolo Theater in Cottbus. [2] Spielzeit 1990/91: Theater Brandenburg ohne Finanzangaben; Umrechnung DM in Euro: T.S. *Quellen*: Theaterstatistik des Deutschen Bühnenvereins und Landesverband Freier Theater Brandenburg e. V.

Entsprechend diesen Entwicklungen wurden die Personalstellen von ehemals 1 471 Stellen auf 816 in der Spielzeit 2007/08 reduziert.
Die Finanzierung aller Theater Brandenburgs erfolgt durch die Sitzkommunen, das Land und aus einer *Theaterpauschale*, die als zweckgebundene Mittel im Brandenburgischen Finanzausgleichsgesetz ausgewiesen wird. »Der hier ... festgeschriebene Betrag von insgesamt 13 Millionen Euro stellt einen Beitrag aller Kommunen in Brandenburg zum Erhalt ihrer Theater und Orchester dar.« (Landtag Brandenburg 2009: 64) Mit etwa 100 000 Euro von diesen so genannten *FAG*- Mitteln werden 15 kommunale Spielstätten ohne eigenes Ensemble anteilig für die Durchführung von Gastspielen gefördert. (Ebd.: 66)

Einen wesentlichen Teil der Theaterinfrastruktur des Landes machen seit Mitte der neunziger Jahre die Freien Theater aus, die es in der DDR so nicht gegeben hatte. Durch ihre rege Gastspieltätigkeit entfalten sie eine landesweite Wirksamkeit (vgl. *Strukturatlas Land Brandenburg*, Karte: Theater und Orchester). Darüber hinaus zeichnen sie sich durch einen stetig wachsenden Eigenfinanzierungsanteil aus. Private Theaterunternehmen oder Boulevardtheater gibt es im Land Brandenburg keine.

*Tabelle 5: Entwicklung der selbständigen und der in Theatern integrierten Kulturorchester im Land Brandenburg**

Spielzeit	Gemeinden	Orchester	Mitglieder	Konzerte		Besucher am Ort	Ausgaben insgesamt (in TEuro)	Einnahmen (in T Euro)	
				am Ort	auswärts			insgesamt	darunter: Betriebseinnahmen
2000/01	2	2	108	104	107	34 715	11 084	9 562	1 522
2005/06	3	3	166	95	208	46 788	7 905	6 257	1 228
2007/08	3	3	161	138	213	69 701	8 824	6 835	1 494
In Theater integrierte Kulturorchester									
2005/06	2	2	125	73		31 831			
2007/08	2	2	125	83		30 623			

* Für die Zeit von 1990 bis 1999 weist die Statistik des *Deutschen Bühnenvereins* keine vollständigen Daten aus.
Quelle: Theaterstatistik des *Deutschen Bühnenvereins*

Die erste Auflösung eines Orchesters im Land betraf bereits 1991 das *Brandenburgische Konzertorchester Cottbus*. Mit der Fusion von je zwei Orchestern in den Städten Potsdam und Senftenberg sollten weitere Schließungen vermieden werden. Das jedoch konnte mittelfristig nicht verhindert werden. 1993 musste der erste durch Fusion entstandene Klangkörper, das *Orchester Neue Bühne Senftenberg*, und im Jahr 2000 das zweite, die *Brandenburgische Philharmonie Potsdam*, aufgelöst werden (Quelle: *Deutsche Orchestervereinigung*). Trotz der Auflösung von vier Orchestern ist die Situation noch immer nicht als stabil zu bezeichnen. So sind heute noch ausgewiesene Planstellen in den Orchestern – auch des *Brandenburgischen Staatsorchesters Frankfurt* (Oder) – nicht besetzt oder nicht besetzbar, was folgerichtig Diskussionen über ihre endgültige Streichung immer wieder aufflammen lässt (beispielsweise wegen der Etatprobleme der Sitzkommunen).

Nach Informationen der *Deutschen Orchestervereinigung* sind seit 1990/92, dem Beginn der Erfassung der Planstellen in den neuen Bundesländern, bis heute von ursprünglich 553 Planstellen 262 abgebaut worden (ca. 45 %). Darüber hinaus sieht sich das *Staatstheater Cottbus* als einziges stehendes Musiktheater mit festem Ensemble und dem einzigen professionellen Opernchor des Landes bei der Sicherung des Musiktheaterangebotes im Land vor eine schwierig zu lösende Aufgabe gestellt. Es ist innerhalb des Theaterverbundes nicht gelungen, dieses Genre in allen drei Spielstätten anzubieten.

Als einzige Institution ihrer Art in den neuen Bundesländern und seit 2002 mit dem Status einer Bundes- und Landesakademie versehen, stellt die *Musikakademie Rheinsberg* eine Institution von nationalem und internationalem Rang dar. Zu ihren Aufgaben gehören die Förderung und Weiterbildung junger Musikerinnen und Musiker, Sängerinnen und Sänger, die Organisation von Musiktheater-

Tabelle 6: Entwicklung der Bibliotheken im Land Brandenburg

Jahr	Anzahl Bibliotheks-einrichtungen[1]	Öffnungs-stunden	Benutzer[2]	Besuche[3]	Medien[4]	Entleihungen	Ausgaben gesamt (Euro)	Ausgaben Erwerbung (Euro)	Besetzte Personalstellen (gerundet)	Veranstaltungen
1991	586	k. A.	285 324	k. A.	6 165 500	7 165 539	18 487 720	4 181 891	773	k. A.
1995	327	k. A.	323 579	k. A.	5 046 414	11 179 819	24 852 043	2 989 219	629	k. A.
2000	351	243 207	282 469	3 106 403	4 540 681	10 303 344	25 552 297	3 073 797	515	8 172
2005	307	210 346	216 735	2 849 651	4 687 927	9 642 808	23 622 203	1 778 013	440	9 098
2009	293	208 934	194 579	2 728 284	4 606 486	9 342 394	25 132 110	2 185 793	421	12 193

[1]Anzahl Bibliothekseinrichtungen: Das sind Hauptbibliotheken, Zweigbibliotheken und Ausleihstellen. [2] Benutzerzählung: Jeder Bürger, der in einem Jahr die Bibliothek aufsucht, wird nur einmal als Benutzer registriert. [3] Besucherzählung: Jeder Bürger, der die Bibliothek mehrmals im Jahr aufsucht, wird auch mehrfach als Besucher gezählt. Die Besucherzahl weist die tatsächliche Frequentierung der Bibliotheken in einem Jahr aus. [4] Veränderung der statistischen Erfassung: Bis 2003 erfolgte die Zählung des Medienbestands ohne Zeitschriftenhefte, ab 2004 mit Zeitschriftenheften. *Quelle*: Landesfachstelle für Archive und öffentliche Bibliotheken im BLHA

werkstätten und auch des künstlerisch-wissenschaftlichen Diskurses sowie nicht zuletzt die regelmäßige Konzerttätigkeit.

Bibliotheken

Bei den öffentlichen Bibliotheken setze nach der deutschen Vereinigung ein Auflösungs- und Konzentrationsprozess ein. Aufgelöst wurden die zahlreichen betrieblich und gewerkschaftlich getragenen Bibliotheken. Einen Konzentrationsprozess erfuhren die kommunalen Bibliotheken. Er war unter anderem dadurch gekennzeichnet, dass viele meist ehrenamtlich geleitete öffentliche Bibliotheken, Zweigbibliotheken und Ausleihstellen geschlossen wurden. Die in der Regel angespannte Haushaltssituation der Kommunen und der problematische Verlauf der demografischen Entwicklungsprozesse im Land waren und sind Gründe dafür, dass die Ausdünnung des Brandenburger Bibliotheksnetzes zwar verlangsamt, aber nicht aufgehalten werden konnte. Selbst der Betrieb von Fahrbibliotheken wurde reduziert oder gar eingestellt, der ursprünglich die bibliothekarische Versorgung in den besonders dünn besiedelten Regionen des Flächenlandes Brandenburg aufrechterhalten sollte.

Entsprechend dieser Entwicklungen sank seit 1991 die Anzahl der besetzten Personalstellen in Bibliotheken ständig und die der Entleihungen hat seit dem Beginn der Jahrtausendwende ebenfalls eine rückläufige Tendenz angenommen. Die Höhe der Gesamtausgaben für die Bibliotheken sowie der Mittel, die sie für Erwerbungen einsetzen können, schwanken (vermutlich im Bezug zur Haushaltslage der Kommunen), wobei bei die Gesamtausgaben eine leicht steigende, bei den Ausgaben für Erwerbungen eine fallende Tendenz auszumachen ist. Die Be-

Tabelle 7: Entwicklung der Museen im Land Brandenburg

	Anzahl der angeschriebenen Museen	Anzahl der Museen mit Besucherzahlangaben	Anzahl der Ausstellungen	Anzahl der Besuche
1990	116	93	222	2 865 936
1995	175	148	447	2 688 616
2000	322	267	523	3 475 579
2005	348	263	528	3 545 508
2008	339	249	523	3 511 229

Quelle: Institut für Museumsforschung

nutzer- und Besucherzahlen weisen sinkende Tendenzen auf, die unter anderem mit den Folgen der demografischen Entwicklung in Zusammenhang gebracht werden können.

Museen

Aus den Vorbemerkungen zur Veröffentlichung der *Museumskonzeption für das Land Brandenburg* ist zu erfahren, dass in der Zeit von 1990 bis 2009 die Zahl der Museen von etwa 100 auf 400 gestiegen ist (Köstering 2009: 12). Gleichzeitig wird in sehr anschaulicher Weise die Entwicklung der Museumslandschaft seit der (Wieder-) Gründung des Landes beschrieben und unter anderem darauf hingewiesen, dass deren »Kernbestand aus DDR-Gründungen und aus noch älteren Institutionen, die bis in das 19. Jahrhundert zurückreichen und somit unterschiedliche politische Systeme durchlebt haben« (ebd.: 11), gebildet wird. Dieser Kernbestand zeichnete sich in der DDR durch konzeptionelle Geschlossenheit sowie eine hierarchische Gliederung der Museumseinrichtungen nach Größe und Bedeutung aus. In den neunziger Jahren begann der Prozess, der diese Struktur durch zahlreiche Neugründungen deutlich änderte, da er mit einer Differenzierung und Individualisierung der Museumsprofile verbunden war. Überwogen 1989 gegenüber den Spezialmuseen die Universalmuseen in ihren Formen als Stadt-, Heimat- und Regionalmuseen, so ist heute das Gegenteil der Fall. Eine Folge dieser Umkehrung besteht darin, dass »Viele dieser Museen (...) den Sprung in die Hauptamtlichkeit bisher nicht geschafft haben« (Museumsentwicklungskonzeption: 49). Insgesamt 280 Museen arbeiteten 2009 mit ehrenamtlichen Mitarbeitern und Arbeitskräften des so genannten zweiten Arbeitsmarktes sowie »Ein-Euro-Jobbern«. Hinzu kommt, dass »der Mittelbau, der nötig ist, um Museen einen inhaltlichen dynamischen Schub zu geben, ... im ganzen Land Brandenburg fast komplett (fehlt). Dazu gehören wissenschaftliche Mitarbeiter, Sammlungsleiter, Restauratoren und Museumspädagogen.« (Ebd.).

*Tabelle 8: Entwicklung der Musikschulen im Land Brandenburg**

	2000	2005	2008	2009
Anzahl geförderter Musikschulen (MS)	29	31	28	28
– davon kommunale Träger der MS	25	24	21	21
– davon nicht-kommunale Träger der MS (e. V., sonstige)	4	7	7	7
Anzahl fest angestellte Lehrkräfte (Stellen)	388	339	322	323
Anzahl Honorarkräfte (Stellen)	812	992	963	986
Wochenstunden (Gesamt)	17 342,63	18 659,84	19 177,18	19 630,77
Anzahl Schüler (Einzelnennung)	25 061	28 453	30 648	31 951
	Euro	Euro	Euro	Euro
Gesamtetat Musikschulen**	22 054 779	23 834 553	25 690 351	k. A.
Unterrichtsgebühren / Entgelte der MS**	7 398 553	9 258 039	10 165 648	k. A.
Landesförderung der MS**	3 078 084	2 534 745	2 544 732	k. A.
Kommunale Förderung der MS**	10 953 225	11 767 059	12 883 176	k. A.
Sonstige öffentliche Mittel der MS**	624 917	274 710	96 795	k. A.
Sonstige Einnahmen der MS**				

* Das Brandenburgische Musikschulgesetz (BbgMSchulG) trat im Dezember 2000 in Kraft. ** Erfasst sind hier nur Musikschulen, die den Berichtsbogen des Verbandes der Musikschulen (VdM) abgegeben haben. Musikschulen in privater Trägerschaft, die nicht Mitglied im *VdM* sind, aber gefördert werden, sind laut Verwaltungsvorschrift nicht nachweispflichtig ob ihrer kommunalen und sonstigen Einnahmen (gGmbHs, e. V., sonstige). Von Ihnen können daher keine Daten zu kommunaler Förderung und Unterrichtsgebühren erhoben werden. Da von den kommunalen Musikschulen laut Verwaltungsvorschrift zur Auszahlung der Musikschulförderung seit 2006 kein Verwendungsnachweis mehr verlangt wird, gestaltet sich eine genaue und valide Datenerhebung schwierig. *Quelle*: Landesverband der Musikschulen Brandenburg e. V.

Musikschulen

Nach der Etablierung der grundlegenden Musikschulstrukturen blieb einerseits die Zahl der Einrichtungen relativ konstant, und auch hinsichtlich der Trägerstrukturen gibt es nur relativ geringe Verschiebungen hin zur nicht-kommunalen Trägerschaft. Andererseits nimmt die Zahl der fest angestellten Lehrkräfte stetig ab, während die der Honorarkräfte zunimmt. Die Zahl der Wochenstunden und der Schüler steigt dagegen beständig, teilweise sogar kräftig an.

Der ebenfalls zu registrierende Anstieg des Gesamtetats der Musikschulen zeigt bei genauerer Betrachtung ein rückläufiges finanzielles Engagement des Landes.

Zwar verabschiedete die Landesregierung, – auf der Grundlage einer erfolgreichen Volksinitiative –, im Jahr 2000 das bundesweit erste Musikschulgesetz, mit dem der Bildungsauftrag für die Musikschulen gesetzlich fixiert wurde und erklärte sich zugleich bereit, die Musikschulen mit 3,324 Millionen Euro bei der Erfüllung dieses Auftrages zu unterstützen. Diese Fördersumme wurde jedoch trotz einer Petition im Jahr 2003 um 724 000 Euro auf 2,6 Millionen Euro gekürzt, wo-

Tabelle 9: Entwicklung der Finanzierungsanteile an den Musikschulen Brandenburgs

	2000 (Mio. Euro)	2008 (Mio. Euro)	Veränderung in Prozent
Musikschulträger	10,9	12,9	18,30 %
Eltern	7,4	10,2	37,80 %
Land Brandenburg	3,3	2,6	-21,20 %

Quelle: Landesverband der Musikschulen Brandenburg e. V.

durch sich besonders der Anteil, den die Eltern und der den die Kommunen an der Gesamtfinanzierung der Musikschulen zu tragen haben, erhöhte.

Wiederum auf der Grundlage einer Volksinitiative (2009), die unter dem Titel »Musische Bildung für alle« gestartet wurde, verabschiedete der Landtag 2010 ein gleich lautendes Förderprogramm. Dessen Ziel besteht darin, die Voraussetzungen für eine systematische Integration der Bildungsangebote von Musikschulen in Schulen und Kindertagesstätten zu schaffen und somit die kulturellen Bildungschancen aller Kinder nachhaltig zu verbessern. Die von der Volksinitiative angestrebte zweite Zielstellung, die Erhöhung des Unterrichtskostenzuschusses und damit eine gesetzliche Fixierung des Anteils an fest angestellten Lehrkräften, konnte hingegen nicht durchgesetzt werden.

Bildende Kunst/Künstlerförderung

Im Land Brandenburg hat keine Kunsthochschule ihren Standort. Dennoch ist das Land auch für Künstler und Künstlerinnen attraktiv. Darauf verweist die seit 2002 um 16 Prozent gestiegene Zahl der Mitglieder im *Brandenburgischen Verband Bildender Künstlerinnen und Künstler e. V. (BVBK e. V.)*, die sich 2009 damit auf 251 Mitglieder belief (vgl. Landtag Brandenburg 2009: 76).

Aus den 13 Kunst- und Kunstgewerbemuseen (vgl. Strukturatlas 2008: 81), den zahlreichen öffentlichen Ausstellungen und Kunstaktionen von Künstlervereinigungen, in privaten Galerien, Unternehmen, Institutionen und Behörden können hier nur beispielhaft die wichtigsten genannt werden.

Die beiden größten Museen für zeitgenössische Kunst, an deren Finanzierung sich die Landesregierung beteiligt, sind das *Kunstmuseum Dieselkraftwerk Cottbus* (Bestandteil der *Brandenburgischen Kulturstiftung Cottbus*) und das *Museum Junge Kunst Frankfurt (Oder)*.

Mit dem Projekt *Rohkunstbau*, getragen von der *Stiftung Sozialpädagogisches Institut Berlin (SPI)*, konnte seit 1993 ein mit internationalen Künstlerinnen und Künstlern besetzter Kunstevent etabliert werden, der nicht nur im Land Brandenburg eine große Resonanz findet.

Die jährlich vom Land bereitgestellten rund 75 000 Euro für Arbeitsstipendien werden (auf Antrag) an Künstlerinnen und Künstler aller Sparten ausgereicht, wenn sie ihren Lebens- und Schaffensschwerpunkt im Land Brandenburg haben.

Die Auslobung der jährlich zehn Aufenthaltsstipendien in den Sparten Literatur, bildende Kunst und Musik für das *Künstlerhaus Schloss Wiepersdorf* richtet sich dagegen an nationale und internationale Künstlerinnen und Künstler.

In Kooperation mit den Kommunen und Kreisen vergibt das Land zwei Literaturstipendien, den *Stadtschreiber zu Rheinsberg* und die Stelle des *Burgschreibers zu Beeskow*.

Der *Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien*, die Länder Berlin und Brandenburg sowie die *Verlagsgruppe Georg von Holtzbrinck* sind gemeinsam Stifter des *Kleist-Preises*, der seit 1912 vergeben wird und mit einer Preissumme von 20 000 Euro zu einem der höchstdotierten deutschen Literaturpreise zählt.

Über die Förderung des *Kleist-Forums Frankfurt (Oder)* ist das Land Brandenburg auch an der Vergabe des *Kleist-Förderpreises für junge Dramatiker* beteiligt, der jährlich zum Auftakt der *Kleist-Festtage* von der Kleist-Stadt Frankfurt (Oder), der *Dramaturgischen Gesellschaft Berlin* und dem *Kleist Forum Frankfurt (Oder)* an Autorinnen und Autoren unter 35 mit noch nicht aufgeführten deutschsprachigen Theatertexten vergeben wird. Der Preis in Höhe von 7 500 Euro ist mit einer Uraufführung ihrer Stoffe verbunden.

Soziokultur

Die zu Beginn der neunziger Jahre zu verzeichnende Gründungswelle soziokulturell orientierter Einrichtungen ist darauf zurückzuführen, dass es diese Einrichtungstypen in der DDR nicht gab. Die soziokulturelle Orientierung war aber für viele der sich in dieser Zeit entfaltenden bürgerschaftlichen Kulturinitiativen interessant und bot darüber hinaus auch Ansätze für eine Neuausrichtung der Wirkungsweisen bestimmter Kultureinrichtungsarten aus der DDR wie beispielsweise der Kulturhäuser oder Klubs. Prinzipiell wurde die Gründung und Entwicklung soziokultureller Einrichtungen von den Kulturverwaltungen in den neuen Bundesländern vorbehaltloser und pragmatischer gefördert als in den alten Bundesländern, besonders, wenn man zum Vergleich die ersten Jahren des Aufkommens entsprechender Initiativen heranzieht.

Da es kaum statistische Daten gibt, die diese Entwicklung umfassender nachzeichnen lassen, können an dieser Stelle lediglich Daten zu den Soziokulturellen Zentren angeführt werden.

Der stark differierende, insgesamt aber hohe Eigenerwirtschaftungsanteil der Soziokulturellen Zentren basiert unter anderem auf der Zunahme wirtschaftlicher Ausgründungen innerhalb der Struktur der Zentren, mit denen Querfinanzierungen nicht wirtschaftlich zu betreibender Bereiche ermöglicht werden. In den soziokulturellen Zentren Brandenburgs betrifft das nicht nur Diskotheken, Medienproduktionen und den Verleih von Equipment, sondern auch das Betreiben von erlebnisorientierten Gastronomiebetrieben und in einem Fall sogar die Unterhaltung der Außenstelle eines Standesamtes. Diese Entwicklung ist für die Zentren jedoch nicht unproblematisch, weil jenen Vereinen, deren Zwecke entsprechend ihrer Satzung nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb ausgerichtet sind, die Rechtsfähigkeit entzogen werden kann. Deshalb konzentrieren

Tabelle 10: Entwicklung der Mitgliedseinrichtungen der LAG Soziokultur Brandenburg e. V.[1]

	1998	2000	2005	2009
Anzahl der Mitgliedszentren	16	20	21	25
Nutzungen[2]	510 000	605 000	680 000	710 000
SV-pflichtig Beschäftigte[3]	198	252	80	170
Aushilfen/Auszubildende[3]	99	119	214	195
Zivildienstleistende	9	12	15	13
Ehrenamtliche	215	262	398	360
Förderung durch die Kommunen (%)	48	52	65	68
Förderung durch das Land (%)	18	16	12	10
Förderung durch d en Bund (%)	1	1	0	0
Arbeitsmarktförderung (%)	25	21	11	10
Sonstige Förderung (%)	8	10	12	12
Umsatz (in Mio. Euro)	5,5	6	7,2	8
Zuschuss MWFK[4] (in Tsd Euro)	640	620	470	450
durchschnittlicher Eigenerwirtschaftungsanteil (%)	35	35	45	44

[1]Hochrechnungen auf der Grundlage der statistischen Angaben der Mehrzahl der Mitgliedseinrichtungen. [2] Mitgezählt wurden Mehrfachnutzungen im Kurs- und Werkstattbetrieb sowie im offenen Bereich der Zentren. [3] Inklusive Gastronomie. [4] Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg. *Quelle*: LAG Soziokultur des Landes Brandenburg e. V.

sich andere Zentren stärker auf den Bereich der so genannten pflichtigen Aufgaben und betreiben Kindertagesstätten und freie Schulen oder sie übernehmen Aufgaben der Jugendfürsorge und -beratung, der Qualifizierung und der Eingliederungshilfe. In diesem Zusammenhang ist auch darauf zu verweisen, dass es bereits vier Trägerwechsel bei Soziokulturellen Zentren im Land Brandenburg gab, die infolge von Liquidationen vollzogen wurden.

Kulturorientiertes Vereinswesen

Ein wesentlicher Bestandteil der kulturellen Infrastruktur eines Landes bildet das kulturelle Vereinswesen, das sich nach der Vereinigung in den neuen Bundesländern schlagartig etablierte. Besonders die Bildung kultureller Landesverbände erfuhr dabei von der Landesregierung aktive Unterstützung und Förderung. Allein die kulturellen Landesverbände, die auf eine Befragung im Rahmen der Erarbeitung eines Berichts zur Kultur- und Kreativwirtschaft im Land Brandenburg 2005 geantwortet haben, repräsentierten zum Befragungszeitpunkt weit über 740 institutionelle und über 570 natürliche Mitglieder (Ministerium für Wirtschaft des Landes Brandenburg 2008: 114).

Tabelle 11: Mitgliederstatistik des Brandenburger Chorverbands e. V.

Jahr	Männerchöre	Frauenchöre	Gemischte Chöre	Kinder- und Jugendchöre	Neigungs-gruppen	Einzel-mitglieder	Vereine	Singende Mitglieder	Fördernde Mitglieder	Gesamt
1992	17	13	50	2	5		82	2 642	222	2 864
1995	46	23	82	18	5		174	5 513	1 143	6 656
2000	58	40	110	23	10	21	241	7 519	1 907	9 447
2005	59	45	111	23	6	22	244	7 466	1 777	9 265
2009	61	44	119	21	3	22	245	7 876	1 012	8 910

Quelle: Brandenburger Chorverband e. V.

Insgesamt ist davon auszugehen, dass die Struktur der kulturellen Vereine im Land Brandenburg prinzipiell denen in anderen Bundesländern vergleichbar ist und sich lediglich durch bestimmte Schwerpunktsetzungen und (historische) Besonderheiten unterscheidet. Kontinuierliche Erhebungen statistischer Daten führen nur wenige Vereine oder Verbände durch, weswegen an dieser Stelle lediglich beispielhaft die Mitgliederentwicklung des *Brandenburger Chorverbands e. V.* aufgezeigt wird.

Sorben (Wenden)

Die *Stiftung für das Sorbische Volk*, mit Unterzeichnung eines Staatsvertrags zwischen dem Land Brandenburg und dem Freistaat Sachsen 1999 gegründet, widmet sich vor allem den sprachfördernden Maßnahmen im weitesten Sinne. Darüber hinaus fördert sie aber auch eine Vielzahl kultureller Veranstaltungen zur Pflege sorbischer Traditionen, Sitten und Bräuche.

Der Bund und die Länder Brandenburg und Sachsen fördern die Stiftung auf der Grundlage von Finanzierungsabkommen, die eine Laufzeit von fünf Jahren haben. Seit dem Finanzierungshöhepunkt im Jahr 2003, in dem das Land Brandenburg 3 195 574 Euro an die Stiftung zahlte, ist der Landesbeitrag seit 2005 auf 2 615 000 Euro gesunken.

Im Land Brandenburg sind wichtige kulturelle und bildende Institutionen der Sorben (Wenden) in der Stadt Cottbus konzentriert. Das betrifft zum Beispiel das Wendische Haus mit der Geschäftsstelle des *DOMOWINA e. V. Niederlausitz*, dem Regionalbüro Niederlausitz der *Stiftung für das Sorbische Volk*, der *Sorbischen Kulturinformation LODKA*, dem *Sorbischen Institut* und der *Niedersorbischen Bibliothek*. Aber auch das *Wendische Museum*, das *Niedersorbische Gymnasium* sowie die *Schule für Niedersorbische Sprache und Kultur* sowie die *Arbeitsstelle für sorbische (wendische) Bildungsentwicklung* haben in Cottbus ihren Sitz.

In weiteren zehn Städten und Dörfern des Landes gibt es Museen oder Heimatstuben, die die sorbische Lebensweise und Kultur vermitteln.

Als Sorbischer Rundfunk werden die gemeinsamen Sendungen des *Mitteldeutschen Rundfunks (MDR)* und des *Rundfunks Berlin-Brandenburg (RBB)* bezeichnet, die in den zwei wichtigsten sorbischen Sprachen ausgestrahlt werden.

Literatur

Deutsche Orchestervereinigung, Berlin: *Rechts- und Betriebsformänderungen, Auflösungen und Fusionen deutscher Kulturorchester seit der Wiedervereinigung (Stand Januar 2008)*, http://www.miz.org/intern/uploads/statistik95.pdf (8.7. 2010)

Köstering, Susanne (2009): »Einführung in die Museumsentwicklungskonzeption für das Land Brandenburg«, in: *Museumsblätter – Mitteilungen des Museumsverbandes Brandenburg*, Nr. 14, 2009, S. 10–15, http://www.museen-brandenburg.de/fileadmin/bilder/Museumsblaetter/Museumsblaetter_14.pdf (8.7.2010)

»Kulturentwicklungskonzeption der Landesregierung Brandenburg, Bericht 2004«, http://www.mwfk.brandenburg.de/cms/media.php/1492/kekupdate.pdf (8.7.2010)

Landesamt für Bauen und Verkehr, Raumbeobachtung (Hrsg.) (2008): *Strukturatlas Land Brandenburg*, http://strukturatlas.brandenburg.de/ (8.7.2010)

Landtag Brandenburg (Hrsg.) (2002): »Konzeption der Landesregierung, Bestandsaufnahme Kultur im Land Brandenburg, Vorschlag für Prioritäten (Kulturentwicklungskonzeption)« gem. Beschluss des Landtages vom 5.4.2001, Nr. 3/2528B, Drucksache 3/4506 vom 19.6. 2002, http://www.mwfk.brandenburg.de/cms/media.php/1492/Kek.pdf (8.7.2010)

Landtag Brandenburg (Hrsg.) (2009): »Kulturentwicklungskonzeption der Landesregierung Brandenburg, Bericht 2009«, Drucksache 4/7524, http://www.mwfk.brandenburg.de/media/lbm1.a.1492.de/KEK2009.pdf (8.7. 2010)

Franz Kröger

Kultur in Nordrhein-Westfalen

Entwicklung der kulturellen Infrastruktur 1990 bis 2010

Ein »Traumland, dessen Hässlichkeit Größe hat«, meinte einst Heinrich Böll, als er in den sechziger Jahren des vorherigen Jahrhunderts auf seine Heimat Nordrhein-Westfalen angesprochen wurde. (Alemann 2001: 51) Der Kölner Literaturnobelpreisträger charakterisierte damit vor allem das Ruhrgebiet, das er in seinen Reisegeschichten äußerst realistisch schilderte: Kohle und Stahl, Schmutz und Staub, Montanindustrie in ihrer perfektesten Ausbildung.

Der industrielle Kern der Region zwischen Rhein und Weser, ja der gesamten Bundesrepublik, war auch mitverantwortlich dafür, dass das »Bindestrichland« 1946/47 überhaupt entstand. Für die Alliierten war das Ruhrgebiet gleichbedeutend mit Waffenschmiede, die einer internationalen Kontrolle bedurfte. Die für Nordwestdeutschland verantwortlichen Briten sperrten sich jedoch vor allem gegen den sowjetischen Anspruch einer Mitsprache bei zukünftigen Produktionsentscheidungen. Stattdessen unternahmen sie den Versuch, das Ruhrgebiet territorial einzurahmen. So wurde aus der ehemals preußischen Provinz Westfalen und dem nördlichen Teil der Provinz Rheinland – zusammen mit dem ehemaligen Fürstentum Lippe – das nach Einwohnerzahl und industrieller Kapazität größte Bundesland der sich konstituierenden Bundesrepublik Deutschland.

Entwicklung der Landeskulturpolitik

Die ersten Nachkriegsjahre waren geprägt vom wirtschaftlichen Wiederaufbau. Nordrheinländer und Westfalen arbeiteten dabei mehr recht als schlecht zusammen, doch langsam und durch den wirtschaftlichen Erfolg beflügelt begann sich eine gemeinsame Identität herauszubilden, die das Kürzel NRW auch für Lokalpatrioten erträglich machte. Der Kabarettist Jürgen Becker, Mitbegründer der sich als Alternative zum traditionellen Karneval verstehenden Kölner »Stunksitzung«,

hat es vor Jahren auf den symbolische Nenner gebracht: »Rheinländer und Westfalen: es ist schrecklich, aber es geht.«

Das Zusammenwachsen begünstigt haben einige Maßnahmen der britischen Militäradministration, die an preußische Verwaltungstraditionen anknüpften, ohne indes deren zu Zeiten des Nationalsozialismus zentralisierte Strukturen beizubehalten. So wurden etwa auf bezirklicher Ebene die Regierungspräsidien wiederbelebt und mit neuen Kompetenzen auch in Kulturfragen ausgestattet. Ebenso hatten die Briten ein Interesse am Fortbestand der altpreußischen Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen, ein Zusammenschluss von Gebietskörperschaften aus den vormaligen Provinzen mit vornehmlich sozialen, jugend- und denkmalpflegerischen Aufgaben.

Für die Entwicklung des »Wir in NRW«-Gefühls, das später als sozialdemokratischer Wahlslogan diente,[1] haben Kunst und Kultur in den Aufbaujahren nur eine untergeordnete Rolle gespielt. Nach Wiederherstellung der zerstörten Gebäude verwaltete die Kulturpolitik im Wesentlichen das traditionelle Angebot von Theatern, Museen und Bibliotheken. Entgegen kam ihr dabei die starke Stellung der kommunalen Selbstverwaltung zwischen Rhein und Weser. Hier hatten feudale Traditionen nicht viele Spuren hinterlassen. Stattdessen wirkte ein städtisches Bildungsbürgertum, das das »Wahre und Gute« in der Kunst schätzte und kulturellen Experimenten eher ablehnend gegenüberstand.

Von der Sozialdemokratie kamen in den 1950er Jahren ebenfalls kaum neue Impulse. Nach vereinzelten Versuchen, die »Veredelung des Arbeiters« mittels Kunst und Kultur voranzubringen, konzentrierten sich *SPD* und Gewerkschaften schnell auf ihr eigentliches Kerngeschäft: die Steigerung des materiellen Lebensstandards ihrer Klientel. So blieb die Etablierung der *Ruhrfestspiele Recklinghausen* 1948 unter dem Stichwort »Kunst für Kohle« lange Zeit die einzige nachhaltige kulturelle Errungenschaft der nordrhein-westfälischen Arbeiterbewegung.

Eine Landeskulturpolitik fand bis in die 1960er Jahre hinein praktisch nicht statt. (Heinemann 2007: 174) Artikel 18 der Landesverfassung bestimmt zwar: »Kultur, Kunst und Wissenschaft sind durch Land und Gemeinden zu pflegen und zu fördern«, doch hielt sich die Landesregierung in ihrem Förderengagement sehr zurück und vermied es weitgehend, die Trägerschaft für einzelne Kultureinrichtungen zu übernehmen. Die nordrhein-westfälische Kunst- und Kulturszene erhielt ihre Impulse vor allem im kommunalen Kontext. Die *Internationalen Kurzfilmtage* in Oberhausen, die *Kunstakademie* in Düsseldorf, die *Neue Musik* in Köln – sie alle zeugen vom Willen der Kulturschaffenden, den restaurativen Trend in der Kulturpolitik der fünfziger Jahre zu überwinden.

Eine erste Neuorientierung erfolgte zu Mitte der 1960er Jahre vor dem Hintergrund des ökonomischen und politischen Wandels. Die Kohlekrise leitete das Zechensterben zwischen Rhein und Ruhr ein; und mit dem Wechsel der Liberalen

1 Vor allem Ministerpräsident Johannes Rau gilt als Vater dieser Imagekampagne, unter deren Motto er bei den Landtagswahlen 1985 die absolute Mehrheit für die *SPD* erzielte.

von den Christ- zu den Sozialdemokraten im Zuge der Landtagswahlen von 1966 setzte die Politik auch in Kunst und Kultur neue Akzente. Der »Himmel über der Ruhr sollte wieder blau« werden, formulierte Willy Brandt im Bundestagswahlkampf, und der damalige nordrhein-westfälische Wissenschaftsminister Johannes Rau startete mit dem massiven Hochschulausbau eine Qualifizierungsoffensive, die das Land für die nachindustrielle Zeit fit machen wollte.

Der Regierungswechsel in Bonn 1969, der von zahlreichen Künstlerinnen und Künstlern befördert und begrüßt worden war, gab zusätzlichen Rückenwind. Die Kulturpolitik erkannte zunehmend den Nutzen der Kunst als Verständigungsraum und Medium der gesellschaftlichen Auseinandersetzung. Nicht zufällig waren die 1970er Jahre auch in Nordrhein-Westfalen eine Hochzeit von Kulturneubauten und – konjunkturbedingt – eine Phase kräftig steigender Kulturetats. Selbstverständlich spielten dabei auch repräsentative Absichten eine Rolle. In der Städtekonkurrenz um Arbeitskräfte und kluge Köpfe ließ sich eben auch mit Kultur punkten, und so mancher Oberbürgermeister wollte sich noch zu Lebzeiten sein eigenes Denkmal setzen.

In dieser Phase traten zudem die umwelt-, frauen- und friedensbewegten Alternativen öffentlich in Erscheinung und formierten sich auch als Kulturbewegung. Die sich entwickelnde Neue Kulturpolitik lieferte das passende programmatische Rüstzeug. Das »Bürgerrecht Kultur« (1974)[2] und »Kultur für alle« (1979) (Hoffmann 1979) avancierten schnell zum Schlachtruf für eine Bewegung, die die Tempel der Hochkultur durch Demokratisierung öffnen wollte. Aber nicht nur die Reform des Bestehenden war angesagt, ebenso galt es, neue Orte für neue Kunst und Kultur zu erschließen. Und der Strukturwandel besonders im Ruhrgebiet eröffnete bis dato ungeahnte Möglichkeiten.

Stillgelegte Zechen, Bahnhöfe und Lagerhallen, aber auch leerstehende Villen, Verwaltungsgebäude oder Kinos boten sich zur kulturellen Umnutzung geradezu an. Und mit dem Städtebauminister Christoph Zöpel (1980 – 1990) fand sich ein Fürsprecher, der das industrielle Erbe des Landes für die Kulturschaffenden erschloss. Vor allem Soziokulturelle Zentren und Jugendkunstschulen entstanden auf diese Weise in Nordrhein-Westfalen. (Krüger/Thole 1989)

Alles in allem waren die 1970er Jahre die Zeit des großen Aufbruchs: politisch und kulturell. Im Land begann sich die Erkenntnis durchzusetzen, dass ein Kultusministerium nicht nur für Schule und Religion zuständig sein sollte, die Landschaftsverbände profilierten ihr kulturelles Engagement durch den Ausbau des Museumswesens und der Denkmalpflege, und der *Deutsche Städtetag* formulierte sein Plädoyer gegen die »Unwirtlichkeit der Städte« nicht zuletzt als Auftrag an die kommunale Kulturpolitik. (Glaser 1991: 365 ff.)

Gleichzeitig formierte sich die kulturelle Verbändelandschaft und schuf neue Netzwerke. Der *Bundesverband Bildender Künstlerinnen und Künstler* (1973), die *Kul-*

2 Glaser/Stahl 1974/1983. Der ursprüngliche Titel lautete »Die Wiedergewinnung des Ästhetischen. Perspektiven und Modelle einer neuen Soziokultur«.

turpolitische Gesellschaft (1976), die *Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren* (1979) und der *Deutsche Kulturrat* (1981) gründeten sich nicht zufällig in Nordrhein-Westfalen beziehungsweise nahmen hier ihren Geschäftssitz. Bonn war schließlich Bundeshauptstadt und Nordrhein-Westfalen eine der Hochburgen der einsetzenden Reformen in Kultur und Bildung.

Ein Spezifikum der Entwicklung in Richtung organisierte Kulturpolitik war sicherlich die Konstituierung der beiden *NRW-Kultursekretariate* in Wuppertal (1974) und Gütersloh (1980), das eine konzipiert als Netzwerk theatertragender Städte, das andere als organisatorischer Zusammenschluss von Klein- und Mittelstädten – und beide mit der Zielsetzung angetreten, die kommunale Kultur durch intelligente Netzwerkarbeit zu fördern. Der hohe Verstädterungsgrad in Nordrhein-Westfalen legte die interkommunale Verständigung in Kulturfragen ohnehin nahe. (Eichler/Gau/Kröger/Sievers 2000: 124 ff.)

So war es nur folgerichtig, dass 1985 in Essen ein »Hearing« stattfand, bei dem sich 31 NRW-Städte zusammenfanden, um das Projekt »Kultur 90« aus der Taufe zu heben. (Erny/Godde/Richter 1988) Es ging dabei vor allem darum, »Forderungen der Gesellschaft an die kommunale Kulturarbeit« zu formulieren. Die dabei entwickelten Leitlinien zu den unterschiedlichsten Feldern und Aufgabenbereichen sollten die kommunale Kulturpolitik in den 1990er Jahren entscheidend prägen, zumal auch Finanzierungsvorgaben gemacht wurden. Fünf Prozent des kommunalen Verwaltungshaushaltes sollten perspektivisch in die städtische Kultur fließen und von diesen Mitteln wiederum fünf Prozent explizit in die Soziokultur.

Der kommunale kulturpolitische Aufbruch blieb nicht ohne Auswirkungen auf die Landeskulturpolitik, die zwischen 1990 und 1995 letztmalig von einer sozialdemokratischen Alleinregierung und von da an für 10 Jahre von einer rotgrünen Koalition getragen wurde. Mit Ilse Brusis übernahm ab 1995 eine Ministerin Verantwortung, deren Ressort neben Stadtentwicklung und Sport erstmals explizit die Kultur umfasste. Im tendenziellen Gegensatz zur ihrem Vorgänger Kultusminister Hans Schwier verstand sie Kulturpolitik als strukturelle Gestaltungsaufgabe, die die maßgeblichen Akteure vor Ort als gleichberechtigte Partner mit einbezieht. (Sievers 2005)

In der »Brusis-Ära« wurden nicht nur die Regionale Kulturpolitik aus der Taufe gehoben, sondern auch die Internationale Bauausstellung *IBA-Emscherpark* als erfolgreiches »Rekultivierungsprogramm« des schwerindustriellen Ruhrgebiets zum Abschluss gebracht. Das spätere Weltkulturerbe *Zeche Zollverein*, das *Dortmunder U*, der *Gasometer* in Oberhausen und andere markante Industriebauten konnten so vor dem Abriss gerettet werden. Darüber hinaus wurden zahlreiche neue Projekte (Kulturstiftung, Kulturkommission, Kulturwirtschaftsbericht, RuhrTriennnale) angestoßen. Die Bewerbung für die Kulturhauptstadt 2010 mit dem Motto »Kultur durch Wandel – Wandel durch Kultur« profitierte maßgeblich von diesen Maßnahmen.

Eine Folge der oben skizzierten kulturellen Modernisierungsleistungen in Land und Kommunen durch eine »aktivierende Kulturpolitik« war nicht zuletzt der

weitere Ausbau der kulturellen Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen, der begleitet wurde von einer Institutionalisierung auch der Freien Szene. Trotz der Transferleistungen im Zeichen der Wiedervereinigung, zeitweiliger Rezession und Massenarbeitslosigkeit erlebte Nordrhein-Westfalen seit Beginn der 1990er Jahre eine kulturelle Konjunktur, die alle Kulturpessimisten Lügen strafte. Allerdings profitierten davon in den letzten 20 Jahren einige Sparten mehr als andere, wie die Tabellen unterstreichen.[3]

Theater

Zu den kulturellen Flaggschiffen des kommunalen Kulturangebots gehören zweifellos die Theater. Kaum eine nordrhein-westfälische Großstadt, die nicht ein Mehrspartenhaus ihr Eigen nennt, und kaum eine kommunale Öffentlichkeit, die ihren Kulturtempel nicht mit Argusaugen betrachten und gegen vermeintliche und tatsächliche Angriffe in Schutz nehmen würde. Der Bürgerstolz reagiert immer dann besonders heftig, wenn die kommunale Finanzkrise auch Einsparungen beim Theateretat vorsieht.[4]

So konnten sich die Theater in Nordrhein-Westfalen bis dato mehr als gut behaupten: Während die Zahl der Einrichtungen in den letzten 20 Jahren nahezu konstant blieb, wuchs die der Spielstätten kontinuierlich an und verdoppelte sich nahezu im Untersuchungszeitraum. Nicht ganz so positiv verlief dagegen die Entwicklung bei der Veranstaltungsdichte und den Zuschauerzahlen. Beide stiegen zwar bis zur Jahrtausendwende an, stagnieren dann allerdings auf hohem Niveau. Ein etwas anderes Bild ergibt sich indes, betrachtet man die Entwicklung der öffentlichen Theaterförderung. Hier lag der Spitzenwert mit knapp 379 Millionen Euro bereits in der Spielzeit 1992/1993 und wird erst jetzt wieder näherungsweise erreicht.

Insgesamt jedenfalls lässt sich aus den vorliegenden Zahlen keine Theaterkrise in NRW ablesen. Im Gegenteil: Die letzten 20 Jahre waren getragen vom einem beachtlichen Wachstum der entsprechenden Infrastruktur, mit dem die Zuschauerzahlen[5] allerdings nicht mithalten konnten.

3 Die Tabellen fußen auf den Selbstangaben der entsprechenden Fachverbände auf Landesebene, die regelmäßig Umfragen bei ihren Mitgliedseinrichtungen durchführen, und deren Angaben zuweilen von denen der entsprechenden Landesstatistik abweichen. Das Zahlenmaterial erfasst daher nur den »organisierten« Teil der Kulturinstitutionen, zudem nur solche, die auf entsprechende Umfragen überhaupt geantwortet haben. Die tatsächliche Anzahl der Einrichtungen ist in der Regel erheblich höher, in einigen Sparten wie beim Tanz oder in der Soziokultur um bis zu 50 Prozent über dem genannten Wert. Man ist folglich zuweilen auf – begründete – Schätzungen angewiesen. Aus den vorgestellten Tabellen lassen sich indes allgemeine Entwicklungen und Trends ableiten, die auch für die nicht erfassten Einrichtungen gelten dürften.

4 So schlugen schon in den frühen 1970er Jahren die Wogen der Empörung hoch, als angesichts der Krise des Bergbaus einige Kulturdezernenten im Ruhrgebiet eine »Strukturreform« der Theater forderten mit dem Ziel, die Zahl der Häuser zwischen Dortmund und Duisburg zugunsten einiger »Leuchttürme« zu reduzieren beziehungsweise Einrichtungen zu »City-Kulturzentren« weiterzuentwickeln. (Toetemeyer 1988)

5 Interessanter als die reinen Zuschauerzahlen ist deren Verteilung auf die einzelnen Sparten. Hier zeigt sich u. a. ein Wandel des Publikumsinteresses: tendenziell »hin zur leichten Muse« und weg von klassischen Opern- und Konzertangeboten. Das (hoch-)kulturell interessierte Bildungsbürgertum wird offensichtlich zunehmend Opfer des demografischen Wandels. (Klein 2004 und Rössel/Hackenbroch/Göllnitz 2005)

Tabelle 1: Entwicklung der Öffentlichen Theater 1988–2009

	Spielzeit				
Anzahl	1988/89	1992/93	1999/2000	2003/04	2008/09
Theater	23	26	26	26	26
Spielstätten	80	97	111	121	146
Veranstaltungen	8 524	8 728	10 497	10 434	10 011
Besucher	3 860 191	3 728 301	3 775 735	3 540 585	3 557 282
Zuweisungen in Tsd. Euro	289 644	378 783	357 934	352 586	377 815

Quelle: Statistische Jahrbücher Nordrhein-Westfalen 1990, 1995, 2001, 2005, 2009 und die entsprechenden Theaterstatistiken des Deutschen Bühnenvereins

Nun wird die nordrhein-westfälische Theaterlandschaft nicht allein von der Öffentlichen Hand dominiert, sondern ist gleichfalls durch eine Vielzahl nichtstaatlicher Angebote geprägt. Diese umfassen sowohl die Privattheater mit festen Spielstätten und konstantem Ensemble wie auch die zahlreichen Angebote der Freien Professionellen Szene.

Ähnlich wie bei den öffentlichen Theatern können auch die Privattheater auf eine lange Phase der Expansion verweisen. So verdoppelte sich in Nordrhein-Westfalen von 1988 bis 2004 in etwa die Anzahl der Spielstätten, Veranstaltungen und der Besuche wie auch Höhe der öffentlichen Zuweisungen. In der Folgezeit ist allerdings ein allgemeiner Einbruch zu verzeichnen. Fast alle genannten Indikatoren sind seitdem rückläufig: Der Rückgang bei den Spielstätten beträgt 2007/08 nahezu 30 Prozent, bei den Veranstaltungen 15 Prozent und bei den Zuschauern etwa 20 Prozent. Lediglich die öffentlichen Zuschüsse steigen noch moderat an.

Eine Erklärung für diesen Sachverhalt kann vorerst nur hypothetischen Charakter haben. Die allgemeine Wirtschaftskrise, die im weltweiten Finanzcrash und der infolge dessen eingeleiteten Sparmaßnahmen 2008/2009 ihren Höhepunkt erreichte, traf die Privaten Theater offensichtlich stärker als die öffentlich getragenen Einrichtungen. Während sich erstere »über den Markt« finanzieren müssen, können letztere auf eine relativ stabile staatliche Grundsicherung vertrauen.[6]

In dieser Richtung deutet auch die Entwicklung der Freien Professionellen Theaterszene in Nordrhein-Westfalen. Obwohl genaue Angaben fehlen, lässt sich zumindest in den letzten zehn Jahren ein Rückgang nachweisen. Während 2001 etwa 120 Freie Gruppen und Einzelpersonen in der damaligen *Kooperative Freier Theater NR*W (gegründet 1984) ihre Heimat fanden, sind gegenwärtig in der Nachfolgeorganisation *Verband freie darstellende Künste NRW* (gegründet 2006) nur noch

6 Eine gegenläufige Tendenz zeigt sich bei der seit den späten achtziger Jahren gerade in NRW florierenden Musical-Landschaft. So sind seit dem *Starlight Express* in Bochum (1988) mit dem *Colosseumtheater* in Essen, dem *Musical Dome* in Köln und dem *Metronom Theater* in Oberhausen drei weitere Spielstätten entstanden. *Starlight*, das mittlerweile mehr als 13 Millionen ZuschauerInnen aufweist, der *Musical Dome* in Köln und das *Metronom Theater* können aktuell wirtschaftliche Erfolge vermelden. Das *Colosseumtheater* ist schon einige Zeit lang ohne Musicalangebot und kann für Produktionen angemietet werden.

Tabelle 2: Entwicklung der Privaten Theater 1988 – 2008

	Spielzeit				
Anzahl	1988/89	1992/93	1999/2000	2003/04	2007/08
Theater/Spielstätten*	21	39	46	47	35
Veranstaltungen	4 701	7 754	9 258	9 506	7 877
Besucher	1 300 938	k.A.	2 442 026	2 599 014	2 062 501
Zuweisungen in Tsd. Euro	3 836	7 185	6 446	7 559	7 731

*Privattheater verfügen in der Regel nur über einen zentralen Aufführungssaal. Von daher ist die Anzahl der Theater identisch mit der Anzahl der Spielstätten. *Quelle*: Statistische Jahrbücher Nordrhein-Westfalen 1990, 1995, 2001, 2005, 2009 und Theaterstatistik des Deutschen Bühnenvereins

74 Einrichtungen vertreten.[7] Insgesamt wurde Mitte der 1990er Jahre von etwa 400 Freien Professionellen Theatergruppen im Lande ausgegangen (Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport 1999: 13 ff.), während 15 Jahre später von etwa 200 ausgegangen wird.[8]

Einen vergleichbaren Schrumpfungsprozess hat auch die Freie Tanzszene zu vermelden. Nach offiziellen Angaben sind in Nordrhein-Westfalen aktuell zwischen 35 und 94 Compagnien beheimatet. Die große Spannbreite in den Angaben ist der Tatsache geschuldet, dass das Tanzbüro NRW bei seinen jährlichen Umfragen Einrichtungen, die den Fragebogen beantworten, gesondert zählt. (NRW Landesbüro Tanz 2010: 2 f.) Waren es 2006/07 noch 43 Ensembles mit insgesamt 445 Vorstellungen, die von der Umfrage erfasst wurden, sank die Zahl 2008 auf 33 Gruppen mit 246 Aufführungen. (Suchy 2010: 48) Die neueren Ergebnisse kann man durchaus als Indiz für einen weiteren Substanzverlust der selbstständigen Tanzszene in Nordrhein-Westfalen interpretieren.

Kulturorchester

Einen nur leichten Rückgang weisen die Kulturorchester in Nordhrein-Westfalen auf, die sowohl Theater- und Konzertorchester wie auch Kammerorchester und Rundfunkklangkörper umfassen. Hier griffen vor allem in den letzten 10 Jahren einige »Strukturanpassungen«, die den Bereich insgesamt auf relativ hohem Niveau stabilisierten. (Mertens 2010: 4) Zwar sanken danach in den letzten Jahren die Anzahl der Konzerte sowie der Besuche, doch konnten die öffentlichen Zuweisungen dagegen um mehr als zehn Millionen Euro gesteigert werden. Die nachfolgende Tabelle verdeutlicht diese Entwicklung.

Insgesamt erlebte das gesamte Konzertwesen in den letzten 20 Jahren jedoch einen massiven Zuwachs. Motor dabei waren die Musikfestivals, deren Anzahl sich

7 Darstellung *Kulturkooperative Freier Theater NRW* in www.siwikultur.de (letzter Zugriff 13.7.2010) und Selbstdarstellung *Verband freie darstellende Künste NRW* in www.nrw-landesbuero.de (letzter Zugriff 13.7.2010).

8 So das Ergebnis einer telefonischen Umfrage des Autors bei nordrhein-westfälischen Experten und Fachverbänden.

Tabelle 3: Entwicklung der Kulturorchester 1988 – 2008

Anzahl	Spielzeit				
	1988/89	1992/93	1999/2000	2003/04	2007/08
Orchester	16	16	15	13	14
Mitglieder	1 282	1 344	1 356	1 073	1 175
Konzerte	873	869	729	876	686
Besucher	674 643	k. A.	k. A.	666 826	509 898
Zuweisungen in Tsd. Euro	33 748	54 136	k. A.	59 132	70 466

Quelle: Statistische Jahrbücher Nordrhein-Westfalen 1990, 1995, 2001, 2005, 2009

bundesweit seit 1993 mehr als verdreifachte (von 140 auf ca. 500).[9] Neben den neuen Bundesländern profitierte davon vor allem Nordrhein-Westfalen, das den Trend im Rahmen der Regionalen Kulturpolitik bewusst bestärkte und mit der »Ruhr-Triennale« einen kulturellen Leuchtturm setzte, der international ausstrahlt.

Museen

Ebenfalls einen erheblichen Gründungsboom erlebten die Museen in Nordrhein-Westfalen, wie *Tabelle 4* verdeutlicht. So verdoppelte sich in den letzten 20 Jahren nahezu die Anzahl der Einrichtungen. Dieses Wachstum wurde im Wesentlichen von den Volks- und Heimatkundemuseen getragen, die damit auf ein lokal- und kulturgeschichtliches Interesse der Bevölkerung vor Ort reagierten. Doch auch zahlreiche Neubauten zur Kultur- und Kunstgeschichte der Region, wie das *Ruhrmuseum* in Essen und das *Rheinische Landesmuseum* in Bonn, das *Emil-Schumacher-Museum* zur zeitgenössischen Kunst in Hagen oder das *Museum Küppersmühle* für Moderne Kunst in Duisburg, festigten den Ruf des Landes als ausgezeichneten Museumsstandort – hinter Baden-Württemberg und Bayern.

Die Anzahl der Ausstellungen – weniger die der Besuche – konnte mit dem Gründerboom allerdings nicht Schritt halten. Trotz neuer Eventformen wie der »Langen Nacht der Museen« oder spektakulärer Einzelausstellungen (z. B. *Villa Hügel – Folkwang*) stagnierte die Anzahl neuer Präsentationen. Die Besuche konnten im Verlauf von 20 Jahren um ein Drittel gesteigert werden, wobei der größte Zuwachs zwischen 2003 und 2008 liegt. Bundesweit liegt damit Nordrhein-Westfalen immer noch auf einem Spitzenplatz, zumal insgesamt die Museumsbesuche schon seit einiger Zeit stagnieren beziehungsweise aktuell sogar zurückgehen. Dies könnte ein Indikator dafür sein, dass das Reservoir des entsprechenden Kulturpublikums mittlerweile weitgehend ausgeschöpft ist und nicht mehr wesentlich vergrößert werden kann.

9 Pressemitteilung des *Musikinformationszentrums* vom 7.7.2010.

Tabelle 4: Entwicklung der Museen 1989–2008

Anzahl	1989	1994	1999	2003	2008
Museen	390	573	648	677	686
Ausstellungen	1 233	1 344	1 284	1 283	1 215
Besuche	11 985 400	12 427 663	12 844 950	13 450 376	15 558 956

Quelle: Statistische Jahrbücher Nordrhein-Westfalen 1990, 1995, 2001 und Institut für Museumskunde der Staatlichen Museen Preußischer Kulturbesitz, Berlin

Tabelle 5: Entwicklung der Öffentlichen Bibliotheken 1988–2008

Anzahl	1988	1994	1998	2005	2008
Bibliotheken	2 939	2 679	2 441	1 804	1 731
Medien	30 191 906	30 381 256	28 718 697	26 456 000	25 531 000
Entleihungen	66 141 776	65 689 645	71 238 368	75 478 000	78 443 000
Benutzer	1 972 208	1 915 588	2 102 157	1 897 000	1 728 000

Quelle: Statistische Jahrbücher Nordrhein-Westfalen 1990, 1995, 2001 und Deutsche Bibliotheksstatistik 2006, 2009

Bibliotheken

Den Aufwüchsen im kulturellen Angebot des Landes standen indes auch eklatante Rückgänge gegenüber. Vor allem die öffentlichen Bibliotheken konnten an der allgemeinen Kulturkonjunktur nicht partizipieren, wie *Tabelle 5* unterstreicht.

Im Untersuchungszeitraum reduzierte sich die Zahl der Bibliotheken (inklusive Zweigstellen) um gut 40 Prozent. Auch der Medienbestand musste einen Verlust von etwa 15 Prozent hinnehmen. Die Benutzerzahlen gingen – nach einem Zwischenhoch 1998 – ebenfalls um knapp 15 Prozent zurück. Gleichzeitig stieg allerdings die Anzahl der Entleihungen um etwa 20 Prozent, was auf eine gestiegene Nachfrage seitens der Besucher schließen lässt. Kurzum: Immer weniger Bibliotheken mit einem schrumpfenden Medienbestand werden von immer weniger Nutzern aufgesucht, die jedoch das Angebot immer intensiver nutzen.

Die Deutsche Bibliotheksstatistik weist seit den neunziger Jahren nicht nur Ausleihen und Nutzer, sondern auch Besuche – etwa bei öffentlichen Lesungen – nach. Betrachtet man die entsprechenden Angaben, dann ergibt sich ein tendenziell anderes Bild von der »Attraktivität« der öffentlichen Bibliothek. So stieg etwa die Anzahl der Bibliotheksbesuche bundesweit zwischen 1999 und 2008 von 89 auf 123 Millionen, in Nordrhein-Westfalen war sie 2008 auf 28 Millionen geklettert.[10] Dieser Anstieg lässt die Vermutung plausibel erscheinen, dass mit dem Besuch

10 Darüber hinaus gibt es noch die »virtuellen« Besuche. In Nordhein-Westfalen wird seit 1999 das Zukunftsprojekt »Digitale Bibliothek« vorangetrieben, das besonders die wissenschaftlichen Bibliotheken betrifft.

Tabelle 6: Entwicklung der Öffentlichen Musikschulen 1990–2009

Anzahl	1990	1995	2000	2005	2009
Einrichtungen	170	170	167	159	158
SchülerInnen	168 363	177 738	182 077	186 516	206 226
Lehrkräfte	7 916	7 156	6 705	6 582	6 978
Wochenstunden	91 002	90 860	87 339	83 236	88 479
Zuweisungen in Tsd. Euro	68 153 828	91 462 910	91 810 310	93 540 840	90 753 021

Quelle: VdM-Jahresberichte

nicht allein mediale Interessen, sondern ebenso die Möglichkeit zur kulturellen Erbauung und sozialen Kommunikation verbunden sind, die gerade Bibliotheken bieten.[11] Die Schließung vor allem dezentraler Stadtteilbibliotheken – wie derzeit praktiziert – hat daher nicht nur eine Verringerung des öffentlichen Medienangebots zur Folge, sondern bedeutet eben auch einen kulturellen und sozialen Verlust.

Musikschulen

Neben den Bibliotheken sind es vor allem die Musikschulen, welche die kulturelle Bildung von Kindern und Jugendlichen zu ihren Hauptaufgaben zählen. *Tabelle 6* gibt einen Überblick über die Entwicklung in den letzten 20 Jahren.

Auch die öffentlichen Musikschulen verzeichnen eine leichte Schrumpfung der Anzahl der Einrichtungen, der Lehrkräfte und der geleisteten Wochenstunden, während die Schülerzahlen weiter ansteigen. Die Angaben von 2009 belegen indes einen allgemeinen Aufschwung, der alle Indikatoren erfasst. Diese Trendwende ist indes kein indigenes Phänomen, sondern dem Projekt »Jedem Kind ein Instrument« geschuldet, das – zeitlich begrenzt – allen Grundschülern im Ruhrgebiet das Erlernen eines Instruments ermöglichen soll.

Die latente Stagnation der öffentlichen Musikschulen ist allerdings auch der privaten Konkurrenz geschuldet. Seit 1997 wirkt in Nordrhein-Westfalen der *Bundesverband Deutscher Privatmusikschulen e. V.* (*bdpm*), der hier 55 freie Einrichtungen zu seinen Mitgliedern zählt. In diesen unterrichten knapp 1 000 Lehrer etwa 15 000 Schüler.[12] Darüber hinaus haben zahlreiche Einrichtungen der Kulturellen Jugendbildung dieses »Geschäftsfeld« für sich entdeckt und sind mit »attraktiveren« Angeboten konkurrenzfähig geworden.

11 Dieser kommunikative Aspekt des Bibliotheksbesuchs spielt vor allem bei Migranten eine Rolle. (Kröger 2007: 345 f.)

12 Angaben der Bundesgeschäftsstelle des Verbandes in Berlin. Die Anzahl privater Musiklehrer, die gleichfalls Musikschulunterricht anbieten, dürfte um ein Vielfaches höher liegen.

Tabelle 7: Entwicklung der Soziokulturellen Zentren 1990–2009

Anzahl	1990	1994	2002	2004	2009
Einrichtungen	39	51	65	67	66
Veranstaltungen	k. A.	7 500	12 800	14 200	k. A.
BesucherInnen (incl. Gastro)	k. A.	2 704 000	5 230 000	4 990 000	k. A.
Beschäftige	k. A.	1 206	1 506	1 666	k. A.

Quelle: LAG Soziokultureller Zentren NRW e. V. (inkl. Umfrageergebnisse: 1995, 1996, 1998, 2002, 2004); die fehlenden Angaben sind dem Umstand geschuldet, dass der Rücklauf auf die Befragungsaktion 1990 so gering war, dass daraus keine verlässlichen Angaben gewonnen werden konnten. Gegenwärtig läuft eine große Umfrage der Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren, die auch neue Ergebnisse für Nordrhein-Westfalen liefern wird. Mit ersten Ergebnissen ist allerdings erst um die Jahreswende 2010/11 zu rechnen.

Soziokultur

Nordrhein-Westfalen gilt als »Kernland der Soziokultur« (Briese/Spieckermann 2003: 56). Hier fanden die frühen programmatischen Grundsätze (Röbke 1992) der alternativen Bewegung erste Befürworter – und hier wurden in Wuppertal, Oberhausen und Duisburg die ersten Zentren aus der Taufe gehoben. 1979 konstituierte sich die *Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren* als Dachverband in Essen, 1981 folgte die *Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Soziokultureller Zentren NRW* mit Sitz in Münster. Deren Erfolgsgeschichte ist durchaus beeindruckend, wie die *Tabelle 7* verdeutlicht.

Die Zahl der in der *LAG* organisierten Soziokulturellen Zentren zwischen Rhein und Weser stieg in den letzten 20 Jahren um etwa 60 Prozent, wobei die neunziger Jahre die eigentliche Boomphase markieren.[13] Im selben Zeitraum konnte sowohl die Anzahl der Veranstaltungen wie auch die der Besucher nahezu verdoppelt werden. Damit liegt Nordrhein-Westfalen bundesweit jedoch nicht auf dem Spitzenplatz, den mit 71 Einrichtungen Niedersachsen hält. Allerdings finden sich hier – etwa mit der *börse* in Wuppertal oder dem *zakk* in Düsseldorf – die größten Zentren in einem Flächenland.

Die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten konnte mit diesem Wachstum indes nicht Schritt halten. Hier wird ein Phänomen deutlich, das die gesamte Freie Kulturszene charakterisiert. Vollarbeitsplätze sind eher die Ausnahme als die Regel – und Wachstum geht nicht automatisch einher mit mehr Arbeitsplatzsicherheit. (Spieckermann 2004: 48 f.) Doch auch ein Weiteres wird deutlich, das vielleicht auch eine Erklärung für die Entwicklung in anderen Kultursparten liefern könnte: Das stetige Wachstum der Soziokultur erlebt 2004 einen ersten Einbruch. Obwohl die Zahl der Einrichtungen und Veranstaltungen weiter gestiegen ist, geht die der Besucher – genauer: der Besuche – leicht zurück. Gleichzeitig generiert der Gastronomiebereich fast ebensoviele Zuschauer wie der Veranstaltungs-

13 Darüber hinaus sind in der *LAG* etwa 50 Zentren als »assoziierte Einrichtungen« vertreten.

sektor. Man könnte hier vielleicht von einem »Sättigungsprozess« sprechen, der die Soziokultur beziehungsweise ihre Klientel erfasst hat.[14]

Ein Grund dafür liegt sicher in der Konkurrenz durch affine Einrichtungen, die ebenfalls einem erweiterten Begriff der Soziokultur verpflichtet sind und ähnliche Zielgruppen ansprechen. Dazu gehören zweifellos die Jugendkunstschulen, die ebenso wie die Soziokulturellen Zentren in Nordrhein-Westfalen Anfang der siebziger Jahre »zur Welt kamen«. (Schäfer: 1992)

1978 gründete sich die *Landesarbeitsgemeinschaft Kulturpädagogische Dienste Jugendkunstschulen NRW e. V.* (*LKD*) mit Sitz in Unna. Schon 1980 konnte der Dachverband 18 Mitgliedseinrichtungen vorweisen. Diese Zahl stieg in der Folgezeit kontinuierlich an (1990: 40; 1994: 45) und umfasste im Jahr 2009 60 Einrichtungen. Damit verfügt NRW bundesweit über die meisten Jugendkunstschulen beziehungsweise vergleichbaren Einrichtungen.

Mit der Zahl der Einrichtungen wuchsen gleichzeitig Angebot und Besucherzahl. So wurden die Angebotsstunden zwischen 1980 und 2004 fast verdoppelt; die Zahl der Teilnehmer hat sich zwischen 1980 und 2009 sogar vervierfacht.[15] Insgesamt kann man davon ausgehen, dass die Jugendkunstschulen von der »Renaissance« der Kulturellen Bildung in Nordrhein-Westfalen[16] profitiert haben.

Kino

Neben dem staatlichen und frei-gemeinnützigen Kulturbereich reagiert der »Markt« auf die Nachfrage von Kulturnutzern und macht entsprechende Angebote. Wie schon erwähnt boomten – vor allem in den 1990er Jahren – die privatwirtschaftlichen Musicals in Nordrhein-Westfalen. Ein vergleichbarer Wachstumsschub lässt sich auch bei den privaten Filmtheatern nachweisen, wie *Tabelle 8* unterstreicht.

Bis zum Jahr 2000 zeigten alle Indikatoren ein kontinuierlicher Wachstum: Die Anzahl der Leinwände[17] erreichte fast die 1 000er-Grenze[18], nahezu 34 Millionen Eintrittskarten wurden verkauft, und der Umsatz kletterte auf knapp 184 Millionen Euro. Fünf Jahre später war der Boom bereits einer ersten Rezession gewichen. Kinosäle wurden geschlossen, Besucherzahlen und Umsätze brachen ein. Mit knapp 26 Millionen Kinobesuchen wurde ein ähnliches Ergebnis wie fünfzehn Jahre zuvor erreicht.

2009 stehen die Zeichen dagegen wieder auf Wachstum – diesmal allerdings unter veränderten Vorzeichen. Weniger Filmtheater mit weniger Leinwänden lockten

14 Auch die Förderpolitik des Landes dürfte hier ihre Spuren hinterlassen haben. In der Ära des grünen Kulturministers Michael Vesper (2000–2005) wurden die Kulturausgaben erstmalig empfindlich reduziert. Diese Reduzierung traf auch die Soziokultur.

15 2004 lag sie bei ca. 60 000 (Angaben nach Berechnungen der *LKD*), der »freie« Bereich wie Gastronomie, Feste, offene Angebote etc. ist hier nicht mit berücksichtigt.

16 Unter der schwarz-gelben Landesregierung (2005–2010) war die Kulturelle Bildung das zentrale Anliegen von Kulturstaatssekretärs Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff, der mehrere Förderprogramme (z. B. »Kultur und Schule«) initiierte, um der »kulturellen Bildungskatastrophe« Einhalt zu gebieten.

17 Großraumkinos verfügen in der Regel über bis zu zehn Vorführräume, daher ist die Zahl der Leinwände aussagekräftiger als die der Filmtheater.

18 Mit dieser Entwicklung einher ging ein »Kinosterben« kleinerer und älterer Einrichtungen in den neunziger Jahren, die dem Mehrfachangebot der neu gebauten »Multiplexe« und »Cinestars« nicht gewachsen waren.

Tabelle 8: Entwicklung der Filmtheater 1990–2009

Anzahl	1990	1995	2000	2005	2009
Einrichtungen	k. A.	k. A.	297	274	267
Leinwände	796	839	968	907	883
BesucherInnen	26 145 000	28 283 000	33 589 711	25 864 944	30 359 631
Umsatz in Euro	107 419 356	142 256 740	183 643 239	152 040 733	206 712 048

Quelle: Filmförderanstalt FFA, Jahresabschlüsse 1990, 1995, 2000, 2005, 2009

mehr Besucher in die Kinos, die wiederum mehr Geld ausgaben. Mitverantwortlich für diese Trendwende waren u.a. die mit hohem technischen Aufwand erstellten »Blockbuster« wie »Ice Age«, »Batman« oder »X-Men«, die fast fünf Millionen Zuschauer zusätzlich generierten.

Addiert man zu diesen Zahlen die Besucher privater Musicals[19], die Kundschaft am Markt agierender Galerien[20] und Ausstellungen sowie die Nutzer von Buchhandlungen, Plattenläden und sonstigen privaten Kulturangeboten hinzu, dann kann man zumindest einen Eindruck davon gewinnen, welche Rolle die private Kulturwirtschaft im Vergleich zu den öffentlichen und frei-gemeinnützigen Einrichtungen spielt. Nordrhein-Westfalen war in dieser Hinsicht in den letzten 20 Jahren auch bundesweit bestens aufgestellt.

Zusammenfassung

Rückblickend ist die Entwicklung kultureller Einrichtungen und Angebote in Nordrhein-Westfalen zwischen 1990 und 2010 in allen Sektoren ebenso vielfältig wie tendenziell disparat.

Zu den Gewinnern des kulturellen Aufbruchs der Landeskulturpolitik im Zuge ihrer Modernisierung seit den 1990er Jahren gehören zweifellos die Museen, die bei Einrichtungen, Ausstellungen und Besuchen ein kontinuierliches Wachstum aufzeigen. Dieses Wachstum ist vor allem dem Boom der eher kleinen Volks- und Heimatmuseen, doch auch dem Um- und Neubau einzelner Kunstmuseen zu verdanken. Nordrhein-Westfalen liegt damit entgegen dem Bundestrend, der im Museumsbereich eine schrumpfende Tendenz aufweist.

Öffentliche Theater, Kulturorchester und Musikschulen haben dagegen ihre Position weitgehend stabilisieren können. Nach einem Hoch Anfang des neuen Jahrtausends sind die entsprechenden Indikatoren eher rückläufig, ohne indes einen strukturellen Einbruch zu markieren. Der Publikumsrückgang bei den Kul-

19 Der *Starlight-Express* in Bochum konnte nach eigenen Angaben bereits 2008 auf mehr als 13 Millionen Besucher verweisen. (www.starlight-express-musical.de)

20 Auch die Galerien erlebten in den letzten 20 Jahren in Nordrhein-Westfalen eine Hochkonjunktur. Von den knapp 400 im *Bundessverband Deutscher Galerien und Editionen e. V.* vertretenen Einrichtungen hat jede dritte ihren Sitz in NRW, davon wiederum wurde ein Großteil in den neunziger Jahren gegründet. (www.bvdg.de)

turorchestern sowie die Wanderungsbewegung hin zu den »populären« Sparten beim öffentlichen Theater deuten allerdings demographische Veränderungen an, die auch bundesweit Bedeutung erlangen dürften. Statistische »Ausreißer«, wie bei den Musikschulen 2009, sind dagegen im Wesentlichen Sonderprogrammen der Landeskulturpolitik (»Je-Ki«) geschuldet.

Die Entwicklung bei den Einrichtungen der Freien Szene ist weitgehend ähnlich verlaufen. Nach einer Phase des kontinuierlichen Wachstums in den neunziger Jahren scheint auch hier der Scheitelpunkt der Expansion zu Beginn des neuen Jahrtausends erreicht. Doch während die Soziokulturellen Zentren in der Folgezeit ihre Lage weitgehend konsolidieren konnten, wies die Freie Theater- und Tanzszene einen weiteren Rückgang auf. Hier dürfte sich die allgemeine Wirtschaftslage niederschlagen, die auch bundesweit viele kulturelle »Ich-AGs« in die Existenznot getrieben hat.

Für diese These spricht nicht zuletzt die Entwicklung beim Privaten Theater, das sich seit der Spielzeit 2003/04 ebenfalls in der Rezession befindet. Ein ähnlicher Trend lässt sich zudem bei den Filmtheatern beobachten, die 2005 das schlechteste Einspielergebnis der letzten 20 Jahre aufwiesen, dann allerdings einen fulminanten Wachstumsschub verzeichneten. Ein gewisser »Sättigungsgrad« bei den privaten Musicals ist ebenfalls nicht von der Hand zu weisen. Alles in allem bleibt die Entwicklung in Nordrhein-Westfalen damit aber im Bundesdurchschnitt.

Zu den Verlierern der letzten 20 Jahre gehören zweifellos die öffentlichen Bibliotheken. Hier weisen alle Indikatoren seit 1988 ein dickes Minus aus. Lediglich die Anzahl der Entleihungen konnte im Untersuchungszeitraum leicht zunehmen. Angesichts der bundesweit annoncierten weiteren Sparmaßnahmen[21] ist dieser Rückgang mehr als bedenklich, befindet sich doch jede 6. Bibliothek in Nordrhein-Westfalen. Auch die zunehmende Digitalisierung der Bibliotheksbestände dürfte diesen Verlust nicht wettmachen können, ist die Öffentliche Bücherei doch auch Freizeittreff und Kommunikationsort.[22]

Insgesamt lässt sich jedoch festhalten, dass das kulturelle Angebot und die dazu gehörige Infrastruktur in Nordhrein-Westfalen in den letzten 20 Jahren einen bedeutenden Zuwachs erlebte, der auch bundesweit Zeichen setzte. Von einer Krise kann allenfalls bei den Bibliotheken gesprochen werden; alle anderen Einrichtungstypen konnten zulegen, wenn auch etwa ab 2003/4 der Scheitelpunkt der allgemeinen Kulturexpansion erreicht und seitdem ein Konsolidierungskurs auf hohem Niveau praktiziert wurde. In dieser Hinsicht ist es nicht unangebracht, von einer »kulturellen Sättigung« zu sprechen, welche die nordrhein-westfälische Kulturlandschaft mittlerweile auszeichnet. Die für 2011 annoncierten Sparmaßnahmen dürften deren kulturelle Substanz kaum infrage stellen.

21 Siehe etwa die Presseerklärung des *Deutschen Bibliotheksverbandes* (»Bibliotheken schlagen Alarm«) vom 14.9.2010 (www.bibliotheksverband.de).

22 Der *Deutsche Bibliotheksverband* listet seit Jahren die kulturelle Bedeutung öffentlicher Büchereien auf und untermauert diese mit statistischem Zahlenmaterial, zuletzt im »Bericht zur Lage der Bibliotheken 2010«. Die Kulturpolitik in Land und Kommunen zeigt sich dennoch weitgehend resistent gegenüber den Kassandra-Rufen einer zentralen Einrichtung der kulturellen Grundversorgung.

Literatur

Alemann, Ulrich von (2001): »Nüchtern und ohne Leidenschaft: Ein Land hat sich gefunden«, in: Canaris, Ute/Rüsen, Jörn (Hrsg.): *Kultur in Nordrhein-Westfalen*, Stuttgart/Berlin/Köln: Kohlhammer, S. 48–56

Briese, Dunja/Spieckermann, Gerd (2003): »Soziokulturelle Zentren in Nordhein-Westfalen und im Bundesvergleich – Daten und Fakten«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.): *Soziokulturelle Zentren in Nordrhein-Westfalen. Genese – Profile – Perspektiven*, Bonn/Essen, *Kulturpolitische Gesellschaft e. V.*/Klarttext, S. 55–91

Eichler, Kurt/Gau, Doris/Kröger, Franz/Sievers, Norbert (2000): »Kulturpolitik und Kulturförderung im Land Nordrhein-Westfalen«, in: Boekmanstichting/Kulturpolitische Gesellschaft/Duitsland Instituut Amsterdam (Hrsg.): *Kultur über Grenzen: NRW und NL, Amsterdam/Bonn: Selbstverlag, S. 96–147*

Erny, Richard/Godde, Wilhelm/Richter, Karl (Hrsg.) (1988): *Handbuch Kultur 90. Modelle und Handlungsbedarf für die kommunale Kulturarbeit*, Köln: Deutscher Gemeindeverlag

Glaser, Hermann/Stahl, Karl Heinz (1974/1983): *Bürgerrecht Kultur*, Frankfurt am Main/Berlin/Wien: Ullstein Sachbuch (aktualisierte u. erw. Neuauflage)

Glaser, Hermann (1991): *Kleine Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1989*, München: Carl Hanser (2. durchges. Auflage)

Heinemann, Ulrich (2007): »NRW-Kultur: ›Eine Sache der Kommunen?‹ 60 Jahre Landeskulturpolitik«, in: Brautmeier, Jürgen/ders. (Hrsg.): *Mythen – Möglichkeiten – Wirklichkeiten. 60 Jahre Nordrhein-Westfalen*, Essen: Klartext, S. 173–197

Hoffmann, Hilmar (1979): *Kultur für alle. Perspektiven und Modelle*, Frankfurt am Main: S. Fischer

Klein, Armin (2004): »Das Theater und seine Besucher. ›Theatermarketing ist Quatsch‹«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2004. Thema: Theaterdebatte*, Bonn/Essen: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V./Klartext, S. 125–140

Kröger, Franz (2007): »Bausteine für eine interkulturelle Kultur- und Bildungsarbeit«, in: Kulturpolitische Gesellschaft e. V. (Hrsg.): *Beheimatung durch Kultur. Kulturorte als Lernorte interkultureller Kompetenz*, Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft/Klartext, S. 335–352

Krüger, Heinz-Hermann/Thole, Werner (1989): »Soziokulturelle Zentren. Politische und kulturpädagogische Bestandsaufnahme und Perspektiven«, in: Claßen, Ludger/Krüger, Heinz-Hermann./Thole, Werner (Hrsg.) (1989): *In Zechen, Bahnhöfen und Lagerhallen. Zwischen Politik und Kommerz – Soziokulturelle Zentren in Nordrhein-Westfalen*, Essen: Klartext, S. 9–17

Mertens, Gerald (2010): *Kulturorchester, Rundfunkensembles und Opernchöre* (Online-Dossier für das *Deutsche Musikinformationszentrum*) (www.miz.org)

Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen (MASSKS) (Hrsg.) (1999): *Kulturdaten 1998. Empirischer Überblick zum Kultursektor von Nordrhein-Westfalen*, Düsseldorf: Selbstverlag

NRW Landesbüro Tanz (Hrsg.) (2010): *Bericht über selbständige Choreographen und Tanzcompagnien in Nordrhein-Westfalen in der Spielzeit 2007/2008 und 2008/2009*, Köln: Selbstverlag

Röbke, Thomas (1992): »Das frühe ›politische Programm‹ der Soziokultur«, in: Sievers, Norbert/Wagner, Bernd (Hrsg.): *Bestandsaufnahme Soziokultur. Beiträge – Analysen – Konzepte. Dokumentation des gleichnamigen Forschungsprojektes der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V.*, Stuttgart/Berlin/Köln: Kohlhammer, S. 37–54

Rössel, Jörg/Hackenbroch, Rolf/Göllnitz, Angela (2005): »Soziale Differenzierung und Strukturwandel des Hochkulturpublikums«, in: Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2005. Thema: Kulturpublikum*, Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft e. V./Klartext, S. 225–234

Schäfer, Brigitte (1992): »Die Jugendkunstschulen – ein soziokulturelles Projekt«, in: Sievers, Norbert/Wagner, Bernd (Hrsg.): *Bestandsaufnahme Soziokultur. Beiträge – Analysen – Konzepte. Dokumentation des gleichnamigen Forschungsprojektes der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V.*, Stuttgart/Berlin/Köln, Kohlhammer, S. 427–432

Sievers, Norbert (2005): »›Aktivierende Kulturpolitik in Nordrhein-Westfalen.‹ Aufstieg und Fall einer landeskulturpolitischen Konzeption«, in: Behrens, Fritz/Heinze, Rolf. G./Hilbert, Josef/Stöbe-Blossey (Hrsg.): *Ausblicke auf den aktivierenden Staat. Von der Idee zur Strategie*, Berlin: edition sigma, S. 337–362

Spieckermann, Gerd (2004): »Soziokulturelle Zentren im Jahr 2002. Ergebnisse der Umfrage der Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V./LAKS Hessen (Hrsg.): *Soziokultur und ihre Förderung durch die Länder*, Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft/Klartext, S. 44–68

Suchy, Melanie (2010): »Tanz in den Ländern – Nordrhein-Westfalen«, in: tanz. Zeitschrift für Ballett, Tanz und Performance: *Das Jahrbuch 2010*, S. 48

Toetemeyer, Hans-Günther (1988): »Spielhoffs Einsatz für die Theater- und Orchesterlandschaft an Rhein und Ruhr«, in: Schwencke, Olaf u. a. (Hrsg.): *Kulturpolitik ist Gesellschaftspolitik. Gedenkschrift für Alfons Spielhoff*, Hagen: Kulturpolitische Gesellschaft (Dokumentation 30), S. 215–221

KLAUS WINTERFELD

Die kulturelle Substanz in der sächsischen Provinz

Zum Wandel der kulturellen Infrastruktur in Oberlausitz-Niederschlesien[1]

Angesichts der tiefgreifenden Transformationsprozesse, die in Ostdeutschland ab 1990 zur weitgehenden Übernahme des alt-bundesdeutschen Gesellschafts- und Parteiensystems, zur Abwicklung ganzer Industriezweige und infolgedessen zu schweren sozialen Verwerfungen führen sollten, stellte der in Paragraf 35 des deutsch-deutschen Einigungsvertrages formulierte Anspruch, die kulturelle Substanz zu erhalten, zweifellos eine außerordentlich große Herausforderung dar. Im Folgenden wird geprüft, wie es gelang, diesen Anspruch einzulösen. Mit Blick auf die vorherrschende Siedlungsstruktur Sachsens, die überwiegend durch ländliche beziehungsweise klein- und mittelstädtische Räume bestimmt wird, soll die diesbezügliche Entwicklung an einem ländlichen Kulturraum[2] beispielhaft nachvollzogen werden.

Für eine derartige Betrachtung eignet sich der östlich von Dresden gelegene Kulturraum Oberlausitz-Niederschlesien besonders. Er kann bezüglich seiner Siedlungsstruktur und kulturhistorischen Entwicklung durchaus als typisch für Sachsen und den Süden Ostdeutschlands gelten.[3] Alles in allem leben gegenwär-

1 Dieser Text konnte nur entstehen, da dafür teils schwer zugängliches Datenmaterial zur Verfügung gestellt wurde. Dafür danke ich besonders Peter Hesse, Geschäftsführer der *Kultur- und Weiterbildungsgesellschaft mbH* des Landkreises Görlitz, Joachim Mühle, Kulturraumsekretär des Kulturraumes Oberlausitz-Niederschlesien und Waltraud Frohß von der *Sächsischen Landesfachstelle für Bibliotheken* und ihren jeweiligen Mitarbeitern.

2 Als Kulturräume werden im Freistaat Sachsen durch Gebietskörperschaften gebildete Zweckverbandsterritorien bezeichnet. Die für die Kulturförderung errichteten administrativen Einheiten entstanden mit dem Inkrafttreten des Kulturraumgesetzes erstmals 1994.

3 Zudem existiert für den Kulturraum eine vergleichsweise gute Datenlage. Der Autor hat an der Kulturentwicklungsplanung der Stadt Görlitz mitgewirkt und war maßgeblich an einer Untersuchung zur Region beteiligt (Winterfeld u. a. 2003). Darüber hinaus liegt eine »Analyse der kulturellen Infrastruktur des Kulturraumes Oberlausitz-Niederschlesien« (Strittmatter 1995) vor.

tig rund 610 000 Einwohnerinnen und Einwohner in diesem Gebiet. Insbesondere der in einer kleinteiligen textilgewerblichen und Industrieentwicklung wurzelnde Wohlstand ermöglichte es, in den von Bürgerinnen und Bürgern dominierten Städten vergleichsweise früh Theater zu errichten. So entstanden in Bautzen 1796, in Zittau 1802 und in Görlitz 1851 erste dauerhafte Spielstätten. Erste Stadtbibliotheken wurden bereits zwischen 1543 und 1666 gegründet. Zwischen 1854 und 1945 sollten sich in dem Gebiet mindestens 23 Museen herausbilden. Während der DDR-Zeit erfolgte ein weiterer Ausbau der ohnehin schon sehr dichten kulturellen Infrastruktur. Neu hinzu kamen vor allem ein flächendeckendes Netz an Einrichtungen der Breitenkultur, das heißt insbesondere Kulturhäuser und Klubs, rund 20 Museen – und hierbei vorrangig Heimatmuseen – sowie ein dichtes Bibliotheksnetz.

Eine Studie (Strittmatter 1995),[4] die die spartenbezogene Zahl der Kultureinrichtungen in Oberlausitz-Niederschlesien der Jahre 1982 mit der von 1995 auf Basis von Vollerhebungen miteinander vergleicht, ergab scheinbar erstaunliche Entwicklungen. So erhöhte sich die Zahl der Museen von 43 auf 51, die der Musikschulen von elf auf zwölf und die der hauptamtlich geführten Bibliotheken von 53 auf 56. Die Erhöhung der Bibliothekenzahl dürfte dabei weniger auf nach 1990 einsetzende Entwicklungen, sondern eher auf ein Programm zum forcierten Bibliotheksausbau in den letzten DDR-Jahren zurückzuführen sein. Demgegenüber geht die zusätzliche Musikschule auf eine private Neugründung nach 1990 zurück. Bei den Museen machte sich dann bereits eine länger andauernde Museumsgründungswelle bemerkbar. Sie wurzelte – wie in anderen Regionen Ostdeutschlands – insbesondere in dem Bestreben vieler meist zunächst ehrenamtlich wirkender Akteure, identitätsstiftende Zeugnisse vor allem der Gewerbe-, Industrie- und Alltagskultur zu bewahren. Deren Verlust drohte nach der rasanten Schließung vieler Industriebetriebe durch die Treuhandanstalt des Bundes sowie eines wohl fast kompletten Austausches von Alltagsgütern in den Privathaushalten nach der Währungsunion 1990.

Über die Zeit der gesellschaftlichen Umbrüche hinweg und bis in die Gegenwart blieben die fünf Tiergärten in Oberlausitz-Niederschlesien und die drei großen Theater der Region erhalten. Sukzessive geschlossen wurden in Görlitz aber das einst städtische Kinder- und Jugendtheater, das Puppentheater und ein Kabarett. Die Theatersparten waren 1982 noch als eigenständige Einrichtungen geführt worden. Ebenso verringerte sich die Zahl der Kulturorchester von drei auf zwei. Hintergrund dafür bildete die Fusion der Orchester des *Deutsch-Sorbischen Volkstheaters Bautzen* und des *Sorbischen Nationalensembles* zur *Lausitzer Philharmonie* 1992. Die größten Verluste waren aber zweifellos bei Einrichtungen der Breitenkultur und bei den Kinos zu verzeichnen: So halbierte sich die Zahl der Kulturhäuser und Klubs von einst 65 auf nun 32 und die Zahl der Lichtspielhäuser verringerte sich von 39 im Jahr 1982 auf zwölf im Jahr 1995. Hintergrund dafür war

4 In der Studie wurden – außer bei Museen – nur hauptberuflich geführte Einrichtungen berücksichtigt.

*Tabelle 1: Hauptberuflich geführte Kultureinrichtungen in Oberlausitz-Niederschlesien 1982 und 1995 im Vergleich**

Sparte	Zahl der Einrichtungen im Jahr 1982	Zahl der Einrichtungen im Jahr 1995
Bibliotheken	53	56
Kinos	39	12
Kulturhäuser/Klubs	65	32
Musikschulen	11	12
Museen	43	51
Theater	6	3
Orchester	3	2
Tiergärten	5	5
Galerien		7
Kultur- und Freizeitzentren		8
Soziokultur- und Bürgerhäuser		9

* Darstellung auf Basis der Daten von Strittmatter 1995.

vor allem, dass die Kinos nun als vorrangig kommerziell agierende Unternehmen eingestuft und deshalb der Treuhandanstalt zur Privatisierung übergeben wurden. In kleineren Orten gelang dies selten.

Auf die Dynamik der Transformationsprozesse zwischen 1989 und 1995 sowie den Initiativreichtum der Umbruchphase auch im eher ländlich geprägten Raum, lässt die große Zahl neu gegründeter Kulturinstitutionen schließen. Neu hinzu kamen in Oberlausitz-Niederschlesien sieben Galerien, acht Kultur- und Freizeitzentren und neun Soziokultureinrichtungen oder Bürgerhäuser. Dabei dürfte die eine oder andere der derart klassifizierten Neugründungen durchaus auf den Wandel von einst vor allem in Kulturhäusern beheimateten Initiativen zurückzuführen sein. Zweifellos überwogen aber echte Neugründungen. Sie wurzelten vorrangig in der Euphorie und dem lang beengten, nun übermächtig zum Ausdruck drängenden Gestaltungswillen sowie den sich neu auftuenden breiten Spielräumen. Viele der damals neu gegründeten Institutionen wirken bis heute fort.

Alles in allem dürften vor allem die neuen Soziokultureinrichtungen, die Galerien und die Kultur- und Freizeitzentren zumindest Teile der Lücken geschlossen haben, die durch die Verluste bei den Kulturhäusern entstanden sind. Demgegenüber zeichnete sich die Kinoszene durch Konzentrationsprozesse aus. In größeren Städten wie Bautzen, Görlitz und im benachbarten Dresden entstanden nach und nach mehrere bis dahin unbekannte Mehrsaalkinos. Durch die erhebliche Verbesserung der Verkehrsmobilität waren sie auch durch Bewohnerinnen und Bewohner des Umlandes gut erreichbar.

Zur erstaunlichen Kontinuität bei der Fortführung vieler Institutionen sowie der geschilderten Gründungswelle in einigen Bereichen dürfte vor allem beigetragen haben, dass es zunächst unter Zuhilfenahme von Instrumentarien des Bundes zur Kulturförderung in den östlichen Bundesländern – wie dem so genannten Infrastrukturprogramm und dem Substanzerhaltungsprogramm – tatsächlich gelang, eine weitgehend neue Struktur an (Unterhalts-)Trägerschaften und Fördermöglichkeiten aufzubauen. Nachdem der Bund seine Übergangsfinanzierungsprogramme ab 1993 sukzessive beendete, wurde in Sachsen mit dem Kulturraumgesetz ab 1994 ein tragfähiges Modell zur dauerhaften Finanzierung von regional bedeutender Kultur gefunden. Es zielt im Kern auf eine Lastenteilung zur Kulturförderung zwischen Freistaat Sachsen, Landkreisen und Kommunen in nicht-großstädtischen Räumen. Mit dem Gesetz konstituierte sich zudem der Kulturraum Oberlausitz-Niederschlesien als Zweckverband von Gebietskörperschaften zur Kulturförderung. (Winterfeld 2006)

Mitte der neunziger Jahre sollte die Phase der rasanten Transformation beziehungsweise der Anpassung der Kultur- und Förderstrukturen an die bundesrepublikanischen Gegebenheiten weitestgehend abgeschlossen sein. Wie im Folgenden vertiefend am Beispiel der Bibliotheken und Theater nachvollzogen wird, war der Wandel aber keineswegs beendet. Im Mittelpunkt stand nun vor allem, die sich mit dem Kulturraummodell neu etablierenden Mechanismen zur Wirkung kommen zu lassen und erstmals regionenbezogene Förderschwerpunkte zu erarbeiten. So war im Bibliotheksbereich mit dem Inkrafttreten des Kulturraumgesetzes anfangs eher breit – ohne klar ausformulierte Schwerpunkte – gefördert worden. Demzufolge erhielten 1995 noch sämtliche hauptamtlich geführten Bibliotheken eine Förderung aus der Kulturraumkasse. Später wurden Qualitätskriterien und zu erfüllende Standards als Fördervoraussetzung festgelegt. Dazu gehörten beispielsweise Mindestöffnungszeiten, die Betreuung durch Fachkräfte oder eine Mindestquote an Mitteln zur Medienerneuerung.

Bibliotheken, deren Wirken als nicht regional beziehungsweise überlokal bedeutsam eingestuft wurde oder deren Unterhaltsträger nicht genügend Mittel dafür zur Verfügung stellten, hatten nun geringere Chancen auf eine Förderung. Infolgedessen sank die Zahl der vom Kulturraum geförderten Bibliotheken von 49 im Jahr 1995 auf 36 im Jahr 2001 beziehungsweise 33 im Jahr 2009.[5] Zu den Hintergründen gehört auch die sich in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre verstärkende Krise der kommunalen Haushalte in der nun wirtschaftlich eher strukturschwachen und von einer starken Abwanderung geprägten Region. Infolgedessen sahen sich viele Kommunen nicht mehr in der Lage dazu, genügend Eigenmittel bereitzustellen, um die Fördervoraussetzungen zu erfüllen oder – insbesondere nebenamtliche – Bibliotheken eigenständig zu unterhalten. Dazu trug in einigen Gegenden auch bei, dass neue Fahrbibliotheken deren Aufgaben übernahmen.

5 Die Aussagen zur Kulturförderung im Kulturraum Oberlausitz-Niederschlesien basieren auf durch das *Kulturraumsekretariat* 2010 zur Verfügung gestellten Daten.

*Tabelle 2: Kennziffern zu Öffentlichen Bibliotheken in Oberlausitz-Niederschlesien**

Jahr	hauptamtlich geführte Bibliotheken	nebenamtlich geführte Bibliotheken	haupt- und nebenamtliche Bibliotheken
		Anzahl	
1995	**49	114	163
2005	38	88	126
2009	35	84	119
		Besucher	
1995	nicht erfasst	nicht erfasst	nicht erfasst
2005	885 145	47 292	932 437
2009	806 310	71 088	877 398
		Benutzer	
1995	68 910	9 461	78 371
2005	51 093	9 413	60 506
2009	44 023	10 167	54 190
		Personal***	
1995	147	0	147
2005	111	0	111
2009	117	0	117
		Bestand	
1995	1 362 950	171 693	1 534 643
2005	1 526 602	266 376	1 792 978
2009	1 385 244	319 320	1 704 564
		Entleihungen	
1995	2 616 494	219 870	2 836 364
2005	2 729 962	251 914	2 981 876
2009	2 640 418	269 061	2 909 479

* Quelle: *Sächsische Landesfachstelle für Bibliotheken* im Juni 2010
** Die Zahl der hauptamtlich geführten Bibliotheken im Jahr 1995 weicht von der in der Studie von Strittmatter aufgeführten Zahl ab. Da die Studie teils auf Auskünften Dritter beruhte, könnten dabei Fehlzuordnungen erfolgt sein; das heißt es wurden gegebenenfalls nebenberufliche Bibliotheken irrtümlich der Kategorie hauptamtlich zugeordnet.
*** Angaben zum Personal in Vollarbeitszeitäquivalenten (gerundet).

Im Ergebnis verringerte sich die Zahl der Bibliotheken von 163 im Jahr 1995 auf 119 im Jahr 2009. Besonders betroffen waren die kleinen, nebenamtlich geführten Bibliotheken. Ihre Zahl verringerte sich von 114 auf 84. Die in der Tabelle aufgeführten Zahlen lassen erkennen, dass vor allem zwischen 1995 und 2005 viele nebenberuflich (26) aber auch eine nennenswerte Anzahl der größeren, hauptberuflich geführten Bibliotheken (11) schließen mussten. Interessanterweise gingen die Schließungen zunächst nicht mit einer Verringerung des Medienbestandes in der Region einher. Vielmehr erhöhte sich der Gesamtbestand in dieser Zeit von 1 534 643 auf 1 792 978 Einheiten. Offenkundig konnten die verbliebenen Bibliotheken ihr Leistungsvermögen und somit ihr Angebot eher ausweiten. Zudem wurden ehemals hauptamtliche Bibliotheken häufiger nebenamtlich fortgeführt.

Zwischen 2005 und 2009 reduzierte sich die Zahl der hauptamtlich geführten Bibliotheken aber auch der nebenamtlichen um drei beziehungsweise vier Einrichtungen. Parallel dazu waren mit einer Verminderung um fünf Prozent durchaus Einbußen beim Bestand, mit sechs Prozent auch bei der Besucherzahl sowie bei den Entleihungen ein Rückgang um 2,5 Prozent zu verzeichnen.[6] Offenkundig wechselten mit der Schließung einzelner Häuser nicht alle Leser zu anderen Bibliotheken in der Region. Bemerkenswert ist die im vergangenen halben Jahrzehnt zu konstatierende Stabilisierung im Personalbereich. Einhergehend mit der Schließung von Bibliotheken gingen zwischen 1995 und 2005 insgesamt 36 von einst 147 Stellen verloren. Demgegenüber konnte in der halben Dekade danach eine geringfügige Aufstockung verzeichnet werden. Dies lässt darauf schließen, dass die Strategie der Kulturraumgremien erfolgreich war, eine Förderung der Bibliotheken von einer personell adäquaten Betreuung abhängig zu machen. Die im Verhältnis zu den Besucher- und Entleihzahlen überproportional verminderte Zahl der eingeschriebenen Benutzerinnen und Benutzer dürfte dabei vor allem etwas darüber aussagen, dass Bibliotheken nach Einführung von Benutzungsgebühren auch in Oberlausitz-Niederschlesien die Erfahrung machen mussten, dass nun ein Familienmitglied stellvertretend für die anderen Medien entleiht.

Alles in allem lässt sich feststellen, dass Oberlausitz-Niederschlesien trotz zweifellos erkennbarer Verluste nach wie vor über ein sehr dichtes, leistungsfähiges Bibliotheksnetz verfügt. Zur Leistungsfähigkeit tragen insbesondere die 35 hauptamtlich geführten Bibliotheken bei. Zur erheblichen Verbesserung für die Nutzerinnen und Nutzer dürfte beigetragen haben, dass die meisten hauptamtlichen Bibliotheken des Kulturraumes nun miteinander vernetzt sind und eine ortsübergreifende Ausleihe möglich ist.

Nach der bereits beschriebenen Schließung der kleineren Görlitzer Bühnen blieb die vom *Deutsch-Sorbischen Volkstheater Bautzen*, dem *Theater Görlitz*, dem *Gerhart- Hauptmann-Theater Zittau* und dem *Sorbischen Nationalensemble Bautzen* geprägte Theaterlandschaft in Oberlausitz-Niederschlesien – zumindest bezüglich der Standorte – bis heute erstaunlich stabil.[7] Nichtsdestotrotz waren die Theater einem steten Wandel und immer wieder harten Bewährungsproben unterworfen. So versuchten die ursprünglichen Träger der Theater, die Städte Görlitz und Zittau sowie der Landkreis Bautzen, bereits in der ersten Hälfte der neunziger Jahre – und somit vergleichsweise früh – vermittels der Änderung der Rechts- und Betriebsformen, Einsparpotenziale zu erschließen: Wurden die drei erstgenannten Theater, auf die sich die folgenden Aussagen konzentrieren, 1992 noch allesamt als Regiebetriebe geführt, entschieden sich die Träger bis zur Mitte des Jahrzehnts in Görlitz und Zittau für die Umwandlung in Gesellschaften mit beschränkter

6 Sämtliche Zahlenangaben zu den Bibliotheken beruhen auf einer Auskunft der *Sächsischen Landesfachstelle für Bibliotheken* im Juni 2010. Die durchgeführten eigenen Berechungen des Autors fußen darauf.

7 Die Aussagen zu den Theatern in Oberlausitz-Niederschlesien beschränken sich auf die genannten vier großen Häuser des Gebietes. Daneben existieren eine durchaus lebendige freie Szene und weithin ausstrahlende Ereignisse wie das Görlitzer Straßentheaterfestival. Auf das *Sorbische Nationalensemble Bautzen* kann infolge fehlender Daten dabei nur am Rande eingegangen werden.

*Tabelle 3: Kennziffern zu den Theatern in Oberlausitz-Niederschlesien**

Spielzeit	Plätze**	Veranstaltungen***	Besucher	Personal	Einwohnerzahl (+)
1991/1992	2153	993	161 690	581	150 671
1995/1996	2092	1159	214 646	422	150 465
2000/2001	1817	1350	249 465	(++) 330	132 406
2007/2008	1716	(+++) 1640	296 281	(++) 397	127 449

* Eigene Berechnung auf Basis von: Deutscher Bühnenverein, Bundesverband Deutscher Theater (Hrsg.) 1992, 1996, 2001 und 2008; einbezogen wurden die Daten für die Theater Bautzen, Görlitz und Zittau; keine Berücksichtigung fand das *Sorbische Nationalensemble*. ** Ohne Freilichtbühnen. *** Inklusive auswärtiger Gastspiele.
(+) Einwohnerzahl der drei Sitzgemeinden Bautzen, Görlitz und Zittau jeweils zum Jahreswechsel innerhalb der Spielzeit. Im erfassten Zeitraum fanden mehrere Eingemeindungen von Umlandkommunen statt. (++) Die starke Reduzierung des Personals zwischen 1995/1996 und 2000/2001 war unter anderem auf die rechtliche Verselbstständigung des *Görlitzer Theaterorchesters* 1996 zurückzuführen. Im neuen Jahrzehnt erfolgte die Wiedereingliederung der *Neuen Lausitzer Philharmonie* in das *Görlitzer Musiktheater*. (+++) Da für diese Spielzeit die Veranstaltungszahl für das *Zittauer Theater* in der Statistik fehlt, wurde dafür die entsprechende Zahl der Spielzeit 2006/2007 einbezogen.

Haftung (GmbH) sowie in Bautzen für den Eigenbetrieb. Das wiederholt infrage gestellte Überleben einzelner Theater sicherte einerseits vor allem, dass sie in der Region stark verwurzelt sind und die Bevölkerung sich im Zuge von Schließungsdebatten – insbesondere in Zittau – stark solidarisierte. Andererseits waren die Ensembles immer wieder bereit, über lange Zeiträume hinweg Haustarifverträge zu akzeptieren, die einen teils erheblichen Gehaltsverzicht mit sich brachten.

Einen steten Wandel und eine enorme Leistungssteigerung bilden die Kennziffern ab, die die Tätigkeit der Theater charakterisieren: Ausgehend von der Spielzeit 1991/92 erhöhten sich die Besucherzahlen der drei Theater in der Summe von 161 690 über 214 646 (1995/1996) und 249 465 (2000/2001) auf nunmehr 296 281 (2007/2008). Dies entspricht einer Steigerung um 83 Prozent innerhalb von reichlichen anderthalb Jahrzehnten. Wichtigstes Mittel dazu war zweifellos die Erhöhung der Zahl der Aufführungen beziehungsweise der Veranstaltungen: Fanden an den drei Theatern 1991/92 noch 993 Veranstaltungen statt, waren es 2007/2008 immerhin 1640. Zudem erschlossen sich die drei Theater in dieser Zeit mehrere attraktive Open-Air-Spielstätten für die Bespielung im Sommer und die Theaterensembles gastieren innerhalb des Kulturraumes nun wechselseitig in ihren Partnerhäusern. So spielt das *Görlitzer Musiktheaterensemble* nun häufig in Bautzen und das *Bautzner Schauspielensemble* in Görlitz. Den Hintergrund bildet ein auch in anderen Kultursparten zu beobachtender Perspektivwechsel: Anstelle des nur auf die eigene Kommune gerichteten Fokus rückt für die Kultureinrichtungen der gesamte Kulturraum in den Vordergrund.

Besonders hervorhebenswert ist die abgebildete Leistungssteigerung angesichts der starken Abwanderung, von der die Region geprägt wird. Zwischen 1991 und 2007 verringerte sich die Einwohnerzahl allein der drei Theaterstädte trotz mehrerer Eingemeindungen von 150 671 auf 127 449 und somit um mehr als 15 Prozent. Darüber hinaus fand die Leistungssteigerung vor dem Hintergrund eines starken Personalabbaus statt. Zwischen 1992 und 2008 verringerte sich die Zahl der Mit-

arbeiter der drei Theater von 581 auf 397 und somit um 32 Prozent. (Deutscher Bühnenverein, Bundesverband Deutscher Theater 1992, 1996, 2001 und 2008)

Besonderen Anteil am Personalabbau hatte die bereits angesprochene Fusion des Orchesters des *Deutsch-Sorbischen Volkstheaters Bautzen* mit dem des *Sorbischen Nationalensembles Bautzen*. Im Ergebnis entstand 1992 die *Lausitzer Philharmonie*. Die Philharmonie übernahm anfangs die Bespielung des *Bautzner Musiktheaters*. Später wurde diese Sparte in Bautzen gänzlich abgewickelt. Auch die weitere Geschichte der Orchester in Oberlausitz-Niederschlesien zeigt, dass angesichts der Haushaltsnöte mit immer neuen – für die Musiker häufig die Grenzen des Zumutbaren überschreitenden – Modellen nach Einsparmöglichkeiten gesucht wurde. So sollte die *Lausitzer Philharmonie* keinen Bestand haben. Das *Görlitzer Theaterorchester* übernahm von ihr 1996 im Zuge ihrer Abwicklung eine Anzahl Musiker. Einige andere konnten zum *Sorbischen Nationalensemble* zurückkehren. Das *Görlitzer Theaterorchester* hingegen wurde nun als wirtschaftlich eigenständige GmbH unter dem Namen *Neue Lausitzer Philharmonie* geführt. Deshalb ist in der Statistik eine weitere Reduktion des Personalbestandes im Theaterbereich festzustellen.

Allerdings wurde die rechtliche Verselbstständigung später wieder rückgängig gemacht. Das *Görlitzer Orchester*, das über 56 Musiker-Planstellen verfügt, gibt neben den Theaterdiensten nunmehr jährlich zwischen zehn und 20 Konzerte an verschiedenen Aufführungsorten im Kulturraum. Neben dem genannten Orchester existiert in Oberlausitz-Niederschlesien mit dem *Sorbischen Kammerorchester* gegenwärtig noch ein weiteres, kleines Kulturorchester. Es gehört zum *Sorbischen Nationalensemble Bautzen*. Das Tourneeensemble mit den hinzukommenden Sparten Chor und Ballett soll bis Mitte 2011 insgesamt 27 der bisher 107 Stellen einsparen. Erst zu Beginn des Jahres 2010 war die Fusion der Theater von Görlitz und Zittau erfolgt. Deren Spielstätten und künstlerischen Ensembles sollen vorerst erhalten bleiben.

Der Bereich Museen war zweifellos derjenige, der sich nach 1990 am dynamischsten entwickelte. Bereits zwischen 1982 und 1995 waren acht Museen neu entstanden. Seitdem kamen mindestens neun weitere museale Einrichtungen hinzu, so dass gegenwärtig rund 60 Museen in der Region wirken.[8] Den Hintergrund für diese Entwicklung bildeten vor allem der beschriebene rasante wirtschaftliche und gesellschaftliche Wandel. Der größte Teil der Neugründungen geht auf Initiativen von Einzelakteuren und Vereinen zurück. Das herausragende Engagement der Museumsakteure wird besonders erkennbar, wenn Berücksichtigung findet, dass die Museen infolge der Verknappung der Fördermittel immer geringere Chancen auf eine Unterstützung durch die wichtigste Förderinstanz der Region, den Kulturraum, haben. So sank die Zahl der durch ihn geförderten Museen trotz der höheren Gesamtzahl von 36 im Jahr 1995 auf 20 im Jahr 2009. Wie in den an-

8 Die Zahlenangaben beruhen vorrangig auf: Sächsische Landesstelle für Museumswesen 2010. Zu berücksichtigen ist in dieser Datensammlung eine vergleichsweise freizügige Aufnahme von Einrichtungen in die Liste: Nicht sämtliche Einrichtungen entsprechen den vom *Internationalen Museumsrat (ICOM)* festgelegten Kriterien für Museen.

deren Sparten – was aber infolge der häufig historischen Bausubstanz im Museumsbereich besonders augenfällig ist –, wurden in den vergangenen zwei Jahrzehnten fast alle dauerhaft für Kulturzwecke genutzten Häuser mehr oder weniger grundhaft saniert.

Wohl weniger durch Dynamik, sondern nach einer Mitte der neunziger Jahre einsetzenden Konsolidierungsphase vielmehr durch Stabilität, ist demgegenüber die Soziokultur gekennzeichnet. In einer ersten Bestandserhebung 1993 wird von insgesamt neun soziokulturellen Einrichtungen in der Region ausgegangen. (Arbeitsgruppe Soziokultur im Freistaat Sachsen 1994: 142, 166 f.). Offenkundig handelte es sich bei einigen von ihnen um frühere Kulturhäuser und (Jugend-) Klubs, die sich zur nun förderfähigen Sparte Soziokultur gehörig zu kategorisieren versuchten. Dafür spricht auch die Auswertung der Förderlisten des Kulturraumes. Sie weisen 1995 17 Einrichtungen in dieser Sparte aus. Allerdings sind die meisten hiervon nach gegenwärtigem Verständnis nicht der Soziokultur zuzurechnen. Folglich finden sich die meisten bereits wenige Jahre später weder auf den Förderlisten des Kulturraumes noch auf den Mitgliederlisten der *Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultur Sachsen* wieder (Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultur Sachsen e. V. 1998: 236 f). Demgegenüber bestanden die sieben Soziokulturzentren aus der Region, die gegenwärtig in der Mitgliederliste geführt werden, allesamt bereits Mitte der 1990er Jahre (Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultur Sachsen e. V. 2010).

Zusammenfassen lässt sich, dass der Kulturraum Oberlausitz-Niederschlesien nach wie vor über eine sehr dichte kulturelle Infrastruktur verfügt. Ihre Grundpfeiler, die vier Theater beziehungsweise ihre Standorte und künstlerischen Ensembles, ein dichtes Bibliotheksnetz sowie die fünf Tiergärten blieben seit 1990 erhalten. Dabei waren – wie anhand der Reduzierung der Zahl der Theaterorchester und von Bibliotheksstandorten nachvollzogen – durchaus Abstriche hinzunehmen. Sie wurden erstaunlicherweise meist durch signifikante Leistungssteigerungen aufgewogen. Verluste waren seit 1990 insbesondere bei der Zahl der Kulturhäuser und der Kinos zu verzeichnen; Gewinne vor allem bei Museen und in der Soziokultur. Hinzuzuzählen wären den Zugewinnen noch mehrere Galerien, Musikschulen sowie eine in weiteren Sparten agierende freie Kunstszene, auf die im vorliegenden Text aber nicht näher eingegangen werden kann.

Die vergangenen zwei Jahrzehnte waren in Oberlausitz-Niederschlesien durch einen steten Wandel, das heißt permanente Umstrukturierungen und Versuche, sparsame Modelle zum Betrieb der Kultureinrichtungen zu finden, gekennzeichnet. So wurden nicht nur bei den Theatern neue Rechts- und Betriebsformen eingeführt, sondern beispielsweise die Volkshochschule, die Musikschule, die Bibliothek und das Medienpädagogische Zentrum des Landkreises Görlitz unter dem Dach einer Kultur- und Weiterbildungsgesellschaft mbH zusammengefasst. Der stete Wandlungsdruck verlangte den Kulturakteuren immer wieder sehr viel ab. Nichtsdestotrotz spielt die Kultur für die Region – wohl gerade wegen ihrer wirtschaftlichen Strukturschwäche – eine herausragende Rolle. Dies wurde zuletzt

angesichts der weithin beachteten Kulturhauptstadtbewerbung von Görlitz erkennbar.

Wird berücksichtigt, dass die eingangs beschriebene Fokussierung auf eine »kulturelle Substanz« zweifellos inkludierte, dass von vornherein nicht davon ausgegangen wurde, die Kulturlandschaft unverändert erhalten zu wollen, sondern allenfalls deren »substanziellen Teile«, konnte der damit verbundene Anspruch – wenn auch mit einigen Abstrichen – bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt in Oberlausitz-Niederschlesien durchaus eingelöst werden. Dies ist zweifellos ein sehr großer Erfolg. In vielen anderen ländlichen Räumen Ostdeutschlands gelang Vergleichbares nicht. In Oberlausitz-Niederschlesien hat dazu insbesondere das sächsische Kulturraummodell beigetragen.

Literatur

Arbeitsgruppe Soziokultur im Freistaat Sachsen (Hrsg.) (1994): *Soziokultur in Sachsen. Analysen, Anmerkungen, Ausblicke*, Dresden

Debes, Dietmar (1997): »Bibliotheken in Sachsen«, in: Krause, Friedhelm (Hrsg.): *Handbuch der historischen Buchbestände in Deutschland. Band 17, Sachsen A–K*, Hildesheim/Zürich/New York, S. 23–52

Deutscher Bühnenverein – Bundesverband Deutscher Theater (Hrsg.) (1992, 1995, 2001 und 2008): *Theaterstatistik – Bühnenjahrbuch*. (Spielzeiten 1991/1992, 1995/1996, 2000/2001 und 2007/2008), Köln, Heft 27, 31, 36 und 43

Knorr, H. A. (1963): *Handbuch der Museen und wissenschaftlichen Sammlungen in der Deutschen Demokratischen Republik*, Halle/Saale

Kulturraum Oberlausitz-Niederschlesien: *Förderlisten von 1995, 2001 und 2009*

Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultur Sachsen e. V. (1998): *Soziokultur in Sachsen. Ein gesellschaftliches Experimentierfeld*, Dresden: efau-verlag

Landesverband Soziokultur e. V.: www.soziokultur-sachsen.de (Stand: 6.7.2010).

Sächsische Landesstelle für Museumswesen (2010): www.museumswesen.smwk.sachsen.de (Stand: 6.7.2010)

Strittmatter, Thomas (1995): *Analyse der kulturellen Infrastruktur des Kulturraumes Oberlausitz-Niederschlesien* (unveröffentlichtes Manuskript)

Voigtmann, Joachim/Sächsische Landesstelle für Museumswesen (2004): *Museen in Sachsen*, München/Berlin: Deutscher Kunstverlag

Winterfeld, Klaus/Hofmann, Michael/Voigt, Karen (2003): *Kulturelle Potenzen regionaler Entwicklung. Das Beispiel Kulturraum Oberlausitz-Niederschlesien*, Leipzig: Leipziger Universitätsverlag

Winterfeld, Klaus (2006): *Das sächsische Kulturraumgesetz – Eine Bilanz nach elf Jahren. Ergebnisse einer sozialwissenschaftlichen Studie*, Leipzig: Leipziger Universitätsverlag

Markus Morr

Kulturelle Infrastruktur im hessischen Landkreis Marburg-Biedenkopf

Die Entwicklung in den letzten 20 Jahren

Marburg-Biedenkopf ist einer von 21 hessischen Landkreisen. Er gehört zum Regierungsbezirk Gießen in Mittelhessen. Der Landkreis wird aus insgesamt 22 Städten und Gemeinden gebildet und hat derzeit 251 000 Einwohner. Die größte Stadt und das einzige Oberzentrum im Kreis ist die mit Sonderrechten versehene Universitätsstadt Marburg mit über 79 000 Einwohnern. Der Landkreis liegt in keinem Ballungsraum, dennoch ist es bis nach Kassel und Frankfurt jeweils nur eine gute Autostunde. Es handelt sich um einen insgesamt ländlich strukturierten Landkreis in vielfältigen Mittelgebirgslandschaften, der vor allem in der Gesundheitswirtschaft inklusive Pharmaindustrie, in der Ernährungsindustrie und im Formenbau wirtschaftliche Schwerpunke hat. Natürlich spielt der Dienstleistungssektor einschließlich der *Philipps-Universität* ebenfalls eine große Rolle.

Es gibt keine Oper und keine klassische Kulturinstitution von internationalem Ruf, dennoch hat der Landkreis Marburg-Biedenkopf Stärken im Kulturbereich. Hier sind insbesondere die vielen Aktivitäten der engagierten Bürgerinnen und Bürger in den Vereinen, Gruppen und Initiativen zu nennen. Nach niedrig angesetzten Schätzungen – aufgrund von hochgerechneten Stichproben – gehen wir auch heute noch von wenigstens 50 000 Menschen im Landkreis aus, die kulturell aktiv sind! Demnach beschäftigt sich mindestens jeder fünfte Einwohner im Kreis mit dem Singen, der Lokalgeschichtsforschung, der Heimat- und Brauchtumspflege, der Literatur, der Kunst, dem Musizieren und vielem anderen mehr im Kulturbereich. Das hat sich seit Beginn der neunziger Jahre nicht signifikant verändert.

Wir gehen nach wie vor von insgesamt rund 1 400 kulturellen Vereinen, Gruppen und Initiativen auf Kreisebene inklusive der Stadt Marburg aus, die mit über 300 kulturellen Vereinen und Gruppen sehr stark vertreten ist und natürlich das

Zentrum der kulturellen Aktivitäten im Landkreis darstellt. Die Stadt hält viele kulturelle Angebote vor, die in diesem Beitrag nicht explizit, sondern nur punktuell genannt werden können.

Wie sieht die kulturelle Infrastruktur im Landkreis von heute im Verhältnis zu den frühen neunziger Jahren aus?

Ein schönes Beispiel für die aktive Beteiligung ist das *Chorwesen*, das nun exemplarisch intensiver vorgestellt wird. 1993 wurden 373 Chöre ermittelt. 2010 beträgt die Zahl 449 im Landkreis. Darin sind Gesangvereine mit ihren jeweiligen Untergruppen und die Kirchenchöre enthalten. Nahezu 450 Chöre bei nur 188 Orten im Landkreis mit derzeit circa 16000 aktiven Sängerinnen und Sänger exemplifizieren die große Bedeutung der Chöre. Wie kann man die Steigerung der Chöre im Hinblick auf das Klagen bezüglich des mangelnden Nachwuchses erklären? Natürlich haben viele Gesangvereine und Chöre große Nachwuchsprobleme. Auch eine Überalterung der Mitglieder lässt sich oftmals feststellen. Auf Dauer werden mit Sicherheit viele Vereine wegfallen. Da einzelne Vereine häufig vier und mehr Untergruppen aufweisen, wird der Rückgang in den nächsten Jahren signifikant sein. Gerade deshalb versuchen viele mit neuen Angeboten zu punkten – beispielsweise mit Kinder- und Jugendchören oder mit Chören innerhalb einer Chorgemeinschaft, die moderneres, englischsprachiges oder anspruchsvolleres Liedgut singen. Nicht zu vergessen ist auch eine Zunahme an nicht vereinsgebundenen Projektchören, die sich beispielsweise der Herausforderung stellen, nur für die Aufführung der »Carmina Burana« einige Monate lang zu proben, dann aufzuführen und danach wieder auseinanderzugehen. Neben sehr anspruchsvollen Chören gibt es Chöre, die sich nur einmal im Monat treffen. Gesangvereine auf dem Dorf und auch in den Städten in ländlichen Regionen haben vielfältige soziale Aspekte. Nicht nur das meist wöchentliche Treffen und Singen sind hier zu nennen, sondern neben dem Austausch von Neuigkeiten auch die Mitgestaltung von Feiern (Hochzeiten, runden Geburtstagen) sowie von Trauerfeiern. In einem Chor kann man also ein Leben lang »aufgehoben sein« und bis an das Grab eine Würdigung erfahren. Das ist ein Aspekt, den man vor allem in ländlichen Räumen nicht außer Acht lassen darf.

Chöre im Landkreis

1993	373
1999	393
2010	449

Besonders hervorhebenswert ist auch der *Theaterbereich*, denn 58 Theatergruppen (Amateurtheater sowie neben dem *Hessischen Landestheater* zwei weitere professionelle freie Gruppen) sind für einen Landkreis mit etwas über 250 000 Einwohnern

eine vergleichsweise hohe Anzahl. Zwar führen viele Gruppen lediglich ein oder alle zwei Jahre ein Stück auf, gerade das kann dann aber zu den kulturellen Höhepunkten im Dorfleben zählen. Manchmal kommt der örtliche Chor oder die Blaskapelle dazu. Das gesamte Dorf scheint sich bei den Aufführungen zu treffen. Es ist immer wieder etwas ganz Besonderes, wenn Bekannte oder Verwandte im Rollenspiel ganz andere Charaktere darstellen. Nach den Erfahrungen der heimischen Gruppen besteht das Publikum jedoch keineswegs nur aus der ortsansässigen Bevölkerung, sondern auch aus den umliegenden Städten und Dörfern kommen die Zuschauer. Eine relativ große Anzahl von Theater- und Musicalveranstaltungen sind auf einem hohen Niveau und erfreulicherweise auch zeitkritisch. 2007 wurde beispielsweise in Wetter-Oberrosphe das Stück »Leibchen, Liebe, Chewing-Gum« aufgeführt, wo es um die kritische Aufarbeitung der NS-Zeit in einem Dorf ging. Hier wurde nichts geschönt, von den Nazis, die irgendwie um ihre Strafe herumkommen wollen, über das Los der Zwangsarbeiter bis hin zu den Bauern, die den Menschen aus der Stadt für wertvolle Dinge lediglich ein paar Kartoffeln gaben. Das Stück wurde selbst geschrieben und spielte mit gekonnt gemachten Zeitsprüngen in den sechziger Jahren und 1945 vor und während dem Einmarsch der Amerikaner. Es wurde unter professioneller Regie nur mit Dorfbewohnern als Schauspieler inszeniert.

Das kulturelle Angebot ist insgesamt bemerkenswert gut und eine Bereicherung für die Region.

Das professionelle *Hessische Landestheater* in Marburg mitsamt seinem Kinder- und Jugendtheater ist ein wichtiger Anlaufpunkt im Theaterbereich. Zwei freie professionelle Theater ergänzen das Angebot.

Die Zunahme der Gruppen resultiert zumindest teilweise aus der Tatsache, dass zu Festen und Ortsjubiläen immer wieder neue Gruppen entstehen, die jedoch oft nicht dauerhaft von Bestand sind.

Theatergruppen im Landkreis

Jahr	Landes-theater	Freie prof. Gruppen	Amateur-theatergruppen
1993	1	1	40
1998	1	2	52
2010	2	2	55

Großes Interesse findet im Landkreis zudem das Feld der *Heimat- und Lokalgeschichtsforschung*, was sowohl durch die derzeit 47 Museen, Heimatmuseen und chausammlungen (1992: 29) als auch durch die rund 100 Vereine und Initiativen in diesem Bereich verdeutlicht wird.[1] Im Zusammenhang mit Orts-Jubiläen ent-

1 1992 waren allerdings mit Sicherheit auch noch nicht alle damaligen Schausammlungen erfasst. Zu den Besucherzahlen kann man leider keine gesicherten Aussagen machen.

stehen zudem immer weitere Gruppen, die nicht selten nach den Festveranstaltungen in irgendeiner Form weiter aktiv sind.

Die Struktur bei den Museen im Kreis ist sehr heterogen. Es gibt die ganze Bandbreite der Heimatmuseen und Schausammlungen, der naturwissenschaftlichen Museen, der Regionalmuseen und der Spezialmuseen inklusive der universitären Museen und Schausammlungen. Die Zunahme von Museen wundert nicht, wenn man sich das große Interesse im Geschichtsbereich sowie die vielen lokalgeschichtlichen Aufarbeitungen im Zusammenhang mit Ortsjubiläen oder auch der Dorferneuerung beziehungsweise der Regionalentwicklung betrachtet. Manchmal geben auch leer stehende und zur Umnutzung anstehende Gebäude den Anstoß.

Ein auf Initiative des Kreises Anfang der neunziger Jahre gegründeter Museumsverbund auf Kreisebene kümmert sich um die Museen und berät diese, damit nicht jedes Museum die gleichen Inhalte anbietet. So reicht das Spektrum vom Polizei-Oldtimermuseum über ein vom Kreis betriebenes Schlossmuseum bis hin zum Dorfmuseum in einer alten Schmiede. Die Gründung eines Museums ist allerdings in der Regel wesentlich einfacher als der dauerhafte Erhalt. Ein paar Museen haben inzwischen aus finanziellen und personellen Gründen wieder schließen müssen.

Museen und Schausammlungen im Landkreis

1992	29*
1998	39
2010	47

* 1992 wurden nicht alle Museen und Schausammlungen offiziell erfasst

Kunst spielt ebenfalls eine große Rolle, auch wenn es im Landkreis immer noch sehr schwierig ist, ausschließlich von der Kunst zu leben. Das gelingt vielleicht einer Hand voll Künstlerinnen und Künstler, die dann aber durchgehend noch weitere nationale oder internationale Standbeine haben. Auch das hat sich in den letzten 20 Jahren nicht verändert. 97 bildende Künstlerinnen und Künstler (überwiegend im Nebenerwerb künstlerisch tätig) sind beim Landkreis in verschiedenen Listen wie in einer Kunstkarte oder im Internet unter einem Künstlerverzeichnis eingetragen.[2]

So wurde die *Künstlervereinigung Marburg-Biedenkopf* 2001 als Interessenvertretung der Künstlerinnen und Künstler im Nachgang der Kunsttage Marburg-Biedenkopf geschaffen. Eine Kunstschule in Marburg bietet künstlerisches Arbeiten für Kinder und Jugendliche in den Bereichen Zeichnung, Malerei, Grafik, Keramik, Bildhauerei, Foto, Film, Instrumentenbau und anderes mehr an.

2 1993 waren es noch 55. Die Zahlen sind aber nicht belastbar, weil sich 1993 einfach weniger Kunstschaffende haben eintragen lassen. Die größten Verbesserungen im Bereich Kunst sind die bessere Vernetzung und diverse Zusammenschlüsse von Kunstschaffenden, die ihnen mehr Gewicht verschafft, um ihre Interessen zu artikulieren und zu vertreten.

Büchereien im Landkreis (ohne Stadt Marburg)

1993	52
1998	k. A.
2010	48

Während es in manchen Städten und Gemeinden eine zentrale Bücherei gibt, weisen andere Stadt- beziehungsweise Ortsteilbüchereien auf. Einige wenige Gemeinden organisieren eine Fahrbücherei. Der Landkreis hält zudem zwei Medienzentren vor, eine im Ost- und eine im Westkreis.

Literaturvereine sind besonders stark in Marburg vertreten (sechs), aber auch im restlichen Landkreis gibt es mindestens drei Literaturgruppen. Von diesen beteiligen sich die meisten alle zwei Jahre am LiteraturPARKours des Landkreises.

Man kann sicherlich unterschiedlicher Meinung sein, was alles zur Soziokultur gehört und was nicht. Bei der Betrachtung dieses Bereichs wurde hier nur berücksichtigt, wer sich selbst als *soziokulturelles Zentrum* versteht. Während es Anfang bis Ende der neunziger Jahre noch ein soziokulturelles Zentrum in Biedenkopf gab, sind inzwischen alle soziokulturellen Zentren in Marburg angesiedelt. Es sind mittlerweile im weitesten Sinne fünf mit unterschiedlichen Schwerpunkten und Ausprägungen.

Angebote der Volkshochschule des Landkreises

Kulturelle Bildung
(Literatur, Kunstgeschichte, Theater, Musikalische Praxis, Malen, Plastisches Gestalten etc.)

2002	185 Kurse
2008	222 Kurse

Geschichte/Heimatkunde

2002	13 Kurse
2008	19 Kurse

Der Trend bei Kursen zum Themenfeld Kulturelle Bildung geht insgesamt nach oben, wobei eine starke Tendenz zur Nutzung des Malangebots zu verzeichnen ist (2001: 16 Kurse, 2008: 40 Kurse). Relativ gleich bleibend ist das Angebot im Bereich Geschichte/Heimatkunde. Hier zeichnet sich kein eindeutiger Trend ab. Allerdings steigt wieder die Nachfrage nach Veranstaltungen mit historischen Inhalten, vor allem nach Angeboten mit »Heimat-Hintergrund«. Die eigenständigen Angebote der Marburger Volkshochschule konnten hier nicht berücksichtigt werden.

Vergleichbare Zahlen zum *Musikbereich* gibt es leider nicht. Neben einer Vielzahl von Musikgruppen in den unterschiedlichsten Bereichen ist besonders hier

eine große Fluktuation festzustellen. Das betrifft insbesondere die Jugendbands. Seit den frühen neunziger Jahren hat sich beispielsweise die Zahl der Posaunenchöre mit rund 100 kaum verändert, um nur einen Teilbereich zu nennen.

Im Landkreis gibt es neben der *Musikschule* in Marburg und einer weiteren Musikschule in kirchlicher Trägerschaft im Ostkreis noch mindestens dreizehn weitere private Musikschulen, die teils jedoch nur über ein sehr eingeschränktes Angebot verfügen.

Marburg ist eine der Städte in Deutschland, in denen die Menschen im Verhältnis zur Einwohnerzahl am häufigsten das *Kino* besuchen. Rund 700 000 Menschen nutzen jährlich die Marburger Kinos. Statistisch gesehen gehen die Deutschen insgesamt knapp zwei Mal pro Jahr in ein Kino. Nimmt man die 79 000 Einwohner der Stadt Marburg und rechnet einen Teil der Besucher aus den umliegenden Städten und Gemeinden des Landkreises hinzu, so liegt Marburg deutlich über dem Durchschnitt. Genaue Zahlen kann man allerdings nicht eruieren. Das hohe Besucheraufkommen liegt am vielseitigen Kinoprogramm im *Kammer-Filmkunsttheater*, *Cineplex* und *Capitol* sowie an den zusätzlichen Angeboten auf der Schlosspark-Freilichtbühne und ein von einem Soziokulturellen Zentrum erstelltem Kinoangebot in kleinem Umfang.
Hinzu kommen ein von diesem organisiertes Kurzfilmfestival im Ostkreis und temporäre Kinoangebote in sehr geringem Umfang in zwei Städten im Ost- und im Westkreis. Vergleichsdaten zu Anfang der neunziger Jahre liegen nicht vor.

Ausgeprägt ist im Landkreis auch die *Tanz- und Trachtenpflege*, die insbesondere über die *Hessische Vereinigung für Tanz- und Trachtenpflege (HVT)* abgedeckt wird. Diese Gruppen widmen sich dem Trachtentanz in zum größten Teil Originaltrachten aus dem Landkreis. 1992 waren es 53 Gruppen mit insgesamt 5 914 Mitgliedern. Unter den Aktiven waren 1 214 Kinder, 984 Jugendliche und 1 070 Erwachsene. Im Jahr 2010 gibt es immer noch über 5 000 Mitglieder in insgesamt 52 Gruppen. Davon sind 1 890 Erwachsene, 460 Jugendliche und 890 Kinder aktiv. Man wird in ganz Hessen keinem anderen Landkreis mit einer größeren Dichte von Trachtengruppen vorfinden. In 21 von 22 Gemeinden ist mindestens eine Mitgliedgruppe verortet.

Eine Vielzahl von weiteren Aktivitätenn den Bereichen Musik, Tanz, Kleinkunst und vieles andere mehr runden die kulturelle Infrastruktur im Kreisgebiet ab. Darauf kann leider im Rahmen dieses Berichts nicht weiter eingegangen werden.

Was hat sich zusammenfassend seit 1990 im Kulturbereich verändert?

Das Geld ist überall im Kulturbereich »knapp«. Die Kulturschaffenden sind bezüglich der Finanzierungen noch kreativer geworden, die Angebote sind weiter ausdifferenziert, die Konkurrenzen untereinander sind hier und da größer (beispielsweise durch diverse zeitgleich stattfindende Kulturveranstaltungen in räumlicher Nähe) aber auch die Gemeinsamkeiten und die Formen der Zusammenarbeit haben zugenommen. Es ist einiges im Wandel. Das Interesse an kulturellen

Veranstaltungen und dem Mitwirken ist ungebrochen vorhanden, allerdings betrifft das besonders die kostenlosen oder preiswerten Veranstaltungen. Als größten Vorteil innerhalb der letzten 18 bis 20 Jahre sehe ich die deutliche Zunahme an Vernetzungen in nahezu allen Kulturbereichen an. Das bringt in der Regel einfache, aber effektive Verbesserungen mit sich.

Kultur ist ein wichtiger Faktor im Landkreis sowohl als weicher Standortfaktor für Betriebe aber auch vor allem, damit sich die Menschen hier im Landkreis wohl fühlen und hier wohnen bleiben beziehungsweise hierher ziehen. Im Rahmen des demografischen Wandels sind Kulturangebote in jedem Fall bedeutsam. Nur die Frage nach den Arbeitsplätzen, Kindergärten und Schulen ist für die Betroffenen wichtiger.

Aktivitäten des Landkreises im Kulturbereich

Wird in Marburg-Biedenkopf Kultur eher gelebt und gestaltet als nur konsumiert? Dafür spricht einiges. Das Beispiel Chorwesen zeigte bereits, dass es sich lohnt, das kulturelle Engagement auch unter kulturpolitischen Aspekten unter die Lupe zu nehmen. Die Kulturförderung im Landkreis Marburg-Biedenkopf konzentriert sich im Rahmen der Vereins- und Projektförderung darauf, die breit gestreuten kulturellen Initiativen und Aktivitäten zu unterstützen. Der Kreis widmet sich auf Kreisebene insbesondere der überörtlichen und der vernetzenden Kulturarbeit. Das ist in so einem Landkreis dringend notwendig, denn allein aufgrund der Größe (halb so groß wie das Saarland) können gerade durch Vernetzungen viele positive Wirkungen erzielt werden. Diese vernetzenden Aktivitäten werden bereits seit über fünfzehn Jahren durchgeführt und haben zu einer guten, in vielen Teilen sehr guten Zusammenarbeit der Kulturtreibenden im Landkreis geführt. Vernetzung heißt hier vor allem, die Aktiven in den unterschiedlichen Kultursparten untereinander bekannt zu machen, einen Austausch zu fördern und gemeinsam im Rahmen von Aktionen, Veranstaltungen oder Exkursionen bestimmte Themen aufzugreifen.

Kulturrahmenplan des Landkreises Marburg-Biedenkopf, Lose-Blatt-Sammlung, Marburg 1993, Ergänzungslieferung 1995, herausgegeben vom Landkreis Marburg-Biedenkopf.

Dieter Rossmeissl

Infrastruktur: Institutionen im Wandel – das Beispiel Erlangen

Form follows function ist ein gängiges und durchaus sinnvolles Handlungsmodell zur Schaffung institutioneller Strukturen. Die Praxis zeigt jedoch, dass dieser theoretische Zusammenhang nicht zwingend ist, nicht nur, weil politische Vorgaben funktionale Ableitungen oft konterkarieren, sondern auch weil Institutionen Eigenleben entwickeln, die dann – konträr zu den ursprünglichen Erwartungen ihrerseits Funktionen definieren. Hinzu kommt, dass – zumindest im hier vorgestellten Fallbeispiel der mit 105 000 Einwohnern kleinen Großstadt Erlangen – deutlich wird, wie sehr die kulturpolitische Steuerung hinter organisationspolitischen Erwägungen zurück tritt und kulturelle Diskussionen aus den Strukturentscheidungen geradezu ausklammert. Zusammenhang und Entwicklung solcher institutionellen Prozesse sollen hier an Beispielen aus der Kulturpolitik in der Stadt Erlangen skizziert werden.

Profilbildung durch Selbständigkeit: das Theater Erlangen

Ein Theater hatte die Nebenresidenzstadt Erlangen seit Anfang des 18. Jahrhunderts. Es war kein bürgerstolzer Kulturtempel, wie ihn die Nachbarstädte Nürnberg und Fürth 150 Jahre später errichteten, sondern ein schmuckes Hoftheater. Als das Bürgertum von dem Rokoko-Juwel Besitz ergriffen hatte, blieb das Auge am Schmuck des Gebäudes hängen; das Geschehen auf der lange Zeit nicht viel bespielten Bühne blieb dagegen nachrangig.

1876 gründeten kunstinteressierte Bürger einen *gemeinnützigen Theater- und Konzertverein (gVe)*, und da die Stadt noch längst über kein eigenes Kulturamt verfügte, organisierte der Verein Konzerte und Gastspiele in dem bald zum Publikumsliebling avancierten Haus. Erst 1974 fiel genügend Menschen das Defizit auf, das die Abwesenheit von Schauspielerinnen und Schauspielern für die Stadt

bedeutete, die im selben Jahr die Schwelle zur Großstadt überschritt. So gründete man einen zweiten Verein, der sich den Aufbau eines kleinen aber eigenen Ensembles zum Ziel setzte.

Ins große Haus mit seinen knapp 600 Plätzen ließ man diese Truppe experimentierfreudiger Theatermacher jedoch nicht. So siedelte sich das Ensemble in der ehemaligen Feuerwehrgarage an, die freilich gerade einmal über 82 Plätze verfügt. Eigentlich gab es damit in Erlangen zwei Theater: Das prunkvolle *Markgrafentheater*, das mit eingekauften Gästen brillierte, und die kleine *Garage* mit ihrem Mini-Ensemble. Auch nachdem längst ein eigenes Kulturamt installiert worden war, blieb der Spielplan für das *Markgrafentheater* in Händen des *gVe*, das *Garagen*-Team wurde dem Kulturamt unter Leitung eines wenig selbstständigen Intendanten als Abteilung eingegliedert. 1989 eroberte das Ensemble, unterstützt vom Theaterförderverein, das Recht, auch auf der großen Bühne zu inszenieren, doch blieb die Kontrolle über den Spielplan einem »Theaterausschuss« vorbehalten, den der *gVe* dominierte. In der Garage dagegen schuf sich das Theater einen Raum für vorwiegend experimentelle Arbeit, mit der es schon in den siebziger Jahren gelungen war, gemeinsam mit Dozenten und Studierenden der Theaterwissenschaft an der *Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg* ein eigenes Profil neben dem Bespieltheater in Fürth und dem großen Drei-Sparten-Haus in Nürnberg zu entwickeln. So war der Zustand noch, als ich Anfang 2000 die Leitung des Kulturreferats übernahm.

Sollte die Bühne zum Theater werden, musste zunächst seine Handlungsfähigkeit durch organisatorische Selbstständigkeit hergestellt werden. Der Stadtrat entschied sich 2001 gegen eine ausgegliederte GmbH, sondern folgte dem Vorschlag, das Theater als Institution in Gleichstellung mit anderen Ämtern zu etablieren. 2002 nahm Sabina Dhein als erste selbstständige Intendantin die Arbeit auf. Dennoch dauerte es mehr als ein halbes Jahrzehnt, bis es gelang, den in seiner Funktion immer mehr zurückgedrängten »Theaterausschuss« aufzulösen und die Spielplangestaltung – in steter Begleitung aber ohne inhaltliche Einmischung durch den Kulturausschuss des Stadtrats – verantwortlich in die Hand der Intendanz zu legen.

Für den *gVe* erforderte dieser Prozess einen erheblichen Bewusstseinswandel, der bis heute nicht abgeschlossen ist. Ursprünglich mit dem Selbstbewusstsein eines »bürgerschaftlichen Kulturamts« ausgestattet, sieht er sich nun auf die Planung und Durchführung von Konzerten beschränkt. Die Kulturverwaltung der Stadt macht ihm auf diesem Gebiet keine Konkurrenz und unterstützt den Verein mit einer stabilen sechsstelligen Summe.

Die strukturabhängige Emanzipation des Theaters zeigen einige Kennzahlen: Dieser Dynamik im Zuge der institutionellen Befreiung steht eine statische Entwicklung beim *gVe* auch im verbliebenen Konzertbereich gegenüber:

Der Prozess verdeutlicht somit eine mehrfache Profilbildung durch Änderungen der Organisation: Das historische *Markgrafentheater* wandelt sich von der barocken Bespielbühne zum Stadttheater, die »Garage« emanzipiert sich von der Experimentierbühne zum »Kleinen Haus« und der *gVe* mutiert vom durch eine professionel-

Tabelle 1: Markgrafentheater und Garage

	1990/91	2000/2001	2008/2009
Premieren (Eigenproduktionen)	5	9	12
Vorstellungen Eigenproduktionen	64	129	168
Vorstellungen Gastspiele	247	126	111
Ensemble Schauspieler	2	13	6
Besucher	73 000	53 000	51 500
Einnahmen aus Kartenverkauf (in Euro)	405 000	380 000	425 000
Staatszuschuss (in Euro)	50 000	400 000	600 000
städtischer Budgetanteil (in Euro)	1 400 000	2 025 000	3 094 000**

*1978: 5 000 Euro; **2006. Für 2008 liegen keine direkt vergleichbaren Zahlen vor.

Tabelle 2: Gemeinnütziger (Theater- und) Konzertverein gVe

	1989/90	1999/2000	2008/2009
Konzerte	23	25	21
Einnahmen aus Kartenverkauf (in Euro)	181 370	255 230	227 200
städtischer Zuschuss (in Euro)	97 000	23 000*	142 300

* Hinzu kommen die von der Stadt übernommenen Personalkosten für die Geschäftsführung sowie in allen Jahren die Miet- und Bürokosten für die Räume der Geschäftsführung

le Verwaltung irreal gewordenen Selbstbewusstsein als »bürgerschaftliches Kulturamt« mit weitgehender aber eben auch unspezifischer Zuständigkeit zum wichtigsten Klassik-Konzertveranstalter der Stadt.

Struktur und Bewusstsein: Fusionen und Trennungen Kulturamt, Freizeitamt, Stadtmuseum und Archiv

Strukturveränderungen sind jedoch nicht immer Ergebnis kulturpolitischer Überlegungen, sondern folgen oft auch finanziellen und personalpolitischen Interessen.

Als im noch nicht großstädtischen Erlangen 1969 ein eigenes *Kulturamt* errichtet wurde, war dessen Aufgabe in Abgrenzung zum bürgerschaftlichen Engagement noch so unklar wie seine Struktur. Zudem bestand seit 1972 daneben ein eigenes *Amt für Freizeit* – eines der ersten in Deutschland –, dessen Aufgaben ein weites Feld ästhetischer wie soziokultureller Funktionen umfasste. Dieses Amt war für die Jugendclubs und Stadtteilzentren zuständig, für die Jugendkunstschule und Ferienbetreuung – für alles eben, was der Alltagskultur näher stand als die großen Festivals, die Kunstausstellungen.

Erst 1973, kurz vor dem Überschreiten der Schwelle zur Großstadt, wurde ein Dezernat (in Bayern »Referat« genannt) als Brücke zwischen diesen Ämtern etabliert. Dabei lagen Dezernats- und Kulturamtsleitung lange in einer Hand.

Mit meinem Amtsantritt 2000 strebte ich eine Zusammenlegung beider Ämter an, um die Verbindung von Kultur und kultureller Freizeitgestaltung zu stärken und der – auch im Bewusstsein der Mitarbeiter vorhandenen – Trennung von Hoch- und Soziokultur entgegenzuwirken. Der Stadtrat folgte diesem Vorschlag 2001, jedoch mit der völlig anderen Motivation: einfach eine Leitungsstelle einzusparen. Die unterschiedliche Motivation von Ratsmehrheit und Dezernent wurde jedoch erst offensichtlich, als die Leitung des vereinigten *Kultur- und Freizeitamtes* 2007 neu zu besetzen war. Ich wollte dies zum Anlass für eine größere Organisationsreform nehmen, die jedoch beim Stadtrat nicht auf Zustimmung traf. Stattdessen wurde die Stelle extern wieder besetzt – an der bisherigen kommissarischen Leiterin vorbei. Diese war zwar bestens qualifiziert und auch bei den Mitarbeitern beliebt, aber von der »bürgerlichen« Ratsmehrheit wohl zu großer Nähe zum sozialdemokratischen Dezernenten verdächtig. Nachdem das Besetzungsverfahren erst durch eine Einigungsstelle musste, waren die personalen Konflikte so elaboriert, dass eine organisatorische Trennung als einziger Ausweg blieb. So wurde das bisherige Sachgebiet »kulturelle Programme und Festivals« aus dem *Kultur- und Freizeitamt* ausgegliedert und als selbstständiges *Kulturprojektbüro* mit der unterlegenen Amtsleitungskandidatin als neuer Chefin dem Dezernenten direkt unterstellt. Das verbliebene Amt besteht jetzt weitgehend wieder aus dem alten *Freizeitamt* mit »angehängter« städtischer Galerie (*Kunstpalais*). Die angestrebte Aufhebung der organisatorischen Trennung von Hoch- und Soziokultur wurde so weitgehend wieder rückgängig gemacht, ohne dass das Verhältnis beider zueinander jemals ausführlich und explizit von der Politik diskutiert oder gar als Entscheidungsgrundlage angesehen worden wäre.

Nach rund 30 Jahren Stabilität zeigt sich hier ein rascher und wiederholter Organisationswandel, dem kein Wechsel der Aufgabenstruktur entspricht. Die Veränderungsmotive folgen somit nicht aus der strukturellen Logik der Einrichtungen, sondern sind mit Einsparungserwartungen und personalpolitischen Entscheidungen begründet.

Eine ähnliche und zeitlich parallele Entwicklung zeigt sich bei Stadtmuseum und Stadtarchiv. Das Archiv wurde 1884 als *Sammelstelle für »althertümliche oder geschichtliche Gegenstände«* gegründet, ein Heimatmuseum folgte 1919. Beide waren seit 1923 in einem gemeinsamen Amt verbunden, wobei die Satzung das Museum klar als Annex des Archivs auswies.

In der Praxis entwickelte sich jedoch das Museum durch ambitionierte Ausstellungen immer weiter von einem rein stadthistorischen Ort weg zu einer allgemein kulturhistorisch arbeitenden Institution. In den letzten Jahren kam (auf gemeinsamen Wunsch von Referent und Museumsleiter) ein Fokus auf Wissenschaftsausstellungen hinzu, die gemeinsam mit der Universität entwickelt und realisiert werden. Das erweiterte Konzept wirkte sich in wachsenden Besucherzahlen so-

Tabelle 3: Stadtmuseum

	1990	2000	2009
Besucher gesamt	15 100	13 800	26 600
davon Besucher bei Sonderausstellungen (5/Jahr)	13 500	11 200	25 500
Museumspädagogik: Klassen /Teilnehmer	293/5 870	254/5 070	413/7 560
Einnahmen aus Eintritten (in Euro)	?	18 500	48 700
städtischer Budgetanteil (in Euro)	?	42 350	95 800

wohl bei Einzel-Eintritten als auch bei den Gruppenangeboten der Museumspädagogik aus (s. *Tabelle*)

Das räumlich miserabel untergebrachte Archiv argwöhnte angesichts dieser Entwicklung gegenüber dem Museum ins Hintertreffen zu geraten. Mit dem Ausscheiden des langjährigen Amtsleiters wurde der strukturelle Konflikt auch personell virulent. Keiner der beiden Abteilungsleiter war als Chef des anderen vorstellbar, eine externe Besetzung von keinem gewünscht. So trat der Wunsch nach schlichter Trennung des »Doppelamtes« an die Stelle einer möglichen Strukturreform. Zudem sah der Stadtrat die Chance, eine Leitungsstelle einzusparen, indem er Archiv und Museum 2008 trennte, ohne den beiden Abteilungsleitern Gehalt und Status eines »Amts-Chefs« zu geben. Auch hier wurden beide als selbständig gewordene Abteilungen dem Referat direkt unterstellt. Der Auszug des Archivs aus dem bisher gemeinsam genutzten Gebäude in endlich sachgerechte Räume erleichterte diesen Prozess.

Ungeklärt blieb bei dieser Entwicklung bis heute die Frage von kulturpolitischem Auftrag und Selbstverständnis. Der Wunsch nach Trennung ging primär vom Museum aus, der Einrichtung also, die ursprünglich als Nebenprodukt des für Stadtgeschichte zuständigen Archivs gegolten hatte. Zugleich hält das Archiv seinen Anspruch, als »Haus der Stadtgeschichte« zu fungieren, aufrecht, was zu spürbaren Konflikten mit dem Museum führt, das dieses Feld ebenfalls weiterhin besetzt halten möchte. Der freie Eintritt (ab Herbst 2010) in die stadtgeschichtliche Dauerausstellung betont diesen vom Rat gesetzten und von der Einrichtung selbst gewollten Auftrag zusätzlich.

Beide Ämterbeispiele zeigen, wie sehr Fusionen und Trennungen statt von konzeptionellen von finanz-, vor allem aber personalpolitischen Faktoren abhängen können. Allerdings hat bei der Trennung von Archiv und Museum auch die strukturelle Veränderung beim Ausstellungskonzept und in der räumlichen Unterbringung eine wesentliche Rolle gespielt. Politisch interessant ist, dass die Emanzipation des Museums von der Stadt- zur allgemeinen Kulturgeschichte vom Rat zwar zustimmend begleitet, aber nie konzeptionell beschlossen wurde. Umfängliche organisatorische Veränderungen wurden so politisch vollzogen, ohne dass die Politik eine kulturelle Steuerungsfunktion übernommen hätte.

Die Struktur der Vielfalt: Kulturvereine und Bürgerengagement

Der Rückzug bürgerschaftlichen Einflusses angesichts einer elaborierten Kulturverwaltung, der eingangs am Beispiel des *gVe* gezeigt wurde, stellt einen generellen Trend dar. Angesichts eines sehr ausgeprägten und weit gefächerten kulturellen Interesses entstand 1980 ein *Stadtverband der Kulturvereine*, der rasch zu einem Dachverband aller Vereine heranwuchs, die sich nach eigener Definition mit Kultur beschäftigen. Dazu gehört ein weiter Bogen von Musik-, Tanz- und Chorvereinen über den *Bund der Vertriebenen* samt Landsmannschaften bis zu Ausländer- und Integrationsclubs (für Brasilianer, Italiener, Griechen, Philippinen und Russland-Aussiedler) und Briefmarkensammlern. Auch Stadtteil-Initiativen, die einige soziokulturelle Einrichtungen bespielen, Faschingsvereine, der Besucherorganisationen für das Theater, Geschichtsvereine von Georg Simon Ohm bis zur Vorstadtgeschichte, Amateur-Filmer und -Fotografen, Radioamateure und sogar die *Freimaurerloge* sowie der *CVJM* finden sich heute unter diesem Dach. Hinzu kommen Literaturgesellschaften wie der *Rückert-Kreis* oder die *Neue Gesellschaft für Literatur* und Fördervereine für Städtepartnerschaften.

Schon die Gründung reflektiert den immer latenten Konflikt zwischen Haupt- und Ehrenamt, da es bis heute zwei Deutungen der Verbandsgründung – sogar in gedruckter Form – gibt, die jeweils der eigenen Seite die Gründungsinitiative zusprechen. Die Entwicklung des Verbands in den letzten zwanzig Jahren beleuchtet das Problem kultureller Vereinsarbeit:
Der überproportionale Rückgang der Einzelmitglieder um ein Drittel zeigt deutlich den Mitgliederschwund der Vereine, der weniger aus sinkendem Organisationsinteresse als vielmehr durch den demographischen Wandel erklärbar ist. Besonders betroffen davon sind nämlich vor allem die ohnehin meist überalterten Vertriebenen- und Chorvereine, denen es mit ihrem Angebot nicht gelingt, Nachwuchs zu interessieren, sowie die Vereine der ehemaligen »Gastarbeiter«, die ebenfalls für die neuen Migranten offenbar nicht ausreichend attraktiv sind. Dagegen sind die Faschingsgesellschaften mit ihrer schon im Kindergartenalter ansetzenden Integrationsarbeit von Nachwuchssorgen weitgehend frei. Insgesamt jedoch sinkt die Mitgliederzahl der Vereine kontinuierlich, so dass manche die von der Stadt überlassenen Räume nicht mehr bespielen können. Damit geht ein Rückgang der Mitgliedsbeiträge einher, der Handlungsspielraum und damit Attraktivität weiter einschränkt.

Um diesem Trend entgegenzuwirken, versuchen die Vereine soweit möglich die Zahl der Veranstaltungen trotz sinkender Mitgliederzahl aufrechtzuerhalten. Zugleich muss die Stadt immer mehr Aufgaben aus öffentlichen Mitteln finanzieren, auch wenn die Zuschüsse an Vereine weniger gewachsen sind als die an den Dachverband. All diese Maßnahmen sind jedoch nicht ausreichend, der aufgezeigten Entwicklung entgegenzuwirken. Auch hier zeigen sich die kulturpolitischen Steuerungsinstrumente des Rates somit in ihrer Wirkung eher als nachrangig.

Tabelle 4: Stadtverband Kulturvereine

	1990	2000	2009
Mitgliedsvereine	104	101	99
mit insgesamt Mitgliedern	15 000	14 000	10 000
Veranstaltungen des Verbands	40	40	40
Veranstaltungen der Mitgliedsvereine ca.	5 000	4 700	4 660
städtischer Zuschuss (in Euro)	2 500	7 500	18 000

Das muss freilich kein Nachteil sein, wenn sich Kultur nicht primär über ihre Strukturen definiert, sondern ihr Profil immer wieder neu befragt und daran alle Bürgerinnen und Bürger beteiligt, die sich beteiligen wollen. So veranstaltet das Kulturreferat in jedem Frühjahr »Kulturdialoge«, zu denen sowohl gezielt als auch öffentlich eingeladen wird und bei denen Bürgerinnen und Bürger, Kulturinstitutionen und Kulturverwaltung Entwicklungsziele, Widerstände und Handlungsweisen miteinander diskutieren. Vom Erfolg solcher Prozesse hängt es ab, ob Partizipation auch Gestaltungskraft bedeutet, ob die gegenüber dem Bürgerengagement erstarkte Kulturverwaltung die Gefahr vermeiden kann, sich im Schutz ihrer gefestigten Strukturen von der Bürgergesellschaft weg in die Isolation ihrer Professionalität zu verabschieden. Die »Kulturdialoge« sind ein wichtiges Mittel in Erlangen, dieser Gefahr zu begegnen.

Es ging hier nicht darum, eine Aufzählung der Kulturinstitutionen in Erlangen zu liefern, sondern Bedingungen der Veränderung an Beispielen zu zeigen. Das Spektrum wäre sonst freilich weiter gespannt und müsste – wenn auch wieder nur in Auswahl – noch viele wichtige Einrichtungen nennen, welche die kulturelle Infrastruktur der Stadt prägen. So gibt es in unmittelbarer Trägerschaft der Stadt:

Tabelle 5: Weitere städtische Kultureinrichtungen

Einrichtung	Leistung	Budget
Stadtbibliothek	15 000 Leser, 854 000 Ausleihen	knapp 1,4 Mio. Euro
Kunstpalais	mit städtischer Kunstsammlung, das 2010 in renovierte Räume zurückgekehrt ist; vorher: 10 000 Besucher, 14 Begleitveranstaltungen mit 1 700 Teilnehmern	Teil des Kulturamtsbudgets
Sing- und Musikschule	2 000 Schüler, 19 000 Unterrichtseinheiten, 181 Instrumental-Ensembles	s. o.
Jugendkunstschule	als einzige kommunale *JKS* in Bayern	s. o.
Volkshochschule	in der Rechtsform eines städtischen Amtes, mit über 27 000 Hörern in 2 100 Kursen, davon 319 im Bereich Kultur, 285 Gesellschaft, 500 Gesundheit, 670 Sprachen und 300 Beruf.	Einnahmen: 1,4 Mio. Euro, Ausgaben 1,3 Mio. Euro

Tabelle 6: Einrichtungen in nichtkommunaler Trägerschaft

Kunstverein	570 Mitglieder, 13 Ausstellungen/Jahr, 2 300 Besucher, 12 500 Euro städtischer Zuschuss, 38 000 Euro eigene Einnahmen
Kunstmuseum e. *V.*	Privates Kunstmuseum, das vor allem regionale Künstler fördert und sammelt: 160 Mitglieder, 10 Ausstellungen/Jahr, 52 000 Euro Ausgaben, 3 000 bis 5 000 Euro städt. Zuschuss
Kulturzentrum E-Werk	
Kleinkunstbühne Fifty fifty	30 000 Euro städtischer Zuschuss
Erlanger Musikinstitut	Private Musikschule

Hinzu kommen bürgerschaftliche Institutionen mit städtischer Finanzförderung und Bedeutung für die gesamte Kultur der Stadt (s. *Tabelle 6*).

Ein Sonderfall ist das *Kulturzentrum E-Werk*. Aufgrund der wirtschaftlichen Probleme wurde ab April 2000 eine neue Form der Trägerschaft gebildet. Die neue *E-Werk Kulturzentrum GmbH* ist Partner der Stadt. Diese hat ihren Zuschuss von 255 600 Euro auf 429 500 Euro angehoben, während das *E-Werk* im Gegenzug alle Kosten für Miete (25 000 Euro), die aufgrund der veränderten Rechtsform neu anfallende Grundsteuer und den Bauunterhalt (ca. 98 000 Euro) übernehmen muss. 2005 hat sich die GmbH mit 35 000 Euro an der Gebäudesanierung beteiligt. Da zudem keine Miete mehr verrechnet wird, hat sich der Zuschuss wieder auf 370 000 Euro reduziert.

Die Liste der Institutionen wäre fortzusetzen. Wichtig aber ist nicht ihr Umfang, sondern ihre Funktion, die zwei wichtige Erkenntnisse vermittelt: Die Institutionen sind nicht Selbstzweck, sondern zunächst nur der Rahmen, die Bühne

Tabelle 7: Kulturzentrum E-Werk

	1989	1999	2008
Besucher gesamt	280 000	298 000	267 000
davon — Kultur/Konzerte	28 900	26 800	39 200
— Party/Tanz	128 300	123 900	129 900
— Kino	10 330	12 700	3 800*
— »Offener Bereich« **	65 100	68 800	ca. 40 000
städtischer Zuschuss (in Euro)	306 700	230 000	373 200
städtischer Zuschuss pro Besucher im Programmbereich (in Euro)	1,43	1,00	1,44

* Das Kino war von Juli 2008 bis Oktober 2009 wegen Sanierung geschlossen. ** »Offener Bereich« meint die Bereiche ohne Programm, also Kneipe, Kellerbühne und Garten. Ebenfalls dazu zählen Faschingsveranstaltungen und die Nach-Feiern nach der um 23 Uhr schließenden traditionellen Bergkirchweih (»Berg-Werk«)

für das kulturelle Geschehen, unabhängig davon, wer dieses betreibt. Zum Zweiten: Der Erhalt dieser Institutionen kann nur mit öffentlichen Mitteln dauerhaft gesichert werden. Fallen diese immer neuen Sparaktionen zum Opfer, trifft der Schnitt nicht nur irgend eine Einrichtung neben vielen, sondern zerstört auch ein wichtiges Feld bürgerschaftlichen Engagements und kultureller Bildung. Die Folgen dieser Zerstörung sind weiter reichend als die erhoffte kurzfristige finanzielle Entlastung.

Rolf Bolwin

Theater und Orchester gestern, heute, morgen – Eine Welt der Kunst in Zahlen

141 öffentlich getragene Theaterunternehmen, also Stadttheater, Staatstheater und Landesbühnen, weist die Theaterstatistik des *Deutschen Bühnenvereins* für die Spielzeit 2007/2008 aus. Hinzu kommen 128 Orchester, davon viele ebenfalls in städtischer und staatlicher Trägerschaft. Sie werden unterschieden in die Orchester, die direkt einem Theater zugeordnet sind und solche, die vorwiegend als selbständige Sinfonieorchester tätig sind. Und das ganze wird abgerundet von 170 Privattheatern, die allein die Theaterstatistik ausweist. Da werden noch einige fehlen, vor allem im Übergang zu den freien Gruppen, die im Nachfolgenden ebenso wenig eine Rolle spielen sollen wie die sogenannten Bespieltheater, die nicht über ein eigenes Ensemble verfügen, sondern nur fertige Produktionen als Gastspiele einladen.

Man hört es immer wieder landauf und landab, eine Theater- und Orchesterlandschaft ohnegleichen. Jede Stadt, die etwas auf sich hält, verfügt über solche Betriebe, größere Städte haben oft mehrere öffentlich getragene Theater und Orchester. Da sie aber hohe Personalkosten aufweisen, sind sie stets auch Objekt von Einsparungsüberlegungen, die sich zuweilen in wie auch immer gearteten Strukturdebatten äußern. Oder sollte man besser umgekehrt formulieren: Solche Strukturdebatten werden geführt, um ein wenig zu verschleiern, dass es in Wahrheit darum geht, Geld zu sparen. Wer redet schon gerne über die Kürzung von Haushaltsmitteln für die Kultur? Da klingt es doch etwas moderner, Strukturveränderungen zu fordern, was immer damit gemeint ist.

Fragt man nämlich nach der Struktur der öffentlich getragenen Theater und Orchester, so werden im Wesentlichen drei Merkmale genannt: Ensemble, Repertoire und überwiegende öffentliche Finanzierung. Es sind dabei vor allem die ersten

beiden Begriffe, die das deutsche Stadttheater – ich benutze diesen Begriff hier im Sinne aller oben genannten öffentlich getragenen Theater – mit Leben erfüllen. Sie erlauben ein kontinuierliches Arbeiten. Sie ermöglichen ein breites Angebot mit zahlreichen Vorstellungen. Sie bilden die Grundlage für die Kontinuität, die künstlerisches Arbeiten in einer Stadt benötigt. Und sie erlauben über die in der Stadt verankerten Künstler die Identifikation der Bürgerschaft mit ihrem Theater. Die dritte Säule, die öffentliche Finanzierung, kann hier zurückstehen. Denn auch andere Theatersysteme werden im Wesentlichen öffentlich finanziert. Es geht bei dieser Säule lediglich um die Summe, die zur Verfügung stehen muss. Und da besteht kein Zweifel, Theater mit Ensemble und Repertoire sind zwar effektiver, indem sie die personellen und sachlichen Ressourcen ausnutzen, aber von der absoluten Fördersumme her gesehen auch teurer. Und deswegen tauchen am Horizont immer wieder Theatersysteme auf, in denen stärker projektbezogen gedacht wird und – vor allem das künstlerische Personal – auch projektbezogen engagiert wird. Darin unterscheiden sich solche Systeme vom deutschen Stadttheater. Hier arbeiten Ensembles – wenn auch mit für eine oder mehrere Spielzeiten befristeten Arbeitsverträgen – dauerhaft zusammen, dort hingegen, etwa in Frankreich oder Großbritannien, ist das in der Regel nicht der Fall.

Nun mag man noch so viel über Veränderungen nachdenken, niemand darf der Illusion erliegen, ein Theatersystem sei mit einem Federstrich veränderbar. Manch einer hat dies geglaubt, als er Anfang der 1990er Jahre die Grundsatzdebatte über das Ensemble- und Repertoiresystem in Gang setzte. Gerade in der Politik, die diese Diskussion anzettelte, hat aber kaum jemand die Kraft, massive Umsteuerungsprozesse vorzunehmen, vor allem weil sie immer mit erheblichen sozialen Einbußen verbunden sind. Zudem sind die juristischen Absicherungen existierender Systeme so massiv, dass Veränderungen kaum so ohne weiteres vorgenommen werden können, eine Erfahrung, die man auch jenseits der Kulturpolitik machen kann. Gerade deshalb – darum soll es in diesem Artikel gehen – ist es interessant, sich anhand von Zahlen anzusehen, wie sich das Theatersystem im Laufe der letzten knapp zwanzig Jahre verändert hat.

Beginnen wir zunächst mit den Spielstätten. Deren Zahl ist seit der Spielzeit 1991/92, in der der *Bühnenverein* die erste gesamtdeutsche Theaterstatistik vorgelegt hat, von 462 auf 824 Spielstätten gestiegen. Was bedeutet dies? Es besagt zunächst einmal, dass sich die Theaterbetriebe aus den angestammten Spielstätten heraus bewegt haben. Natürlich gehört es nach wie vor zur Aufgabe eines Stadttheaters, seinen zentralen Spielort zu bespielen. Aber jeder weiß, wer andere Publikumsgruppen erreichen will, vor allem solche, bei denen Schwellenängste gegenüber einem großen städtischen Theaterbetrieb existieren, muss sich andere Räume erschließen. Da wurden Fabrikhallen und Waschsalons, Kneipen und Werkstätten, Wohnzimmer und Hinterzimmer, Probebühnen und Lagerräume als neue Spielstätten entdeckt. Dabei spielte ebenso eine Rolle, dass viele der zentralen Theaterräume für manche Produktionen aber auch angesichts einer heterogenen Zuschauerschaft deutlich zu groß sind. Also mussten kleinere Spielstätten gefunden werden,

die es erlauben, der vielgestaltigen Zusammensetzung der Zuschauerschaft unterschiedliche Angebote zu machen. Ein gutes Beispiel mag das neu gebaute Probengebäude des *Thalia-Theaters* in Hamburg sein. Es verfügt jetzt über eine Probebühne, die eins zu eins der Hauptbühne entspricht. Damit können erhebliche Kosten gespart werden. Doch zugleich entwickelten sich die Probenräume in der Gaußstraße auch zu einer neuen alternativen Spielstätte des *Thalia-Theaters*, die heute für bestimmte Publikumsschichten unverzichtbar ist. Eine ähnliche Rolle spielt das neue Probengebäude »Central« für das *Düsseldorfer Schauspielhaus*.

Nicht so gravierend sind die Veränderungen hinsichtlich der Veranstaltungen und der Produktionen. Zwar stieg die Zahl der Veranstaltungen von knapp 57 000 auf fast 65 000 und die der Produktionen von etwa 3 400 auf 5 100, dennoch blieb die prozentuale Steigerung deutlich hinter der der Spielstätten zurück. Der Trend, der hinter dieser Entwicklung steht, ist dennoch der gleiche. Man brauchte mehr Aktivitäten, um die Zuschauer an das Haus zu binden und neue zu erreichen. Die Theater mussten mit ihrem Programm vielseitiger werden. Eine Begrenzung auf das Kernprogramm erwies sich als aussichtslos. Interessant ist vor allem, was sich im Umfeld der eigentlichen Theaterveranstaltung getan hat. Wies die Theaterstatistik 1991/92 noch 6 551 sonstige Veranstaltungen aus, lag die Anzahl dieser Veranstaltungen in der Spielzeit 2007/2008 bereits bei 7 787. Und noch interessanter ist, dass ein theaternahes Rahmenprogramm mit 9 695 Veranstaltungen hinzu kam. Da will man natürlich wissen, was sich hinter diesen Begriffen verbirgt. Zu den sonstigen Veranstaltungen gehören das Kabarett, Lesungen und Liederabende. Das beweist, dass sich das Theater auf die kleinere Form, die natürlich auch kostengünstiger ist, zubewegt. Bedeutender aber ist der Begriff des theaternahen Rahmenprogramms. Hier handelt es sich um Einführungsveranstaltungen, spezielle Angebote für Lehrer, Führungen sowie andere Angebote, die der Vermittlung dienen. Da zeigt sich, wie sehr es erforderlich geworden ist, über die Bildungsarbeit hinaus, die das Theater und die Orchester durch den Spielplan ohnehin leisten, Vermittlungsangebote zu machen. Denn wir alle wissen, dass das klassische bürgerliche Publikum, mit einer entsprechenden Vorbildung ausgestattet, kleiner wird und neue Generationen heranwachsen, die in ganz anderer Form an Theater und Konzert herangeführt werden müssen. Dass dahinter auch ein Werben um die Zuschauer steht, macht die, wenn auch leichte, Rückentwicklung bei der Anzahl der Besucher deutlich. Zwar ist dieser Rückgang angesichts der Tatsache, dass sich in der gleichen Zeit das Internet als attraktives neues, auch privat genutztes Medium entwickelte, mit rund fünf Prozent gering, jedoch nicht zu vernachlässigen.

Kommen wir zu den wirtschaftlichen Rahmendaten. Rechnen wir der Einfachheit halber in Euro. Natürlich ist nicht zu übersehen, dass die öffentlichen Zuschüsse in der hier fraglichen Zeit von knapp 1,7 Milliarden Euro auf heute 2,01 Milliarden Euro erhöht wurden. Interessant ist diese Zahl eigentlich mit Blick auf die Personalkosten. Hier gibt es eine Steigerung von 1,45 Milliarden auf knapp 1,9 Milliarden. Wer das nachrechnet, wird feststellen, dass in der Spielzeit 1991/92

die Personalkosten nur etwa 85 Prozent der Zuschüsse aufzehrten. In der Spielzeit 2007/2008 waren es bereits 90,1 Prozent. Und hier kommt der Personalabbau ins Spiel. Von den 45 000 Arbeitsplätzen der Spielzeit 1991/92 gibt es heute noch etwa 38 000. Das ist ein Verlust von etwa 15 Prozent. Hätten die Theater diesen Abbau nicht bewältigt, lägen die Personalkosten heute deutlich höher, was bedeuten würde, dass die Zuschüsse die Personalkosten nicht einmal abdeckten. Nirgendwo in den statistischen Daten wird besser erkennbar, welchen Beitrag die Theater und Orchester in den letzten 20 Jahren zur Konsolidierung der Finanzen geleistet haben.

Gerne wird im Übrigen behauptet, man könne im Theater nur im künstlerischen Bereich sparen. Ein Blick auf die Zahlen zeigt, dass das nicht zutreffend ist. Zwar haben bei den festen Ensembles hinsichtlich des Personalrückgangs die Schauspieler am schlechtesten abgeschnitten. Hier verloren die Theater 35 Prozent ihres Personals. Bei den Tänzern betrug der Prozentsatz 26 Prozent sowie bei den Sängern 27 Prozent. Am besten erging es erstaunlicherweise den Kollektiven. Orchester und Chor hatten lediglich einen Rückgang von 13 Prozent zu verzeichnen. Bei den selbständigen Sinfonieorchestern ist die Anzahl der Orchestermitglieder in der fraglichen Zeit sogar von 3239 auf 3763 gestiegen. Aber auch das nicht künstlerische Personal der Theater blieb nicht verschont. Dort verlor man 15 Prozent der Mitarbeiter, was in der absoluten Zahl selbstverständlich ein höherer Verlust ist (etwa 3500) als bei den Schauspielern (knapp über 1000). Die These mancher Intendanten, es werde nur bei den frei verfügbaren Mitteln gespart, ist damit wiederlegt. Die größten Einsparungen wurden, wie an diesen Zahlen abzulesen ist, beim angestellten Personal erzielt.

Doch das Personal besteht bekanntlich nicht nur aus den dauerhaft angestellten nicht künstlerischen Mitarbeitern und den ebenfalls unbefristet beschäftigten Orchestermusikern sowie den in der Regel mit befristeten Verträgen für mehrere Spielzeiten beschäftigen übrigen künstlerischen Mitarbeitern, sondern auch aus sogenannten unständig Beschäftigen. Das sind Mitarbeiter, die nur für einzelne Vorstellungen, für einzelne Produktionen oder aus anderen Gründen nur für sehr kurze Zeit, manchmal nur für einige Tage beschäftigt werden. Hier ist nicht zu übersehen, dass sich die Anzahl dieser Verträge in dem gleichen Zeitraum, in dem das Personal wie oben dargestellt abgebaut wurde, von 6929 auf 12347 angestiegen ist. Es wird damit deutlich, wie sehr sich das Theatersystem schleichend verändert. Denn solche Engagements zeigen, dass zumindest hinsichtlich der Personalrekrutierung auch im Ensemble- und Repertoiretheater zunehmend – vor allem aus finanziellen Gründen – projektbezogener gedacht wird.

Geht diese Entwicklung in den nächsten Jahren weiter, ist sie gerade mit Blick auf die eingangs erwähnte Strukturdebatte die entscheidende Veränderung des deutschen Theater- und Orchestersystems. Es ist nämlich die Abkehr vom Ensemblegedanken hin zu einer Organisation, die mehr oder weniger dem französischen Theatersystem ähnelt. Um diese Entwicklung noch ein wenig dingfester zu machen, sind die oft kritisierten Neigungen von Regisseuren, insbesondere in den Großbetrieben, zu nennen, auf speziell für ihre Produktion engagiertes Per-

sonal zu drängen. Mancher Regisseur neigt dazu, mit einer Entourage von Schauspielern und Assistenten anzutreten. In diesem Zusammenhang lohnt sich noch einmal ein Blick auf eine Veranstaltungszahl. Die Anzahl der Gastspiele fremder Ensembles, die in der Spielzeit 1991/92 3781 betrug, beläuft sich heute auf etwa 6500. Das Stadttheater kauft demnach zunehmend auch Produktionen ein, die anderswo entstanden sind, statt nur auf das eigene Ensemble zu setzen.

Wie sehr die beschriebene Entwicklung die wirtschaftlichen Rahmendaten verändert hat, zeigt auch das Einspielergebnis. 1991/92 lag es bei 13,2 Prozent. Heute verdienen die Theater und ihre Orchester etwa 19 Prozent selbst. Der effektive Betrag ist von 20 Millionen auf fast 32 Millionen gestiegen. Dieser Betrag ist zwar im Vergleich zu den Zuschüssen nach wie vor gering, die Steigerung, die bei den öffentlichen Zuschüssen jedoch lediglich bei etwa 20 Prozent lag, liegt bei den Eigeneinnahmen in einer Größenordnung von fast 50 Prozent. Auch hier wird deutlich, mit welcher Kraft trotz des Personalrückgangs in den Theatern und Orchestern gearbeitet wurde.

Natürlich ist alles unter dem Gesichtspunkt zu prüfen, was angesichts der beschriebenen Entwicklung eigentlich künstlerisch erreicht wird. Auch hier gibt es Erstaunliches zu beobachten. Betrug die Anzahl der auf deutschen Bühnen zu sehenden Inszenierungen in der Spielzeit 1991/92 noch 3387, so waren es 2007/08 5106. Davon waren knapp 2800 Neuinszenierungen, die einer Zahl von etwa 2300 aus der Spielzeit 1991/92 gegenüber stehen. Bemerkenswert sind auch die Aufwendungen für sämtliche Urheberabgaben, die die Theater und ihre Orchester geleistet haben. Sie stiegen von 20,3 Millionen auf 31,8 Millionen. Diese Zahl korrespondiert mit einer erheblichen Steigerung der Ur- und deutschsprachigen Erstaufführungen. Hier lautete die Zahl 1991/92 für alle Theater in der Bundesrepublik Deutschland 233, in der Spielzeit 2007/2008 wurden 566 Werke uraufgeführt beziehungsweise erstmalig in Deutschland gezeigt.

Versucht man das alles einer Wertung zu unterziehen, so könnte man auf den Gedanken kommen: Not macht erfinderisch. Daran ist etwas. Doch zugleich ist nicht zu übersehen, zu wessen Lasten das geht. Es geht zu Lasten des Personals. Mit immer weniger Mitarbeitern wird immer mehr produziert. Die Beschäftigungsverhältnisse entwickeln sich von der dauerhaften zur unständigen Beschäftigung. Das macht die Arbeitsplätze unattraktiver. Und weil man das weiß, hat man in Frankreich, wo sehr stark projektbezogen gearbeitet wird, die Arbeitslosenunterstützung, also den sozialen Schutz, erheblich ausgeweitet. Ein Künstler bekommt dort, wenn er 507 Stunden in zehn Monaten gearbeitet hat, für acht Monate Arbeitslosenunterstützung. In Deutschland sind wir von einer solchen Entwicklung weit entfernt. Aus Frankreich hört man, dass dies die französische Sozialversicherung etwa eine Milliarde Euro jährlich kosten soll. Die französische Sozialversicherung gibt also die Hälfte des Betrages für die Arbeitslosigkeit von darstellenden Künstlern (und anderen Mitarbeitern) aus, den wir für deren Beschäftigung bezahlen. Diese Zahl sollte uns zu denken geben. Wenn wir nicht versuchen, dem in diesem Text aufgezeichneten beginnenden Zerfall der Ensembles

Einhalt zu gebieten und Steuerungsmechanismen greifen zu lassen, die diese Entwicklung bremsen oder möglicherweise sogar rückgängig machen, werden wir die darstellenden Künste zunehmend in Bedrängnis bringen. Ob das politisch sinnvoll ist, wäre einmal offen zu diskutieren statt einfach den eingeschlagenen Weg weiterzugehen, indem etwa als Lösung Kooperationen und Fusionen angepriesen werden. Ensemble und Repertoire zeichnen das deutsche Stadttheater aus, machen es zu einer Art Weltkulturerbe. Seine Zukunft sollten wir nicht leichtfertig verspielen.

Anhang: Statistische Daten Stadt-, Staatstheater und Landesbühnen

	1991/1992*	1995/1996	2000/2001	2005/2006	2007/2008	
Anzahl der Theater	154	154	150	143	141	
Spielstätten	462	655	728	793	824	
Veranstaltungen insg.	56 984	61 914	62 989	62 749	64 707	
Produktionen/ Inszenierungen insg.	3 387	4 355	4 391	4 644	5 106	
Zuschüsse in Tsd. Euro	1 694 811	1 988 545	2 048 961	2078 894	2088 260	
Ausgaben insg. in Tsd. Euro	1 951 288	2 328 403	2 440 684	2 541 731	2 563 315	
Personalausgaben in Tsd. Euro	1 453 211	1 783 205	1 863 078	1 909 072	1 899 246	
Einspielergebnis	13,2%	14,6%	16,0%	17,3%	19,1%	
Urheberanteile/ Materialkosten Tsd. Euro	20 301	25 274	28 613	29 119	31 841	
Ur- u. Erstaufführungen in Deutschl. (Werke)	233	364	363	483	566	Veränderung zu 91/92 in Prozent
Personalentwicklung						
Sänger	1 871	1 736	1 462	1 346	1 365	-27 %
Schauspieler	3 097	2 734	2 413	2 072	2 025	-35 %
Ballettmitgl./Tänzer	1932	1 805	1 576	1 433	1 435	-26 %
Chormitgl.	3 318	3 212	2 959	2 902	2 902	-13 %
Orchestermitgl.	5 689	5 236	5 202	5 115	4 947	-13 %
künstl. Personal gesamt	20 810	19 260	17 936	17 728	17 706	-15 %
nicht ständig beschäftigtes künstl. Personal	6 929	8 583	8 557	11040	12 347	78 %
nichtkünstl. Personal gesamt	24 266	22 462	21 558	20 482	20 682	-15 %
Besucher						
Besucher Gesamt	23 512 652	25 459 549	24 712 232	23 278 545	23 957 112	
davon Musiktheater	7 502 100	8 292 873	7 654 469	6 483 726	6 452 665	
davon Tanz	1 445 123	1 638 462	1 618 775	1 424 562	1 415 864	
davon Schauspiel	6 114 293	5 792 115	5 438 455	5 420 300	5 439 196	
davon Kinder-/ Jugendtheater	2 166 159	2 479 284	2 408 655	2 388 805	2 716 499	
davon Konzerte	2 502 203	3 549 817	3 666 142	3 992 614	4 257 303	
davon Sonstiges	3 832 774	3 706 998	3 925 736	3 568 539	3 675 585	

* erste gesamtdeutsche Theaterstatistik

André Störr

Veränderung, um zu erhalten?

Die Zukunft des Stadttheatermodells im Freistaat Thüringen

Einleitung

»Thüringen hat das dichteste Netz von Theatern und Orchestern aller Flächenstaaten der Bundesrepublik«, so lautet das Credo der Thüringer Kulturpolitik (Kulturkonzept 2009: 48). Tatsächlich investiert die Landesregierung derzeit etwa 57 Millionen Euro in die öffentlichen Theater und Orchester, mehr als 40 Prozent ihres gesamten Kulturetats. Nicht zuletzt deshalb begleitet die Frage, wie viele Theater der Freistaat Thüringen braucht, seit Jahren die Debatte um die Kulturfinanzierung. Inzwischen hat selbst der *Landesverband Thüringen des Deutschen Bühnenvereins* die Position bezogen, erhalten bedeute, in Strukturen einzugreifen. Denn es bringe nichts, »etwas zu erhalten, das immer mehr ausgedünnt wurde« (*Thüringer Allgemeine* vom 14.8.2010).

Theaterstandorte und Entwicklung

Sichtbar ausgedünnt wurde in den letzten zwanzig Jahren indes nur die Zahl der öffentlichen Orchester. Von den sieben im Jahr 1990 außerhalb der Theater bestehenden Orchester sind heute nur noch drei erhalten: die *Jenaer Philharmonie*, die *Thüringen Philharmonie Gotha* und das mit dem Orchester im Sächsischen Reichenbach zur *Vogtland-Philharmonie* fusionierte *Orchester der Stadt Greiz*. Schon zu Beginn der neunziger Jahre aufgelöst wurden die Orchester in Heiligenstadt, Bad Liebenstein und Bad Salzungen. Im Jahr 2008 endgültig verschwunden ist das erst 1953 gegründete *Orchester der Stadt Suhl*, dem auch eine kurzzeitige Fusion mit dem *Orchester Gotha* keine Rettung brachte.

Dagegen blieben alle acht historischen Theaterstandorte bis heute erhalten. Diese Standorte sind zum größten Teil Nachlässe einer Residenzkultur Sächsischer und Thüringer Duodezfürstentümer, die nicht nur manifestiert sind in repräsentativen und großzügigen Theaterbauten aus dem neunzehnten und frühen

zwanzigsten Jahrhundert, sondern auch einige bedeutende Kapitel zur Theatergeschichte beifügten. So gilt das *Ekhof-Theater* auf Schloss Friedenstein in Gotha als das erste öffentliche Hoftheater mit festem Ensemble in Deutschland (1775). Das *Meininger Hoftheater* wurde in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts gar zur Wiege des modernen Regietheaters und Wegbereiter des Hollywoodfilms.

Heute zählt Thüringen an den acht historisch überkommenen Standorten noch sieben Theater. Die Theater in Gera und Altenburg wurden zur Jahrtausendwende fusioniert, das *Theater Nordhausen* mit dem *Lohorchester Sondershausen*, das *Theater Rudolstadt* mit den *Saalfelder Sinfonikern* verbunden. Das *Theater Eisenach* wechselte 2009 in die Trägerschaft der *Meininger Kulturstiftung*, die auch das *Meininger Theater* trägt. Der Meininger Intendant nimmt seitdem auch die Intendanz in Eisenach wahr. Neben den Häusern Altenburg-Gera, Meiningen und Eisenach bestehen in Thüringen gegenwärtig Theater mit angeschlossenem Orchester in Erfurt, Nordhausen, Rudolstadt und Weimar (siehe *Abbildung 1*).

Blieben auch die Spielstätten erhalten, so waren die inneren Strukturen der Ensembles in den letzten zwanzig Jahren erheblichen Veränderungen ausgesetzt. Während die Theater in der DDR noch drei bis vierspartig ausgestattet waren (Oper, Sprechtheater, Tanz, Kindertheater), mussten alle Theater seit 1990 mindestens eine Sparte schließen. Die Zahl der Mitarbeiter sank von 2630 im Jahr 1990 um fast 900 auf nur noch 1742 im Jahr 2009 (Landtags-Drucksache 5/1162).

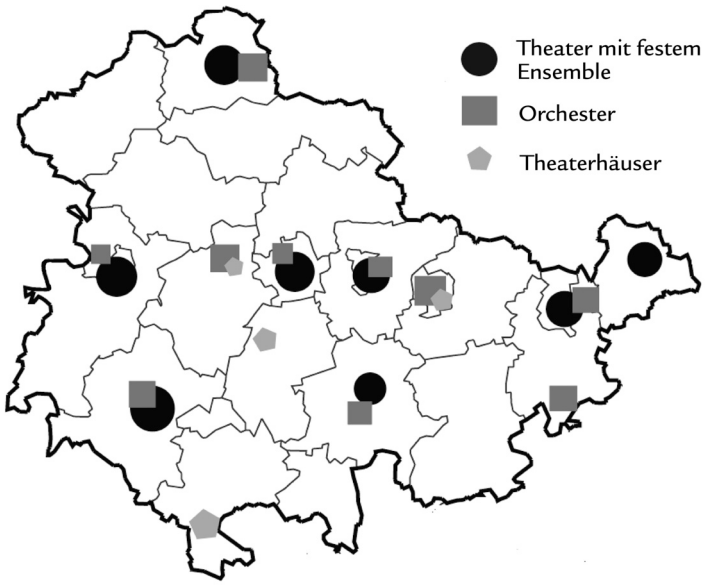
Stellenabbau fand in jedem der Häuser statt, allerdings nicht im gleichen Maße. Besonders ausgeprägt war er dort, wo Theaterfusionen oder -kooperationen erfolgten. So gab es an den Theatern in Altenburg und Gera noch im Jahr 1990 zusammen 772 Planstellen. Zwanzig Jahre später und zehn Jahre nach der Fusion sind davon gerade noch 297 übrig geblieben (Landtags-Drucksache 5/1162), ein Minus von 60 Prozent. Ähnliches gilt für das *Theater Eisenach*. Von den dort im Jahr 1990 vorhandenen 281 Planstellen sind gegenwärtig noch 96 verblieben.

Die Zahl der Planstellen in den Orchestern hat sich von 1066 im Jahr 1990 auf nur noch 615 im Jahr 2010 reduziert, von denen zudem 20 dauerhaft unbesetzt sind.[1]

Die stete Reduzierung der Beschäftigtenzahlen ist Folge einer besonderen Dynamik aus sinkenden öffentlichen Zuweisungen bei stetig steigenden Kosten. Diese Dynamik führte auch dazu, dass die meisten Thüringen Theater und Orchester aus den Flächentarifverträgen ausgestiegen und auf Haustarifverträge mit Lohnverzicht und Freizeitausgleich umgestiegen sind. Den Anfang dieser Entwicklung machte die *Thüringen-Philharmonie Gotha*, die bereits im Jahr 1991 einen Haustarifvertrag abschloss. Das Gros der Theater und Orchester folgte ab dem Jahr 2000. Derzeit sind lediglich das *Meininger Theater* und das *Deutsche Nationaltheater Weimar* am Flächentarif angeschlossen, letzteres erst wieder seit dem Jahr 2009.

1 Die Angaben beruhen auf einer Auskunft der *Deutschen Orchestervereinigung*.

Abbildung 1: Räumliche Verteilung der Theater und Orchester in Thüringen



Grafik: A. Störr

Das System der Haustarifverträge bildet sich auch in der derzeitigen Rechtsform der Theater und Orchester ab. Lediglich die *Jenaer Philharmonie* wird noch verwaltungsnah als Eigenbetrieb geführt. Die *Thüringen Philharmonie Gotha* wird von einem Verein getragen, die *Vogtland Philharmonie* von einem Zweckverband. Die Theater in Meiningen und Eisenach stehen unter dem Dach einer aus öffentlichen Mitteln finanzierten Stiftung privaten Rechts. Alle übrigen Theater und Orchester sind als GmbH organisiert.[2]

Trotz sinkender Mitarbeiterzahlen und ungünstiger tariflicher Lohnpolitik ist das Leistungsangebot der Theater und Orchester in den letzten Jahren sogar ausgebaut worden. So bot das *Theater Altenburg-Gera* in der Spielzeit 2003/2004 insgesamt 876 Vorstellungen an, bei damals 310 Mitarbeiterstellen. In der Spielzeit 2008/2009 war die Zahl der Stellen weiter auf 297 gesunken, die Zahl der Vorstellungen wurde indes auf 956 erhöht. Im selben Zeitraum stieg auch die Zahl der Zuschauer, von 161 000 in der Spielzeit 2003/2004 auf mehr als 173 000 in der Spielzeit 2008/2009. Diese Entwicklung ist durchaus repräsentativ für die anderen Häuser.

2 Soweit nicht anders angegeben, beruhen alle Daten auf der Theaterstatistik des *Deutschen Bühnenvereins* für die Spielzeit 2007/2008. Zahlenangaben sind dabei gerundet.

Kleine Städte – große Aufgaben

Gemessen an den Besucherzahlen etwa des *Niedersächsischen Staatstheaters* in *Hannover*, das jährlich über 400 000 Besucher zählt, nehmen sich die Zahlen des *Theaters Altenburg-Gera* dennoch klein aus. Allerdings zählt die Stadt Hannover mehr als 500 000 Einwohner, während der Landkreis Altenburg und die kreisfreie Stadt Gera zusammen auf kaum mehr als 200 000 Einwohner kommen. Das *Theater Altenburg-Ger*a zählt damit jährlich beinahe soviel Besucher wie das unmittelbare Umland Einwohner hat. Dieses Bild passt immerhin zu der Erkenntnis, dass Theater und Orchester überwiegend regionale Versorger sind (so für die Orchester: Blum u. a. 2010: 251).

Hierin zeigt sich auch die eigentliche Besonderheit des Theaterlandes Thüringen. Der Freistaat ist geprägt von kleinteiligen kommunalen Strukturen, auf die sich die 2,2 Millionen Einwohner verteilen. An einer Metropole oder auch nur Metropolregion fehlt es. Als größte Stadt des Landes verfügt die Landeshauptstadt Erfurt gerade einmal über etwas mehr als 200 000 Einwohner. Im bevölkerungsstärksten Landkreis, dem Landkreis Gotha, leben lediglich 141 000 Einwohner, im kleinsten, dem Landkreis Sonneberg, nur 62 000 Menschen. Selbst das *Deutsche Nationaltheater Weimar* mit einer Platzkapazität im großen Saal von 850 Plätzen wird in einer Stadt mit gerade einmal 65 000 Einwohnern betrieben. Zum Vergleich: Der kleinste Landkreis in Schleswig-Holstein zählt 130 000, der im Freistaat Sachsen sogar mehr als 200 000 Einwohner.

Dennoch stehen alle öffentlichen Thüringer Theater und Orchester in kommunaler Trägerschaft. Lediglich den als Staatstheater firmierenden Theatern in Meinungen und Weimar kommt eine Sonderrolle zu. Ihr Zuwendungsbedarf wird überwiegend durch Zuweisungen des Landes (Meinigen 90 Prozent, Weimar 79 Prozent) gedeckt. An der *Weimarer Theater-GmbH* ist das Land zudem mit 79 Prozent der Anteile Mehrheitsgesellschafter.

Die kommunale Trägerschaft der Theater und Orchester folgt dabei der historischen Zufälligkeit ehemaliger Residenzen. So tragen und finanzieren nur drei der fünf kreisfreien Städte und nur acht der 17 Landkreise ein Theater und/oder Orchester. Zusammen bringen diese dafür jährlich etwa 42 Millionen Euro aus ihren Haushalten auf. Zum Vergleich: Die Stadt Leipzig stellt ihren kommunalen Theatern und Orchestern jährlich rund 53 Millionen Euro zur Verfügung. Damit kann Leipzig zehn Theaterplätze pro 1000 Einwohner anbieten. Im Theaterland Thüringen sind dies statistisch nur 3,7. In den Thüringer Städten, die über ein Theater verfügen, fällt diese Kennzahl günstiger aus. So verfügt die Stadt Eisenach über zwölf Theaterplätze pro 1000 Einwohner, die Stadt Weimar sogar über 18.

Zu den kommunalen Zuweisungen kommen noch Zuwendungen aus dem Landeshaushalt an die einzelnen Häuser hinzu. Bis zum Jahr 2012 sind die Zahlungen des Landes auf jährlich 56,865 Millionen Euro für alle Häuser zusammen festgelegt. In Summe sind das gerade einmal acht Millionen Euro mehr, als das Land Niedersachsen allein für das *Niedersächsische Staatstheater* in *Hannover* bereitstellt.

Streichkonzerte und Theaterkämpfe

Trotz des steten Abbaus in den Theatern und Orchestern entstand erstmals im Jahr 2006 eine öffentliche Debatte zur Theaterfinanzierung. Diese wurde jedoch so hitzig geführt, dass sie bis heute die Kulturpolitik in Thüringen beeinflusst. Auslöser war der Plan der damaligen Landesregierung, die jährlichen Zuwendungen des Landes an die Theater und Orchester um 10 Millionen Euro (15 Prozent der Gesamtzuwendungen) zu kürzen. Das Vorhaben war Teil eines umfassenden Plans zur Haushaltskonsolidierung. Zur Umsetzung der Kürzungen sollten die Theaterstrukturen verändert werden. Neben einem Konzentrationsprozess im Zentrum des Landes (Fusion der Theater in Erfurt und Weimar) sollte die Förderung der Häuser in Eisenach, Rudolstadt und Nordhausen sowie des *Orchesters Gotha-Suhl* ganz eingestellt und damit auch Standorte aufgegeben werden (Schmidt 2006: 8 f). Dagegen formierte sich noch im Sommer 2006 landesweiter Protest. Die Kürzungspläne hatten aber auch Befürworter. So stellte der damalige Weimarer *CDU*-Landtagsabgeordnete, Dr. Peter D. Krause, die Legitimation der Theaterförderung insgesamt in Frage, wenn er sich rhetorisch erkundigte, woher Thüringen die »unsolidarische Kraft (nimmt), pro Einwohner aus dem Landeshaushalt für Kultur mehr als doppelt so viel wie Bayern und mehr als dreimal so viel wie Baden-Württemberg auszugeben« (Krause 2006: 121). Öffentliche Theater waren für ihn ein Angebot für Minderheiten und immer älter werdende Touristen (ebd.). Die Gegner konnten sich indes auf den Einigungsvertrags stützen, der in Art. 35 einen Bestandsschutz für die kulturelle Substanz im Beitrittsgebiet vorsieht (Kilian 1992: 245 f.). Argumente lieferte auch die Thüringer Verfassung, die in Art. 30 Abs. 1 bestimmt, dass Kultur Schutz und Förderung durch das Land und seine Gebietskörperschaften genießt. Aufgrund der kleinteiligen kommunalen Struktur wird für die Einhaltung dieses Staatsziels eine Hauptverantwortung des Landes abgeleitet (Hoppe: 1994: Art. 30 Rn. 4).

Gekürzt wurden die Zuweisungen des Landes dann doch, allerdings in deutlich geringerem Maße als geplant. Zudem wurden die Zuwendungen mit den Trägern der Theater vertraglich bis zum Jahr 2012 geregelt.

Perspektiven und Handlungsoptionen

Inzwischen hat die Thüringer Landesregierung wieder eine Debatte um die Theaterfinanzierung eröffnet. Das zuständige Thüringer *Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur* berief im August 2010 eine Arbeitsgruppe, die bis zum Frühjahr 2011 konkrete Vorschläge für die Finanzierung der Theater und Orchester ab dem Jahr 2013 erarbeiten soll. Zusammengesetzt ist diese aus Vertretern der Landesregierung, der kommunalen Spitzenverbände, des *Deutschen Bühnenvereins* und externer Sachverständiger. Bereits in der Auftaktpressekonferenz stellten Land und Kommunen indes klar, dass mehr Geld von beiden nicht zu erwarten sein wird (*Thüringer Allgemeine* vom 14.8.2010). Wie können dann die steten Kostensteigerungen aufgefangen oder abgewendet werden?

Im Koalitionsvertrag haben sich Thüringer *CDU* und *SPD* im Jahr 2009 darauf verständigt, Potenziale höherer Auslastung erschließen, Innovation und Vernetzung befördern und touristische Potenziale besser nutzen zu wollen. Die zur Verfügung stehenden Optionen sind aber begrenzt.

Kooperationen ermöglichen eine Reduzierung der Kosten, indem die beteiligten Theater untereinander Produktionen austauschen. Auf eine Spartenschließung in den Häusern läuft dies nicht notwendigerweise hinaus. Kosten lassen sich auch senken, wenn die Zahl der Neuinszenierungen je Haus reduziert und der Spielplan um Gastspiele aus anderen Häusern ergänzt wird.

Möglichkeiten für solche Kooperationen sind inzwischen in Thüringen aber begrenzt. Die Theater Altenburg und Gera wurden bereits fusioniert und bespielen heute mit einem Drittel des früheren Personals beide Standorte. Die *Theater Rudolstadt* (Schauspiel) und *Nordhausen* (Oper) kooperieren längst. Das *Theater Meiningen* versorgt das Eisenacher mit Sprech- und Musiktheateraufführungen. So bleiben für Kooperationen nur die Theater in Erfurt und Weimar übrig. Beide legten bisher jeweils besonderen Wert auf ihre Eigenständigkeit.

Zur Kostensenkung wird deshalb die weitere Reduzierung des Personals, auf das 80 Prozent der Kosten in den Häusern entfallen, zur realen Option. Der Abbau in den letzten zwanzig Jahren hat dafür gesorgt, dass eine weitere Verringerung der Planstellen notwendig mit der Entscheidung über die Schließung einzelner Sparten oder Orchester einhergehen muss. Da sich dieser Verzicht nicht durch die lediglich eingeschränkt möglichen Kooperationen ausgleichen lässt, folgt aus Spartenschließungen jeweils eine Reduzierung des Angebots an den Standorten. Nachdem die meisten Tanztheatersparten bereits in den zurückliegenden Jahren geschlossen wurden, träfe die nächste Schließungsrunde wohl den Opernbetrieb.

Wenig Raum bleibt dagegen für die Steigerung der Einnahmen, auch wenn die Politik hierin große Hoffnungen setzt. Die Politik unterstellt, eine Steigerung der Auslastungszahlen sei durch eine Spielplangestaltung möglich, die auf den Publikumsgeschmack Rücksicht nimmt. Die Auslastungszahl lässt sich aber auch durch eine Reduzierung des Angebots erhöhen. Wenn das *Deutsche Nationaltheater Weimar* auch mit Blick auf Touristen derzeit an sechs Tagen pro Woche Vorstellungen anbietet, nimmt es in Kauf, insbesondere die Vorstellungen in der Wochenmitte nicht auslasten zu können. Eine Beschränkung auf einen Spielbetrieb von Donnerstag bis Sonntag könnte die Auslastungszahlen deutlich verbessern, wenn auch ohne Einnahmesteigerung. Würde noch auf die dem experimentellen Theater und dem Theater der Gegenwart dienenden Nebenbühnen verzichtet, erhöhte sich der Auslastungseffekt weiter. Allerdings bedarf es dann einer Klärung, welche Aufgaben einem öffentlich subventionierten Theater heute eigentlich zukommen. Zudem gerät die Einschränkung des Spielbetriebes in einen Zielkonflikt mit der von der Politik formulierten Aufgabe, ein möglichst großes touristisches Potenzial anzusprechen.

Zur Einnahmeerzielung kann auch die Vermietung der Häuser beitragen. Die Idee ist nicht neu. Sie wurde in Thüringen bereits vor 80 Jahren diskutiert (Eilers

1928: 52). Durch eine (teilweise) Vermietung lässt sich die Anzahl eigener Produktionen verringern und die Höhe der Einnahmen dennoch zumindest konstant halten. Mit einer solchen Öffnung wird aber zugleich der Anspruch eines Stadttheaters aufgegeben, durch einen einheitlichen Spielplan eine Identität für das Haus zu schaffen, und sei es nur für eine Spielzeit.

Bleibt die Forderung nach einer Effizienzsteigerung. Hier besteht noch immer die Erwartung, allein durch eine Ausgliederung der Kulturbetriebe aus der staatlichen Verwaltung solche Effizienzgewinne zu erzielen (Klein 2007: 63). In Thüringen ist diese Forderung von der Realität überholt. Die Thüringer Theater wurden bereits vor Jahren aus den kommunalen Verwaltungen heraus gelöst und in Rechtsformen des Privatrechts überführt. Kostensenkungen waren dabei ein Hauptmotiv. Erreicht wurden diese vor allem über die Lohnpolitik, ein Prozess, der aufgrund der inzwischen eingetretenen Schere zwischen Flächentarif und Haustarifen als ausgereizt angesehen werden muss. Auch dazu gab es übrigens schon vor 80 Jahren die Mahnung, zur Rettung der Theater genüge nicht schwacher Experimentierwille, »der sich mit Vorliebe auf Betriebsorganisation richtet« (Toepfer 1931: 42), sondern nur ein Bekenntnis zum Theater selbst.

Wenn räumliche Strukturen von der Landespolitik nicht angetastet werden, die Änderung organisatorischer Strukturen nur zum Preis eines reduzierten Angebots zu erlangen ist, bleibt als bisher ausgeklammerte Option eine Veränderung der Finanzierungsstrukturen.

Gegenwärtig werden die Thüringer Theater und Orchester von ihren jeweiligen kommunalen Trägern und dem Land gemeinsam finanziert. Auf Seiten der Kommunen ist dabei nur eine Minderheit in die Theaterfinanzierung einbezogen. (Siehe *Abbildung 2* auf S. 153)

Zusätzliche Mittel für die Theater lassen sich erschließen, wenn der Kreis der Zuwendungsgeber erweitert wird, bestenfalls auf alle kommunalen Gebietskörperschaften. Hier liegt der Blick auf das Sächsische Kulturraumgesetz nahe. Eine solche Lösung erscheint schon aufgrund der negativen Prognosen zur demographischen Entwicklung geboten. In Thüringen ließe sich zur Bildung solcher Räume auf die bestehenden vier regionalen Planungsgemeinschaften nach dem Thüringer Landesplanungsgesetz zurückgreifen. Die Theater und Orchester verteilen sich indes nicht gleichmäßig auf diese, so dass unterschiedliche Kosten zur Finanzierung der Theater in den Räumen entstünden. Auch die Rechtsform der Theater begünstigt eine solche Lösung nicht. Da die Theater und Orchester zumeist als privatrechtliche GmbH verfasst sind, müssten sich die neuen Finanzierungsstrukturen auch in der Gesellschafterstruktur abbilden.

Nötig ist deshalb ein Ansatz, der eine gleichmäßige Kostenverteilung sicherstellt und die rechtliche Organisation der Theater und Orchester einbezieht.

Ein gleichmäßiger Finanzierungsanteil aller kommunalen Gebietskörperschaften lässt sich erreichen, wenn statt der Bildung von Kulturräumen ein Fonds geschaffen wird, in dem alle Kommunen und das Land einzahlen. Von dort würden die Gelder auf die einzelnen Einrichtungen weiter verteilt. Die Zahlungspflichten

der kommunalen Gebietskörperschaften in einen solchen Thüringer Theaterfonds könnten sich an objektiven Kennzahl, etwa pro Einwohner oder als Prozentanteil am Kommunalhaushalt, orientieren. Allerdings ist die Verwaltung eines solchen Fonds aufgrund der Vielzahl der Einzahler aufwendig, selbst wenn die Zahlung vorab aus dem kommunalen Finanzausgleich entnommen würde. Zugleich wäre das Thema Theaterfinanzierung künftig jedes Jahr in jeder Gemeinde spätestens bei der Haushaltsaufstellung präsent. Das lässt sich vermeiden, wenn der Kreis der Zahlungspflichtigen begrenzt wird auf die Landkreise und kreisfreien Städte. Mittelbar käme das Geld zwar dennoch aus den Gemeindehaushalten, aus denen die Landkreise finanziert werden. Es würden aber formal nicht die Kulturetats der Gemeinden tangiert. Damit ließe sich auch vermeiden, dass die Ausweitung der Theaterfinanzierung unmittelbar zu Lasten anderer Kultureinrichtungen und -projekte erfolgt. Künftige Änderungen der Gebietsstrukturen im Rahmen einer seit längerem diskutierten kommunalen Gebietsreform blieben auf das Modell ohne Auswirkungen, da die Zahlungen nicht einer bestimmten Einrichtung zugeordnet sind und zudem die Landkreise nicht selbst Träger der Theater und Orchester werden sollen.

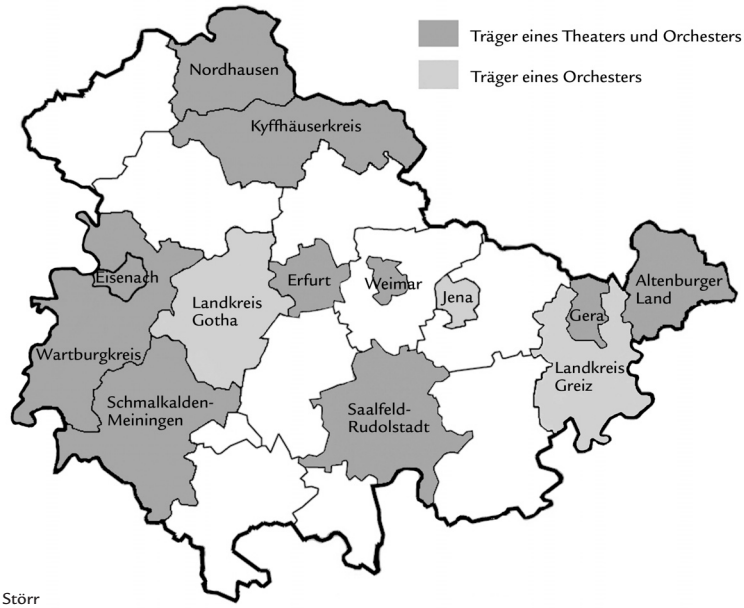
Haushaltsrechtlich ließe sich ein solcher Fonds als Sondervermögen des Landes ausgestalten, das als solches nicht in den jeweiligen Haushaltsplan eingeordnet ist und einer Zweckbindung unterliegt.

Eine Herausforderung wäre die Ausgestaltung der Zuweisung aus dem Fonds an die einzelnen Häuser und Klangkörper. Hier eröffnet sich aber auch die Möglichkeit, mit dem Verteilungsschlüssel ein Konzept zu entwickeln, das für die jeweiligen Einrichtungen strategische Ziele definiert und den dafür erforderlichen Finanzbedarf bestimmt. Künftig notwendig werdende Erhöhungen der Zuwendungen lassen sich objektiv feststellen, indem ein Gremium nach dem Modell der *Kommission zur Ermittlung des Finanzierungsbedarfs der Rundfunkanstalten* eingerichtet wird. Das entlastet die Politik zwar nicht von der Entscheidung, sichert aber einen sachlichen Umgang bei der Entwicklung der Entscheidungsgrundlagen.

Zu Mehreinnahmen führt dieses Modell eines Theaterfonds freilich erst dann, wenn nicht lediglich die bisherigen Kosten auf zusätzliche Geldgeber aufgeteilt werden. Immerhin würde letzteres zumindest die derzeitigen Träger entlasten. Mehrkosten müssten auch künftig durch eine Erhöhung der Zuwendungen ausgeglichen werden. Sie würden aber für die einzelnen Zuwendungsgeber jeweils deutlich geringer ausfallen. Entfallen würde mit der Fondslösung auch der direkte Einfluss der Politik auf die Finanzierung eines bestimmten Hauses und damit auf Spielplangestaltung und Aufführungspraxis.

Wenn die Finanzierung über ein Sondervermögen erfolgt, legitimieren sich die bisherigen Gesellschafter der Theater-GmbH nicht mehr aus der Trägerschaft. Vor diesem Hintergrund erscheint die Stiftung als geeignete Rechtsform. Stiftungen symbolisieren Beständigkeit und unterstreichen den Status der Theater und Orchester als dem Gemeinwohl dienende Einrichtungen. Sie kennen vor allem keine Gesellschafter, sondern sind rechtlich selbständige Vermögen. Der Zuwendungsbedarf würde dadurch zwar nicht entfallen; diese Rechtsform spricht aber

Abbildung 2: Thüringer Landkreise und Kreisfreie Städte als Träger von Theatern und/oder Orchestern



Grafik: A. Störr

in besonderem Maße zivilgesellschaftliches Engagement an, in Form von Zustiftungen und Spenden. Das hilft, das jeweilige Haus in der Region zu verankern und langfristig dessen Finanzkraft zu stärken.

Zugleich ermöglicht diese Rechtsform, die Theater und Orchester als mindestens regional bedeutsame Einrichtungen aus der zuweilen recht kleinlichen Kommunalpolitik herauszulösen.

Schlussbemerkung

In ihrer derzeitigen Gestalt werden die Thüringer Theater und Orchester über das Jahr 2012 hinaus nicht erhalten werden können. Die Finanzlage der kommunalen Träger, deren geringe Größe und der fehlende Wille, die Zuweisungen an die Theater aus dem Landeshaushalt zu erhöhen, erfordert spätestens im Jahr 2011 grundlegende Entscheidungen zur künftigen Struktur. Diese können sich auf die räumliche, die organisatorische Struktur oder die Struktur des Finanzierungskonzepts beziehen.

Zu entscheiden hat die Politik über die Zukunft der traditionsreichen Theater- und Orchesterstandorte mit jeweils mehrhundertjähriger Geschichte, die

sich in der Summe zu einer besonderen Kulturlandschaft formiert haben. In den letzten einhundert Jahren hat sich diese im Wesentlichen erhalten. Nun verschafft allein diese Tradition keine Ewigkeitsgarantie. Allerdings sind Veränderungen, insbesondere an der Substanz, kaum umkehrbar. Ein Vorgehen nach der Methode von Versuch und Irrtum ist deshalb in diesem Bereich nicht möglich, weshalb ein Veränderungswille einer besonderen sachlichen Legitimation bedarf und nicht zuletzt ein besonderes Maß an Transparenz und Kommunikation erfordert. Polemisch ausgedrückt ließe sich an die Politik die Frage stellen, ob sie zum Erben eines besonderen Theaterlandes werden möchte oder zu dessen Nachlassinsolvenzverwalter.

Literatur

Blum, Ulrich/Glufke, Tobias/Rosenfeld, Martin (2010): »Hochkultur auf den Prüfstand? Eine Konkretisierung der allgemeinen Problematik am Beispiel ostdeutscher Orchester«, in: *Wirtschaft im Wandel*, Heft 5/2010, S. 246 ff.

Eilers, Karl: »Die Theaterpflege in Thüringen einst und jetzt«, in: *Das Deutsche Nationaltheater – Jahrbuch für das Jahr 1929*, Weimar, S. 51 ff.

Kilian, Michael (1992): »Die Erhaltung der kulturellen Substanz der neuen Bundesländer in Art. 35 Abs. 2 EinigungsV«, in: *Länder- und Kommunalverwaltung (LKV)*, S. 241 ff.

Klein, Arnim (2007): *Der exzellente Kulturbetrieb*, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften

Krause, Peter Detlef (2006): »Rhetorische Kultur«, in: *Palmbaum*, Heft 2/2006, S. 116 ff.

Linck, Joachim/Jutzi, Siegfried/Hopfe, Jörg (Hrsg.) (1994): *Die Verfassung des Freistaat Thüringen*, Stuttgart: Boorberg

Schmidt, Matthias: »Thüringer Schlachtsuppe«, in: *Theater der Zeit*, Heft 9/2006, S. 8 f.

Töpfer, Friedrich (1931): »Die Volksbühnen des DNT«, in: *Das Deutsche Nationaltheater – Jahrbuch für das Jahr 1931*, Weimar, S: 42 ff.

Gerald Mertens

Deutsche Orchesterlandschaft im Wandel

20 Jahre deutsche Einheit

Im Jahr 2002 feierte das Orchester des Staatstheaters Kassel als ältestes, seit seiner Gründung nachweislich durchgängig bestehendes deutsches Orchester seinen 500. Geburtstag. Die erstmalige feste Anstellung von Musikern für die Kasseler Hofmusik durch den Hessischen Landgrafen Wilhelm II. im Jahr 1502 gilt als der historische Kern für die Entwicklung einer in ihrer Dichte und Vielfalt weltweit einzigartigen Orchesterlandschaft in Deutschland. Mit 133 Kulturorchestern im Jahre 2010 ist hier ein knappes Viertel der weltweit insgesamt etwa 560 professionellen, stehenden Sinfonieorchester beheimatet. Allein diese Relation macht die besondere Bedeutung der deutschen Orchesterlandschaft als »Weltkulturerbe« deutlich.

Blickt man in den letzten Jahrhunderten auf die von stetigem Aufbau weiterer Hofkapellen und bürgerlicher Musikvereinigungen bis hin zu städtischen und staatlichen Orchestern gekennzeichnete Entwicklung zurück, stößt man auf eine Ironie der Geschichte: Ausgerechnet die Nationalsozialisten bewirkten im Jahr 1938 eine große Stabilisierung der deutschen Orchesterlandschaft, indem der »Sondertreuhänder der Arbeit« im Anschluss an die »Tarifordnung für Angestellte im Deutschen Reich« (TO.A) die »Tarifordnung für die deutschen Kulturorchester« (TO.K) erließ und damit die regional völlig unterschiedlichen Arbeits- und Vergütungsbedingungen der städtischen und staatlichen Berufsorchester vereinheitlichte. Dies wirkt im Kern bis heute in dem einschlägigen »Tarifvertrag für die Musiker in Kulturorchestern« (TVK) fort. Die historische Kehrseite: Mit dem Verlust der deutschen Ostgebiete nach 1945 ging auch die dort bestehende deutsche Orchesterkultur zwischen Königsberg, Danzig, Stettin und Breslau unter.

Überblick

Die professionelle, öffentlich finanzierte Orchesterlandschaft Deutschlands mit gegenwärtig 133 Kulturorchestern beruht im Wesentlichen auf vier Säulen: Da sind zum einen die 84 Theaterorchester, die überwiegend die Sparten Oper, Operette, Musical der Stadt- und Staatstheater bedienen. Das Spektrum reicht von den großen, international renommierten Opernhäusern in Berlin, Hamburg, Stuttgart oder München bis hin zu den kleinen Bühnen in Lüneburg, Annaberg oder Hildesheim. Die zweite Säule bilden 30 Konzertorchester (darunter ein ziviles Blasorchester), die ganz überwiegend oder ausschließlich im Konzertsaal tätig sind. Die Spitzenposition nehmen hier unbestritten die *Berliner Philharmoniker* ein, gefolgt von vielen weiteren international bedeutenden Orchestern, den *Münchner Philharmonikern*, der *Sächsischen Staatskapelle Dresden*, der *Staatskapelle Berlin*, dem *Gewandhausorchester Leipzig*, um nur einige der größten zu benennen. Die dritte Säule bilden sieben Kammerorchester, die mit öffentlichen Mitteln finanziert werden und die in der Regel ohne eigene Bläserbesetzung als reine Streichorchester ganzjährig arbeiten, wie zum Beispiel das *Stuttgarter Kammerorchester*, das *Württembergische Kammerorchester Heilbronn* oder das *Münchner Kammerorchester*. Die vierte Säule schließlich besteht aus den Rundfunkklangkörpern der *ARD*-Anstalten und der *Rundfunkorchester und -Chöre GmbH (ROC)* Berlin: Zwölf Rundfunk- und Rundfunksinfonieorchester sowie vier Bigbands und sieben Rundfunkchöre sind unverändert ein Standbein für hochwertige Musikproduktion, ambitionierte Programmpolitik und Förderung der zeitgenössischen Musik in Deutschland.

Als »Kulturorchester« werden sprachlich im Allgemeinen alle vorgenannten Konzert-, Rundfunk- und Opernorchester bezeichnet, da sie – so die etwas angestaubte tarifvertragliche Definition – »überwiegend ernst zu wertende Musik« spielen. Das entscheidende Kriterium dürfte jedoch sein, dass diese Orchester alle überwiegend öffentlich (aus Steuermitteln oder Rundfunkgebühren) finanziert werden, mit einem festen Personalbestand ganzjährig und keine reine Unterhaltungs- oder Marschmusik spielen.

Hinzuweisen ist auf weitere professionelle Ensembles und Kammerorchester, die entweder als Projektorchester (meist als Gesellschaft bürgerlichen Rechts oder GmbH) mit einem Stamm selbstständiger Musiker oder teilweise mit stärkerer öffentlicher Finanzierung auch mit fest angestellten Musikern arbeiten. Zur ersten Kategorie zählen beispielsweise das *Ensemble Modern*, Frankfurt, die *Deutsche Kammerphilharmonie Bremen*, das *Bayerische Kammerorchester Bad Brückenau*, *Concerto Köln*, zur zweiten das *Georgische Kammerorchester Ingolstadt*.

Professionelle Orchester bestehen auch in den Bereichen von Polizei, Bundespolizei und Bundeswehr, sind aber überwiegend als Blasorchester- und Big-Band-Formationen tätig. Einzelne, immer wieder neu zusammengestellte Orchesterformationen spielen auf Produktionsdauer im Bereich der kommerziellen Musicalunternehmen, vorwiegend in Hamburg, Berlin und Stuttgart. Die Zahl der Kurorchester schließlich, die bis in die 1970er Jahre immer eine wichtige

Durchgangsstation für Musikstudenten und junge Berufsmusiker waren, ist auf eine kaum noch wahrnehmbare Zahl zurückgegangen. Aus Kostengründen engagieren viele Kurbäder kleine Combo-Formationen – vorwiegend aus Osteuropa – nur noch für eine Saison.

Orchesterbestand vor der Wiedervereinigung

Abgesehen von dem besonderen kriegsbedingten Einschnitt ist im Übrigen vor allem die deutsche Wiedervereinigung im Jahr 1990 für die Entwicklung, aber auch den Umbruch der deutschen Orchesterlandschaft bis heute prägend. Ein paar Kennzahlen mögen dies verdeutlichen: Die von der *Deutschen Orchestervereinigung (DOV)* erstellte und in der Fachzeitschrift *das Orchester* im Februar 1990 veröffentlichte Aufstellung der (west-)deutschen Kulturorchester (Konzertorchester, Opernorchester, Rundfunkorchester und Kammerorchester) weist in den alten Bundesländern 95 Orchester aus. Das für die Spielzeit 1989/1990 letztmalig in der DDR herausgegebene Buch »Ensembles der Deutschen Demokratischen Republik« listet für Ost-Berlin und die späteren fünf neuen Bundesländer 92 professionelle Orchester und Ensembles auf. Darunter allerdings auch staatliche Folkloreensembles, kleinere Orchester von Schauspielhäusern, staatlich getragene Tanz- und Unterhaltungs- sowie Kurorchester. Ein bloßer Zahlenvergleich dieser beiden Quellen unterliegt also der Gefahr des Vergleichs von Birnen mit Äpfeln. Allerdings: Bezogen auf die jeweilige Bevölkerung der BRD und der DDR im Jahr 1990 gab es im Osten eine wesentlich höhere Zahl professioneller Musiker beziehungsweise Ensembles pro Kopf der Bevölkerung als in den alten Bundesländern. Die erste gesamtdeutsche Übersicht über die Kulturorchester im Jahr 1992, die nur noch die öffentlich geförderten Konzert-, Opern-, Kammer- und Rundfunkorchester in Ost und West auflistet, bringt mehr Klarheit: 95 Orchestern im Westen stehen nun 72 im Osten gegenüber, sieben davon bereits mit dem Vermerk versehen, sie (bzw. die Orchestermitglieder) seien zum 31. Juli 1992 gekündigt. Auch aus diesem Zahlenverhältnis im Jahr 1992 wird die historisch gewachsene und von der DDR-Kulturpolitik nachhaltig geförderte besondere Dichte der Orchester in den neuen Bundesländern mehr als deutlich.

Einigungsvertrag: Wichtige Weichenstellungen

Auf der Grundlage des in nur wenigen Monaten und unter höchster Eile verhandelten Einigungsvertrages zwischen der BRD und der DDR wurden auch für die Entwicklung der Orchesterlandschaft in den neuen Bundesländern und (Ost-) Berlin wichtige Weichen gestellt. Artikel 36 des Einigungsvertrags regelte die Überführung des staatlichen DDR- Rundfunks in die sogenannte »Einrichtung«, der man gesetzlich eine Regelungs- beziehungsweise Abwicklungsfrist bis zum 31. Dezember 1991 gesetzt hatte. Dies betraf auch die Zukunft der jeweils fünf Rundfunkklangkörper an den Standorten in Ost-Berlin und in Leipzig. Die Spezialvor-

schriften des Einigungsvertrages zum Rundfunk und den sonstigen Kultureinrichtungen wurden allerdings durch die allgemeinen Bestimmungen zur Überprüfung und Überführung beziehungsweise mögliche Abwicklung der öffentlich getragenen Arbeitsverhältnisse überlagert, was die Rechtslage für die Orchester und Rundfunkklangkörper teilweise noch unübersichtlicher machte und teilweise zu großer Verunsicherung führte.

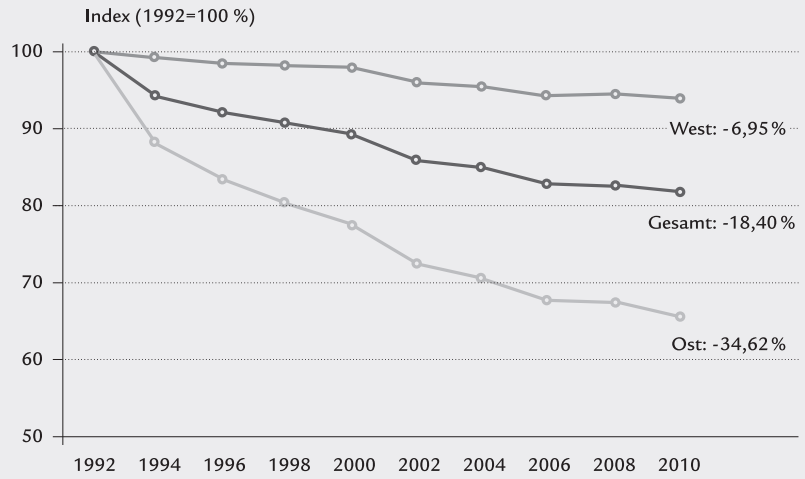
Hauptproblem war die Neuzuordnung von Trägerschaften von Kultureinrichtungen im Allgemeinen und der Theater und Orchester im Besonderen. Art. 35 Abs. 4 des Einigungsvertrages bestimmte: »Die bisher zentral geleiteten kulturellen Einrichtungen gehen in die Trägerschaft der Länder oder Kommunen über, in denen sie gelegen sind«. Die Einrichtungen, die zuvor beim *Rat der Stadt* oder *Rat des Kreises* angesiedelt waren, gingen auf deren Rechtsnachfolger, also die fortbestehenden Städte oder mit Gründung der neuen Bundesländer neu formierten Landkreise über. Schwieriger war die Situation für die Institutionen, die bislang von den nach der Neuordnung ersatzlos wegfallenden 14 »Bezirken« der ehemaligen DDR getragen wurden, so zum Beispiel in Neubrandenburg, Karl-Marx-Stadt (Chemnitz), Suhl oder Erfurt. Hier gingen die Rechtsträgerschaften entweder auf die neuen Landkreise oder auch direkt auf die neuen Bundesländer über. So gelangte zum Beispiel die *Suhler Philharmonie* nicht zur Stadt Suhl, sondern zum Land Thüringen.

Abwicklungs- und Fusionswellen im Osten

Einer ersten, kaum dokumentierten Abwicklungswelle auf der Grundlage der Einigungsvertrags fielen im Osten in den Jahren 1991 und 1992 vor allem Ensembles der Tanz- und Unterhaltungsmusik zum Opfer: *Tanzorchester Aue, Orchester des Staatlichen Tanzensembles der DDR Berlin*, *Tanz- und Unterhaltungsorchester Magdeburg, Orchester des Staatlichen Folklore-Ensembles der DDR Neustrelitz, Staatliches Tanz- und Unterhaltungsorchester Schwerin, Unterhaltungsorchester Sonneberg* sowie die Orchester verschiedener Schauspielbühnen (u. a. *Volksbühne, Berliner Ensemble*) in Ost-Berlin sowie in Dresden.

Auch an den traditionellen Rundfunkstandorten Berlin und Leipzig kam es zu gravierenden Einschnitten. In Berlin wurden das *Berliner Rundfunktanzstreichorchester* und das *Große Berliner Rundfunkorchester* abgewickelt. Das *Rundfunksinfonie-Orchester Berlin*, der *Große Rundfunkchor* des ehemaligen Rundfunks der DDR wurden mit den Westberliner *RIAS*-Klangkörpern (*RIAS-Kammerchor* und *-Bigband*) sowie dem seinerzeitigen *Radio-Symphonie-Orchester Berlin* (heute: *Deutsches Symphonieorchester*) in die *Rundfunk Orchester und Chöre GmbH (ROC)* überführt. In Leipzig wurden mit Gründung des *Mitteldeutschen Rundfunks (MDR)* nur das zuvor mit großen Teilen der *Radiophilharmonie* fusionierte *Rundfunksinfonieorchester Leipzig* und der Chor übernommen. Das nicht übernommene *Rundfunk-Blasorchester Leipzig* suchte und fand eigene Wege, das *Rundfunk-Tanzorchester* wurde aufgelöst.

Abbildung 1: Planstellen in den deutschen Kulturorchestern 1992–2010



Anzahl der Stellen[1]

	1992	1994	1996	1998	2000	2002	2004	2006	2008	2010	1992–2010 in %
	(168)	(154)	(151)	(146)	(145)	(139)	(136)	(135)	(133)	(133)	
Ost	5.032	4.411	4.198	4.032	3.878	3.637	3.545	3.398	3.372	3.290	–34,62
West	7.127	7.075	7.018	6.991	6.961	6.808	6.780	6.654	6.665	6.632	–6,95
Insg.	12.159	11.486	11.216	11.023	10.839	10.445	10.325	10.052	10.037	9.922	–18,40

[1] Anzahl der Orchester in Klammern. – *Quelle:* Zusammengestellt und bearbeitet vom Deutschen Musikinformationszentrum nach Daten der DOV.

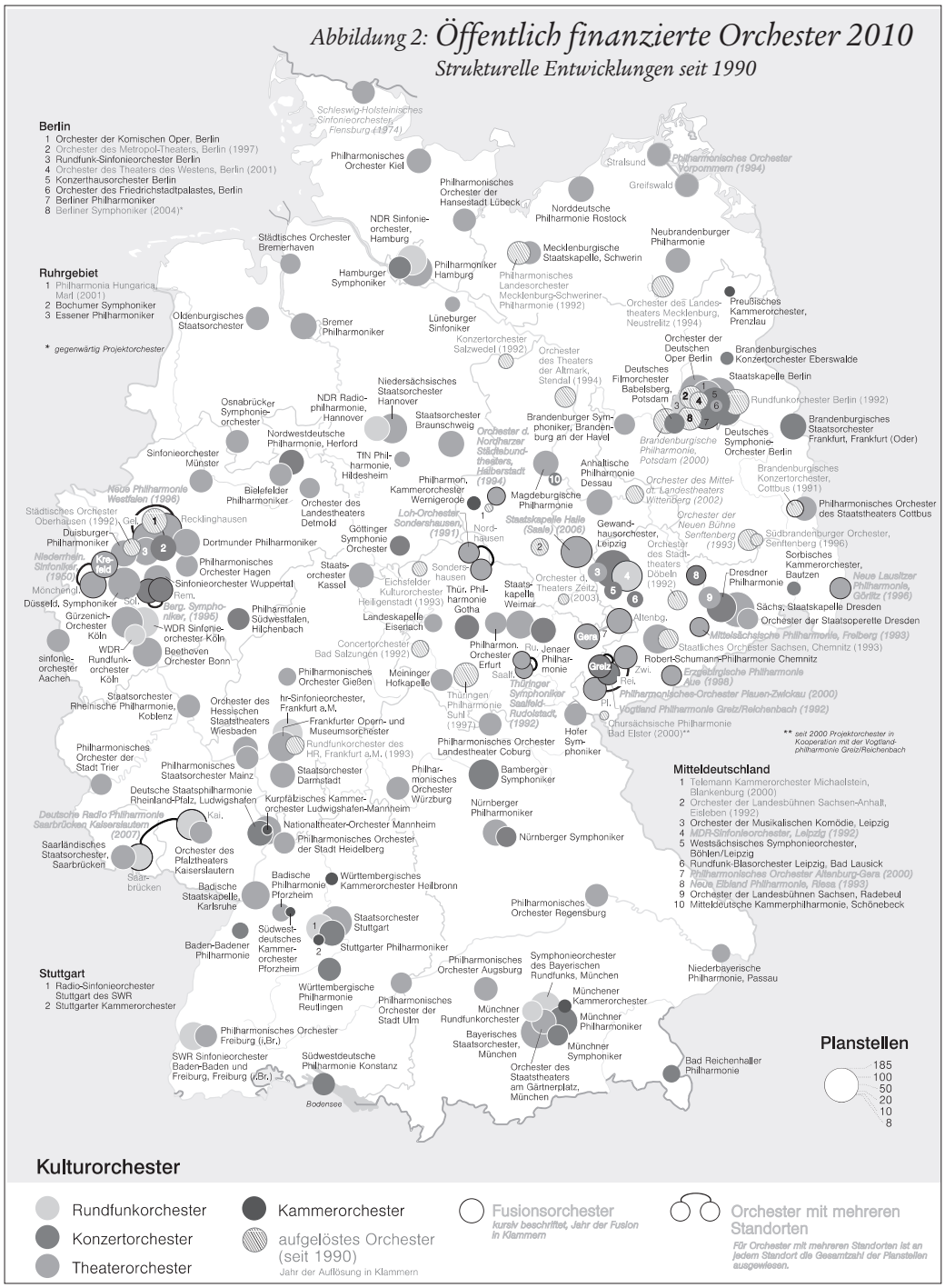
Das zeitgleiche Auslaufen der millionenschweren Übergangsfinanzierung des Bundes für die Kultureinrichtungen und das Inkrafttreten verschärfter tariflicher Abfindungsregelungen bei Orchesterauflösung oder -verkleinerung führten im Jahr 1994 zu zahlreichen Orchesterabwicklungen oder -fusionen mit entsprechenden Arbeitsplatzverlusten und Kündigungen. Zu Orchesterfusionen kam es – in den alten Bundesländern auch in Nordrhein-Westfalen – insbesondere dort, wo mehrere Orchester an einem Standort oder in enger Nachbarschaft zueinander lagen. Doppelnamen der bisherigen Sitzgemeinden im Orchestername deuten vereinzelt bis heute darauf hin: zum Beispiel *Philharmonisches Orchester Altenburg-Gera, Philharmonisches Orchester Plauen-Zwickau, Thüringer Symphoniker Saalfeld-Rudolstadt*. Um die Orchesternamen auch aus Marketinggründen nicht zu sperrig werden zu lassen wurde der regionale Bezug häufig auch in den Untertitel verschoben, wie *Bergische Symphoniker – Orchester der Städte Remscheid und Solingen*.

Eine im *Deutschen Musikinformationszentrum* einsehbare Übersicht über die Strukturveränderungen deutscher Kulturorchester seit der Wiedervereinigung listet detailliert alle Rechts- und Betriebsformänderungen, Auflösungen und Fusionen sowie Insolvenzen auf. Insgesamt gab es seit 1990 bis heute bei mittleren und größeren Orchestern 27 Auflösungen, teilweise kombiniert mit 23 Fusionen örtlich eng benachbarter Orchester. Insgesamt wurden – zahlenmäßig bereinigt – so von 1992 bis 2010 von 168 Orchestern bis heute 35 endgültig aufgelöst. Die Zahl der ausgewiesenen Planstellen ging im gleichen Zeitraum von 12 159 auf 9 922 zurück, also um 2 237 oder rund 18 Prozent. Bei diesem Abbau entfielen 1 742 Stellen auf die neuen Bundesländer sowie das ehemalige Ost-Berlin (auf dieses Gebiet bezogen also ein Rückgang von 34,62 Prozent) und 495 auf die alten Bundesländer sowie das ehemalige West-Berlin (ein Rückgang von »nur« 6,95 Prozent). Die Tabelle (*Abbildung 1)* auf der vorhergehenden Seite dokumentiert im Zweijahresabstand die jeweiligen absoluten Veränderungen der Orchester- und Planstellenzahlen. Ergänzend dazu zeigt die Karte (*Abbildung 2*), Öffentlich finanzierte Orchester 2010) die aktuelle räumliche Verteilung der Orchester in Deutschland und die erfolgten Strukturveränderungen der vergangenen 20 Jahre, deren Schwerpunkt eindeutig in den neuen Bundesländern lag. Doch auch in den alten Ländern und West-Berlin kam es zu Orchesterauflösungen, so zum Beispiel beim *Städtischen Orchester Oberhausen*, bei der *Philharmonia Hungarica Marl*, bei den *Berliner Symphonikern*, beim *Orchester des Theaters des Westens* in Berlin.

Rechtsformänderungen

Die Entwicklung der letzten 20 Jahre wird auch charakterisiert durch die historisch betrachtet einzigartige Vielzahl von Rechtsformänderungen in den Theater- und Orchesterbetrieben, die im Übrigen angesichts mehrfacher Umwandlungen am selben Standort durchaus experimentellen Charakter trägt. Die Übersicht im Deutschen Musikinformationszentrum listet allein 39 Überführungen von Orchestern und Rundfunkklangkörpern auf GmbHs als Rechtsträger auf, 30 davon in den neuen Bundesländern. Zwölf Mal wurde – zumindest zeitweise – die Rechtsform eines eingetragenen Vereins gewählt. In 13 Fällen kam es zu Überführungen in Eigen- beziehungsweise Kommunal- oder Landesbetriebe. Die Gründung von drei Zweckverbänden, zwei Anstalten des öffentlichen Rechts, fünf öffentlich-rechtlichen sowie zwei privatrechtlichen Trägerstiftungen für Theater und Orchester runden das Bild der Suche nach der »richtigen« Rechtsform für diese Kultursparte ab.

Vor allem die Mitte der neunziger Jahre fast exzessive GmbH-Gründungswelle hat sich inzwischen deutlich abgeflacht. Dies dürfte nicht zuletzt auch mit der schrittweisen Einführung der kaufmännischen Buchführung in der öffentlichen Verwaltung zusammenhängen, mit der ein wesentliches Argument für die Ausgliederung eines Theaters oder Orchesters in eine GmbH entfällt. Vielleicht zeigt die Menge von Umwandlungsversuchen der vergangenen zwei Jahrzehnte bei gleichzeitig unverändert fortbestehenden Struktur- und Wirtschaftproblemen der Theater



Autor: Deutsches Musikinformationszentrum, *Kartographie*: A.Müller, S. Dutzmann, © Leibnitzinstitut für Länderkunde 2010, Stand: 29.1.2010

und Orchester aber auch, dass es *die* richtige Rechtsform für Theater und Orchester nicht gibt, sondern es vielmehr konkret auf die Qualifikation und das Geschick des handelnden Personals sowie die jeweiligen örtlichen Umstände kommunaler Organisationsstrukturen, den politischen Willen zum Erhalt von Theatern und Orchestern sowie die damit verbundene Nachhaltigkeit der Finanzierung ankommt.

Finanzierungsstrukturen

Die Gründung der neuen Bundesländer, die personelle und fachliche Aufbauhilfe in den Landesverwaltungen aus den alten Bundesländern und eine damit verbundene Experimentierfreude führte die öffentliche Finanzierung der Theater und Orchester auf unterschiedliche Wege. In der Sache ging es um die Verteilung der Finanzierungsverantwortungen zwischen Ländern und Kommunen. Das sächsische Kulturraumgesetz, das alle Kommunen zwangsweise in Zweckverbänden unter Zahlung einer Kulturumlage zusammenschloss und den Landeszuschuss festschrieb, verteilte Lasten auf viele Schultern, schaffte bis heute relativ stabile Bedingungen für die dortigen Kultureinrichtungen, blieb aber ein Solitär. Die Länder Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg folgten im Wesentlichen den westlichen Kulturfinanzierungsmodellen über Gemeindefinanzierungs- beziehungsweise Finanzausgleichsgesetze. Sachsen-Anhalt und Thüringen setzen seit einigen Jahren bei der Theater- und Orchesterförderung auf dreijährige Finanzierungsvereinbarungen zwischen Land und Trägerkommunen. Die Anfang der neunziger Jahre in der Kulturpolitik noch recht häufig geäußerte Hoffnung, dass private »Sponsoren« sich verstärkt auch der Kulturfinanzierung widmen würden, hat sich als Schimäre erwiesen.

Angebots- und Besucherentwicklung der Orchester

Der Einbruch der Besucherzahlen in den neuen Bundesländern nach der Wiedervereinigung durch die allgemeine wirtschaftliche und gesellschaftliche Verunsicherung der Menschen, vor allem aber durch den Wegfall der von den Betrieben gebuchten »Anrechte« auf Theater- und Konzertbesuche war bald ausgeglichen. Insgesamt hat sich die Angebotsstruktur deutscher Orchester in den vergangenen Jahren verändert, wobei zu berücksichtigen ist, dass von den 133 Kulturorchestern insgesamt 84 fast ausschließlich oder überwiegend als Opernorchester, also als Begleitorchester im Musiktheater, tätig sind. Proportional ist die Zahl der Konzertorchester in den neuen Bundesländern gestiegen, da hier Musiktheatersparten (Chor, Ballett, Solistenensemble) abgewickelt, die Orchester aber weiter betrieben wurden (z. B. in Frankfurt/Oder, Brandenburg/Havel, Eisenach).

Hiermit korrespondiert der in der Theaterstatistik des *Deutschen Bühnenvereins* ausgewiesene kontinuierliche Anstieg der Konzertveranstaltungen, von 6899 in der Spielzeit 2000/2001 auf aktuell 8711 (vgl. *Abbildung 3*). Allerdings sind die Veranstaltungen der zwölf Rundfunk- und Rundfunksinfonieorchester sowie die der übri-

Abbildung 3: Konzertveranstaltungen und Besucher der Kulturorchester

	Konzerte			
Spielzeit	Insgesamt	Konzert-orchester[1]	Theater-orchester[2]	Besucher Insgesamt[3]
1993/94	5.344	3.646	1.698	3.341.646
1994/95	5.510	3.713	1.797	3.228.953
1995/96	7.220	5.150	2.070	3.549.817
1996/97	7.161	5.041	2.120	3.600.401
1997/98	7.299	5.303	1.996	3.736.246
1998/99	7.291	5.249	2.042	3.725.643
1999/00	6.907	4.810	2.097	3.645.807
2000/01	6.899	4.686	2.213	3.666.142
2001/02	6.922	4.718	2.204	3.797.022
2002/03	7.179	4.833	2.346	3.747.268
2003/04	7.432	4.795	2.637	3.990.782
2004/05	8.127	5.717	2.410	3.795.471
2005/06	8.428	6.043	2.385	3.774.301
2006/07	8.414	5.871	2.543	3.941.835

Hinweis: Die Daten der Zeitreihe sind nur bedingt miteinander vergleichbar, da zum Teil einzelne Häuser wegen Baumaßnahmen nicht bespielt werden konnten oder die Datenerfassung aufgrund fehlender Meldungen nicht vollständig ist.
(1) Konzerte am Ort und auswärts; (2) eigene Konzertveranstaltungen im eigenen Haus; (3) bei den Theaterorchestern sind die Besucher der eigenen und fremden Konzertveranstaltungen im eigenen Haus gezählt, bei den Konzertorchestern die Besucher der Konzerte am Ort. – *Quelle*: Zusammengestellt und berechnet vom Deutschen Musikrat nach: Theaterstatistik, hrsg. v. Deutschen Bühnenverein, Jahrgänge 1993/94–2007/08.

gen Rundfunkensembles in dieser Erhebung nicht vollständig erfasst. Die Zahl der Besucher entwickelte sich im Wesentlichen parallel und überschritt in der Spielzeit 2007/2008 erstmals die Vier-Millionen-Marke. Diese Entwicklung ist zu begrüßen und es bleibt weiter zu beobachten, wie sich die immer weiter steigende Zahl von Musikfestivals – vor allem in den Sommermonaten – zukünftig auch auf die allgemeinen Konzertbesucherzahlen und die Auslastung von Veranstaltungen auswirken wird. Allerdings zeigt der Blick auf die Karte auch, dass es vor allem in den östlichen Flächenländern Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern bereits zu empfindlichen Ausdünnungen in ländlichen Regionen (z. B. Altmark, Lausitz, Uckermark) gekommen ist und sich damit die Orchesterangebote auf die größeren Städte und urbanen Entwicklungskerne konzentrieren. Dies ist letztlich das Ergebnis des Rückbaues der in der DDR noch propagierten »Kultur-aufs-Land«-Kampagne.

Die *Deutsche Orchestervereinigung* hat erstmals seit der Spielzeit 2003/2004 (aktuelle Erhebung in der Spielzeit 2007/2008) in ihrer differenzierten Konzertstatistik

Abbildung 4: Veranstaltungen der Kulturorchester in Deutschland

Art der Veranstaltung	Spielzeit 2003/04	2005/06	2007/08
Sinfoniekonzerte[1]	6 027	5 918	6 075
Musikpädagogische Veranstaltungen	2 141	3 747	3 723
Kinder- und Jugendkonzerte	742	928	972
Schülerkonzerte	414	570	665
Workshops in Schulen	985	2 249	2 086
Kammerkonzerte	993	1 136	1 195
Sonstige Konzertveranstaltungen	1 208	1 997	1 691
Insgesamt	**10 369**	**12 798**	**12 684**

(1) Einschließlich der Konzerte im Ausland (2003/04: 519; 2005/06: 526; 2007/08: 614).

insgesamt 12 684 Veranstaltungen bei allen Kulturorchestern und Rundfunkensembles (ohne Big Bands) gezählt, davon 6 075 Sinfoniekonzerte (einschließlich Auslandsreisen), 1 195 Kammerkonzerte und 3 723 musikpädagogische Veranstaltungen (Kinder- und Jugendkonzerte, Schülerkonzerte, Workshops in Schulen). Diese Statistik (*Abbildung 4*) belegt, welche besondere Bedeutung die neuen Aktivitäten der Orchester im Bereich der Musikvermittlung, also der Kinder-, Jugend- und Schulkonzerte sowie der Workshops, bereits erlangt haben. Erfreulich ist, dass die Zahl der Schülerkonzerte zuletzt noch weiter zugenommen hat.

Genaue Besucherzahlen konnten auch bei dieser Konzertstatistik leider nicht erhoben werden, da sie bei Schul- und Open-Air-Veranstaltungen, aber auch bei Gastspielen nicht immer erfasst werden. Solange keine verlässliche Vollerfassung aller Konzertveranstaltungen durch die Träger der Kulturorchester, die Rundfunkanstalten und die Veranstalter erfolgt, dürften wirklich verlässliche Trendaussagen über die absolute Entwicklung der Besucherzahlen weiterhin schwierig bleiben. Noch problematischer ist die Erfassung, Aufschlüsselung und Einbeziehung von Besucherzahlen der Konzerthäuser, wie zum Beispiel in Dortmund und Essen, demnächst auch in Hamburg, und der großen deutschen Musikfestivals (*Schleswig-Holstein Musikfestival*, *Festspiele Mecklenburg-Vorpommern*, *Rheingau Musik Festival*), da hier inländische und ausländische Kulturorchester sowie zahlreiche sonstige Ensembles auftreten, eine einheitliche Besucherstatistik bislang aber nicht erhoben wird. Allen Unkenrufen zum Trotz und auch angesichts der tatsächlich erfolgenden, teilweise statistisch aber immer noch nicht erfassten Konzert- und Veranstaltungsbesuche scheint die Konzert- und Publikumsentwicklung der deutschen Kulturorchester mehr als stabil zu sein.

Resümee und Ausblick

20 Jahre nach der Wiederherstellung der deutschen Einheit haben sich die Verhältnisse in der Orchesterlandschaft in ganz Deutschland halbwegs stabilisiert, ohne dass der jetzige Bestand jedoch dauerhaft als gesichert gelten kann. Dabei darf auch nicht vergessen werden, dass es in den neuen Bundesländern nur noch wenige Orchester gibt, in denen die Mitglieder nicht durch Haustarifverträge teilweise erhebliche Gehaltseinbußen im Vergleich zum Flächentarifvertrag akzeptieren und damit zum Erhalt ihres Arbeitsplatzes und der Größe ihres Orchesters einen signifikanten Beitrag leisten. Diese Verzichte sind nicht auf ewige Zeiten zumutbar. Fusionspotenziale bei benachbarten Orchesterstandorten scheinen inzwischen weitgehend ausgeschöpft zu sein. Kooperationen oder Fusionen über größere Kilometerentfernungen bleiben inhaltlich und wirtschaftlich sinnlos, da die künstlerische Arbeit im wahrsten Sinne des Wortes »auf der Strecke« bleibt. Anreize zu einer höheren Eigenerwirtschaftung in den Theater- und Orchesterbetrieben könnten in der Umstellung von der überholten jährlichen Fehlbedarfs- auf eine mehrjährige Festbetragsfinanzierung liegen, die auch allgemeine Kostensteigerungen ansatzweise berücksichtigt. Für den Bestand der Rundfunkklangkörper wird die Neuregelung und Stabilisierung der Rundfunkgebührenfinanzierung von besonderer Bedeutung sein. Größte Herausforderungen für die öffentlich geförderten Theater, Orchester und ihre Rechtsträger bringen die weitere Sicherung der zukünftigen Finanzierung vor dem Hintergrund des Eingreifens der »Schuldenbremse« in allen Länderhaushalten bis 2020 und das Auslaufen des Solidarpaktes II in den neuen Bundesländern im Jahr 2019.

MARKUS RHOMBERG, MARTIN TRÖNDLE

Who cares?

Themen, Akteure und Motivationen im Klassikbetrieb: Eine Diskursanalyse der Medienrezeption des Bandes »Das Konzert«

Das Musikland Deutschland zeichnet sich durch eine historisch gewachsene Fülle an Musikinstitutionen aus. Ob und wie diese musikalische Infrastruktur des Konzert- und Orchesterwesens erhalten werden kann behandelt der folgende Beitrag.

Dass das klassische Konzert niemanden mehr interessiert, ließe sich angesichts der Publikumsentwicklung vermuten. Denn Konzert-, Opern- oder Kammermusik haben deutlich an Relevanz verloren, und zwar als ästhetische wie als soziale Institution. Ein Herausgeberbuch mit wissenschaftlichen Essays zu dieser Kunstform und ihren Problemen ließe daher kaum ein über den Fachdiskurs hinaus gehendes Interesse erwarten. Die überraschend breite Medienresonanz auf das Buch »Das Konzert. Neue Aufführungskonzepte für eine klassische Form« (Tröndle 2009a), ist der Anlass dieses Echo zu untersuchen. Mit bundesweit über 120 Printbeiträgen in regionalen als auch überregionalen Zeitungen und circa 30 Radiobeiträgen haben die Medien in hohem Maß auf den Herausgeberband im Frühjahr 2010 reagiert. Dabei scheint das Thema wenig spektakulär: Der Band diskutiert, welche Transformationen notwendig sind, um im 21. Jahrhundert wieder vermehrt Akzeptanz für die Kunstform »Konzert« zu finden. Dabei geht es nicht um eine »Eventisierung« des Konzerts, sondern darum, die Kunstform »Konzert« als ästhetisch-soziale Präsentationsform zeitgemäß weiter zu entwickeln, um der Musealisierung des Konzerts und der steten Veralterung des Publikums entgegenzuwirken.

Im Folgenden interessiert uns wie der öffentliche Diskurs zu dieser Studie in der medialen Berichterstattung geführt wird. Konkret wollen wir wissen: Welche Unterthemen werden von den Medien aufgegriffen, welche werden ignoriert? Welche Argumentationen werden eingeführt? Welche Akteure kommen in der Berichterstattung zu Wort? Welche Motivationen lassen sich dadurch erkennen? Um dies zu

untersuchen, haben wir die mediale Debatte zur Grundlage unserer Untersuchung gemacht und ihre Strukturen, Themen sowie die Argumentationen von Akteuren beschrieben. Unsere Resultate stützen sich auf eine Auswahl von 26 Artikeln, die im März 2010 in überregionalen Tageszeitungen, Regionalzeitungen und Online-Plattformen von traditionellen Nachrichtenmedien erschienen sind.

Themenkarriere und Struktur des Diskurses

Am 3. März 2010 wurde von der *Zeppelin University Friedrichshafen*, dem Arbeitsort des Herausgebers des Bandes, eine Pressemitteilung an alle deutschsprachigen Kulturredaktionen versandt. Deren Argumentationsgang war großteils jener des Herausgeberbandes:

1. Der klassische Musikbetrieb steht vor einem drastischen – zukünftigen – Publikumsproblem, da die nachrückenden Alterskohorten nachweislich wenig bis kein Interesse mehr an der traditionellen Form des klassischen Konzertes haben.
2. Das Konzert muss sich in seiner Form, seinen Ritualen, seiner sozialen Geprägtheit, seiner Inszenierung und Dramaturgie den veränderten Publikumsbedürfnissen anpassen, und nicht das Publikum dem Konzert, wie dies bei bisherigen Konzepten der Publikumsgewinnung im Bereich der Musikvermittlung, *education programs* oder *audience development* geschieht.
3. Dieser Veränderungsprozess kann nur angestoßen werden, wenn ein Wettbewerb zwischen staatlichen und privaten Akteuren um innovative Konzertkonzepte ausgelöst wird. Dafür müsste die Mittelverteilung auf kulturpolitischer Ebene verändert werden.

Anschließend an diese Rahmung der Ausgangslage haben wir die Artikel nach Argumentationen und Themen untersucht, die wir immer weiter verdichtet haben, um zu fünf Dimensionen zu gelangen, in denen sich folgende Diskursstruktur zeigt:

Krise des Konzerts

Hier finden sich die Gründe für die Krise des Konzertbetriebs wieder, wie sie im Herausgeberband identifiziert worden sind. Dazu zählen eine Überalterung des Publikums, ein daraus folgender Publikumsschwund sowie die Problematik, dass es an Nachwuchs in den jüngeren Altersgruppen fehle. Zudem, so die Studie, gäbe es kein »Klassik-Gen«, das dafür sorge, dass sich Menschen auch ohne musikalische Vorkenntnisse, wenn sie älter werden, der klassischen Musik zuwenden.

Ebenso finden sich aber auch Gegenargumentationen, die im Kontrast zur Studie stehen. Gegen jenes des Publikumsschwundes stellen sich insbesondere die persönlichen Erfahrungen von Entscheidungsträgern aus dem Klassikbetrieb: Wahlweise wird von »stabiler Auslastung« gesprochen oder erklärt, dass die Studienergebnisse »Windmacherei« seien (*dpa*, 18. und 29.3.2010). Zukunftssorgen macht man sich nicht. Diese Einschätzungen werden jedoch nicht belegt, man stützt sich auf persönliche Erfahrungen oder ältere Erhebungen. Auffallend ist, dass

auf die Studienprognosen von Etablierten aus dem Klassikbetrieb, aber auch den Journalisten kaum eingegangen wird. Dabei wird der prognostische Wert demografischer Daten angezweifelt und unter anderem mit der Aussagekraft von »Wetterberichten« verglichen (*Mannheimer Morgen*, 6.3.2010).

Eine immer wiederkehrende Argumentation findet sich insbesondere in Regionalzeitungen: Zwar wird generell eine Überalterung des Publikums festgestellt, gleichzeitig aber darauf verwiesen, dass dies ein Problem anderer Orchesterhäuser sei, in der eigenen Region würde dieses Problem nicht auftauchen: »In unserer Stuttgarter Konzertreihe haben wir momentan das Glück, gute Besucherentwicklungen über alle Altersgrenzen hinweg verzeichnen zu können. Meine Erfahrung als Gastdirigent zeigt mir aber, dass dies nicht die Norm ist.« (Manfred Honeck, Generalmusikdirektor *Staatsoper Stuttgart*, *Südkurier*, 20.3.2010)

Ebenso wird an der Studie bemängelt, dass diese kein »Klassik-Gen« identifiziere, man im Alter jedoch von alleine auf den »Geschmack« der klassischen Musik käme. Achim Thorvald, der Generalintendant des *Badischen Staatstheaters*, merkt dazu an: »In der Altersstufe bis 25 gibt es weltweit eine Delle, ... sind die meisten mit Beruf und Familiengründung beschäftigt. Ab 45 geht der Anteil wieder nach oben, und ab 55 gehört das Konzert für die meisten einfach dazu.« (*Badische Neueste Nachrichten*, 6.3.2010)

Pädagogik/Musikvermittlung

Die zweite Dimension, die sich an die Resultate der Studie und deren Einwände anschließt, beschäftigt sich mit Lösungsansätzen beziehungsweise argumentiert, dass die Überalterung kein Problem sei. Dabei wird zuvorderst und in großer Breite auf Angebote der Musikpädagogik und der -vermittlung verwiesen. Implizit wird damit anerkannt, dass es eben kein »Klassik-Gen« gebe, sondern dass insbesondere das Einbeziehen von klassischer Musik in den Alltag von Jugendlichen zu mehr Interesse führe. Dies sei alternativlos und würde das notwendige Zukunftspotential sichern. Implizit besteht dabei immer die Annahme, dass Jugendliche nur frühzeitig mit dem Klassikkonzert sozialisiert werden müssten, dann würden sie später »auch eine ganze Oper durchstehen«, wie ein Musikpädagoge eines Berliner Opernhauses konstatiert. Verwiesen wird auf dreierlei: (1) die musikalische Ausbildung in Schulen und Musikschulen, (2) die musikalische Sozialisation im Elternhaus und (3) die Aufgabe von Klassikbetrieben durch Angebote das Interesse von Jugendlichen zu fördern. Dabei scheint es nicht verwunderlich, dass das Gros der Verweise insbesondere auf das Vermittlungsangebot von Klassikbetrieben zielt, sind die zitierten Akteure doch fast ausschließlich Verantwortliche in diesen.

Sozialisation/Image

In diesem Argumentationsstrang finden sich sowohl Elemente, die sich mit der »popkulturellen Sozialisation« der Jugendlichen beschäftigen, als auch Bereiche, die sich mit heutigen Erscheinungen wie der Medialisierung gesamter Lebensbe-

reiche befassen. Ein weiterer Aspekt dieser Dimension, in der sich insbesondere Elemente von »Lösungsstrategien« sammeln, sind Fragen des Images beziehungsweise des Versuchs, Identität mit heutigen Formen des Konzerts zu stiften. Viele Jüngere erlebten eine völlig andere musikalische Sozialisation. Es sei eben nicht die klassische Musik als solche, die die Jugend abschrecke, sondern das *Ritual* (*Kölner Stadt-Anzeiger*, 30.3.2010). Auf dieses sozialisationsorientierte Erklärungsmodell wird aber von keinem anderen Akteur eingegangen. Vielmehr entwickelt sich eine Debatte über die Position des Klassikbetriebs innerhalb eines wachsenden Erlebnismarktes. Dabei werden drei Optionen diskutiert: Erstens müssen Konzert und Oper heute mit einer Vielzahl anderer Freizeitmöglichkeit konkurrieren. Zweitens gibt es Forderungen nach mehr Klassik in den Medien. Drittens wird vorgeschlagen auf neue Lebenswelten zu reagieren und davon auch selbst zu profitieren, etwa unter dem Stichpunkt »Crossover als Zukunftsmodell«. Durchaus kritisch wird das derzeitige Image des Konzerts angesprochen, insbesondere von Journalisten, zum Beispiel in der *Schwäbischen Zeitung* (10.3.2010): »Graue Schläfen, Krawatte, Hörgerät: das klassische Opernpublikum hat alles andere als ein jugendliches Image.« Jedoch wird nur eine Lösungsstrategie vorgeschlagen, nämlich über junge Solisten Identifikationspotentiale zu schaffen.

Innovation/Aufführungskultur

Hier versammeln sich fast ausschließlich »Lösungsstrategien«, die sich auf den Faktor Innovation beziehungsweise auf eine Veränderung der Aufführungskultur beziehen.

Den Ausgangspunkt macht dabei der Herausgeber mit seiner Forderung: Um das Konzert zu erhalten, muss man es verändern. Für diese Forderung erhält er Zuspruch, zum Beispiel von Stefan Tillich, dem Intendanten des *Landestheaters Niederbayern*: »Im Grund ist die Klassik nicht unschuldig, da sie sich für elitär hält.« (*Passauer Neue Presse*, 13.3.2010). Dieser Elitarismus zeigt sich aber insbesondere in journalistischen Argumentationen, zum Beispiel von Thomas Steinfeld, der sich in der *Süddeutschen Zeitung* (4.3.2010) gegen eine Veränderung der Aufführungskultur wendet: »Sie meint, alles über das Verhältnis zwischen der Musik und ihrem Publikum zu wissen, dann denkt sie nicht mehr an das Verhältnis zwischen der Musik und ihrer Aufführung«. Bei vielen scheint diese Argumentation auch aus einer Angst vor einer möglichen »Eventisierung« zu stammen.

Kulturpolitik/Kulturfinanzierung

Interessant für die Debattenanalyse ist immer auch, welche Argumentationen nur in geringem Maße aufgegriffen werden, also die Frage: Was wird nicht gesagt? Bei der fünften Dimension »Kulturpolitik/Kulturfinanzierung« gehen wir von einem solchen Verhalten aus, konnten wir doch lediglich drei Elemente identifizieren, die entweder darauf verweisen, dass die öffentliche Kulturförderung unangemessen sei, die Finanzierbarkeit des Klassikbetriebs diskutiert werde oder darauf verwiesen, dass die Orchester mit der finanziellen Situation überfordert seien.

Akteure: Medienzugang und Positionierung

Um die Struktur der Debatte zu erfassen, ist auch eine Analyse jener Akteure sinnvoll, die mediales Gehör gefunden haben. Insbesondere sind dies Personen (in der Regel Intendanten oder Pressesprecher), die Trägern öffentlicher Musikbetriebe zugeordnet werden können, der Klassik Lobby und den Musikpädagogen. Sie generieren eine knappe Zwei-Drittel-Mehrheit im öffentlichen Diskurs.

Die Politik ist mit einem einzigen vertretenen Akteur nahezu unsichtbar in der Debatte. Akteure aus dem Wissenschaftssystem sind ebenso, abgesehen von den Studienautoren, in der Debatte fast abwesend. Im Vordergrund stehen insbesondere Akteure von öffentlichen Musikträgern, Verbandsvertreter von Musikinteressen, private Musikträger und Journalisten. Festzustellen ist, dass journalistische Argumentationen sich nicht auf gemeinsame Positionen verdichten lassen. Hingegen ist dies für die Akteure aus dem öffentlichen Musikbetrieb, dem privaten Musikbetrieb, Lobbies und Pädagogen ersichtlich. Hier scheinen die Positionierungen ziemlich klar, wenngleich die Nuancierungen beziehungsweise die in den Vordergrund gestellten Aspekte der Debatte immer wieder wechseln.

Kontextualisierung und Diskussion

Unsere Ausgangsfrage war jene, warum der Band »Das Konzert« solch ein unerwartetes Medieninteresse hervorgerufen hat. Offensichtlich ist nun, dass die Diskrepanz der wissenschaftlichen Thesen und den Meinungen der Akteure des öffentlichen Musikbetriebs, dem Buch diese Karriere bescherte. Diese können wir nach der wissenschaftlichen Aufarbeitung der von den Akteuren in die Diskussion eingebrachten Argumentationen nun genauer bestimmen.

Zur Themenkategorie »Krise des Konzerts« sprechen insbesondere die älteren Intendanten von stabiler Auslastung, dass es keinen Anlass zur Sorge gäbe, da höchstens »eine Verschiebung nach oben« exisitiert. Diese Einschätzungen werden zumeist nicht und höchstens nur durch ältere Zahlen belegt. Es zeigen sich zwei Realitäten: Jene vieler Intendanten, nach denen es keine Krise gibt, und jene der Wissenschaft.

Zudem wird von Seiten des öffentlichen Musikbetriebs argumentiert, dass man erst im Alter »auf den Geschmack« der klassischen Musik komme, eine gewisse »ästhetische Reife« notwendig sei, die jüngere Hörer (also 20- bis 45-Jährige) noch nicht hätten. Als weiteres Argument für das Ausbleiben der »Jungen« wird genannt, dass in diesem Alter die meisten mit Beruf und Familiengründung beschäftigt seien und dann eben später zu Konzertgängern würden. Beide Aussagen stehen den Studienergebnissen entgegen. Auch das Kulturkonsumverhalten der »Jungen« (die zunehmend kinderlos sind) kann wohl kaum als ernsthaftes Argument ins Feld geführt werden, vergleicht man den Zuspruch den Museen, Kinos oder Popkonzerten von diesen Altersgruppen erhalten.

Der offensichtliche Kontrast zwischen den Studienergebnisse und den Selbstaussagen vieler Intendanten eröffnet zwei mögliche Interpretationen: Die erste geht von der Prämisse aus, dass die in den Medien gefundenen Aussagen tatsächlich die Meinung der Akteure abbildet. Das würde bedeuten, dass man den gesellschaftlichen Wandel und das damit einhergehende Krisenszenario nicht sehen will. Es ergibt sich das Bild eines relativ geschlossenen Betriebs, geprägt durch ein elitäres Kulturverständnis, das sich an einer glanzvollen historischen Vergangenheit orientiert. Produktionsweisen und Organisationsformen, die sich seit dem 19. Jahrhundert kaum geändert haben und eine sichere finanzielle Ausstattung machen es weitgehend möglich, die sich mehr als deutlich abzeichnend Probleme des Konzertbetriebs zu ignorieren. Verstärkt wird diese Haltung gegebenenfalls auch dadurch, dass ein Großteil der Intendanten das Rentenalter erreicht, noch bevor der Publikumsschwund voll durchschlägt. Diese Haltung könnten wir als »Verdrängungsstrategie« beschreiben.

Die zweite Interpretation geht davon aus, dass den Intendanten das Problem durchaus bewusst ist, sie es aber nicht wagen, die Problematik öffentlich zu diskutieren. Hierbei handelt es sich dann um eine »Verdeckungsstrategie«. Denn zum einen könnte solch eine Diskussion die Spargelüste mancher Kämmerer und Finanzminister wecken, zum anderen sinkt die Attraktivität eines Hauses, wenn potenzielle Geldgeber wissen, dass sich dessen Publikum in den kommenden Jahren stark dezimieren wird. Die Intendanten befinden sich also in einer schwierigen Lage. Eigentlich müssten sie die Kultur des Hauses ändern. Dies kann jedoch nur gelingen wenn im Haus ein Problembewusstsein entsteht. Nach außen hin müssen sie ihr Haus allerdings zumindest emotional positiv belegen – denn das ist letztlich ihr »Produkt«. Diese zweite Interpretation wird gestützt durch die in fast allen Beiträgen gefundene Selbstaussage, dass die Überalterung schon ein Problem sei, dies aber eher für andere Häuser gelte, jedoch nicht für das eigene.

Eine Lösungsstrategie, die die meisten Häuser anstreben, konnten wir als Themenkategorie »Pädagogik/Musikvermittlung« identifizieren. Zum einen fanden wir dort die Kritik am Schulunterricht wieder, zum anderen die fehlende Klassikaffinität im Elternhaus. Beides kann »als Entlastungsargument« des klassischen Musikbetriebes gelesen werden. Zudem wird beklagt, dass Klassik in den Medien zuwenig Platz eingeräumt wird. (Dabei ist jedem anheim gestellt von *MTV* auf *Arte* und *3sat* zu schalten oder von einem Popsender auf *D-Radio Kultur* oder *SWR 2* etc.) Auch diese Argumentation kann dem Entlastungsargument hinzugeschlagen werden.

Bei der Analyse der medialen Struktur ist interessant, dass diese Themenkategorie, die wir »Pädagogik/Musikvermittlung« genannt hatten, die am stärksten vertretene ist. Verwiesen wird auf die Mannigfaltigkeit pädagogischer Bemühungen in Kinder- und Jugendkonzerten sowie Musikvermittlungsprogrammen. Diese Bemühungen zielen auf eine doppelte Ressourcensicherung: Sie dienen zunächst gegenüber der Kulturpolitik als Legitimation zur Erfüllung des öffentlichen Auftrages, sollen damit aber auch die Ressource »Publikum« sichern. Dass der Anteil dieser

Programme gegenüber dem Gesamtbudget der Häuser verschwindend ist und die Professionalisierung dafür vielerorts noch nicht stattgefunden hat, wird nicht thematisiert. Wichtiger erscheint jedoch die implizit unterlegte Prämisse, dass nicht das Haus seine Angebotsstruktur verändern muss, sondern das Publikum hin zum bestehenden Angebot erzogen werden soll. Weiter ist auffallend, dass »vermittelnde« Argumentationen hauptsächlich von Musikpädagogen hervorgebracht werden, man ihnen also durchaus (bewusst oder unbewusst formulierte) eigene Interessen unterstellen könnte. Hinzu kommt, dass trotz Angebotsbreite der Musikvermittlungsprogramme jegliche Studien zur Wirkung solcher Maßnahmen bisher fehlen. Nachhaltigkeit wird nicht thematisiert, es scheint mehr um das Signal »Wir tun etwas« zu gehen. Dieses Doppel aus kulturpolitischer Legitimation zur Zuwendungssicherung und pädagogischen Maßnahmen zur Publikumserziehung wollen wir als »Ressourcensicherungsstrategie« bezeichnen.

Im Gegensatz zu diesem Trend zur »Musikvermittlung« der letzen zehn Jahre ist auffallend, dass neue Angebotsformen, die den Markt der Formate klassischer Musik erweitern, sofortige Wirkung zeigen, ohne dass das Niveau der Veranstaltung gesenkt werden müsste oder eine Anbiederung an das Publikum stattfindet. Diese werden von den öffentlichen Institutionen jedoch kaum realisiert. Die Idee der Weiterentwicklung und Pluralisierung der Konzertformen (*Innovation*), stößt insbesondere bei den Journalisten auf Abwehrreaktionen: Das am häufigsten genannte Argument ist dabei das der »Eventisierung«. Ob eine Opernpremiere nicht auch ein »Ereignis« ist, bleibt dabei unhinterfragt. Exemplarisch zeigt sich dieses werkzentrierte Denken in der Argumentation von Thomas Steinfeld, der in der *Süddeutschen Zeitung* die These vertrat, dass das klassische Konzert im späten 19. Jahrhundert seinen Höhepunkt hatte und es besser sei, wenn niemand mehr ins Konzert ginge, als dass man das Format änderte. Die Monstranz des Werkes auf dem Podiumsaltar in seiner Heiligkeit zu zelebrieren, eine teleologische Geschichtsvorstellung, bei der nachfolgende Generationen nur noch als staunende Nachlassverwalter agieren. Dieses Bild scheint vielen Musikwissenschaftlern eher vertraut zu sein als die Vorstellung, dass das Konzert eine historische Präsentationsform ist, die sich in der Zeit und mit den Menschen weiter entwickeln muss, soll sie auch weiterhin auf Interesse stoßen. Denn nicht die Menschen sind für die Musik da, sondern die Musik für die Menschen. Solch ein Pragmatismus ist Teilen des öffentlich finanzierten Musikbetriebs und zu weiten Teilen insbesondere dem Musikfeuilleton fremd.

Bestärkt wird diese Interpretation des journalistischen Textmaterials mit Blick auf die Behandlung der Themenkategorie »Sozialisation/Image«. Sie wurde nur von zwei Akteuren aufgegriffen(!), das Thema scheint insgesamt wenig anschlussfähig zu sein. Dass die Sozialisation Jugendlicher seit den sechziger Jahren immer weniger durch klassische Musik und immer mehr durch Popmusik geschieht und das Image der Klassik als verstaubt, ergraut und unattraktiv gilt, wird vom Betrieb selbst kaum thematisiert – was darauf schließen lässt, dass hinsichtlich des Themas kaum Sensibilität besteht oder dass man darauf keine Antwort im Sinne einer

Lösungsstrategie hat. Die Themenkategorien »Innovation/Aufführungskultur« sowie »Sozialisation/Image« können als »Reformstrategie« zusammengefasst werden, handelt es sich doch um nichts anderes, als kritisch sein Selbstbild in Bezug auf das Fremdbild, das andere von einem haben, zu hinterfragen und daraufhin sein Handeln hinsichtlich der Veränderungsoptionen zu prüfen.

Die eigentliche Überraschung bei dieser Medienauswertung ist jedoch die Reaktion auf die Themenkategorie »Kulturpolitik/Kulturfinanzierung«. Das brisanteste Thema, die extreme Unausgeglichenheit der öffentlichen Zuwendungen und breitflächige Benachteiligung nicht staatlicher Organisationen, wurde nur noch von einem Akteur aufgegriffen: Alle anderen schweigen sich dazu aus. Dieses Verhalten wollen wir daher die »Schweigestrategie« nennen. Hält man sich vor Augen, dass mehr als 95 Prozent der öffentlichen Zuwendungen der Musikförderung wieder in öffentliche Institutionen fließen, ist dies auch nicht weiter verwunderlich. Die meisten der zu Wort Gekommenen sind die Empfänger dieser öffentlichen Leistungen von Bund, Länder und Gemeinden in Höhe von circa 2,4 Milliarden Euro jährlich. Sie haben ein Interesse daran, dass der Verteilungsschlüssel dieser Mittel weiter so bestehen bleibt, eine Thematisierung käme ungelegen. Man versucht im Rahmen der Verdeckungsstrategie gekoppelt mit der Schweigestrategie die Diskussion abzublocken. Ein Wettbewerb um Innovationen und Konzepte wie Nicht-Besucher zu Besuchern klassischer Konzerte gemacht werden können, wird durch die stark institutionalisierte Mittelverteilung kulturpolitisch verunmöglicht. Nicht zuletzt konkurriert eine Heerschar freier Musikschaffender (im Jahr 2007 waren 42 198 freischaffende Musiker bei der *Künstlersozialkasse* gemeldet) um die ein bis zwei Prozent jährlich frei vergebenen Projektmittel, in einem Markt der wie kaum ein anderer staatlich monopolisiert ist (vgl. Heinrichs/Tröndle 2009). Wenn also Thomas Steinfeld fragt: »Wem soll gedient sein, wenn die öffentliche Hand … mehr als nur ein Prozent der für die Musikförderung bestimmten Mittel für ›Innovationen‹ aufwendet?«, lässt sich dies nur als Ironie oder schlicht Unkenntnis lesen.

Wie unsere Analyse zeigt, schweigt die Kulturpolitik (noch) zu dieser Thematik in den Medien, obwohl sie doch die *New-Public-Governance-Modelle* und die damit einhergehenden Formen des Empowerment, also der Ermächtigung der nicht-staatlichen Akteure, großschreibt. Ein Grund für diese Zurückhaltung mag daran liegen, dass man im Hinblick auf Wählerstimmen die Macht des Feuilletons fürchtet. Dabei sollte jedoch bedacht werden, dass auch die Klassikkonzertbesucher als Wählerpotential immer weniger werden. Um die Kulturpolitik zur Reform zu ermutigen, hilft auch ein Blick in die Geschichte des Konzertwesens: Nahezu alle Innovationen im Klassikbetrieb (wie auch seine Entstehung selbst) wurden durch private Akteure realisiert. Verfolgt man allein die Entwicklungen im 20. Jahrhundert, lassen sich hier zum Beispiel die Alte Musik und die historische Aufführungspraxis, die Neue Musik, die Vielzahl der entstandenen Festivals, die Tonaufzeichnungs- und Abspielgeräte oder die in den letzten Jahren entstandenen professionellen Ensembles nennen. Dramaturgisch inspirierten Festivalmachern, hochspezialisierten En-

sembles, klugen Konzertveranstaltern und findigen Musikvermittlern sollte daher eine Chance gegeben werden, in einen positiven Wettbewerb um innovative Ideen und sinnliche Konzepte mit den etablierten Häusern einzutreten. Denn das Problem der Klassik ist nicht das (»ungebildete«) Publikum und ebenso keines zu geringer Budgets, sondern eines der Mittelverteilung und der fehlenden Innovationsfähigkeit des Betriebs.

Will man die Klassik tatsächlich erhalten, muss es darum gehen, die staatliche Monopolisierung partiell aufzuheben. Statt der bisherigen Mittelverteilung von zwischen 95 und 99 Prozent, die in öffentliche institutionalisierte Förderung fließen und ein bis fünf Prozent, die in die projektorientierte Förderung fließen, könnte man eine 80:20 Verteilung anstreben – 80 Prozent für den Erhalt der traditionellen Strukturen und 20 Prozent für neue, projektorientierte Konzertformen der Klassik durch private Initiativen. Mit dieser Neugewichtung von Tradition und Innovation ließe sich die Tradition der Klassik bewahren und ihr gleichzeitig eine echte Chance für eine facettenreiche und lebendige Zukunft geben, die den pluralen Lebensentwürfen des Publikums gerecht würden. Das hieße dann eine strategische und nachhaltige Infrastrukturpolitik zu betreiben.

Literatur

Heinrichs, Werner/Tröndle, Martin (2009): »Mehr Mut! Musikförderung als Risikoprämie. Ein Gespräch«, in: Tröndle, Martin: *Das Konzert: Neue Aufführungskonzepte für eine klassische Form*, Bielefeld: Transcript, S. 315–323

Tröndle, Martin (2009 a): *Das Konzert. Neue Aufführungskonzepte für eine klassische Form*, Bielefeld: Transcript Verlag

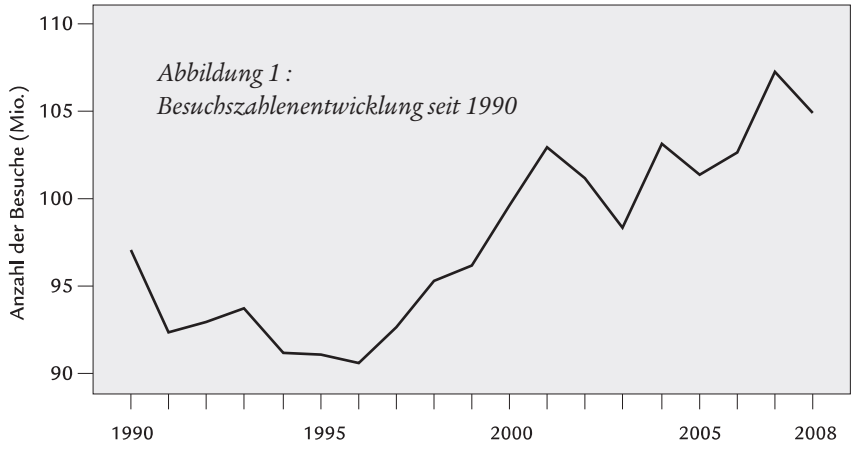
Tröndle, Martin (2009 b): »Von der Ausführungs- zur Aufführungskultur«, in: ders. *Das Konzert: Neue Aufführungskonzepte für eine klassische Form*, Bielefeld: Transcript Verlag, S. 21–44.

MONIKA HAGEDORN-SAUPE

Entwicklung der Museumslandschaft in Deutschland seit 1990

Mit diesem kurzen Artikel soll ein erster, einführender Überblick gegeben werden, wie sich die deutsche Museumslandschaft – statistisch – in den letzten 20 Jahren entwickelt hat.

Die folgende Abbildung belegt, dass sich das Interesse an Museen in Deutschland in den letzten 20 Jahren deutlich erhöht hat.



Quelle: Materialien aus dem Institut für Museumsforschung, Heft 63

Das *Institut für Museumsforschung der Staatlichen Museen zu Berlin – Preußischer Kulturbesitz (IfM)* führt seit 1981 jährlich eine schriftliche Befragung aller Museen in Deutschland durch, mit der es in jedem Jahr unter anderem Angaben zu den Besuchszahlen des vergangenen Jahres, zu Eintrittspreisen und Öffnungszeiten so-

wie zu Sonderausstellungen erbittet. Daneben umfassen die jährlichen Befragungen aller deutschen Museen jeweils einen ergänzenden Fragenkomplex, so dass über solche Grunddaten hinaus über ein weiterreichendes Spektrum der Museumsarbeit in Deutschland ebenfalls Informationen vorliegen. Fragen der Erhebungsjahre, die zum Teil auch für diesen Überblick aufgegriffen werden, betrafen beispielsweise folgende Themen:

- 1990, 1995 und 2000 den Denkmalschutz von Museumsgebäuden und Veränderungen von Dauerausstellungen,
- 2005 Fragen zu fotografischen Sammlungsbeständen der Museen,
- 2008 die Internetpräsenz deutscher Museen.

Während der Befragung für 2003 wurden Fragen zu Museumspersonal, Museumsleitung und Volontären an deutschen Museen (siehe Abschnitt »Museumspersonal«) gestellt, 2004 zur ehrenamtlichen Mitarbeit an deutschen Museen (siehe Abschnitt »Museumspersonal«), 2006 zum Stand der Digitalisierung an den deutschen Museen (digitale Kataloge, Internet-Verfügbarkeit, Personal, Finanzierung, Internetseiten der Museen) sowie 2007 zur Museumspädagogik (Personal, Zielgruppen, Internetseiten der Museen).

Für die Durchführung der jährlichen Befragung und für die statistischen Auswertungen führt das *Institut für Museumsforschung* eine Datenbank mit den Angaben zu den Standorten und den postalischen Adressen der Museen sowie zu deren Trägern und Sammlungsschwerpunkten.

Die Bezeichnung »Museum« ist in Deutschland kein geschützter Begriff. Daher kann sich im Grunde jede Einrichtung »Museum« nennen. Letztendlich bleibt die Entscheidung, was in den jeweiligen Bundesländern unter einem Museum verstanden wird, Sache der jeweiligen Kulturverwaltungen und Museumsverbände . Für statistische Zwecke wird für die Aufnahme von Museen in die Datenbank des *Instituts für Museumsforschung (IfM)* folgende Abgrenzungsdefinition zugrunde gelegt: Die Einrichtung muss über eine öffentlich zugängliche Sammlung verfügen, es muss einen klar abgegrenzten Ausstellungsbereich geben (also keine Ausstellung in Fluren von Rathäusern o. Ä.) und die Institution darf keine überwiegend kommerzielle Ausrichtung haben.

Mit den hier vorgelegten Ausführungen sollen einige Aspekte der Entwicklung der Museumslandschaft innerhalb der letzten 20 Jahre aufgezeigt werden, wie sie sich aus den erhobenen statistischen Daten ablesen lassen.

Erhebungsverfahren

Das Erhebungsverfahren umfasst jährlich mehrere Schritte: Aussendung des Fragebogens im Februar jeden Jahres, Erinnerungsschreiben an diejenigen Museen, die bis Mitte April nicht geantwortet haben, und telefonische Nachfrage bei denjenigen größeren Häusern, von denen im Juli noch keine Antworten vorliegen. Die Rücklaufquote liegt seit Jahren bei etwa 85 Prozent. Da vom *IfM* sichergestellt wird,

dass von allen größeren Häusern jährlich auch tatsächlich Zahlenwerte in die Erhebung einbezogen werden, kann davon ausgegangen werden, dass die ermittelte Jahresgesamtbesuchszahl als repräsentativ für die gesamte deutsche Museumslandschaft angesehen werden kann. Die Ergebnisse der jährlichen statistischen Erhebung werden auf der Webseite des *IfM* sowie als Druckpublikation veröffentlicht, die an alle Museen verteilt wird und vom *IfM* kostenlos angefordert werden kann.

Museumsstandorte in Deutschland

Für die jährlichen Befragungen werden diejenigen Häuser nicht berücksichtigt, die das ganze Jahr geschlossen waren. Außerdem werden für die Erhebungen aufgrund ihrer räumlichen Gegebenheiten einige Einrichtungen zu Museumskomplexen zusammengefasst, wenn eine jeweils einzelne Besuchszahlenermittlung nicht möglich war. Damit ist die jährlich in die Befragung einbezogene Grundgesamtheit geringer als die Gesamtanzahl der Museumsstandorte in der Datenbank des *IfM* und umfasste 1990: 4034 Standorte, 1995: 4919, 2000: 5827, 2005: 6155 Standorte und 2008: 6190 Standorte.

Tabelle 1: Anzahl der Museumsstandorte in der Datenbank des IfM

1990	1995	2000	2005	2008
4344	5204	6242	6505	6562

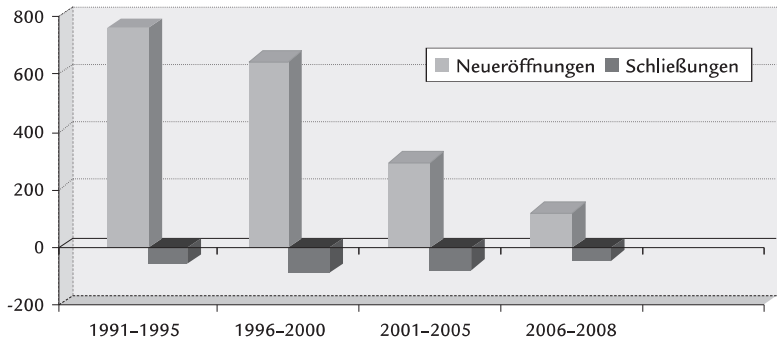
Zwischen 1990 und 1995 haben den Ergebnissen des *IfM* zufolge die Museumsstandorte, die in die Erhebungen einbezogen wurden, um etwa 22 Prozent zugenommen, zwischen 1995 und 2000 um 18 Prozent, zwischen 2000 und 2005 um sechs Prozent und zwischen 2005 und 2008 um ein Prozent.

Hierbei handelt es sich aber nicht ausschließlich um Museums-Neugründungen in diesen Jahren, sondern auch um die Vervollständigung der Erfassung kleiner und kleinster Einrichtungen, die bereits seit Jahren existieren, aber bisher in der Datenbank des *IfM* nicht erfasst waren.

In der Datenbank des *IfM* wird auch registriert, wann die Museumsstandorte eröffnet und gegebenenfalls geschlossen wurden. *Abbildung 2* zeigt, dass es in den Jahren 1991–1995 insgesamt 760 Neueröffnungen gab, 1996–2000: 642, 2001–2005: 296 und zwischen 2006 und 2008 nur 123. Das heißt die Gründungswelle, die sich noch für die 1990er Jahre beobachten ließ, hat deutlich nachgelassen.
Im Vergleich dazu wurden im Zeitraum von 1991–1995 insgesamt 56 Standorte geschlossen, 1996–2000: 88 Museumsstandorte, 2001–2005: 76 Standorte und 2006–2008 gab es 45 Schließungen.

Eine Zunahme an Museumsstandorten fand in allen Bundesländern statt – allerdings in unterschiedlichem Umfang: Die deutlichste Zunahme gab es in Brandenburg. Dort hat sich im Zeitraum der letzten 20 Jahre die Anzahl der Standorte

Abbildung 2 : Neueröffnungen und Schließungen von Museumsstandorten 1991–2008



fast verdreifacht. Die prozentual geringste Zunahme an Museumsstandorten mit etwa 15 Prozent nach der Statistik des *IfM* findet man in Hessen (s. *Tabelle 2*).

Die Einteilung in *Tabelle 3* ist die Klassifikation der Museumstypen, die das *IfM* (angenähert an die *UNESCO*-Einteilung) verwendet. Die Anzahl der Freilichtmuseen wird – da sie der Auswertung ebenfalls nach Sammlungsschwerpunkten zugeordnet in den verschiedenen Sammlungstypen enthalten sind – separat dargestellt.

Die Gruppe der »Volks- und heimatkundlichen Museen« umfasst auch regionalgeschichtliche Museen. In der Rubrik der »kulturgeschichtlichen Spezialmuseen« werden alle Museen zusammengefasst, die sich einem speziellen kulturgeschichtlichen Thema (z. B. »Zuckermuseum«) widmen und Personalmuseen sowie ethnologische Museen.

Bei der Betrachtung der Museumsstandorte nach Sammlungsschwerpunkt ist ebenfalls eine Zunahme bei allen Museumsarten festzustellen. Den größten Zuwachs gab es jedoch bei den naturwissenschaftlich-technischen Museen sowie bei den historisch-archäologischen Museumsstandorten. Im Prinzip unverändert blieben die Gruppen der Sammelmuseen (hierunter fallen beispielsweise große Landesmuseen, deren Sammlungen mindestens zwei verschiedenen Museumsarten zuzuordnen sind, also zum Beispiel ein Landesmuseum für Kultur- und Naturgeschichte).

Deutlich unterschiedliche Veränderungen gibt es, wenn die Museumsstandorte nach ihren Trägern gegliedert werden, wie *Tabelle 4* auf Seite 182 zeigt.

Bei den verschiedenen Trägerschaftstypen der Museen ist keine gleichmäßige Steigerung an Einrichtungen zu beobachten. Den prozentual höchsten Zuwachs haben die Einrichtungen in Trägerschaft von Stiftungen des privaten Rechts, anderen Formen des öffentlichen Rechts und Vereine. Eine gemeinsame Trägerschaft von privaten und öffentlichen Trägern dagegen ist im Laufe der letzten 20 Jahre kontinuierlich zurückgegangen.

Tabelle 2: Anzahl Museumsstandorte in den Befragungsjahren 1990/1995/2000/2005/2008 pro Bundesland

Bundesland	1990	1995	2000	2005	2008
Baden-Württemberg	748	870	1 028	1 032	1 029
Freistaat Bayern	704	855	979	1 100	1 115
Berlin	110	138	146	146	151
Brandenburg	116	175	322	348	339
Bremen	20	22	30	28	32
Hamburg	47	51	60	54	56
Hessen	362	414	415	427	411
Mecklenburg-Vorpommern	105	119	159	209	213
Niedersachsen	417	514	620	645	631
Nordrhein-Westfalen	481	589	655	676	684
Rheinland-Pfalz	215	298	387	381	400
Saarland	44	59	61	58	59
Freistaat Sachsen	271	297	354	384	389
Sachsen-Anhalt	135	169	212	224	229
Schleswig-Holstein	120	169	202	232	235
Thüringen	139	180	197	211	217
Gesamt	4 034	4 919	5 827	6 155	6 190

Tabelle 3: Anzahl Museumsstandorte pro Sammlungsschwerpunkt

Museumsart	1990	1995	2000	2005	2008
Volks- und Heimatkundemuseen	1 961	2 337	2 685	2 781	2 783
Kunstmuseen	426	534	585	616	634
Schloß- und Burgmuseen	191	220	254	264	259
Naturkundliche Museen	214	249	297	316	314
Naturwissenschaftl. und techn. Museen	381	519	683	741	753
Historische und archäologische M.	228	280	362	410	423
Sammelmuseen mit komplexen Beständen	25	28	27	27	28
Kulturgeschichtliche Spezialmuseen	530	677	852	920	918
Mehrere Museen in einem Komplex	78	75	82	70	78
Gesamt	4 034	4 919	5 827	6 155	6 190

*Tabelle 4: Anzahl Museumsstandorte pro Trägertyp**

Träger	1995	2000	2005	2008
Staatliche Träger	463	490	478	480
Gebietskörperschaft	2 204	2 476	2 515	2 510
Andere Form öffentl. Rechts	275	361	431	429
Verein	1043	1381	1680	1713
Gesellschaften/ Genossenschaft	178	216	261	267
Privatrechtl. Stiftung	50	75	116	126
Privatpersonen	385	490	466	460
Mischformen priv. und öffentlich	321	338	208	205
Gesamt	4 919	5 827	6 155	6 190

* Da keine Trägerangaben für Museen der neuen Bundesländer für 2000 vorlagen, enthält diese Tabelle keine Angaben für 1990

Tabelle 5: Anzahl Museumsbesuche in den Befragungsjahren 1990 / 1995 / 2000 / 2005 / 2008 pro Bundesland

Bundesland	1990	1995	2000	2005	2008
Baden-Württemberg	11 666 481	12 401 740	13 823 979	13 710 671	13 709 214
Freistaat Bayern	18 506 021	16 841 113	18 968 789	18 662 501	18 233 122
Berlin	8 439 821	5 964 710	8 117 435	10 907 354	13 395 634
Brandenburg	2 865 936	2 688 616	3 475 579	3 545 508	3 511 229
Bremen	1 017 126	987 140	1 296 394	1 383 031	1 599 206
Hamburg	1 461 842	2 157 680	2 128 328	2 083 341	2 290 066
Hessen	7 730 485	4 603 852	4 824 751	4 700 957	4 805 037
Mecklenburg-Vorpommern	2 643 551	2 589 717	3 275 718	3 094 003	3 561 231
Niedersachsen	7 287 102	7 964 649	7 911 772	6 716 748	6 717 351
Nordrhein-Westfalen	12 923 796	12 385 688	12 545 769	14 766 683	14 555 679
Rheinland-Pfalz	4 301 654	4 505 507	4 139 670	3 765 537	3 959 942
Saarland	344 280	381 679	509 079	669 701	619 371
Freistaat Sachsen	7 036 380	7 555 222	8 231 894	7 794 801	8 222 174
Sachsen-Anhalt	2 974 421	2 397 112	2 536 688	2 648 986	2 811 430
Schleswig-Holstein	3 073 502	3 106 924	3 043 637	2 650 752	2 684 458
Thüringen	4 817 137	4 530 827	4 730 519	4 306 232	4 177 190
Gesamt	97 089 535	91 062 176	99 560 001	101 406 806	104 852 334

Tabelle 6: Besuchszahl pro Sammlungsschwerpunkt

Museumsart	1990	1995	2000	2005	2008
Volks- und Heimatkundemuseen	17 920 701	18 732 102	18 738 124	16 184 924	15 828 010
Kunstmuseen	16 817 988	14 649 422	15 122 278	19 230 660	19 688 808
Schloß- und Burgmuseen	13 076 248	12 337 042	13 660 947	12 289 080	12 644 814
Naturkundliche Museen	6 686 960	6 415 215	6 899 794	7 183 369	7 948 790
Naturwissenschaftl. u. techn. Museen	13 098 915	12 462 145	14 661 573	14 588 094	14 809 813
Historische und archäologische M.	10 859 140	11 120 218	14 007 624	15 305 366	16 444 073
Sammelmuseen mit komplexen Beständen	2 452 210	2 138 204	2 235 657	2 272 595	2 381 393
Kulturgeschichtliche Spezialmuseen	7 685 987	8 488 803	9 754 223	10 497 964	10 626 392
Mehrere Museen in einem Komplex	8 491 386	4 719 020	4 479 781	3 854 754	4 480 241
Gesamt	97 089 535	91 062 176	99 560 001	101 406 806	104 852 334

Besuchszahlen an den deutschen Museen

Besuchszahlen sind ein Schwerpunkt der Statistik des *Instituts für Museumsforschung*. Mit diesen Erhebungen kann aber lediglich festgestellt werden, wie oft die Museen besucht wurden. Es geht nicht aus ihnen hervor, von welchen konkreten Einzelpersonen sie wie oft besucht worden sind. Wir sprechen daher nicht von Besucherzahlen, sondern von Besuchszahlen, also von der Anzahl der *Museumsbesuche* und *nicht* von der Anzahl der *Museumsbesucher*. (Siehe *Tabelle 5*)

Während die Anzahl der Museen in den letzten 20 Jahren deutlich zugenommen hat (Zuwachs von mehr als 50%), sind die Besuchszahlen aller Museen insgesamt nicht in gleichem Umfang gestiegen (etwa 8%). In etwa der Hälfte der Bundesländer ist die Gesamtzahl der Besuche im jeweiligen Land gleich geblieben oder gar leicht gesunken, in der anderen Hälfte hat die Gesamt-Besuchszahl im Vergleich mehrheitlich leicht zugenommen. Den prozentual größten Zuwachs haben die Museumsstandorte in Berlin.

Betrachtet man also die Museumsstandorte gruppiert nach ihren Sammlungsschwerpunkten und schaut sich deren Entwicklung der Besuchszahlen an, so zeigen sich hier deutliche Unterschiede. Den größten Zuwachs an Besuchen gibt es dabei bei der Gruppe der historischen und archäologischen Museen.

Die Entwicklung der Besuchszahlen in den Häusern steht zum Teil in Zusammenhang mit der Veränderung der Trägerschaften selbst, die Besuchszahlen verändern sich aber nicht völlig parallel dazu. Bezogen auf die Anzahl der Einrichtungen in den verschiedenen Gruppen hat die Zahl der Einrichtungen in gemischter Trägerschaft (privat und öffentlich) deutlich abgenommen, entsprechend ist auch die Gesamt-Besuchszahl in den Häusern dieser Gruppe zurückgegangen. Anderer-

*Tabelle 7: Besuchszahl pro Trägertyp**

Art des Trägers	1995	2000	2005	2008
Staatliche Träger	25 755 738	25 827 768	23 442 110	23 515 256
Gebietskörperschaft	27 247 979	27 192 608	24 725 948	24 684 859
Andere Form öffentl. Rechts	12 178 930	18 440 679	23 598 131	25 924 449
Verein	9 567 454	11 072 219	12 229 352	12 436 550
Gesellschaften/Genossenschaft	7 235 641	7 200 913	10 174 185	10 277 564
Privatrechtl. Stiftung	1 652 693	2 377 881	2 805 789	3 013 457
Privatpersonen	3 974 212	4 048 897	2 833 568	2 773 142
Mischformen privat und öffentlich	3 449 529	3 399 036	1 597 723	2 227 057
Gesamt	91 062 176	99 560 001	101 406 806	104 852 334

* Da keine Trägerangaben für Museen der neuen Bundesländer für 2000 vorlagen, enthält diese Tabelle keine Angaben für 1990

seits sind die Gruppen der Museen in staatlicher Trägerschaft und in Gebietskörperschaften leicht gewachsen, die Besuchszahl dieser beiden Gruppen ist allerdings zurückgegangen.

Museumspersonal

Bis zum Jahre 1997 veröffentlichte das *Statistische Amt der Stadt Stuttgart* im Auftrag des *Deutschen Städte- und Gemeindetages* in mehrjährigen Abständen eine Statistik über die deutschen Museen in Gemeinden mit über 20 000 Einwohnern, die auch (im Gegensatz zum *IfM*) Daten zu Personal und Finanzierung enthielt. Diese Statistik konnte aus Kostengründen nicht fortgeführt werden.[1]

Wie bereits erläutert, umfasst die jährliche Befragung an allen deutschen Museen seit Jahren immer neben den Standardfragen auch Fragen zu einem ergänzenden Themenkomplex. Im Rahmen der im Jahr 2003 durchgeführten Befragung mit der Bitte um Angaben für 2002 wurden Antworten zum Museumspersonal erbeten, da nach 1997 keine umfassenden Informationen zu Personaldaten deutscher Museen mehr zur Verfügung standen.
Die Erhebung (siehe *Tabelle 8*) belegt, dass von denjenigen Museen, die die Frage nach der Museumsleitung beantwortet haben, der Anteil der Museen, die hauptamtlich geleitet werden, etwa gleich groß ist wie der Anteil, die ehrenamtlich geleitet werden.

Bei einer prozentual kleineren Gruppe (8,6 %) werden die Museen nebenamtlich geleitet, das heißt der- oder diejenige, die die Museumsleitung wahrnimmt, hat auch andere Aufgaben, die sich nicht auf das Museum beziehen (z. B. Leitung eines Kulturamtes). Bei genauerer Analyse sieht man dann, dass sich die Situation

1 Einige Daten zu den Museen in der DDR finden sich in: Statistisches Bundesamt: »Sonderreihe mit Beiträgen für das Gebiet der ehemaligen DDR«, Heft 7: »Kultur in Übersichten 1970 bis 1989«.

Tabelle 8: Leitung der Museen (2002)

	Anzahl Museen	In Prozent
Hauptamtliche Leitung	1 978	46,4
Nebenamtliche Leitung	366	8,6
Ehrenamtliche Leitung	1 920	45,0

Tabelle 9: Hauptamtliche Museumsleitung (2002)

Geschlecht	Anzahl Museen	In Prozent
Männlich	1 146	57,9
Weiblich	719	36,4
Keine Angabe	113	5,7
Gesamt	1 978	100

bei den verschiedenen Museumsarten und Trägertypen deutlich unterscheidet (vgl. *Materialien aus dem Institut für Museumsforschung*, Nr. 57, S. 49 ff.).

Betrachtet man nur die Museen unter hauptamtlicher Leitung, sieht man, dass der Anteil der Männer in Leitungsfunktion deutlich höher ist als der der Frauen (s. *Tabelle 9*).

Von den 4381 Museen, die die Frage nach ihrem Personal beantwortet haben, haben 2704 (=61,7%) fest angestelltes Personal (vom Ein-Personen-Musum bis zu Museen mit mehreren hundert Beschäftigten), 107 Museen haben keine fest angestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sondern Personal mit zeitlich befristeten Arbeitsverhältnissen (gegebenenfalls auch in Kombination mit Honorarkräften und ehrenamtlich Mitarbeitenden), in 1570 Museen erfolgt die Tätigkeit ausschließlich durch ehrenamtliches Personal (gegebenenfalls auch mit Unterstützung durch freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Honorarvertrag).

Wie sich im Rahmen der Erhebung für 2002 zeigte (und oben kurz dargestellt wurde), findet Museumsarbeit in einem beträchtlichen Umfang auch durch ehrenamtliche Tätigkeit statt. Das *IfM* hatte daher in seiner Erhebung für 2003 als ergänzenden Themenschwerpunkt weitere Angaben zur ehrenamtlichen Tätigkeit in deutschen Museen erbeten (vgl. *Materialien aus dem Institut für Museumskunde*, Heft 58 (2004), S. 49 ff.).

Die Erhebung hat gezeigt, dass in etwa zwei Drittel der Häuser (3010 Museen von 4485 Häusern, die die Frage nach ehrenamtlicher Mitarbeit beantworteten) eine ehrenamtliche Tätigkeit erfolgt. Die Anzahl der in Museen ehrenamtlich Tätigen ist keine konstante Größe. Sie hängt zwar nicht ausschließlich, aber doch in starkem Umfang von temporären Aufgaben ab. Die Momentaufnahme für das Jahr 2003 belegt, dass zu diesem Zeitpunkt über 30000 Personen in deutschen

Tabelle 10: Arbeitsbereiche von Ehrenamtlichen in Museen

Arbeitsbereiche	Anzahl Museen	In Prozent der Museen mit Angaben zu dieser Frage
Museumsleitung	1 400	48,1
Verwaltung	911	31,3
Öffentlichkeitsarbeit	1 218	41,9
Besucherservice	1 349	46,4
Pflege von Außenkontakten	820	28,2
Führungen	1 889	65,0
Vorführungen	611	21,0
Veranstaltungen	1 224	42,1
Konzeption der Dauerausstellung	759	26,1
Aufstellung der Dauerausstellung	705	24,2
Konzeption der Sonderausstellungen	820	28,2
Aufstellung der Sonderausstellungen	917	31,5
Wissenschaftliche Sammlungsbetreuung	381	13,1
Inventarisierung/Dokumentation	1 100	37,8
Fotografie / Grafik	623	21,4
Restaurierung	623	21,4
Bibliothek	550	18,9
Archiv	825	28,4
Kasse	799	27,5
Garderobe	100	3,4
Aufsicht	1 302	44,8
Museumsshop	405	13,9
Raumpflege	811	27,9
Instandhaltung der Räume	829	28,5
Sonstiges	257	8,8

Quelle: Materialien aus dem Institut für Museumskunde, Heft 58 (2004), S. 55

Museen ehrenamtlich tätig waren (davon etwa die Hälfte in lokal- und regionalgeschichtlichen Einrichtungen, einschließlich volks- und heimatkundlichen Museen). Aber auch in etwa jedem zweiten naturwissenschaftlich-technischen Museum arbeiten ehrenamtlich Aktive.

Interessant zu sehen ist das Spektrum der Tätigkeiten, die von Ehrenamtlichen wahrgenommen werden. Von den 2908 Museumseinrichtungen, die Angaben hierzu machten, wurden die Aufgaben, wie sie in *Tabelle 10* zusammengestellt sind, benannt.

Insgesamt sind es neben der Museumsleitung die Bereiche Führungen, Besucherservice, Aufsicht, Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit, in denen Ehren-

amtliche tätig sind. Abgesehen von der Leitung sind die Aufgabengebiete, die am häufigsten genannt wurden also die, die eine Mittlerfunktion zwischen der Sammlung und den Besucherinnen und Besuchern darstellen. Es ist daher wichtig zu wissen, dass etwa 50 Prozent der Einrichtungen ihre ehrenamtlich Tätigen für deren Aufgaben schulen.

Ausstellungshäuser

Da eine nicht unbeträchtliche Zahl von Ausstellungen auch außerhalb von Museen von eigens dafür verantwortlichen Veranstaltern (Kunsthallen ohne eigene Sammlungen, Veranstaltungs-GmbHs usw.) organisiert wird, ergänzt das *IfM* seit langem seine jährliche Erhebung an den deutschen Museen mit einer ebenfalls jährlichen Befragung dieser Ausstellungshäuser. Für Ausstellungshäuser gilt im Prinzip die gleiche Abgrenzungsdefinition wie die für Museen. Da Ausstellungshäuser in den neuen Bundesländern erst Anfang der 1990er Jahre erfasst wurden, können Angaben für die Ausstellungshäuser hier erst ab 1995 dargestellt werden.

Tabelle 11: Ausstellungshäuser

	1995	2000	2005	2008
Anzahl Ausstellungshäuser	495	490	488	488
Besuchszahl	4 679 077	5 333 834	6 924 337	6 185 463

EGMUS – Die europäische Ebene

Da bereits in den 1990er Jahren immer häufiger die Frage nach vergleichbaren Daten aus Nachbarländern auftauchte, etablierte sich auf Initiative des *Instituts für Museumsforschung* im Jahr 1994 ein europäischer Arbeitskreis mit dem Ziel, zunächst einen Überblick über die museumsstatistischen Daten zu erarbeiten, die in europäischen Ländern vorliegen. Durch die Beteiligung auch der Einrichtungen, die in den einzelnen Ländern für die Museumsstatistik verantwortlich sind beziehungsweise diese erarbeiten, soll nach und nach erreicht werden, dass besser vergleichbare Daten für den Museumsbereich in Europa vorliegen.

Im Jahr 2002 wurde die Gruppe mit einer weiteren Arbeitsgruppe (*LEG*) zusammengelegt, die sich ebenfalls mit Fragen der Museumsstatistik beschäftigt. Die neu gebildete Gruppe gab sich den Namen *EGMUS* (*European Group on Museum Statistics*). In deren Rahmen wurde 2004 »A Guide to European Museum Statistics« publiziert, deren überarbeitete Neuauflage für 2011 in Vorbereitung ist sowie die Webseite www.egmus.eu aufgebaut. Ein Musterfragebogen wurde ebenfalls erarbeitet, der ganz oder in Auszügen bereits in einer Reihe von Erhebungen in europäischen Ländern eingesetzt worden ist, so dass nach und nach besser vergleichbare Daten vorliegen beziehungsweise vorliegen werden.

Mechthild Eickhoff

Irgendwas mit Kunst und Kindern?

40 Jahre Jugendkunstschulen in Deutschland

Malerei im großen Format, Zeichnen als Miniatur, Animationsfilm in der Ganztagsschule, Bildhauerei in der KITA, Gedichte aus der Druckwerkstatt, Mappenvorbereitung und Theaterexperiment, Performance mit Musik oder integratives Tanzstück zum Festival, Mitmachaktion zum Stadtjubiläum oder Kinderkultur-Ausstellung zum Thema Zeit: Kulturelle Bildung in den etwa 400 Jugendkunstschulen und Kulturpädagogischen Einrichtungen in Deutschland hat nahezu ebenso viele Facetten wie es Orte dieses Einrichtungstyps gibt.

Es sind – trotz ihres Namens – außerschulische Einrichtungen, die sich je Ort und Bundesland in unterschiedlichen Ressorts verorten: Es gibt kommunal getragene Einrichtungen im Kulturamt, die von der Landesebene Fördermittel aus dem Sektor Jugend erhalten; es gibt freie Jugendhilfeeinrichtungen mit Jugendkunstschulprofil, die vom Kultur- beziehungsweise Kunstministerium des Landes anteilig gefördert werden, es gibt gemeinnützige Kreativitätswerkstätten frei von jeder strukturierten, öffentlichen Unterstützung. Die Jugendkunstschulen – und im Folgenden seien mit diesem Namen all ihre Varianten umfasst – agieren in und zwischen den politischen Feldern Jugend/Soziales, Kultur/Kunst und Bildung. Sie zielen auf die Persönlichkeitsbildung mit Kunst und Kultur, sie wollen mit ihren Konzepten Kleinkindern, Kindern und Jugendlichen und mehr und mehr auch jungen und älteren Erwachsenen einen Spiel- und Entfaltungsraum durch die und mit den Künsten an die Hand geben. Die so genannte Breitenförderung bieten sie ebenso an wie die Spitzenförderung durch ihre Vorbereitung auf künstlerische Berufe.

Sie vereinen im besten Fall »alle Künste unter einem Dach« und ermöglichen so in Kursen, Workshops, Ferienateliers, Projekten oder Schul- und Kita-Kooperationen eine breit angelegte Anregung, die eigenen gestalterischen Fähigkeiten Stück für Stück zu entdecken und mitunter bis zur Hochschulqualifizierung zu entfalten.

Der *Bundesverband der Jugendkunstschulen und Kulturpädagogischen Einrichtungen e. V.*, kurz *bjke*, hat sich 1983 – etwa 15 Jahre nach Gründung der ersten Jugendkunstschulen – in Nordrhein-Westfalen gegründet. Seine Mitglieder sind die Landeszusammenschlüsse der einzelnen Einrichtungen in den Bundesländern. Als Gründungsphase der ersten Jugendkunstschulen können die Jahre 1967 bis 1969 genannt werden. Die *Volkskunstschule Oederan* in Sachsen ermöglicht seit 1967 einer breiten Bevölkerung die Auseinandersetzung mit Kunsthandwerk und Kunst, während sich 1968 und 1969 in Wuppertal und Wesel (Nordrhein-Westfalen) die ersten Kreativitäts- beziehungsweise Jugendkunstschulen gründeten.

Datenerhebungen des bjke

Auf der Basis seiner Mitgliedsstrukturen hat der *bjke* erstmals 1991 und 1994/95 sowie in 2007/08 Daten von Jugendkunstschulen und kulturpädagogischen Einrichtungen im gesamten Bundesgebiet erhoben. Wo ein Vergleich aufgrund der Erhebungs- und Auswertungsweise möglich ist, gestattet er Entwicklungen und Veränderungen abzulesen, was den bundesweiten Durchschnitt betrifft. Ein Blick in die Bundesländer und auf die Ortsebene eröffnet jedoch starke Abweichungen vom Durchschnitt der Zahlen, die das Angebot für Kinder und Jugendliche vor Ort strukturell prägen.

Zielgruppe: Kinder und Jugendliche im Zentrum

Die rund 400 Jugendkunstschulen und kulturpädagogischen Einrichtungen in Deutschland erreichen derzeit rund 600000 aktive Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in Kursen, Workshops, Projekten, Mitmachausstellungen und Kooperationen. Die Erhebung von 1994/95 ermittelt die Anzahl von 1,4 Millionen Besuchen pro Jahr insgesamt und ist damit kaum vergleichbar. Hier werden 70 Teilnehmende pro Einrichtung und Woche ermittelt, eine Hochrechnung ergäbe hier die Anzahl der Besuche, jedoch nicht die Zahl der verschiedenen Besucher. Der *bjke* geht davon aus, dass sich diese Zahl in den vergangenen 15 Jahren alleine aufgrund der gewachsenen Zahl der Einrichtungen von rund 250 (1993) auf 400 in 2007 gesteigert hat. Hinzu kommt die wachsende Bedeutung der Kooperation mit Schul- und Kindergarten/-tageseinrichtungsgruppen.

Insgesamt sind 63,5 Prozent der Nutzerinnen und Nutzer zwischen sechs und neunzehn Jahre alt. Die stärkste Zielgruppe sind dabei die Sechs- bis Dreizehnjährigen mit 47 Prozent, insgesamt in einem Verhältnis von 60 zu 40, was die Verteilung auf weibliche und männliche Kinder und Jugendliche betrifft. Die Vergleichszahlen von 1994 weisen für das Spektrum von sieben bis achtzehn Jahren insgesamt 70 Prozent auf. Größere Abweichungen gibt es bei den Zahlen zu erwachsenen Jugendkunstschulbesucherinnen und -besucher: mit knapp sechzehn Prozent im Jahr 2007 und acht Prozent im Jahr 1995 ist eine Verschiebung zugunsten Älterer festzustellen.

Tabelle 1: Nutzergruppen

Altersgruppe	Bund 1994	Bund 2007	Niedersachsen 2007	Brandenburg 2003	NRW 1999–2001
Vorschulkinder	13 %	12,3 %	26,5 %	9 %	nicht erfasst
6–13-Jährige	ca. 50 %	47,3 %	50,6 %	53 %	ca. 55 %
14–26-Jährige	28 %	24,8 %	8,9 %	25,5 %	ca. 35 %
Über 26-/27-Jährige	8 %	15,9 %	ca. 14 %	10,5 %	ca. 5 %

Passt man die unterschiedlichen Altersgruppierungen der Befragung 1994 an diejenige von 2007 an, so ergibt sich in etwa das folgende Bild, welches durch die Einzelauswertung des Bundeslands Niedersachsen – sowie Brandenburg 2003 und Nordrhein-Westfalen 1999 – veranschaulicht, dass es länderspezifische Unterschiede gibt, die die Situation vor Ort besser kennzeichnen, als der Durchschnittswert es vermag (s. *Tabelle 1*).

Während sich im Bundesdurchschnitt eine Entwicklung in Richtung erwachsene Nutzerinnen und Nutzer ablesen lässt, zeigt die Einzelansicht Niedersachsens eine Art »Frühförderprofil«. Derartige Zahlen sind nicht losgelöst von den Schwerpunkten der Bildungs- und natürlich Kultur- und Jugendpolitik eines Bundeslandes zu betrachten; beispielsweise setzt sich seit 2003 in allen Bundesländern die Ganztagsschule oder eine koordinierte Ganztagsbetreuung durch und bietet Jugendkunstschulen einerseits neue Kooperations- und Dienstleistungsfelder. Andererseits verknappt sie die Zeitressourcen der Kinder und Jugendlichen und veranlasst außerschulische Einrichtungen, neue Angebotsformate, -zeiten und Zielgruppen – darunter auch Erwachsene, Eltern-Kind-Gruppen oder Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in Fortbildungen – zu erschließen.

Kulturpublikum: Lebendige Kultur vor Ort

Präsentationen, Vorführungen, Performances, Auftritte, Vorstellungen – kurzum: Ein offenes Kulturleben zum Miterleben ist in der Arbeit der Jugendkunstschulen keine Marginalie. Über die Präsentation der künstlerischen Ergebnisse von Kindern und Jugendlichen wird aktuell ein Kulturpublikum erreicht, dass die Anzahl der »produzierenden« Kinder und Jugendlichen selbst noch leicht übersteigt: über 600 000 Interessierte, Freunde, Familienangehörige, Bekannte und andere besuchen derartige Präsentationen. Jugendkunstschulen tragen damit erheblich zum lokalen Kulturleben bei und zeigen die Potenziale der Bewohnerinnen und Bewohner öffentlich. Sie produzieren selbst niedrigschwellige Kulturangebote, die die sozial-kulturelle Lebensqualität der Gemeinde steigern.

Personalstruktur: Breite Konzepte auf schmalen Schultern

Die durchschnittliche Zahl der Beschäftigten je Einrichtung hat sich seit der Umfrage 1994/95 von 17 auf 23 erhöht. Das aktuelle Verhältnis von festen zu freien künstlerisch-pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern beträgt eins zu elf und war 1994 noch 1 zu 4,6 – allerdings nicht differenziert nach Aufgabengebieten, sondern bezogen auf das Gesamtpersonal; die Veränderungen sind – wie unten ersichtlich – vor allem dem Anstieg der freien (voraussichtlich freies künstlerisch-pädagogisches Personal) und ehrenamtlichen sowie der Mitarbeit von Praktikantinnen und Praktikanten zu verdanken. Demgegenüber nimmt die Zahl der staatlichen Arbeitsmaßnahmen deutlich ab, was mit dem Wegfall zahlreicher Förderprogramme in West und Ost leicht zu erklären ist (parallel hierzu ist auch der Anteil des Bundes an der Gesamtfinanzierung gesunken, s. u.).

Betrachtet man die Anzahl der Festangestellten in Jugendkunstschulen, so zeigt sich, dass sie etwas mehr als Einpersonenbetriebe sind. Rund zwei Drittel der Einrichtungen verfügen über festangestelltes Personal im künstlerisch-pädagogischen Bereich, rund einem Drittel fehlt jedwede Hauptamtlichkeit laut der *bjke*-Umfrage 2007. Im Jahr 1991 arbeiteten mit 37,1 Prozent ähnlich viele Jugendkunstschulen ohne fest angestellte Mitarbeiterin oder Mitarbeiter. Über zwei Drittel der Beschäftigten sind nach wie vor Frauen.

Die *Tabelle 2* auf der folgenden Seite zeigt den Vergleich der Erhebungen und die Verteilung der festen, freien, ehrenamtlichen und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus Maßnahmen und Freiwilligendiensten.

Trägerschaft und Finanzierung: Spagat zwischen Freiheit und Sicherheit

Mit 65 Prozent in 2007 (59,1 % in 1991, 61 % in 1994) befinden sich die meisten Einrichtungen in freier Trägerschaft, rund 30 Prozent in kommunaler Trägerschaft (38,7 % in 1991, 32 % in1994) und die übrigen in privater oder Stiftungshand. Damit hat sich seit den Erhebungen 1991 und 1994/95 eine Verschiebung in Richtung freier Trägerschaften vollzogen, was vermutlich auch auf Neugründungen in den neunziger Jahren zurückzuführen ist. Die Kommunen sind in diesem Bereich neuen Verpflichtungen gegenüber eher zurückhaltend, wobei sie gleichzeitig die stärksten und wichtigsten Förderpartner der Jugendkunstschulen insgesamt darstellen.

Der durchschnittliche Jahresetat einer Jugendkunstschule erreicht heute rund 144 000 Euro. 53 Prozent der Einrichtungen jedoch schaffen es lediglich bis zu 80 000 Euro im Jahr umzusetzen und liegen damit weit unter diesem Durchschnitt. Die Spitze machen allein fünf Prozent mit über 400 000 Euro Etat und zwölf Prozent mit über 300 000 Euro aus, die als Mehrspartenbetriebe (darunter Musik- *und* Kunstschulen) überwiegend in kommunaler Trägerschaft arbeiten. Diese extremen Abweichungen vom Durchschnitt spiegeln die lokale Situation: In jeder Kommune und in allen Bundesländern werden Jugendkunstschulen anders (zum Teil auch gar nicht) gefördert und greifen auf einen anderen Finanzie-

Tabelle 2: Personal je Einrichtung

	1991	1994/95	2007
Fest angestellt gesamt	2,1	2,28	2,40
– künstlerisch-pädagogisch	Nicht differenziert nach Aufgaben erhoben		1,30
– Verwaltung			0,80
– Haustechnik, Reinigung			0,30
Freie gesamt	11,6	10,48	14,86
– künstlerisch-pädagogisch	Nicht differenziert nach Aufgaben erhoben		14,30
– Verwaltung			0,22
– Haustechnik, Reinigung			0,34
gesamt übrige	4,4	4,05	6,07
Arbeitsamt/Agentur für Arbeit/AsSH	2,1	1,55	0,81
Ehrenamtliche	1,4	1,29	3,25
Praktikanten	0,5	0,57	1,48
Zivildienst	0,1	0,13	0,11
FJ (Kultur)	k. A.		0,15
Sonstige	0,3	0,51	0,27
Summe	18,1	16,81	23,33

rungsmix zurück. Dieser ist auch von der Lage der Einrichtung abhängig: In finanzstarken Regionen sind die Chancen auf einen höheren Anteil an Teilnehmerbeiträgen oder Sponsoring- und Spendenmitteln größer als bei Einrichtungen, die in wirtschaftlich schwächeren Regionen ein auch finanziell zugängliches Angebot vorhalten möchten.

Dabei spielen die Kommunen die wichtigste Förderrolle: Ihr Engagement spiegelt sich in rund 40 Prozent an den Etats der Einrichtungen, die selbst erwirtschaftete Mittel in etwa gleicher Höhe (38 %) gegenüberstellen. Dabei ist die Spanne das Entscheidende: Sie reicht von einer dünnen Spitze von sechs Prozent der Einrichtungen, hauptsächlich in kommunaler Trägerschaft, mit über 80 Prozent kommunaler Förderung bis zu 37 Prozent der Einrichtungen mit unter zehn Prozent kommunaler Förderung. Dahinter steht eindeutig das Vorhandensein oder Fehlen klarer bildungspolitischer Prioritäten auf Ortsebene.

Mit 11,3 Prozent durchschnittlichem Anteil am Gesamthaushalt der Jugendkunstschulen spielt die Landesförderung zwar eine Rolle, jedoch noch eine zu schwache – gerade vor dem Hintergrund der Gestaltungsverantwortung im Bereich Kultur und Bildung der Bundesländer.

Die nachfolgende *Tabelle 3* verdeutlicht die Entwicklung der Jahresetats und ihre Zusammensetzung.

Tabelle 3: Durchschnittlicher Jahresetat und Zusammensetzung

Durchschnittlicher Jahresetat			
1991 und 1994/Bund	2007/Bund	Niedersachsen 2007	NRW 2004
145 000 Euro (290 000 DM)	144 000 Euro	ca. 100 000 Euro	ca. 178 000 Euro
46 % bis 100 000 Euro 40 % zwischen 100 000 und 250 000 Euro 11 % zwischen 250 000 und 400 000 Euro 3 % über 400 000 Euro	53 % bis 80 000 Euro 12 % über 300 000 Euro 5 % über 400 000 Euro	k. A.	k. A.
Anteile 1991:	Anteile 2007:	Anteile 2007:	
– Kommune: 39,1 % – Land: 7,8 % – Bund incl. ABM: 12,1 % – Teilnehmerbeiträge, Einnahmen: 24,2 % – Sonstiges: 16,7 %	– Kommune: ca. 40 % – Land: 11,8 % – Bund: ca. 2 % – Teilnehmerbeiträge, Einnahmen: 38 % – Sonstiges: 8,2 %	– Kommune: ca. 35 % – Land: 10,4 % – Bund: 2,3 % – Teilnehmerbeiträge, Einnahmen: 44,35 % – Sonstiges: 7,85 %	

Während die Jahresetats der Einrichtungen im Bundesdurchschnitt seit rund 20 Jahren stagnieren (bei steigenden Personalzahlen – s. o.), verschieben sich die Anteile in der Finanzierung: Die Kommunen bleiben starke Partner (mit erheblichen Abweichungen im Einzelfall wie oben skizziert), die Länder legen sogar zu, was Entwicklungen vor allen Dingen in den Ländern Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen zu verdanken ist, die jeweils eine eigene Jugendkunstschulförderung Anfang bis Mitte der Nuller Jahre unseres Jahrhunderts aufgelegt beziehungsweise deutlich ausgebaut haben. Durch die wegfallenden Arbeitsmaßnahmen gerät der Bund als Förderer in den Hintergrund. Insgesamt sind die Jugendkunstschulen seit Jahren stetig gefordert ihre Eigeneinnahmen zu steigern. Der Hauptteil gelingt über die Teilnehmergebühren. Weitere Felder sind besondere Aktionsangebote, Sponsoring im Einzelfall sowie Spenden – allerdings nur geringfügig. Einen nach Ansicht des *bjke* steigenden Verwaltungsaufwand erfordern die Akquisition von Mitteln und die Suche nach geeigneten, langfristigen Förder- und Kooperationspartnern. Dabei zeigt die Statistik, dass die öffentlichen Förderpartner im Prinzip beziehungsweise wenigstens prozentual »treu« bleiben – dies basiert jedoch vor allem lokal, aber auch landesbezogen nicht auf langjährigen Förderverträgen, sondern auf einer jährlichen Haushaltsentscheidung, die mitunter erst im April oder Mai des bereits laufenden Jahres getroffen wird. Jugendkunstschulen müssen nicht nur mehr Eigenanteile einwerben, sie sind auch gefordert, Zeitspannen mit Projektmitteln oder aus Rücklagen zu überbrücken. Das bedeutet eine permanente strukturelle Gefährdung, die langfristig an die Substanz der ständig am Limit agierenden Verantwortlichen geht

und die Konzepttradition chronisch bedroht.[1] Der reine Zahlenvergleich kann dies nicht zeigen.

Kooperation: Bildung im Netz, Finanzierung ohne solide Basis

Jugendkunstschulen sind aus dem kommunalen Kultur-Bildungsnetz nicht mehr wegzudenken. Sie kooperiert nach der Umfrage des *bjke* jeweils mit mindestens zwölf unterschiedlichen lokalen Partnern wie Kulturämtern, Museen oder Kirchen bis hin zu Fachhochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen. Interessant ist ein Ergebnis der *bjke*-Erhebung aus 2007: Dem Engagement nahezu aller Jugendkunstschulen in Kooperation mit Schule (1995 rund 90 %, 2007 ca. 98 % aller JKS) steht jedoch keine annähernd gleiche Förderung aus dem Bereich Bildung gegenüber: 18,5 Prozent ihrer gesamten Angebotsstunden realisiert die Jugendkunstschule mit Schulen (Schwerpunkt OGS, Grundschule und Haupt-/Realschule) und erreicht damit rund 14,4 Prozent ihrer Gesamtteilnehmerzahl – dramatisch erscheint demgegenüber die Finanzierung aus dem Ressort Bildung/Schule; diese entspricht nicht 18,5 Prozent des Gesamtbudgets der Jugendkunstschulen, sondern lediglich 1,71 Prozent. Jugendkunstschulen bringen also »ihr Geld« in die Schule ein und nicht umgekehrt. Während das Angebotsverständnis in Jugendkunstschulen bezogen auf Schulkooperationen einer Art Dienstleistungsalltag weicht, folgt die Finanzierung nicht nach.

Ausblick

In den nunmehr über 40 Jahren ihrer Existenz haben es Jugendkunstschulen von drei auf 254 in 1993, nach einem Gründungsboom auch in den neuen Bundesländern in 1997 schon 350 und heute rund 400 Einrichtungen in Deutschland gebracht. Abgesehen von Einzelbeispielen und vorbildlichen Förderengagements wie etwa des Landes Mecklenburg-Vorpommerns, einer förderpolitischen Verankerung wie in Nordrhein-Westfalen und in einigen Kommunen agieren die Einrichtungen und Projektträger mehrheitlich strukturell am Limit. Das ist nicht nur an den stagnierenden Jahresdurchschnittsetats abzulesen, mit denen kaum gut ausgebildetes Personal in ausreichendem Umfang dauerhaft gebunden werden kann (Honorarsätze von durchschnittlich 17,50 Euro für 60 Minuten für freie künstlerische Mitarbeiterinnen gleichbleibend seit 1995!). Das ist auch am steigenden Anteil an Eigenmitteln zu erkennen, der lediglich Lücken schließt, jedoch keine strukturelle Fortentwicklung ermöglicht. Jugendkunstschulen und Kulturpädagogische Einrichtungen genießen dabei durchaus ein hohes Ansehen – was ihre verlässliche Verankerung in kommunalen und Landeshaushalten betrifft, besteht hier jedoch erheblicher Aufholbedarf.

1 Rauschenbach u. a., in: LDK NRW e.V.: *Die Mitarbeiterin*, Unna (Expertise 8) 1994

Mechthild
Eickhoff

Jugendkunstschulen und Kulturpädagogische Einrichtungen in Deutschland bilden eine relevante Größe lokaler Grundversorgung mit ganzheitlicher Bildung. Trotz der Konjunktur Kultureller Bildung, der Nennung des Einrichtungstyps sowie der Forderung nach ihrer strukturellen Unterstützung durch Kommunen und Länder im »Enquête-Bericht ›Kultur in Deutschland‹« klafft zwischen Erwartungen und Anspruch an ihre Leistungen, eine ganzheitliche, zeitgemäße Bildung von Kindern und Jugendlichen, und der Bereitschaft zur strukturellen Verankerung durch förderpolitisches Engagement auf kommunaler wie Landesebene immer noch eine zu große Lücke. Positive Signale, wie oben genannt, können nicht darüber hinwegtäuschen, dass auf Einrichtungen der außerschulischen, kulturellen Kinder- und Jugendbildung wie den Jugendkunstschulen ein hoher gesamtgesellschaftlicher Gestaltungsdruck lastet (Stichwort Bildungs- und soziale Integration, Berufsorientierung, frühkindliche Bildung). Die Bereitschaft zur Struktursicherung dieser Scharniereinrichtungen im Bildungsensemble fällt demgegenüber krass ab. Die aktuell prekären kommunalen Haushaltslagen verschärfen diese Situation gefährlich. Die Einlösung der Kernforderung der Kulturenquête nach bundesweiter gesetzlicher Absicherung von Infrastrukturen kultureller Bildung ist aus Jugendkunstschulsicht unabdingbar.

Ronald Michael Schmidt

Öffentliche Bibliotheken in Deutschland 1990 –2009

Zeitreihen wesentlicher Kennzahlen von Bibliotheken in kommunaler, staatlicher und nicht-öffentlicher Trägerschaft

Bibliotheken sind eine wesentliche Säule der kulturellen Infrastruktur, insbesondere Öffentliche Bibliotheken, die in Deutschland als öffentlich zugängliche Bibliotheken mit einem Bestands- und Dienstleistungsangebot für die allgemeine Bevölkerung verstanden werden. Damit unterscheiden sie sich von den wissenschaftlichen Bibliotheken, deren Zielgruppe aus den Studierenden, Lehrenden und Forschenden einer Hochschule oder den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einer Forschungseinrichtung oder einer Firma (wissenschaftliche Spezialbibliotheken) besteht. Die Aufgabe Öffentlicher Bibliotheken richtet sich aus an dem in Artikel 5 (1) des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland (Grundgesetz 2010) kodifizierten Grundrecht auf ungehinderten Zugang zur allgemeinen Bildung und Information. Im weiteren Sinne dienen Öffentliche Bibliotheken als kulturelle Einrichtung für die Freizeitgestaltung aller Bürger.

Der Begriff »Bibliothek« findet indes keine einheitliche Anwendung. Zum einen kann eine öffentliche Einrichtung, ein Ort, ein Gebäude, eine geordnete und benutzbare Sammlung von Büchern sowie anderen publizierten Medien und Informationen gemeint sein, zum anderen auch eine solche Sammlung selbst. Während bis ins 20. Jahrhundert eine Bibliothek vor allem als Büchersammlung definiert wurde, lässt sie sich inzwischen nach Ewert und Umstätter besser als »eine Einrichtung, die unter archivarischen, ökonomischen und synoptischen Gesichtspunkten publizierte Information für die Benutzer sammelt, ordnet und verfügbar macht«, definieren (Ewert und Umstätter 1999).

Öffentliche Bibliotheken, die den ungehinderten Zugang zur allgemeinen Bildung und Information für alle Bürger sicherstellen sollen, haben in Deutschland folgende verschiedene Unterhaltsträger:

- Öffentliche Hand (Kommunen, Landkreise, Bundesländer),
- Evangelische und Katholische Kirche,
- Sonstige Träger (z. B. Trägervereine für öffentliche Bibliotheken, Krankenhausträger bei Patientenbüchereien, Stiftungen des privaten Rechts, etc.).

Sie melden freiwillig Kennzahlen nach einem standardisierten Verfahren an die *Deutsche Bibliotheksstatistik (DBS)*, wo jährliche Gesamtauswertungen mit aggregierten Kennzahlen erstellt und publiziert werden.[1] Seit dem Berichtsjahr 1999 sind zudem alle Daten der *DBS* online zugänglich und können mit einem Auswertewerkzeug analysiert werden.[2] Die *DBS* erfüllt internationale Standards durch einheitliche Definitionen der Kennzahlen (ISO 2789 Internationale Bibliotheksstatistik). Die Beteiligung Öffentlicher Bibliotheken an der *DBS* ist sehr hoch. Im aktuellen Berichtsjahr 2009 füllten 97 Prozent der bei der *DBS* registrierten hauptamtlich geleiteten Öffentlichen Bibliotheken und 80 Prozent der neben- beziehungsweise ehrenamtlich geführten Bibliotheken den Fragebogen aus, insgesamt 84 Prozent aller Öffentlicher Bibliotheken in Deutschland, was einer Anzahl von 8 403 Einrichtungen entspricht.[3]

Die *Deutsche Bibliotheksstatistik* hat eine lange Tradition. Seit dem Berichtsjahr 1977 erscheint sie regelmäßig (Deutsche Bibliotheksstatistik 1977), seit dem Berichtsjahr 1999 nunmehr als Internet-Publikation (Deutsche Bibliotheksstatistik 1999). Die Erstellung der *DBS* gehört zu den Aufgaben des von der *Kultusministerkonferenz (KMK)* geförderten *Kompetenznetzwerks für Bibliotheken (KNB)*. Das *Hochschulbibliothekszentrum des Landes Nordrhein-Westfalen (hbz)* ist für die Durchführung und Auswertung sowie für die technische und redaktionelle Betreuung der *DBS* verantwortlich. Finanziert wird die *DBS* daher anteilig von den Bundesländern.

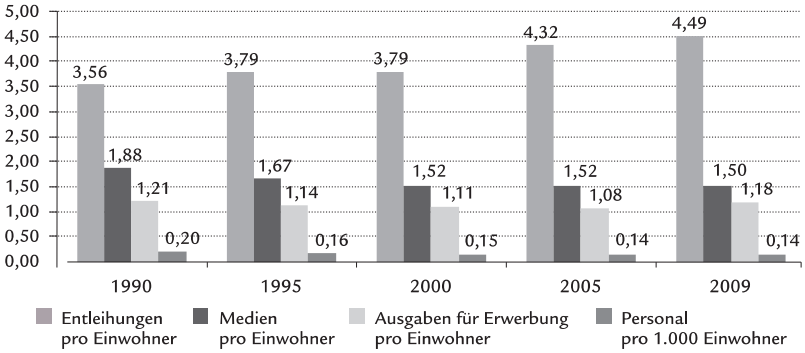
Die *DBS* ist eine deskriptive Statistik für alle Bibliothekssparten. Für die Öffentlichen Bibliotheken werden derzeit 99 Kennzahlen aus den Bereichen *Allgemeine Angaben, Benutzer und Besuche, Medienangebot und Mediennutzung, Ausgaben und Finanzierung, Personal, Service und Dienstleistungen* erhoben. Zusätzlich können Bibliotheken mit entsprechendem Angebot Kennzahlen für Patienten-, Fahr- so-

1 Die Webseite http://www.bibliotheksstatistik.de vermittelt den Zugang zu den vielfältigen Angeboten und *Gesamtauswertungen* der Deutschen Bibliotheksstatistik.

2 Variable Auswertung der *DBS*: Online Zugriff auf sämtliche Zahlen der *DBS* seit dem Berichtsjahr 1999. Vergleichsbibliotheken können über verschiedene Filterkriterien ausgewählt werden. Das Ergebnis der Auswertung kann als HTML-Tabelle oder direkt in MS Excel angezeigt werden. Der Export im CSV-Format ist ebenfalls möglich. – http://www.bibliotheksstatistik.de/eingabe/dynrep/index.php

3 Die Ausfüllstatistik der *DBS* beruht auf den Stammdaten der Bibliotheken, die einmal an die *DBS* gemeldet haben (100 %), von denen pro Berichtsjahr die tatsächlich meldenden Bibliotheken bestimmt werden (Ausfüllquote). Da die Teilnahme an der *DBS* freiwillig ist, wird auch die Gesamtzahl der jemals an die *DBS* meldenden Bibliotheken niemals einem tatsächlichen Stand entsprechen. Weil aber unterschiedliche Meldeverfahren des Bibliothekswesens (z. B. das *Sigelverzeichnis für die Bibliotheken der Bundesrepublik Deutschland*) Neuzugänge oder Änderungen auch der *DBS* bekannt machen, ist der Datenbestand der *DBS* hinsichtlich der Stammdaten von Bibliotheken in Deutschland wohl als relativ vollständig zu bezeichnen.

*Abbildung 1: Leistungsindikatoren aus der Grundgesamtheit Öffentlicher Bibliotheken**



* Ausgangswerte siehe *Anhang*; *Quelle*: Deutsche Bibliotheksstatistik

wie Musikbibliotheken melden. Über die Fortentwicklung der Fragebögen entscheidet ein Steuerungsgremium, in dem Repräsentanten der entsprechenden Sektionen des *Deutschen Bibliotheksverbandes (DBV)* ebenso vertreten sind wie Experten, das *KNB* und die *DBS-Redaktion*.

Leistungsindikatoren[4]

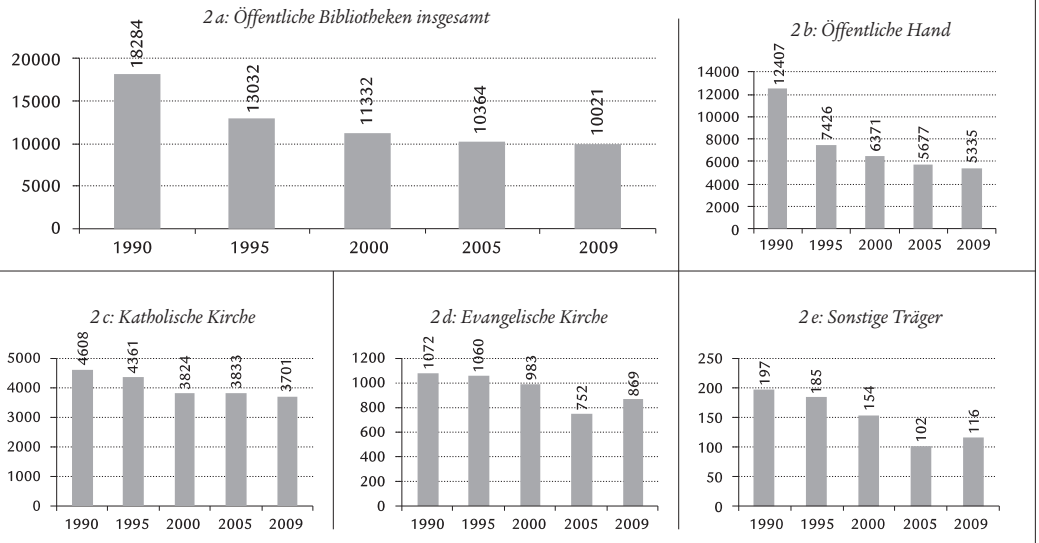
Für die hier aufgestellten Zeitreihen, welche zwei Dekaden umfassen, sind vier Indikatoren aus den Kennzahlen der *DBS* errechnet worden: *Entleihungen pro Einwohner, Medien pro Einwohner, Ausgaben für Erwerbung pro Einwohner* und *Personal pro 1000 Einwohner*. Sie beschreiben den Stellenwert von Öffentlichen Bibliotheken im Netzwerk der kulturellen Infrastruktur und sind in *Abbildung 1* dargestellt.

Die *Entleihungen pro Einwohner* sind in den vergangenen zwanzig Jahren deutlich angestiegen, obwohl die *Anzahl der Medien pro Einwohner* zurückgegangen ist. Von 1990 – 1995 zeigt sich ein erster Sprung, markant ist dann die Steigerung in der letzten Dekade. In diesem Zeitraum verläuft der Indikator *Medien pro Einwohner* auf gleichem Niveau.

Der Indikator *Personal pro 1000 Einwohner* hat sich bereits seit 1995 auf einem Niveau um 0,15 eingependelt. Hier zeigt sich die Wirkung von Bibliotheksschließungen in den ersten fünf Jahren unserer Zeitreihe. Ausgabenseitig haben Öffentliche Bibliotheken in den 1990er Jahren bereits deutliche Einbußen in Kauf nehmen müssen, ein Trend, der sich bis 2005 fortsetzte. Ob wiederum der Anstieg

4 Die Ausgangswerte aller hier aufgestellten Zeitreihen, die den jeweiligen Gesamtstatistiken der *DBS* entnommen sind, befinden sich im *Anhang*.

*Abbildungen 2 a–e: Zahl der Haupt- und Zweigstellen**



* Ausgangswerte siehe *Anhang*; *Quelle*: Deutsche Bibliotheksstatistik

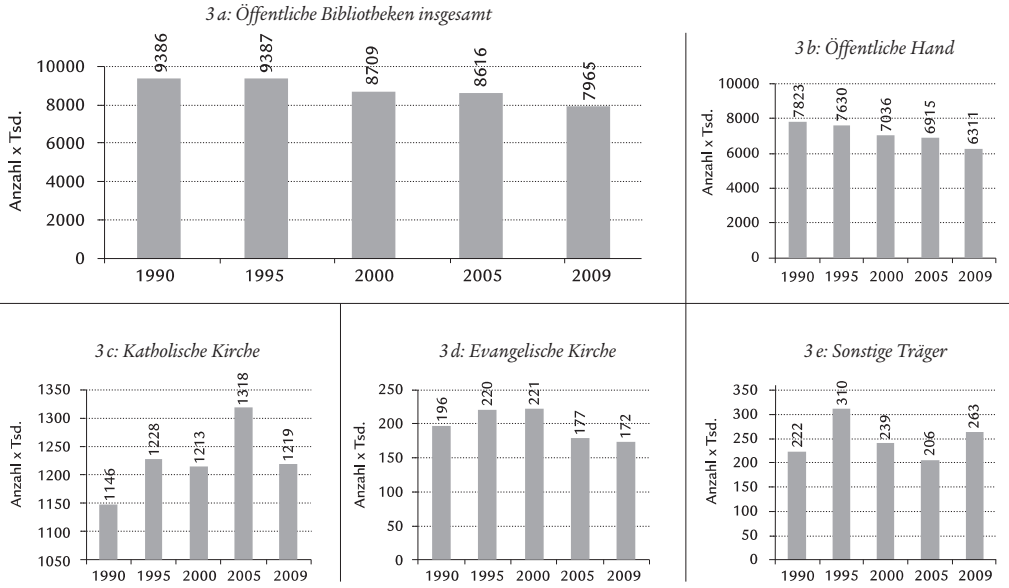
in den letzen fünf Jahren bereits die Kehrtwende verspricht, kann aus diesen Zahlen so noch nicht gedeutet werden. Immerhin ist aus den Daten in *Anhang* zu entnehmen, dass der Anteil der *Fremdmittel* sowie der *eigenen Einnahmen* (i. d. R. aus Gebühren) seit Beginn der Erfassung in der *DBS* im Jahre 2005 ansteigt.

Anzahl der Öffentlichen Bibliotheken – Zahl der Haupt- und Zweigstellen

Die Anzahl der Öffentlichen Bibliotheken hat in der Zeit von 1990–2005 beträchtlich abgenommen, der heutige Stand (Berichtsjahr 2009) liegt um 45 Prozent unter dem von 1990 *(Abbildung 2 a)*. Für die einzelnen Träger geben die folgenden Abbildungen *(2b–e)* entsprechende Auskunft.

In *Abbildung 2 b* fällt der Abfall von 12 407 Bibliotheken in öffentlicher Trägerschaft im Jahr 1990 auf nur noch 7 426 im Jahr 1995 auf. Viele Bibliotheken in den neuen Bundesländern sind in den ersten Jahren nach der Wende Schließungen zum Opfer gefallen. Allerdings ist auch nach 1995 ein deutlicher Rückgang an Einrichtungen zu verzeichnen.

*Abbildungen 3 a–e: Zahl der aktiven Nutzer (x Tsd.)**



* Ausgangswerte siehe Anhang; *Quelle*: Deutsche Bibliotheksstatistik

Aktive Nutzer[5] und Besuche

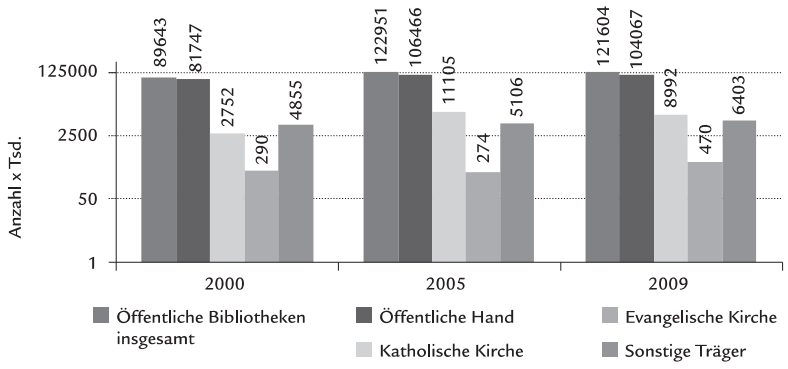
Obwohl im Zeitraum unserer Betrachtung die Anzahl der Bibliotheken sehr deutlich abgenommen hat, ist die Zahl der Bibliotheksbenutzer nicht proportional gefallen. Im Vergleich zu 1990 (100 %) sind 2009 85 Prozent aktive Nutzer gezählt worden. Bibliotheken haben an Attraktivität nicht verloren, und diese Aussage gilt für die Bibliotheken aller Unterhaltsträger. Die *Abbildungen 3 b–e* zeigen die Zeitreihe für die einzelnen Träger, *Abbildung 3 a* fasst hingegen alle Öffentlichen Bibliotheken zusammen.

Eine interessante Ergänzung zur Sicht auf die aktiven Nutzer stellt die Kennzahl *Besuche*[6] dar. Sie ist als Kennzahl allerdings erst ab dem Berichtsjahr 2000 in die *DBS* eingegangen. Für die Öffentlichen Bibliotheken insgesamt werden im Jahr 2000 etwa zehnmal so viele Besuche als Benutzer gezählt. Bei leicht zurückgegangenen Benutzerzahlen in den Berichtsjahren 2005 und 2009 *(siehe Abbildung 3 a)*

5 Als aktive Nutzer definiert die *DBS* Benutzer, die im Berichtsjahr mindestens einmal Medien entliehen haben.

6 Als Zähleinheit gilt hier der tatsächliche Bibliotheksbesuch, das heißt wenn ein und dieselbe Person zum Beispiel dreimal am Tag das Bibliotheksgebäude betritt, ist für sie der Zählwert 3 einzutragen. Die Ermittlung kann durch Stichprobenzählung oder durch Zählapparate erfolgen. Ein Besuch liegt vor, wenn eine Person die Bibliothek aufsucht, unabhängig davon, ob diese Person eingetragener Benutzer ist oder nicht, beziehungsweise ob sie Medien entleiht oder nicht. Zu zählen sind auch Besuche von Veranstaltungen, Ausstellungen und Führungen.

Abbildung 4: Besuche in Bibliotheken (x Tsd.)



* Ausgangswerte siehe *Anhang*; *Quelle*: Deutsche Bibliotheksstatistik

steigen die Besuche in Bibliotheken insgesamt jedoch nochmals auf etwa 122 Millionen an (*Abbildung 4*).

Bestand und Entleihungen

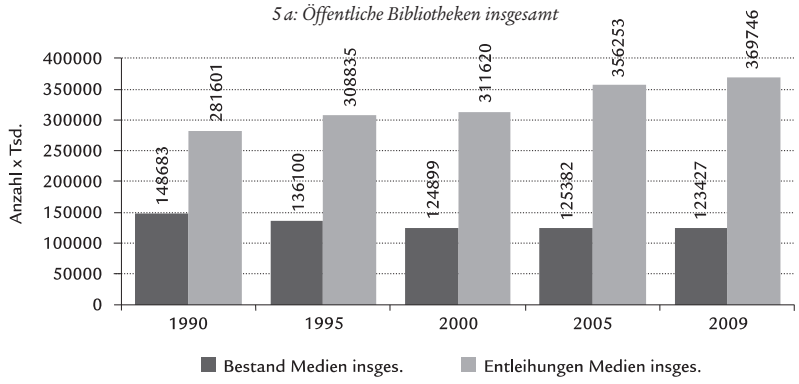
Während sich der Bestand an Medien in den Öffentlichen Bibliotheken insgesamt im Jahr 2009 auf 83 Prozent vom Wert im Jahre 1990 verringert hat, sind die Entleihungen im selben Zeitraum überproportional gestiegen (2009: 131%, 1990: 100%). In *Abbildung 5a* ist die Zeitreihe für die Öffentlichen Bibliotheken insgesamt dargestellt, die *Abbildungen 5b-e* zeigen den Verlauf für die einzelnen Träger.

Personal

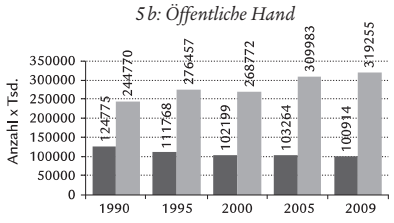
Die Personalausstattung von Öffentlichen Bibliotheken wird in der *DBS* über den hier betrachteten Zeitraum in den Kennzahlen *Personalstellen laut Stellenplan* und *ehrenamtliches Personal* abgefragt. Vor allem die kirchlichen Träger gründen ihre Bibliotheksarbeit wesentlich auf den Einsatz von ehrenamtlich tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, gegebenenfalls angeleitet durch bibliothekarisches Fachpersonal oder eng betreut durch eine Bibliotheksfachstelle. Dieser Anteil der Ehrenamtlichen bedingt auch die sehr hohe Zahl von ehrenamtlichen Personen in der Gesamtstatistik *(Abbildung 6a*). *Abbildung 6b* zeigt aber auch für Bibliotheken in öffentlicher Trägerschaft eine Zunahme des ehrenamtlichen Personals, seit dem Jahr 2000 hat sich deren Anteil mehr als verdoppelt. Es ist auf den ersten Blick nicht von der Hand zu weisen, dass hierdurch versucht wird, den Rückgang an hauptamtlich beschäftigtem Personal um ein Drittel seit 1990 wieder wettzumachen. Addiert man für die Bibliotheken in öffentlicher Trägerschaft beide Per-

*Abbildungen 5 a–e: Bestand und Entleihungen (x Tsd.)**

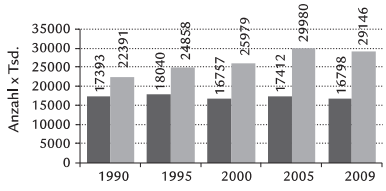
5 a: Öffentliche Bibliotheken insgesamt



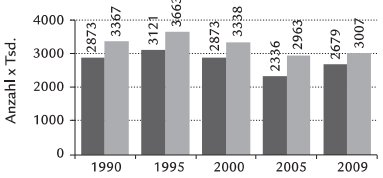
5 b: Öffentliche Hand



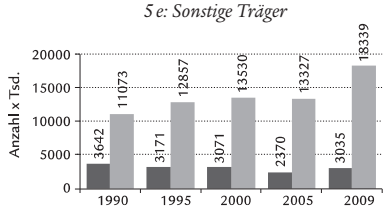
5 c: Katholische Kirche



5 d: Evangelische Kirche



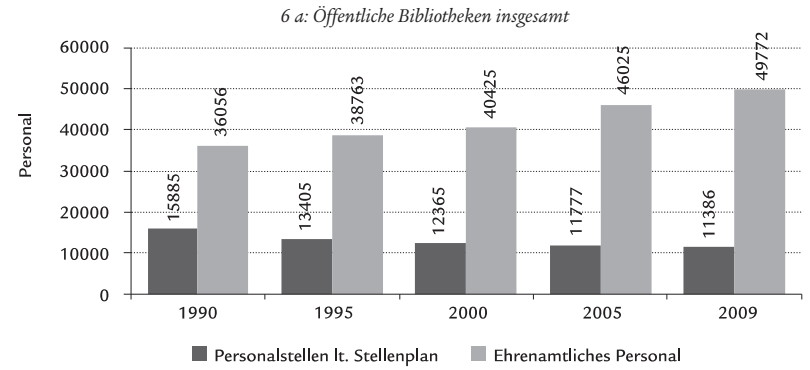
5 e: Sonstige Träger

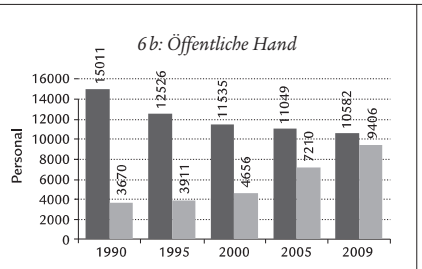


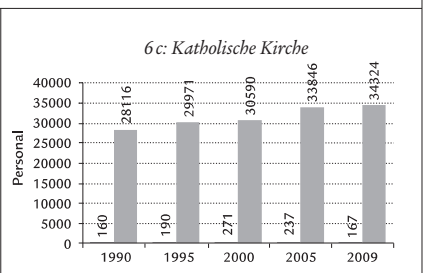
* Ausgangswerte siehe *Anhang*; *Quelle*: Deutsche Bibliotheksstatistik

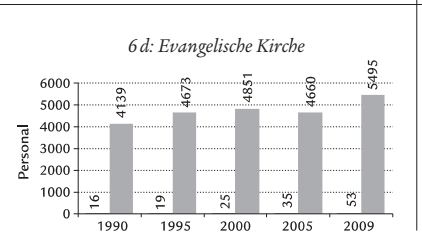
sonalarten, so ergibt sich eine Personalkapazität von 18 681 Stellen im Jahr 1990 gegenüber 19 988 Stellen im Berichtsjahr 2009. Tatsächlich sind aber die *Personalstellen laut Stellenplan* seit 1990 um 29 Prozent gesunken. Hier wird deutlich, dass die Finanzausstattung der öffentlichen Hand auch auf den Personalbestand Öffentlicher Bibliotheken durchschlägt: Einsparpotentiale werden in den vergleichsweise hohen Personalkosten gesucht. Auf die bibliothekspolitische Debatte zum Thema *Ehrenamt in Bibliotheken* hat Ruppelt hingewiesen (Ruppelt 2001), nachdem sich der *Deutsche Bibliotheksverband* bereits im Jahre 1999 mit einem Positionspapier zu Wort gemeldet hatte (Deutscher Bibliotheksverband 1999).

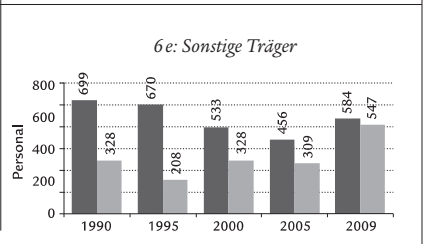
*Abbildungen 6a–e: Personal**











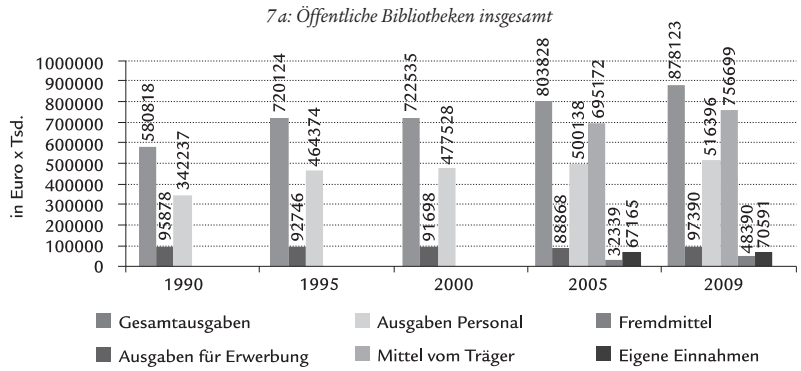
* Ausgangswerte siehe *Anhang*; *Quelle*: Deutsche Bibliotheksstatistik

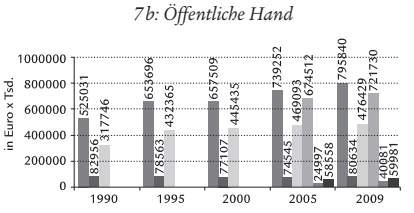
Finanzen

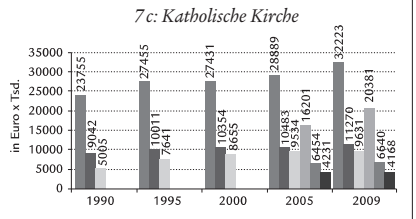
Die Finanzierungssituation der Öffentlichen Bibliotheken über den Zeitraum der letzten zwanzig Jahre zeigt in der Gesamtschau mit den anderen hier angeführten Kennzahlen Trends auf, die nicht überraschen. *Abbildung 7a* wirft einen Blick auf die Zeitreihe für die Öffentlichen Bibliotheken insgesamt. Während sich die *Ausgaben für Erwerbung* eher wenig veränderten, haben sich die Gesamtausgaben erhöht. Dies ist auf den Anstieg der Personalkosten zurückzuführen.

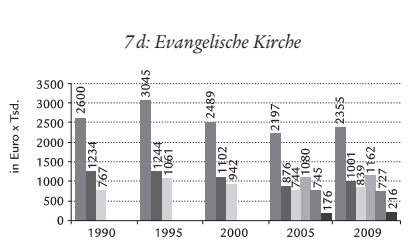
Die Erhebung der Kennzahlen für *Mittel vom Träger, Fremdmittel,* und *eigene Einnahmen* werden in der *DBS* erst seit dem Berichtsjahr 2005 erfasst. Sie sind den

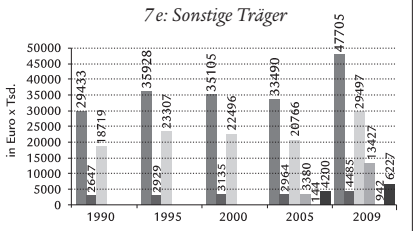
*Abbildungen 7a–e: Finanzen (in Euro x Tsd.)**











* Ausgangswerte siehe *Anhang*; *Quelle*: Deutsche Bibliotheksstatistik

Zeitreihen für die Jahre 2005 bis 2009 hinzugefügt worden, um zu zeigen, welchen Anteil diese Mittel an den Gesamtausgaben haben. Wegen der Einschränkung auf nur fünf Berichtsjahre – und nur zwei Zeitschnitten in dieser Zeitreihe – erscheint eine Trendbewertung indes nicht vertretbar.

Öffentliche Bibliotheken im Netzwerk der kulturellen Infrastruktur

Die hier ausgebreiteten Zeitreihen wesentlicher Kennzahlen für Öffentliche Bibliotheken zeigen deutlich ihren zentralen Stellenwert in der kulturellen Infrastruktur in Deutschland. Die Darstellung basiert auf den Gesamtstatistiken der *Deutschen*

Bibliotheksstatistik (DBS) und ist deskriptiv vorgenommen worden. Nur dort, wo offensichtliche Sprünge oder Trends einer Erläuterung bedurften, wurde diese angefügt. Die Interpretation von Zeitreihen birgt indes die Gefahr der einseitigen Betrachtungsweise. Die *Deutsche Bibliotheksstatistik* ist ebenso ein Werkzeug zur internen Steuerung wie zur Präsentation der Leistung von Bibliotheken in der Öffentlichkeit. Hierzu verwendet sie repräsentative Kennzahlen und Indikatoren, deren Definitionen zur Fragestellung und Analyse herangezogen werden müssen (Deutsche Bibliotheksstatistik 1999) und welche erst in sinnvoller Zusammenschau ein objektives Bild ergeben. Hierzu mag diese Fallstudie zur Entwicklung Öffentlicher Bibliotheken einen Beitrag leisten.

Literatur

Deutsche Bibliotheksstatistik (1977–1999): *DBS*, hrsg. vom Deutschen Bibliotheksinstitut, Berlin: DBI 1974 (1977) = Testlauf, 1977 (1979) – 1998 (1999); damit Erscheinen eingestellt

Deutsche Bibliotheksstatistik (1999 ff.): *DBS*, hrsg. vom Kompetenznetzwerk für Bibliotheken, Red.: Hochschulbibliothekszentrum des Landes Nordrhein-Westfalen, Köln: Hochschulbibliothekszentrum des Landes Nordrhein-Westfalen; Internet: http://www.bibliotheksstatistik.de (11.8.2010)

Deutscher Bibliotheksverband (1999): *Freiwillige – (k)eine Chance für Bibliotheken? Ein Positionspapier des Deutschen Bibliotheksverbandes* (erarbeitet von einer AG im Auftrag des DBV, Leitung: Barbara Lison), Berlin: DBV 1999, 26 S.; Internet: http://www.bibliotheksverband.de/fileadmin/user_upload/DBV/publikationen/ Freiwillige_Chance_fuer_Bibliotheken.pdf (13.8.2010)

Ewert, Gisela/Umstätter, Walther (1999): »Die Definition der Bibliothek«, in: *Bibliotheksdienst*, Heft 6/1999, S. 957–971

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (in der im *Bundesgesetzblatt* Teil III, Gliederungsnummer 100–1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch das Gesetz vom 21. Juli 2010 (*BGBl.* I, S. 944) geändert worden ist; – Internet: http://www.bundestag.de/dokumente/rechtsgrundlagen/grundgesetz/gg.html (19.7.2010)

Ruppelt, Georg (2001): »Bürgerschaftliches Engagement in der Kultur«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V., hrsg. von Thomas Röbke und Bernd Wagner: *Jahrbuch für Kulturpolitik 2000*, Essen: Klartext-Verlag, S. 261–264

Anhang: Ausgangswerte für die in diesem Aufsatz aufgestellten Zeitreihen

	Berichtsjahr	Einwohner	Zahl der Haupt- und Zweigstellen	Entleiher (aktive Nutzer)	Besuche	Bestand Medien insges.	Entleihungen Medien insges.	Personalstellen lt. Stellenplan	ehrenamtliches Personal	Gesamtausgaben
		Tsd.		Tsd.	Tsd.	Tsd.	Tsd.		Pers.	Tsd. Euro
Öffentliche Bibliotheken insgesamt	1990	79 113	18 284	9 386		148 683	281 601	15 885	36 056	580 818
	1995	81 539	13 032	9 387		136 100	308 835	13 405	38 763	720 124
	2000	82 163	11 332	8 709	89 643	124 899	311 620	12 365	40 425	722 535
	2005	82 438	10 364	8 616	122 951	125 382	356 253	11 777	46 025	803 828
	2009	82 002	10 021	7 965	121 604	123 427	369 746	11 386	49 772	878 123
Öffentliche Hand	1990		12 407	7 823		124 775	244 770	15 011	3 670	525 031
	1995		7 426	7 630		111 768	276 457	12 526	3 911	653 696
	2000		6 371	7 036	81 747	102 199	268 772	11 535	4 656	657 509
	2005		5 677	6 915	106 466	103 264	309 983	11 049	7 210	739 252
	2009		5 335	6 311	104 067	100 914	319 255	10 582	9 406	795 840
Evangelische Kirche	1990		1 072	196		2 873	3 367	16	4 139	2 600
	1995		1 060	220		3 121	3 663	19	4 673	3 045
	2000		983	221	290	2 873	3 338	25	4 851	2 489
	2005		752	177	274	2 336	2 963	35	4 660	2 197
	2009		869	172	470	2 679	3 007	53	5 495	2 355
Katholische Kirche	1990		4 608	1 146		17 393	22 391	160	28 116	23 755
	1995		4 361	1 228		18 040	24 858	190	29 971	27 455
	2000		3 824	1 213	2 752	16 757	25 979	271	30 590	27 431
	2005		3 833	1 318	11 105	17 412	29 980	237	33 846	28 889
	2009		3 701	1 219	8 992	16 798	29 146	167	34 324	32 223
Sonstige Träger	1990		197	222		3 642	11 073	699	328	29 433
	1995		185	310		3 171	12 857	670	208	35 928
	2000		154	239	4 855	3 071	13 530	533	328	35 105
	2005		102	206	5 106	2 370	13 327	456	309	33 490
	2009		116	263	6 403	3 035	18 339	584	547	47 705

Anhang: Ausgangswerte für die in diesem Aufsatz aufgestellten Zeitreihen

	Berichtsjahr	Mittel vom Träger	Fremdmittel	Eigene Einnahmen	Ausgaben für Erwerbung	Ausgaben Personal	Medien pro Einwohner	Entleihungen pro Einwohner	Personal pro 1.000 Einwohner	Ausgaben für Erwerbung pro Einwohner
		Tsd. Euro	Tsd. Euro	Tsd. Euro	Tsd. Euro	Tsd. Euro	Med./EW	Entl./EW	VZÄ/EW	Euro
Öffentliche Bibliotheken insgesamt	1990				95 878	342 237	1,88	3,56	0,20	1,21
	1995				92 746	464 374	1,67	3,79	0,16	1,14
	2000				91 698	477 528	1,52	3,79	0,15	1,11
	2005	695 172	32 339	67 165	88 868	500 138	1,52	4,32	0,14	1,08
	2009	756 699	48 390	70 591	97 390	516 396	1,50	4,49	0,14	1,18
Öffentliche Hand	1990				82 956	317 746				
	1995				78 563	432 365				
	2000				77 107	445 435				
	2005	674 512	24 998	58 558	74 545	469 093				
	2009	721 730	40 081	59 981	80 634	476 429				
Evangelische Kirche	1990				1 234	767				
	1995				1 244	1 061				
	2000				1 102	942				
	2005	1 080	745	176	876	744				
	2009	1 162	727	216	1 001	839				
Katholische Kirche	1990				9 042	5 005				
	1995				10 011	7 641				
	2000				10 354	8 655				
	2005	16 201	6 454	4 231	10 483	9 534				
	2009	20 381	6 640	4 168	11 270	9 631				
Sonstige Träger	1990				2 647	18 719				
	1995				2 929	23 307				
	2000				3 135	22 496				
	2005	3 380	144	4 200	2 964	20 766				
	2009	13 427	942	6 227	4 485	29 497				

Quelle: Deutsche Bibliotheksstatistik. (*Entl.: Entleihungen, EW: Einwohner, Med.: Medien, ÖB: Öffentliche Bibliotheken, Pers.: Personen, VZÄ: Vollzeitäquivalente)*

Ulrike Blumenreich

Die Hochschullandschaft in Deutschland

Infrastruktur und Angebot an Kulturstudiengängen

Der folgende Beitrag gliedert sich in zwei Kapitel. Im ersten Teil werden ausgewählte Informationen zur Infrastruktur der Hochschullandschaft in Deutschland dargestellt: dabei werden statistische Daten zur Anzahl der Hochschulen und zur Anzahl der Studienberechtigten, Studienanfänger und Absolventen sowie zur Wahl der Fächergruppen offeriert. Thema des zweiten Teils ist das »Studium Kultur« an den Hochschulen: präsentiert werden die Ergebnisse einer Bestandsaufnahme und anschließenden Befragung der Studienangebote der Kulturvermittlung und Interkultur, die im Rahmen des gleichnamigen Projektes vom *Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft* erarbeitet wurden.

Die Infrastruktur der Hochschullandschaft in Deutschland und ihre Entwicklung in den letzten 20 Jahren

Anzahl der Hochschulen nach Hochschultypen

Das Hochschulstudium findet in Deutschland an verschiedenen Hochschultypen statt. Die Grundstruktur bilden dabei die drei Typen: Universitäten, Fachhochschulen sowie Kunst- und Musikhochschulen. Darüber hinaus existieren noch einige Hochschulen, die den Universitäten gleichgestellt sind, dazu zählen beispielsweise die Pädagogischen Hochschulen, die es ausschließlich noch in Baden-Württemberg gibt, außerdem Technische Hochschulen beziehungsweise Universitäten sowie Theologische oder Medizinische Hochschulen.[1]

1 Zum tertiären Bildungssystem gehören darüber hinaus noch Berufsakademien, Verwaltungs- und Wirtschaftsakademien und Fachakademien. Diese werden aber – mit Ausnahme der Berufsakademien in Baden-Württemberg – nicht den Hochschulen zugeordnet.

Universitäten und Kunst- und Musikhochschulen können bereits auf eine lange Tradition zurückblicken: die ersten deutschen Universitäten wurden im späten 15. Jahrhundert gegründet[2], die ersten deutschen Kunsthochschulen in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts[3]. Die Fachhochschulen bilden den jüngsten Teil der deutschen Hochschullandschaft. Sie wurden erst 1968 als neuer Hochschultyp mit eigenständigen Aufgaben und Profil in den alten Bundesländern etabliert[4].

Obwohl für alle Hochschultypen ein gemeinsames Ziel definiert ist: »Lehre und Studium sollen die Studierenden auf ein berufliches Tätigkeitsfeld vorbereiten und ihnen die dafür erforderlichen fachlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und Methoden dem jeweiligen Studiengang entsprechend vermitteln, dass sie zu wissenschaftlicher oder künstlerischer Arbeit und zu verantwortlichem Handeln in einem freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat befähigt werden« (Hochschulrahmengesetz §7)[5], gibt es Unterschiede in den spezifischen Zielen und Aufgaben, im jeweiligen Angebot, in den Zulassungsbedingungen und Abschlussmöglichkeiten. Kennzeichnende Merkmale der Universitäten und ihnen gleichgestellten Hochschulen sind die wissenschaftliche Forschung, vor allem in den Grundlagenbereichen, die Ausbildung von wissenschaftlichem Nachwuchs und das Promotionsrecht. Charakteristisch für die Fachhochschulen sind ihre anwendungsorientierten Forschungs- und Entwicklungsvorhaben. Kunst- und Musikhochschulen bieten Studienangebote in den bildenden, gestalterischen und darstellenden Künsten sowie im Bereich Film, Fernsehen und Medien und in musikalischen Fächern an, zum Teil auch in den zugehörigen wissenschaftlichen Disziplinen. Sie dienen der Weiterentwicklung der Kunst und der Wissenschaft, insbesondere in der Verwirklichung künstlerischer Entwicklungsvorgaben. (Vgl. Eurybase 2009: 141 ff.)

In den letzten Jahren sind weitere Entwicklungen der einzelnen Hochschultypen zu beobachten, beispielsweise ist das Promotionsrecht nicht mehr ausschließlich den Universitäten vorbehalten. Einige Kunsthochschulen haben Promotionsrecht im künstlerisch-wissenschaftlichen Bereich, seit Anfang der 1990er Jahre gibt es auch eine Promotionsmöglichkeit für besonders qualifizierte Fachhochschulabsolventen (BMBF 2004: 16). Seit einigen Jahren bezeichnen sich darüber hinaus einige Fachhochschulen nur noch als Hochschulen.
1989 existierten in den alten Bundesländern insgesamt 244 Hochschuleinrichtungen:

2 Die älteste deutsche Universität wurde 1486 in Heidelberg gegründet.
3 Als erste deutsche Kunstakademie gilt die 1662 gestiftete *Maler-Akademie* in Nürnberg, die heutige *Akademie der Bildenden Künste Nürnberg*.
4 Wesentliche Grundlagen für die Etablierung waren die Grundsatzerklärung der Ministerpräsidenten der Länder zur Errichtung von Fachhochschulen vom 5.7.1968 und der Abschluss des »Abkommens zwischen den Ländern der Bundesrepublik zur Vereinheitlichung auf dem Gebiet des Fachhochschulwesens«. (BMBF 2004: 6)
5 Im Zuge der Föderalismusreform ist die Rahmengesetzgebung des Bundes für allgemeine Grundsätze der Hochschule gestrichen worden. Im Mai 2007 wurde ein Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung des Hochschulrahmengesetzes beschlossen. In allen Bundesländern gibt es eigene Landeshochschulgesetze, in der Hälfte der Bundesländer darüber hinaus noch eigene Gesetze zu Berufsakademien. Eine Besonderheit in der Landesgesetzgebung der Hochschulen weist Nordrhein-Westfalen auf: es verfügt über ein eigenes Landesgesetz zu Kunsthochschulen. Ein Übersicht über die bestehenden Ländergesetze und die jeweils aktuellsten Änderungen ist auf der Homepage der *Kultusministerkonferenz* www.kmk.org abzurufen.

- 68 Universitäten, 16 Theologische Hochschulen und 8 Pädagogische Hochschulen,
- 30 Kunst- und Musikhochschulen,
- 1 Gesamthochschule[6],
- 121 Fachhochschulen. (Kehm 2004).

In der DDR existierten 70 Hochschuleinrichtungen:

- 9 multidisziplinäre Universitäten, 12 Technische Universitäten und 3 Medizinhochschulen,
- 29 Spezialhochschulen (z. B. Hochschulen für Lehrerausbildung, Ingenieurhochschulen, Hochschulen für Kunst und für Landwirtschaft),
- 17 politische Hochschulen (z. B. Parteihochschulen, Polizeihochschulen und Militärhochschulen) (ebd.).

Nach dem Einigungsvertrag 1990 hatten die fünf neuen Bundesländer das Bildungswesen bis zum 30.6.1991 neu zu regeln. Die Neugestaltung des Hochschulbereichs vollzog sich auf der Grundlage von Hochschulgesetzen der Länder, die sich an den Vorgaben des Hochschulrahmengesetzes des Bundes orientierte. Der Wissenschaftsrat hatte Empfehlungen für die Umstrukturierung erarbeitet.[7] Nach dem Umstrukturierungsprozess des ostdeutschen Hochschulsystems entstanden durch Neugründung, Zusammenlegung und Umwidmung:

- 16 Universitäten und 1 Pädagogische Hochschule,
- 11 Kunsthochschulen,
- 31 Fachhochschulen und damit einen Typus, den es in der DDR nicht gab.

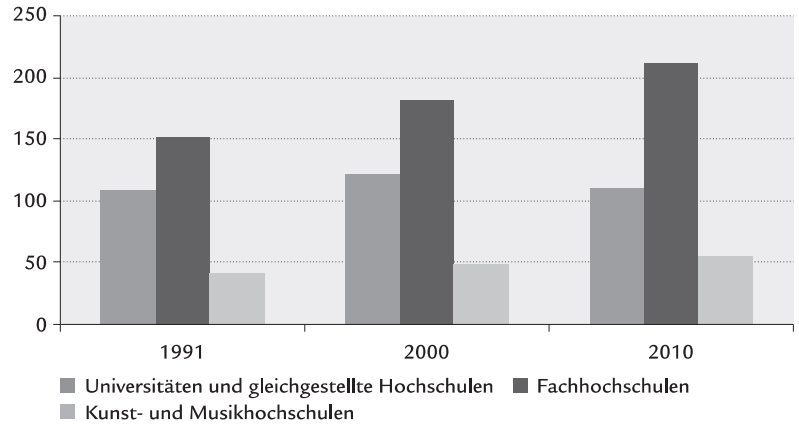
Wie die Grafik auf der folgenden Seite zeigt, ist Anzahl der Hochschulen in den letzten 20 Jahren deutlich gestiegen. Sie wuchs von 302 in 1991 auf 377 in 2010, das entspricht einem Wachstum von 24 Prozent. Die größten Zuwächse waren bei den Fachhochschulen zu verzeichnen, ihre Anzahl stieg von 152 auf 212. Auch die Anzahl der Kunst- und Musikhochschulen ist gestiegen: in den letzten 20 Jahren von 41 auf 55. Dagegen ist die Anzahl der Universitäten und die der gleichgestellten Einrichtungen annähernd gleich geblieben.

Bezüglich der Trägerschaft der Hochschulen sind in den letzten Jahren leichte Veränderungen zu beobachten. Waren am 31.12.2008 noch 65,7 Prozent der Hochschulen in staatlicher, 23,3 Prozent in privater und 11 Prozent in kirchlicher Trägerschaft (Hochschulrektorenkonferenz 2008), so hat sich zum 13.10.2010 der Anteil der Hochschulen in staatlicher Trägerschaft leicht verringert auf 63,4 Prozent, ebenso der in kirchlicher Trägerschaft auf 10,6 Prozent, dagegen der in privater Trägerschaft auf 26 Prozent erhöht (Hochschulrektorenkonferenz 2010).

6 Der Typus Gesamthochschule wurde 2003 aufgegeben.

7 Nach Kehm können die wesentlichen Aktivitäten der ostdeutschen Hochschulerneuerung in fünf Punkten zusammengefasst werden: 1. Entpolitisierung, 2. Reorganisation und Evaluation der außeruniversitären Forschung, 3. Gründung von Fachhochschulen, 4. Umstrukturierung der Fächer und Disziplinen, 5. Reform der Personalstruktur. (Vgl. Kehm 2004)

Abbildung 1: Anzahl der Hochschulen nach Hochschultyp



Quelle: 1991 und 2000: BMBF (2002) zit. nach Kehm (2004); 2010: Hochschulrektorenkonferenz 2010

Anzahl der Studienberechtigten, Studienanfänger und Absolventen

Die Zahl der Studienberechtigten ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Lag sie 1995 bei 308 000, so haben 2008 442 000 Menschen eine Hochschulberechtigung erworben. Damit stieg auch die Studienberechtigtenquote[8] von 36,4 Prozent auf 45,1 Prozent an. (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010: 118 f.)

Relativ konstant, bei etwa 75 Prozent, liegt dagegen die Übergangsquote, das ist der Anteil der Studienberechtigten, der sich tatsächlich für ein Studium entscheidet. Eine größere Studierbereitschaft ist also trotz deutlich erhöhter Studienanfängerzahlen – 1995 haben 262 000 Menschen ein Studium begonnen, im Jahr 2008 waren es 397 000 (Statistisches Bundesamt 2010 b: ZUS-02) – nicht zu beobachten. Das Wachstum der Studienanfängerzahlen beruht im Wesentlichen auf der steigenden Anzahl der Studienberechtigten, der demografischen Entwicklung und, in den letzten Jahren, auf den ersten Doppelabiturjahrgängen.[9]

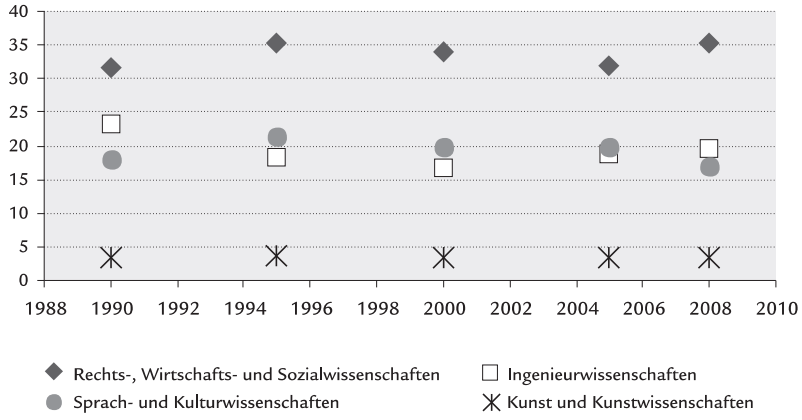
Betrachtet man die Fächergruppen[10], für die sich die Studienanfänger entscheiden (*s. Abbildung 2*), stehen die Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften unangefochten an erster Stelle. Sie erreichen seit Anfang der achtziger Jahre

8 Die Studienberechtigungsquote bezieht die Zahl der Studienberechtigen eines Jahres auf die Bevölkerung im Alter von 18–21 Jahren.

9 Die ersten doppelten Abiturjahrgänge gab es in Sachsen-Anhalt 2007, Mecklenburg-Vorpommern 2008 und im Saarland 2009.

10 Das *Statistische Bundesamt* arbeitet mit einem Schema von insgesamt neun Fächergruppen: (1) Sprach- und Kulturwissenschaften, (2) Sport, (3) Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, (4) Mathematik, Naturwissenschaften, (5) Humanmedizin, Gesundheitswissenschaften, (6) Veterinärmedizin, (7) Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften, (8) Ingenieurwissenschaften, (9) Kunst, Kunstwissenschaften. (Statistisches Bundesamt 2010 b: ANH-01)

Abbildung 2: Studienanfänger nach Fächergruppen



Quelle: Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010: 289 ff.

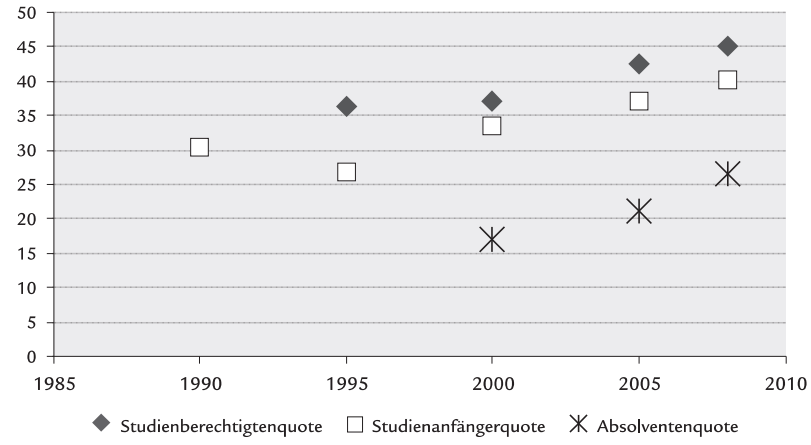
Prozentzahlen von über 30. Bis 1993 lagen die Ingenieurwissenschaften an zweiter Stelle, im darauffolgenden Jahr haben sich erstmals mehr Studierende für ein Studium der Sprach- und Kulturwissenschaften entschieden, nämlich 20,5 Prozent. Bis einschließlich 2007 war diese Fächergruppe die zweitmeistgewählte, bevor sie wieder von den Ingenieurwissenschaften abgelöst wurde. (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010: 293)

Die Anzahl der Absolventen an Hochschulen in Deutschland ist in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre zurückgegangen: Beendeten 1995 noch 197 000 Menschen die Hochschule mit einem Abschluss, waren es 2000 lediglich 177 000. Seit 2001 ist wieder ein Anstieg der Absolventenzahlen zu verzeichnen, 2008 waren es 260 000. (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010: 130 f.) Dabei ist zu berücksichtigen, dass das bislang einstufige Studiensystem mit Abschlüssen wie Diplom, Magister Atrium und Staatsprüfung seit dem Bologna-Prozess 1998 sukzessive durch ein zweistufiges System mit Bachelor- und Master-Abschlüssen mit jeweils geringeren Regelstudienzeiten ersetzt wird.

In der folgenden Abbildung sind die Entwicklungen der Studienberechtigten-, Studienanfänger- und Absolventenquoten – also jeweils der Anteil an der Bevölkerung im entsprechenden Alter – dargestellt.

Wie bei der Studienberechtigtenquote sind auch bei den Studienanfänger- und Absolventenquoten jeweils Anstiege zu verzeichnen – mit Ausnahme der ersten Jahre nach 1990 für die Studienanfängerquote. Während im Jahr 2005 die Studienanfängerquote bei 37 Prozent lag, haben im Jahr 2008 40,3 Prozent der Bevölkerung entsprechenden Alters ein Studium begonnen.[11] Dennoch liegt die Studienanfängerquote in Deutschland deutlich unter dem OECD-Mittel, das für 2005

Abbildung 3: Quoten der Studienberechtigten, Studienanfänger und Absolventen



Quelle: Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010: 285 ff.

eine Studienanfängerquote von 54 Prozent ausweist. (Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2010: Tabelle A2–4)

Trotz des Rückgangs der absoluten Zahlen der Absolventen in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre ist ein stetiger Anstieg der Absolventenquote zu konstatieren: von 16,4 Prozent im Jahr 1997 auf 26,2 Prozent im Jahr 2008. (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010: 130) Aber auch hier liegt Deutschland weit unter der aktuellen Quote anderer OECD-Länder wie beispielsweise USA, Niederlande, Kanada, Australien, Japan, Schweden, Großbritannien, Schweiz, Finnland, Spanien und Polen. Der Abstand zum OECD-Mittel ist in den letzten Jahren sogar noch größer geworden. (OECD 2010) Der *Wissenschaftsrat* empfiehlt, in Deutschland eine Absolventenquote von 35 Prozent anzustreben. (Wissenschaftsrat 2006)

»Studium Kultur« – Ergebnisse eines Forschungsprojektes

»Angewandte Kulturwissenschaften«, »Kultur- und Bildungsmanagement«, »Vermittlung von Kunst und Design« oder »Interkulturelle Kommunikation« – auch das Angebot an kulturbezogenen Studiengängen an Hochschulen in Deutschland hat sich in den letzten 35 Jahren erheblich erweitert. Die Studienlandschaft ist vielfältiger und differenzierter geworden – zugleich aber auch unübersichtlicher. Wel-

11 Dabei ist zu berücksichtigen, dass im Berechnungsverfahren auch die nach Deutschland kommenden Studienanfänger einbezogen sind, »die nach bisheriger Migrationspolitik nicht dauerhaft dem deutschen Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen« (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010: 122). Kritiker sprechen hier von einer »Verzerrung« (Wolter 2010) der Quote, bei Nichteinbeziehung dieser Studienanfänger läge diese Quote lediglich bei 34 %.

che Studienangebote der Kulturvermittlung und Interkultur halten die Hochschulen derzeit vor? Wie sind diese jeweils ausgestaltet – in Bezug auf ihr inhaltliches Profil und ihre Arbeitsmarktorientierung?

Diese Fragen stehen im Zentrum der Untersuchung »Studium Kultur«, die das *Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft* unter Förderung des *Bundesministeriums für Bildung und Forschung* durchführte.

Zur Ermittlung der Profile der Studienangebote wurde eine Fragebogenerhebung bei den in einer Bestandsaufnahme recherchierten Studienmöglichkeiten vorgenommen. Erfasst wurden Studienangebote für kulturvermittelnde und interkulturell orientierte Tätigkeitsfelder. Dabei wurde ein weites Verständnis von Kulturvermittlung zugrunde gelegt als »Analyse und Gestaltung der Beziehungen zwischen kultureller Produktion, Rezeption und Distribution«. Einbezogen wurden daher Studienangebote verschiedener Bereiche, unter anderem der Kulturwissenschaft(en), des Kulturmanagements, des Kulturjournalismus, der Ethnologie und Interkultur. Berücksichtigt wurden auch spartenspezifische und einrichtungsbezogene Studienangebote.[12] Damit war die Grundgesamtheit nicht deckungsgleich mit der Fächergruppe der Sprach- und Kulturwissenschaften, sondern beinhaltet nur einen Anteil dieser Fächergruppe sowie ausgewählter Studienangebote der Kunst und Kunstwissenschaften. Bei der Fragebogenerhebung konnte ein Rücklauf von 59 Prozent verzeichnet werden.

An Hochschulen in Deutschland werden derzeit mehr als 300 Studienmöglichkeiten der Kulturvermittlung und Interkultur angeboten.[13] Wesentliches Merkmal der Landschaft dieser Studienangebote ist ihre Vielfalt in Bezug auf: die regionale Verteilung, die formale Ausgestaltung, die inhaltliche Ausrichtung, die Vermittlung von Kompetenzen und die Arbeitsmarktorientierung.

- Die Studienangebote sind regional sehr unterschiedlich verteilt.
  Die meisten Studienangebote für kulturvermittelnde und interkulturelle Tätigkeiten werden in Nordrhein-Westfalen mit 36 Angeboten vorgehalten, dicht gefolgt von Baden-Württemberg mit 35 und Bayern mit 33 Angeboten (s. *Abbildung 4*, folgende Seite).[14]

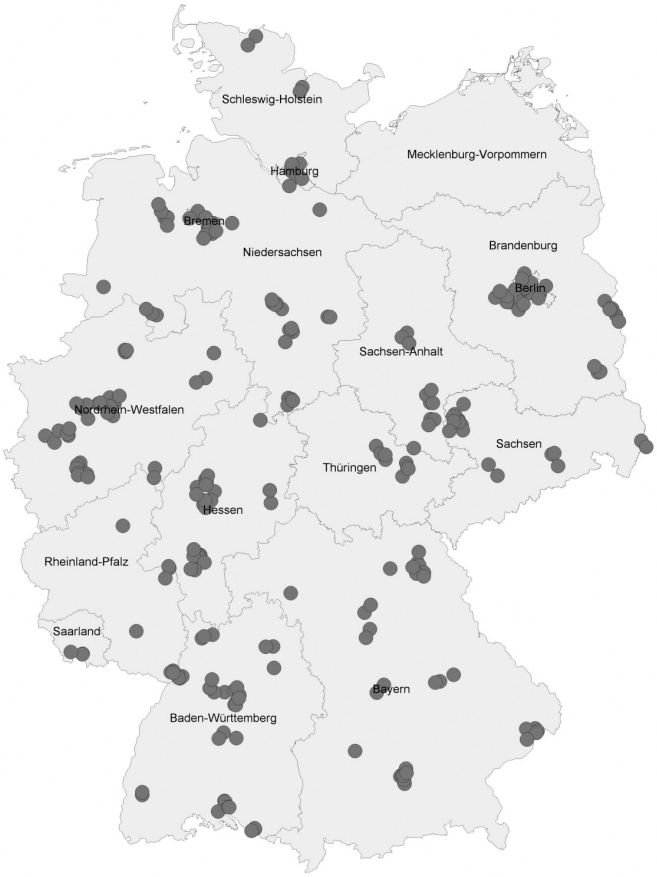
- Das »Durchschnitts-Studienangebot« wird an einer Universität offeriert, schließt mit einem Bachelor oder Master ab, ist ein Präsenz-Vollzeit-Studiengang, wird in der Lehrsprache Deutsch angeboten und erhebt Studiengebühren.
  Mit 182 Studienangeboten für kulturvermittelnde und interkulturelle Tätigkeiten werden fast drei Viertel (73 %) von Universitäten und ihnen gleichgestellten Einrichtungen vorgehalten. Deutlich geringer ist die Anzahl der Ange-

12 Eine ausführliche Darstellung aller formalen und inhaltlichen Kriterien für die Auswahl der einzubeziehenden Studienangebote sind auf der Internetseite des Projektes unter www.kupoge.de/ifk/studium-arbeitsmarkt-kultur nachzulesen.

13 Zum Vergleich: Der Hochschulkompass listet derzeit insgesamt circa 14 900 Studienangebote auf (Hochschulrektorenkonferenz 2010).

14 Für die hier dargestellten ausgewählten Ergebnisse sind die 266 Studienangebote, die im Sommersemester 2009 ein Angebot vorgehalten haben, ausgewertet worden.

Abbildung 4: Regionale Verteilung der Studienangebote der Kulturvermittlung und Interkultur an Hochschulen in Deutschland



bote für kulturvermittelnde und interkulturelle Tätigkeiten an Fachhochschulen (n = 17; 6,4 %) und Hochschulen (n = 17, 6,4 %). Der Anteil der Studienangebote an Kunst- und Musikhochschulen entspricht mit 13 Prozent in etwa dem der Fachhochschulen und Hochschulen gemeinsam. 1,8 Prozent der Studienangebote werden an sonstigen Hochschulen unterbreitet. 90,6 Prozent der Hochschulen insgesamt, die Studienangebote für kulturvermittelnde und interkulturelle anbieten, sind in staatlicher Trägerschaft.

Die Umwandlung der Studiengänge in Bachelor- und Masterstudiengänge als Auswirkung des Bologna-Prozesses ist weit vorangeschritten: mit einem Diplom oder Magister schließen nur noch 6 Prozent der Studiengänge für kulturver-

mittelnde und interkulturelle Tätigkeiten ab. 118 Studienangebote werden als grundständige Studiengänge mit B.A.-Abschluss angeboten (44,36%). Nahezu eben so hoch ist der Anteil der M.A.-Studiengänge mit 42,9 Prozent. Weiterbildungsangebote mit Zertifikatsabschluss machen lediglich 5,6 Prozent der Studienmöglichkeiten aus.

Bei fast allen Studienangeboten handelt es sich um Präsenz-Angebote (96,6%), bislang können lediglich 3,4 Prozent der Angebote als Fernstudium absolviert werden. Mit 89,5 Prozent ist der größte Anteil darüber hinaus ein Vollzeitstudienangebot, nur 10,5 Prozent der Studienangebote sind als berufsbegleitend konzipiert.

Ausschließlich deutschsprachig sind die Lehrangebote bei circa drei Vierteln der Studienangebote. Bei etwa einem Achtel der Angebote finden Veranstaltungen sowohl in deutscher als auch in englischer Sprache statt, zu den weiteren Lehrsprachen zählen französisch, polnisch, spanisch und italienisch.

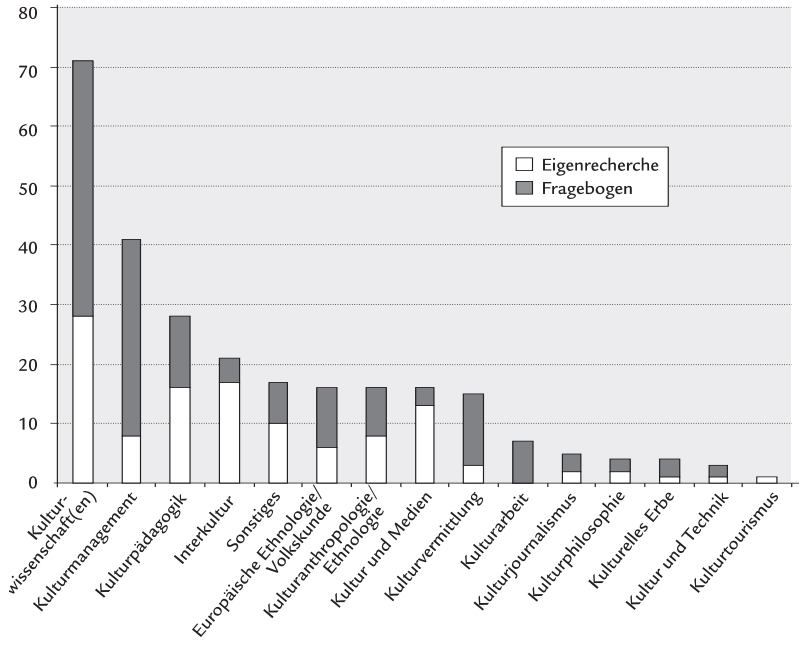
Für drei Fünftel der Studienangebote der Kulturvermittlung und Interkultur sind Studiengebühren[15] zu entrichten. Das Minimum an Studiengebühren pro Semester liegt bei 150 Euro, das Maximum bei 10000 Euro. Die durchschnittliche Höhe pro Semester liegt bei den Studienangeboten, für die Studiengebühren zu zahlen sind, bei 1034 Euro.

- Bei der inhaltlichen Ausrichtung dominieren bezogen auf die Bereiche die Kulturwissenschaft(en), das Kulturmanagement und die Kulturpädagogik sowie bezogen auf die Sparten die Medien, Literatur/Bibliothek sowie Theater/Tanz. *Abbildung 5* zeigt auf, dass die Kulturwissenschaft(en) mit 71 Studienangeboten (26,7%) die meisten Zuordnungen erfahren haben. 41 Studienangebote (15,5%) wurden dem Kulturmanagement zugeordnet, 28 der Kulturpädagogik (10,6%). Damit sind mehr als die Hälfte der ermittelten Studienangebote in den Bereichen Kulturwissenschaften(en), Kulturmanagement und Kulturpädagogik zu verorten. Mittlere quantitative Nennungen verzeichneten die Bereiche Interkultur (7,9%), Europäische Ethnologie/Volkskunde und Kulturanthropologie/Ethnologie (je 6%), sowie Kulturvermittlung (5,7%). Prozentual wenige Studienangebote wurden in den Bereichen Kulturarbeit, Kulturjournalismus, Kulturphilosophie, Kulturelles Erbe, Kultur und Technik sowie Kulturtourismus ermittelt.

  Etwa die Hälfte der Studienangebote weist einen Spartenbezug auf. Den prozentual größten Anteil mit 26,1 Prozent bilden Studienangebote mit der Spartenorientierung Medien. Es folgen Literatur/Bibliothek mit 16,2 Prozent, Tanz/Theater mit 13,8 Prozent, Musik mit 12,9 Prozent und die Bildende

15 Seit 2005 können in Deutschland Studiengebühren ab dem ersten Semester erhoben werden. Ob Studiengebühren zu entrichten sind, ist unter anderem abhängig vom Bundesland, in dem das Studienangebot vorgehalten wird. Darüber hinaus können die Trägerschaft der Hochschule und die Art des angestrebten Abschlusses Einfluss auf die Erhebung von Studiengebühren haben. Von den Studiengebühren zu unterscheiden sind die Semestergebühren, die Sozialbeiträge für das *Studentenwerk*, den *Allgemeinen Studierendenabschluss* und teilweise Beiträge für die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs umfassen.

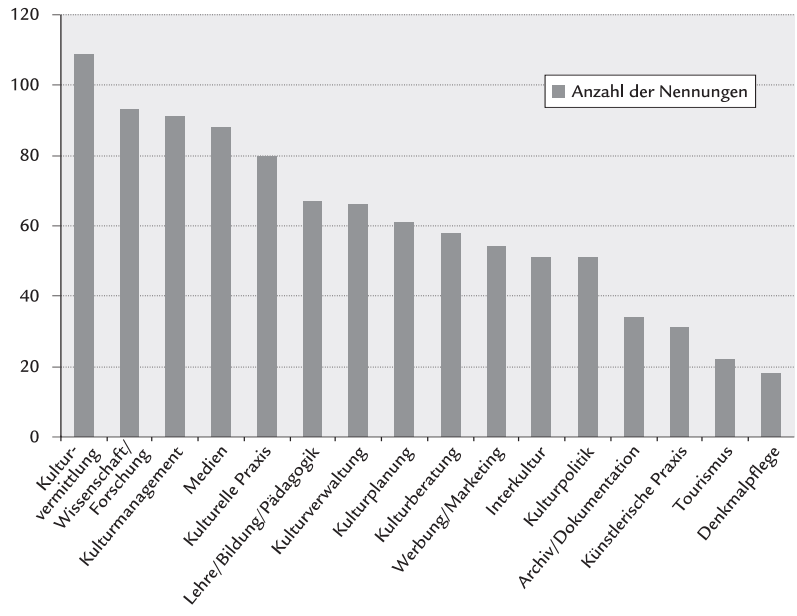
Abbildung 5: Studienangebote der Kulturvermittlung und Interkultur nach Bereichen



Kunst mit 10 Prozent. Deutlich kleiner waren die Spartenbezüge zur Kinder- und Jugendkultur, Sprache, zum Museum und zur Baukultur bei den Studienangeboten der Kulturvermittlung und Interkultur.

- Die meistgenannten Berufsfelder, für die die Studienangebote ausbilden, sind die Kulturvermittlung, Wissenschaft/Forschung, Kulturmanagement und Medien.
  Mehr als die Hälfte der Studienmöglichkeiten benannte diese vier Berufsfelder als Schwerpunkte. Nachdem mit der Kulturvermittlung der Themenfokus der Untersuchung und mit Wissenschaft/Forschung ein klassisches Berufsfeld der akademischen Einrichtungen an erster Stelle identifiziert wurde, waren es 58 Prozent der Studienangebote, die für das Berufsfeld Kulturmanagement ausbilden. Damit war das Berufsfeld Kulturmanagement auch Ausbildungsperspektive für eine erhebliche Anzahl von Studienangeboten, die aus anderen Bereichen – wie beispielsweise Kulturwissenschaften und Kulturpädagogik – kommen.

Abbildung 6: »Für welche Berufsfelder bildet Ihr Studienangebot schwerpunktmäßig aus?« (Mehrfachnennungen möglich)



Die Profile der über 300 kulturvermittelnden und interkulturellen Studienangeboten sind in einer Online-Datenbank recherchierbar, die auf der Homepage des Projektes unter www.kupoge.de/ifk/studium-arbeitsmarkt-kultur verfügbar ist. Neben den formalen Angaben (wie beispielsweise Art der Hochschule, Abschluss, Studiengebühren) sind vielfältige Informationen zu den Zielen, Inhalten und der Arbeitsmarktorientierung des jeweiligen Studienangebotes abrufbar.

Literatur

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hrsg.) (2010): *Bildung in Deutschland 2010. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Perspektiven des Bildungswesens im demografischen Wandel*, Bielefeld: Bertelsmann

Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.) (2004): *Die Fachhochschulen in Deutschland*, Bonn, Berlin (4. überarbeitete Auflage)

Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.) (2002): *Grund- und Strukturdaten 2001/2002*, Bonn

Education Audiovisual & Culture Executive Agency/ Eurybase The Information Database on Education Systems in Europe (2009): *Organisation of the Education System Germany 2008/2009*, Brüssel, http://eacea.ec.europa.eu/education/

eurydice/documents/eurybase/eurybase_full_reports/DE_EN.pdf (13.10.2010)

Hochschulrektorenkonferenz (2010): Hochschulkompass, http://www.hochschulkompass.de/hochschulen/statistik-hochschulen-nach.html (13.10.2010)

Hochschulrektorenkonferenz (2008): Hochschulkompass, http://www.hochschulkompass.de/hochschulen/statistik-hochschulen-nach.html (31.12.2008)

OECD (2010): *Education at a glance*, Paris, http://www.oecd.org/dataoecd/45/39/45926093.pdf

Kehm, Barbara M. (2004): »Hochschulen in Deutschland. Entwicklung, Probleme und Perspektiven«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft 25/2004, S. 6–17

Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (2009): *Das Bildungswesen in der Bundesrepublik Deutschland 2008. Darstellung der Kompetenzen, Strukturen und bildungspolitischen Entwicklungen für den Informationsaustausch in Europa*, Bonn

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hrsg.) (2010): *Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich, Ausgabe 2010 Tabellenband*, Wiesbaden

Statistisches Bundesamt (2010 a): *Hochschulen auf einen Blick. Ausgabe 2010*, Wiesbaden

Statistisches Bundesamt (2010 b): *Bildung und Kultur. Studierende an Hochschulen. Wintersemester 2009/2010*, Wiesbaden (Fachserie 11, Reihe 4.1)

Wissenschaftsrat (2006): *Empfehlungen zum arbeitsmarkt- und demographiegerechten Ausbau des Hochschulsystems*, Berlin

Wolter, Andrä (2010): »Studieren, Arbeitsmarkt und Beruf – Zwischen Generation Praktikum und akademischer Karriere«, in: *Denk-doch-mal. Online-Magazin für Arbeit-Bildung, Gesellschaft*, Nr. 1/2010: »Die Bologna-Marionetten wehren sich«, http://www.denk-doch-mal.de/node/

Norbert Sievers

Die unzulängliche Zugänglichkeit der Kultur

Kulturelle Teilhabe und Sozialstruktur

Die Frage, inwieweit die öffentlich finanzierten kulturellen Einrichtungen offen sind für alle Menschen und sie zur Teilhabe einladen, führt zurück auf den Ausgangspunkt der Neuen Kulturpolitik in den 1970er Jahren. Das Lamento, mit dem ihr Nestor, der damalige Nürnberger Kulturreferent Hermann Glaser (und mit ihm viele andere) sein Unbehagen an der deutschen Kulturpolitik zum Ausdruck brachte, bezog sich nicht zuletzt auf die Feststellung, dass Kultur seinerzeit ein »schichtenspezifisches Erlebnis« war. Den »Agenturen der Gesellschaft, im besonderen der Schule«, warf er vor, die »unzugängliche Zugänglichkeit« von Kultur, den »nicht erfüllten, aber suggerierten Anspruch auf die Allgemeingültigkeit von Kultur ständig reproduziert« zu haben. (Glaser/Stahl 1974: 28 f.) Seither ist die »soziale Zuteilungsbegrenzung« öffentlicher Kulturleistungen ein Dauerthema der Kulturpolitik. Sie verweist auf die Frage der Teilhabegerechtigkeit in der demokratischen Gesellschaft, die derzeit auch als Inklusionsdebatte geführt wird, und rückt die Themen »Publikum« und »Infrastruktur« in den Mittelpunkt des kulturpolitischen Interesses.[1] Denn auch die Frage, wer die staatlich geförderten kulturellen Einrichtungen und Veranstaltungen nutzt und besucht, begründet die Legitimation der öffentlichen Kulturförderung, weil ihre Beantwortung einen Hinweis darauf gibt, ob und inwieweit das »Bürgerrecht Kultur« (Hermann Glaser) verwirklicht ist.

Unabhängig von dieser legitimationswirksamen Frage, *wen* Kulturpolitik mit ihren Leistungen und ihrer Infrastruktur erreicht, geht es mit Blick auf die Auslas-

1 Zum Thema »Publikum im Fokus« siehe u. a. den Beitrag des Verfassers im »Jahrbuch Kulturpolitik 2005« (Sievers 2005); der vorliegende Beitrag versteht sich als Fortsetzung der darin entwickelten Argumentation. Eine Langfassung des Textes steht auf der Website www.kupoge.de

tung und das Funktionieren dieser Infrastruktur – nicht zuletzt unter dem Gesichtspunkt des Kulturmanagements – aber auch darum, *wie viele* Menschen erreicht werden. Denn Theater, Konzerthäuser, Museen, Bibliotheken oder Soziokulturelle Zentren brauchen Besucher und Nutzer, um ihre Funktion im Kontext der kulturellen Infrastruktur erfüllen und ihre Finanzierung sichern zu können. Deshalb liegt es im unmittelbaren Selbstinteresse der Kulturpolitik, die Besucherzahlen/Nutzerdaten und die Entwicklung der kulturellen Präferenzen im Blick zu behalten, auch wenn sich die Legitimation der öffentlichen kulturellen Infrastruktur nicht in Besuchern und Nutzern allein erschöpft. Die *Kulturpolitische Gesellschaft* hat deshalb das Thema »Kulturpublikum« schon vor etlichen Jahren auf die kulturpolitische Agenda gesetzt und einen Perspektivenwechsel von der »angebots- zur nachfrageorientierten Kulturpolitik« gefordert.[2] Die Argumentation war seinerzeit ebenso nahe liegend wie plausibel. Sie ging davon aus, dass es in den letzten drei Jahrzehnten zwar eine Vervielfältigung des kulturellen Angebotes gab, es aber nicht gelungen ist, neue und erweiterte Bevölkerungsgruppen dafür dauerhaft zu interessieren. Deshalb sei perspektivisch ein Missverhältnis von Angebot und Nachfrage zu befürchten, das zu einer stärkeren Nachfrageorientierung der Kulturpolitik führen müsse.

Im Kontext und in der Folge auf diese Diskussionen haben die kulturpolitischen Akteure reagiert. Die Programme zur Förderung der kulturellen Bildung (z. B. »Jedem Kind ein Instrument«) und die verstärkte Zielgruppenorientierung (z. B. Senioren, Migranten) sind auch im Sinne der Nachfrageentwicklung zu sehen. Allerdings ist die Dimension des Problems gerade mit Blick auf das kulturelle Angebot noch nicht erkannt worden. Es machen zwar Schlagworte wie »Hülle ohne Fülle« die Runde, um auf das Problem eines Angebotsüberhangs in manchen Sektoren hinzuweisen, aber eine systematische Diskussion über die Zukunftsfähigkeit der kulturellen Infrastruktur gibt es noch nicht. Im Rahmen dieses Beitrags geht es um den Zusammenhang von kultureller Infrastruktur und Publikum auf dem Hintergrund gesellschaftlicher Entwicklungen. Dabei soll der Frage nachgegangen werden, welche Auswirkungen Veränderungen in der Sozialstruktur der Gesellschaft auf das Teilhabeinteresse der Menschen an Kultur und die faktische Inanspruchnahme der kulturellen Angebote der öffentlichen Hand haben oder haben können.

Kulturelle Teilhabe und Sozialstruktur

Kulturelle Teilhabe ist eine persönliche Angelegenheit. Ob jemand Theater besucht, Konzerte genießt oder die Bildende Kunst schätzt, ist abhängig von individuellen Motivationen und Präferenzen, die schon früh ausgebildet werden. Betrachtet

2 Dies geschah im Kontext des 3. Kulturpolitischen Bundeskongresses »publikum.macht.kultur. Kulturpolitik zwischen Angebots- und Nachfrageorientierung«, der gemeinsam mit der *Bundeszentrale für politische Bildung* in Berlin veranstaltet wurde (siehe Kulturpolitische Gesellschaft 2006 und Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft 2005)

man die kulturelle Beteiligung jedoch insgesamt, so fällt auf, dass sie durch Faktoren der sozialen Herkunft, der Arbeitssituation und der Bildung beeinflusst ist, die in einem engen Zusammenhang mit gesellschaftlichen Entwicklungen steht. Kulturpolitik, die sich als Gesellschaftspolitik versteht, muss diese zur Kenntnis nehmen und darauf reagieren. Seit einigen Jahren steht diese Perspektive wieder stärker im Fokus des Interesses. Zunächst waren es Fragen der Demografie (siehe dazu die Themenhefte der *Kulturpolitischen Mitteilungen* Nr. 116 und Nr. 117 aus dem Jahr 2007), dann auch der sozio-ökonomischen Entwicklung (Winkler 2007, Sievers/Knopp/Molck 2009), die als Bedingungsfaktoren der kulturellen Teilhabe in den Blick genommen wurden. Die Themen Schrumpfung, Überalterung/Unterjüngung, Migration und Armut stehen dafür. Daneben ist unbestritten, dass Bildung und Erziehung, die Einbettung in bestimmten Sozialmilieus sowie neue technologische Entwicklungen im Kontext der digitalen Medien einen wichtigen Einfluss auf die Ausbildung kultureller Präferenzen und Beteiligungsinteressen haben. Insgesamt ist von einer Gemengelage sich überlagernder und zum Teil verstärkender sozialstrukturell und -kulturell bedeutsamer Faktoren auszugehen, die das Potential haben, einen Strukturwandel der kulturellen Teilhabe respektive der Nachfragesituation auszulösen und die Inanspruchnahme der öffentlichen kulturellen Infrastruktur so stark zu beeinflussen, dass sie sich verändern muss.

Faktor Schrumpfung: Weniger Menschen, weniger Nachfrage?

Es ist bekannt, dass die Weichen für die demografische Entwicklung in den nächsten 40 Jahren unumkehrbar gestellt sind. (Kaufmann 2007: 34ff.) Die Bevölkerung in Deutschland wird bis 2050 bei einem angenommenen jährlichen Wanderungsüberschuss von 200000 Menschen um etwa 7,5 Millionen abnehmen, wenn die Geburtenrate auf konstant niedrigem Niveau von durchschnittlich 1,4 Kindern bleibt. Diese Entwicklung vollzieht sich nicht gleichförmig, sondern – regional differenziert – in unterschiedlicher Intensität und mit unterschiedlichem Tempo. Schon jetzt gibt es ein Nebeneinander von wachsenden und schrumpfenden Regionen und Gemeinden.

Die Schrumpfung der Bevölkerung ist ein Thema der Kulturpolitik geworden und dies aus guten Gründen. Wer glaubt, der prognostizierte Bevölkerungsrückgang könne kulturpolitisch als »Alarmismus« abgetan werden und hätte keinen Einfluss auf die kulturelle Beteiligung und die Auslastung der Kulturinstitute, hat den Ernst der Lage nicht erkannt. Allein die Tatsache, dass in den ostdeutschen Bundesländern ab 2015 nur noch eine »halbierte« Generation ins potenzielle Elternalter kommt (Klingholz 2006: 41), macht deutlich, was dies für die Kultureinrichtungen mittel- und langfristig bedeutet. Der zu erwartende Bevölkerungsrückgang wird auch zu einer Schrumpfung des Kulturpublikums führen, wenn auch regional und sektoral in verschiedener Weise. Dies sollte umso mehr zu denken geben, als es – entgegen anderer Erwartungen und mit Blick auf die Zeitverwendung für kulturelle Aktivitäten – auch schon bisher kein ständig wachsendes

Kulturinteresse gegeben hat (siehe Anm. 3). In der Altersklasse bis 30 Jahre soll das Interesse an Kunst und Kultur in den letzten zehn Jahren sogar um rund ein Drittel geschrumpft sein. (Siehe Köcher 2008) Dieser Befund eines gleich bleibenden oder nachlassenden Kulturinteresses in der Gesamtbevölkerung ist insofern bemerkenswert, als sich die Voraussetzungen für kulturelle Partizipation – mehr Kaufkraft, mehr Freizeit, höhere formale Schulabschlüsse und ein überproportional gewachsenes Angebot – in den letzten Jahrzehnten erheblich verbessert haben.

Für die Kulturpolitik ist dieser Sachverhalt, sollte er sich empirisch erhärten lassen, mehr als ernüchternd, weil sie in ihrem angebotsorientierten Selbstverständnis stets von einem ständig wachsenden Kulturinteresse ausgegangen ist. Sie muss jedoch zur Kenntnis nehmen, dass das kulturelle Interesse kein unbegrenzt verfügbares Gut ist, sondern eine knappe Ressource, um die sich viele Anbieter bemühen. Dem quantitativem Wachstum und der Vielfalt der Kulturangebote steht dabei heute eine intensivierte und differenzierte Nachfrage der Viel- oder Kernnutzer gegenüber, aber nicht unbedingt eine angemessene Vermehrung der Teilnehmer und Nutzer insgesamt. Es gibt zwar mehr Besuche (vor allem der großen Kultureinrichtungen und populären Kulturevents), aber nicht unbedingt mehr Besucher[3], was die Kulturstatistik in der Regel verschweigt beziehungsweise nicht offenlegt. Die Folge ist, dass eine Vielzahl von Kultureinrichtungen und Veranstaltungen gut besucht ist, während andere mit ihrer Auslastung zu kämpfen haben. Diese Entwicklung wird sich verstärken, wenn der Kreis der Kulturnutzer weiter schrumpft und es nicht gelingt, neues Interesse zu wecken.

Faktor Alter: Stirbt das Kulturpublikum aus?

Problematischer als die Schrumpfung der Bevölkerung ist die Veränderung der Altersstruktur. Ohne Anstieg der Geburtenrate und des Zuwanderungssaldos wird sich der so genannte Altenquotient bis zum Jahr 2050 in etwa verdoppeln. Das bedeutet, dass dann 100 Personen im erwerbsfähigen Alter etwa 80 Senioren gegenüberstehen werden, wenn die Altersgrenze bei 60 Jahren angenommen wird, was dem bisherigen faktischen Berufsaustrittsalter entspricht. Gleichzeitig geht der Jugendquotient, also das Verhältnis der Kinder und Jugendlichen zu den Personen im erwerbsfähigen Alter, bis zum Jahr 2020 zurück, um dann in etwa konstant zu bleiben. Es gibt also eine drastische Verschiebung im Generationenverhältnis, die zu einer Überalterung respektive »Unterjüngung« der Bevölkerung führt. Für die Kulturpolitik und das Management der Kultureinrichtungen ist dies eine große Herausforderung. (Siehe Sievers 2009, Hausmann 2009)

3 Diese Aussage bezieht sich vor allem auf den Zeitraum der 1990er Jahre (Ehling 2005). In der Zeit davor – also seit den 1970er Jahren – kann es durchaus ein quantitatives Wachstum des Kulturpublikums gegeben haben, wie Susanne Keuchel es etwa für die Klassikkonzertbesucher im Zeitraum von 1984/85 bis 2004/05 nachweist. Für die 1990er Jahre konstatiert allerdings auch sie »Schrumpfungstendenzen« in diesem Bereich (Keuchel 2006: 56).

Schon jetzt ist der Faktor Alter auch ein Problem der Kulturteilhabe. Die »Konzerte im Silbersee« sind schon sprichwörtlich und führen langsam auch zu einem Nachdenken in den Chefetagen der Kulturpolitik. Die Klassikanbieter und hier insbesondere die Konzerthäuser und Opern sind von der Überalterung oder »Unterjüngung« des Publikums besonders betroffen. Der Altersdurchschnitt hat sich in diesen Einrichtungen in den letzten drei Jahrzehnten deutlich nach oben verschoben. So kann Reuband (2009: 10ff.) auf Untersuchungen verweisen, nach denen das Opernpublikum in dieser Zeit um zehn Jahre gealtert ist – und damit stärker als es den Veränderungen in der Altersstruktur der Bundesbürger entsprechen würde.[4] Das Durchschnittsalter der Opern- und Operettenbesucher soll mittlerweile in vielen Häusern bei 57 Jahren liegen, das der Besucher klassischer Konzerte vereinzelt sogar bei 60 Jahren. (Siehe auch Gembris 2009: 61) Deshalb befürchtet Reuband, dass das Opernpublikum zu vergreisen, längerfristig sogar auszusterben droht. Eine ähnlich düstere Prognose formuliert auch der Kulturwissenschaftler Martin Tröndle für das Konzertpublikum (siehe dazu seinen Beitrag in diesem Jahrbuch). Für Theater (Föhl/Lutz 2010: 43) und Museen (Wegner 2010: 116) wird eine ähnliche Entwicklung konstatiert, auch wenn sie weniger stark ausgeprägt ist. Diese Entwicklung der »Vergruftung« (Gerhard Koch) erklärt sich nicht nur aus dem generell größeren Interesse älterer Menschen an diesen Kulturformen, sondern auch aus einem wachsenden Desinteresse der Jüngeren. So zeigen die vorliegenden Studien übereinstimmend, »dass das Interesse an klassischer Musik umso geringer ist, je jünger die Altersgruppe ist«. (Gembris 2009: 66)[5] Deshalb besteht die Gefahr, dass der öffentliche Kulturbetrieb, sofern er sich zu sehr auf das kulturelle Erbe und den Klassikbereich fokussiert, sich tendenziell von der jüngeren Generation abkoppelt oder abgekoppelt wird.

Aber nicht nur in Opern- und Konzerthäusern schimmert es silbergrau. Fast überall im Kulturbereich prägen ältere und alte Menschen heute schon das Bild des Kulturpublikums; es sei denn, das Programm richtet sich explizit an jüngere Leute. Die Entwicklung wird voraussichtlich weiter gehen, denn die so genannte Babyboomergeneration (1955–1970), die heute den Großteil des Kulturpublikums stellt, wird in den kommenden zehn bis zwanzig Jahren die Altersstruktur der meisten Kultureinrichtungen weiter nach oben verschieben (»Kohorteneffekt«) und demnächst einen noch größeren Anteil des Kulturpublikums ausmachen. Die kulturellen Präferenzen der älteren und alten Menschen haben sich allerdings verändert. Die Generation der Babyboomer ist mit einem anderen Kulturbegriff aufgewachsen. Hier ist das Popkultur- und »Soziokulturmotiv« (Gerhard Schulze) stärker präsent als bei den heutigen Rentnern. Da die Kulturgewohnheiten sich mit dem Alter erfahrungsgemäß und empirisch belegt (Gembris 2010:

4 Nach Gembris (2010: 64) ist das Durchschnittsalter des Klassikpublikums in den vergangenen 20 Jahren dreimal so schnell angestiegen (um ca. 11 Jahre) wie das Durchschnittsalter der Bevölkerung (ca. 3,4 Jahre).

5 Erst im Langzeitvergleich wird die Dramatik dieses Rückgangs deutlich. So ist dem »8. Kulturbarometer« des *Zentrums für Kulturforschung* zu entnehmen, dass sich der Anteil der unter 40-jährigen Besucher bei den Opernbesuchern (wenigstens ein Opernbesuch pro Jahr) seit Mitte der 1960er Jahre bis zum Jahr 2005 von 58 auf 26 Prozent halbiert hat. (Keuchel 2005)

64 ff.) kaum verändern, ist davon auszugehen, dass die Formate der U- und OFF-Kultur von der Altersentwicklung eher profitieren werden, während die Klassikanbieter auch deshalb auf Dauer größere Schwierigkeiten bekommen dürften, ihre Veranstaltungen zu füllen (siehe auch Keuchel 2010: 87). Dennoch werden auch sie wohl eine Zeit lang noch eine Verschnaufpause haben. Sich darauf zu verlassen, wäre kulturpolitisch allerdings töricht. Spätestens ab 2030, wahrscheinlich schon in zehn Jahren wird der demografische Effekt in der Auslastung dieser Kultureinrichtungen voll durchschlagen. (Siehe auch Neuhoff 2008: 23)

Faktor Herkunft: Wie inklusiv ist die Kultur?

Die soziale Herkunft und die persönliche Bildung spielen nach wie vor eine entscheidende Rolle bei der Inanspruchnahme kultureller Einrichtungen und der Ausbildung kultureller Beteiligungsinteressen. Der Freizeitforscher Horst W. Opaschowski weist sogar nach, dass die »kulturelle Spaltung« zwischen Nutzern und Nicht-Nutzern kultureller Einrichtungen entlang sozialer Merkmale sogar zu und nicht etwa abgenommen hat. (Opaschowski 2006: 260) Offensichtlich gibt es einen engen Zusammenhang von sozialer und kultureller Exklusion, der sich in Zukunft noch verstärken könnte, weil die Schere zwischen »arm« und »reich« in Deutschland immer weiter auseinanderklafft (siehe. dazu Goebel/Gornig/Häußermann 2010). Die Armutsquote ist von 1998 bis 2005 um 50 Prozent gestiegen, von zwölf auf 18 Prozent; das sind vier Millionen Arme mehr. (Berger 2008). Etwa zehn Millionen Menschen haben inzwischen einen Anspruch auf Hartz IV oder Sozialgeld. Diese Menschen können sich Theater- oder Opernkarten schlichtweg nicht mehr leisten, wenn sie sie sich jemals leisten konnten oder wollten.

Ebenso wichtig wie die faktische Einkommenssituation ist aber die Angst vor dem sozialen Abstieg. Mittlerweile ist die Unsicherheit der sozialen Situation und der drohenden Deklassierung oder Marginalisierung auch in der Mitte der Gesellschaft spürbar. Der sozioökonomische Status der Mittelschicht hat sich verschlechtert. Vierzehn Prozent der Menschen, die im Jahr 2000 noch zur Mittelschicht zählten, leben inzwischen in Armut, heißt es im »3. Armutsbericht der Bundesregierung«. Die gefühlte Armut und »Statuspanik« (C. W. Mills) reicht mittlerweile viel weiter in die Mittelschicht hinein und führt dazu, dass viele Menschen sich selbst aus dem öffentlichen Leben ausschließen, bevor sie sozialstrukturell ausgeschlossen sind. Das ist keine gute Voraussetzung für kulturelle Beteiligung, zumindest dann nicht, wenn damit ein Verhalten gemeint ist, das nicht auf den passiven Konsum von medialen Unterhaltungsangeboten reduziert bleibt. Vielmehr begründet diese Entwicklung die Gefahr, dass immer mehr Menschen aufgrund ihrer sozialen Lage nicht an öffentlichen Kulturangeboten teilhaben können.

Eng verbunden mit dem Sozialstatus der Menschen sind die Erziehung im Elternhaus und die Schulbildung. Als zentrale Instanzen der primären und sekundären Sozialisation prägen Familien und Schulen die kulturellen Interessen und Präferenzen der Kinder und Jugendlichen sowie deren Teilhabemöglichkeiten

sehr stark. Auch wenn sich die kulturelle Sozialisation der Jugendlichen und jungen Erwachsenen selbstverständlich ebenfalls unabhängig vom Familienzusammenhang in *peer groups* und alltagsnahen Kinder- und Jugendszenen vollzieht, spielen die familiäre Sozialisation und das Herkunftsmilieu zunächst die entscheidende Rolle. (Siehe auch Keuchel 2010: 84, Gembris 2009: 72) Wer in frühen Jahren nicht mit Kunst und Kultur in Kontakt kommt und wem kulturelle Teilhabe nicht vorgelebt wird, kann dies später nur schwer kompensieren. Vor allem die Ausbildung der »Klassik-Disposition« (insbesondere das Interesse an klassischer Musik) ist sehr stark von der familiären musikalischen Sozialisation und dem Bildungsstatus der Mutter abhängig. (Neuhoff 2008: 8)

Die familiären Bedingungen werden dabei noch verstärkt durch die Schule. Kinder, die die Hauptschule besuchen, kommen deutlich weniger in Kontakt mit Kultureinrichtungen als Gymnasiasten. Die Schule verstärkt also die Vor-/Nachteile der sozialen Herkunft und kompensiert sie nicht. (Keuchel 2006: 64, Keuchel 2009: 152 f.) Bildung ist nach wie vor der durchschlagende Indikator bei der Ausbildung des Interesses an kultureller Teilhabe im hier gemeinten Sinn. Das Kulturpublikum ist ein Abiturpublikum.[6] Unter den Nichtbesuchern sind Hauptschulabsolventen mit 48 Prozent viermal so häufig vertreten. (Opaschowski 2006: 260) Vor allem bei den jungen Menschen finden sich nur noch Gymnasiasten unter den Besuchern von Theatern, klassischen Konzerten und Museen, also den Einrichtungen der Hochkultur. Besonders gravierend macht sich diese Bildungsexklusivität im Klassikbereich bemerkbar: Über 80 Prozent der Besucher von Opernaufführungen und klassischen Konzerten haben eine Hochschulreife. (Neuhoff 2008: 6). Eingedenk des bekannten Zusammenhangs von erfolgreichen Bildungskarrieren und dem sozio-ökonomischen Status der Familie. (Fuchs 2010: 39) gerade in Deutschland verweist also auch der Indikator Bildung darauf, dass kulturelle Teilhabe sozial ungleich verteilt ist.

Faktor Migration: Integration durch kulturelle Partizipation?

Die zunehmende ethnisch-kulturelle Durchmischung beziehungsweise der steigende Anteil von Menschen mit einer Zuwanderungsgeschichte ist ebenfalls ein wichtiger Bedingungsfaktor für kulturelle Beteiligung. Schon heute haben mehr als 30 Prozent aller Neugeborenen in Deutschland zumindest einen Elternteil mit nichtdeutscher Herkunft. In den Großstädten sind es erheblich mehr und in einzelnen Stadtteilen liegt die Quote nicht selten bei über 50 Prozent; Tendenz steigend. Schon in einigen Jahren werden 50 Prozent der unter 25-Jährigen in den Ballungsräumen einen Migrationshintergrund haben, so dass die »Fifty-Fifty-Gesellschaft« perspektivisch zu erwarten ist. (Wagner 2007: 29) Migranten sind in unseren Kultureinrichtungen, von Ausnahmen abgesehen, jedoch so gut wie nicht

6 Was nicht bedeutet, dass alle Menschen, die über diesen Schulabschluss verfügen, auch Kulturnutzer wären. Die so genannte Bildungsexpansion in den 1970er Jahren in der Bundesrepublik hatte keine entsprechende Vergrößerung des Kulturpublikums zur Folge. (Ehling 2005: 95)

präsent. Das ist sicherlich zu einem Gutteil der sozialen Lage, der Sprachkenntnisse, der allgemeinen Bildung und des spezifischen Kulturinteresses dieser Bevölkerungsgruppe geschuldet. Aber es liegt auch daran, dass die deutsche Kulturpolitik an einem überkommenen Begriff kultureller Öffentlichkeit festhält und nach wie vor fokussiert ist auf das traditionelle Bildungsbürgertum und dem von diesen bevorzugten Kanon kultureller Werke. Sie hat die Tatsache, dass Deutschland ein Einwanderungsland geworden ist, noch nicht wirklich zur Kenntnis genommen und konzeptionell umgesetzt.

Deshalb nimmt die *Kulturpolitische Gesellschaft* sich dieses Themas seit vielen Jahren an. (Wagner 2007: 33, Anm. 2) Im Rahmen des »2. Kulturpolitischen Bundeskongresses ›inter.kultur.politik. Kulturpolitik in der multiethnischen Gesellschaft‹« im Jahr 2003 wurde dieses Defizit zum Thema gemacht und eine interkulturell qualifizierte Kulturpolitik angemahnt. Der Titel der Kongresserklärung »Die Zukunft der Kulturpolitik ist interkulturell« bringt dabei auf den Punkt, worauf die Veranstalter damals hinweisen wollten: Es gibt aufgrund der tatsächlichen und zukünftig notwendigen Zuwanderung gesellschafts- und kulturpolitisch gar keine Alternative zu einer stärkeren Berücksichtigung der kulturellen Interessen der zugewanderten Mitbürger. Konkret heißt es in der Erklärung: »Wir brauchen eine interkulturell qualifizierte Kulturpolitik, die die kulturellen Bedürfnisse und Interessen der Migranten ernst nimmt und die in der Zuwanderung angelegten kulturellen Chancen und Potenziale aufgreift, damit das vielgestaltige kulturelle Leben in Deutschland neue Impulse erhält.« (Kulturpolitische Gesellschaft 2004: 26)

Mittlerweile haben die kulturpolitischen Akteure das Desiderat einer Interkulturpolitik erkannt und reagiert. Vor allem das Land Nordrhein-Westfalen hat die Kommunen ermutigt, sich dieses Themas anzunehmen und entsprechende Handlungskonzepte gefördert. (Der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen 2010b: 5f.) Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang auch die soeben erschienene Studie des Heidelberger Sozialforschungsinstituts *Sinus Sociovision GmbH*, die zum ersten Mal die Lebenswelten und -stile sowie die kulturellen Präferenzen und Gewohnheiten der unterschiedlichen Migrantenmilieus untersucht und damit eine Grundlage für eine gezielte interkulturelle Kulturarbeit geschaffen hat. (Der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen 2010a). Es ist der Verdienst der Studie, dass sie – bestehende Klischees und Vorurteile relativierend – das vielfältige Erscheinungsbild der kulturellen Lebensstile und Beteiligungsformen der Migranten zeigt und deutlich macht, wie groß das Interesse dieser Bevölkerungsgruppe an Kunst und Kultur ist, wenn sich die Lebenserfahrungen in den Inhalten spiegeln und sie sich selbst als Akteure in den Angeboten wiederfinden. (Ebd.: 12) Allerdings deckt die Studie nicht auf, wie groß oder gering die kulturelle Teilhabe der Migranten insgesamt ist; dies wird nur für die je spezifischen *SINUS*-Milieus dargestellt. Die Studie weist aber sehr deutlich auf die Barrieren und Hindernisse hin, die der kulturellen Teilhabe der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte immer noch entgegenstehen.

Kulturpolitik ist Infrastrukturpolitik

»Kulturpolitik ist Gesellschaftspolitik« heißt das Credo der *Kulturpolitischen Gesellschaft*. Damit waren stets auch der Anspruch und die Aufgabe verbunden, gesellschaftliche Entwicklungen in den Blick zu nehmen, um auf diesem Hintergrund kulturpolitische Konzepte zu entwickeln. Gegenwärtig gibt es allen Anlass, sich dieses Anspruchs wieder zu erinnern, weil der Strukturwandel[7] in der Gesellschaft dazu führen könnte, dass der herkömmlichen Kulturpolitik mehr und mehr die sozialstrukturelle Basis schwindet. Denn das klassische Bildungsbürgertum, also jene Kultur tragende Schicht in der »Mitte« der Gesellschaft, auf die die Kulturpolitik traditionell fokussiert ist, ist nicht nur demografisch und sozioökonomisch gefährdet, sondern verändert vor allem kulturell ihre Struktur durch den Prozess der Ausdifferenzierung und Segmentierung in verschiedenen Milieus und durch besondere Lebensstile gekennzeichneten Gruppen. Die Trägergruppen der kulturellen Öffentlichkeit sind durch den Prozess der gesellschaftlichen Individualisierung und Differenzierung heute sehr viel pluraler aufgestellt als noch in den 1960er und 1970er Jahren. Mit Blick auf den sozialen Strukturwandel der Gesellschaft kann davon gesprochen werden, dass die vertikale Struktur der sozialen Ungleichheit ergänzt und überlagert wird durch eine horizontale Struktur kultureller Differenz, ohne dass dadurch jedoch die Hierarchisierungslogik kultureller Teilhabe aufgelöst wäre. Die alte Dichotomie von »oben« und »unten« wird vielmehr ergänzt durch neue Formen eines »drinnen« und »draußen« (siehe auch Turowski 2010: 18).

Der Prozess der Pluralisierung führt dazu, dass das Bildungsbürgertum[8] und die durch diese gesellschaftliche Gruppe repräsentierte Kultur nicht nur ihre »kulturelle Hegemonie« und sozialdistinktive Funktion tendenziell einbüßt, sondern für das Marketing der Kultureinrichtungen immer weniger eine homogene und verlässliche Referenzgruppe darstellt und deshalb schwerer zu adressieren ist.[9] Differente Lebensstile und kulturelle Orientierungen sind jedoch nicht nur durch Schichtzugehörigkeiten und Lebensstilgruppen definiert, sondern quer dazu auch durch die Zugehörigkeit zu spezifischen Generationen oder Alterskohorten. Darauf hat Albrecht Göschel (1991) in seiner viel beachteten Studie »Die Ungleichzeitigkeit in der Kultur« aufmerksam gemacht. Er schreibt darin: »Jede

7 Der Strukturwandel der Gesellschaft ist in den vergangenen 20 Jahren vor allem unter dem Gesichtspunkt des wirtschaftlichen und technologischen Wandels thematisiert worden. Der Bedeutungsgewinn der Kultur als Wirtschaftsfaktor steht in diesem Zusammenhang. Neuerdings stehen im Kontext der Armuts- und Inklusionsdebatte auch soziale Fragen wieder im Fokus. Die Forderung nach Teilhabegerechtigkeit hat wieder einwenig Aufwind bekommen. Daraus erklärt sich auch die Rückbesinnung auf Diskussionen in den 1970er Jahren in der Bundesrepublik.

8 Der Begriff des »Bildungsbürgertums« bezeichnet keine sozialstrukturell eindeutig definierbare gesellschaftliche Schicht oder Gruppierung. Er ist eher ein »heuristisches Konstrukt«, das »heterogene Personen, verschiedene Berufe, unterschiedliche Einkommen und gesellschaftliche Funktionen erschließen soll«, deren Gemeinsamkeit in einer akademischen Ausbildung und einem spezifischen Lebensstil oder »Habitus« besteht. Dazu gehört auch die Affinität zu Kunst und Kultur, deren Kenntnis und Nutzung als Mittel der Distinktion und Identitätsstabilisierung eingesetzt wird. (Bollenbeck 1996: 195 ff.)

9 Daraus erklärt sich der Bedeutungsgewinn des Kulturmanagements und der empirischen Publikumsforschung. (Glogner/Föhl 2010)

Generation entwickelt ihren Kulturbegriff im Lebensabschnitt ihrer entscheidenden kulturellen Sozialisation, also in der Jugend oder im frühen Erwachsenenalter, und behält ihn dann weitgehend im weiteren Verlauf des Lebens bei.« (Ebd.: 8) Diese Entwicklung verursacht nicht nur einen Wandel der kulturellen Werte, Einstellungen und Beteiligungsformen, sondern auch der Präferenzen für bestimmte künstlerische Genres, Präsentationsformen und Einrichtungen, die gleichzeitig bestehen und daher konkurrierende, aber jeweils legitime Ansprüche an die öffentliche Kulturförderung begründen. Bemerkenswert ist dabei, dass die einmal ›erworbenen‹ kulturellen Vorlieben im weiteren Lebensverlauf offenbar »nur noch geringfügig modifiziert« (Ebd.: 12) werden.

Die von Göschel entwickelte Generationstypologie macht deutlich, dass die verschiedenen Altersgruppen unterschiedliche Ansprüche an die kulturelle Infrastruktur haben. Die Erfahrung zeigt jedoch, dass diese aufgrund des Beharrungsvermögens der Einrichtungen und der eher strukturkonservativen Ausrichtung der Kulturpolitik kaum berücksichtigt werden. Die 1950er Generation, die in den 1960er und frühen 1970er Jahren kulturell und politisch sozialisiert worden ist, war aus heutiger Sicht wohl die letzte, die mit den Soziokulturellen Zentren, den Locations der OFF-Kultur und den Jugendkunstschulen eine eigene kulturelle Infrastruktur für sich erstreiten konnte, so marginal sich ihre Finanzierung gegenüber den traditionellen Kultureinrichtungen auch ausnimmt. Nachfolgende Generationen gingen bisher leer aus, haben sich allerdings auch kaum zu Wort gemeldet. Der Vorsitzende des *Deutschen Kulturrates*, Max Fuchs, spricht wohl auch deshalb von einer »katastrophalen Ungleichverteilung öffentlicher Zuwendungen für die verschiedenen Lebensstilgruppen«. (Fuchs 2010: 40)

Dabei ist zu erwarten, dass die »Digitalisierung der Kultur« und der Aufstieg des Internets, mit der die Alterskohorten, die in den 1980er und 1990er Jahren aufgewachsen sind, noch tiefgreifendere Veränderungen mit Blick auf den Zugang zur Kultur und die Ausbildung kultureller Beteiligungsformen und Präferenzen bewirken werden, als dies in älteren Generationen der Fall gewesen ist. Allein der Blick auf die Entwicklung der Computerspiele und der internetbasierten Möglichkeiten der kulturellen Teilhabe befreit in dieser Frage von Illusionen. Der Bildschirm ist schon jetzt zur zentralen Instanz der kulturellen Teilhabe geworden. Kinder und Jugendliche haben heute andere kulturelle Interessen und Optionen, die ihr Leben prägen und begleiten werden und zum Teil in Konkurrenz zu anderen Kulturgütern und herkömmlichen Formen und Formaten der Kulturteilhabe stehen, insbesondere bei den Intensivnutzern des Internets, die wiederum überwiegend jung sind. Alle Sparten der Kultur sind davon betroffen. Auch dadurch besteht in der Tendenz die Gefahr, dass der Kulturpolitik (vor allem im Bereich der Klassikangebote) der Publikumsnachwuchs wegbricht, was viele Kommunen indes nicht davon abhält, weiterhin Konzerthäuser zu bauen, die dieses Segment bedienen.

Wenn aber die Präferenz für bestimmte Angebotssegmente (insbesondere der Hochkultur) schwindet und Vermehrung und Vervielfältigung der bestehenden Infrastruktur keine wirksamen Mittel mehr sind, um eine breitere kulturelle Betei-

ligung als gesellschaftliches Ziel zu erreichen, dann ist Kulturpolitik womöglich gezwungen, ihre Logik der Steigerung und des Wachstums des Angebotes zumindest in diesen Bereichen in Frage zu stellen. Die Einsicht, dass es womöglich in einzelnen Sparten und Sektoren nicht *zu wenige*, sondern vielleicht sogar *zu viele* oder nicht die richtigen kulturellen Angebote gibt, ist mental und politisch aber offensichtlich von den handelnden Akteuren schwer zu verarbeiten. Rück- oder Umbau ist in ihren Augen ein Sakrileg und insbesondere in Zeiten der finanziellen Not ein Tabuthema. Bei wem kommt schon Freude auf, wenn von Grundversorgung die Rede ist. Diese nachvollziehbare Vorsicht erschwert aber den kulturpolitisch vernünftigen Umgang mit diesem Strukturproblem. Denn genau diese Aufgabe der Konzentration und Veränderung steht der Kulturpolitik bevor – nicht nur in den ostdeutschen Bundesländern und nicht nur im Bereich der Museen, wo der *Deutsche Museumsbund* bereits über Konzepte des »geordneten Rückbaus« nachzudenken scheint.[10] Dabei geht es weniger um radikale Überlegungen – so spricht Pius Knüsel in diesem Jahrbuch etwa von der notwendigen »Halbierung der kulturellen Infrastruktur«, die »kaum jemanden auf Entzug setzen würde« –, sondern um einen Prozess der Anpassung und Transformation der kulturellen Infrastruktur angesichts veränderter Sozialstrukturen und Interessenlagen.

Kulturpolitik steht – insbesondere auf kommunaler Ebene – vor riesigen Herausforderungen. Sie muss sich konzeptionell neu ausrichten und die alten ausgetretenen Pfade verlassen. Durchhalteparolen und der Ruf nach Nothilfeprogrammen des Bundes und der Länder werden nur sehr begrenzte Wirkungen entfalten. Es ist nicht die Zeit, um Sonderrechte für die Kultur zu reklamieren, um eine in Teilen veraltete und möglicherweise nicht zukunftsfähige kulturelle Infrastruktur aufrecht zu erhalten, die überwiegend von einer einkommens- und bildungsprivilegierten Bevölkerungsgruppe genutzt wird. Vielmehr muss es darum gehen, neue Angebotsformate zu entwickeln, die der von der *UNESCO* geforderten kulturellen Vielfalt ebenso gerecht werden, wie dem demokratischen Anspruch auf Teilhabegerechtigkeit. Wenn Kulturpolitik sich als Gesellschaftspolitik verstehen will, dann muss sie auch dabei mithelfen, dass der Zusammenhang von sozialer und kultureller Exklusion sich nicht weiter verfestigt. Denn Kulturpolitik braucht die Zustimmung vieler Menschen – in den Stadtparlamenten und in der Öffentlichkeit. Diese Unterstützung war schon einmal größer. Um sie zurück zu gewinnen, sind auch in der Ausgestaltung der kulturellen Infrastruktur mehr soziale Balance und der Nachweis nötig, dass Kultur eben kein »schichtenspezifisches Erlebnis« bleiben darf – denn Kultur ist Bürgerrecht und als solches für alle da.

10 Darauf hat der Museumsexperte Gottfried Korff im Rahmen des »5. Kulturpolitischen Bundeskongresses ›kultur.macht.geschichte‹« im Jahr 2009 in Berlin in einem Diskussionsbeitrag hingewiesen. Der ehemalige Präsident des *Deutschen Museumsbundes*, Prof. Dr. Martin Roth, gibt vorsichtig zu bedenken, ob »wir in Deutschland nicht so etwas brauchen wie ein ›shrink to fit‹ innerhalb der Kultur. Ob es mittlerweile nicht andere Verhältnisse und Voraussetzungen gibt, die uns überlegen lassen sollten, ganz neue Strukturen einzuführen.« Die Prioritäten, die er dabei setzen würde, wären aber wohl kaum konsensfähig. Denn ihm wären im Zweifel die »klassischen Bereiche« und die »Objekte« und der »Kontext«, die die klassischen Bildungsfragen thematisieren, wichtiger als die freie Kultur. (Roth 2010: 32 f.)

Literatur

Berger, Jens (2008): *Mogelpackung Armutsbericht*, www.spiegelfechter.com/wordpress/365/mogelpackung-armutsbericht (7.9.2010)

Bollenbeck, Georg (1996): *Bildung und Kultur. Glanz und Elend eines deutschen Deutungsmusters*, Frankfurt am Main: Suhrkamp

Der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (2010 a): *Kulturbericht Nordrhein-Westfalen. Landeskulturförderung 2009*, Düsseldorf

Der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (2010 b): *Von Kult bis Kultur. Von Lebenswelt bis Lebensart. Ergebnisse der Repräsentativuntersuchung »Lebenswelten und Milieus der Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland und NRW«*, Düsseldorf

Ehling, Manfred (2005): »Zeit für Freizeit und kulturelle Aktivitäten. Ergebnisse aus Zeitbudgeterhebungen«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2005, Thema: Kulturpublikum*, Bonn/Essen: Klartext Verlag, S. 87–97

Föhl, Patrick S./Lutz, Markus (2010): »Publikumsforschung in öffentlichen Theatern und Opern: Nutzen, Bestandsaufnahme und Ausblick«, in: Glogner, Patrick/Föhl, Patrick S. (Hrsg.) (2010): *Das Kulturpublikum. Fragestellungen und Befunde der empirischen Forschung*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 23–97

Fuchs, Max (2010): »Ausgrenzung – auch eine Frage der Kulturpolitik?«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 130 (III/2010), S. 37–42

Gembris, Heiner (2009): »Entwicklungsperspektiven zwischen Publikumsschwund und Publikumsentwicklung. Empirische Daten zur Musikausbildung, dem Musikerberuf und den Konzertbesuchern«, in: Tröndle, Martin (Hrsg.): *Das Konzert. Neue Aufführungskonzepte für eine klassische Form*, Bielefeld: Transkript-Verlag, S. 61–83

Glaser, Hermann/Stahl, Karl-Heinz (1974): *Die Wiedergewinnung des Ästhetischen. Neue Modelle der Soziokultur*, München: Juventa

Glogner, Patrick/Föhl, Patrick S. Föhl (Hrsg.) (2010): *Das Kulturpublikum. Fragestellungen und Befunde der empirischen Forschung*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Goebel, Jan/Gornig, Martin/Häußermann, Hartmut (2010): »Polarisierung der Einkommen: Die Mittelschicht verliert«, in: *Wochenbericht des DIW*, Berlin, Nr. 24/2010, S. 2–8

Göschel, Albrecht (1991): *Die Ungleichzeitigkeit in der Kultur. Wandel des Kulturbegriffs in vier Generationen*, Stuttgart/Berlin/Köln: W. Kohlhamer

Hausmann, Andrea (2009): »Implikationen des demografischen Wandels für das Marketing von Kultureinrichtungen«, in: Hausmann, Andrea/Körner, Jana (Hrsg.): *Demografischer Wandel und Kultur. Veränderungen im Kulturangebot und der Kulturnachfrage*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 132–149

Hausmann, Andrea/Körner, Jana (Hrsg.) (2009): *Demografischer Wandel und Kultur. Veränderungen im Kulturangebot und der Kulturnachfrage,* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.) (2005): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2005, Thema: Kulturpublikum*, Bonn/Essen: Klartext Verlag

Kaufmann, Franz-Xaver (2007): »Der demografische Wandel in Deutschland und seine Folgen«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft Nr. 116 (I/2007), S. 34–42

Keuchel, Susanne (2006): »Das (un)bekannte Wesen – Analysen des Kulturpublikums«, in: Kulturpolitische Gesellschaft (Hrsg.), Kulturpolitische Gesellschaft (Hrsg.): *publikum.macht.kultur. Kulturpolitik zwischen Angebots- und Nachfrageorientierung,* Bonn/Essen: Klartext Verlag, S. 54 – 66

Keuchel, Susanne (2010): »Vom ›High Tech‹ zum ›Live Event‹. Empirische Daten zum aktuellen Konzertleben und zu den Einstellungen der Bundesbürger«, in: Tröndle, Martin (Hrsg.) (2009): *Das Konzert. Neue Aufführungskonzepte für eine klassische Form*, Bielefeld: Transkript-Verlag, S. 83–103

Keuchel, Susanne (2005): »Akzeptanz als Chance nutzen für mehr Publikum in Musiktheatern und Konzerten! Ein erster zusammenfassender Bericht zum 8. Kulturbarometer«, in:www.miz.org/artikel/Kulturbarometer_ Zusammenfassung.pdf

Klingholz, Rainer (2006): »Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Arbeit der deutschen Museen: in: *Musumskunde*, Band 71, 2/06, S. 40–45

Köcher, Renate (2008): »Schleichende Veränderung«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 20.8. 2008, S. 5

Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.) (2006): *publikum.macht.kultur. Kulturpolitik zwischen Angebots- und Nachfrageorientierung. Dokumentation des 3. Kulturpolitischen Bundeskongresses*, Essen/Bonn: Klartext-Verlag/Kulturpolitische Gesellschaft

Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.) (2004): *inter.kultur.polik. Kulturpolitik in der multiethnischen Gesellschaft. Dokumentation des 2. Kulturpolitischen Bundeskongresses*, Essen/Bonn: Klartext-Verlag/Kulturpolitische Gesellschaft

Neuhoff, Hans (2008): *Konzertpublika. Sozialstruktur, Mentalitäten, Geschmacksprofile*, www.miz.org/static_de/themenportale/einfuehrungstexte_pdf/03_KonzerteMusiktheater/neuhoff.pdf (7.9.2010)

Opaschowski, Horst W. (2006): »Wachstumsgrenzen des Erlebnismarktes. Folgen für die

Kulturpolitik«, in: Kulturpolitische Gesellschaft (Hrsg.): *publikum.macht.kultur. Kulturpolitik zwischen Angebots- und Nachfrageorientierung. Dokumentation des 3. Kulturpolitischen Bundeskongresses*, Essen/Bonn: Klartext-Verlag/Kulturpolitische Gesellschaft, S. 256–269

Reuband, Karl-Heinz (2009): »Die Institution Oper in der Krise? Generationsbedingte Änderungen des Musikgeschmacks im Langzeitvergleich«, in: *KM. Das Monatsmagazin von Kulturmanagement und Network*, Nr. 38, S. 8–12

Roth, Martin (2010): »Krise der Kultur – Kultur in der Krise«, in: *Kulturnotizen* 13, S. 28–43

Sievers, Norbert (2010): »Kulturelle Teilhabe heute und morgen. Gesellschaftliche Herausforderungen der Kulturpolitik«, in: *DIE. Zeitschrift für Erwachsenenbildung,* Heft III/2010, S. 27–31

Sievers, Norbert (2005): »Publikum im Fokus.Begründungen einer nachfrageorientierten Kulturpolitik«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2005, Thema: Kulturpublikum*, Essen/Bonn: Klartext-Verlag/Kulturpolitische Gesellschaft, S. 45–59

Sievers, Norbert (2009): »Herausforderungen und Handlungsoptionen für die Kulturpolitik angesichts des demografischen Wandels«, in: Hausmann, Andrea/Körner, Jana (Hrsg.) (2009): *Demografischer Wandel und Kultur. Veränderungen im Kulturangebot und der Kulturnachfrage,* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 51–71

Sievers, Norbert/Knopp, Reinhold/Molck, Jochen (2009): Jochen: »Kultur nicht für alle? Kulturpolitik und gesellschaftliche Teilhabe«, in: *Kulturpolitische Mittelungen*, Heft 126 (III/2009), S. 31–35

Tröndle, Martin (Hrsg.) (2009): *Das Konzert. Neue Aufführungskonzepte für eine klassische Form*, Bielefeld: Transcript-Verlag

Wagner, Bernd (2007): »Integration und Vielfalt. Anforderungen an eine Gesellschafts- und Kulturpolitik in einer Einwanderungsgesellschaft«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.): *Beheimatung durch Kultur. Kulturorte als Lernorte interkultureller Kompetenz*, Bonn/Essen: Klartext Verlag, S. 27–40

Wegner, Nora (2010): »Besucherforschung und Evaluation in Museen: Forschungsstand, Befunde, Perspektiven«, in: Glogner, Patrick/Föhl, Patrick S. Föhl (Hrsg.) (2010): *Das Kulturpublikum. Fragestellungen und Befunde der empirischen Forschung,* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 97–153

Winkler, Michael (2007): »Unterschicht, Kultur uns soziale Arbeit. Eine andere Geschichte«, in: Maedler, Jens (Hrsg.): *TeilHabeNichts. Chancengleichheit und kulturelle Bildung,* München: Kopaed-Verlag, S. 27–38

Karl-Heinz Reuband

Kulturelle Partizipation als Lebensstil

Eine vergleichende Städteuntersuchung zur Nutzung der lokalen kulturellen Infrastruktur

Einleitung

Die meisten Bevölkerungsumfragen in der Bundesrepublik, in denen Fragen zur Nutzung kultureller Einrichtungen gestellt werden, basieren auf bundesweiten Erhebungen. Aufgrund dessen werden Personen sowohl mit als auch ohne Zugang zur lokalen kulturellen Infrastruktur erfasst. Ein solches Vorgehen macht Sinn, solange man die bloße Verbreitung kultureller Partizipation in der Bevölkerung insgesamt ermitteln will. Will man jedoch bestimmen, wie groß das Besucherpotential ist, wenn die Gelegenheit zur Nutzung besteht, muss man zusätzlich ermitteln, ob es am Wohnort eine entsprechende kulturelle Infrastruktur gibt und die Daten darauf bezogen analysieren. Oder man muss sich lokaler Studien bedienen, bei denen man von vornherein um das Vorhandensein und das Angebot der lokalen kulturellen Infrastruktur weiß.

Will man erfassen, wie sich ein spezifisches Programmangebot der Kultureinrichtungen auf die Nutzungshäufigkeit auswirkt, sind vergleichend angelegte lokale Studien sogar unabdingbar. Derartige Studien aber fehlen. Zwar wurden in Lokalerhebungen – so etwa durch die statistischen Ämter der Städte – vereinzelt Fragen zur Nutzung kultureller Einrichtungen gestellt, ein systematischer Vergleich wurde dazu bislang jedoch nicht unternommen. Und in den meisten Fällen dürfte dies angesichts des unterschiedlichen methodischen Vorgehens der Studien, sowohl hinsichtlich der Stichprobenziehung als auch der Frageformulierung, zudem kaum möglich sein.

So ist denn angesichts des bestehenden Defizits ungeklärt, ob und in welchem Umfang kulturelle Handlungsmuster in der Bevölkerung von Stadt zu Stadt variieren und wie sehr das jeweilige Programmangebot die Nutzung mitbestimmt.

Mögen auch Theaterkritiker in regelmäßigen Abständen Theater und Opernhäuser unter Qualitätsgesichtspunkten beurteilen und deren Attraktivität bestimmen (etwa bei der jährlichen Wahl zum »Theater« beziehungsweise »Opernhaus des Jahres«) – für die Besucher zählen womöglich ganz andere Maßstäbe. Und entsprechend müssen sich hoch bewertete kulturelle Einrichtungen nicht notwendigerweise auch eines breiten Besucherstroms erfreuen.

Im Folgenden soll im Rahmen einer vergleichend angelegten Studie, die sich auf Städte mit entsprechender kultureller Infrastruktur und die lokale Bevölkerung bezieht, die Nutzung ausdifferenziert nach Art der Kultureinrichtung, untersucht werden. Dies geschieht für die Landeshauptstädte Hamburg, Kiel, Düsseldorf, Stuttgart, München und Dresden. Sie alle verfügen über eine gut ausgebaute kulturelle Infrastruktur, zu der sowohl Opernhäuser und Theater als auch Museen zählen. Drei Fragestellungen interessieren uns: (1) Wie sehr variiert die kulturelle Nutzung zwischen den verschiedenen Städten und den verschiedenen Einrichtungen? (2) Wie sehr spiegelt sich in dem jeweiligen lokalen Muster der Partizipation ein generalisiertes Muster der Teilhabe an der Hochkultur wider? (3) Wie sozial exklusiv ist der Kreis der Nutzer?

Methodisches Vorgehen

Die Erhebungen gründen sich auf einen repräsentativen Querschnitt der lokalen Bevölkerung mit deutscher Staatsangehörigkeit 18 Jahre und älter. Die Stichproben wurden nach Prinzipien der Randomauswahl aus den Einwohnermelderegistern der Städte gezogen. Durchgeführt wurden die Erhebungen postalisch, in der Regel anonym, ohne Kennzeichnung der Fragebögen mit einer Nummer. Durch die Wahl einer postalischen Erhebungsvariante dürften soziale Erwünschtheitseffekte – einschließlich eines »*Overreporting*« sozial erwünschter Verhaltensmuster – im Vergleich zu *face-to-face* oder telefonischen Befragungen reduziert sein (vgl. Tourangeau u. a. 2000).[1]

Angelegt waren die Erhebungen als Mehrthemenuntersuchungen. Neben Fragen zur Beurteilung der lokalen Infrastruktur waren unter anderem auch Fragen zum Freizeitverhalten, Drogengebrauch und Kriminalitätserleben enthalten. Gegenüber den Befragten wurde die Erhebung global als Studie zum Leben in ihrer Stadt und aktuellen Fragen deklariert. Durch dieses Vorgehen sollte eine thematisch einseitige Rekrutierung von Befragten verhindert werden. Die Erhebungen fanden in den Jahren 2000 bis 2002 statt[2] und wurden in Anlehnung an Empfehlungen von Don Dillman (2000) und eigene Erfahrungen (vgl. Reuband 1999, 2001) durchgeführt. Nach bis zu drei Mahnungen antworteten nach Abzug neu-

1 Völlig aufgehoben sind die Tendenzen zum »*Overreporting*« sicherlich auch hier nicht (Reuband 2007). Aber wenn man davon ausgeht, dass sie in gleicher Weise auf die Befragten aus den unterschiedlichen Städten einwirken, kann man Vergleiche anstellen: Die Relationen müssten die Gleichen bleiben.

2 Die Erhebungen fanden – mit Ausnahme von Düsseldorf, wo wir auf eine Erhebung aus dem Jahr 2000 zurückgreifen – im Jahr 2002 statt. Mit Ausnahme der Düsseldorfer Befragung wurden die Erhebungen im Rahmen eines Projektes der *VW Stiftung* gefördert (AZ 20.030.080).

traler Ausfälle zwischen rund 48 und 58 Prozent der Zielpersonen. Mit diesen Quoten wurden Werte erreicht, die als überdurchschnittlich anzusehen sind.[3]

Pro Stadt stehen für die folgenden Analysen rund 1000 Personen zur Verfügung. Die Fragen zur Häufigkeit der Nutzung lokaler Kultureinrichtungen wurden im Kontext von Fragen zu sozialen und sonstigen Aktivitäten gestellt (»Wie oft gehen Sie in [Ort] in ...«). Die Antwortkategorien reichten von »mehrmals pro Woche« bis »einmal im Jahr«, »seltener«, »nie«. Erfasst wird mit den Fragen das üblicherweise praktizierte Verhalten, nicht das Verhalten innerhalb eines zwischenzeitlich vergangenen Zeitraums. Die Frage zum Besuch in den letzten zwölf Monaten erbringt – wie dies an anderer Stelle deutlich wurde (Reuband 2007) – etwas niedrigere Werte als die Angaben zum Besuch mindestens einmal im Jahr. Zwar korrelieren beide Arten von Angeben miteinander, doch sind die Werte für Nutzung nicht völlig deckungsgleich.[4]

Verbreitung der Nutzung

Wie man *Tabelle* 1 entnehmen kann, werden in allen Städten Theater und Museen am häufigsten genutzt, mit Abstand gefolgt vom Opernhaus und klassischen Konzerten. Anzunehmen ist, dass in erster Linie die Nachfrage die jeweilige Nutzungshäufigkeit bestimmt. Mag man auch beim Opern- oder Konzertbesuch über weniger Optionen verfügen als beim Theater- und Museumsbesuch – weil es in der Regel nur ein Opernhaus oder eine Konzerthalle am Ort gibt, aber mehrere Theater und Museen –, gilt doch andererseits, dass es in den hier einbezogenen Städten in hinreichendem Maße ein aufgefächertes Angebot im Verlauf einer Woche gibt. Wer interessiert ist und an dem einen Tag nicht sein kulturelles Interesse befriedigen kann, der kann in der Regel ohne größere Schwierigkeiten einen anderen Tag für die Nutzung des Opernhauses oder der Konzerthalle wählen. Die wenigsten Bürger dürften in ihrem Zeitbudget derart stark eingeschränkt sein, dass ihnen eine flexible Wahl unmöglich ist.

Betrachtet man die einzelnen Kultureinrichtungen im Vergleich der Städte, so erweisen sich im Fall des Opernbesuchs Stuttgart und München – dicht gefolgt von Dresden – als Orte, an denen Bürger besonders häufig auf das lokale Angebot zurückgreifen. Dies spiegelt sich nicht nur in den Angaben zu mehrmaligem Besuch im Jahr wider, sondern ebenfalls am Anteil derer, die überhaupt das Opernhaus aufsuchen. Für alle der drei genannten Städte weisen auch die Besucherstatistiken der jeweiligen Opernhäuser auffallend hohe Auslastungszahlen auf. So lagen

3 *Face-to-face*-Umfragen und telefonische Befragungen – selbst solche mit besonders hohem Standard – erreichen heutzutage gewöhnlich niedrigere Werte, so etwa der *ALLBUS* und das *SOEP* nur 40 Prozent (vgl. Schupp 2008, Wasmer u. a. 2010).

4 So können Befragte, die üblicherweise einmal im Jahr die jeweilige Einrichtung nutzen, aus zufälligen Gründen von einem Besuch innerhalb der letzten zwölf Monate abgehalten worden sein. Sie haben den Besuch womöglich auf eine spätere Zeitperiode verschoben, so dass sich im Durchschnitt ein Wert von etwa einmal im Jahr ergibt. Umgekehrt kann es auch geschehen, dass manche Personen das jeweilige Kulturangebot in den letzten zwölf Monaten genutzt haben (z. B. weil ihnen eine Eintrittskarte geschenkt wurde), dies sonst aber seltener tun.

die Auslastungszahlen für die Opernaufführungen – gemessen an der Zahl verfügbarer Plätze – in der Spielzeit 2001/02 in Stuttgart bei 90 Prozent, München (*Nationaltheater*) 96 Prozent und Dresden 98 Prozent. Die entsprechenden Zahlen beliefen sich in Hamburg auf 90 Prozent, Düsseldorf auf 77 Prozent und Kiel auf 70 Prozent. (Deutscher Bühnenverein 2003: 142 ff.)

Zu einem Teil sind die hohen Auslastungszahlen zweifellos ein Resultat touristischer Zuwendung. Inwiefern sich in der Touristenzahl nicht nur die allgemeine Attraktivität der Stadt, sondern ebenfalls die Attraktivität der jeweiligen Kultureinrichtungen niederschlägt, muss an dieser Stelle offen bleiben. Dass dies der Fall sein könnte, darauf verweist Dresden. Dort zählt die *Semperoper* zu den Attraktionen, die das Image der Stadt mitbestimmen (vgl. u. a. Brandmeyer Markenberatung 2010) und die bei organisiertem Städtetourismus regelmäßig in das Programm genommen werden. Ob die hohe Zahl der auswärtigen Besucher Rückwirkungen auf die lokale Population ausübt und das Image der jeweiligen Einrichtung auch unter den Einheimischen erhöht und deren Nachfrage begünstigt, ist ungewiss. Denkbar ist, dass es in gewissem Umfang einen Rückkoppelungsprozess gibt – die Attraktivität für Auswärtige von den Bürgern als Gradmesser für die Attraktivität der kulturellen Einrichtung und ihres Programms gewertet wird.

Auffällig ist, dass in den drei Städten, in denen der Opernbesuch am stärksten in der lokalen Bevölkerung verbreitet ist – Stuttgart, München und Dresden –, überproportional oft auch klassische Konzerte, Theater und Museen besucht werden. Dies könnte ein generalisiertes Muster lokaler Hochkultur-Partizipation widerspiegeln. Was zugleich im Fall des Opernbesuchs bedeuten könnte: Die Tatsache, dass der Opernbesuch in der Wohnbevölkerung dieser Städte häufiger ist als in den anderen Städten, muss nicht notwendigerweise Folge des Opernangebots sein, sondern könnte ebenfalls aus einer generalisierten Neigung der Bürger erwachsen, hochkulturelle Einrichtungen zu nutzen.

Man kann diese Hypothese prüfen, indem man den Effekt der Städtezugehörigkeit auf den Opernbesuch unter Kontrolle der anderen Formen hochkultureller Partizipation und grundlegender sozialer Merkmale ermittelt. Wir haben dies mittels Regressionsanalysen mit der Städtevariablen in Form von Dummy-Variablen getan. Der Einfluss der Städtevariablen auf den Opernbesuch verschwindet dann tatsächlich.[5] Es ist anscheinend weniger das spezifische Programmangebot auf Seiten des Opernhauses als das kulturelle Klima, das die lokale Nutzung des Opernhauses maßgeblich bestimmt.

Die Tatsache, dass die Nutzung bestimmter kultureller Einrichtungen zum Teil Ausdruck einer generalisierten Neigung kultureller Nutzung ist, bedeutet zugleich, dass sich der Gesamtwert für kulturelle Teilhabe in der Bevölkerung nicht einfach durch Aufaddition der einzelnen Werte kultureller Nutzung berechnen

5 Allenfalls für München und Hamburg kann man einen statistisch bedeutsamen Städteeffekt feststellen. Doch dokumentiert er paradoxerweise eine leicht unterdurchschnittliche Nutzung des Opernhauses, sobald man die anderen Variablen kontrolliert. Der Effekt ist freilich derart schwach, dass er de facto als vernachlässigenswert gelten kann.

Tabelle 1: Nutzung kultureller Einrichtungen im Städtevergleich (in Prozent)

		Hamburg	Kiel	Stuttgart	München	Dresden	Düsseldorf
Oper	Mehrmals in Jahr	11	11	17	17	14	17
	Einmal im Jahr	12	11	12	13	15	10
	Seltener	32	34	32	33	40	29
	Nie	45	44	39	38	31	44
Klass. Konzert	Mehrmals im Jahr	19	16	24	25	19	17
	Einmal im Jahr	12	12	13	15	10	11
	Seltener	28	30	28	30	35	31
	Nie	42	42	35	31	36	41
Theater	Mehrmals in Jahr	40	25	37	42	40	31
	Einmal im Jahr	19	18	18	18	16	14
	Seltener	27	31	28	27	31	31
	Nie	14	26	18	12	13	24
Museum	Mehrmals in Jahr	29	22	36	46	40	26
	Einmal im Jahr	19	20	24	22	22	17
	Seltener	39	37	29	26	32	36
	Nie	13	22	11	6	6	21

Frageformulierungen und Antwortkategorien: »Wie oft gehen Sie in [Ort] in ... ein Museum? ... ein Theater? ... die Oper? ... ein klassisches Konzert?« – »Mehrmals pro Woche – Einmal pro Woche – Mehrmals im Monat – Einmal im Monat – Mehrmals im Jahr – Einmal im Jahr – Seltener – Nie« [»mehrmals pro Woche« bis »mehrmals im Jahr« hier zusammengefasst].
Zahl der Befragten: Hamburg 951, Kiel 944, Stuttgart 907, München 949, Dresden 1080, Düsseldorf 944

lässt. Städte mit hohem Grad der Teilhabe an Einrichtungen der Hochkultur müssen nicht notwendigerweise den Spitzenplatz in der Gesamtnutzung einnehmen – denn sie sind möglicherweise diejenigen, bei denen sich die Nutzerkreise am stärksten überlappen: Wer das Opernhaus besucht, ist unter Umständen ebenfalls derjenige, der überproportional oft ein Theater aufsucht. Und dies wiederum könnte sich durchaus von Stadt zu Stadt unterscheiden.

In der Tat variieren die Zusammenhänge in ihrer Stärke, gemessen an der Korrelation zwischen Häufigkeit der Nutzung des Opernhauses und des Theaterbesuchs, je nach Stadt. Die entsprechenden Werte liegen in Kiel bei r=.62, in Stuttgart bei .66, in München und Dresden hingegen nur bei .55 und in Hamburg bei .48. Inwieweit diese Unterschiede durch die Art der vor Ort vorhandenen Theater beeinflusst sind – etwa durch einen unterschiedlich hohen Anteil von Boulevardtheatern – kann an dieser Stelle nicht geklärt werden.[6] Bezüglich der Nutzung an-

6 Wer das Schauspielhaus besucht, wird eher auch die Oper besuchen als Besucher von Boulevardtheatern (vgl. Reuband/Mishkis 2005).

derer kultureller Einrichtungen sind die städtespezifischen Unterschiede jedenfalls geringer. So erweisen sich die Korrelationen zwischen Opernbesuch und Museumsbesuch über die verschiedenen Städte als weitgehend gleich, ebenso zwischen Opern- und Konzertbesuch.

Erfasst man den Anteil der Personen, der mehrmals im Jahr mindestens eine der genannten kulturellen Einrichtungen am Ort nutzt – das Opernhaus, klassische Konzerte, Theater oder Museen[7] – nimmt Kiel mit 38 Prozent den untersten Platz in der Hierarchie kultureller Nutzung ein. Düsseldorf kommt auf einen Anteil von 50 Prozent, Hamburg von 53 Prozent, Stuttgart von 54 Prozent und Dresden von 57 Prozent. Den »Spitzenplatz« hat München mit einem Anteil von 63 Prozent inne. Inwieweit zu diesen Werten die stark ausdifferenzierte kulturelle Infrastruktur mit beiträgt – allein und/oder in Wechselwirkung mit der Nachfrage[8] – ist eine Frage, die hier nicht geklärt werden kann.

Soziale Rekrutierung der Besucher

Gemeinsamkeiten in der Häufigkeit der Nutzung unterschiedlicher kultureller Einrichtungen in den einzelnen Städten müssen nicht notwendigerweise bedeuten, dass auch die Profile der Besucher und Nichtbesucher einander ähneln. Wie sehr dies der Fall ist, dürfte sowohl von der Art der Einrichtung als auch dem jeweiligen kulturellen Angebot selbst abhängen. Um der Frage der sozialen, lokalen Rekrutierung nachzugehen, setzen wir im Folgenden die Häufigkeit der Nutzung mit den relevanten sozialen Merkmalen Geschlecht, Alter und Bildung in Beziehung. Wir können dann – gemessen über entsprechende Zusammenhangskoeffizienten – erfassen, wie sehr sich die häufigen Nutzer von den seltenen Nutzern und den Nichtnutzern unterscheiden. Die entsprechenden Korrelationskoeffizienten (sie variieren zwischen null und eins, je stärker der Effekt desto größer die Zahl) sind in *Tabelle* 2 zusammengestellt.

Wie man der Tabelle entnehmen kann, erweist sich – im Einklang mit bisherigen Ergebnissen der Forschung – die Bildung als die Variable mit dem stärksten Effekt. Je höher die Bildung, desto häufiger die Nutzung. Sich dem kulturellen Angebot verpflichtet zu fühlen und sich ihm auszusetzen, ist – wie andere Studien belegen – etwas, was schon früh in den höheren Bildungsschichten und Bildungseinrichtungen vermittelt wird und sich später als grundlegende Orientierung im Lebensverlauf fortsetzt. Zusätzlich wird die Nutzung dadurch begünstigt, dass höhere Bildung mit einem höheren Einkommen einhergeht, man es sich also leisten kann, von kulturellen Angeboten häufiger Gebrauch zu machen. Doch das Einkommen ist allenfalls ein Element in der Vermittlung des Bildungseffekts.[9]

7 Hier berechnet auf der Basis derer, welche zu allen fünf Fragen Angaben machten. Nimmt man alle Befragten als Basis der Berechnung – manche ließen die Fragen unbeantwortet aus Zufall oder weil sie glaubten, sie träfe auf sie nicht zu –, ändert sich an diesen Zahlen kaum etwas.

8 Zur Nachfrage verfügen wir über keine vergleichbaren Daten, allenfalls für Hamburg, Düsseldorf und Dresden zur Bewertung klassischer Musik. Danach liegt in Hamburg und Dresden der Anteil der Bürger, die klassische Musik und Opern lieben, etwas höher als in Düsseldorf (vgl. Reuband 2006).

Tabelle 2: Nutzung lokaler, kultureller Einrichtungen in Abhängigkeit von sozialen Merkmalen im Städtevergleich (Korrelationen, Pearson's r)

		Hamburg	Kiel	Stuttgart	München	Dresden	Düsseldorf
Oper	Geschlecht	.08	.10**	.09**	.08*	.03	.10**
	Alter	.02	.08*	.11***	.10**	.09**	.10***
	Bildung	.26***	.24***	.25***	.24***	.24***	.21***
Klass. Konzert	Geschlecht	.04	.06	.07*	.11***	.00	.04
	Alter	.12***	.12**	.21***	.08*	.07*	.07
	Bildung	.29***	.28***	.26***	.26***	.32***	.31***
Theater	Geschlecht	.08	.14***	.13***	.04	.08	.11***
	Alter	.08	.00	.04	.09	.07	.02
	Bildung	.21***	.31***	.29***	.26***	.34***	.20***
Museum	Geschlecht	.07	-.02	.07	.02	.01	.02
	Alter	-.02	.05	.04	.06	-.06	.06
	Bildung	.33***	.28***	.27***	.31***	.34***	.34***

Statistische Signifikanz: *p <0,05; **p<0,01; ***p<0,001; je höher die Werte, desto enger der Zusammenhang
Codierung: Geschlecht: Mann = 1, Frau = 2; Alter in Jahren; Bildung: Volks-/Hauptschule = 1, mittlere Reife = 2, Fachhochschulreife/ Fachabitur = 3, Abitur, Hochschule = 4; Häufigkeit des Besuchs der kulturellen Einrichtung: Nie = 1, Seltener = 2, Einmal im Jahr = 3, Mehrmals im Jahr = 4, Einmal im Monat = 5, Mehrmals im Monat = 6, Einmal pro Woche = 7, Mehrmals in der Woche = 8

Im Fall des Opern- und klassischen Konzertbesuchs folgt nach der Bildung als nächster relevanter Einflussfaktor das Alter: Je älter der Befragte ist, desto häufiger der Besuch. Der wichtigste Grund für den hohen Stellenwert des Alters liegt darin, dass zwischen dem Alter und der positiven Beurteilung klassischer Musik ein enger Zusammenhang besteht. Je älter eine Person ist, desto eher schätzt sie klassische Musik und Opern (Reuband 2003). Demgegenüber gibt es beim Theater- und Museumsbesuch keinen vergleichbar starken Alterseffekt, der aus unterschiedlichem Interesse an Literatur oder Kunst resultiert (Reuband 2006). Der Zusammenhang zwischen Alter und Theater- beziehungsweise Museumsbesuch fällt entsprechend schwächer aus.

Der Alterszusammenhang beim Musikgeschmack ist in maßgeblicher Weise als ein Generationseffekt zu betrachten: Die nachwachsenden Generationen zeichnen sich immer weniger durch eine Sozialisation in die klassische Musik in der Jugendphase aus (Reuband 2010a). Und diese Orientierung wird im späteren Leben im Wesentlichen beibehalten. Gleichwohl: Neben dem Generationeneffekt gibt es, wenngleich schwächer ausgeprägt, auch einen Alterseffekt. Er beinhaltet eine steigende Vorliebe für Klassik mit zunehmendem Alter und erwächst im We-

9 Es bleibt ein eigenständiger Bildungseffekt auch dann bestehen, wenn man Berufsposition und Einkommen in die Analyse einbezieht (vgl. u. a. Reuband 2006).

sentlichen aus wachsender Vertrautheit und Erfahrungen mit dem Hören klassischer Musik (vgl. Hartmann 1999, Reuband 2010a).

Anders als im Zusammenhang mit der Nutzung kultureller Einrichtungen oft angenommen, bleibt das Merkmal Geschlecht über die verschiedenen Einrichtungen hinweg relativ bedeutungslos. Am stärksten ist ein Effekt noch im Fall des Theaterbesuchs und – in eingeschränktem Maße – des Opernbesuchs erkennbar. Doch er ist nicht konsistent und gleich stark über die verschiedenen Städte hinweg ausgeprägt. Die Tatsache, dass unter dem Begriff des Theaterbesuchs der Besuch unterschiedlicher Theater zusammengefasst ist, mag mit zu den Unterschieden beigetragen haben.[10]

Vergleicht man die Zusammenhänge zwischen sozialen Merkmalen und kultureller Nutzung, wird ersichtlich, dass – trotz gewisser Ausnahmen – im großen und ganzen gesehen die Unterschiede zwischen den Städten relativ gering ausfallen. Im Fall des Museumsbesuchs variiert die Korrelation zwischen Häufigkeit der Nutzung und der Bildung zwischen .27 und .34, im Fall des Theaterbesuchs zwischen .20 und .34, im Fall des Konzertbesuchs zwischen .26 und .31 und im Fall des Opernbesuchs zwischen .21 und .26. Im Fall des Alters – ebenso wie beim Geschlecht – sind die Schwankungsbreiten über die verschiedenen Städte hinweg ebenfalls schwach ausgeprägt. Es gibt offenbar ein allgemeines Muster kultureller Partizipation, das nicht an bestimmte Orte und Angebote gebunden ist.

Die Tatsache, dass ein allgemeines Muster kultureller Partizipation besteht, muss allerdings ortsspezifische Effekte auf die Stärke des Zusammenhangs nicht ausschließen. So gibt es auf Seiten mancher kultureller Institutionen den Anspruch, durch die spezifische Gestaltung des eigenen Programms einen breiten Kreis der Bevölkerung zu erreichen: nicht nur im Hinblick auf die prozentuale Teilnahme, sondern auch die soziale Zusammensetzung der Besucher. Besonders im Zusammenhang mit dem modernen Regietheater ist von deren Anhängern und Vertretern betont worden, es würde – vor allem durch seinen Gegenwarts- und Aktualisierungsbezug – den Besucherkreis erweitern. Insbesondere würden sich vermehrt Jüngere einfinden. Man hat entsprechendes unter anderem über das Publikum moderner Inszenierungen der *Bayreuther Festspiele* ebenso behauptet (Gebhardt/Zingerle 1998, Bermbach 2005), wie über das des *Frankfurter Opernhauses* in der Ära Gielen/Neuenfels (Gielen 2008). Für diese Vermutungen gibt es jedoch – abgesehen von bloßen Eindrücken – keine empirischen Belege.

Wäre die Annahme einer Verbreiterung – insbesondere Verjüngung des Publikums (vgl. auch *Süddeutsche Zeitung*, 4./5.9.2010) – beim Regietheater richtig, müsste sich dies auch in unserer Untersuchung ansatzweise feststellen lassen. Das Stuttgarter Opernhaus, das wie kein anderes in der Bundesrepublik den Ruf hat, Exponent des modernen Regietheaters zu sein[11], müsste in unseren Daten im Vergleich zu den anderen Städten besonders niedrige Korrelationen zwischen der Be-

10 Besucherumfragen aus Düsseldorf legen zum Beispiel nahe, dass sich im Boulevard-Theater ein etwas größerer Frauenanteil findet als im Theater mit gehobenem Anspruch (vgl. Reuband/Mishkis 2005: 240).

suchshäufigkeit einerseits und den Merkmalen Alter und Bildung andererseits aufweisen. Dies ist aber nicht der Fall: Die Korrelationen im Fall des Alters unterscheiden sich in dieser Hinsicht nicht von denen in anderen Städten (einschließlich Düsseldorfs[12], das zur Zeit der Erhebung eher am anderen Ende des Kontinuums der Inszenierungspraxis angesiedelt war und häufiger noch »konventionelle« Aufführungen im Programm hatte). Ebenso wenig kann von einem geringeren Grad sozialer Exklusivität, gemessen an der Schulbildung der Besucher, die Rede sein.[13]

Nun sind die Merkmale Alter, Bildung und Geschlecht nicht unabhängig voneinander. Ältere Menschen verfügen generationsbedingt über eine schlechtere Bildung. Und Ältere setzen sich, aufgrund der höheren Sterblichkeitsrate der Männer, überproportional aus Frauen zusammen. Angesichts dessen fragt es sich, wie sehr die beschriebenen Zusammenhänge auf genuine Einflüsse der jeweiligen sozialen Merkmale zurückgehen. Um dies zu klären, haben wir mehrere lineare Regressionsanalysen gerechnet. Sie ermitteln den direkten Einfluss der jeweils einbezogenen Variablen unter Kontrolle der Einflüsse der anderen Variablen im Erklärungsmodell. Die standardisierten Koeffizienten (sie variieren zwischen 01 und 1, je höher, desto stärker der Effekt) sind in *Tabelle* 3 aufgeführt.

Die Ergebnisse modifizieren und differenzieren das bisherige Bild: Denn nunmehr treten wiederholt auch jene Merkmale als bedeutsam und statistisch signifikant hervor, die bei der bivariaten Analyse zunächst keinen Effekt aufwiesen. So wird nun sowohl beim Theater- als auch Museumsbesuch deutlich, dass das Alter einen eigenständigen, statistisch signifikanten Effekt auszuüben vermag. Würde es sich um einen Generationseffekt handelt, hieße das: Auch diese Kulturinstitutionen sind längerfristig vor einer Erosion des Besucherkreises nicht gefeit (vgl. Reuband 2010 c). Des Weiteren kann man der Übersicht entnehmen, dass das Al-

11 Wiederholt wurde Stuttgart von den Kritikern als »Opernhaus des Jahres« gewählt. Hamburg hat sich – beginnend unter der Ära Liebermann – seit längerer Zeit schon dem modernen Musiktheater geöffnet und diese Tradition relativ kontinuierlich fortgeführt. Für München hingegen gilt der Aufbruch in die »Moderne« erst in jüngster Zeit, nach Ende der Ära Sawallisch und mit dem Antritt von Sir Peter Jonas als Intendant. Dresden hat ebenfalls erst nach der Wende in den letzten Jahren den Weg hin zum modernen Musiktheater beschritten. Als Überblick über die in Stuttgart und München stattgefundenen Premieren und die dort betriebene Theaterpolitik siehe Zehelein, (2006), Bayrische Staatsoper (2001). Zur Ära Liebermann in Hamburg siehe Schaberth (1975). Düsseldorf hat im Vergleich zu den bisher genannten Opernhäusern den Ruf eher traditionell ausgerichtet zu sein. Kaum ein anderes großes Opernhaus, so meinten manche Kulturexperten bezogen auf den Zeitpunkt unserer Erhebungen, verfüge über derart viele Inszenierungen, die älteren Datums sind. Dies schließt freilich nicht aus, dass es – gerade in letzter Zeit – dort auch eine Reihe höchstmoderner Inszenierungen gab und einer der dort wiederholt tätigen Regisseure, Christopher Loy, mehrfach als Regisseur des Jahres ausgezeichnet wurde.

12 Dies gilt auch, wenn wir eine spätere Erhebung in den Vergleich einbeziehen, die wir 2007 in Düsseldorf auf postalischer Basis durchgeführt haben. Die Korrelationen 2007 belaufen sich auf die folgenden Werte: Alter $r = .12$. ($p < 0{,}001$), Bildung $r = .19$ ($p < 0{,}001$). Demgegenüber weist eine Erhebung von 2004 im Fall des Alters einen höheren Zusammenhang auf: Alter $r = .20$ ($p < 0{,}001$), Bildung $r = .17$ ($p < 0{,}001$).

13 Natürlich könnte sich die Situation anders darstellen, wenn man auch die auswärtigen Besucher berücksichtigen würde – doch es fehlt an entsprechenden Besucherumfragen. Sicher jedoch ist: Die Vorstellung, das Regietheater würde von Jüngeren besonders geschätzt – so belegen es eigene Umfragen aus Köln und Düsseldorf zu den Inszenierungspräferenzen der Opernbesucher -, ist zweifelhaft. Auch scheint es, nach den Präferenzen geurteilt, als würde das moderne Regietheater soziale Hierarchien im Publikum nicht einebnen, sondern der Tendenz nach eher verstärken (Reuband 2010 b). Zur Frage der Präferenzen siehe auch Reuband (2003).

Tabelle 3: Nutzung lokaler, kultureller Einrichtungen in Abhängigkeit von sozialen Merkmalen im Städtevergleich
(standardisierte beta-Koeffizienten der linearen Regressionsanalyse)

		Hamburg	Kiel	Stuttgart	München	Dresden	Düsseldorf
Oper	Geschlecht	.08*	.11***	.09**	.12***	.04	.07**
	Alter	.16***	.22***	.25***	.24***	.20***	.23**
	Bildung	.33***	.34***	.35***	.35***	.32***	.37***
	R^2	.10	.11	.13	.12	.10	.09
Klass. Konzert	Geschlecht	.04	.07*	.08*	.14***	.02	.06
	Alter	.31***	.28***	.37***	.23***	.22***	.23***
	Bildung	.42***	.40***	.41***	.36***	.40***	.42***
	R^2	.17	.15	.19	.13	.14	.15
Theater	Geschlecht	.08*	.15***	.13***	.07*	.09**	.10**
	Alter	.21**	.15***	.18***	.14***	.06*	.13***
	Bildung	.30***	.38***	.36***	.32***	.37***	.28***
	R^2	.09	.13	.12	.09	.13	.07
Museum	Geschlecht	.01	.00	.07*	.05	.03	.01
	Alter	.15***	.19***	.18***	.08*	.08*	.09
	Bildung	.39***	.36***	.34***	.34***	.37***	.38***
	R^2	.13	.11	.11	.10	.12	.12

Statistische Signifikanz: *p<0,05; **p<0,01; ***p<0,001, Codierung wie Tabelle 2, »paarweiser Ausschluss« von Werten;
R^2 = erklärte Varianz, Maß für Erklärungskraft des Modells (Wert zwischen 0 und 1.0 möglich)

ter und die Bildung die Häufigkeit des Besuchs klassischer Konzerte stärker beeinflussen als den Opernbesuch.[14] Die Konzertbesucher sind noch stärker überaltert als die Opernbesucher, die soziale Selektivität bei ihnen offenbar noch stärker ausgeprägt als beim Opernbesuch.

5. Schlussbemerkung

Was bleibt als Fazit? Kulturelle Partizipation variiert im Ausmaß der Verbreitung zwischen Städten. Dabei scheint es in einem gewissen Umfang ein Muster generalisierter Teilhabe an Einrichtungen der Hochkultur zu geben. Gemessen an der

14 So beläuft sich zum Beispiel in Hamburg der Effekt der Bildung im Fall klassischer Konzerte auf einen Wert von .42, im Fall des Opernbesuchs auf einen Wert von .33. Der Effekt des Alters liegt beim Konzertbesuch bei .31, beim Opernbesuch bei .16. Ähnliche Relationen finden sich der Tendenz nach auch in den anderen Städten. Der Anteil erklärter Varianz ist innerhalb des Vergleichs kultureller Einrichtungen beim Konzertbesuch der höchste überhaupt. Nimmt man eine Analyse auf der Basis der unstandardisierten Koeffizienten vor – diese repräsentieren für Vergleiche die genaueren Effekte – werden die Befunde reproduziert. Man kann die beschriebenen Befunde daher nicht auf unterschiedliche Standardabweichungen zurückführen. Dies gilt auch für den Vergleich des Opernbesuchs in Stuttgart und Düsseldorf.

sozialen Zusammensetzung ist der Besuch sozial höchst selektiv: Unter den Besuchern kultureller Einrichtungen sind Personen mit hoher Bildung überall überrepräsentiert. Im Fall des Alters kommt es auf die Art der Einrichtung an: Am stärksten wird der Besuch klassischer Konzerte und Opernaufführungen durch Personen in höherem Alter bestimmt, am seltensten der Besuch von Theatern und Museen.

Die Altersbeziehung im Fall des Konzert- und Opernbesuchs ist im Wesentlichen Ausdruck eines Generationeneffekts. Was bedeutet: Die Generation der Klassikliebhaber erodiert, die Klassikliebhaber drohen langfristig auszusterben (sofern nicht durch besondere Maßnahmen in der Zukunft die jüngeren, nachwachsenden Generationen an die Klassik herangeführt werden, vgl. auch Reuband 2009). Inwieweit der Alterseffekt im Fall des Theater- und Museumsbesuchs ebenfalls zumindest teilweise ein Generationseffekt sein könnte, bleibt im Rahmen weiterer Forschung zu klären.

Literatur

Bayrische Staatsoper (Hrsg.) (2001): *Das Kraftwerk Leidenschaft. Die Bayrische Staatsoper*, München/London/New York: Prestel

Bermbach, Udo (2005*): Opernsplitter: Aufsätze, Essays*, Würzburg: Königshausen und Neumann

Brandmeyer Markenberatung (2010): *Was macht Dresden attraktiv? Das Erfolgsmuster Dresden*, Ergebnis-Präsentation am 7. Juli 2010 (www.brandmeyer-markenberatung.de)

Deutscher Bühnenverein (2003): *Theaterstatistik 2000/2001*, Köln

Dillman, Don A. (2000): *Mail and internet surveys. The tailored design method*, New York: John Wiley

Gebhardt, Winfried/Zingerle, Arnold (1998): *Pilgerfahrt ins Ich*, Konstanz: UKV Universitätsverlag

Gielen, Michael (2008): *Unbedingt Musik: Erinnerungen*, Frankfurt am Main: Insel Verlag

Hartmann, Peter (1999): *Lebensstilforschung. Darstellung, Kritik und Weiterentwicklung*, Opladen: Leske und Budrich

Reuband, Karl-Heinz (1999): »Postalische Befragungen in den neuen Bundesländern. Durchführungsbedingungen, Ausschöpfungsquoten und Zusammensetzung der Befragten in einer Großstadtstudie«, in: *ZA Information* 45, S. 71–99

Reuband, Karl-Heinz (2001): »Möglichkeiten und Probleme des Einsatzes postalischer Befragungen«, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 53, S. 338–364

Reuband, Karl-Heinz (2003): »Musikalische Geschmacksbildung und Generationszugehörigkeit. Klassikpräferenzen im internationalen Vergleich«, in: Klein, Armin (Hrsg.): *Deutsches Jahrbuch für Kulturmanagement 2002*, Baden-Baden: Nomos, S. 5–17

Reuband, Karl-Heinz (2005): »Moderne Opernregie als Ärgernis? Eine Fallstudie über ästhetische Bedürfnisse von Zuschauern und Paradoxien in der Bewertung ›moderner‹ Inszenierungen«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2005. Thema: Kulturpublikum*, Essen: Klartext Verlag, S. 251–268

Reuband, Karl-Heinz/Mishkis, Angelique (2005): »Unterhaltung oder intellektuelles Erleben? Soziale und kulturelle Differenzierungen innerhalb des Theaterpublikums«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2005*, Essen: Klartext Verlag, S. 235–250

Reuband, Karl-Heinz (2006): »Teilhabe der Bürger an der ›Hochkultur‹. Die Nutzung kultureller Infrastruktur und ihre sozialen Determinanten«, in: Labisch, Alfons (Hrsg.): *Jahrbuch der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf 2005/06*, Düsseldorf, S. 263–283 [ebenfalls www.uni-duesseldorf.de/Jahrbuch/2005]

Reuband, Karl-Heinz (2007): »Partizipation an der Hochkultur und die Überschätzung kultureller Kompetenz. Wie sich das Sozialprofil der Opernbesucher in Bevölkerungs- und Besucherbefragungen (partiell) unterscheidet«, in: *Österreichische Zeitschrift für Soziologie* 32, S. 46–70

Reuband, Karl-Heinz (2009): »Die Institution Oper in der Krise? Generationsbedingte Ände-

rungen des Opernbesuchs und des Musikgeschmacks im Langzeitvergleich«, in: *KM. Das Monatsmagazin von Kulturmanagement Network*, Nr. 38 (Themenschwerpunkt »Generationen«), S. 8–12

Reuband, Karl-Heinz (2010 a): »Konzertbesuch im Aufschwung oder Niedergang? Der Einfluss von Alter, Generationszugehörigkeit und Bildung auf den Besuch klassischer Konzerte«, in: Mitterbauer, Helga/Scherke, Katharina (Hrsg.): *Moderne. Kulturwissenschaftliches Jahrbuch. Schwerpunktthema »Altern«*, Innsbruck/Wien/Bozen: Studienverlag

Reuband, Karl-Heinz (2010 b): »Erwartungen an den Opernbesuch und bevorzugte Inszenierungsstile. Eine empirische Analyse der ästhetischen Präferenzstrukturen von Opernbesuchern«, in: Bekmeier-Feuerhahn, Sigrid/van den Berg, Karen/Höhne, Steffen/Keller, Rolf/Koch, Angela/Mandel, Birgit/Tröndle, Martin/Zembylas, Tasos (Hrsg.) *Forschen im Kulturmanagement*, Bielefeld: transcript (Jahrbuch für Kulturmanagement 2009), S. 31–56

Reuband, Karl-Heinz (2010 c): »Sinkende Nachfrage als Determinante zukünftiger Museumskrisen? Der Einfluss von Alter und Bildung auf den Museumsbesuch und kulturelle Interessen«, in: *KM. Das Monatsmagazin von Kulturmanagement Network*, Nr. 41 (2010) (Themenschwerpunkt »Museum in der Krise«), S. 21–28, 48

Scharberth, Irmgard (1975): *Musiktheater mit Rolf Liebermann*, Hamburg: Christians

Schupp, Jürgen (2008): *25 Jahre Umfragemethodik in der Längsschnittstudie Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) zwischen Kontinuität, Anpassung und innovativer Weiterentwicklung* (Präsentation bei der Jahrestagung der Sektion Methoden der empirischen Sozialforschung 7. und 8.3.2008, Bonn)

Tourangeau, Roger/Rips, Lance J./Rasinski, Kenneth (2000): *The psychology of survey response*, Cambridge (Mass.): Cambridge University Press

Wasmer, Martina/Scholz, Evi/Blohm, Michael (2010): »Konzeption und Durchführung der ›Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften‹ (ALLBUS) 2008«, in: *GESIS-Technical Reports* 2010/04

Zehelein, Klaus (Hrsg.) (2006): *Fünfzehn Spielzeiten anders. Staatsoper Stuttgart 1991–2006. Ein Arbeitsbericht*, Stuttgart: Raumzeit-Verlag

Susanne Keuchel

Lernorte oder Kulturtempel?

Infrastrukturerhebung zu Bildungsangeboten in klassischen Kultureinrichtungen

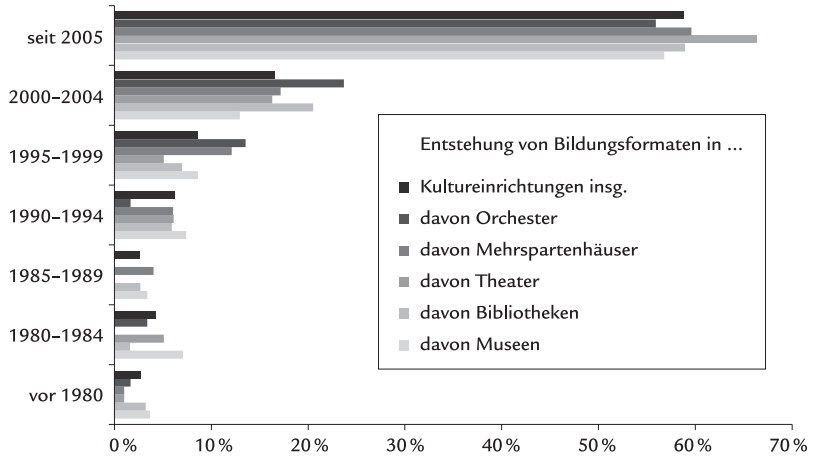
Lernorte oder Kulturtempel? Hinter dieser Fragestellung verbirgt sich sowohl ein uralter Diskurs in der Kunst als auch eine recht aktuelle kulturpolitische Debatte: Soll Kunst unterhalten und/oder bilden? Sollen Kunstproduktionsstätten ausschließlich kunstzentriert produzieren oder auch bildungsspezifische Zielgruppenarbeit leisten?

Das *Zentrum für Kulturforschung* (ZfKf) ist diesen Fragestellungen in einer Bestandsaufnahme für das *Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)* nachgegangen. In einer Vollerhebung der deutschen Theater, Orchester und Musiktheater und einer repräsentativen Teilerhebung der Museen und Bibliotheken 2009 wurde das aktuelle Bildungsangebot systematisch erfasst. Im Fokus standen strukturelle und inhaltliche Merkmale von Jugendclubs, Sonderführungen, Workshops, Seniorentheatergruppen und anderen Bildungsangeboten der Veranstalter. Diese wurden ausführlich im Kontext ihrer Zielgruppen, Teilnehmerzahl, Veranstaltungsfrequenz, Inhalte, an der Durchführung beteiligtem Personal, ihrem Entstehungszeitraums sowie ihrer Finanzierung erfasst. Insgesamt wurden 771 Kultureinrichtungen angeschrieben, 54 Prozent haben geantwortet. Der Rücklauf verteilte sich gleichmäßig auf alle beteiligten Sparten, Einrichtungsgrößen und Lage der Standorte. Die Erhebung wurde unterstützt von den entsprechenden Fachverbänden.

Engagement und Entwicklung des Bildungsangebots

Nur 13 Prozent der befragten klassischen Kultureinrichtungen betätigen sich nicht im Bereich der kulturellen Bildung. Die Kultureinrichtungen bieten durchschnittlich 2,83 unterschiedliche Bildungsformate an. Mit einem Bildungsformat werden durchschnittlich 1589 Teilnehmer im Jahr erreicht. Dabei hat in den letzten fünf

Übersicht 1 : Entstehungsjahr der Bildungsformate, die derzeit von den Kultureinrichtungen angeboten werden, differenziert nach Einrichtungsart



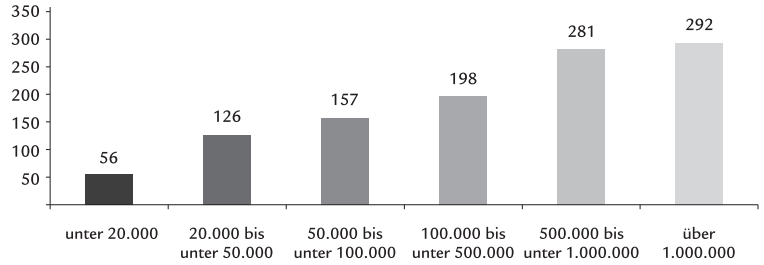
Quelle: ZfKf 2010

Jahren die Angebotsvielfalt in den Kultureinrichtungen, insbesondere für Kinder und Jugendliche, sehr stark zugenommen, wie Übersicht 1 verdeutlicht.

Aus der Studie lässt sich zum einen ableiten, dass Bildungsangebote in den Kultureinrichtungen eine lange Tradition haben. Die zwei ältesten in der Studie ermittelten Beispiele sind die Jugendkonzerte der *Stuttgarter Philharmonie*, die seit 1946, und die Sonderführungen zu Geo-/Biowissenschaften der *Senckenberg Gesellschaft für Naturforschung* in Frankfurt, die bereits seit 1935 existieren. Zum anderen wird ein drastischer Anstieg der Vielfalt von Bildungsangeboten seit 2005 deutlich, der einhergeht mit der gesteigerten kulturpolitischen Aufmerksamkeit für das Thema, und Eckpfeilern wie *Kinder zum Olymp*, *Jugend-KulturBarometer* oder *Rhythm is it*, die alle 2004 an den Start gingen.

Die Einschätzung einer Zunahme des Bildungsangebots teilen auch die Einrichtungen: 76 Prozent der Museen und 63 Prozent der Bibliotheken bejahen einen leichten oder auch starken Ausbau der Kinder- und Jugendangebote im Vergleich zu 92 Prozent der Theater und 85 Prozent der Orchester. Zurückhaltender bewerten vor allem Bibliotheken und Museen im ländlichen Raum die Entwicklung des Bildungsangebots.

Übersicht 2 : Durchschnittliche Anzahl durchgeführter Bildungsveranstaltungen 2008 differenziert nach Einwohnerzahl des Standorts



Quelle: ZfKf 2010

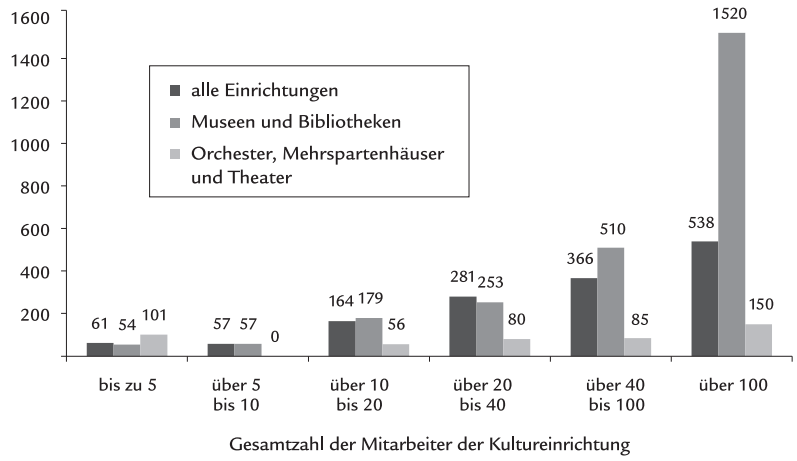
Defizite im ländlichen Raum

Diese gefühlte Realität einer weniger positiven Entwicklung von Bildungsangeboten in kleinen Gemeinden bestätigt die vorliegende Infrastrukturerhebung. So führten Kultureinrichtungen in kleinen Gemeinden im Jahr 2008 im Durchschnitt deutlich weniger Bildungsveranstaltungen durch als in größeren Städten.

Dies kann auf die Infrastruktur der Einrichtungen im ländlichen Raum, die knapperen Haushaltsmittel und die geringe Personalkapazität zurückgeführt werden, wie dies folgende Übersicht exemplarisch für die Personalstruktur verdeutlicht: Mit der Mitarbeiteranzahl in Museen und Bibliotheken – Einrichtungen, die vorrangig im ländlichen Raum vertreten sind – steigt die Anzahl durchgeführter Bildungsveranstaltungen in 2008 (siehe Übersicht 3 auf der folgenden Seite). Ein anderes Bild ergibt sich bei den kunstproduzierenden Einrichtungen, vor allem im großstädtischen Raum. Während der Zusammenhang zwischen Einrichtungsgröße und Anzahl durchgeführter Bildungsveranstaltungen bei den Museen und Bibliotheken besonders heraussticht, ist dies bei Orchestern, Theatern und Mehrspartenhäusern kaum der Fall.

Grundsätzlich kann beobachtet werden, dass mit steigender Zahl der Bildungsveranstaltungen 2008 die Zahl der freien Mitarbeiter und tendenziell auch der ehrenamtlichen Mitarbeiter, jedoch kaum die Zahl der festen Mitarbeiter steigt. So beschäftigen die Einrichtungen, welche bis zu 50 Bildungsveranstaltungen im Jahr 2008 durchführten, im Schnitt 1,7 feste und 1,2 freie Mitarbeiter im Bereich der Vermittlung, die Einrichtungen, welche über 400 Bildungsveranstaltungen realisierten, durchschnittlich nur 3,6 feste, aber 17,8 freie Mitarbeiter. Anders sieht der Einfluss der Personalstruktur auf die Vielfalt des Bildungsangebots aus. Die Zahl unterschiedlicher Bildungsformate korreliert mit der Zahl der Festangestellten im Vermittlungsbereich. Durch die Beschäftigung fester Mitarbeiter, die

Übersicht 3 : Durchschnittliche Anzahl durchgeführter Bildungsveranstaltungen 2008 differenziert nach Personalgröße und Einrichtungsart



Quelle: ZfKf 2010

in erster Linie Formate planen und koordinieren, lässt sich trotz einer großen Anzahl freier Mitarbeiter eine konstante und differenzierte kulturelle Bildungsarbeit realisieren.

Zu den Zielgruppen

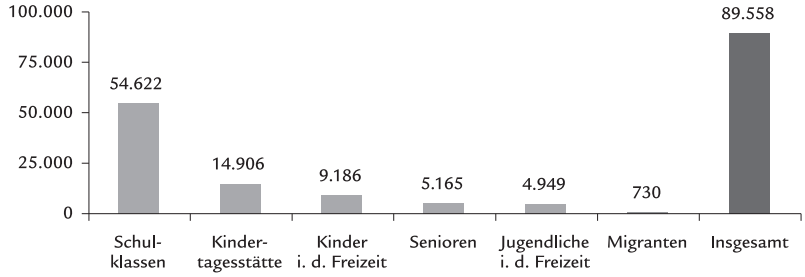
Das Gros der Bildungsangebote spricht die Zielgruppe Kinder und Jugendliche in Kooperation mit schulischen Partnern (60%) an. Von den 89558 Bildungsveranstaltungen im Jahr 2008 richteten sich 54622 an Schulkinder.

Ausbaufähig ist das Angebotsspektrum für Kinder (10%) und Jugendliche (6%) in der Freizeit, Senioren (6%) und Migranten (1%), wie Übersicht 4 verdeutlicht. Nur 18 Prozent der ermittelten Bildungsformate sind nicht explizit auf einzelne Zielgruppen beschränkt.

Grundsätzlich können Unterschiede zwischen den Einrichtungsarten beobachtet werden: So führten die Bibliotheken 2008 mehr Bildungsveranstaltungen für Kindertagesstätten (26%), jedoch weniger Veranstaltungen für Senioren durch (3%). Jugendliche in der Freizeit fanden 2008 besonders häufig in Veranstaltungen von Mehrspartenhäusern (18%) und Theatern (11%) Berücksichtigung, Kinder in der Freizeit eher bei Orchestern (15%) und Bibliotheken (14%).

Die Kultureinrichtungen in Gemeinden mit unter 50000 Einwohnern, vor allem Museen, sind besonders aktiv in der Ansprache der Zielgruppe Senioren (29%).

Übersicht 4: Anzahl durchgeführter Bildungsveranstaltungen 2008 differenziert nach Zielgruppe



Quelle: ZfKf 2010

Dieses ausgeprägte Engagement kann auf den höheren Anteil der älteren Bevölkerung im ländlichen Raum zurückgeführt werden (Beetz 2005: 8).

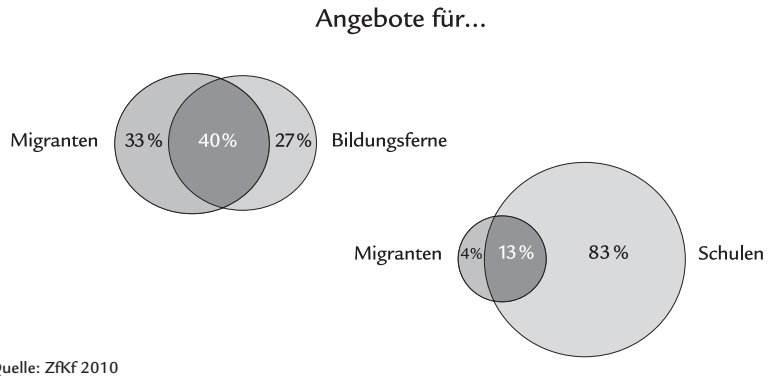
Insgesamt richten sich 27 Prozent der Bildungsangebote mit Zielgruppenfokus auf Senioren ausschließlich an Senioren, 30 Prozent ermöglichen den Austausch zwischen Jung und Alt. Sehr selten sind Bildungsangebote für bildungsferne Senioren (2,6%) und Senioren mit Migrationshintergrund (2,8%). Auch finden sich sehr selten Bildungsangebote, die explizit intergenerative Themen aufgreifen, wie das Projekt *Ich sehe was – was Du nicht siehst* der *Kunsthalle Emden*, bei dem die verschiedenartige Wahrnehmung der Generationen thematisiert und die Ergebnisse anschließend in einer Ausstellung präsentiert werden.

Es fehlt an interkulturellen Bildungsformaten

Nur 15 Prozent der Kultureinrichtungen haben Bildungsangebote, die sich auch (nicht ausschließlich) an Migranten richten. Bei der Betrachtung der Bildungsformate, die sich auch an Migranten richten, fällt auf, dass sich diese hauptsächlich an Kinder und Jugendliche und das schulische Umfeld richten. Lediglich 4 Prozent der Formate für alle Zielgruppen und 3 Prozent der Formate für Personen mit Migrationshintergrund sind so angelegt, dass sie ausschließlich Personen über 20 Jahren ansprechen.

Die wenigen Angebote, die sich auch an ältere Migranten richten, sind größtenteils auf sprachliche Integration ausgelegt. So haben über die Hälfte der Angebote für Migranten auch Personen aus bildungsfernen Haushalten als Zielgruppe im Blick und nur 4 Prozent der Angebote für Migranten oder Schulen sind nicht für Migranten *und* Schulen ausgelegt.

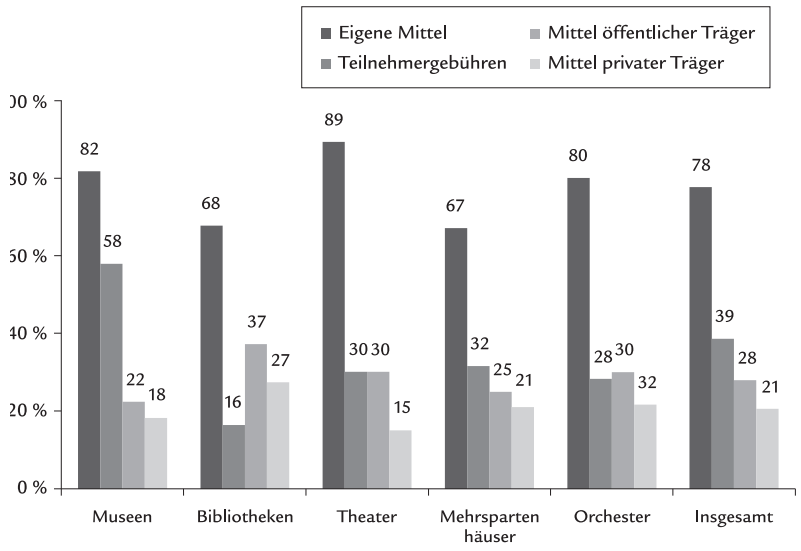
Übersicht 5: Schnittmenge der Bildungsformate für Besucher mit Migrationshintergrund und der für Personen aus bildungsfernen Haushalten beziehungsweise der Formate, die sich an Schulen richten



Quelle: ZfKf 2010

Inhaltlich kann man die Bildungsangebote für Migranten in vier Gruppen unterteilen. Ein Teil hat die Sprachförderung der Migranten zum Ziel. Eine weitere Angebotsgruppe bezieht sich auf kulturelle Themen und Kunst aus anderen Kulturkreisen, die sich nicht ausschließlich an die Zielgruppe Migranten richtet, sondern immer auch weitere Zielgruppen mit einbezieht. Eine Dritte erfasst Kinder mit Migrationshintergrund im schulischen Umfeld, ohne dass in der Beschreibung des Bildungsformats eine besondere Berücksichtigung dieser Zielgruppe erkenntlich wäre. Und schließlich existieren wenige Angebote, die einen Austausch von Personen mit und ohne Migrationshintergrund fördern wollen. Mit Blick auf das Handlungsfeld *Interkulturelle Bildung*, das nach dem aktuellen kulturpolitischen Diskurs künftig eine weit stärkere Rolle einnehmen soll (Deutscher Bundestag 2007), ist der Ausbau der letztgenannten Angebotsform, das Begegnen auf Augenhöhe in einem interkulturellen Dialog, besonders empfehlenswert (Fischer 1997: 181 ff.). Die Bevölkerungsgruppe mit Migrationshintergrund ist wesentlich vielfältiger in ihren soziodemografischen Ausprägungen und ihrem Bildungskontext. Es gilt hier, den schwierigen Balanceakt zu schaffen, interkulturelle Begegnungen in Kultureinrichtungen zu ermöglichen, indem man diese vielfältige Zielgruppe mit Themen und Angebotsformen anspricht und erreicht, die diese ebenso interessieren und zum Dialog anregen wie die vielfältigen Bevölkerungsgruppen ohne Migrationshintergrund. Noch fehlt es an Konzepten und Unterstützung der Kultureinrichtungen bei der Entwicklung geeigneter Formate und Maßnahmen.

Übersicht 6: Anteil der Bildungsformate in den Einrichtungen differenziert nach deren Finanzierungsquellen (Mehrfachantworten möglich)



Quelle: ZfKf 2010

Zur Finanzierung von Bildungsangeboten

Grundsätzlich wünschen sich die Kultureinrichtungen mehr finanzielle (82%) und logistische Hilfestellungen (24%). Durchschnittlich etwa vier Prozent des Gesamtetats wird speziell in die Bildungsarbeit mit Kindern und Jugendlichen investiert. Das Gros der Bildungsangebote wird mit eigenen Haushaltsmitteln (78%) sowie über Teilnehmergebühren (39%) finanziert. In den letzten Jahren kann ein Trend zu mehr kostenfreien Bildungsformaten beobachtet werden. Zudem sinkt der Anteil an Bildungsformaten, die über projektgebundene öffentliche Mittel finanziert werden. Zugleich steigt punktuell der Anteil privater Fördermittel.

Empfehlungen für die Praxis

Die kulturpolitische Aufmerksamkeit der letzten Jahre für kulturelle Bildung hatte einen sehr positiven Einfluss auf die Bildungsarbeit der klassischen Kultureinrichtungen. Will man diesen Prozess weiter unterstützen, sollten weitere Formen der politischen Anerkennung für erfolgreich geleistete Bildungsarbeit entwickelt werden, in Richtung von *Kinder zum Olymp* oder weiterer Foren für *Best Practice*. Dabei sollte die Gewinnung der Leitungsebene als Lobbyisten für die Bildungs-

arbeit noch stärker im Fokus stehen sowie Steuerungsprozesse entwickelt werden, die den Transfer des vielfältigen Bildungsangebots der aktiven Kultureinrichtungen auf die bisher noch nicht aktiven Kultureinrichtungen begünstigen.

Es bedarf weiterer Kooperationsmodelle und mobiler Maßnahmen, um die Bildungsarbeit im ländlichen Raum, auch über Vernetzung mit Laienverbänden und Kooperationen mit den Kultureinrichtungen in großen Städten, zu stärken.

Grundsätzlich sollte man logistische Hilfestellungen, hier vor allem auch die konkrete Ansprache von Schulen und Kindergärten, über zentrale kommunale Steuerungsprozesse koordinieren, um die Einrichtungen zu entlasten.

Literatur

Beetz, Stephan (2005): *Handwörterbuch zur ländlichen Gesellschaft in Deutschland. Wiesbaden: VS Verlag*, S. 8.

Deutscher Bundestag (Hrsg.) (2007): *Schlussbericht der Enquete-Kommission »Kultur in Deutschland«*. Berlin.

Fischer, Veronika: »Interkulturelles Lernen in der Erwachsenenbildung«, in: Institut für Bildung und Kultur (Hrsg.) (1997): *Gemeinsam erleben. Abschlussdokumentation des Projekts Kunst und Kultur als Mittler zur Begegnung und Verständigung von Ausländern und Deutschen*, Remscheid, S. 181–190.

Svetlana Acevic

Kulturelle Infrastruktur der migrantischen Bevölkerung in Stuttgart und der von ihnen genutzten Kultur- und Freizeiteinrichtungen

40 Prozent der Stuttgarter haben einen Migrationshintergrund, bei Kindern und Jugendlichen unter sechs Jahren liegt ihr Anteil bei 60 Prozent. Ihr Verständnis von Kultur und der Umgang mit ihr hängen von vielen Faktoren ab: Alter, Bildung, Herkunft und was der Einzelne darunter versteht, sowie von ihrer sozialen Lage und dem Milieu, in dem sie leben. Darüber hinaus spielen das Zusammenleben und die Erfahrungen in der hiesigen Gesellschaft ebenso wie der Umgang von Kultureinrichtungen mit der Migrationsrealität vor Ort eine wichtige Rolle. All dies kann sich auf die Koordinaten der kulturellen Infrastruktur Stuttgarter Migranten auswirken und Orte bestimmen, wo sie selbst kulturell, künstlerisch tätig sowie auch im Publikum anzutreffen sind. Die Frage nach deren kultureller Infrastruktur wurde allerdings in Stuttgart noch nicht ernsthaft untersucht. Aus diesem Grund kann sich auch der folgende Artikel nur auf die Praxiserfahrungen des *Forums der Kulturen*, als Dachverband Stuttgarter Migrantenkulturvereine, beziehen und lediglich eine Orientierungshilfe bei der Beantwortung dieser Frage bieten.

Zur Frage der Nutzung von Kultur- und Freizeiteinrichtungen

Wie bereits erwähnt, gibt es keine verlässlichen (statistischen) Daten zum Kulturnutzerverhalten von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in Stuttgart, daher ist die Frage nach deren Nutzung von Kultur- und Freizeiteinrichtungen nicht einfach zu beantworten. Größtenteils handelt es sich um Einschätzungen einzelner Kulturakteure und -häuser wobei die meisten darauf hinweisen, dass Migranten eher eine Minderheit im Publikum darstellen, sofern sie überhaupt vertreten sind. Allerdings sollte man mit solchen Einschätzungen vorsichtig umgehen, denn

woran erkennt man einen Migranten? Dies bedeutet jedoch nicht, dass in der Praxis Stuttgarter Kultureinrichtungen keine Bestrebungen und kein Interesse bestehen, dies zu verändern. Bereits seit langem gibt es gute Ansätze interkultureller Arbeit, doch leider bewegen sich die meisten dieser Ansätze immer noch sehr stark auf der Projektebene. Vereinzelt gibt es Versuche, etwas auf der Personalebene zu verändern, jedoch eher im Bereich der freien Mitarbeiter. Das heißt, man befasst sich mit der Realität vor Ort, doch selten wirkt sich dies auf das Gesamtkonzept des Hauses aus. Obwohl Stuttgart seit langem von soziokultureller Diversität und unterschiedlichen Weltsichten geprägt ist, hat sich dies in den bisherigen Strategien der Stuttgarter Kultureinrichtungen, aber auch in der städtischen Kulturpolitik nur punktuell niedergeschlagen. Eine Ausnahme ist sicherlich die *Stadtbücherei Stuttgart*, die sich mit ihren Einrichtungen im gesamten Stadtgebiet bereits seit langer Zeit als interkulturelle Bibliothek versteht. Dies spiegelt sich sowohl im Bücherbestand, als auch im Veranstaltungs- und pädagogischen Angebot wider. Kooperationen mit Migrantenvereinen und anderen Initiativen in der Stadt sowie die Bestrebungen, das Personal entsprechend weiterzubilden und durch Fachkräfte zu erweitern, die Erfahrungen aus anderen Lebenswelten mitbringen, sprechen ebenfalls dafür. Dazu gibt es seit 2009 einen Leitfaden zur interkulturellen Bibliotheksarbeit, der das Selbstverständnis der Stadtbücherei als interkulturelle Einrichtung festigen soll. Einen ähnlichen Weg strebt auch die *Volkshochschule Stuttgart* an, die gerade dabei ist, ein Konzept zur interkulturellen Arbeit zu entwickeln. Genauso befasst sich der Planungsstab des zukünftigen Stadtmuseums bereits jetzt mit der Frage, wer die zukünftigen Nutzer dieses Museums sein sollen. Darüber hinaus sind einige Stuttgarter Kultur- und Bildungseinrichtungen im *Initiativkreis Interkulturelle Stadt* zusammengeschlossen. Seit zwei Jahren wird dieser Kreis, der sich verstärkt mit der Frage der interkulturellen Ausrichtung kommunaler Kulturarbeit befasst, vom *Forum der Kulturen* koordiniert.

Die Praxiserfahrungen des *Forums der Kulturen Stuttgart* zeigen, dass es sehr oft Stadtteilhäuser, Begegnungszentren, Bürger- und Jugendhäuser sind, die rege genutzt werden. Betrachtet man, an welchen Orten die Veranstaltungen der Migrantenkulturvereine stattfinden, dann sind hier immer noch viel zu selten klassische Kultureinrichtungen zu finden. Drei Orte, die besonders stark durch die Vereinsaktivitäten frequentiert werden, sind das *Generationenhaus Heslach*, das *Alte Feuerwehrhaus* im Stuttgarter Süden und das *Bürgerzentrum West*. Migrantenvereine sind hier als Regelnutzer zu finden. Die Räumlichkeiten werden regelmäßig für Proben, Sprachkurse, Feste, unterschiedliche Kulturveranstaltungen und Angebote für Kinder-, Jugend- und Seniorengruppen genutzt. Aber auch unabhängig von der Vereinsarbeit sind solche Stadtteilhäuser wichtig. Ein besonders erfolgreiches Beispiel ist das internationale Stadtteilzentrum *Haus 49*. Es befindet sich im Stuttgarter Norden, wo die Hälfte der Einwohner keinen deutschen Pass besitzt. Das Haus arbeitet mit Schulen zusammen und bietet Hausaufgabenbetreuung in kleinen Gruppen mit der Unterstützung von ehrenamtlich Tätigen aus diesem Stadtteil an. Darüber hinaus werden Sport- und Spielangebote, kreative

Bastel- und Werkstattkurse sowie große Spielaktionen für Kinder aus diesem Stadtteil organisiert. Das Haus ist sowohl Anlaufstelle und Veranstaltungsort für Eltern und Familien als auch Begegnungsstätte für Migranten- und deutsche Vereine. Die Zusammenarbeit in diesem Haus ist sicher nicht immer ganz einfach, doch das gehört zum Alltag. Viel wichtiger für diesen Ort ist, dass die Möglichkeit sich zu beteiligen und die Übernahme von Verantwortung gefördert wird. Vor diesem Hintergrund ist den Orten, an denen eine eigene kulturelle Produktion von Migranten stattfindet, eine beträchtliche Bedeutung beizumessen, wenn man von deren kultureller Infrastruktur spricht.

Eigene kulturelle Produktion

Wenn man von eigener kultureller Produktion Stuttgarter Migranten spricht, dann gehören dazu sicher nicht nur die Migrantenvereine, sondern auch alle, die im weitesten Sinne einen künstlerischen Beruf ausüben oder als Kulturvermittler, Kulturmanager tätig sind. Es ist an dieser Stelle allerdings nicht möglich, auf all diese Personen, Initiativen und Produktionsorte einzugehen. Was sich aber auf jeden Fall feststellen lässt, ist, dass sie als feste Mitwirkende (sei es als Künstler, Kulturmanager, Vermittler etc.) in den öffentlichen Kultureinrichtungen Stuttgarts deutlich unterrepräsentiert sind. Ausgenommen hiervon ist der Bereich des Tanzes und die Künstler, die von Beginn an mit einem Vertrag nach Stuttgart gekommen sind (zum Beispiel an das *Stuttgarter Staatsballett*). Stuttgart ist allerdings wie jede Einwanderungsstadt von Künstlern geprägt, die durch ihre Familienbiografie unterschiedliche kulturelle Erfahrungen und Impulse mitbringen sowie von denjenigen, die hierher eingewandert sind. Viele von ihnen haben sich ihre eigenen Nischen und Produktionsorte eingerichtet, an denen sie tätig sind. Um deren Sichtbarkeit und Präsenz in der Stadt stärker hervorzuheben, hat das *Forum der Kulturen* bereits vor zehn Jahren angefangen, in seiner monatlichen Zeitschrift *Begegnung der Kulturen – Interkultur in Stuttgart*, viele dieser Künstler regelmäßig zu porträtieren. So erfährt man, wo sie sich ihre Produktionsorte eingerichtet haben, ob Galerien, Ateliers, Filmstudios oder Tanzschulen. Für die meisten, die hierher eingewandert sind, bot der Weg in die Selbstständigkeit auch die Möglichkeit, das eigene Konzept und die Arbeitsweise, die man aus dem Herkunftsland kennt, hierher zu übertragen, was wiederum bei der Mitwirkung in einer der hiesigen Einrichtungen oft nicht möglich war. Viele von ihnen hatten am Anfang große Schwierigkeiten, nicht wenige sind zum Erfolg gelangt. Für diesen Erfolg steht zum Beispiel die aus Russland stammende Nelly Eichhorn, die 2004 das *Theater am Olgaeck* in Stuttgart gründete. Trotz vieler Anfangsschwierigkeiten hat sie sich mittlerweile einen hervorragenden Ruf weit über die Grenzen Stuttgarts hinaus erarbeitet und kann heute auf eine 80-prozentige Auslastung ihres Theaters stolz sein. Mit ihrem Programm hat sie sich dem kulturellen Austausch und Dialog mit Osteuropa verpflichtet. So sind Veranstaltungen in polnischer und russischer Sprache sowie Stücke über osteuropäische Kultur und Geschichte im Programm zu finden. Re-

gelmäßige Zusammenarbeit mit Migrantenvereinen, eingewanderten Künstlern und russischen Aussiedlern gehören zu ihrem Arbeitsalltag.

Besonders große Anfangsschwierigkeiten haben eingewanderte Künstler, die im schauspielerischen Bereich tätig sind, da dort häufig die Sprache eine kolossale Barriere darstellt. Bis zum ersten Engagement sind oft langjährige Sprechtrainings notwendig. Eine Kultureinrichtung, die mit dieser Frage etwas anders umgeht, ist das *Theaterhaus Stuttgart*. 1989 gegründet, beherbergt das Haus seit vielen Jahren ein internationales Ensemble. Die Gründung dieses Ensembles war zunächst nicht einmal beabsichtigt, es ist vielmehr allmählich entstanden. Auslöser war der Krieg im ehemaligen Jugoslawien, der viele Flüchtlinge hervorbrachte, darunter auch viele Künstler. Die ursprüngliche Idee des Theaterhausleiters Werner Schretzmeier war die Gründung einer Gruppe mit jugoslawischen Schauspielern, doch als dann allmählich auch Schauspieler aus anderen Erdteilen dazukamen, ist das internationale Ensemble entstanden. Das Ensemble spielte zu Beginn ganz bewusst Stücke, die etwas mit der Lebenssituation der Schauspieler zu tun hatten, erst später wurde das Repertoire erweitert. Ihr Umgang mit der Sprache war für Schretzmeier kein Verlust fürs Theater, vielmehr ein Gewinn: »Es gab Momente, in denen ich da saß und gebannt war, wie die Schauspielerinnen und Schauspieler die deutsche Sprache benutzt haben. Manchmal war es, als würde ich die Worte zum ersten Mal hören, zum ersten Mal begreifen«.[1]

Migrantenkulturvereine in Stuttgart

Vor dem Hintergrund der Bedeutung der eigenen kulturellen Produktion sind die zahlreichen Migrantenkulturvereine in Stuttgart zu sehen. In der Datenbank des *Forums der Kulturen* sind derzeit etwa 270 Vereine verzeichnet. Viele von ihnen sind bereits seit Jahrzehnten aktiv und prägen das gesellschaftliche und kulturelle Leben Stuttgarts. Die Palette der Aktivitäten dieser Vereine ist sehr vielfältig. Sie reicht von kulturellem Engagement im engeren Sinn über zahlreiche soziale Tätigkeiten bis hin zu eher entwicklungspolitisch ausgerichteten Aktivitäten. Das gesamte Engagement erfolgt ehrenamtlich und dient auch in hohem Maß der Verankerung im hiesigen gesellschaftlichen und kulturellen Leben.

Als Kulturanbieter sind die Migrantenvereine nicht zu unterschätzen. Im Durchschnitt gibt es zwischen 100 bis 130 Veranstaltungen im Jahr, die allein durch das *Kulturamt Stuttgart* unterstützt werden. Doch der Bedarf ist deutlich höher. Für weitere Veranstaltungen werden Sponsoren und Partner gesucht. Wie vielfältig das kulturelle Interesse dieser Vereine ist, zeigt ein Blick auf ihre Veranstaltungen. So sind Vortragsabende, Konzerte, Theateraufführungen, Lesungen und Tanzveranstaltungen im Angebot zu finden. Aber auch im Bereich des Films sind viele Vereine aktiv. Seit 17 Jahren findet die Reihe »Cine Latino« statt, unter anderem mit

1 Angelika Brunke: »Es darf keinen Stillstand geben«, in: *Begegnung der Kulturen – Interkultur in Stuttgart*, Heft 05/2010, S. 14.

dem *Arbeitskreis der Lateinamerikanischen Vereine Baden-Württemberg*. In der Vergangenheit wurden regelmäßig die »Rumänischen Filmwochen« in Zusammenarbeit mit dem *Deutsch-Rumänischen Forum Stuttgart* durchgeführt. Ein wichtiger Partner war dabei das *Kommunale Kino Stuttgart*. Seit seiner Schließung finden einige Kooperationen mit dem *Arthaus Filmtheater* statt.

Die Vereine als Veranstalter und Kulturanbieter haben verschiedene Potentiale. Sie spielen eine wichtige Rolle bei der Vermittlung von Künstlern aus dem jeweiligen Herkunftsland und sind damit nicht nur als Akteure der hiesigen Kulturarbeit, sondern auch der internationalen Zusammenarbeit zu sehen. Sie bringen Ideen mit, vermitteln Kontakte, suchen nach geeigneten Sponsoren und Partnern, nicht nur in Stuttgart, sondern in ganz Deutschland. Es werden Kunstformen nach Stuttgart gebracht, die hier sonst selten zu sehen sind. So kann man sich das japanische Puppentheater *Bunraku* (2005 in die *UNESCO*-Liste des mündlichen und immateriellen Erbes aufgenommen) oder den *Gumboot-Dance* anschauen, der vor 100 Jahren in den Goldminen Südafrikas entstanden ist und als einer der Vorläufer des Stepptanzes gilt. Für solche Vorhaben ist es sicherlich erforderlich, neben den Kontakten in den Herkunftsländern entsprechende Unterstützung von den ansässigen großen Partnern zu bekommen. Dies ist für die Professionalität der Veranstaltungen von Bedeutung, die wiederum für die Auswahl von Veranstaltungsorten entscheidend sein kann. Aus diesem Grund sieht das *Forum der Kulturen* eine wichtige Aufgabe darin, Vereine für ihre praktische Arbeit zu qualifizieren und zu beraten, aber auch Kooperationen mit Vereinen und Kultur- und Bildungseinrichtungen in der Stadt einzugehen. Ganz aktuell veranstaltet das *Forum der Kulturen* zusammen mit interessierten Vereinen und der *Stadtbücherei Stuttgart* die Reihe »Literatur rund um den Globus«. In dieser Reihe stellen Migrantenvereine zeitgenössische Literatur aus dem jeweiligen Herkunftsland vor. Gemeinsam mit einem professionellen Moderator werden literarische Werke diskutiert, vor allem kulturelle Hintergründe und gesellschaftspolitische Fragestellungen aufgegriffen. Bei solchen und ähnlichen Kooperationen fungiert das *Forum der Kulturen* als Mittler und ermöglicht einerseits den Vereinen einen besseren Zugang zu den großen Kultureinrichtungen und andererseits erleichtert es manchen Kultureinrichtungen die Aufnahme von Veranstaltungen von Migrantenvereinen in ihre Häuser. Darüber hinaus hat die Zusammenarbeit mit Migrantenvereinen einen deutlichen Vorteil, da sie Zugang zur jeweiligen Community haben, die einschlägigen Publikationsorgane dieser kennen und damit häufig für einen größeren Publikumszuspruch sorgen.

In Bezug auf die Stadtteilkulturarbeit ist das Engagement der Vereine recht unterschiedlich. Oft wohnen die Mitglieder eines Vereins in unterschiedlichen Stadtteilen oder in den an Stuttgart angrenzenden Gemeinden. Es kann allerdings von Vorteil sein, wenn sich ihre eigenen Vereinsräume im Stadtteil befinden. So haben beispielsweise in Bad Cannstatt, dessen Bevölkerung zu mehr als 30 Prozent aus Migranten besteht, einige der Migrantenvereine ihre eigenen Räume beziehungsweise eine minimale Infrastruktur, die ihnen ein stärkeres Auftreten nach

außen ermöglicht. Sie beteiligen sich an Stadtteilveranstaltungen und am jährlichen Cannstatter Volksfestumzug. Besonders erwähnenswert ist hier die Karfreitagsprozession, die vor über 30 Jahren von der katholisch-italienischen Gemeinde in Bad Cannstatt eingeführt wurde und mittlerweile Tradition in Bad Cannstatt geworden ist. Rund 60 kostümierte Laienschauspieler nehmen jedes Jahr an der Inszenierung teil, bis zu 4000 Menschen begleiten diese Prozession.

Migrantenvereine sind nicht nur als Veranstalter tätig, viele sind selbst künstlerisch aktiv. Sehr beliebt und weit verbreitet ist Theater als Kunstform. Viele Theatergruppen, sowohl bei Erwachsenen als auch bei Kindern und Jugendlichen, sind in den Vereinen anzutreffen. Einige von ihnen arbeiten auf semi-professionellem Niveau recht erfolgreich. Zu nennen ist hier eine der ersten italienischen Theatergruppen in Stuttgart, die *Compagnia Theatrale Le Maschere*, die 1984 gegründet wurde. Alle Mitglieder der Theatergruppe gehen in ihrem Arbeitsalltag einem anderen Beruf nach. Grundidee war von Anfang an, den in Stuttgart lebenden Italienern Unterhaltung anzubieten. Zum großen Teil werden Komödien aus den fünfziger Jahren aufgeführt, die das frühere, aber auch das heutige Alltagsleben in Italien beschreiben. Sie eignen sich für Jung und Alt und so werden manche Vorstellungen zu richtigen Familientreffen. Die Theatergruppe tritt an unterschiedlichen Orten auf, unter anderem im *Alten Feuerwehrhaus Heslach, Theater Tri-Bühne, Kulturhaus Arena* und in verschiedenen Gemeindehäusern.

Öffentliche Plätze

Wenn man von kultureller Infrastruktur migrantischer Bevölkerung spricht, dann haben öffentliche Plätze wie Märkte oder Parkanlagen ebenfalls einen großen Stellenwert. Lange Zeit spielten sich die Aktivitäten vieler Migrantenkulturvereine eher in den Hinterhöfen oder am Rande der Stadt ab. Dies führte einerseits zur Marginalisierung dieser Gruppen und andererseits natürlich dazu, dass sehr wenig von ihrer Arbeit an die Öffentlichkeit gelangte. Die so genannte Mehrheitsbevölkerung konnte man an diesen Orten nicht antreffen. Aus diesem Grund war es für das *Forum der Kulturen* von Anfang an wichtig, öffentliche Plätze für eigene kulturelle Projekte oder Veranstaltungen mit Vereinen zu erobern und ihre Arbeit sichtbar zu machen – ein Ergebnis ist das alljährliche »Sommerfestival der Kulturen«. Das sechstägige Festival findet mitten auf dem Stuttgarter Marktplatz statt, weitgehend unter Beteiligung von Migrantenvereinen und anderen Kulturinstitutionen und Initiativen. Das Festival kann auf die zahlreiche und vielschichtige Besucherschaft mittlerweile stolz sein. Darüber hinaus haben sich in Stuttgart weitere Festivals etabliert wie zum Beispiel das *Afrika-Festival* auf dem Erwin-Schöttle-Platz im Stuttgarter Süden. Dieses Festival bietet seit 2003 jedes Jahr neben einem Musikprogramm, viele Informations-Veranstaltungen mit Vorträgen und Reiseberichten zu den Ländern Afrikas sowie Informationen rund um verschiedene Afrikaprojekte an. Wie groß die Bedeutung dieses Festivals ist, zeigt auch die Prominenz, die jedes Jahr das Festival eröffnet.

Fazit

Angesichts der Tatsache, dass in naher Zukunft die Hälfte der Stuttgarter Bevölkerung einen Migrationshintergrund haben wird, ist die Frage deren kultureller Infrastruktur für die Planung der zukünftigen Kulturarbeit und Kulturpolitik in Stuttgart enorm wichtig. Fakt ist, dass die Stuttgarter Migranten kulturell interessiert und aktiv sind und vieles, was sich in den öffentlichen Kultureinrichtungen abspielt, wohl ein Teil deren kulturellen Bewusstseins ist. Trotz dieser Tatsache sind sie im öffentlichen Kulturbetrieb, ob als Rezipienten oder als Akteure, unterrepräsentiert. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, welche öffentlichen Kultureinrichtungen in der Zukunft eine Rolle in der kulturellen Infrastruktur der Stuttgarter Bevölkerung spielen. Doch die Auseinandersetzung mit dieser Frage sollte nicht nur unter dem Notwendigkeitsaspekt gesehen werden, sondern vor allem als eine kreative Herausforderung und Chance für die zukünftige Kulturpolitik und Kulturarbeit sowie für die Entwicklung unserer Stadtgesellschaft. Einen Anstoß in diese Richtung bietet das erste Symposium zur interkulturellen Ausrichtung kommunaler Kulturarbeit in Stuttgart, das im Herbst 2010 stattfindet. Bei diesem Symposium soll gemeinsam mit den maßgeblichen Akteuren der Stuttgarter Kultureinrichtungen, aber auch mit den entsprechenden Fachausschüssen des Gemeinderats sowie den maßgeblichen Stellen in der Verwaltung diskutiert werden, welche Strategien für die zukünftige Kulturarbeit in Stuttgart notwendig sind. Initiator und Veranstalter des Symposiums ist der *Initiativkreis Interkulturelle Stadt*.

Pius Knüsel

Gehört zur Kultur die Zeit?

Ist die Frage nach der Ausdehnung der kulturellen Infrastruktur die Existenzfrage der deutschen, ja der europäischen Kultur?

Ja, sie ist es, wenn man davon ausgeht, dass eine möglichst dichte Infrastruktur der stärkste Anreiz für die Rezipienten ist. Und ja, weil viele Produktionsstätten theoretisch zum innern Reichtum und zur größeren Vielfalt des kulturellen Lebens beitragen. Ein drittes Ja, wenn man davon ausgeht, Kultur bestehe aus einem ständigen Plus, dem ununterbrochenen Mehr; was immer sich ins Leben gerufen habe, müsse erhalten bleiben, ähnlich dem biologischen Artenschutz. Denn wer kann wissen, ob die DNA der Zukunft nicht gerade in diesem oder jenem Theater verborgen liegt?

Die Antwort ist nein, wenn man bedenkt, dass kulturelle Einrichtungen historische Ausprägungen sind, die einer bestimmten Funktion von Kunst Gestalt geben und jene Kunst erzeugen, welche dieser Funktion dient, und wenn man zulässt, dass diese Funktion sich ändert. Und nochmals nein, wenn man sich erinnert, dass die Erneuerung der Kunst (als Kultur) nie aus den Institutionen, sondern immer von außerhalb kam.

Mein Hang zu einem Nein ist evident. Ich gründe dieses Nein sogar auf einem Ja: Ja, die Frage nach der Infrastruktur ist die Schicksalsfrage der europäischen Kultur – aber in dem Sinne, dass die Infrastruktur zu träge ist, einen zu großen Teil der kulturellen Mittel absorbiert und durch ihr pures Gewicht Entwicklung verhindert.

Gehen wir die Argumente durch. Ein dichtes Angebot begünstige die erwünschte Rezeption: Es leuchtet ein, dass ein interessantes Angebot zur Rezeption einlädt. Doch der Mechanismus, dass man den Konsumenten über das Angebot erzeugt, spielt nur auf einem sehr tiefen Niveau eine Rolle, nämlich da, wo die kulturelle Infrastruktur praktisch inexistent ist, Bibliothek, Museum und Konzertbühne schlicht nicht vorhanden sind. Doch seit die Vermehrung der Produktionsstätten mit der Absicht, Kultur für alle bereitzustellen, in Gang gekommen ist, ist die Ver-

mehrung, nicht die Kultur, der Zweck. Der Motor sind nicht mehr die hungrigen Konsumenten, sondern die Profis selbst, die immer feinere Segmente kultureller Produktion zu institutionell gesicherten Domänen erklären. Zu den Kunstmuseen gesellen sich die Kunsthallen, zu den Kunsthallen die Kunst im öffentlichen Raum. Zu den Ensembletheatern kommen die freien Truppen, die Gastspielhäuser, die Theaterfestivals, die Produktionszentren der freien Szene. Zu den Bibliotheken fügen sich die Literaturhäuser, die Schreibateliers, die Stadtschreiber. Das schafft in der Tat Arbeitsplätze, und es dokumentiert über das Gewicht der Kulturkredite im öffentlichen Haushalt die politische Wertschätzung, welche dem Kultursektor zukommt.

Das »aber« lauert gleich um die Ecke: Die Vervielfältigung der Infrastruktur hat den Anteil der Kulturrezipienten in der Gesellschaft nicht spürbar erhöht. Es sind, das haben wir schon x-fach bestätigt bekommen, in etwa dieselben fünf oder zehn Prozent, welche das subventionierte Angebot als Theater-, Museums-, Konzertgänger nutzen. Die Infrastruktur, zu der schließlich auch noch die (immer zahlreicheren) Sammlungen und Archive gehören, die der Kulturmaschine und der Forschung als Fundus dienen, kostet pro Nutzer simpel immer mehr. Ein breiteres Angebot bei stabiler Nutzerzahl und steigenden Subventionen – man rechne.

Auch das Argument, die Kultur müsse zu den Leuten gehen, um sie zu erreichen, schwächelt. Was sich aufdrängt, verliert an Anziehungskraft. Wo es um alltägliche Nähe zu den Menschen geht, leistet die Laienkulturarbeit Unersetzliches. Was den professionellen Sektor angeht, verbindet sich Kulturgenuss mit Distanz. Museen besuchen viele mit Vorliebe im Urlaub oder während des Städteweekends, für die Oper nach Berlin zu fahren ist viel aufregender als sie zu Hause zu genießen. Bei den Wiener Festspielwochen kann man sich mehrere Produktionen vergleichend anschauen und noch einen Stadtbummel mit Ausflug in den Heurigen anhängen. »Vor der Haustür« heißt heute im Umkreis von 80 Kilometern. Die Kommunalisierung der Hochkultur, wie sie das Programm »Kultur für alle« ausgelöst hat, schuf zweifellos Aufmerksamkeit, solange es um die Neugestaltung der Gesellschaft ging. Die Kommunalisierung hat die Hochkultur aber auch kommun gemacht, gewöhnlich. Das war in den Siebzigern natürlich höchst erwünscht, ging es doch darum, die Tempel der Bourgeoise zu profanieren. Doch die Verbreiterung des Angebots im Verbund mit der ständigen Verbilligung hat ihr den Reiz des Besonderen geraubt. Diesen Reiz verschaffen sich die Konsumenten mittels Reisen heute selber. Und ziehen dabei die herausragenden Einrichtungen vor; wieso sollen sie Tausende Kilometer fliegen, um Mittelmaß oder dünne Ambition zu konsumieren? Was wiederum das wachsende Ungleichgewicht zwischen reichen und armen Kultureinrichtungen erklärt: Bei einer mehr oder weniger stabilen Gesamtzahl an Besucherinnen und Besuchern sind die Erfolge der Großen nur durch die Entleerung der Kleinen möglich.

Es sind also zwei Faktoren, welche die Angebotsausdehnung obsolet machen: Banalisierung durch Angebotsinflation und wachsende Mobilität der Bürger.

Viele Produktionen erhöhen die innere Vielfalt: Auch dieser Mechanismus hat sich ins Gegenteil verkehrt. Die Eröffnung des *Theaters am Neumarkt* in Zürich im Jahre 1966 gab den Blick frei auf ein neues Verständnis von Theater, moderner als das Schauspielhaus. Die Zukunft des Theaters für einen Zehntel der Subvention, das war die Idee. Dritter Pol wurde 1979 das *Theaterspektakel*, die Plattform des freien Theaters, 1988 ergänzt um die *Gessnerallee* als deren ständiges Produktionszentrum. Allein: Die Konkurrenz der ästhetischen Positionen hat zur Angleichung geführt. In der Essenz sind die Programme von *Schauspielhaus*, *Neumarkt* und *Gessnerallee* nicht mehr unterscheidbar. Im Gegenteil, man jagt sich die besten Namen ab, versucht als Kleiner mit Zusatzgeldern den Großen zu toppen. Aus dem Widerstreit der Kunstmodelle ist unter dem Druck der Kritik und der Kulturprofis ein Brei des Regietheaters geworden. Ähnlich verlief die Entwicklung in anderen Feldern.

Die Erweiterung des Spektrums ist seiner Homogenisierung gewichen. Vermehrt haben sich die Namen, durchgesetzt hat sich ein bestimmter Typ konzeptioneller Kunst, welcher durch seine innere Gestaltung oder sein kuratorisches Arrangement mehr sein will als die Erweiterung von Wirklichkeit – er beansprucht immer auch Metadiskurs zu sein und uns zu erklären, wie Wertediskurse zu Stande kommen. Ob das die Aufgabe von Kunst ist, kann man mit Fug bezweifeln, ist aber nicht das Thema hier. Die Verengung auf ein postmodernes Prinzip liefert hingegen den dritten Grund, warum das erweiterte Angebot nicht auf die proportionale Resonanz stößt: Weil es zu monoton ist. Anders kann ich nicht erklären, warum es zum Beispiel in der Schweiz keine Brücke zwischen dem institutionellen Kunstsektor und dem breiten Laiensektor mit schätzungsweise 500 000 Aktiven gibt. Bei aller innern Auffächerung vertritt der institutionelle Sektor ein einziges Kulturmodell, das den Laien wie den Immigranten die Bühnentür verschlossen hält – sie dürfen sich an der Kasse melden, aber sicher nicht im Programmbüro.

Kultur ist erstens Bestandswahrung, zweitens Ausbau: Die Unantastbarkeit der kulturellen Infrastruktur wird gerne aus der Furcht vor dem Kahlschlag hergeleitet, dem Ende der europäischen Kultur, welche eine Kultur der Häuser sei. Die gegenwärtige Ausdehnung erscheint geradezu als Optimum, das Nähe und Vielfalt garantiert. Entwicklung darf, wenn man den Vertretern der Häuser zuhört, nur stattfinden, wenn sie das Bestehende nicht gefährdet. Doch was wäre gefährdet, wenn die Hälfte der Theater und Museen verschwände, einige Archive zusammengelegt und Konzertbühnen privatisiert würden?

3000 statt 6000 Museen in Deutschland, 500 statt 1000 in der Schweiz, 70 städtische Bühnen statt 140 – wäre das der Untergang der abendländischen Kultur? Wenn die frei werdenden Mittel sich verteilten auf die verbleibenden Einrichtungen, auf neue Formen und Medien kultureller Produktion, auf die Laienkultur sowie die Kunstausbildung, so würden einzig die erneuernden Kräfte gestärkt zu Lasten der beharrenden. Denn der institutionelle Sektor lässt Innovation nur dosiert zu, genau so weit, dass er selber nicht in Gefahr gerät. Seine Aufgabe ist es, den äußern Veränderungsdruck zu mildern und in systemkonforme Bahnen zu lenken – das Theater als Puffergefäß, wo er unschädlich verfliegt. So wie die gro-

ßen Städte in den Achtzigern ihre alternativen Kulturzentren eröffneten, um den Druck der Straße in kontrollierte Bahnen zu lenken, funktionieren Kultureinrichtungen heute generell.

Kultur ist Wandel. Das ist bestimmt der banalste Satz in diesem Jahrbuch. Es ist Aufgabe der Kulturpolitik, diesen Wandel zu ermöglichen statt ihn zu behindern. Sie muss davon ausgehen, dass Kultureinrichtungen einer bestimmten Funktion dienen, und dass diese Funktion historisch bedingt, also vergänglich ist.

Die jetzige Infrastruktur baut auf das erzieherische Modell; Bühnen und Museen sind die Schulen des neuen Bürgers. Dieses Selbstverständnis leben sie noch heute. Nur stammt das Konzept aus der Zeit der aufgeklärten Aristokratie, noch vor Beginn der europäischen Demokratien. Das politische Projekt des mündigen, selbst bestimmten Bürgers steht in wachsendem Widerspruch zum ästhetischen Projekt des Kulturbürgers, der darin Kulturbürger ist, dass er einer bestimmten Gruppe von Wertvorstellungen anhängt und eine bestimmte ästhetische Qualifikation erreicht, die sich dadurch bestimmt, dass sie längst nicht für alle erreichbar ist.

Der rasante Ausbau der Infrastruktur war die letzte Offensive des postaristokratischen Modells angesichts der Fortschritte des politischen Projektes nach dem zweiten Weltkrieg. Sie hat sich dabei das Axiom der Demokratie zu eigen gemacht: Freiheit. Alles musste zulässig sein, jede Aussage und, als die Aussagen knapper wurden, jede Form. Die Freiheit der Kunst, die von den Institutionen gelebt wird, wird als Befreiung von der Nachfrage gelebt, woraus Selbstfinanzierungsgrade von zehn Prozent oder weniger resultieren. Der Konsument erlebt sie aber auch als Befreiung von der Autorität der Institutionen – Freiheit der Kunst ist ja nicht nur die Freiheit, frei von politischem Druck künstlerisch zu arbeiten, Freiheit der Kunst lässt sich genauso als Freiheit von der Kunst praktizieren. Ganz abgesehen davon, dass mit dem Niedergang der kulturellen Autoritäten die Welterklärungsmuster hinfällig geworden sind. Die Vertreter der universellen Werte gehören ins Museum, die Kritiker sehen sich entmachtet. Denn heute gibt es zu jeder Aussage eine genauso legitime Gegenaussage.

Die Demokratie mutet dem Bürger eine Mündigkeit zu, welche ihm der Kulturbetrieb verweigert: Auf diese kurze Formel kann man den Widerspruch zwischen ästhetischem Projekt der Vormoderne und politischem Projekt der Moderne bringen. Jean Baudrillard sagte einmal: »Amerika ist die Originalausgabe der Moderne, Europa ist ihre synchronisierte oder untertitelte Ausgabe.«

Die Erneuerung der Kunst passiert außerhalb: Institutionen sind nicht einfach Gefäße, in denen Kunst produziert und mittels Aufführungen in Kultur verwandelt wird. Das Gefäß selbst ist eine Aussage, die vom Programm, das es beherbergt, nicht widerlegt werden kann. Die Aussage ist zuerst jene der Unverrückbarkeit. Diese Kultur steht für immer. Hier werden trotz des Wandels im Detail dauerhafte Werte verhandelt, die Ahnenreihe reicht zurück bis in die Antike. Der Aussage zweiter Teil heißt Macht: In Stein gefügte Einrichtungen stehen für Macht. Jemand hat sie entworfen, finanziert, gebaut. Sie kosten eine Stange gemeinsamen Geldes – je dicker die Stange, umso größer die Definitionsmacht. Eine Jahressub-

vention von zehn Millionen bedeutet nicht dasselbe wie eine solche von 50 Millionen Euro (wie sie die *Oper Zürich* erhält). Dahinter steht mehr als die Frage, wie teuer es ist, diese oder jene Kunst, Ausstellungen oder Musiktheater, zu produzieren; die Summe spiegelt vielmehr den politisch untermauerten Anspruch, dass hier höchste Kunst entstehe, und dieser Anspruch ist der Institution eingeschrieben. Keine schafft es, auf Dauer gegen ihre physische und aus der Geschichte abgeleitete Definitionsmacht zu operieren. Es ist deshalb kein Zufall, dass China als autoritäres System des *Social Engineering* 1 000 Museen bauen will – als kulturelle Manifestation eben dieser Autorität.

Es ist auch kein Zufall, dass die Exkursionen der deutschen Bühnen der siebziger Jahre ins Antitheater scheitern mussten. Keine Institution kann ausbrechen, ohne sich selbst aufzugeben. Sie besitzt eine Gravitationskraft, die alles, was in ihrem Kraftfeld passiert, einschreibt in ihren Auftrag, ohne dass der Auftrag sich entwickelt. Kein Wunder, inszenieren die provokativen Theaterregisseure der achtziger Jahre jetzt Opern. Sicher gibt es dank ihnen mehr nackte Haut und frecheres Dekor als damals, aber Oper bleibt Oper. Je mehr öffentliches Geld drinsteckt, umso unverrückbarer bleibt die Institution, da dem Druck des Publikums enthoben. Das ist die Selbststabilisierungskraft öffentlicher Kultureinrichtungen, möglich durch die Abkoppelung von den gesellschaftlichen Kraftfeldern.

Zum Vergleich: Die Kirchen – ein Zufall, gelten Museen als sakral, Theater als Tempel? – übernahmen bis zur Reformation (im Katholizismus tun sie es noch heute) die Funktion der Museen: Kunstvoll vermittelten und gestalteten sie Vergangenheit, zugänglich und verständlich für jedermann. Mehr noch: Sie schenkten auch Zukunftsgewissheit, etwas, was Museen, da nach der Aufklärung entstanden, nie mehr konnten. Die Kirchen lieferten die Kunst und die große Erzählung des Glaubens, welche Kunstartefakte und Alltag in einen Sinnzusammenhang brachte. Der Sieg des modernen Wissens hat der großen Erzählung des Glaubens die Autorität geraubt. Die Kirchen entleeren sich, die Infrastruktur des Glaubens zerfällt. Niemand formuliert daraus die Existenzfrage der europäischen Kultur.

Europa könnte nach Wegen suchen, die Moderne sich nicht nur in einer synchronisierten Fassung anzueignen, sondern sie zu gestalten. Also nicht die globalen Trends zu Kunst zu veredeln, sondern selber eine Produktion anzuregen, welche sich an viele richtet und weltweite Gestaltungskraft entwickelt. Dazu braucht es Mittel, die sinnvoller Weise aus Umlagerungen stammen. Der kulturelle Wandel kommt bekanntlich nicht aus der Infrastruktur, welche Vergangenheit hoch hält und Innovation zur Homöopathie eindampft, der Wandel kommt aus dem *Off*. Ganz wesentlich ist er mit der Entwicklung der Medien verknüpft, die nicht als Medien für Kunst in die Welt kamen, von den Künstlerinnen und Künstlern aber immer adaptiert und zu Instrumenten des Wandels jenseits der Institutionen entwickelt wurden. Das begann mit dem Buchdruck, es setzte sich fort mit der Zeitung, mit dem Radio, der Photographie, der Schallplatte, dem Film, dem Computer, dem Internet. Der gesellschaftliche Umbruch fand in diesen Medien seinen kulturellen, später künstlerischen Ausdruck. Neue Medien haben Sex-Appeal.

Die latente Opposition gegen institutionelle Autorität, welche jeder Generation eigen ist, findet deshalb in neuen Medien ihre Gestalt. Erst wenn der Wandel die Gesellschaft durchdrungen hat, ziehen die Institutionen nach und stabilisieren sich und ihr Umfeld.

Je ausgedehnter die kulturelle Infrastruktur, umso mehr Ressourcen absorbiert sie, welche sonst für die Gestaltung der Zukunft zur Verfügung stünden – für eine Kunst, welche auf neue Bedürfnisse reagiert und welche sich in die globalen statt nur in die lokalen Bewusstseinsströme einspeist. Die kulturelle Infrastruktur auszudünnen, ist also nicht nur ein Gebot der Finanzen. Es liegt im Interesse der kulturellen Entwicklung selbst, die neuer Perspektiven, neuer Arbeitsformen und neuer Rezeptionsmuster bedarf.

Europa hat sicher die teuerste Kulturlandschaft der Welt, viele Staaten geben 100 bis 200 Euro pro Jahr und Bürger für das Kultursystem aus. Trotzdem ist es auf den weltweiten Kulturmärkten praktisch abwesend, auf die Zirkulation der Inhalte hat unser Kontinent keinen Einfluss. Europa finanziert seine Präsenz auf den Bühnen anderer Kontinente selbst; aber auch da nur für Eliten. Die globale Kulturindustrie ist in den Händen der Amerikaner, der Japaner, der Koreaner, der Brasilianer. Sie bedienen das aufstrebende Asien, sie bedienen die erwachenden arabischen und afrikanischen Märkte, sie räumen selbst in Europa ab. Und sie tun das meist mit staatlicher Unterstützung in monetärer oder in Form von Handelserleichterungen und Schutz der Rechte.

Deutsche Filme tauchen nicht auf in den Hunderten von Multiplexen, die derzeit in Indien gebaut werden. Deutsche (und Schweizer) Filme werden bestenfalls an *Goethe-Instituten* und an Festivals von Filmhochschulen gezeigt. Derart speisen sie kein europäisches Element in das Kulturbewusstsein der nächsten Generationen Indiens, Chinas, des Orients ein. Unsere Kunst spielt in Nischen, die wir selbst vergolden.

Man kann das so wollen. Der Abneigung der westlichen Kulturdenker gegen die Kulturindustrie hat Theodor Adorno den schärfsten Ausdruck verliehen. Der Widerwille selbst beruht auf dem Interesse, die eigene Autorität nicht preiszugeben und am Prinzip der großen Erzählung gegen die Mündigkeit des Bürgers festzuhalten.

Man kann aber auch wollen, dass europäische Kultur die Welt mitgestaltet, wie sie das mit der Klassik einmal tat (die Welt war noch etwas kleiner damals). Politiker und Kulturverwalter doktern deshalb allenthalben am Begriff der Kulturindustrie rum. Das ist ein erstes Zeichen des Wandels. Zu befürchten ist bloß, dass sie Kulturindustrie wie Kunsthandwerk sehen, also beschaulich und hilfsbedürftig, weil ihnen der Mut fehlt, gegen den herrschenden Kunstbegriff zu handeln. Eine Kulturindustrie, welche den Namen verdient, öffnet sich nach außen und denkt in Märkten und Produkten, welche sie verkaufen kann – mit Blick auf kulturelle Vielfalt und fremde Kontexte. Sie beschäftigt viele Menschen, sie ist da hoch kompetitiv, evolutiv. Uns aber fehlt das Wissen.

So erklärt sich die eingangs vorgeschlagene Umverteilung der Mittel: Die Halbierung der kulturellen Infrastruktur wird kaum jemanden auf Entzug setzen. Die Digitalisierung gestattet den preisgünstigen Zugriff auf die meisten Kulturerzeugnisse unserer Zeit, nicht in ihrer Live-Form, dafür jederzeit und den Rezeptionsmöglichkeiten angepasst. Die Halbierung würde jedoch Millionen freisetzen, welche für vier Zwecke aufgewendet werden könnten: a) die Stärkung der überlebenden strukturellen Hälfte, denn Bedeutung haben und Anziehung ausstrahlen wird nur, was Klasse hat. Einzig Institutionen mit Klasse verdienen, als Leuchttürme europäischer Kultur betrieben zu werden. b) dem Aufbau einer Kulturindustrie, welche nationale, europäische und globale Ambitionen vereint, ausgehend von den neuen Formen kulturellen Ausdrucks, etwa Computerspielen, durch *Start-ups*, günstige Rahmenbedingungen, juristischen Support, intelligenten Urheberschutz. c) die Stärkung der Laienkultur, welche anders als die Institutionen eine integrative Funktion wahrnimmt und die kulturelle Bildung als Praxis erlebbar macht. d) dem Ausbau der Kunsthochschulen zu eigentlichen Produktionszentren, wo nicht nur Theorie gebüffelt, sondern im Verbund mit Produzenten, welche am Markt operieren – Filmherstellern, Galerien, öffentlichen und privaten Museen, Verlagen, Konzertveranstaltern – tatsächliche Produkte geschaffen und einem laufenden *Reality Check* unterworfen werden. Kunsthochschulen, die über ausgedehnte Stipendiensysteme eine Vielzahl von Studierenden aus andern Kontinenten anziehen müssen, um kulturelle Vielfalt erfahrbar und für das kreative Arbeiten nutzbar zu machen – also keine Elfenbeintürme des europäischen Kultur- und Zukunftsskeptizismus, keine Kapellen für die Anbetung staatlicher Garantien, sondern selektive Systeme für Künstlerinnen und Künstler sowie für Kulturmanagerinnen und Kulturmanager.

In einem Satz: Ich würde den freigeräumten Platz nicht mit neuen Strukturen füllen, sondern auf allen Ebenen die individuellen Kräfte fördern, jene Köpfe, welche Veränderung aufnehmen und Erneuerung für uns nachvollziehbar machen. Ich glaube nicht, dass der europäischen Kultur auch nur ein Stein aus der Krone fiele. Ich glaube, sie bekäme ein paar Werkzeuge in die Hand, die es ihr gestatten würden, vom einsamen Thron herabzusteigen und sich in die Welt zu begeben. Auf eigenen Füßen!

Armin Klein

Kulturelle Infrastruktur und Kulturmanagement: Der exzellente Kulturbetrieb

Stellen wir uns vor: Die Infrastruktur einer deutschen Stadt, deren wesentlichen Institutionen vor rund 100 bis 200 Jahren entwickelt wurden und die in ihrer Arbeitsweise bis heute nahezu unverändert fortbestehen: Beispielweise die Betriebe zur Versorgung mit Trinkwasser und der Entsorgung von Müll, Einrichtungen der sozialen Fürsorge, Schulen, die Organisation des öffentlichen Nahverkehr und so weiter. Zweifelsohne hätten wir eine gewisse Mühe, uns zu Beginn des 21. Jahrhunderts auszumalen, mit solchen Einrichtungen, mit einer solchen Infrastruktur, den aktuellen Herausforderungen gerecht zu werden. Vielleicht mag der Vergleich etwas abstrus klingen: Aber wurden nicht die wesentlichen öffentlichen Kultureinrichtungen vor 100 bis 200 Jahren (z. B. unsere Staats- und Stadttheater, unsere Sinfonieorchester, unsere Museen, unsere öffentlichen Bibliotheken, unsere Volkshochschulen usw.) gegründet und gelang es ihnen nicht erfolgreich, weitgehend ihre managerialen Strukturen bis heute zu bewahren?

Seit rund vierzig Jahren haben wir es im Rahmen der Globalisierung der Wirtschaft, der Märkte, der Arbeitsplätze, der Produktion, der Waren, der Dienstleistungen, der Finanzströme, der Informationen und der Lebensstile (Beck 1997: 13) mit einer zunehmenden, weltweiten Auflösung der traditionellen Systeme der Daseinsvorsorge zu tun. Zu den durch die Globalisierung vorangetriebenen Entwicklungen, die von den nationalen Politiken immer weniger zu beeinflussen sind, kommen die quasi hausgemachten Probleme Deutschlands: Die Überalterung der Gesellschaft, eine seit Jahren konstante Massenarbeitslosigkeit, eine überdimensionierte Staatsverschuldung, eine bürokratische Überregulierung und föderale Inflexibilität (nicht zuletzt des Bildungssystems im Rahmen des so genannten Bologna-Prozesses), eine unreflektierte Migrationspolitik mit weitgehend defizitären Integrationskonzep-

ten, eine ungewisse Zukunft der großen Systeme gesellschaftlicher Daseinsvorsorge wie Gesundheits-, Renten- und Bildungssystem und so weiter. »Wir wurden in eine Welt hineingeboren, die es bald nicht mehr geben wird«, bringt Gabor Steingart diese Erfahrung der Zeitgenossen plastisch auf den Punkt. (Steingart 2006: 9) Man braucht kein Prophet zu sein, um vorherzusagen, dass wir erst am Anfang dieser Entwicklung stehen, die seit Jahrzehnten begonnen hat, die traditionellen Institutionen gesellschaftlicher Daseinsvorsorge, wie etwa das Sozialversicherungs- und Gesundheitssystem, aber auch den Arbeitsmarkt und das Bildungssystem tiefgreifend umzugestalten. Was bedeutet diese Entwicklung für den öffentlichen Kulturbetrieb, wie wir ihn seit Jahrzehnten, ja Jahrhunderten kennen und wertschätzen?

Strukturkonservativismus versus Wertkonservativismus

Genügte es bis vor einigen Jahren noch, auf neue Fragen alte Antworten zu geben (»Die Rente ist sicher!«), so erweist sich deren Brüchigkeit mittlerweile Tag für Tag aufs Neue – auch wenn die meisten dies immer noch nicht wahrhaben wollen. Ihre Antwort ist demgemäss eine strukturkonservative: Dass bitte doch alles so bleiben möge wie es einmal war! Dieser Wunsch auf die Kultur und ihre Einrichtungen bezogen: Die Forderung des *Deutschen Kulturrates* nach einem »Nothilfefonds«, mit dem die Bundesregierung bedrohte städtische Kultureinrichtungen vor der Schließung bewahren solle (Kilb 2010) oder die Idee, kommunale Kulturförderung aus der Freiwilligkeit in die Pflichtigkeit zu überführen.

Die Krise der öffentlichen Kulturbetriebe wurde in den letzten ein, zwei Jahrzehnten von den Betroffenen zunächst und vor allem als eine Finanzierungskrise, das heißt als eine Stagnation beziehungsweise ein Rückgang öffentlicher Zuwendungen empfunden. Doch zunehmend dämmert die Erkenntnis, dass die Probleme sehr viel tiefer liegen, dass die Organisationen des öffentlichen Kulturbetriebs in ihrer tradierten Form und mit ihren überkommenen Denkweisen und Handlungsmustern immer weniger geeignet sind, auf die neuen Herausforderungen der Gegenwart, vor allem aber der Zukunft, adäquat zu reagieren. Der langjährige Direktor der *Hamburger Kunsthalle*, Uwe Schneede, fasste dies in einer Anhörung der *Enquete-Kommission des Bundestages »Kultur in Deutschland«* zur Situation der Museen zusammen – eine Bilanz, die allerdings für eine Vielzahl öffentlicher Kultureinrichtungen zutrifft und in den Abschlussbericht der Kommission einging: »Weitgehend veraltete Strukturen, zu viel Verwaltung, zu viel Mitsprache von Politik und Administration, ein zu starres Haushaltssystem, zu wenig aktive Öffnung zum Publikum, zu wenig Selbstständigkeit, zu wenig Leistungskontrolle und zu wenig Selbstbewusstsein im Umgang mit Mäzenen, Sponsoren und Privatsammlern.« (Enquete-Kommission »Kultur in Deutschland« 2007: 118)

Statt einer überall laut hörbaren Explosion - etwa anlässlich der spektakulären Schließung eines Theaters, eines Museums oder einer Musikschule – »implodieren« unter solchen Umständen viele der öffentlichen Kulturbetriebe. Was Gabor

Steingart vor einiger Zeit für die Gesamtgesellschaft konstatierte, kann auch und gerade für den Sektor öffentlicher Kunst- und Kulturproduktion gelten: »Der Abstieg einer Nation ist nichts anderes als die Summe von Millionen Einzelabstiegen.« (Steingart 2004: 49) Um diesen zu verhindern, bedarf es deshalb einer grundlegenden Neuorientierung.

In den allermeisten öffentlichen Kultureinrichtungen geht es mittlerweile allerdings nur noch um ein »Management des Vorhandenen« (Peter Drucker). Die notwendige Kraft und Energie für Innovationen, für Visionen, für die Erschließung von strategischen Potenzialen zur Zukunftssicherung und die Entwicklung von Kooperationen mit strategischen Partnern sind unter diesen Bedingungen kaum noch vorhanden. Kulturpolitik ist so immer weniger in der Lage, notwendige Veränderungen voranzutreiben. Das lässt die öffentlichen Kultureinrichtungen immer stärker in die Gefahr geraten, sowohl gegenüber ihrer Konkurrenz als auch gegenüber gesellschaftlichen Entwicklungen zunehmend zukunftsunfähiger zu werden.

Der hier kritisierte Strukturkonservativismus in der Kulturpolitik mit seiner verselbstständigten Institutionenlogik (erhalten um des bloßen Erhaltens willen), dessen Kraft nur noch mühsam dazu ausreicht, das Bestehende festzuschreiben und die vorhandenen Strukturen immer schlechter zu sichern, genügt längst nicht mehr, um die Zukunftsprobleme zu lösen. Er gerät zunehmend in Konflikt »mit einer anderen Form von Konservativismus, dem es weniger um die Bewahrung von (formalen) Strukturen als vielmehr um die Konservierung von (inhaltlichen) *Werten* geht« (Eppler 1975: 37), wie der linke Vordenker Erhard Eppler bereits Mitte der siebziger Jahre des letzten Jahrhunderts feststellte. Solche bewahrenswerten »Werte« sind zweifelsohne der spezifisch deutsche Kulturstaatsgedanke im normativen (wie auch im empirischen) Sinne und die Idee der allgemeinen Teilhabe an der Kultur (»Kultur für und von allen«). Angesichts drängender Gegenwartsprobleme war allerdings schon für Eppler vor fünfzig Jahren die alles entscheidende Frage, »ob wir Strukturen auf Kosten von Werten oder Werte auf Kosten von Strukturen bewahren wollen«. (Ebd.: 47)

Gerade um dieser inhaltlichen Ziele und Werte willen wird es in Zukunft also darum gehen, die Strukturen der öffentlichen Kulturbetriebe in Deutschland grundlegend zu reformieren.[1] Das zu ständiger Innovation und Besucherorientierung zwingende Existenzrisiko (das die privatwirtschaftlich-kommerziellen und gemeinnützig-freien Kulturbetriebe permanent umtreibt) haben der Staat und die Kommunen den *öffentlichen* Kulturbetrieben (zumindest) bislang weitestgehend abgenommen. So gut und erfreulich dies für die Betroffenen in diesen Kultureinrichtungen zunächst sein mag, so problematisch und gefährlich ist dies andererseits langfristig, weil dadurch diese Betriebe mehr oder weniger von der Notwendigkeit, sich zu verändern, befreit werden. Fataler Weise kommen gerade in Deutschland »gezielt Binnensektoren, die vom frischen Wind des internationalen Wettbewerbs weitgehend abgeschirmt sind, in den Genuss staatlicher Förde-

1 Diese Überlegungen finden sich ausführlich dargelegt in Klein 2008.

rung«, wie Astrid Rosenschon vom Kieler *Institut für Weltwirtschaft* unter ausdrücklicher Nennung von öffentlichen Theatern und Museen in ihrer Analyse der Finanzhilfen von 2000–2004 kritisierte. (Rosenschon 2005: 23)

Diese »Abschirmung« hatte und hat allerdings fatale Konsequenzen für die Innovationsfähigkeit der öffentlichen Kulturbetriebe. Während sich die privaten Kulturbetriebe bereits seit vielen Jahren, ja Jahrzehnten, die Instrumente und Methoden des Kulturmanagements zu Eigen gemacht haben und dadurch den öffentlichen Kulturbetrieben organisatorisch und unternehmerisch immer überlegener wurden, öffneten sich letztere bislang diesem allgemein zugänglichen Wissen (wenn überhaupt) nur ausgesprochen zögerlich. Zuviel Zeit ist schon ungenutzt verstrichen, als dass man jetzt noch lange warten könnte.

Es dürfte unmittelbar einsichtig sein, dass Kultureinrichtungen, die kein Bild von ihrer eigenen Zukunft haben, dazu verdammt sind, neuen Herausforderungen mit Mitteln der Vergangenheit zu begegnen, in Veränderungen immer und zuallererst die Risiken, weniger dagegen die Chancen zu erkennen und somit in der Gegenwart gefangen zu bleiben. Doch nur wer ein einigermaßen klares Bild von der Zukunft und seiner eigenen Stellung in ihr hat, wird auch in der Lage sein, zielstrebig und strategisch orientiert die eigene Position in ihr aufzubauen. Die öffentlichen Kultureinrichtungen müssen also zuerst (und zwar ganz schnell) lernen, ihren Blick zu öffnen, die Zukunft nicht als eine Verlängerung der (schwierigen) Gegenwart mit all ihren Sorgen und Nöten zu begreifen, sondern als eine Chance und Herausforderung, ihre eigenen langfristigen Ziele und Visionen tatsächlich umzusetzen. Nur wer weiß, wo er hinwill, kann sich zielgerichtet seinen Weg dorthin bahnen. Damit sind die gegenwärtigen Alltagsprobleme zwar keineswegs gelöst, aber ihr (bedrohlicher) Stellenwert nimmt deutlich ab. Momentane Schwierigkeiten werden als das begriffen, was sie tatsächlich sind: als zu überwindende Beschwerden auf dem Weg zu einem wichtigen und bedeutsamen Ziel. Es kommt daher für die öffentlichen Kultureinrichtungen in erster Linie darauf an, heute Potenziale zu erkennen, aufzubauen und systematisch zu entwickeln, um in Zukunft Erfolg zu haben.

Für Peter Drucker ergeben sich die neuen Herausforderungen für Staat, Gesellschaft und Ökonomie »nicht aus der Gegenwart. *Sie sind anders*.« Seine Konsequenz: »In vielerlei Hinsicht erfordern die neuen Gegebenheiten eine *Umkehr der Strategien*, die sich im letzten Jahrhundert bewährt haben, und um so mehr einen *Wandel der Denkmuster*, die Organisationen ebenso zugrunde liegen wie dem Verhalten eines jeden einzelnen.«

Kulturelles Entrepreneurship

Diese Erkenntnisse sind keineswegs neu. Das, was für die bislang öffentlich getragenen Kulturbetriebe aus kulturmanagerialer Sicht vor allem notwendig ist, hat die *Kommunale Gemeinschaftsstelle (KGSt)* bereits im Jahre 1989 in aller wünschenswerten Klarheit (seinerzeit mit Blick auf die öffentlichen Theater) geschrieben.

Das dort ganz grundsätzlich Gesagte kann für die öffentlichen Kulturbetriebe generell gelten. Jeder einzelne öffentliche Kulturbetrieb – so die *KGSt* – »ist seiner Anlage nach ein *Betrieb*. Allerdings ist sein *Betriebs*charakter nur ansatzweise verwirklicht.« Leiterinnen und Leiter von öffentlichen Kultureinrichtungen sehen sich bislang sehr viel eher (oder sogar ausschließlich) als diejenigen, die für die »Inhalte« zuständig sind. Das führt vielfach dazu, dass sich die jeweilige Leitung »für die *wirtschaftliche* Steuerung des Betriebs auch nur eingeschränkt verantwortlich« fühlt. »Sie denkt eher *administrativ* als betriebswirtschaftlich.« Gegen die in so verfassten öffentlichen Kulturbetrieben zu beobachtende »Flucht in den Komfort der Gängelung statt verantwortlicher Selbststeuerung« setzte die *KGSt* die programmatische Forderung, endlich auch die »*Betriebsnatur voll zu entfalten*.« Sie kommt zu dem Ergebnis, dass eine Stadt, die ihre Kultureinrichtungen »bei hohem künstlerischen Anspruch auch wirtschaftlich in der Hand behalten will, nur die Wahl hat, (sie) zu einem echten Betrieb zu machen«. (Kommunale Gemeinschaftsstelle 1989: 3; Hervorhebungen *A. K.*)

Genau um das, was schon vor zwanzig Jahren formuliert wurde, geht es. Der öffentliche Kulturbetrieb der Zukunft braucht tatsächliches »Entrepreneurship«. Er benötigt – obwohl öffentlich abgesichert – »Unternehmertum« im Sinne von »schöpferischer Zerstörung, Invention, Innovation« (Joseph Schumpeter). »Mehr *Eigenverantwortlichkeit*, mehr *Risikobereitschaft*, mehr *Privatinitiativen*«, wünschte sich an seinem fünfundsiebzigsten Geburtstag Christoph von Dohnány, langjähriger Hamburger Operndirektor und Chefdirigent des *Cleveland Orchestra* und des *Philharmonia Orchestra London*, für den Kulturbetrieb in Deutschland. (*Badische Neueste Nachrichten* vom 8.9.2004)

Die Leiterinnen und Leiter öffentlicher Kultureinrichtungen dürfen sich nicht länger als »Behördenleiter« oder als die nur für »die Kunst« Verantwortlichen fühlen – sie müssen Entrepreneurs sein, bereit und entschlossen, mutig die Zukunftsaufgaben anzugehen. Neben Sozialkompetenz, Kulturwissen und betriebswirtschaftlichen Kenntnissen benötigt er vor allem eine unternehmerische Motivation. Wesentliche Elemente (s. Konrad 2000: 71) dieser unternehmerischen Leistungsbewusstseins und ein ausgeprägtes Machbarkeitsdenken (d. h. die eigene Leistungsbereitschaft und Kreativität anerkennend, diese auch effizient einzusetzen und permanent unter Beweis zu stellen), Herbeiführung einer wirtschaftlichen und persönlichen Verbesserung der eigenen Situation, die Möglichkeit und der Wunsch nach Selbstverwirklichung, das Streben nach Autonomie, also der Wunsch nach Tätigkeit in einer unabhängigen Situation sowie einem befreienden Umfeld und schließlich marketingpolitische Überlegungen.

Entscheidend ist also vor allem das entsprechende unternehmerische Bewusstsein des Entrepreneuers, das Timmons (1994: 24) euphorisch so beschreibt: »They work hard and are driven by an intense commitment and determined perseverance; they see the cup half full rather than half empty; they strive for integrity; they burn with competitive desire to excel; they are dissatisfied with the status quo and seek opportunities to improve almost any situation they encounter; they use failure

as a tool for learning and eschew perfection in favor of effectiveness; and they believe they can personally make an enormous difference in the final outcome of their ventures and their life.«

Um was geht es im Kern? Der bereits zitierte Peter Drucker wurde nicht müde, darauf hinzuweisen, dass »weder die Menge der Produktion noch das Ergebnis unter dem Strich« geeignet sind, die tatsächliche Leistung und Leistungsfähigkeit einer Organisation adäquat widerzuspiegeln. Viel entscheidender seien dagegen die folgenden Faktoren: die Position auf dem Markt, die eigene Innovationsfähigkeit, die Produktivität einer Einrichtung, die Entwicklung der Mitarbeiter und die Qualität der Produkte. (Drucker 2002: 29) All dies sind Faktoren, die angesichts der Verkürzung der kulturpolitischen Debatte auf die finanziellen Ressourcen der öffentlichen Hand zunehmend in den Hintergrund gedrängt wurden, gleichwohl aber von zentraler Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit einer Kultureinrichtung sind.

»Wer nicht weiß, wo er hin will, darf sich nicht wundern, wenn er woanders ankommt«, wusste bereits Mark Twain. Schon seit Jahren ist die praktische Folge des weitgehenden Verzichts auf kulturpolitische Konzepte eine bloße Steigerung der »Menge der Produktion« (Drucker) und eine immer weiter reichende »*Diversifizierung des Angebots*, die mit einer erheblichen Unschärfe in der Zielsetzung einhergeht«, wie Werner Heinrichs schon vor Jahren kritisierte. Heinrichs weiter: »Staatliche und kommunale Kulturangebote können heute allem und jedem dienen. Natürlich dient Kultur immer einer Vielzahl von Zwecken und Zielen – gerade diese Farbigkeit macht ja ihren Reiz aus; aber wenn diese Vielfalt nur im Nachhinein achselzuckend konstatiert wird, spricht man wohl besser von Beliebigkeit als von einer stringenten Zielorientierung. Eine ziellose öffentliche Kulturförderung aber muss zwangsläufig scheitern, weil sie politisch nicht legitimierbar ist, und ein hemmungslos diversifiziertes Kulturangebot hat noch geringere Chancen, weil es nicht mehr finanzierbar ist.« Somit »ist eine Finanzierung der öffentlichen Kulturförderung nur möglich, wenn auch die *Ziele* knapp sind.« (Heinrichs 2001: 23)

Über kurz oder lang wird sich die Kulturpolitik daher die bislang so erfolgreich verdrängte Frage stellen müssen: Was sind denn eigentlich unsere Ziele und Visionen? Wie lässt sich das nach wie vor große finanzielle Engagement von Bund, Länder und Gemeinden im Kultursektor auf Dauer legitimieren? Und dann wird sich auch jede einzelne Kultureinrichtung die zentrale Existenzfrage stellen müssen: In welchem Geschäft sind wir eigentlich tätig (welche *Mission* und vor allem *Vision* haben wir)? Hieraus leitet sich die Legitimationsfrage ab: Warum hat die jeweilige Kultureinrichtung auch in Zukunft einen klar und explizit begründbaren Anspruch darauf, dass der Staat oder die Kommune ihr Handeln unterstützt beziehungsweise sogar trägt? Es geht also im Kern um die alles entscheidende Frage: »Wie muss sich die einzelne öffentliche Kultureinrichtung verändern, um nachhaltig ihre zukünftige Existenz legitimieren und sichern zu können, damit sie dauerhaft ihren kulturpolitischen Auftrag erfüllen kann?«

Elemente des exzellenten Kulturbetriebs

1. Angesichts begrenzter öffentlicher Ressourcen – und dieser Zustand wird sich realistischer Weise in absehbarer Zukunft nicht positiv verändern, allenfalls verschlechtern – müssen zunächst auch die *Ziele* der Kulturpolitik »verknappt« werden. Der Staat kann nicht mehr (wie noch in den siebziger und achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts) alles und jedes fördern, sondern er muss auswählen und sorgfältig begründen, warum er *was wie* – und vor allem auch *wie lange* fördert. Bedauerlicherweise gibt es in Deutschland keine gewachsene »Kultur des Aufhörens« einer öffentlichen Förderung.

2. Seit Mitte der siebziger Jahre ist die Arbeit der einzelnen Kultureinrichtungen vielfach in die Gefahr geraten, rein auf den mehr oder minder expliziten »kulturpolitischen Auftrag« fixiert, das heißt *angebotsorientiert* leer zu laufen. Die öffentlichen Kultureinrichtungen der Zukunft müssen dagegen konsequent *besucherorientiert* arbeiten. Es muss klar werden, dass ein wie auch immer formulierter »kulturpolitischer Auftrag« nicht nur aus inhaltlichen Gründen verfehlt werden kann, sondern dass er vor allem auch dann nicht erfüllt wird, wenn die anvisierten Zielgruppen nicht oder nur völlig unzulänglich erreicht werden.

Der in diesem Kontext stets schnell bei der Hand liegende Vorwurf, dies bedeute Anpassung an den Publikumsgeschmack und bloßes Schielen auf die Quote, ist in der Theorie wie in der Praxis längst widerlegt: Es kann sehr wohl gelingen, höchsten ästhetischen Ansprüchen zu genügen und dennoch seine avisierten Zielgruppen zu erreichen.[2] Wie dies geht ist mittlerweile in zahlreichen Publikationen zum Kulturmarketing (vgl. Klein 2005, Colbert 1999, Fischer 2001, Hausmann 2005) ausführlich dargelegt. Insbesondere muss jede einzelne Kultureinrichtung in Zukunft in sehr viel stärkerem Maße sicherstellen, dass die Nachhaltigkeit ihrer Besucher und Nutzer auch in Zukunft gewährleistet ist. Hierfür ist ein entsprechendes *Audience Development* von grundlegender Bedeutung.

3. Die meisten Kultureinrichtungen sind nach wie vor nach dem Modell der bürokratischen Organisation konstruiert. Bürokratische Organisationen gehorchen jedoch nicht der Sachlogik des jeweiligen Gegenstandsbereiches, sondern sie folgen der Logik von Bürokratien: gleich, ob es sich um ein Krankenhaus, ein Einwohnermeldeamt oder ein Staatstheater handelt. Mehr und mehr hat sich jedoch in den letzten Jahren die Erkenntnis durchgesetzt, dass die bürokratische Organisation – bei all ihren unbestreitbaren Erfolgen in der Vergangenheit – schon in der Gegenwart, vor allem aber in der Zukunft, massiv an ihre Grenzen stößt. Die herkömmliche bürokratische Organisation ist insbesondere im Bereich der Leistungsverwaltung aufgrund ihrer spezifischen Konstruktion weitgehend ungeeignet, die neuen Herausforderungen flexibel und adäquat bearbeiten zu können. An die Stelle der bürokratischen muss deshalb die »*lernende Organisation*« (Argyris/Schön)

2 Verwiesen sei nur auf die radikale Neuorientierung der Salzburger Festspiele in der Ära Mortier oder die Erfolge der *Staatsoper Stuttgart* unter ihrem Intendanten Zehelein.

treten, die entwicklungsfähig ist und sensibel auf Umweltveränderungen reagieren kann.

4. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kultureinrichtung sind – wie in kaum einem anderen Betrieb – deren wesentlicher Produktionsfaktor. Dies betrifft nicht nur die Künstlerinnen und Künstler, die unmittelbar mit der Herstellung des künstlerischen und kulturellen Produkts befasst sind, sondern auch alle anderen, die durch ihre Tätigkeit ermöglichen und sicherstellen, dass dieses Produkt überhaupt zustande kommen kann. Aufgrund dessen muss durch entsprechende Organisationsformen und Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen sichergestellt werden, dass sich die Kenntnisse und Fähigkeiten aller Mitarbeiter optimal entfalten können. Unzufriedene und unmotivierte Mitarbeiter sind wenig geeignet, Besucher von Kultureinrichtungen dauerhaft an diese zu binden. Es müssen den Mitarbeitern deshalb Entwicklungschancen und Lernmöglichkeiten innerhalb des jeweiligen Betriebes aufgezeigt werden, damit sie sowohl sich selbst wie auch die Kultureinrichtung insgesamt zukunftsorientiert weiter entfalten können.

5. Es muss gewährleistet sein, dass die Förderung effizient stattfindet, das heißt die eingesetzten öffentlichen Ressourcen müssen so wirtschaftlich wie möglich verwendet werden. Effizienz heißt, dass die einzelne Kultureinrichtung nicht nur mit dem einmal gewährten Zuwendungsrahmen auskommen muss, sondern dass sie nach Möglichkeit selbst zu finanziellen Effizienzsteigerungen beiträgt – die ihr dann allerdings auch vollständig erhalten bleiben müssen. Die Kulturfinanzierung in Deutschland ist – ganz anders als in vielen anderen Ländern – vor allem durch ihre Eindimensionalität geprägt: Die hauptsächliche Finanzierungsquelle ist der Träger und somit der Staat beziehungsweise die Kommune. Längst haben sich aber mehrdimensionale Ansätze entwickelt, die ganz andere Finanzierungsquellen erschließen. Will sich also die öffentliche Kultureinrichtung der Zukunft ein Stück weit von der Abhängigkeit nur einer einzigen, nämlich der öffentlichen Hand, lösen, so sollte sie ihre Finanzierung auf eine sehr viel breitere Basis stellen.

6. Der herkömmliche öffentliche Kulturbetrieb orientierte sich bislang weitestgehend an anderen öffentlichen Kulturbetrieben und deren Aufgabenerfüllung. Viele öffentliche Kulturbetriebe definieren und empfinden sich als Dienstleister im Rahmen der »kulturellen Daseinsvorsorge.« Man bleibt, kurz gesagt, deshalb bei seinen Zukunftsüberlegungen weitgehend unter sich. Sie können – und sie müssen vor allem – ihre Melodie allerdings nicht länger alleine spielen, sondern sollten sie im Konzert mit anderen entwickeln, das heißt sie müssen sich neue strategische Partner suchen. In naher Zukunft werden dies insbesondere der Kulturtourismus, die Kreativwirtschaft, die Bildungspolitik sowie die Stadtentwicklung sein. Hier müssen Kultureinrichtungen strategische Partner finden und mit diesen langfristige Allianzen aufbauen.

7. Ein wesentliches Element dieser grundlegenden Neuorientierung sollte schließlich die Überprüfung des zielgerichteten und effizienten Mitteleinsatz in der Praxis, also die Evaluation und Wirkungsmessung sein. Eine zielorientierte und an ihrer Wirkung interessierte Kultureinrichtung wird selbst ein hohes Inter-

esse der Beantwortung der Frage haben: Wird das, was angestrebt und politisch gewollt wird und entsprechend mit öffentlichen Mitteln unterstützt wird, auch tatsächlich erreicht?

Der hier vorgeschlagene Weg ist nicht einfach und fordert allen Betroffenen ein hohes Maß an Flexibilität, an Lernbereitschaft, an Zukunftsoffenheit und Kraft ab. Er muss allerdings gegangen werden, damit der Kulturstaat Deutschland mit seiner kulturellen Infrastruktur auch in Zukunft bestehen kann – denn zu lange hat man gehofft, mit einem bloßen »Weiter so« wirklich weiter zu kommen. Oder um es mit den Worten des langjährigen Intendanten der *Bayrischen Staatsoper*, Sir Peter Jonas, zu sagen: »Weitermacher gibt es in diesem Land schon genug!« (*ZeitKulturSommer* vom April 2006: 12)

Literatur

»Auf festem Grund zur Atonalität. Operndirektor Christoph von Dohnány wird heute 75 Jahre alt«, in: *Badische Neueste Nachrichten*, 8.9.2004

Beck, Ulrich (1997): *Was ist Globalisierung? Irrtümer des Globalismus – Antworten auf Globalisierung*, Frankfurt: Suhrkamp

Colbert, Francois (1999): *Kultur und Kunstmarketing. Ein Arbeitsbuch*, Wien/New York: Springer

Drucker, Peter (2002): *Was ist Management? Das Beste aus 50 Jahren*, München: Econ

Enquete-Kommission »Kultur in Deutschland« des Deutschen Bundestags (2007): Abschlussbericht, *BT-Drucksache* 10/7000

Eppler, Erhard (1975): *Ende oder Wende*, München: dtv

Fischer, Walter Boris (2001): *Kommunikation und Marketing für Kulturprojekte*, Bern: Haupt

Hausmann, Andrea (2005): *Theatermarketing. Grundlagen, Methoden und Praxisbeispiele*, Stuttgart: Lucius & Lucius

Heinrichs, Werner (2001): »Weniger wäre mehr! Strategische Anmerkungen zur Zukunft öffentlich finanzierter Kulturangebote«, in: Heinrichs, Werner/Klein, Armin (Hrsg.): *Deutsches Jahrbuch für Kulturmanagement*, Baden-Baden

Kilb, Andreas (2010): »Fonds ohne Hüter. Was könnte der Bund für die kommunale Kultur tun?«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 9.3.2010

Klein, Armin (2005): *Kulturmarketing. Das Marketingkonzept für Kulturbetriebe*, München: dtv

Klein, Armin (2008): *Der exzellente Kulturbetrieb*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (2. Auflage)

Kommunale Gemeinschaftsstelle (1989): *Führung und Steuerung des Theaters*, Köln: KGST

Konrad, Elmar (2000): *Kultur-Unternehmer. Kompetenzen – Leistungsbeiträge – Erfolgswirkungen*, Wiesbaden: Deutscher Universitäts Verlag

Lemke-Matwey, Christine (2006): »›Weitermacher gibt es in diesem Land schon genug‹ – Ein Gespräch«, in: *ZeitKulturSommer* April 2006

Rosenschon, Astrid (2005): *Finanzhilfen der Bundesländer in den Jahren 2000-2004: Eine empirische Analyse*, Kiel: Institut für Weltwirtschaft Kiel (Kieler Diskussionsbeiträge 422)

Steingart, Gabor (2006): *Weltkrieg um Wohlstand. Wie Macht und Reichtum neu verteilt werden*, München: Piper

Timmons, Jeffrey. A. (1994): *New Venture Creation. Entrepreneurship for the 21st Century*, Illinois: McGraw-Hill College

Wolfgang Schneider

Wider die normative Kraft des Faktischen

Kulturpolitische Anmerkungen zur Infrastruktur der Kunstbetriebe, zu Institutionalisierungsbestrebungen der Kommunen und zu der Initiative, Kulturräume immer wieder neu zu denken

Der Handlungsdruck auf Kultureinrichtungen in Deutschland steige. Bis zum Jahr 2020 soll jede zehnte Kultureinrichtung von der Schließung bedroht sein. Betroffen seien insbesondere kleinere Museen, Theater und Bibliotheken, vor allem solche, die von Gemeinden gefördert werden. Eine Studie der *Managementberatungs-GmbH A. T. Kearwey* in München sorgte vor kurzem für Aufregung. »Öffentliche Mittel für Kunst und Kultur stagnieren in den letzten Jahren und werden unserer Studie zufolge in Deutschland von 8,1 Milliarden Euro im Jahr 2009 um rund acht bis zehn Prozent im Jahr 2020 zurückgehen«, sagt Claudia Witzemann, Leiterin der Kulturstudie: »Gleichzeitig ist mit einer Zunahme der Kosten zu rechnen: Ausgehend von heute wird bis 2020 ein Anstieg von rund 24 Prozent erwartet. Das bedeutet, dass bis 2020 rund zehn Prozent der Kultureinrichtungen in Deutschland von der Schließung bedroht sind.« (Pressemitteilung vom 18.8.2010) Um ihr Bestehen zu sichern, sei es für die Kunstbetriebe essentiell, neben den kulturellen Aspekten auch betriebswirtschaftliche Gesichtspunkte in den Fokus zu rücken und neue Einnahmequellen zu erschließen. Potenzial biete hier die private Finanzierung durch Kultursponsoring sowie eine verstärkte Ausrichtung auf den kulturinteressierten Besucher, der auch als Konsument begriffen werden sollte, sagen die Marketing-Experten.

Na, wenn das mal gut geht! Konzepte von gestern, anlässlich der Krise von heute, zur Sicherung der Kultur von morgen? Mit Markenpflege, Imagekampagnen und Reputationsmanagement Bestandspflege betreiben? Ist das seriös? Modellrechnungen des Metropolitan Museums of Arts in New York, der *Tate Modern* in London oder der *Albertina* in Wien mit dem Heimatmuseum, der Gemeindebücherei oder dem Soziokulturellen Zentrum zu vergleichen? Wo das Problem doch ganz

anders geartet ist, wo die Kulturlandschaft doch ganz andere Leiden pflegt, wo die Kulturpolitik doch ganz andere Baustellen hat. Im wahrsten Sinne des Wortes. Denn nach wie vor ist die Bundesrepublik der reichste Kulturstaat der Welt, nach wie vor hat Deutschland vieles in der Kultur institutionalisiert und nach wie vor gilt in den Kommunen die normative Kraft des Faktischen: Die Oper braucht ein Haus, die Galerie eine neue Heizung, das Kulturbüro einen Anbau. Wenn vom Museumsboom gesprochen wird, geht es immer um Architektur, um Immobilien, um Neubauten. In Nordrhein-Westfalen gibt es Städte, denen steht das Wasser bis zum Hals und trotzdem versucht jede Gebietskörperschaft, sich mit einer eigenen Philharmonie zu platzieren. Gütersloh baut sich ein neues Theater, das mehr als 20 Millionen Euro kostet – aber nur in der Anschaffung. Dafür greifen Bertelsmann & Co gerne mal tief in die Tasche. Aber wer finanziert die Folgekosten? Hamburg leistet sich eine Elbphilharmonie und verbraucht schon für den Rohbau rund 300 Millionen Euro. Der neue Erste Bürgermeister verordnet einen harten Sparkurs, was für Kultur heißt: Nach Quoten kürzen. Außen hui, innen pfui, oder mit den Worten der Künstlerischen Leiterin der *Kampnagel-Fabrik* Amelie Deuflhard laut *Süddeutscher Zeitung* vom 16.6.2010: »Im Vergleich mit anderen Städten hat man in Hamburg schon das Gefühl, dass die Kulturinstitutionen konsequent kaputt gespart werden.« Alles geht in die Infrastruktur und nichts bleibt mehr für die Kulturarbeit?

Weitere Meldung aus unseren Tagen: Klaus Wowereit hält an seinen Kulturprojekten fest. Trotz riesiger Haushaltslöcher will der Regierende Bürgermeister von Berlin die Millionenvorhaben Kunsthalle und Landesbibliothek nicht opfern. Beide Bauvorhaben seien sinnvoll und wichtig, sagt der *SPD*-Politiker in einem Gespräch mit der *dpa*. (4.8.2010) Doch erste Erschütterungen treffen sogar die Flaggschiffe. Der mit 25 Millionen Euro veranschlagte Ausbau des *Sprengel Museums für moderne Kunst* in Hannover gerät in Gefahr. Durch die von der schwarz-gelben Landesregierung geplanten Sparmaßnahmen in Niedersachsen soll Geld zur Museumserweiterung verspätet fließen. Und es gibt auch schon Beispiele, dass der Investitionshype für die Stahl- und Betonmanifestation von Kultur hier und da gestoppt werden konnte. Die Pläne für den Bau eines Beethoven-Festspielhauses in Bonn werden vorläufig nicht weiterverfolgt. »Die wirtschaftliche Situation der Stadt Bonn verlangt derzeit andere Prioritäten«, hieß es am 22.4.2010 in einer Erklärung von Stadt, *Post*, *Telekom* und *Postbank*. Die drei Unternehmen hatten angeboten, den Bau des Festspielhauses mit rund 75 Millionen Euro zu finanzieren. In der Diskussion war ein Entwurf der Architekten um Zaha Hadid. Damit dürfte auch die 1959 erbaute Bonner *Beethovenhalle* von Siegfried Wolske, die für das Festspielhaus hätte weichen sollen, vorerst gerettet sein. Gegen den Abriss hatten sich heftige Bürgerproteste formiert. In Köln hat ein Bürgerbegehren den Abriss des aus derselben Zeit stammenden Schauspielhauses verhindert.

Kultur als Kürzungspotential

Was haben sie gestritten, damals in der Föderalismuskommission. Schließlich haben sich Bund und Länder darauf geeinigt, dass Kultur Sache der Kommunen ist und bleibt. Und nun? Nur kurze Zeit später gehen die Städte ihrem Stadttheater an den Kragen, werden Stadtteilbibliotheken geschlossen und Kulturetats gekürzt. Dagegen scheint es zu einem festen Ritual zu gehören, die jährliche frohe Botschaft aus dem Hause des Kulturstaatsministers in der Hauptstadt zu vernehmen: Plus 1,5 Prozent! 2010 steigen nämlich die Mittel für die Bundeskultur um weitere 17 Millionen Euro. Außerdem gibt es für kulturelle Sanierungsmaßnahmen 30 Millionen aus dem Konjunkturpaket, und auch aus dem 400 Millionen schweren »Sonderinvestitionsprogramm Kultur« sprudelt es segenstiftend zum Beispiel für preußische Schlösser und Weimarer Klassikstätten. Bernd Neumann nennt das mutig ein Zeichen gegen die Krise und empfiehlt den Kommunen, ihm nachzueifern. Das ist allerdings blanker Zynismus. Denn die gleiche Bundesregierung stranguliert mit einem so genannten Wachstumsbeschleunigungsgesetz Städte und Gemeinden. Die Steuerreform zugunsten von Hoteliers, Erben und Unternehmen wird auf Kosten der völlig überschuldeten Kommunen finanziert. 1,6 Milliarden Euro stehen den Städten in diesem Jahr weniger zur Verfügung. Die müssen nun zusätzlich eingespart werden, obwohl viele Gebietskörperschaften angesichts von Einnahmeausfällen und sozialen Mehrausgaben längst vor dem Kollaps stehen. Kultur als freiwillige Leistung wird als erstes Kürzungspotential ausgemacht. »Die Rezession hinterlässt ihre Kollateralschäden in der Kultur«, schreibt die *Süddeutsche Zeitung* am 9.1.2010; von »Kulturabbaugesetz« berichtet das *ZDF* in der Magazinsendung »aspekte« vom 15.1.2010, in der auch der Geschäftsführer des *Deutschen Kulturrates* Alarm schlägt und von einem »Spar-Tsunami« spricht, der auf das Land zurolle und einen flächendeckenden Niedergang zur Folge habe.

Bei so viel Apokalypse sind die Rettungspläne schnell der verängstigten Öffentlichkeit mitgeteilt. Ein »Nothilfefonds« soll es richten, ein Bündnis des Bundes mit der Kultur; denn geben ist seliger als nehmen. Und wer Banken mit Milliarden rettet, darf die Kultur nicht im Regen stehen lassen. Eine schöne Idee von Olaf Zimmermann. Aber wer zahlt Zweitausendelf? Und wie, bitte schön, soll das Geld in den Gemeinden verwendet werden? Ein Fass ohne Boden! Da klingt die Kölner Initiative doch wesentlich konkreter: Hilfe durch Selbsthilfe! Eine »Kulturabgabe« soll der sichere Anker am Rhein sein. Die gerade erst subventionierte Übernachtungsbranche muss löhnen und darf fünf Prozent jedes Netto-Übernachtungspreises an die Stadt zahlen, die diese Mittel für kulturelle Zwecke nutzen will. Denn die Gäste der Stadt kommen doch wegen der kulturellen Infrastruktur. Und so kann man dann auch die Eintrittspreise für Museen und Theater niedrig halten. Man holt sich das Geld eben auf Umwegen.

Konzepte als Krisenmanagement

Nach wie vor gilt es aber, zukunftsorientierte Konzepte dem kulturpolitischen Krisenmanagement an die Hand zu geben. Denn selbst die kommunale Lobby kommt mittlerweile zur Erkenntnis, »dass durch den geringen Anteil der Kulturetats an den Gesamtausgaben nur geringe Haushaltseffekte zu erreichen sind, bereits geringfügige Kürzungen aber häufig zu irreparablen Schäden in der kulturellen Infrastruktur führen«, wie Klaus Hebborn in den *Kulturpolitischen Mitteilungen* (Nr. 128) zum Besten gibt. Der Kulturdezernent des *Deutschen Städtetages* denkt deshalb auch über Kooperationen, Fusionen und sogar über den – wenn auch »behutsamen« – Umbau der kommunalen Kulturpolitik nach und sieht neue Strukturen als notwendig an. Wo er Recht hat, hat er Recht! Der *SPD*-Kulturpolitiker, MdB und sein ehemaliger Kollege aus der Stadtverwaltung, Siegmund Ehrmann, sekundiert diese Ansicht. Über *dpa* war am 14.12.2009 zu erfahren, dass die öffentliche Kulturfinanzierung der kritischen Überprüfung bedarf. »Man muss doch öffentlich darüber streiten können, ob etwas und in welchem Umfang sinnvoll ist, zu welchem Ergebnis man dann auch immer kommen mag. Vielleicht kommt dabei ja auch eine Qualitätsverbesserung heraus.« Fördermodelle gehören in der Tat auf den Prüfstand, auch eine »Gewichtung der Förderungen« ist eine berechtigte Forderung. Und das muss ja auch wohl einmal zur Unzeit gesagt werden dürfen – trotz der Gefahr missverstanden zu werden.

Aber Kulturpolitik in Deutschland hat allzu viele Baustellen als dass man sich nur auf das Löcher stopfen beschränken sollte. Denn »Kultur für alle« scheint gescheitert, da es weiterhin nur die *Happy Few* sind, die regelmäßig am klassischen Kulturbetrieb teilhaben. Kulturpolitik ist vornehmlich eine Förderung der Infrastruktur geworden, die Institutionalisierung verbraucht alle Mittel, die den Projekten und prozessorientierten Programmen fehlen. Kulturpolitik ist eine Förderung von Kunst geblieben und sie kommt vor allem den Städten zugute. Verwaltung und Erhaltung, Objekte und Apparate verschlingen die jährlichen Milliarden, die über die Steuern der Bürger zur Verfügung stehen. Die Produktion steht im Vordergrund, die Rezeption kommt zu kurz, nur die Brosamen gehen in die kulturelle Bildung.

Ein *Circulus Vitiosus* prägt die Kulturpolitik: Kunst braucht Raum und manifestiert sich in äußerlichen Strukturen, für den »Innenausbau« mit Personal, für Projekte und Programme, also für die Frei-Räume bleibt dann kaum noch ein Budget; irrigerweise wird hier zuerst saniert, wenn die kommunalen Kassen klamm sind. So manches Museum hat keinen Anschaffungsetat mehr, so manches Theatergebäude steht leer, weil es an Personal fehlt, so manches Kulturzentrum lebt nur noch auf Kosten des Ehrenamtes. Und auf der anderen Seite existieren Institutionen, die dermaßen Personalstrukturen institutionalisieren, dass sie unflexibel, quer zu neuen Anforderungen der Kunst und gewissermaßen statisch in sich selbst wirken. Opern und Orchester beispielsweise sind die reformbedürftigsten Kulturbetriebe. Doch keiner wagt es, die Krise zu nutzen und diese umzustruktu-

rieren. Dies geschieht eher nebenbei. Nicht ausreichend genug in den Tankern, sondern meist durch das Beiboot, die alte Jolle oder das dümpelnden Wrack. Es sind die Alternativen in den Künsten, die die Alternativen erproben, es ist die freie Szene, die sich freier Strukturen bedient, es sind die neuen Bewegungen, die die alten Räumlichkeiten nutzen.

Die Umnutzung der Industriekultur als symbolischer Akt

Woher beziehen die Künste eigentlich ihre schöpferische Energie? Was sind die Determinanten des künstlerischen Schaffens, ein Suchen, ein Spiel, eine Eingebung? Wie kommt es zu den Sicht-, Denk- und Hörweisen der Künstler? Und wie ist es mit dem Publikum? Wird es mitgedacht? Ist es Teil des Prozesses, Teil des Projekts, Teil des Produkts? Das ist sicherlich auch eine Frage des Ortes! Kultur findet statt! Aber wo?

Soziokulturelle Zentren, Kultur- und Kommunikationszentren in früheren Industriegebäuden, so genannte »Kulturfabriken« haben seit Ende der sechziger Jahre die Kulturlandschaft und -politik der alten Bundesrepublik anhaltend beeinflusst und verändert. Die Motivation, leerstehende Fabrikgebäude für kulturelle Arbeit nutzbar zu machen, gründet sich jedoch nicht auf deren vermeintliche Praktikabilität und Eignung, sondern auf die Zeichenfunktion der Gebäude. Die Umnutzung von Industriekultur zu kulturellen Zwecken, und das ist die zentrale These, ist ein symbolischer Akt. Am Zeichenwandel der »Fabrik« in der Kulturarbeit lassen sich die unterschiedlichen Definitionen eines Kulturbegriffs in der Bundesrepublik ablesen. Die Kulturfabriken fungieren als eine Art Projektionsfläche und Medium für die verschiedenen Konzeptionen von Kultur. Sie heißen zum Beispiel in Frankfurt *Künstlerhaus Mousonturm*, *Bockenheimer Depot* und *Brotfabrik*, *Lagerhaus* in Bremen, *Lagerhalle* in Osnabrück, *Pumpe* und *Räucherei* in Kiel, *E-Werk* in Erlangen, *Schlachthof* in Kassel, *Spinnerei* in Bielefeld, *Kulturbrauerei* in Berlin, *Weberei* in Gütersloh, *Glasbläserhalle* in Völklingen oder programmatisch *FAUST* (*Fabrikumnutzung und Stadtteilkultur in Hannover*) und *Kulturfabrik* (in Hildesheim).

Alte Gewerbeflächen, stillgelegte Industriebauten, Eisenbahn- und Hafenanlagen sowie vernachlässigte Wohngebiete sind wegen ihrer veränderten Nutzungslogik ideale Übergangsräume für kulturelle Veranstaltungen und künstlerische Prozesse, sie bieten Freiräume für Experimente und stellen eine Alternative zur klassischen Kulturlandschaft dar.

Aber für was stehen sie im Einzelnen, die neuen Inhalte in alten Formen? Sind sie entstanden als gesellschaftspolitischer Gegenentwurf, als Modell für Stadterneuerung, als Ort individueller Reproduktion, als Gegenstand der Geschichtskultur, als Vermittler im kulturellen Umbruch, gelegentlich auch als neuer Wirtschaftsfaktor.

Wolfgang
Schneider

Leerstellen als Improvisationsräume der Künste

Eines von mittlerweile rund 700 identifizierten Industriekulturdenkmälern in der Region Rhein-Main ist die *Naxoshalle* an der Wittelsbacherallee, eine brachliegende, unter Denkmalschutz stehende und vom Verfall bedrohte Halle am östlichen Rande der Frankfurter City. Sinn und Unsinn solcher Industriehallen sind zum architektonischen Thema geworden, an dem sich immer wieder kontroverse Diskussionen entzünden: Diese städtischen Leerflächen, »blinden Flecken« einer Stadt, auch Sphären metropolen Lebens sind morbide Stadträume mit eigenem Charme und Potenzial. Zugleich wirken solche »Leerstellen« im Stadtraum als sperrige Provokation – nicht zuletzt, weil sie sich jeder Verwertbarkeit, jedem zweckrationalen Kalkül entziehen und die Suche nach den letzten Ressourcen vermarktbarer Bauplätze irritieren. Doch wie kann man auf Dauer adäquat mit der Authentizität des Ortes umgehen – zwischen Facelifting, »Hochglanz-Chic« und Kulisse? Einerseits schreit die innerstädtische Lage nach Sanierung und möglichst teurer Vermarktung, andererseits könnte sie als Verfallskunstwerk mit wechselnden Implantaten einen Improvisationsraum entwickeln: zum Laboratorium der Polis werden, Spiegel des ungefilterten städtischen Lebens.

Implantieren – das war ein Thema der bisherigen Arbeit von Willy Praml und seiner Truppe an diesem Ort, der Theaterarbeit, der Kulturarbeit, der Forschungsarbeit, der Stadt(teil)-Arbeit in den zurückliegenden Jahren: Industriearchäologie, erzählte Geschichte, Erforschung der Räume, Ausleuchtung der Ecken, Skaten in den Landschaften industrieller Umgebung, theatrale Führungen durch Raum und Zeit. »Bei allem wurde darauf geachtet, dass die Halle in der ihr eigenen, architektonischen und ästhetischen Aussage erhalten blieb – in ihrer räumlichen Wirkung, ihrer einzigartigen Aura, ihrem atmosphärischen Reiz des Bruchstückhaften. Und so hatte vieles, das hier stattfand, den Charakter der Improvisation. Übrigens auch hinsichtlich der Kosten – optimiert, denn Geld gab es nicht immer für alles und jedes. ›Das Denken entfaltet sich im Vorstellen‹, sagt Heidegger. Und so sind die hier bisher entwickelten Szenarien auch programmatisch zu nennen: Implantieren als Strategie zur Nutzung innerstädtischer Brachen«, heißt es im Katalog zur »Route der Industriekultur Rhein-Main«, herausgegeben von der *KulturRegion RheinMain* (Frankfurt am Main 2006: 124)

Interdisziplinäres Arbeiten dient als Nutzungs-Generator, fantasievoller Umgang mit Ort und Material war die Devise der künstlerischen Projekte. Über 15 Produktionen sind mittlerweile über die »Bühne« der *Naxoshalle* gegangen. Höhepunkt waren »Ariadnes Faden, Arthurs Schwester Marie & der ›ächte‹ Naxosdschungel«, eine Revue der bewegten 120-jährigen Geschichte des Industriearenals, mit authentischem Textmaterial, ein Stück Heimatgeschichte über Kapitalismus, proletarischer Bewegung und Zwangsarbeiten. Die *Naxoshalle* als Teil der Route der Industriekultur Rhein-Main ist aber auch ein Beispiel für die Reflektion von Kulturpolitik. Nach mehrjähriger Existenz, Erfahrung und Erfolg wird das Projekt institutionalisiert und Bestandteil der Frankfurter Kommunalpolitik. Oper und Städtische

Bühnen, Museumsufer und Literaturförderung werden zwar nicht neu vermessen, erhalten auch nicht weniger Mittel oder müssen sich gar grundlegend legitimieren, sie bekommen aber ein neues Familienmitglied, kulturpolitisch gewollt – zunächst ein Additivum, möglicherweise auch einmal integrativ und innovativ wirkend. Die Re-animation der Industriekultur kann also zur Re-form der Kulturpolitik beitragen. Sie hat in den letzten Jahrzehnten in Deutschland zumindest dazu beigetragen, ein neues Kulturarbeitsfeld zu erschließen, das im wesentlichen durch die Räume, die entdeckt, genutzt und umgenutzt wurden, geprägt war.

Kulturfabriken haben tatsächlich großen Einfluss auf die Kulturlandschaft ausgeübt, indem sie maßgeblich dazu beitrugen, den Kulturbegriff zu erweitern, heißt es bei Winkelmann. Diese Erweiterung bestand aus der Einbeziehung von Bevölkerungsschichten, die den kulturellen Veranstaltungen in Theater- und Opernhäusern, Museen oder Galerien fern standen, aus dem Interesse an deren alltagskulturellen Äußerungen und aus der Anregung zu kreativer Tätigkeit. Kommunikation und Interaktion kennzeichneten die Kulturfabriken gegenüber den Einrichtungen der sogenannten Hochkultur, bei denen keine Wechselwirkung zwischen Künstler und Publikum stattfand. »Auf künstlerischer Ebene wirkte die Arbeit der Kulturfabriken und der freien Szene auf die Arbeit der Einrichtungen der Hochkultur zurück. Theaterhäuser richteten Studio- und Werkstattbühnen für experimentelle Inszenierungen ein oder suchten für einzelne Inszenierungen oder Spielzeiten alternative Orte auf, um neue szenografische Möglichkeiten und Interaktionsmodelle auszuprobieren. Die Oper- und Schauspielhäuser wurden offener für die Zusammenarbeit mit bildenden Künstlern und Gastregisseuren, für neue Zielgruppen, wie beim Kinder- und Jugendtheater. Museen weiteten pädagogische Programme aus und vergrößerten durch Einzelaktivitäten zu bestimmten Ausstellungen oder durch die Einbindung von Ladengeschäften und gastronomischen Einrichtungen ihre Attraktivität. Auch mit spektakulären Museumsbauten und immer aufwendigeren Ausstellungsarchitekturen sollte der Besuch zu einem Erlebnis werden, das über die museale Darbietung hinausreichte. Bei Galerien und Museen für zeitgenössische Kunst häuften sich Ausstellungen mit Kunstwerken und Installationen, die auf den Raum Bezug nahmen. Bibliotheken erweiterten ihr Angebot auf weitere Medien und entwickelten sich so zu multimedialen Stadtteilmittelpunkten, und mit Bühnen für Lesungen und Kleinkunst konnte auch ein Veranstaltungsprogramm geboten werden. Die erfolgreichen Modelle der Umnutzung von Industriekultur, die allen Kunst- und Veranstaltungsformen offen standen, hatten bei bestehenden Kultureinrichtungen das Aufbrechen von Monostrukturalität und Einseitigkeit zugunsten von Interdisziplinarität und Austausch der Künste untereinander bewirkt.« (Winkelmann 2007: 217)

Brauchen wir eine Kulturpolitik der Übergangsräume?

Unabhängig von konkreten politischen Ausrichtungen, ästhetischen und künstlerischen Auffassungen, sozialen und emanzipatorischen Programmen hat die Nutzung alter Industriebauten das Verhältnis von Staat und ziviler Gesellschaft ausdifferenziert und das Selbstverständnis der Bürgerschaft befördert. Die Stärkung der Zivilgesellschaft kann als das alle Phasen und Konzeptionen verbindendes Resultat bezeichnet werden. Sie stellt wohl den wichtigsten Beitrag dar, den die Reanimation der Industriekultur zur kulturpolitischen Landschaft geleistet hat.

Das würdigt auch der Bericht der *Enquête-Kommission »Kultur in Deutschland« des Deutschen Bundestages*: »Künstler (insbesondere der freien Szene, der Soziokultur und der Subkultur) erschließen Stadtgebiete und Stadtteile, die häufig aus der traditionellen städtischen Nutzungslogik herausfallen. Alte Industrieflächen, vernachlässigte Wohngebiete, Eisenbahn- oder Hafenanlagen eignen sich besonders als multifunktionale Räumlichkeiten. Diese ›Übergangsräume‹ (›Transition Spaces‹) werden als Experimentierflächen entdeckt. Sie bieten den benötigten Freiraum für ungewöhnliche Projekte. … Im Idealfall füllen auch kleine Kultur- und Kreativwirtschaftsunternehmen die Lücken, die durch die Verlagerung der Industrie oder des Einzelhandels in städtisches Umland hinterlassen werden. Damit erneuern sie die Attraktivität der Quartiere und werten insgesamt das Image der Stadt auf. Dies wiederum kann sich positiv auf andere Wirtschaftszweige (wie Gastronomie und Tourismus) und auf das Wohnumfeld auswirken.« (www.bundestag.de, S. 537–538) Die *Enquête-Kommission* empfiehlt deshalb, insbesondere den Kommunen, Konzepte für die kulturelle und kultur- und kreativwirtschaftliche Nutzung zu entwickeln.

Vielleicht kann ja zunächst nur die Kunst außerhalb der klassischen Kulturtempel die Krux der infrastrukturellen Sackgassen in der Kulturpolitik beheben? Mit ihrer die Grenzen von Sinn, Zweck und Bedeutung auflösenden Kraft? Mit ihrem Möglichkeitssinn, leere Räume schwingen zu lassen, Infrastruktur immer wieder neu zu kompilieren, ungewohnte Wege und ungewöhnliche Bewegungen zu entfalten? Entscheiden ist derzeit die Beweglichkeit von Kulturpolitik! Entscheidend ist die Bewegung der Künstler und Kulturvermittler! Nur in der Bewegung entsteht Dialog! Mit den Räumen, mit den Rahmungen, mit Rahmenbedingungen geht es gegen die normative Kraft des Faktischen. Eine Bewegung, wie sie auch Willi Decker, Intendant der *Ruhrtriennale*, beschreibt: »Die Räume unseres Festivals scheinen ohne Bewegung zu sein, stehen leer und starr, ohne Zweck, in vermeintlich endgültiger Stagnation und Leblosigkeit. Aber es gibt einen Atem in diesen gigantischen Hallen, ein Flüstern, ein leises Fragen nach einem Sinn dessen, was hier war, was ist und was sein wird. Die Hallen ziehen uns in ihre Stille hinein, in eine vibrierende Leere, die einen weiten zweckfreien Raum zur Verfügung stellt, der mit seiner Offenheit – wirklich den Kathedralen ähnlich – in uns den Platz schafft, an dem wir grundlegende Fragen unseres Lebens wieder neu stellen können.« (Programmheft, S. 22) Was war kulturpolitisch, was ist und was

wird sein? Ja, selbst die sogenannte Hochkultur stellt diese Fragen und begibt sich raus aus den Kathedralen, nutzt das Alte für das Neue. Ein schöner Beleg dafür, dass sich kulturpolitisch etwas bewegt. Fragt sich nur mit welchem Mut zur nachhaltigen strukturellen Veränderung?

Winkelmann, Arne (2007): *Kulturfabriken. Zeichenwandel der Fabrik in der freien Kulturarbeit*, Berlin

Deutscher Bundestag: *Schlussbericht der Enquete-Kommission »Kultur in Deutschland«*, Berlin: BT-Drucksache 16/7000

Patrick S. Föhl

Kooperationen und Fusionen von öffentlichen Theatern

Entwicklung oder Abwicklung kultureller Infrastruktur?

Herausforderungen und Zusammenarbeit im Kulturbereich

»Kooperieren. Oder verlieren«, so lautet der Titel der Juli-Ausgabe 2010 des Wirtschaftsmagazins *brand eins* zum Schwerpunkt Beziehungswirtschaft. Damit wird eine Entwicklung und Diskussion angesprochen, die sich durch alle Branchen und Sektoren zieht. Privaten wie öffentlichen Betrieben fällt es in einer sich rasant verändernden Umwelt augenscheinlich zunehmend schwerer alleine zu bestehen.

Mit einer Zusammenarbeit sind konkrete Motive und Ziele verknüpft. Kooperationen und Fusionen sollen eine effizientere und effektivere oder gar kreativere Erfüllung spezifischer Ziele der beteiligten Einrichtungen bewirken. Durch einen gemeinsamen oder geteilten Ressourceneinsatz sollen Angebote erhalten, ausgetauscht, entwickelt oder erst ermöglicht werden. Ein weiteres entscheidendes Merkmal von Zusammenarbeit ist, dass der vermutete Zielerreichungsgrad, zum Beispiel künstlerischer oder finanzieller Art, höher liegt als bei einer allein durchgeführten Umsetzung von Projekten und Maßnahmen. Dabei können die Formen der Zusammenarbeit in die Hauptkategorien *Kooperation* und *Fusion* unterteilt werden, die sich durch ihre unterschiedlichen Integrationsgrade differenzieren lassen. (Vgl. vertiefend Föhl 2011)

Das Kombinieren und Teilen von Wissen, Fähigkeiten und Ressourcen nimmt auch im Kulturbereich einen wachsenden Stellenwert ein. Gegenwärtig kommt kaum noch ein Beitrag zum Kulturmanagement oder zur Kulturpolitik ohne die Begriffe *Kooperation* und *Governance* – sowie mitunter auch der *Fusion* – aus. Neben anderen Ansätzen im Kulturmanagement (vgl. exemplarisch Klein 2008) scheint Zusammenarbeit zu einer Schlüsselmaßnahme in Zeiten der Finanzkrise, hybri-

der Publikumswünsche und -interessen, demografischer Verwerfungen und anderer Herausforderungen zu avancieren. Wie sonst ließe sich erklären, dass die von Haus aus nach künstlerischer und kultureller Autonomie strebenden Kultureinrichtungen zunehmend ihre Bereitschaft zeigen, Entscheidungsautonomie abzugeben oder zu teilen (vgl. exemplarisch Föhl/Neisener 2009).

Dies trifft besonders auf die öffentlichen Theater zu, die überwiegend darauf ausgelegt sind einen möglichst großen Anteil einer Produktion in Eigenleistung zu erbringen und bei denen eine individuelle – tendenziell innenzentrierte – künstlerische Profilierung im Mittelpunkt steht. Beides Punkte, die die Theater aufgrund von Tarif- und Kostensteigerungen sowie erodierender Publikumssegmente und -interessen in zunehmendem Maße unter finanziellen sowie reformkonzeptionellen Druck setzen. (Vgl. vertiefend Wagner 2004) Gleichzeitig sind die öffentlichen Theater diejenigen Kultureinrichtungen, die den jährlich größten Anteil öffentlicher Kulturförderung beanspruchen und wie keine andere Kultursparte eine bürgerliche Kultur repräsentieren, durch die sie sich nach wie vor legitimieren. Ohne Zweifel stehen sie jedoch zugleich vor einem Wendepunkt in ihrer Entwicklung und die Theater benötigen künftig besser ausgerichtete strategische Konzepte und eine Neuorientierung, um ihren Fortbestand zu sichern. Denn unter anderem spricht die zunehmende Abwicklung einzelner Theatersparten dafür, dass auf den lange vertrauten Bestandsschutz, dass »Theater sein muss«, im Rahmen des so genannten *Rechtfertigungskonsenses* (vgl. Schulze 2005) nicht länger gebaut werden kann.

Öffentliche Theater sind das Sinnbild einer durch Kommunen oder Länder getragenen kulturellen Infrastruktur und deswegen besonders geeignet der Frage nachzugehen, ob Kooperationen und Fusionen einen Beitrag zu ihrer strategischen Entwicklung leisten können oder nur reine Instrumente für den systematischen Abbau kultureller Infrastruktur darstellen? Zur Beantwortung dieser Frage wird im Folgenden auf Ergebnisse einer Studie zurückgegriffen, die diesen Themenkomplex für die horizontale Zusammenarbeit zwischen öffentlichen Theatern erstmals theoretisch aufgearbeitet und empirisch verdichtet hat.[1]

Entwicklung oder Abwicklung kultureller Infrastruktur?

Mit den Themen *Kooperation* und insbesondere *Fusion* sind im öffentlichen Theaterbereich – noch vor den oben benannten Potenzialen – zunächst einmal vielfältige Ängste verbunden. Neben dem Abbau von kultureller Infrastruktur sind künstlerische Gleichschaltung oder unproduktive Verschmelzungen von Werkstätten gängige Vorurteile. Beispiele wie die gescheiterte Fusion zwischen dem *Musiktheater im Revier* und den *Wuppertaler Bühnen* (*Schillertheater NRW*) scheinen

1 Im Rahmen der Doktorarbeit »Kooperationen und Fusionen von öffentlichen Theatern«, die am *Institut für Kulturmanagement* in Ludwigsburg entstanden ist und die im *Verlag für Sozialwissenschaften* erscheint, wurden eingehende Analysen von veröffentlichten sowie unveröffentlichten Quellen, zehn narrative und fünfzehn leitfadengestützte Interviews mit Akteuren aus dem öffentlichen Theaterbereich und dessen Umfeld sowie acht Fallstudien und eine schriftliche Fragebogenerhebung in der Spielzeit 2006/2007 unter damals allen 143 öffentlichen Theatern in Deutschland (Netto-Rücklauf: 50,05 Prozent) durchgeführt (vgl. Föhl 2011).

diese Vorurteile realiter zu bestätigen. Allerdings greift der Blick auf Negativbeispiele und die mit Leichtigkeit entfachbaren Ängste gegenüber einer Zusammenarbeit – also dem Verlust von Identität und Autonomie – zu kurz. Vielfach wurden in umfangreichem Ausmaß – vor allem seit dem 19. Jahrhundert – Kooperationen und Fusionen im Theaterbereich durchgeführt und zu groß ist der gegenwärtige Anteil von öffentlichen Theatern, die kooperieren oder gar fusioniert haben, als dass ein einseitiger Blick genügen könnte, diese Maßnahmen pauschal zu bewerten und zu beschreiben. Inzwischen sind fast zehn Prozent der öffentlichen Theater Fusionshäuser und horizontale Kooperationen haben seit der Jahrtausendwende stark zugenommen.

Doch auch hier könnte das Argument heißen – was in vielen Fällen sicherlich zutrifft –, dass dies Maßnahmen sind, die der bloßen finanziellen Not gehorchen. Eines steht fest, Fusionen werden nur durchgeführt, wenn keine andere Maßnahme mehr greift. So stehen bei den 14 Theatern, die in der schriftlichen Befragung für Fusionen und Teilfusionen geantwortet haben, »Sparzwänge« auf einer Skala von eins für »kein Auslöser« bis fünf »sehr wichtiger Auslöser« fast an erster Stelle (N = 14, Mean 4,50, SD 0,650). Wichtiger wird nur noch der Auslöser »Vorgabe der Kommune« bewertet (N = 10, Mean 4,80, SD 0,422).[2] Diese Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache, sind sie doch Beleg für die Sparorientierung von Fusionen und dafür, dass die Kulturpolitik diese von oben nach unten verordnet. Also auf den ersten Blick keine gute Ausgangsposition für die Gestaltung und Entwicklung von öffentlichen Theatern. Bei Kooperationen fällt diese Einschätzung anders aus, eröffnen sie durch ihre verschiedenen Integrationstiefen (zum Beispiel AG zu inhaltlichen/terminlichen Absprachen bis hin zum Betrieb gemeinsamer Geschäftseinheiten) zahlreiche Gestaltungsmöglichkeiten und sie können deshalb auch keinem Auslöser ausschließlich beziehungsweise tendenziell zugeordnet werden.

War der erste Blick eher von Problemen und Risiken behaftet, eröffnen sich auf den zweiten Blick aber auch die Potenziale von Kooperationen und Fusionen. So belegt beispielsweise das *Theater Krefeld-Mönchengladbach*, dass, trotz aller vergangenen und gegenwärtigen Schwierigkeiten der kommunalen Zusammenarbeit, das Positive im Vordergrund steht. So konnte in den vergangenen 60 Jahren durch geschicktes Disponieren und Austarieren ein Theaterangebot für die Kommunen vor Ort aufrecht erhalten werden, welches ohne die Theaterfusion nicht mehr existieren würde und welches sich auch künstlerisch weiterentwickelt hat. Aber das schlagende Argument genauer hinzuschauen liefern die Theater im Rahmen der besagten empirischen Untersuchung: Sie zeigen sich überwiegend zufrieden mit ihrer Zusammenarbeit. So sind 58 Prozent der schriftlich befragten Kooperations- und (Teil-)Fusionstheater »eher zufrieden« mit ihrer Zusammenarbeit. 18 Prozent sind

2 M = Mean (Mittelwert). Im vorliegenden Fall stellt der Mittelwert den Quotient aus der Summe aller beobachteten Werte und der Anzahl der Werte dar (arithmetisches Mittel). SD = standard deviation (Standardabweichung). Die Standardabweichung ist ein Maß für die Streubreite der Werte eines Merkmals rund um den Mittelwert (arithmetisches Mittel), also die durchschnittliche Entfernung aller gemessenen Ausprägungen eines Merkmals vom Mittelwert beziehungsweise Durchschnitt.

sogar »sehr zufrieden« und 21 Prozent stehen ihrer Zusammenarbeit »neutral« gegenüber. Lediglich drei Prozent sind »eher unzufrieden« (gesamt N = 38). Dieses Ergebnis steht dem Image von Zusammenarbeitsmaßnahmen, insbesondere von Fusionen, in der Öffentlichkeit diametral gegenüber. Gleichfalls verrät der Blick auf die mit einer Zusammenarbeit angestrebten Ziele, dass weit diese über reine Sparziele hinausgehen. So wurde beispielsweise von vielen Kooperations- und (Teil-) Fusionstheatern (gesamt N = 39) in der schriftlichen Befragung angegeben, dass sie mit ihrer Zusammenarbeit auch die »Erweiterung/ Ergänzung des Leistungsangebotes« (88,9 %, N = 32), die »Steigerung der Publikumszahlen« (80,0 %, N = 28) oder unter anderem »künstlerische Synergien allgemein« (71,4 Prozent, N = 25) anstreben.

Diese Ergebnisse rücken Kooperationen und Fusionen von öffentlichen Theatern in ein neues Licht, ist doch zunächst festzustellen, dass es kein klares *oder* zwischen Entwicklung und Abwicklung zu geben scheint. Vielmehr wird ersichtlich, dass insbesondere Fusionen ein schlechtes Image genießen, aber in der Praxis überwiegend Zufriedenheit erzeugen und auch Ziele angestrebt und mitunter erreicht werden, die über die reine Abwicklung von kultureller Infrastruktur hinausgehen. Die Frage ist also, warum Kooperationen und vor allem Fusionen häufig kritisch gesehen oder synonym für den Abbau von Theaterstruktur verwendet werden? Hier ist sicherlich an erster Stelle der nach wie vor von Seiten der öffentlichen Theater angestrebte *Bestandsschutz* zu benennen. Auch wenn sich unumkehrbar abzeichnet, dass sich Theater verändern, verkleinern und an neue Umweltbedingungen anpassen müssen, so wird zunächst eine intensive Zusammenarbeit überwiegend kategorisch abgelehnt; und das trotz positiver Beispiele beziehungsweise trotz grundsätzlich umfangreicher Entwicklungspotenziale, die Kooperationen und Fusionen bieten, vor allem dann, wenn man sie als Alternative zu Spartenschließungen oder ähnlichem reflektiert und anwendet.

Darüber hinaus greifen Kooperationen und Fusionen wie keine andere Maßnahme in die Struktur und die Autonomie der Theatereinrichtungen ein. Sie verlangen Absprachen, Kompromisse sowie Transparenz und erzeugen damit vorab die verständliche Angst vor Veränderungen. Der schwerwiegendste Grund – das hat zumindest die Untersuchung ergeben – liegt allerdings in ihrer unprofessionellen Anwendung und einem grundsätzlichen Strategiedefizit seitens der Kulturpolitik und der öffentlichen Theater, auf das im Folgenden eingegangen werden soll.

Strategiedefizit

Nicht selten wurden und werden Fusionen von Seiten der Kulturpolitik oktroyiert und ausschließlich – der Legislaturperiode angepasst – auf kurzfristige Einsparungen ausgerichtet. Nicht selten wurden und werden die Grundregeln – zum Beispiel intensive Kommunikation und eine profunde Vorplanung – der Zusammenarbeit aufgrund mangelnden Wissens nicht eingehalten. Folgendes Zitat aus einem der leitfadengestützten Experteninterviews mit einem Theatergeschäftsführer steht hierfür exemplarisch:

»Hätten wir im Vorhinein genauer hingeschaut, hätten wir uns die Zusammenarbeit nicht sparen können, aber wir hätten einiges von Anfang an anders machen beziehungsweise wissen können. Ich meine damit Infrastrukturelles, aber auch den analytischen Blick auf das Publikum und die Mitarbeiter der Theater, die lokalen Eigenschaften der Trägerkommunen und so weiter.«

In vielen Fällen degeneriert die Zusammenarbeit dann tatsächlich zur reinen Maßnahme des Infrastrukturabbaus und der Vernichtung künstlerischer Werte. Damit werden folglich die Entwicklungspotenziale von Zusammenarbeit und die zahlreichen Theater, die mit ihrer Zusammenarbeit zufrieden sind, – vor allem auch medial – überschattet. Es konnte empirisch verdichtet werden, dass Kooperationen und Fusionen häufig als eher operative Maßnahmen eingesetzt und damit Wirkungspotenziale nicht immer voll ausgeschöpft werden. Hier liegt von Seiten der Theater als auch der Kulturpolitik das besagte Strategiedefizit vor, wie es Klein dem öffentlichen Kulturbereich generell attestiert. (Vgl. Klein 2008) Darüber hinaus einigt man sich anscheinend stets schneller auf die Beseitigung eines eingetretenen Mangels als auf die Nutzung einer Chance oder ein strategisches Vorbeugen bereits sichtbarer Risiken.

Sorgfaltspflicht

Aus den obigen Feststellungen ergibt sich im Kern eine Sorgfaltspflicht von Seiten der Kulturpolitik wie seitens der öffentlichen Theater – im Sinne eines der Öffentlichkeit verpflichteten Vorgehens – Kooperationen und Fusionen behutsamer und vor allem strategischer zu entwickeln. Hierzu gehört eine belastbare Planung und Analyse – um den Weg zu ebnen oder eine Zusammenarbeit auszuschließen – ebenso wie ein machbares Konzept und ein professionelles sowie zielorientiertes Projektmanagement, das die weichen Faktoren gleichermaßen berücksichtigt, wie die harten Faktoren. So können kompatible Bühnenmaße und geringe Entfernungen ebenso Machbarkeitskriterien darstellen, wie die Möglichkeiten des Zusammenwachsens der künstlerischen Konzepte und der Mitarbeiter. Dass gerade letztgenannte Aspekte bislang sträflich vernachlässigt wurden, zeigt die Auswertung zahlreicher Gutachten, die vor Kooperationen und Fusionen zwischen öffentlichen Theatern angefertigt wurden, und die ausschließlich harte Faktoren – wie Einsparungen durch Personalabbau oder die Zusammenlegung von Werkstätten – zum Inhalt hatten. So wichtig diese Fragen sind, so kurzsichtig ist die Ignoranz, die weichen und vor allem die kulturellen sowie künstlerischen Faktoren nicht ausreichend zu berücksichtigen. Ein Fallbeispiel ist der *Theater- und Konzertverbund des Landes Brandenburg*, der in den vergangenen zehn Jahren den Erhalt von öffentlicher Theaterkultur – vor allem in Brandenburg an der Havel und Frankfurt an der Oder – ermöglicht hat, von den Akteuren überwiegend positiv bewertet wird, aber dennoch eine Fülle von Problemen mit sich bringt, die bereits im Vorhinein hätten eruiert werden können. So wird innerhalb dieses Verbundes unter anderem moniert, dass vor der Etablierung nicht bedacht wurde, dass in den drei Verbunds-

tädten völlig unterschiedliche Publikumszielgruppen vorhanden sind. Beispielsweise werden die Gastspiele des *Hans Otto Theaters* aus Potsdam, die das Theater in Brandenburg/Havel laut Verbundvertrag abnehmen muss, eher schlecht von der dortigen Bevölkerung angenommen. Dies wird darauf zurückgeführt, dass die Bevölkerung einerseits nach wie vor um ihr Schauspiel, das geschlossen wurde, trauert und deshalb einen *Ersatz* ablehnt, und andererseits, dass die Potsdamer Produktionen – die vor allem das Potsdamer Bürgertum anvisieren – als zu modern empfunden werden und den Publikumsgeschmack der traditionellen Arbeiterstadt nicht treffen.

Das heißt, während in der Privatwirtschaft bei Kooperationen und Fusionen vor allem der *Shareholder Value* und *wettbewerbsorientierte Entscheidungen* im Mittelpunkt stehen, so muss im Falle von öffentlichen Theatern zusätzlich beachtet werden, dass diese einen öffentlichen und künstlerischen Auftrag umzusetzen haben, da sie an der Schnittstelle zwischen Markt und Staat agieren. Neben den steigenden Anforderungen an das *Unternehmen* öffentliches Theater als Akteur auf dem umkämpften Kultur- und Freizeitmarkt sind der kulturpolitische, gesellschaftliche sowie künstlerische Auftrag leitende Elemente der Theaterarbeit. Daraus resultieren entsprechende An- und Herausforderungen wie zum Beispiel die Einbindung von verschiedenen Interessengruppen (Bürger, Politik und Mitarbeiter) in den Veränderungsprozess und der bedachte Umgang mit künstlerischen Inhalten bei der Zusammenarbeit.

Inhaltliche und strukturelle Entwicklung öffentlicher Theaterstrukturen

Die bisherigen Aussagen verdeutlichen, dass in der Zusammenarbeit nicht automatisch alles besser wird. Kooperationen und Fusionen sind kein Allheilmittel und können bei falscher Anwendung kulturelle Werte beschädigen beziehungsweise als »Werkzeug« weitgehend wirkungslos bleiben bei gleichzeitig hohen Aufwendungen. Aber es gilt nach wie vor, wie bereits 1997 von Armin Klein formuliert: »Das öffentliche Theater muss sich ändern, um zu bleiben.« (Klein 1997: 105) Das gilt heute mehr denn je. Diese Neuorientierung betrifft eine größere Besucherorientierung und ernsthafte Angebote im Bereich der kulturellen Bildung ebenso, wie die Erschließung neuer Finanzierungsquellen und effizientere Betriebsstrukturen. Neben vielen weiteren Maßnahmen die hierfür in Frage kommen (vgl. Röper 2001), zählen zweifelsohne verstärkte Kooperationen der Theater zu den wichtigen Strategien. Sie haben den Vorteil, dass sie je nach Zielrichtung inhaltliche beziehungsweise künstlerische – beispielsweise im Rahmen einer Koproduktion – und/oder strukturelle Ziele – wie zum Beispiel der gemeinsame Betrieb einer Sparte – zum Inhalt haben können, wobei diese immer in interdependenten Austauschbeziehungen stehen und sich gegenseitig bedingen. Dasselbe gilt auch für Fusionen. Auch wenn mit diesen primär Einsparungen verfolgt werden, so kommt durch Fusionen vieles in Bewegung und es bieten sich Möglichkeiten, auch künstlerisch neue Wege zu gehen oder andere, lang vernachlässigte *Baustellen* anzugehen.

In der besagten Untersuchung konnte nachgewiesen werden, dass Kooperationen und vor allem Fusionen dann gelingen können, wenn sie von den Theaterschaffenden selbst initiiert und oder zumindest gewollt werden – was entsprechende Kommunikations- und Integrationsleistungen von Seiten der Kulturpolitik voraussetzt –, wenn zudem künstlerisch-ästhetische Zielstellungen verfolgt werden und diese strategisch ausgerichtet sind. Gerade unter dem Aspekt fallender Besucherzahlen und stagnierender bis sinkender Budgets bei steigenden Kosten (*Baumolsche Kostenkrankheit*) lohnt es sich, verstärkt über Kooperationen und Fusionen nachzudenken.

Dass sich diese Aufgabe keineswegs einfach gestaltet, soll und kann hier nicht verschwiegen werden. Die Anforderungen sind komplex, umfangreich und interdisziplinär. Für das Kooperations- und Fusionsmanagement zwischen öffentlichen Theatern spielen betriebswirtschaftliche Aspekte ebenso eine Rolle wie psychologische oder künstlerische Fragen. Dass diese Multikriterien-Aufgabe nicht ohne weiteres mit den vorhandenen Denk- und Arbeitsweisen im öffentlichen Theaterbetrieb zu lösen ist, ist kaum erstaunlich. Das öffentliche Theater steht – wie dargestellt – vor einem Paradigmenwechsel, der ohne jeden Zweifel neue und große Herausforderungen an die Theaterschaffenden stellt. Die Aufgaben, denen sich vor allem die Theater, die bereits unter großem Handlungsdruck stehen zusehends annehmen – und annehmen müssen –, sind und bleiben immens. Doch die Herausforderungen und möglichen Risiken (zum Beispiel Schließung oder weiterer Verlust an gesellschaftlichem Rückhalt des öffentlichen Theaters) sind auf der anderen Seite evident und zugleich liegen zahlreiche Lösungsangebote vor, die teils mehr, teils weniger erprobt sind, aber in jedem Fall höhere Existenzsicherung versprechen, als ein starres Festhalten am Status quo.

Es stellt sich doch die Frage, ob jede Bühne wirklich alles selbst machen muss und ob sich eine strategische sowie konzeptionell belastbare Strukturentwicklung – also auch durchaus der Abbau von kulturellen Infrastrukturen – mittels Zusammenarbeit künftig nicht mehr Potenziale bietet, als Sparten- oder Theaterschließungen abzuwarten und damit vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden. Das heißt, der Abbau kultureller Infrastruktur wird sich nicht immer vermeiden lassen, aber er ist gestaltbar, wenn er mit adäquaten und sinnhaften Maßnahmen bestritten wird und damit auch dem bloßen Sparen als Politikersatz etwas entgegengesetzt werden kann. Bestes Beispiel dafür sind Spartenfusionen, die schon einigen Theatern insbesondere die Tanztheatersparte erhalten haben oder der geordnete und kooperative Spartenaustausch nach Spartenabbau, um die abgewickelte Sparte nach wie vor in den jeweiligen Theaterstädten regelmäßig – und mit kalkulierbaren Kosten – anbieten zu können. Ohne Frage können hier mitunter lieb gewonnene lokale Traditionen verloren gehen und gelegentlich wird eine Reduzierung des quantitativen Outputs von Theaterkunst die Folge sein. Andererseits wird aber beispielsweise durch Zusammenarbeit nicht selten die Aufführungsanzahl der Produktionen erhöht und damit wieder mehr Legitimation für diese erzeugt, was wiederum zu deren Existenzsicherung beiträgt, wenn die Kul-

turpolitik dies – was leider nicht immer der Fall ist – zu würdigen weiß. Das schlagende Argument ist allerdings, dass bei gut vorbereiteten und passfähigen Kooperationen und Fusionen – so ein Großteil der interviewten Experten – auch etwas Neues entsteht. Die Akteure lernen voneinander und gehen mitunter gemeinsam neue künstlerische Wege, die tradierte Pfade verlassen und dabei dennoch auf den jeweiligen Stärken und Traditionen der Häuser aufbauen. Wenn man über die horizontale Zusammenarbeit zwischen Theatern hinausdenkt, bieten Kooperationen auch die Möglichkeit, wieder näher an die Gesamtgesellschaft heranzurücken. Hier sei zum Beispiel an die Zusammenarbeit mit Schulen ebenso gedacht, wie an verstärkte Kooperationen mit der Freien Szene. Genügend Gründe also, um sich mit Kooperationen und Fusionen zu beschäftigen, um kulturelle Infrastruktur aktiv – wenn mitunter auch schmerzhaft, aber unabwendbar – weiterzuentwickeln, anstatt diese dem konzeptlosen Abbau preiszugeben.

Literatur

Föhl, Patrick S. (2011): *Kooperationen und Fusionen von öffentlichen Theatern. Grundlagen, empirische Untersuchungen, Handlungsempfehlungen,* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (im Erscheinen)

Föhl, Patrick S./Neisener, Iken (Hrsg.) (2009): *Regionale Kooperationen im Kulturbereich. Theoretische Grundlagen und Praxisbeispiele*, Bielefeld: transcript

Klein, Armin (2008): *Der exzellente Kulturbetrieb*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (2. Aufl.)

Klein, Armin (1997): »Macht Theater Gewinn?«, in: Heinrichs, Werner (Hrsg.): *Macht Kultur Gewinn? Kulturbetriebe zwischen Nutzen und Profit*, Baden Baden: Nomos, S. 105–121

Röper, Henning (2001): *Handbuch Theatermanagement: Betriebsführung, Finanzen, Legitimation und Alternativmodelle*, Köln/Weimar/Wien: Böhlau

Schulze, Gerhard (2005): *Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart*, Frankfurt/Main/New York: Campus (2. Aufl.)

Wagner, Bernd (Hrsg.) (2004): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2004. Thema: Theaterdebatte*, Essen/Bonn: Klartext/Kulturpolitische Gesellschaft

WOLFGANG ZACHARIAS

Aktualität und Ambivalenz Kultureller Bildung 2.0

Von Modellen zu Strukturen

Die vernetzte kultur- und bildungspolitische Konjunktur kultureller Bildung ist evident. Einleitend und gerade zu gebetsmühlenhaft ist hier immer wieder der Schlussbericht der *Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages »Kultur in Deutschland«* zu zitieren, Kapitel 6 »Kulturelle Bildung« und mit der einleitenden Setzung »Das Konzept lebenslangen Lernens.« Dort heißt es: »Es besteht zwar eine ausgebaute Infrastruktur kultureller Bildung ... Dennoch klaffen Sonntagsreden und Alltagshandeln dabei fast nirgendwo so eklatant auseinander wie in der kulturellen Bildung. Führende Akteure aus allen Gesellschaftsbereichen zögern nicht, sich immer wieder zu der Bedeutung der kulturellen Bildung für den Einzelnen und die Gesellschaft insgesamt zu bekennen, konkrete Folgen für die Praxis der kulturellen Bildung bleiben hingegen immer noch zu häufig aus.« (Deutscher Bundestag 2007: 565)

Panorama Kulturelle Bildung im Blick zurück

Aktualitätsnachweise Kultureller Bildung in Theorie und Praxis gibt es jede Menge. Und es gibt auch solide Herkunftsbezeichnungen etwa als »Musisch-kulturelle Bildung« (vgl. Bund-Länder-Kommission 1977), als »Jugendkulturarbeit« (vgl. BKJ 1983), als »Kinder- und Jugendkultur« (vgl. Kulturpolitische Gesellschaft 1986), als »Konzeption Kulturelle Bildung« (zum Beispiel Deutscher Kulturrat 1994) mit Vorlauf 1988 und mit Fortschreibungen 2005 und 2009. Auch als »Kulturpädagogik« ist das Feld identifiziert und zugespitzt beziehungsweise verallgemeinert immer wieder als »künstlerische« und/oder »ästhetische Erziehung/Bildung« (vgl. Fuchs 1994, Zacharias 2001). Zu erinnern ist zudem an den für die föderale

Ebene eigentlich heute noch einmaligen und beispielhaften Bericht »Kinder- und Jugendkulturarbeit in Nordrhein-Westfalen« (MAGS u. a 1994). In einem erweiterten Horizont – die mögliche und nötige Bedeutung Kultureller Bildung als Feld, Form und Inhalt sowie als unverzichtbarer Teil von »Allgemeiner Bildung« auch im Kontext von »Leben lernen« präzisiert »Lebenskunstlernen« (vgl. BKJ 2001) – ist auch noch auf die plausibel propagierte und diskutierte »Aktualität des Ästhetischen« (Welsch 1993) zu verweisen.

Die kulturpädagogischen »Veteranen« und »Veteraninnen« der Kulturellen Bildung werden sich erinnern: Das Feld war in experimentell gestaltender Entwicklung noch einigermaßen überschaubar. Aber eigentlich nahezu alle aktuellen Diskursmotive, Entwicklungswünsche, Hoffnungen, Forderungen und Herausforderungen zwischen Qualifizierung und Etablierung Kultureller Bildung auch in der der »neuen Kulturpolitik« entsprechend der siebziger-Jahre-Postulate »Die Wiederentdeckung des Ästhetischen« (Glaser/Stahl 1974) und »Kultur für alle« (Hoffmann 1979) waren damals benannt und bekannt. Insofern nötigen vielerlei derzeitige Positionierungen zu einer gewissen »Déjà-vu«-Reaktion. Das aber lässt sich durchaus auch positiv wenden: Kulturell-ästhetische Bildung hat ihre eigenen fachgeschichtlichen Traditionen in der Moderne, und weiter zurück etwa bis zu Johann Amos Comenius, dem ersten systematischen Didaktiker im 17. Jahrhundert, der Bedeutungsaufwertung »sinnlicher Erkenntnis« (Baumgarten) und natürlich Friedrich Schiller mit seinem starkem Plädoyer zur »Ästhetischen Erziehung des Menschen« um 1800. Aktuell in Sachen kultureller Medienbildung und zur Medienästhetik lassen sich deutsche Traditionslinien zurück zu Bert Brecht, Walter Benjamin und Hans Magnus Enzensberger verfolgen, etwa bezogen auf die neuen digitalen Wechselspiele von Sender und Empfänger in den sozialen Netzwerken. Es geht dabei um den Wandel kulturell-ästhetischer Kommunikation sowie entsprechender Lern- und Ausdrucksformaten, die *Games* eingeschlossen – wie immer man im Generationenspiel dazu stehen mag (vgl. Zacharias 2010).

Nach den eher kultur- und jugendpolitisch motivierten kulturpädagogischen Entwicklungen auch einer exemplarischen, aber keineswegs flächendeckenden Projekte- und Einrichtungslandschaft vor 2000 (etwa Musik- und Jugendkunstschulen, museums- und medienpädagogische Abteilungen und Einrichtungen, Kindermuseum und Spielmobile, Tanz- und Theaterpädagogik, Lese-, Schreib- und Literaturförderung und so weiter), geschah dann 2001/2002 »PISA« als eine Art bildungspolitischer Urknall. Er schreckte das seit den eher mäßig erfolgreichen Bildungsreformversuchen um und nach 1970 straff strukturierte und schuldominierte Bildungswesen auf – begleitet von der technologiebedingten Mediendynamik. Diese verändert Kindheit und Jugend nach 2000 bezogen auf Information, Kommunikation, eigensinnige und faszinierende Spiel- und Lernformen und entzieht sie in Teilen dem organisierten und institutionellen Erfahrungs- und Bildungswelten. Die »Kultur des Aufwachsens« bedeutet ja inzwischen, dass »Sozialisation« immer mehr und untrennbar »Mediensozialisation« ist und expansiv sein wird (Vollbrecht/Wegener 2010).

Kulturelle Bildung, insbesondere auch mit ästhetisch-künstlerischen Akzenten nach 2000 hat also inzwischen eine kultur-, medien-, bildungs-, und jugendpolitische Prominenz zwischen Verallgemeinerung und Zuspitzung gewonnen, die so nicht vorherseh- und vorhersagbar war, mit Aktualitäten und auch Ambivalenzen gleichermaßen. Dem gilt es professionell gewachsen zu bleiben etwa durch Konzept- und Strukturentwicklungen in allen möglichen Feldern (zum Beispiel Bildungsbereiche, Kunst und Kultursparten), Ebenen (zum Beispiel international, national, auf Länderebene, kommunal, vor Ort) sowie altersspezifischer, sozialer und (inter)kultureller Differenz: Kulturelle Bildung im Lebenslauf und in Akzeptanz der *Culture diversity* notwendigerweise in einer Art konzertierter Form beziehungsweise inhaltlich und organisatorisch modularisierter Komposition oder Montage. Denn: »Als Problem stellt sich dabei insbesondere die rigide Abgrenzung der verschiedenen Ressorts – Kulturpolitik, Bildungspolitik, Jugendpolitik – sowohl auf kommunaler als auch auf Landes- und Bundesebene dar. Erfreulicherweise wird diese vorherige strikte Trennung zurzeit im Zuge der Entwicklung der Ganztagsschule teilweise überwunden.« (Deutscher Bundestag 2007: 377)

Ob die Hoffnung auf eine bundesweite und flächendeckende Ganztagsschulentwicklung, etwa in 16 eigensinnigen und divergenten föderalen Varianten und Geschwindigkeiten Lösungen bringt, darf allerdings bezweifelt werden bei aller Kooperationseuphorie von »Kultur macht Schule« sowie dem wünschbaren Profil von »Kulturschulen« (vgl. Braun/Fuchs/Kelb 2010) sowie dem Kultivierungsinteresse von Kunst, Kultur, Ästhetik am real existierenden öffentlichen Schulwesen. Dies ist durchaus eine der zunehmend strittigen fachlichen Ambivalenzen der expansiven politischen Aktualität »Kultureller Bildung für alle« – bei aller kulturpädagogischen und methodisch-didaktischen Aufrüstung im Umgang mit dem bildungsdominanten »Supertanker« Schule und der Gefahr dabei vom »Moloch Schule« präformiert und verschluckt zu werden. Das Risiko dabei ist der Verlust vom besonderen kunst- und kulturnahen Profil und der Eigenart, dem Eigensinn Kultureller Bildung von Kultur, Kunst und Ästhetik aus, deren Logiken Verfahren und Strategien, Inhalte und Bedeutungen als produktive und reflexive ästhetische Erfahrung und Aktivität – vom Subjekt aus (vgl. Fuchs 2001): Im Mittelpunkt der Mensch, gelegentlich und kunstanalog auch provokant und alltagsverfremdend, irritierend.

Kartographierung und Reichweiten Kultureller Bildung

Zur Vergewisserung dessen, was definitorisch aktuell unter Kultureller Bildung zu fassen und zu verstehen ist und die die nun doch jahrzehntelange politik- und berufsfeldübergreifende Diskursentwicklung der professionellen zivilgesellschaftlichen Akteure wie *Bundesvereinigung kultureller Kinder- und Jugendbildung, Kulturpolitische Gesellschaft* und *Deutscher Kulturrat* repräsentieren, seien zwei Orientierungsangebote zitiert: »Kulturelle Bildung führt mit seinen beiden Wortbestandteilen Kultur und Bildung zwei der – zumindest in der deutschen Sprache – reichhal-

tigsten und komplexesten Begrifflichkeiten zusammen. Damit ist zugleich ein dreifaches Arbeitsprogramm vorgegeben: nämlich Konturen beider Einzelbegriffe nachzuzeichnen und dann zu zeigen, in welcher Beziehung die Neuschöpfungen Kulturelle Bildung zu beiden steht. Angesichts der Uferlosigkeit der Diskurse über Bildung und Kultur – und die oft ohne Bezüge zueinander – in den verschiedensten wissenschaftlichen Disziplinen ist es klar, dass dies nur kursorisch geschehen kann.« (Fuchs 2008: 11)

Max Fuchs geht dieser Komplexität als »Annäherung an den Begriff« auf lesenswerten 280 Seiten und 38 grafisch-, nichtlinearen Abbildungen nach. Ein plausibler Strukturierungsvorschlag teilt das Feld als »Topographie der kulturpädagogischen Praxis« in drei Sektoren von Anbietern und Akteuren Kultureller Bildung: Markt, Staat/öffentliche Hand, frei – gemeinnütziger Bereich (ebd.: 119). Weiter wird differenziert nach Sparten, Ebenen, Politikfeldern und Zielgruppen (ebd.: 212) sowie nach auch international konsensualen unterschiedlichen Lern- und Bildungsformen: formal, non-formal, informell. Das ist in Sachen Kartographierung Kultureller Bildung sozusagen »Stand der Dinge« – wie immer man dies dann ausfüllt und be- oder entgrenzend. Nur als Beispiel: Selbstverständlich sind dabei Familie, soziale Umwelt und Gleichaltrigenszenen sowie zunehmend die Kultur-, Spiel- und Bildungswelten der Medien Teil davon im Segment »informeller« und anteilig »non-formeller« Bildung. Fokus dabei ist immer die individuelle Bildungsbiographie mit großen Anteilen subjektiv zu verantwortender Selbstbildung. Und gerade dies ist den ästhetischen, den wahrnehmungssensibilisierenden Kontexten der Künste und Kulturen in aller Pluralität sehr affin, im Unterschied zu vielen anderen bildenden Inhaltsfeldern etwa der mathematischen, naturwissenschaftlichen und sprachlichen Lehr/Lernbereiche insbesondere in schulisch-curricularer Zurichtung mit auch abprüfbarer Kanonisierung.

Ein weiterer aktueller und weiter Beschreibungsversuch als Exempel, vertreten von der *Bundesvereinigung kulturelle Kinder- und Jugendbildung (BKJ)* lautet: »Kulturelle Bildung setzt einen besonderen Aspekt auf den aktiven Umgang mit künstlerischen und ästhetischen Ausdrucksformen und Wahrnehmungsweisen: Von Anfang an und lebenslang. Sie umfasst den historischen wie aktuellen Reichtum der Künste und Medien. Kulturelle Bildung bezieht sich zudem auf je eigene Formen der sich wandelnden Kinderkultur und der Jugendästhetik, der kindlichen Spielkulturen und der digitalen Gestaltungstechniken mit ihrer Entwicklungsdynamik.« Er liegt der *BKJ*-Reihe »Kulturelle Bildung« im Münchner *KOPAED-Verlag* zugrunde und ist allen Veröffentlichungen dort seit 2006 vorangestellt. Damit kann man je nach Interesse, Kontext, Rahmung und Segment eingrenzend und erweiternd umgehen. Eine definitorische Autorität gibt es nicht, nur den permanenten professionellen Fachdiskurs. Dies ist durchaus als Vorteil zu sehen – und Dauerauftrag kulturell-ästhetischer Transformationsdynamik auch im Kontext Bildung. Es ist eine Art Konstanzkriterium entsprechend der gesellschaftlichen Rolle wie auch der Eigenart dieses besonderen Symbolsystems auch als Verhandlungsplattform für allgemeine Werte und Ziele entsprechend dem demokratischen Paradigma.

Zur Orientierung am allgemeinen öffentlichen Bildungsdiskurs, der, wenn auch entsprechend der institutionellen Verfasstheiten und Behäbigkeiten von Kultur- und Bildungsinstitutionen und deren mehrfach zergliederten Zuständigkeiten (16 Länder unterschiedlicher politischer Couleur und Koalitionen und dort je eigene Kultur-, Sozial-/Jugend-, Schul- und Hochschulpolitik) nur langsam in Strukturentwicklungen und entsprechende gesetzliche Rahmenbedingungen einsickert, lassen sich besondere und zukunftsfähige Tendenzen ausmachen:

- *Ganztagsbildung:* Bildung als Möglichkeit geschieht jederzeit, eben auch nebenbei und in selbstbildenden, partizipativen und informellen Konstellationen, neu etwa im Kontext von Medialität, etwa als Mediensozialisation. Insbesondere für das Feld der Kulturellen Bildung, wenn man damit nicht nur das öffentlich-institutionelle Angebot meint, ist diese *zeitliche Dimension* auch in der Logik »im Lebenslauf« bedeutsam und bisher durch Segmentierungen kaum im Blick. Ganztagsbildung ist deutlich mehr als Ganztagsschule, schließt diese natürlich durchaus positiv mit ein (Coelen/Otto 2008).
- *Bildungslandschaften* – lokal, regional, kommunal: Sozusagen komplementär zur Orientierung »Ganztagsschule« gilt es, die *räumliche Dimension* von Lernen, Erfahren, (sich)bilden, lebensweltlich und entsprechend vorhandener Angebote, Erreichbarkeit, sozialer Milieus und kultureller Orte in den Blick zu bekommen – sozusagen von der Verortung und dem expansiven räumlichen und lebensweltlichen Radius des Subjekts, des Kindes und des Jugendlichen aus. Hier kann Schule als »Ort und Zentrum des Lernens« in vielfältigen Formen zukünftig auch eine neue zentrale Bedeutung bekommen, über Unterricht, Taktung, Fachstrukturen, Noten und Selektion hinaus.
- *Lernkulturen und plurale Angebotsformen als methodische und inszenatorische-performative Dimension:* Angesichts der Vielfalt der Erscheinungsformen Kultureller Bildung gilt es, deren unmittelbare und qualifizierende Bezüge zu den Künsten und ästhetisch-kulturellen Praktiken angemessen zu ermöglichen. Es geht dabei sozusagen um den flexibel dynamischen »Kanon« beziehungsweise die inhaltliche Repräsentanz von Ausdrucksformen, Orten und Wahrnehmungsinteressen: Klang, Musik, Bilder, Visuelles, Sprache, Lesen, Literatur, Tanz, Darstellendes Spiel, Theater, Foto, Film, digitale Kommunikation, Zirkus, Spiel, Museum, Architektur, Naturästhetik und so weiter – einschließlich zunehmender interdisziplinärer Hybridformen insbesondere im Kontext der Neuen Medien. Das Methoden- und Inszenierungsspektrum reicht dann vom einmaligen und nachhaltigen Erlebnis bis zur kontinuierlich-systematischen Vermittlung in vielerlei Varianten und Mischformen – vom Event über das Projekt, die Exkursion, Aufführung und Ausstellung zu Kurs und Unterricht, von der individuellen Beschäftigung über Szenen, Gruppen, Reisen und Familien, Freundeskreise, Fankulturen und Web 2.0-Netze bis zu Jugendorganisationen, Sportvereinen, Musik-/Jugendkunstschulen und Schulklassen.

Systematische Infrastrukturen Kultureller Bildung müssten dies alles abbilden und transparent sowie zugängliche anbieten – allerdings keineswegs entsprechend der Logik »Alles für alle«. Es geht um die Möglichkeit entsprechend Interessen, Motivationen, Aktualität und auch Attraktivität in der Logik der jeweiligen Generation: zeitlich – räumlich – inhaltlich, als flexible und modulare Matrix. Kultur- und bildungspolitisch macht das auch gesellschaftlich Sinn, individuelle Verwertbarkeit und auch Natürlichkeit als Nebeneffekte eingeschlossen: »Die *universale Individualisierung der Lebensführung* befreit das Individuum aus lokalen Kollektivbindungen. Die Verteilung von Lebenschancen entzieht sich der Organisation durch Kollektive, um sie den Gesetzmäßigkeiten des Marktes zu überlassen. Das Individuum gewinnt Spielräume der freien Entfaltung hinzu, Kollektivzugehörigkeiten und die damit verbundenen Privilegien machen einer offeneren Form der Verteilung von Lebenschancen Platz.« (Münch 2009: 21) Auch dem gilt es gewachsen zu bleiben in professioneller, politischer und öffentlicher Verantwortung für Strukturen von Kultur und Bildung im Verbund.

Kulturelle Bildung für alle!?

Wenn es nicht vorrangig um den gesicherten konsensualen kulturell-künstlerischen Kanon der Werte und Werke, und dann auch noch in der traditionellen abendländlichen und eurozentristischen Verengung, geht, sondern um die Prinzipien, die symbolischen Verfahren und ästhetischen Aktivitäten als zentrales Thema Kultureller Bildung, wenn es dabei um Zuschreibungen, Versprechen und Hoffnungen etwa in Sachen Wahrnehmungssensibilisierung, Kreativität, Experiment, Imagination, Phantasie, Spiel und Kommunikationskompetenz geht, dann ist das kunst- und kulturvermittelnde Erfahrungs- und Handlungsfeld tendenziell unbegrenzt. Dies ist auch, sozusagen, der Zeitwährung der Künste als je aktueller Explorationsmotor von Möglichkeiten vergangener und zukünftiger Wirklichkeiten in gegenwärtiger Veranschaulichung. Hier setzen auch aktuelle internationale Diskurse an.

»Kulturelle Bildung für Alle« – so heißt die Wegbeschreibung der *UNESCO*-Kommission (2008) »von Lissabon 2006 nach Seoul 2010«. Dort sind Fragen, Ziele, Strategien, Potentiale und Dimensionen im internationalen Horizont zumindest benannt sowie in Empfehlungen und Herausforderungen gefasst, immer auch in der Prämisse positiver Akzeptanz kultureller Vielfalt, Teilhabegerechtigkeit und Partizipation. Als Zielrahmen und auch Legitimationsdokument ist dieser Leitfaden durchaus nützlich und in seiner Allgemeinheit konsensual zur orientierenden Weiterarbeit: »Alle Kinder und Jugendlichen haben das Recht, durch kulturelle Bildung einen Sinn für Ästhetik, Kreativität, kritisches Denkvermögen und ihre Fähigkeit zur Reflexion zu entwickeln. Es ist notwendig, bei Kindern und Jugendlichen mehr Bewusstsein sowohl für sich selbst als auch für ihr natürliches und kulturelles Umfeld zu schaffen. Zugang für alle zu allen kulturellen Gütern, Dienstleistungen und Methoden muss zu den Zielen von Bildungs- und Kultursystemen zählen.« (Deutsche UNESCO-Kommission 2008: 35) Das Problem beginnt dann bei

der Umsetzung und Ausformung eben in »Infrastrukturen«, entsprechend, wie wir heute sagen, Ermöglichungsstrukturen und Gelingensbedingungen – für alle.

International und auch im *UNESCO*-Kontext ist der Diskurs um kulturell-künstlerische Bildung deutlich durch die analytische Studie der englischen Kultur- und Bildungsforscherin Anne Bamford mit dem Titel Der *WOW-Faktor* (2006) bereichert und befördert worden, 2010 erweitert und ergänzt als deutschsprachige Ausgabe erschienen. Wenn auch allzu schulfixiert, so liegt der Analyse ein weiter, eigentlich kulturell-ästhetischer Kunstbegriff zugrunde, entsprechend anthropologischer Fundierung: »Kinder werden mit ästhetischer Wahrnehmung geboren und sie üben sich in den Künsten schon lange, bevor sie sprechen und schreiben können. ... Mit Hilfe der Künste konstruieren Jugendliche Bedeutung in eine vereinheitlichte Form. Die Künste heben hervor, wie unterschiedlich Phänomene zueinander in Beziehung stehen.« (Bamford 2010: 33)

Es geht um einen Bedeutungszuwachs und in der Folge um Rahmenbedingungen dafür: »Wenn wir auf die Zukunft blicken, so hat die wachsende Bedeutung von Technologie zu einer Renaissance des Interesses an den Künsten geführt. Die gegenwärtige ästhetische Kultur geht weit über das hinaus, was man früher mit den Begriffen Kunst oder Künste bezeichnete.« (Ebd.: 33) Und Zukunft heißt verstärkt neue Kommunikationstechnologien einzubeziehen, mediale Meinungsbildung, Orientierung und Navigation unter veränderten und komplexen Lern- und Lebenswelten, sozusagen im Labyrinth der Wirklichkeiten und Möglichkeiten nach 2000: »Die Realität ist der entscheidende Bezugspunkt und die Ästhetik der Königsweg des Lernens.« (Ebd.)

Von Modellen und Projekten zu Strukturen und Systemen

Man möchte fast variieren: Die Modelle und Projekte sind genug gewechselt, nun lasst uns endlich Strukturen und Systeme sehen. Es heißt auch anteilig Abschied zu nehmen von den in Sachen Kultureller Bildung doch sehr ergiebigen und experimentell-expansiven zurückliegenden Jahren: Modellprojekte, *Best-Practice*-Sammlungen und Erkundungen in allen Feldebenen der kulturell-künstlerischen Bildung und ästhetischen Praxisformen, dominant in Kooperation mit Schule und in Sachen »Kultur macht Schule« und »Schule öffnet sich« (zum Beispiel in Richtung auf dritte Orte) gab und gibt es jede Menge. Man muss nur symbolträchtige Stichworte nennen wie »Rhythm is it« und »Royston Maldoom«, und schon ist man mitten in der Diskussion (vgl. dazu Foik 2008).

Damit verbunden sind die »Kinder zum Olymp« (erstmals das Treffen 2003 in Leipzig), die *PWC-Stiftung* und *Bertelsmannstiftung*, *Berliner Projektefonds*, Kulturschulen in Hamburg und *art 131* in Bayern, Künstler in Schulen (NRW), die *Kulturstiftungen der Länder* und *des Bundes*, Sparkassenstiftungen, die *Deutsche Kinder- und Jugendstiftung*, die *Bundesvereinigung kultureller Kinder- und Jugendbildung (BKJ)* zum Beispiel mit »Mixed up«und »Lebenskunst lernen«, der *Bayrische Jugendring* mit »Jambus« »Keki« (Jedem Kind ein Instrument, Ruhr 2010), Kulturforscher! und

Kulturagenten, *Menuhin* und *Mercator* und viele mehr. Der Projekte- und Modellfundus zur Praxis und Machbarkeit Kultureller Bildung von Kindergarten über Haupt-/Grund- und Realschule, Gymnasium bis zu Jugendorganisationen und Erwachsenenbildung sowie quer durch die sozialen, auch interkulturellen Milieus, Museen und Medienwelten ist riesig, unübersichtlich und leider auch nicht systematisch zugänglich und bearbeitet. Wir haben diesbezüglich und im Prinzip keinerlei Erfahrungs- und Wissensdefizite im Einzelnen, jedoch eindeutig strukturelle und systematische Handlungs- und kontinuierliche Umsetzungsdefizite. Im Allgemeinen wenn ein Modell oder Projekt aus ist, ist es eben meistens aus und vorbei mit der entsprechenden folgereichen und öffentlichen Nachhaltigkeit. Die Hoffnung, die Länder und Kommunen werden dies und das schon fortsetzen, war und ist immer wieder trügerisch, meist illusorisch. Und genau hier stellt sich das Problem Kultureller Bildung, schulisch wie außerschulisch aktuell als Problem der Infrastrukturentwicklung, die sowohl dem avancierten und gesicherten Definitionsniveau des Querschnittfeldes Kultureller Bildung sowie dem verstreuten Praxis- und Projekt-Know-how gerecht wird als Erfahrungspotential und systematische Handlungsperspektive.

Infrastrukturen der Schnittmenge von Kultur und Bildung

Nach der Projekte- und Modellflut Post-Pisa, die exemplarisch gezeigt hat, was und wie es geht in Sachen Kulturelle Bildung sowie in aller qualitativen und auch fach- und einrichtungsperspektivischen Pluralität, geht es nun um neue und gemeinsame Plattformen, Bündnisse, Netzwerke, Kooperationsformen und sowohl finanzielle wie politisch langfristige Beschlusslagen dafür. Infrastrukturen der Kulturellen Bildung ist die Auftragslage und der Handlungsbedarf etwa mit einer Agenda 2020: »Der öffentliche Auftrag zum Aufbau und zum Erhalt einer Infrastruktur der kulturellen Bildung bedarf aktiven staatlichen und kommunalen Handelns. Förderleistungen in diesem Bereich liegen im ›öffentlichen Interesse‹.« (Deutscher Bundestag 2007: 381) Darüber besteht kein Zweifel um Konsens, und ebenso: »Insbesondere für die Kooperation zwischen Kultureinrichtungen und Schule bietet es sich an, im stärkerem Maße Rahmenregelungen zu erlassen.« (Ebd.) Das geht alle an; vom Museumswesen und Staatstheater über die öffentlich-rechtlichen Medien und die Soziokultur bis zu den freien Szenen und Initiativen mit öffentlichem Förderbedarf. Diese Aussage gilt es zu ergänzen um alle Einrichtungen und freien Träger der Jugend- und Sozialarbeit: Den Kommunen kommt dabei eine besondere Rolle zu – sie sind »nah dran« und »entscheidend ist auf dem der Platz«, vor Ort. Aber sie dürfen nicht alleine gelassen werden. Die Finanzierung ist ja eigentlich entsprechend der betonten und gewollten Kultur- und Bildungshoheit der Länder deren Aufgabe einschließlich der Aufgabendelegation inklusive entsprechender Mittelzuweisung an die kommunalen Sozial-, Kultur- und Bildungslandschaften.

Nur hier findet eine auf Langfristigkeit angelegte Infrastrukturgestaltung wirklich sinnvoll und kompetent statt, die Phase der zeitbegrenzten Modelle und Pro-

jekte sowie zeitbegrenzten Kooperationsbeziehungen ablösend. Die zentrale und wegweisende Aussage heißt: »Da kulturelle Bildung im Wechselspiel von schulischen, kulturellen und jugendbildenden Einrichtungen wahrgenommen wird, sind die unterschiedlichen Handlungsfelder Schule, Bildung, Jugend und Kultur angesprochen. Alle Bereiche stehen in einer Verantwortungsgemeinschaft für ein integrales Gesamtangebot kultureller Bildung.« (Ebd.: 381 f.) Viele Kultureinrichtungen haben sich inzwischen, allerdings eher punktuell und bilateral, auf den Weg gemacht. Es gibt auch partiale kommunale und regionale Modelle, die beispielhaft flächendeckend ausbaufähig sind, wie etwa »Theater und Schule« (Tusch), Tanz in der Schule, museumspädagogische Zentren und Dienste, die Berliner Bildungspatenschaften, das Hamburger Modell »Kulturschule« und vieles mehr.

Für klassische Kultureinrichtungen heißt die Perspektive: »Lernort oder Kulturtempel«. In der entsprechenden Infrastrukturerhebung von Susanne Keuchel und Benjamin Weil (*Zentrum für Kulturforschung*, Bonn) heißt es auswertend und empfehlend mit dem Appell für erweiterte »kulturpolitische Aufmerksamkeit und Anerkennung« drei Aspekte herausgegriffen: »Da die Angebotsanalyse gezeigt hat, dass die Vielfalt des Angebots im Gegensatz zum Umfang durchgeführter Bildungsveranstaltungen und erreichter Besucherzahlen nicht im Zusammenhang mit der verfügbaren Personalressource und den finanziellen Mitteln steht, kann es vorteilhaft sein, die Leitungsebene in den Kultureinrichtungen stärker noch für die kulturelle Bildungsarbeit zu sensibilisieren. Wenn die Vielfalt des Angebots, wie dies diese Studie nahe legt, derzeit noch von engagierten Einzelpersonen abhängt, nimmt die Leitungsebene eine Schlüsselfunktion ein.« (Keuchel/ Weil 2010: 189)

Eindeutig ist der Befund für regionale Steuerungsprozesse: »Defizite im kulturellen Bildungsangebot zeigen sich im ländlichen Raum.« (Ebd.) Die plausible Empfehlung für klassische aber auch alle anderen Kultureinrichtungen lautet: »Grundsätzlich ist es hilfreich, wenn Kommunen systematischer in ihrem Umfeld Kultureinrichtungen mit Schulen und Kindergärten vernetzen.« (Ebd.) Und dies ist, analog, auch wiederum auf alle anderen Sozial-, Jugend-, Bildungseinrichtungen einer lokalen Lebenswelt zu übertragen, neu ergänzt und als Herausforderung um die medialen und digitalen Kultur-, Lern- und Kommunikationsräume jenseits lokaler Begrenztheit und örtlicher Wahrnehmbarkeit, in die sozialen Netzwerke, Spielkulturen und Communities (vgl. Ertelt/Röll 2008). Die infrastrukturelle Programmatik lautet: »Nun gilt es, dem eingeschlagenen Weg eine langfristige Perspektive zu ermöglichen, um den Weg zur Kunst zu lehren und damit auch die Kunst des Lebens, sich in einer komplexen und rasant entwickelnden Gesellschaft zu bewegen.« (Keuchel/Weil 2010: 188)

Es geht also immer auch um mehr als »nur« Kunst, es geht um »Leben lernen« idealerweise mit und durch Kunst, Kultur und das Ästhetische generell auch entsprechend langen fortschrittlichen Traditionen. Infrastrukturen leben von professionellen, fachlichen und politischen Kompetenzen. Gefragt und gesucht insbesondere als Beitrag von Ausbildung und Hochschule zugunsten der Entwicklung Kultureller Bildung ist zukünftig, neben künstlerischen *und* vermittelnden, pädago-

gischen Fähigkeiten so etwas wie eine noch zu präzisierende professionelle Kooperations- und Netzwerkkompetenz. (Vgl. Zacharias in Bischoff/Brandi 2010: 15 ff.)

Perspektive: In die Fläche kommen mit lokalen Netzwerken und kommunalen Gesamtkonzepten

Als effizient und folgenreich für langfristige Infrastrukturentwicklungen im regionalen Rahmen und dessen je auch spezifischen kulturellen und sozialen Bedingungen und Milieus haben sich in den letzten Jahren zwei sich ergänzende Handlungsformen erwiesen. Es gilt, diese auch in die föderale und nationale Systemlogik der Förderung und der Rahmenbedingungen Kultureller Bildung aufzunehmen und flächendeckend zu entwickeln.

Netzwerke, sparten- und feldübergreifend wie auch fachspezifisch und interessenorientiert. Netzwerke sind freiwillige hierarchie- und institutionsentlastete Zweckbündnisse und Handlungsgemeinschaften. Sie werden unmittelbar von Personen getragen, die ihrerseits über Rollen, Repräsentanzen und Expertise, Ressourcen und Zuständigkeiten verfügen und diese einbringen – solange der gemeinsame Zielkonsens motivierend hält. Netzwerke werden auch als demokratieaffine Konstruktionen und als eine »Kulturtechnik der Modern« (Barkhoff/Böhme/Riou 2004) bezeichnet. Dies hat besondere Zukunft auch in dem Maße und im intergenerationellen Wandel, wie sich die technische und kommunikative Netzwerklogik der neuen und digitalen Medien, etwa im Web 2.0 als partizipative Plattform gesellschaftlicher Verhandlung- und Gestaltungsprozesse weiter durchsetzen wird. »Netzwerke bilden« im doppelten Wortsinn, gerade auch lokal, kommunal und in der lebensweltlich-leiblichen Wirklichkeit ist eine der neueren Handlungsformen. Sie sind gleichermaßen professionell lehrreich wie kreativ gestaltungseffizient sowie flexibel gerade im Kontext aktiver und kompetenter Infrastrukturentwicklungen zugunsten kontinuierlicher Praxis Kultureller Bildung in Kooperation aller Akteure (vgl. Marx/Zacharias 2006).

Kommunale Gesamtkonzepte haben sich sozusagen als fachlicher und politischer Königsweg und als Erfolgsrezept zur systematischen und gesicherten Infrastrukturentwicklung erwiesen. Prinzipiell ist dies der Prozess von der additiv-zufälligen Projekte- und Modellvielfalt zur kontinuierlichen und potenziell gesicherten Infrastruktur mit zum Beispiel kommunaler und insofern verpflichtender politischer Beschlusslage. Gesamtkonzepte, ideralerweise auf der fachlich-professionellen Basis einer Bestandsaufnahme der Vorhandenen, legen Ziele, Entwicklungsverläufe, Zuständigkeiten, Organisationsstrukturen und Schwerpunkte sowie Module verbindlich und überprüfbar fest – als politischer Wille und entsprechend regionalen, kommunalen Fachkompetenzen im Zusammenspiel von Kultur, Jugend/Soziales und Früherziehung, Schule, Ausbildung und Erwachsenenbildung – das so genannte »Drei-Säulen-Modell« aller Kulturellen Bildung ernst genommen. Kommunale Gesamtkonzepte gibt es beispielsweise in München (seit 1993), Varianten in Hamburg, Berlin, Coburg, Nürnberg, Augsburg, Erlangen und so weiter. Und vor allem

gibt es sie zunehmend systematisch im »Modellland Kultureller Bildung Nordrhein-Westfalen« – als föderale beispielhafte und so bisher einmalige Initiative sowie als Wettbewerb (erstmals 2007) der Staatskanzlei Nordrhein-Westfalen im Verbund mit den zuständigen Landesministern. Hier ist ein vernetzter und angemessener, mit impulsgebender Landesfinanzierung ausgestatteter motivierender und experimenteller Impuls entstanden, der auf Infrastrukturen zielt. Er ist eingebettet und flankiert von weiteren Programmen wie »Künstler in die Schulen«, auch flächendeckend, mit Künstlerpool und Internetportal, Evaluation (»Kunstvoll mit allen Sinnen«) und vielerlei fachspezifischen Programmen und Projekten sowie einer neu eingerichteten *Arbeitsstelle Kulturelle Bildung in Schule und Jugendarbeit NRW*, lokalisiert in der *Akademie Remscheid*.

Speziell die Landesinitiative in Nordrhein-Westfalen als Anreiz für gelingende kommunale Gesamtkonzepte – gültig auch für Landkreise und regionale Zusammenschlüsse von Gemeinden – ist kultur- und bildungspolitisch bundesweit übertragbar:
»Die Gesamtkonzepte sollen folgende Aspekte aufgreifen:

- Stärkung der kulturellen Bildung im kommunalen Leitbild/Profil;
- Schaffung von Vernetzungsstrukturen für Akteure, Politik und Verwaltung aller angesprochenen Handlungsfelder;
- Öffnung der Kultureinrichtungen für Kinder und Jugendliche, ihre Belange und Interessen;
- Entwicklung von Projekten für die künstlerisch-kultureller Bildung im Vorschulalter;
- Kooperation von Künstlern, Kultureinrichtungen/-initiativen mit Kindergärten, Schulen und Weiterbildungseinrichtungen;
- Aktivierung von Impulsen zur Kulturellen Bildung im Alltag von Kindern und Jugendlichen;
- Einbeziehung von Eltern, ehrenamtlich engagierten Bürgerinnen/Bürgern und der lokalen Wirtschaft;
- Erarbeitung lokaler Angebote zur Qualifizierung der Beteiligten;
- Festlegung/Einrichtung einer Koordinierungs-/Kontaktstelle für Kulturelle Bildungsentwicklung in der Kommune.« (Ausschreibung 2010, Landesregierung NRW/Staatskanzlei, Kulturabteilung)[1]

Natürlich entspricht der Fokus *Netzwerke* und *Gesamtkonzepte* zugunsten der Zukunftsaufgabe »Infrastrukturentwicklung für Kulturelle Bildung« kommunal, föderal, national und im Verbund Kunst/Kultur/Schule/Jugend/Soziales auch der Empfehlung der *Enquete-Kommission »Kultur in Deutschland«*. Da heißt es beispielsweise und zur Vergewisserung zitiert: »Die Enquete-Kommission empfiehlt

1 Die bisher prämierten kommunalen Gesamtkonzepte und das Landesprogramm mit dem Akzent »Kulturförderung« (analog wäre der Bereich Jugend und Soziales sowie Medien- und Erwachsenenbildung darzustellen) sind mit dem programmatischen Titel »Augen öffnen« Ende 2009 veröffentlicht. (Der Ministerpräsident NRW 2009)

Bund, Ländern und Kommunen, in die kulturelle Bildung zu investieren; insbesondere in der Früherziehung, in der Schule, aber auch in den außerschulischen Angeboten für Kinder und Jugendliche sollte kulturelle Bildung gestärkt und schwerpunktmäßig gefördert werden. Kulturelle Bildung ist unverzichtbarer, integraler Bestandteil von Bildung wie von Kultur und eine Querschnittsaufgabe verschiedener Politikfelder.« (Deutscher Bundestag 2007: 397 f.) Und präzisierend neben vielerlei zum Teil auch durchaus noch diskussionsbedürftiger weiteren Empfehlungen: »Die Enquete-Kommission empfiehlt den Ländern und Kommunen, den Aufbau von Netzwerken der Kooperation von Schulen und Kultureinrichtungen zu fördern und allen Kindern während der Schulzeit die Begegnung mit Künstlern zu ermöglichen.« (Ebd.: 399)

Bestandsaufnahmen, Evaluationen, Netzwerke, Gesamtkonzepte, Wirkungsnachweise sowie politische Positionierungen und Beschlusslagen auf allen Ebenen sind erfolgsversprechende Schritte zu einem umfassenden infrastrukturell getragenen Gesamtsystem Kultureller Bildung. Dabei gibt es bereits einige Beispiele, die mit einem ausreichend langem Atem und strategisch planender, umsetzender und auch experimenteller politischer Beharrlichkeit zeigen, dass es hier systematische und infrastrukturelle Erfolge gibt, wie etwa in Städten wie München und Dortmund, Letztere als Stadt bereits zum zweiten Mal (2007/2009) für ihr kommunales Gesamtkonzept beziehungsweise dessen Fortschreibung im Landeswettbewerb Nordrhein-Westfalen ausgezeichnet.[2]

Ausblick international – die Hauptziele Kultureller Bildung

Infrastrukturen Kultureller Bildung in Deutschland sollen und wollen ja anschlussfähig und auch beispielhaft für internationale Diskurse und Entwicklungen sein. Dem gilt es gewachsen zu bleiben und zu werden, etwa in einer Agenda Kulturelle Bildung 2020. Dabei geht es »um sechs Hauptziele, nämlich um:

- die verpflichtende Integration der künstlerischen Bildung in verschiedenen Sparten in allen Schulen und als übergreifender Unterrichtsinhalt aller Fächer;
- die Unterstützung professioneller Qualifizierung künftiger und gegenwärtiger Lehrer, Kulturprofis, Künstler und ehrenamtlicher Akteuren;
- den Abbau von Ungleichheiten in den Bereichen der künstlerischen Bildung;
- die Intensivierung der Forschung für die weitere Entwicklung der künstlerischen Bildung;
- die Stärkung kultureller Vielfalt und interkulturellen Dialogs in den Feldern der künstlerischen Bildung;
- die Förderung von Vernetzung und Kooperation auf globaler, nationaler und lokaler Ebene durch garantierte Finanzierung und Strukturen in allen Bildungsbereichen (formal, nonformal und informell).« (Eckart Liebau, in Bamford 2010: 12)

2 »Konzeption Kultureller Bildung für München«, Fortschreibung 2009 nach 1993/1999, Kontakt und Bezug: ; »Countdown 2010« (

Literatur

Bamford, Anne (2010): *Der Wow-Faktor. Eine weltweite Analyse der Qualität künstlerischer Bildung*, Münster

Bischoff, Johann/Brandi, Bettina (Hrsg.) (2010): *Räume im Dazwischen. Lernen mit Kunst und Kultur*, Aachen (Merseburger Medienpädagogische Schriften Bd. 6)

BKJ (Bundesvereinigung Kulturelle Jugendbildung) (Hrsg.) (1983): *Jugendkulturarbeit – Beispiele für Praxis und Planung*, Bad Heilbrunn

Bollenbeck, Georg (1994): *Bildung und Kultur. Glanz und Elend eines deutschen Deutungsmusters*, Frankfurt am Main

Braun, Tom/Fuchs, Max/Kelb, Viola (2010): *Auf dem Weg zur Kulturschule*, München

Bund-Länder-Kommission (1977): *Musisch-kulturelle Bildung. Ergänzungsplan zum Bildungsgesamtplan*, Stuttgart ((Band 1)

Coelen, Thomas/Otto, Hans–Uwe (Hrsg.) (2008): *Grundbegriffe Ganztagsbildung*, Wiesbaden

Deutsche UNESCO-Kommission (Hrsg.) (2008): *Kulturelle Bildung für alle*, Bonn

Deutscher Bundestag (Hrsg.) (2007): *Schlussbericht der Enquete-Kommission »Kultur in Deutschland«*, Berlin: Bundestagsdrucksache 16/7000

Deutscher Kulturrat (Hrsg.) (1994): *Konzeption Kulturelle Bildung*, Essen (Band 1, 2)

Ertelt, Jürgen/Röll, Franz Josef (Hrsg.) (2009): *Web 2.0*, München

Foik, Jovana (2008): *Tanz zwischen Kunst und Vermittlung*, München

Fuchs, Max (1994): *Kultur lernen. Eine Einführung in die Allgemeine Kulturpädagogik*, Remscheid

Fuchs, Max (2001): *Persönlichkeit und Subjektivität*, Opladen

Glaser, Hermann/Stahl, Karl Heinz (1974): *Die Wiedergewinnung des Ästhetischen*, München

Hoffmann, Hilmar (1979): *Kultur für alle*, Frankfurt am Main

Keuchel, Susanne/Weil, Benjamin (2010): *Lernorte oder Kulturtempel. Infrastrukturerhebung: Bildungsangebote in klassischen Bildungseinrichtungen*, Köln: ZfK/ARCult Media

Kulturpolitische Gesellschaft (Hrsg.) (1986): *Kinder- und Jugendkultur*, Hagen: Kulturpolitische Gesellschaft (Dokumentation 27)

Mack, Wolfgang (2008): »Bildungslandschaften«, in: Coelen, Thomas/Otto, Hans–Uwe (Hrsg.): *Grundbegriffe Ganztagsbildung*, Wiesbaden, S. 741 ff.

MAGS u. a. NRW (Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales/ Kultusministerium des Landes Nordrhein-Westfalen) (Hrsg.) (1994): *Bericht Kinder- und Jugendkulturarbeit in Nordrhein-Westfalen*, Unna

Marotzki, Winfried (1990): *Entwurf einer strukturalen Bildungstheorie*, Weinheim

Marx, Julia/Zacharias, Wolfgang (2006): *Netzwerke bilden*, München (PA/Spielkultur e. V.)

Ministerpräsident NRW/Kulturabteilung (Hrsg.) (2009): *Augen öffnen*, Düsseldorf (Bezug: nrwdirekt@nrw.de)

Moebius, Stephan (Hrsg.) (2009): *Kultur*, Bielefeld

Münch, Richard (2009): *Globale Eliten, lokale Autoritäten*, Frankfurt am Main: Suhrkamp

Steenblock, Volker (1999): *Theorie der kulturellen Bildung*, München

Vollbrecht, Ralf/Wegener; Claudia (Hrsg.) (2010): *Handbuch Mediensozialisation*, Wiesbaden: VS-Verlag

Welsch, Wolfgang (Hrsg.) (1993): *Die Aktualität des Ästhetischen*, München

Zacharias, Wolfgang (2001): *Kulturpädagogik. Eine Einführung*, Opladen: Leske+Budrich

Zacharias, Wolfgang (2010): *Sinne – Kunst – Cyber. Kulturell-ästhetische Medienbildung*, München

Birgit Mandel

Neue Kulturunternehmen an den Schnittstellen von Hochkultur, Avantgardekultur, Soziokultur und Kreativwirtschaft

Eine Herausforderung für die öffentliche Kulturförderung

Der Kulturbetrieb in Deutschland scheint vor einem grundlegenden Umbruch zu stehen. Nach Erneuerungsprozessen in den siebziger Jahren, die unter anderem die Soziokultur als alternative Kulturform ermöglichten, zeichnet sich aktuell ein Veränderungsprozess ab, bei dem die Grenzen zwischen den Sektoren des Kulturbetriebs durchlässig werden, ebenso wie die Grenzen der dahinter stehenden Kulturprinzipien: E-Kultur, U-Kultur, Soziokultur, Kommerzkultur. Die möglichen Folgewirkungen eines solchen Prozesses für den Kulturbetrieb in Deutschland werden äußerst unterschiedlich eingeschätzt: Für die einen ist mit diesem Auflösungsprozess das Drohbild der totalen Kommerzialisierung des Kultursektors impliziert, weil sie vermuten, dass sich damit die Logik des Wirtschaftssystems durchsetzt. Die anderen – vor allem die Jüngeren unter den Kulturschaffenden – erwarten mit dieser Entgrenzung eher einer Aufwertung und Popularisierung von Kunst und Kultur, verbunden mit der Chance einer gerechteren Kulturgesellschaft, an der breitere Gruppen der Gesellschaft als bisher aktiv partizipieren könnten, sowie einen Anstoß für neues kulturpolitisches Denken und Handeln.

An einigen in den letzten Jahren neu entstandenen interdisziplinären »Kultur-Orten« lassen sich solche Entgrenzungsprozesse exemplarisch beobachten: Unter dem Label »New Spaces for the arts« machte das *Radialsystem Berlin* das Phänomen eines neuen Typus von Kunst produzierenden Institutionen aus und initiierte im Oktober 2009 ein internationales Symposium mit dem Ziel der Standortbestim-

mung und Vernetzung der in den letzten Jahren neu entstanden interdisziplinären »Kunst-Häuser«. Was sind gemeinsame Merkmale, Ziele und Interessen dieser »Neuen Orte für die Kunst«? Wodurch unterscheiden sie sich von den »alten« Kulturorten, von den traditionellen Hochkultur-Einrichtungen wie den Theatern und Museen auf der einen Seite und von den soziokulturellen alternativen Zentren auf der anderen Seite? Inwieweit haben diese neu gegründeten Kultur-Orte andere Produktions- und Präsentationsformen und damit auch andere Managementformen entwickelt als die traditionellen (öffentlichen) Kultureinrichtungen? Sind diese *New Spaces* Indikator und Vorreiter der Umwandlung des Kulturbetriebs in Deutschland?

Zunächst kurz zu den Erkenntnissen des Symposiums, die durch eine schriftliche Befragung der Autorin sowie eine Analyse der Programme aller von den Veranstaltern ermittelten »Neuen Zentren« ergänzt wurden. Eingeladen waren 15 *New Spaces*, von denen keines älter als fünf Jahre sein durfte. Alle werden durch komplexe Mischfinanzierungsmodelle getragen, fast alle, von *Carriage Work* in Sydney über *Fabra i Coats* in Barcelona bis zum *Radialsystem* in Berlin, sind in großen, ehemaligen Industriegebäuden angesiedelt, deren spezifische »Arbeits«-Aura von Kunstschaffenden und Publikum gleichermaßen als inspirierend empfunden wird. Da viele dieser neuen Kunst-Orte in vernachlässigten früheren Industrieregionen liegen, sind die *New Spaces* häufig auch Motoren der Stadtentwicklung, indem sie im Sinne der *Gentrification* für kreative Ausstrahlung sorgen. Die Namensgebungen beziehen sich oft auf die frühere Funktion der Orte und vermeiden so, dass sie mit traditionellen Kunstinstitutionen assoziiert werden.

Durch das Zusammenspiel verschiedener Künste wollen sie möglichst optimale Bedingungen für die Produktion und Präsentation neuer, interdisziplinärer Kunstformate schaffen. Die *New Spaces* bieten Raum für unterschiedliche kulturelle Funktionen: Bühnen, Galerien, Ateliers, Probenräume, meist gehört auch ein Café dazu. Sie sind damit nicht nur ein Kunstaufführungsort sondern zugleich ein Treffpunkt für Kulturschaffende und kulturinteressierte Menschen, aber auch kultureller Kulminationspunkt für vielfältige Initiativen in der Nachbarschaft. Viele der *New Spaces* bemühen sich besonders darum, unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen einzubeziehen, vor allem auch aus ihrer direkten Nachbarschaft, weil sie davon ausgehen, dass Kunstinstitutionen ohne eine breitere Vertrauensbasis in der Bevölkerung dauerhaft nicht überlebensfähig sein werden. Zugleich arbeiten und produzieren die Institutionen international vernetzt.

Obwohl keines der *New Spaces* rein öffentlich finanziert ist, verfolgen alle gemeinnützige Ziele: Sie schaffen Raum für die Produktion hybrider Kunstformen, bringen Künstler verschiedener Sparten und verschiedener Länder zusammen, und sie entwickeln Formen der Präsentation, die neue Zugänge zu Kunst ermöglichen, jenseits traditioneller Zuschreibungen von Hochkultur und Populärkultur, indem sie etwa Tanzavantgarde mit Jugendkultur zusammenführen, neue Musik mit DJ Projekten oder Projekten kultureller Bildung. Mit innovativen Angeboten der Kunstrezeption ermöglichen sie neue Erfahrungen und tragen dazu

bei, die Barrieren zwischen Künstlern und Publikum zu reduzieren: wenn man etwa als *Zuschauer* Tanz erlebt, während man sich selbst durch den Raum bewegt; einem Kammerorchester zuhört, während man gemütlich auf einer Yogamatte liegt oder Karaoke mit einem Sinfonieorchester singt, um einige Formate des *Berliner Radialsystems* zu nennen.

Wie andere Kultureinrichtungen auch haben die *New Spaces* einen hohen Bedarf an *manpower* und damit hohe Personalkosten. Neben festen Mitarbeitern arbeiten sie projektweise mit Freelancern, Kleinstunternehmen sowie Künstlergruppen und beziehen häufig auch »Ehrenamtliche« ein. Da bekanntermaßen künstlerisches Schaffen auf hohem Niveau ausschließlich mit Eintrittsgeldern nicht finanzierbar ist, haben die befragten *New Spaces* ein komplexes System von Mischfinanzierung entwickelt. Neben den Kasseneinnahmen, Geldern von Sponsoren, Stiftungen und der Vermietung von Räumen sind die *New Spaces* auch auf öffentliche Fördergelder angewiesen.

Beispiel Radialsystem Berlin

Wie das Beispiel des *Radialsystems Berlin* zeigt, sehen sich diese in den letzten Jahren gegründeten Einrichtungen einem Dilemma öffentlicher Kulturförderpolitik gegenüber: Einerseits ist der Kulturbetrieb auf die Innovationskraft solcher neuen Kunstinstitutionen angewiesen, die mit einfallsreichen Kulturmanagern und mit neuartigen, öffentlichkeitswirksamen Formen und Formaten Kunst sehr erfolgreich produzieren, präsentieren und vermitteln. Andererseits sind die öffentlichen Fördermittel bereits weitgehend auf die traditionellen Kunstinstitutionen verteilt und für Neue Orte ist schlicht kein Geld mehr da. Nur aufgrund der herausragenden Arbeit des *Radialsystems* in der Kombination mit der Fähigkeit seiner Macher, das Marken-Image Radialsystem mit immer neuen, Aufsehen erregenden Projekten zu behaupten und öffentlichkeitswirksam zu positionieren, wurde nun doch noch eine geringe öffentliche Förderung durch den Kultursenat gewährt.

Im Herbst 2009 wurde der Leiter des *Radialsystems*, Folkert Ude, stellvertretend für Jochen Sandig und das gesamte Team des *Radialsystems* dann auch von dem durch die *Agentur Causales* ausgelobten Wettbewerb zum Kulturmanager des Jahres gewählt.

Dem *Radialsystem* gelingen künstlerische Erfolge vor allem in der Kombination aus neuem Tanz (»Companie Sasha Waltz«) und alter Musik, mit der nicht nur das eigene Haus, sondern auch andere Kulturorte wie zum Beispiel das *Neue Museum* auf eindrucksvolle Weise tänzerisch-musikalisch inszeniert und Kunst und Architektur neu erlebbar gemacht werden. Das *Radialsystem* lebt davon, dass es die *Hardware*: das Haus mit seinen diversen Nutzungsmöglichkeiten für Kunstproduktion, aber auch für andere Veranstaltungen sowie sein professionelles Personal zur Verfügung stellt und über vielfältigste Projekt-Kooperationen, von der Vermietung für Gala-Events über Probenräume für Produktionen der *Staatsoper* bis zur Ausrichtung von wissenschaftlichen Tagungen fortlaufend neu belebt

und finanzielle (Projekt-) Mittel akquiriert. Immer wieder wird das *Radialsystem* darüber hinaus zum Motor für kulturelle Entwicklungen in Berlin, zuletzt etwa indem es mit diversen privaten Musikinitiativen und zugleich unter Einbezug öffentlicher Stellen die Musikmesse »Popkomm Berlin« unter der Devise »All together now« neu belebte.

Beispiel Medienbunker Duisburg Marxloh

Ein ganz anderes Beispiel für einen erfolgreichen neuen Kulturort mit großer Strahlkraft und Veränderungspotential für die Umgebung ist der *Medienbunker Marxloh* in dem von türkischen Migranten und Arbeitslosen dominierten Stadtteil Duisburg-Marxloh.

Der ehemalige Schutzbunker wurde auf Initiative der jungen Medienkulturschaffenden Mustafa Tezeoglu und Halil Özet, mit Finanzierung durch einen privaten Investor sowie mit Fördermitteln aus dem EU Programm URBAN, in einen Medienproduktionsort mit integriertem Jugendkulturzentrum umgebaut. Einerseits wird dort von diversen kommerziellen Firmen der Film-, Musik-, Design- und Werbewirtschaft kreativwirtschaftlich produziert, andererseits findet dort von den gleichen Produzenten initiierte Jugendkulturarbeit statt. Es gibt Film-, Theater- und Bandprojekte mit Jugendlichen aus der Nachbarschaft, deren Familien aus verschiedenen Herkunftsländern stammen, es werden Musiktheaterstücke produziert und publikumswirksam aufgeführt, und es entstehen dort unter dem Claim »Made in Marxloh« Kampagnen und Initiativen zur Aufwertung und Belebung des Stadtteils Marxloh, vor allem im interkulturellen Kontext. So wurden etwa die dort zahlreich ansässigen türkischen Brautmodengeschäfte mit jungen Designstudierenden deutscher Modehochschulen zusammengebracht: Die gemeinsamen Kollektionen werden überregional vermarktet, und inzwischen reisen Käufer und Zwischenhändler aus ganz Deutschland und der Türkei nach Marxloh, um Brautmode einzukaufen. Aktuell planen die Betreiber des *Medienbunkers* ein Migrations-Museum für Marxloh in einem leer stehenden ehemaligen Gewerbehaus; darüber hinaus entwickeln sie mit europäischen Kreativwirtschafts-Förderfonds eine Entrepreneurship-Agentur für Kreativgründer aus Marxloh. Deutlich wird, dass sich die Macher keinem der drei traditionellen Kultursektoren mehr zugehörig fühlen, sondern genau aus dem Dazwischen, aus ihrem Vertrautsein mit verschiedenen gesellschaftlichen Sphären und Kulturen Synergieeffekte und nachhaltige Erfolge erzielen.

Aus kulturpolitischer Sicht sind solche neuen Kulturorte von hoher Relevanz, zeigen sie doch modellhaft neue Wege in der Produktion, Präsentation, Rezeption, dem Management und der Finanzierung von Kunst und Kultur auf. Im Vergleich zu den von bürokratischen Hemmnissen geplagten öffentlichen Kultureinrichtungen erweisen sie sich als flexibler, aktuelle Themen und Ideen aufzugreifen, neue Partner zu finden und neue Projekte zu wagen. Die traditionellen Kultureinrichtungen leiden an ihren Strukturen, selbst wenn sie die Auseinandersetzung mit

neuen Inhalten und Ästhetiken wagen, bleibt ein schwerfälliger Verwaltungsapparat, bleibt das Problem, unmotivierte Mitarbeiter nicht entlassen zu können, Produktionszeiten nach Tarifverträgen ausrichten zu müssen, bleibt auch das ideelle Problem, langjährig geprägten Traditionen und Konventionen scheinbar gehorchen zu müssen oder konservativen Kulturpolitikern und konservativem Kulturpublikum das vertraute Programm liefern zu müssen. Möglicherweise fehlt den öffentlichen Einrichtungen auch der Druck, neue Produktionsweisen und -formen zu entwickeln, um neues Publikum zu gewinnen, weil sie anders als die *New Spaces* förderpolitisch abgesichert und kulturpolitisch legitimiert sind und auch in der Bevölkerung bislang noch kein Zweifel an ihrer Existenzberechtigung laut wird.

Wodurch unterscheiden sich die neuen Kulturorte von den soziokulturellen Einrichtungen?

Soziokultur etablierte sich vor gut 30 Jahren in bewusster Abgrenzung zu den traditionellen, kunstorientierten Kultureinrichtungen auf der Basis eines weiten Kulturbegriffs, der auch alltagskulturelle Formen einbezieht mit dem Anspruch, Bevölkerungsgruppen über das kleine Bildungsbürgerklientel hinaus zu integrieren, ihre Interessen zu berücksichtigen und sie zu »ermächtigen«, sich an gesellschaftlichen Demokratisierungsprozessen zu beteiligen. Die Soziokultur verfolgte das Ziel, den in Deutschland zementierten Gegensatz von Kultur als Hochkultur-Kunst für Eliten auf der einen Seite und Alltagsleben und Alltagskultur einer breiten Bevölkerung auf der anderen Seite aufzuheben, ebenso wie den Gegensatz von professionellem Kunstschaffen einerseits und passivem Publikum andererseits – Macher und Nutzer waren oft dieselben. Die Ziele der Soziokultur haben bis heute nicht an Relevanz verloren, ihr Ansatz, den klassischen Kulturkanon um neue Themen zu erweitern und neue Zielgruppen nicht nur als Kunst-Konsumenten, sondern als Nutzer einzubeziehen ist in unserer kulturell diversen, zunehmend von Migration geprägten Gesellschaft zweifellos noch wichtiger geworden. Und trotzdem konnte sich die Soziokultur nicht ernsthaft Gehör verschaffen und blieb bis heute förderpolitisch marginal. Auch die Soziokultur hat sich inzwischen professionalisiert und dennoch ist ihr nie gelungen, an den konventionellen und zugleich elitären Strukturen des öffentlich geförderten Kulturbetriebs zu rütteln. Möglicherweise war ihre Lobby bislang nicht stark genug, möglicherweise hat sie sich zu sehr mit ihrer kleinen Nische der schon bald institutionalisierten soziokulturellen Zentren arrangiert, möglicherweise hat sich die Soziokultur neuen Kooperationspartnern auch nicht genug geöffnet beziehungsweise entschied sich bewusst dafür, in ihren selbst definierten Grenzen zu bleiben.

Die neu entstandenen Kunst- und Kulturorte zeigen sich offener gegenüber verschiedensten Verbündeten, Formaten, Management- und Finanzierungsmodellen.

Anders als die Soziokultur, die auch in ihren Organisationsformen den Anspruch hatte, basisdemokratisch zu arbeiten und häufig auf die Selbstregulation ihrer Häuser hoffte, verfügen die *New Spaces* in der Regel über ein hochprofessionelles Management, vor allem ein sehr wirkungsvolles Aufmerksamkeitsmanagement.

Beteiligt ist eine neue, junge Generation von unternehmerisch denkenden und professionell ausgebildeten Kulturmanagern, die kaum ideologisch bedingte Barrieren und Berührungsängste haben und die dementsprechend mit den verschiedensten Institutionen und Projekten Netzwerkbeziehungen pflegen und temporäre Kooperationen eingehen. Partner können dabei ebenso Wirtschaftsunternehmen wie traditionelle Kultureinrichtungen sein.

Auch in ihren Programmen wechseln sie zwischen Hochkultur-Kunst, Wirtschafts-Events, Nachbarschaftsprojekten, kulturellen Bildungsprojekten, gesellschaftspolitischen Veranstaltungen beziehungsweise versuchen diese zu verbinden.

Wesentlich für diese neuen Kunst- und Kulturorte, die ganz offensichtlich standort- und gesellschaftsveränderndes Potential haben, sind die »Neuen Kulturunternehmer«, die diese führen. Sie sind in der Regel charismatische Persönlichkeiten, die mit großer Leidenschaft ihr Projekt, das nie nur Arbeits- sondern immer auch Lebensprojekt ist, vorantreiben und denen es gelingt, andere zu motivieren und mitzureißen. Kulturunternehmer müssen, anders als öffentlich Angestellte, risikobereit sein, und sie müssen eigene Visionen haben.

Zusammenfassend lassen sich folgende Prinzipien der erfolgreichen neuen Kulturorte beobachten:

- Wirtschaftliches, an Effizienz orientiertes, professionelles und zugleich gesellschaftlich verantwortliches Handeln;
- Fähigkeit durch den Aufbau vielfältiger Partnerschaften und Kooperationen neue Ressourcen zu generieren und neue Mitstreiter zu gewinnen;
- Einbezug diverser gesellschaftlicher Gruppen über traditionelle Kultur-Zielgruppen hinaus;
- Erweiterung des kulturellen Kanons im Sinne interkulturellen Handelns;
- Fähigkeit auf neue gesellschaftliche Fragen/Herausforderungen und neue Zielgruppen flexibel reagieren zu können, statt auf dem eigenen Status zu beharren.

Für die öffentliche Kulturförderpolitik könnte das Entstehen solcher neuen, zugleich kulturwirtschaftlich wie gemeinnützig arbeitenden Einrichtungen bedeuten, dass sie sich von ihren bisherigen Paradigmen verabschieden muss: Diese waren auf der einen Seite am Prinzip »Hochkulturförderung« als *Closed Shop* und Distinktionsveranstaltung für die bildungsbürgerliche Elite orientiert, auf der anderen Seite am Prinzip »Kultur für alle« quasi als Erziehungsmaßnahme. Ein dritter Weg schien kaum vorstellbar: die gleichwertige Akzeptanz unterschiedlicher Kunst- und Kulturformen und damit verbunden die gleichwertige öffentliche Förderung dieser unterschiedlichen Formen, sei es die ländliche Kultur mit ihren Chören und Vereinen, seien es unterschiedliche Spielarten von Jugend- und Popkultur, sei es Musicalkultur, seien es die Kulturformen der diversen Migrantenvereine oder die traditionelle westliche klassische Kultur in den Konzerthäusern und Theatern – es gäbe keine Geschmackshoheit der öffentlichen Kulturverwaltung und Kulturpolitik mehr. Liefe das nicht auf das Abschaffen jeglicher Qualitätskriterien hinaus? Und wie kann es dann überhaupt noch Anhaltspunkte für

öffentliche Kulturförderung geben, wenn es keinen Kanon des Förderungswürdigen mehr gibt?

Schwierige neue Fragen, für die noch Antworten gefunden werden müssen. Sicherlich kann die Lösung nicht darin bestehen, am gewohnten Kanon festzuhalten, sondern Qualität muss jenseits von Geschmackspräferenzen bestimmter gesellschaftlicher Gruppen festgemacht werden, zum Beispiel indem man kulturelle Produktionen jeweils neu am Erreichen ihrer je spezifischen, immer an gesellschaftlicher Relevanz und Akzeptanz festzumachenden Ziele misst; sicherlich geht damit eine Ent-Institutionalisierung und Flexibilisierung des Kulturbetriebs einher.

Hier neue Kriterien zu bestimmen und zügig umzusetzen wird eine zentrale Aufgabe von Kulturpolitik in den nächsten Jahren sein.

Linn Quante, Sebastian Sooth

Coworking Spaces

Offene Räume für eine Kultur des gemeinsamen Arbeitens

> *»Did you know that there is a global community dedicated to the values of Collaboration, Openness, Community, Accessibility and Sustainability in their workplaces? It's called Coworking. And people seem to think it's swell.«*
>
> (www.coworking.com)

Die Arbeitswelt ist im Wandel. Arbeitsstrukturen verändern sich, Arbeitskulturen verändern sich. Durch die technologische Entwicklung der vergangenen Jahre lässt sich Arbeit mehr und mehr wesentlich unabhängiger von Ort und Zeit erledigen. Im Zuge dessen entwickeln sich alternative Arbeitsmodelle jenseits vom klassischen *Nine-to-five-Job* im Angestelltenverhältnis oder dem selbst und ständig arbeitenden Freiberufler im *Home-Office*.

Coworking heißt eine Bewegung, die ausgehend von Amerika in den letzten Jahren auch ihren Weg nach Europa gefunden hat. Sie praktiziert das produktive, gemeinsame Arbeiten in einem offenen, kommunikativen Arbeitsumfeld. Gearbeitet wird zusammen mit Gleichgesinnten, nicht unbedingt an derselben Aufgabe und nicht unbedingt für denselben Auftraggeber. Die Offenheit zum Teilen von Wissen, Erfahrungen, Arbeitsraum und Ausstattung bildet die Basis für dieses Arbeitsmodell.

Die Übersetzung dieser Arbeitskultur in reale Räume lässt offene flexible Orte entstehen, die Platz zum Austauschen und Netzwerken bieten und die Entwicklung gemeinsamer Projekte und erfolgreicher Geschäftsideen fördern – so genannte *Coworking Spaces*. Mit der nötigen Infrastruktur unterstützen diese das Modell des gemeinsamen Arbeitens.

Coworking und die ersten *Coworking Spaces* sind im Umfeld von IT-Arbeitern wie beispielsweise Programmierern und Softwareentwicklern entstanden. Ihr Arbeitsraum ist das Internet. Gemeinsam arbeitet man mit *Online Collaboration Tools* an Projekten – unabhängig von Standort und Arbeitszeit. Die Teams sind flexibel, finden sich je nach Auftrag und Aufgabe neu zusammen. Ein beständiges Ele-

ment ist die Community in der man sich bewegt und agiert. Diese im Netz erprobten Formen des gemeinsamen Arbeitens sowie der Community-Gedanke finden in *Coworking Spaces* ihr analoges Pendant. Die Arbeitskultur von *Coworking* spiegelt sich so in den Räumlichkeiten wieder: flexible Arbeitsplätze im halböffentlichen Raum, ein kommunikatives Umfeld und die Offenheit für ein produktives Arbeiten mit Gleichgesinnten.

Gemeinsame Arbeitsorte sind selbstredend keine neue Erfindung. Kaffeehäuser sind seit jeher bekannt als Orte des Austausches. In kommunikativer Atmosphäre wurden Gedanken notiert und Skizzen angefertigt. Die Entstehung von Gemeinschaftsbüros und Ateliergemeinschaften folgt dem Wunsch nach gemeinsamen Arbeits- und Kommunikationsräumen. Der Kunst- und Kulturbereich war ohnehin lange Zeit als Vorreiter neuer Arbeitszusammenhänge bekannt. Modelle wie selbstorganisiertes freies und projektbezogenes Arbeiten in wechselnden Teams haben ihren Ursprung in der kulturellen Szene. Digitalarbeiter entwickeln derzeit diese Arbeitsformen fort, indem sie die Flexibilisierung von Zusammenarbeit durch entsprechende Tools zur Online-Zusammenarbeit wie *Skype*, *Dropbox* oder *Google Docs* nutzen. Die Verbreitung günstiger Internetzugänge sowie Laptops unterstützt diese Entwicklung.

Zu den frühen *Coworkern* zählen neben den IT-Arbeitern vor allem Kultur- und Kreativarbeiter wie Grafiker, Texter und Projektmanager aus allen Sparten der Kunst und Kultur. Eine junge Generation von mobilen Wissensarbeitern prägt dieses neue Arbeitsmodell und gestaltet mit den *Coworking Spaces* eine Infrastruktur für mobile, flexible und selbstbestimmte Arbeitszusammenhänge.

Baukasten: Coworking Space

Für die Gründung und Eröffnung eines *Coworking Spaces* braucht man zunächst nicht viel: einen Ort, an dem mindestens zehn bis 20 Leute bequem Platz finden, W-Lan, eine Kaffeemaschine, Strom, Tische und Stühle.

Coworking Spaces werden nach verschiedenen Modellen betrieben. Neben Orten, die von einer Gruppe gemeinsam betrieben und benutzt werden, gibt es viele Angebote, bei denen eine Betreibergruppe den Ort anderen zur Verfügung stellt.

Die flexible Nutzungsstruktur von *Coworking Spaces* ist ein besonderes Merkmal dieser Arbeitsorte. Die Arbeitsplätze werden nicht dauerhaft vermietet und in der Regel gilt die *Clean Desk Policy*, der Schreibtisch wird also am Abend leer geräumt. Der Nutzer eines *Coworking Spaces* kann zwischen verschiedenen Tarifen wählen. Neben einer Monatsmitgliedschaft ist es auch möglich, nur tage- oder wochenweise an einem Ort zu arbeiten. Tarife können mit und ohne eigenen Schlüssel gebucht werden. Briefkästen und Schließfächer sowie Besprechungsräume oder Technik können Bestandteil der monatlichen Mitgliedschaft sein oder punktuell dazu gebucht werden.

Diese vorhandene aber flexibel nutzbare Arbeitsinfrastruktur bietet den Nutzern von *Coworking Spaces* die Möglichkeit, sich auf das eigene Kerngeschäft zu kon-

zentrieren, anstatt sich mit der Anmietung, Ausstattung und Pflege eines eigenen Büros zu beschäftigen. Zudem lässt diese Art und Weise der Vermietung von Arbeitsplätzen es zu, dass viele unterschiedliche Menschen an einem Ort arbeiten. Ein *Coworking Space* ist immer in Bewegung.

Gleichzeitig haben viele *Coworking Spaces* auch einen ruhenden Mittelpunkt: Das sind die Gründer und die regelmäßigen Nutzer. Sie bilden die Community rund um den jeweiligen Ort. Ausgehend von ihnen entwickelt jeder *Coworking Space* im Laufe der Zeit seine eigene Arbeits- und Raumkultur. Diese kann beispielsweise eher businessorientiert sein, einen künstlerisch-kreativen Schwerpunkt haben oder durch IT-Arbeiter geprägt sein. Ein Mix ist selbstverständlich nicht ausgeschlossen. Der Ausrichtung von *Coworking Spaces* sind im Prinzip keine Grenzen gesetzt. Das gilt auch für den Aufbau eines solchen Ortes. Räumlichkeiten können klein sein, mit einem großen Schreibtisch zum gemeinsamen Arbeiten, oder es sind große Flächen mit mehreren Arbeitsbereichen. *Coworking Spaces* können Besprechungsräume, Veranstaltungsräume und Ruhebereiche bereitstellen. Sie sind auch nicht nur für Menschen mit digitalen Arbeitsgeräten geeignet. Einige *Coworking Spaces* bieten bereits heute eine Infrastruktur mit Werkstätten, Proberäumen für Musik, Tanz und Theater sowie Atelierbereiche an. Das Café oder ein Barbereich sind ebenfalls Teil vieler *Coworking Spaces*.

Arbeiten im Café oder in der Bar? In *Coworking Spaces* treffen sich Menschen nicht nur zum Arbeiten, sondern auch um diese Orte für gemeinsame Veranstaltungen zu nutzen. In New York gibt es beispielsweise einen Ort, der tagsüber *Coworking Space* ist und abends eine Galerie der lokalen Kulturszene. In vielen Fällen entwickelt sich rund um einen *Coworking Space* ein Veranstaltungsprogramm mit Ausstellungen, Vorträgen und Partys. Auch Theater wurde schon gespielt sowie Workshops angeboten. Oftmals entstehen erste Veranstaltungen aus dem Nutzerumfeld heraus. Wie professionell und regelmäßig solche Programme durchgeführt werden, ist von Ort zu Ort unterschiedlich.

Escape the Office, Reclaim the Coworking Space

Die Freiberufler als Nutzer von *Coworking Spaces* prägen derzeit vor allem das Bild in der Öffentlichkeit. Das muss nicht so sein und das soll auch nicht so bleiben. Die Orte bieten Platz für jeden, der die Arbeitskultur rund um *Coworking* und *Coworking Spaces* schätzt und teilt. Freiberufler als Nutzer eingeschlossen, Angestellte auf keinen Fall ausgeschlossen.

Nach einer *bitkom*-Studie von 2009 möchten 80 Prozent der Angestellten in Deutschland einen oder mehrere Tage nicht im Büro arbeiten. Die erste Alternative zum Büro ist für viele Angestellte das *Home-Office*. Dieses kann aber eine gute Arbeitsinfrastruktur, die eben auch die Kommunikation und den Austausch mit anderen Personen einschließt, auf Dauer nicht ersetzen.

Coworking Spaces könnten in Zukunft für Firmen eine einfache Möglichkeit darstellen, ihren Mitarbeitern Räume in der Wohnumgebung anzubieten, in denen

sie in angenehmer Arbeitsatmosphäre tätig sein können. Eine Tendenz, die es außerhalb Deutschlands bereits zu beobachten gibt. In Südkorea beispielsweise werden zurzeit über 20 Telearbeitscenter eingerichtet. In New York gibt es einen *Coworking Space*, der von der lokalen Wirtschaft gemeinsam eingerichtet und betrieben wird. Nach den Schneestürmen Anfang 2010 hat Präsident Obama eine Arbeitsgruppe eingerichtet, mit der modellhaft *Coworking* für Mitarbeiter der Bundesverwaltung erprobt werden soll, um ihnen ortsunabhängiges Arbeiten zu ermöglichen.

Die Beteiligung beziehungsweise Nutzung von *Coworking Spaces* durch Institutionen, die ihren Mitarbeitern eine flexiblere Arbeitsplatzgestaltung ermöglichen wollen, gehört zum Potenzial dieser Orte. Ebenfalls ist es vorstellbar, dass Institutionen entsprechende *Coworking Areas* in die eigene bestehende Infrastruktur integrieren. Vorhandene, aber temporär ungenutzte Flächen können so eine neue Bestimmung finden. Denn: *Coworking* Angebote können auch nützlich sein, um externes Wissen in Organisationen zu bringen. Einige IT-Firmen haben bereits begonnen *Freelancern* zusätzlichen Platz in ihren Räumen zur Verfügung zu stellen. So können Ideen und Konzepte unkompliziert auch mit Externen diskutiert werden.

Folgt man dem Grundgedanken von *Coworking*, wäre es wünschenswert mit einer Selbstverständlichkeit regelmäßig Firmenangestellte in *Coworking Spaces* anzutreffen und Freiberufler in *Coworking Areas* von Unternehmen. Strukturen könnten sich öffnen, neue Kooperationsmodelle könnten entstehen und schließlich neue Arbeitszusammenhänge.

Coworking.de

Seit im Frühjahr 2009 das *betahaus* in Berlin eröffnet hat, der bisher größte deutsche *Coworking Space*, findet das Thema *Coworking* auch in Deutschland stärkere Beachtung.

Neben Großstädten wie Berlin, Hamburg, Stuttgart, München, Frankfurt und Köln entstehen *Coworking Spaces* mittlerweile auch in kleineren Städten in ganz Deutschland. In Hamburg und Berlin gibt es bereits heute mehrere *Spaces* pro Stadt. Die Betreiber der deutschen *Coworking Spaces* treffen sich regelmäßig, um gemeinsam die Entwicklung und Vernetzung dieser Arbeitsorte voranzutreiben. 2010 findet die erste *Coworking Week* statt, ein gemeinsam organisiertes Festival, das möglichst vielen Menschen einen Einblick in *Coworking* und flexibles, mobiles Arbeiten geben möchte.

Das *Hallenprojekt* aus Berlin ist seit 2007 aktiv dabei, die Idee des neuen, freien Arbeitens zu unterstützen. Einerseits durch Veranstaltungen, Berichte, Vorträge und Ähnliches, andererseits wurde 2008 die Website *hallenprojekt.de* eingerichtet, um mobilen Arbeitern eine Plattform zu bieten, auf der sie Orte für angenehmes Arbeiten mit Gleichgesinnten finden können. Das können ad hoc Plätze wie Cafés oder Gästebüros sein, die Plätze für flexibles Arbeiten zur Verfügung stellen, oder eben *Coworking Spaces*.

Zukunft der Arbeit, Zukunft des Büros

Büro und Büroarbeit sind keine Auslaufmodelle, das steht fest. Nur Form und Inhalt können und werden sich verändern. *Coworking* als Modell für eine Form von Zusammenarbeit und der *Coworking Space* als Ort der Gemeinschaft und der Kooperation lassen dies sichtbar werden. Bei der zukünftigen Arbeitsplatzgestaltung sollte das Büro nicht mehr als Ort der Koordination und Kontrolle die zentrale Rolle spielen, sondern vielmehr sollte man sich an gemeinschaftlichen Orten wie *Coworking Spaces* zusammen finden. Diese sind Arbeitsraum und Begegnungsstätten zugleich.

Die Strukturierung durch festgelegte Prozesse bestimmt nach wie vor unsere Arbeitskultur. In der Zukunft wird es jedoch viel mehr darum gehen, dass Menschen in projektspezifischen, flexiblen Gruppen agieren und gemeinsam zu konkreten Problemen effiziente Lösungen finden. Dabei wird es darauf ankommen, auch kurzfristig die passende Expertise an einer konkreten Stelle einsetzen zu können. Dafür müssen sich Vertrauensnetzwerke herausbilden, die über Empfehlungen und lose Verknüpfungen hinausgehen und in der *Community* ihre Entsprechung finden. Die Vielfalt der unterschiedlichen *Coworking Spaces* wird es ermöglichen, einen aktuellen Arbeitsort passend zu aktuellen Tätigkeit zu finden. Im Gegensatz zu klassischen Bürogemeinschaften oder Firmen bindet man sich an einen *Coworking Space* auf eine losere Art. Diese ermöglicht es, Arbeit da zu erledigen, wo sie passt, anstatt lange an einen Ort gebunden zu sein.

In Zukunft wird es selbstverständlich sein, zum Arbeiten in einen *Coworking Space* zu gehen. Genauso wie es heute selbstverständlich ist, zum Einkaufen einen Supermarkt aufzusuchen und für das Feierabendbier eine Kneipe.

Chronik kulturpolitischer und kultureller Ereignisse im Jahre 2009

zusammengestellt von BERND WAGNER

Januar

1.1. Berlin Das neue Filmförderungsgesetz tritt in Kraft. Es sieht unter anderem eine Neuverteilung der Förderung vor. Erhöht werden besonders die Drehbuchförderung und die Förderung der Kinos unter anderem durch eine Reduzierung der Kinoabgabe. Außerdem werden die Mittel für die Verleihförderung und den Vertrieb deutlich erhöht. (→ 5.2., 25.2., 31.12.)

1.1. Vilnius/Linz Unter den Motti »Culture Live« (Vilnius/Litauen) und »Kultur für alle« (Linz/Oberösterreich) haben die beiden europäischen Kulturhauptstädte 2009 mit zahlreichen Veranstaltungen ihre Aktivitäten zum Kulturhauptstadtjahr begonnen.

7.1. Prag Der tschechische Premierminister Mirek Topolánek und der Präsident der EU-Kommission José Manuel Barroso eröffnen mit einer Konferenz das »Europäische Jahr der Kreativität und Innovation« unter dem Motto »visionär, kreativ, innovativ«. Im Mittelpunkt steht die Bedeutung von Bildung, Innovation und Kreativität für die ökonomische, gesellschaftliche und soziale Entwicklung Europas, die im Laufe des Jahres durch zahlreiche Veranstaltungen, Projekte und Aktivitäten beleuchtet, untersucht und diskutiert werden soll.

18.1./5.2. Wiesbaden Nachdem die Ergebnisse der hessischen Landtagswahl im Jahre 2008 keine regierungsfähige Mehrheit hervorgebracht hatten, kommt es bei dem erneuten Wahlgang im Januar 2009 zu einer komfortablen Mehrheit für *CDU* (37,2%, + 0,4%, 46 Sitze) und *FDP* (16,2%, + 6,8%, 20 Sitze). Die *SPD* sinkt auf 23,7 Prozent (– 13%, 29 Sitze) die *Grünen* verdoppeln mit 13,2 Prozent fast ihr Ergebnis vom Vorjahr (+ 6,2%, 17 Sitze) und die *Linke* bleibt mit 5,4 Prozent nahezu gleich (+ 0,3%, 6 Sitze). Am 5.2. wird die neue *CDU-FDP*-Landesregierung unter Roland Koch (*CDU*) vereidigt. Neue Ministerin für Wissenschaft und Kunst wird die *CDU*-Hochschulpolitikerin Eva Kühne-Hörmann, neue Kultusministerin Dorothea Henzler (*FPD*). (→ 30.8./ 29.9., 30.8./ 3.11., 30.8./ 10.11., 27.9./27.10., 27.9./ 28.10., 27.9./ 6.11.)

20.1. Frankfurt am Main/Berlin Das Wort »notleidende Banken« wird zum »Unwort des Jahres 2008« gewählt. Der Begriff stelle das Verhältnis von Ursachen und Folgen der Weltwirtschaftskrise auf den »Kopf«, begründet die Jury ihre Entscheidung. Auf den Rängen folgen »Rentnerdemokratie« und die Formulierung »Karlsruhe-Touristen«, mit der die wachsende Haltung kritisiert wird, wiederholt das Bundesverfassungsgericht anzurufen. (→ 18.12.)

26.1. Waltham/Boston, USA Der Präsident der *Brandeis University* Jehuda Reinharz kündigt an, das zur Privatuniversität gehörende *Rose Art Museum* zu schließen und dessen Sammlung zu verkaufen. Nicht nur durch die internationale Wirtschaftskrise, sondern auch durch Kursstürze an der Wallstreet, die immense Teile des Stiftungsvermögens betrafen, geriet die Universität in einen finanziellen Engpass. Des Weiteren waren zahlreiche Mäzenaten dem Milliarden-Betrüger Bernard Madoff zum Opfer gefallen, wodurch weitere Spendeneinnahmen eingebüßt wurden. Weltweite Proteste jedoch bewegen Reinharz dazu, das Museum doch nicht zu schließen und nur Teile der Sammlung zu verkaufen.

27.1. Berlin Das größte Konjunkturpaket seit Bestehen der Bundesrepublik wird von der Bundesregierung beschlossen. Es umfasst Hilfen von rund 50 Millionen Euro, um der Wirtschaftskrise entgegenzuwirken. Aus dem Konjunkturpaket II werden auch investive Ausgaben für Kultureinrichtungen finanziert. (→ 2.12.)

28.1. Stuttgart-Zuffenhausen Mit einem Festakt wird das neue *Porsche-Museum* eröffnet. Es kostet den Sportwagenbauer 100 Millionen Euro und wurde vom Wiener Architektenbüro Delugan-Meissl entworfen. Der Bau ist nach *VW* in Wolfsburg, *Mercedes-Benz* in Stuttgart und *BMW* in München das vierte Museum der Automobilindustrie in Deutschland. (→ 5.3., 20.3., 21.5., 21.6., 28.8., 16.10.)

Februar

5.2. Berlin Nach der Bilanz der *Filmförderungsanstalt (FFA)* kamen 2008 gegenüber dem Vorjahr knapp 5 Mio. mehr Besucher (129 Mio.) in die deutschen Kinos. Der Gesamtumsatz stieg um 4,9 Prozent auf 794,7 Mio. Euro (plus 36,8 Mio.). Der Marktanteil der deutschen Filme erhöhte sich auf 26,6 Prozent (von 23,4 Mio. Besucher auf 34 Mio.) und verzeichnete mit 185 Erstaufführungen eine neue Höchstmarke. Der erfolgreichste Film 2008 war Til Schweigers »Keinohrhasen« mit 4,9 Mio. Besuchern, gefolgt vom neuen James Bond »Ein Quantum Trost« (4,7 Mio.) und dem Animationsfilm »Madagascar« (4,8 Mio.). Elf Filme konnten mehr als eine Millionen Besucher anziehen, darunter sechs deutsche (außer »Keinohrhasen« noch »Die Welle«, »Die wilden Kerle«, »Kirschblüten«, »Der Baader-Meinhof-Komplex« und »Krabat«). 2008 gab es 471 Neustarts und damit 13 weniger als 2007. (→ 1.1., 25.2., 31.12.)

5.–15.2. Berlin Die 59. Berlinale wird mit Tom Tykwers Film »The International« eröffnet. Insgesamt sehen 240 000 Besucher 384 Filme. Den »Goldenen Bären« für den besten Film erhält »La teta asustada« (»Die Milch des Leids«) von Claudia Llosa (Peru), der »Silberne Bär« / »Großer Preis der Jury« geht an »Alle Anderen« von Maren Ade und an »Gigante« von Adrían Biniez (Uruguay), der auch als bester Erstlingsfilm prämiert wird. Als beste Schauspielerin wird Birgit Minichmayr für ihre Rolle in »Alle Anderen« mit dem »Silbernen Bären« ausgezeichnet, als bester Schauspieler Sotigui Kouyaté (»London River«). Der Preis für die beste Regie geht an Asghar Farhadi (Iran) für »Alles für Elly«. (→ 10.2., 22.2., 28.2.–7.3., 24.4., 13.5.– 24.5., 5.–15.8., 2.–12.9., 25.11., 11.12.)

6.2. Berlin/Frankfurt am Main Die Geschäftsleitung des *Suhrkamp Verlags* informiert via Pressemitteilung über die Verlegung des Verlagsstandorts von Frankfurt am Main nach Berlin. Dennoch behält *Suhrkamp* in Frankfurt eine Dependance und drei Stiftungen.

8.2. Los Angeles Bei der 51. Verleihung der Grammy-Musikpreise bekommen der Ex-Sänger von Led Zeppelin Robert Plant und Alison Krauss für ihr gemeinsames Album »Raising Sand« fünf Grammys, unter anderem die Auszeichnung als »Album des Jahres« und für »Please read the Letter« als »Single des Jahres«. Song des Jahres wird »Viva La Vida« von Coldplay aus dem Rockalbum des Jahres »Viva la vida or death and all his friends«. Bei der klassischen Musik werden unter anderem als beste Chordarbietung die *Berliner Philharmoniker* und der *Rundfunkchor Berlin* für das Choralwerk »Symphony of Psalms« von Igor Strawinsky ausgezeichnet. Hans Zimmer bekommt nach seinen beiden Grammys in den neunziger Jahren zusammen mit James Newton Howard einen Grammy für den Soundtrack zu dem Batman-Film »The Dark Knight«. (→ 21.2., 18.5., 31.8., 18.10.)

10.2. Italien Kulturminister Sandro Bondi ernennt ohne die sonst übliche Ausschreibung den ehemaligen *McDonalds*-Chef und Wirtschaftsexperten Mario Resca zum neuen Generaldirektor der staatlichen Museen Italiens. Dieser soll die prekäre Lage der Kulturinstitutionen verbessern, indem er insbesondere durch die kommerzielle Verwertung von Kunstschätzen die Kassen aufstockt. Gleichzeitig wird der Kulturetat um 1,4 Mrd. Euro bis 2011 gekürzt.

10.2. Berlin »Jerichow« von Christian Petzold wird vom Verband der deutschen Filmkritiker zum besten deutschen Film 2008 gewählt. Der Preis für das beste Spielfilmdebüt geht an Brigitte Maria Bertele (Regie) und Johanna Stuttmann (Drehbuch) für die SWR-Kinokoproduktion »Nacht vor Augen«. Zur besten Darstellerin wählen die Kritiker Karoline Herfurth für ihre Leistung in »Im Winter ein Jahr« von Caroline Link, der auch den Preis für die beste Musik erhält, und als besten Darsteller Elmar Wepper für seine Rolle in »Kirschblüten« von Doris Dörrie. Als bester Dokumentarfilm wird »Holunderblüte« von Volker Koepp ausgezeichnet. (→ 5.2.–15.2., 22.2., 28.2.–7.3., 24.4., 13.5.–24.5., 5.–15.8., 2.–12.9., 25.11., 11.12.)

13.2. Berlin Der Staatsminister im Auswärtigen Amt Gernot Erler stellt gemeinsam mit Vertretern der *Deutschen UNESCO-Kommission (DUK)* und des *Goethe-Institutes* den neuen Freiwilligendienst »Kulturweit« vor. Er wird vom *Auswärtigen Amt* in Kooperation mit der *DUK*, dem *Goethe-Institut*, dem *Deutschen*

Akademischen Austauschdienst und anderen getragen und gibt jungen Menschen zwischen 18 und 26 Jahren die Möglichkeit, sich in der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik zu engagieren. Er basiert auf den Regelungen für das Freiwillige Soziale Jahr. (→ 1.9.)

14.2. Deutschland Eine Umfrage des *Instituts für Demoskopie Allensbach* zu den wichtigsten Persönlichkeiten aus Kunst, Sport und Kultur erhebt die 20 wichtigsten Deutschen seit 1949: Auf Platz eins steht unangefochten Heinz Rühmann vor Franz Beckenbauer und Komiker Vicco von Bülow alias Loriot. Es folgen Formel-1-Weltmeister Michael Schumacher (4), die ehemaligen Tennisprofis Steffi Graf (5) und Boris Becker (6), die Fußballprofis Uwe Seeler (7) und Fritz Walter (9), Fernsehmoderator Thomas Gottschalk (8) und der Literatur-Nobelpreisträger Günter Grass (10).

21.2. Anlässlich des 11. Internationalen Tags der Muttersprache, der seit 2000 nach einem Beschluss der UNESCO jährlich bestritten wird, diskutiert die *Gesellschaft für Deutsche Sprache* die Verständlichkeit der Rechts- und Verwaltungssprache sowie die Sprache der Politik.

21.2. Berlin Bei der 18. »Echo«-Verleihung triumphiert Peter Fox mit drei der insgesamt 27 Preise in den Kategorien Hip-Hop/Urban, bester Produzent und Kritikerpreis. Das Duo Rosenstolz und die Schlagersängerin Helene Fischer werden mit je zwei Echos ausgezeichnet. Udo Lindenberg bekommt 17 Jahre nachdem er schon für sein Lebenswerk geehrte wurde, erneut eine Auszeichnung, diesmal als bester nationaler Künstler Rock/Pop, und die Scorpions für ihr Lebenswerk. Zum zwölften Mal sichern sich die Kastelruther Spatzen den Preis in der Sparte Volksmusik. (→ 8.2., 18.5., 31.8., 18.10.)

22.2. Los Angeles Bei der 81. Verleihung der »Academy Awards« ist der in den Slums von Mumbai spielende Film »Slumdog Millionaire« des englischen Regisseurs Danny Boyle mit acht »Oscars« der große Gewinner u.a. als bester Film und für die beste Regie. Als beste Hauptdarstellerin wird Kate Winslet für ihre Rolle in »Der Vorleser«, als bester Hauptdarsteller Sean Penn in »Milk« geehrt sowie als beste Nebendarsteller Penélope Cruz in »Vicky Cristina Barcelona« und posthum Heath Ledger in »The Dark Knight«. Den Preis für den besten nichtenglischen Film erhält »Departures« von Yojiro Takita (Japan) und für den besten Kurzfilm Alexander Freydank für »Spielzeugland« (Deutschland). (→ 5.2.–15.2., 10.2., 28.2.–7.3., 24.4., 13.5.–24.5., 5.–15.8., 2.–12.9., 25.11., 11.12.)

23.2. Bagdad Das irakische *Nationalmuseum* in Bagdad wird unter strengen Sicherheitsvorkehrungen wiedereröffnet, nachdem es im April 2003 nach Einmarsch der Amerikaner ausgeraubt worden war.

25.2. Leipzig Das *Bundesverwaltungsgericht (BVerwG)* in Leipzig entscheidet, dass die Filmabgabe in ihrer aktuellen Ausführung gemäß dem Filmförderungsgesetz gegen den Grundsatz der Abgabengerechtigkeit verstößt. Neun Kinobetreiber hatten geklagt. Die von Kinobetreibern, Videoanbietern und Fernsehsendern zu leistende Sonderabgabe, die von der *Filmförderungsanstalt (FFA)* des Bundes erhoben wird, soll die Förderung deutscher Filme gewährleisten. (→ 1.1., 5.2., 31.12.)

28.2.–7.3. Ouagadougou, Burkina Faso Das Festival für panafrikanisches Kino und Fernsehen findet unter dem Motto »Afrikanisches Kino, Tourismus und kulturelles Erbe« statt, mit dem es sein 40-jähriges Bestehen feiert. Den Hauptpreis »Etalon d'Or de Yennenga« des diesjährigen Wettbewerbs, den nur afrikanische Regisseure bestreiten dürfen, gewinnt als bester Film »Teza« des Äthiopiers Haile Gerima. (→ 5.2.–15.2., 10.2., 22.2., 24.4., 13.5.–24.5., 5.–15.8., 2.–12.9., 25.11., 11.12.)

März

3.3. Köln Infolge des U-Bahnbaus sind das *Historische Archiv der Stadt Köln* und einige benachbarte Häuser zusammengestürzt und zerstört. Dabei kamen zwei Menschen ums Leben und eines der bedeutendsten Archive Nordeuropas mit Dokumenten aus 1000 Jahren Stadt- und Kulturgeschichte wurde unter Tonnen von Schutt begraben. Wie viele der Dokumente für immer verloren sind, wird sich erst im Laufe der langjährigen Bergungs- und Restaurierungsarbeiten herausstellen.

5.3. Berlin Das *Neue Museum* in Berlin, das im Zweiten Weltkrieg fast gänzlich zerstört wurde, konnte nach zehnjährigen Planungs- und Bauarbeiten auf der Berliner Museumsinsel wiedereröffnet werden. Mit der vollständigen Eröffnung ab 16. Oktober 2009 beherbergt es auch die Sammlungen des *Museums für Vor- und Frühgeschichte* und des *Ägyptischen Museums*. (→ 28.1., 20.3., 21.5., 21.6., 28.8., 16.10.)

5./6.3. Stralsund Themen der Beratungen der 325. Plenarsitzung der *Kultusministerkonferenz* sind Fragen des Hochschulzugangs, der Stärkung der Demokratieerziehung in den Schulen und der stärkeren Unterstützung der Kinder und Jugendlichen mit

sonderpädagogischem Förderbedarf. In der »Stralsunder Erklärung« wird Stellung zur Ausbildung und Einstellung von Lehrern bezogen. (→ 18.6., 15./16.10., 10.12.)

9.3. Berlin Der Bundestag diskutiert den »Medien- und Kommunikationsbericht« der Bundesregierung. Im Zentrum stehen die Digitalisierung der Medien und deren Auswirkungen auf alle Lebensbereiche. (→ 11./12.5., 22.3., 2.–5.6., 10.11., 2.12.)

11.3. Wien Auf der Bücher-Weltrangliste der meist verkauften Autoren 2008 (auf der Grundlage von neun nationalen Bestsellerlisten) steht der afghanische, im Exil in den USA lebende Khaled Hosseini (»Drachenläufer« und »Heller als die Sonne«) an der Spitze, gefolgt vom schwedischen Krimiautor Stieg Larsson, Ken Follett (Großbritannien) und Stephanie Meyer (USA) mit ihren Vampirromanen. Mit Muriel Barbery (»Die Eleganz des Igels«) und Anna Gavalda stehen zwei französische Schriftstellerinnen auf den Plätzen fünf und sieben. Dazwischen ist der Spanier Carlos Ruiz Zafón platziert. John Grisham (USA), J. K. Rowling (Großbritannien) und Henning Mankell (Schweden) schließen die Liste der zehn meistverkauften Autoren ab. Mit Ausnahme des Briten Alan Bennett (Platz 11) und des Brasilianers Paulo Coelho (Platz 20) stehen auf den nächstplatzierten Rängen nur US-amerikanische Autorinnen und Autoren. (→ 12.–15.3., 14.–18.10., 31.12.)

12.–15.3. Leipzig Der »Preis der Leipziger Buchmesse« für Belletristik geht an Sibylle Lewitscharoff für »Apostoloff«, in der Kategorie Sachbuch/Essayistik an Herfried Münkler für »Die Deutschen und ihre Mythen« und in der Kategorie Übersetzung an Eike Schönfeld für seine Übertragung von Saul Bellows »Humboldts Vermächtnis«. Den »Buchpreis für Europäische Verständigung« erhält Karl Schlögel für sein Buch »Terror und Traum. Moskau 1937«. Auf der 18. Leipziger Buchmesse stellen 2 135 Verlage aus 38 Ländern ihre Neuerscheinungen vor und werden 147 000 Besucher gezählt, eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 14 Prozent. Bei 1 900 Veranstaltungen des Leipziger Lesefestes lesen mehr als 1 500 AutorInnen. (→ 11.3., 14.–18.10., 31.12.)

19.3. Berlin Der Sprecherrat des *Deutschen Kulturrats* wählt einstimmig Prof. Dr. Max Fuchs als Präsidenten und seine beiden Stellvertreter Dr. Georg Ruppelt und Christian Höppner für eine erneute Amtszeit. Diese geht bis 2011. (→ 30.9.)

20.3. München Nach der Neugestaltung des St.-Jakob-Platzes mit Synagoge, Jüdischem Museum und Gemeindezentrum beschließt der Stadtrat von München, als ehemalige »Hauptstadt der Bewegung«, auf dem Gelände des früheren »Braunen Hauses« ein NS-Dokumentationszentrum zu bauen. Land und Landeshauptstadt investieren dafür 30 Millionen Euro. (→ 28.1., 5.3., 21.5., 21.6., 28.8., 16.10.)

22.3. Heidelberg Der Heidelberger Appell »Für Publikationsfreiheit und die Wahrung der Urheberrechte« wird von den Verlegern Manfred Meiner, Vittorio Klostermann, KD Wolff und dem Heidelberger Literaturwissenschaftler Roland Reuß veröffentlicht, um dadurch die ihrer Meinung nach »dramatische Entwicklung der gigantischen Wissenspiraterie im Internet« publik zu machen. Der Aufruf wurde bis Anfang Juni von über 2 500 Autoren, Künstler und Wissenschaftler unterschrieben. Anlass für den Aufruf war das geplante Digitalisierungsprojekt der Internetsuchmaschine *Google*. (→ 9.3., 11./12..5., 2.–5.6., 10.11., 2.12.)

27.3. In aller Welt finden anlässlich des 1961 vom Netzwerk *Internationales Theaterinstitut* (*ITI*; unter der Schirmherrschaft der *UNESCO*), initiierten Welttheatertages zahlreiche Veranstaltungen rund um Theateraufführungen statt.

31.3.–5.7. Weimar Anlässlich des 90-jährigen Jubiläums der Gründung des *Bauhauses* zeigt die *Klassik Stiftung Weimar* die große Sonderausstellung »Das Bauhaus kommt aus Weimar« mit 1200 Werken von Bauhauskünstlern wie zum Beispiel Lyonel Feininger, Paul Klee oder Wassily Kandinsky. Das *Staatliche Bauhaus* wurde 1919 vom Architekten Walter Gropius mit der Intention gegründet, funktionelle, haltbare, billige und »schöne« Kunst zu schaffen. (→ 15.5., 22.7.–4.10., 22.9.)

31.3.–2.4. Bonn Die von der *Deutschen UNESCO-Kommission* und dem *Bundesministerium für Bildung und Forschung* geleitete *UNESCO*-Weltkonferenz »Bildung für nachhaltige Entwicklung« findet im *World Conference Center Bonn* statt. Teilnehmende sind 50 Bildungsminister aus aller Welt, 700 Regierungsvertreter und internationale Experten. Hauptthema ist die Überprüfung, welche Ziele nach der Halbzeit der UN-Dekade »Bildung für nachhaltige Entwicklung« (2005–2014), wie etwa die Verankerung des Leitbildes der Nachhaltigkeit weltweit in Kindergärten, Schulen und Universitäten, bisher erreicht wurden. Neben der Entwicklung weiterer Strategien für Aktivitäten steht die Vernetzung der nördlichen und südlichen Länder bei Bildungsfragen im Mittelpunkt. (→ 21.4., 19./20.5., 7.6., 22.–30.6., 25.–26.6., 23.9./15.10., 28.9.–2.10., 6.–23.10)

April

3.4. Marl Bei der Verleihung der 45. »Adolf-Grimme-Preise« erhält die *ARD* neun der insgesamt zwölf Preise, davon sechs der *WDR*. An das *ZDF* gehen zwei (»Wholetrain« und »Mädchengeschichten«) und an *RTL/ORF* eine Auszeichnung (»Doctor's Diary«). Die *ARD* bekommt die Preise in der Rubrik »Fiktion« für »Ihr könnt euch niemals sicher sein«, »Das wahre Leben«, »Teufelsbraten«, »Die zweite Frau« und in der Gruppe »Information & Kultur« für »Losers and Winners«, »Leben und Sterben für Kabul«, »Sonbol – Ralley durch den Gottesstaat« und »Der große Ausverkauf« sowie für »Extra 3-Rubrik ›Johannes Schlüter‹« in der Rubrik »Unterhaltung«. Die »Besondere Ehrung« des *Deutschen Volkshochschul-Verbandes* für Verdienste um die Entwicklung des Fernsehens wird an Marietta Slomka und Claus Kleber (beide *ZDF*) vergeben. Der »Publikumspreis der Marler Gruppe« geht an den Tatort »Auf der Sonnenseite« (*ARD/NDR*). (→ 26.9., 17.–21.11.)

8.4. Berlin Das Bundeskabinett bestellt die Mitglieder des Stiftungsrates der *Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung*. Nach den Auseinandersetzungen im Vorfeld um die Nominierung der *CDU*-Abgeordneten und Vorsitzenden des *Bundes der Vertriebenen (BdV)* Erika Steinbach, wogegen Polen Einspruch erhob, sendet der *BdV* nur zwei statt der ihm zustehenden drei Mitglieder in das 13-köpfigen Gremium und nimmt für sein drittes Mitglied »vorläufig keine Benennung« vor. (→ 28.4., 11.8., 3.9., 8.9.)

10.4. Madrid Bei einer größeren Umbildung der spanischen Regierung wird auch der bisherige Kulturminister, Dichter und frühere Leiter des *Cervantes-Instituts* César Antonio Molina abgelöst. Seine Nachfolgerin wird die Regisseurin, Drehbuchautorin und Leiterin der *Spanischen Filmakademie* Ángeles González-Sinde.

21.4. Paris Mit der *World Digital Library* stellt die *UNESCO* Kulturschätze aus aller Welt kostenfrei und mehrsprachig ins Internet. Die *World Digital Library* soll die internationale Zusammenarbeit und den interkulturellen Dialog stärken und das kollektive Gedächtnis der Menschheit besonders auch Nationen zugänglich machen, die nicht zur westlichen und Englisch sprechenden Hemisphäre zählen. (→ 31.3.–2.4., 19./20.5., 7.6., 22.–30.6., 25.–26.6., 23.9./15.10., 28.9.–2.10., 6.–23.10.)

22.4. Berlin Das Bundeskabinett beschließt die Gründung der gemeinnützigen *Stiftung Berliner Schloss – Humboldtforum*. Die Stiftung wird Bauherrin des Wiederaufbaus des Berliner Stadtschlosses und muss sich auch um die Akquise der eingeplanten 80 Mio. Euro Spenden für den Bau kümmern. (→ 11.9., 3.12.)

24.4. Berlin »John Rabe« von Florian Gallenberg wird bei der Verleihung des »Deutschen Filmpreises 2009« von der *Deutschen Filmakademie* als bester Film mit der »Goldenen Lola« sowie für das beste Szenenbild und das beste Kostümbild ausgezeichnet, dessen Hauptdarsteller Ulrich Tukur auch den Preis für die beste männliche Hauptrolle erhält. Die »Silberne Lola« geht an Caroline Links »Im Winter ein Jahr«, die »Lola in Bronze« für »Wolke 9« an Andreas Dresen, der auch die Auszeichnung für die beste Regie erhält. Als beste Schauspielerin wird Ursula Werner für ihre Rolle in »Wolke 9« ausgezeichnet. (→ 5.2.–15.2., 10.2., 22.2., 28.2.– 7.3., 13.–24.5., 5.–15.8., 2.–12.9., 25.11., 11.12.)

28.4. Berlin Die Jury des Wettbewerbs um das Berliner Einheitsdenkmal bricht die Konkurrenz nach Sichtung der 532 erhaltenen Entwürfe erfolglos ab, da eine Reduzierung auf 20 Arbeiten, die für die zweite Stufe des Wettbewerbs notwendig ist, nicht möglich war. Nachdem die Grundsatzentscheidung zum Bau eines »Einheits- und Freiheitsdenkmals« am 9.11.2007 gefallen war, beschloss der Bundestag am 4.12.2008 nicht nur die Erhöhung des Etats von 5 Mio. auf 15 Mio. Euro, sondern ebenfalls Leipzig »als Stadt der Freiheitsdemonstrationen zu würdigen«, indem auch dort ein Denkmal errichtet wird. Den Standort für das Berliner Denkmal stellt ein 80 x 40m großer Sockel des ehemaligen wilhelminischen Nationaldenkmals gegenüber dem wiederzuerbauenden Stadtschloss dar. Der Wettbewerb soll sich nun ausschließlich an »renommierte und erfahrene« Künstler richten. Am 9.11.2009 – dem 20. Jahretag des Mauerfalls – soll der Siegerentwurf auf dem Schlossplatz präsentiert. (→ 8.4., 11.8., 3.9., 8.9.)

28./29.4. Leuven und Louvaine-la-Neuve Anlässlich der Bologna-Folgekonferenz »10 Jahre Bologna-Prozess« treffen sich die Bildungsminister aus 46 europäischen Staaten. Da das ursprünglich geplante Ziel, den Bologna-Prozess bis 2010 zu beenden, nicht umgesetzt werden konnte, verlängern sie die Frist der Fortführung der Bildungsreform auf das Jahr 2020. (→ 21.8., 9.9.)

30.4. Straßburg Der *Europäische Gerichtshof* bestätigt die Rechtmäßigkeit der deutschen Buchpreisbindung auch beim grenzüberschreitenden Export, da Bücher ein Kulturgut sind, dessen Schutz Eingriffe in den freien Handel rechtfertige. Gleichzeitig wurde die Preisfestsetzung für Bücher aus Deutschland durch den österreichischen *Fachverband für Buch- und Medienwirtschaft* als unzulässig kritisiert, mit der versucht wurde, die ungleichen Mehrwertsteuersätze

in Deutschland und Österreich auszugleichen. Empfohlen werden eine minimale Anpassung der Importregelungen und die gesonderte Festlegung der Preise deutscher Bücher für Österreich durch die Verlage. (→ 29.5.)

Mai

1.–13.5. Berlin Zum Berliner Theatertreffen sind zwei Inszenierungen von Jürgen Gosch (»Die Möwe« des *Deutschen Theaters Berlin* und »Hier und jetzt« des *Schauspielhauses Zürich*) eingeladen. Weiter ausgewählt wurden »Eine Kirche der Angst vor dem Fremden in mir« der *RuhrTriennale Duisburg* (Regie: Christoph Schlingensief), »Marat, was ist aus unserer Revolution geworden?« (nach Peter Weiss von Volker Lösch, *Deutsches Schauspielhaus Hamburg*), Schillers »Räuber« (Nicolas Stemann, *Thalia Theater Hamburg*), »Wunschkonzert« von Franz Xaver Kroetz (Katie Mitchell, *Schauspiel Köln*), Kafkas »Prozess« (Andreas Kriegenburg, *Münchner Kammerspiele*), »Alle Toten fliegen hoch 1–3« (Joachim Meyerhoff, *Burgtheater Wien*), »Der Weibsteufel« von Karl Schönherr (Martin Kusej, *Burgtheater Wien*) und »Das Theater mit dem Waldhaus« (Christoph Marthaler, *Waldhaus Sils-Maria*). (→ 1.8., 25.8., 28.8., 30.9., 28.11.)

4./5.5. Leipzig Bei der Frühjahrstagung der *Interessengemeinschaft der Städte mit Theatergastspielen (INTHEGA)* hält Maurice Lausberg den Hauptbeitrag »Bindung und Pflege der Theaterbesucher unter den veränderten aktuellen Voraussetzungen«. Im Mittelpunkt der Mitgliederversammlung stehen die Abo-Entwicklung und neue Rechtsfragen in der Veranstaltungswirtschaft/Kulturarbeit. (→ 26./27.5., 4.–6.6., 19./20.10.)

6.–8.5. Hannover Mit dem »Deutschen Stiftungstag 2009« findet in Hannover die 65. Jahrestagung *Deutscher Stiftungen* statt. Unter dem Schwerpunkt »Kultur der Zusammenarbeit – Stiftungen in Partnerschaften, Allianzen und Netzwerken« werden verschiedene Stiftungen betreffende Themen diskutiert.

9.5. Berlin Der Grafiker und Plakatkünstler Klaus Staeck wird als Präsident der *Berliner Akademie der Künste* für drei Jahre wiedergewählt, ebenso seine Stellvertreterin, die Theaterleiterin Nele Hertling.

11./12.5. Brüssel Kulturstaatsminister Bernd Neumann hat den Streit um die Digitalisierung von Büchern und die massenhafte Veröffentlichung durch die Internet-Suchmaschine *Google* auf die Tagesordnung des Europäischen Kulturministerrats gesetzt. Weitere Themen der Sitzung der europäischen Kulturminister sind die Ratsempfehlung »Kultur als Katalysator für Kreativität und Innovation« sowie die Bewerbungen um die Kulturhauptstädte 2012 und 2013. (→ 9.3., 22.3., 2.–5.6., 10.11., 2.12.)

13.5. Washington Der US-Präsident Barack Obama nominiert den New Yorker Theaterproduzenten und Besitzer von fünf Broadway-Bühnen Rocco Landesman als neuen Leiter des *National Endowment for the Arts (NEA)*, der Dana Gioia nachfolgen soll, der mit Ende von Bushs Präsidentschaft zurückgetretenen war.

13./14.5. Bochum Bei der 35. ordentlichen Hauptversammlung des *Deutschen Städtetages* unter dem Schwerpunktthema »Stadt – Land – Bund. Gegeneinander oder gemeinsam stark?« steht vor allem die sich rapide verschlechterte finanzielle Situation der Kommunen im Mittelpunkt. Die Frankfurter Oberbürgermeisterin und bisherige Vizepräsidentin Petra Roth wird als neue Präsidentin des *Städtetages* gewählt, nachdem die Amtszeit der Münchner Oberbürgermeister Christian Uhde ausgelaufen ist. (→ 8./9.10.)

13.5.–24.5. Cannes Erstmal werden die Filmfestspiele mit einem Animationsfilm, der Disney-Produktion »Oben«, eröffnet. Die »Goldene Palme« dieses 62. Festivals für den besten Spielfilm geht an den deutsch-österreichischen Film »Das weiße Band« des österreichischen Regisseurs Michael Haneke. Den Großen Preis der Jury erhält der Franzose Jacques Audiard für den Gefängnisstreifen »Un Prophète«. Den Preis der Jury teilen sich die Britin Andrea Arnold für »Fish Tank« und der Südkoreaner Park Chan-wook für seine Vampirgroteske »Thirst« (Durst). Als beste Schauspielerin wird Charlotte Gainsbourg für ihre Leistung in Lars von Triers »Antichrist« und als bester Schauspieler Christoph Waltz für seine Darstellung in Quentin Tarantinos »Inglourious Basterds« ausgezeichnet. (→ 5.–15.2., 10.2., 22.2., 28.2.–7.3., 24.4., 5.–15.8., 2.–12.9., 25.11., 11.12.)

15.5. Detmold, Haltern, Kalkriese Bundeskanzlerin Angela Merkel eröffnet die Triple-Ausstellung »2 000 Jahre Varusschlacht. Imperium. Konflikt. Mythos«. Das *Römermuseum* in Haltern, das *Varusschlachtmuseum* in Kalkriese und das *Lippische Landesmuseum* in Detmold haben die bis dahin größte archäologische Ausstellung in Deutschland konzipiert, die 750 Exponate an den drei Ausstellungsorten umfasst, 12 Mio. Euro gekostet hat und zu der 500 000 Besucher erwartet werden. (→ 31.3.–5.7., 22.7., 4.10., 22.9.)

15.–17.5. Berlin Der 20. Musikschulkongress des *Verbandes Deutscher Musikschulen e.* V. (*VdM*) wird im

Internationalen Congress Centrum Berlin (ICC) durch Bundespräsident Horst Köhler eröffnet. Unter dem Thema »Musikalische Bildung öffnet Grenzen – Musikschulen für Vielfalt, Integration und Qualität« diskutieren 2 200 Teilnehmer, Gäste und Musiker über die Lage und Aufgaben von Musikschulen und musikalischer Bildung.

17.5. Bundesgebiet Etwa 1 680 Museen in Deutschland beteiligen sich am diesjährigen »Internationalen Museumstag«, der unter dem Motto »Museen und Tourismus« (Museums and Tourism) steht. (→ 22.9.)

18.5. Moskau Beim »Eurovision Song Contest 2009« siegt der Norweger Alexander Rybak mit seinem Lied »Fairytale« mit insgesamt 387 Punkten und 169 Punkten vor der zweitplatzierten Isländerin Yohanna (»Is it true?«). Das ist die höchste Punktezahl, die jemals ein Sieger erreicht hat. Auf Platz drei folgt Aysel & Arash mit »Always« aus Aserbaidschan. Der deutsche Beitrag »Miss, kiss, kiss, bang« von Alex Swings, Oscar Sings landet mit 35 Punkten auf dem 20. Platz von insgesamt 25 Finalisten. (→ 8.2., 21.2., 31.8., 18.10.)

18.5. Wiesbaden Nachdem auf die Rücknahme des »Hessischen Kulturpreises« an den in Köln lebenden deutsch-iranischen Schriftsteller Navid Kermani wegen der Einsprüche der Mitpreisträger Kardinal Lehmann und des ehemaligen hessischen Kirchpräsidenten Peter Steinberg mit allgemeinem Unverständnis und heftiger Kritik an der hessischen Staatsregierung reagiert wurde, wird die Preisverleihung auf den Herbst verschoben und soll durch ein Gespräch der vier ursprünglichen Preisträger als Repräsentanten der vier abrahamitischen Religionen eine einvernehmliche Lösung gesucht werden. (→ 26.11.)

19./20.5. Düsseldorf Über 70 Kulturschaffende, Künstler und Politiker beschließen bei der 7. Konsultation der *Bundesweiten Koalition für Kulturelle Vielfalt* ein Weißbuch zur *UNESCO*-Konvention zur kulturellen Vielfalt. Das Weißbuch soll die Umsetzung der *UNESCO*-Konvention in der deutschen Kulturpolitik unterstützen. In ihr werden unter anderem Initiativen aus den Bereichen der Stadtkultur, der Kreativwirtschaft und der kulturellen Entwicklungszusammenarbeit vorgestellt. (→ 31.3.–2.4., 21.4., 7.6., 22.–30.6., 25.–26.6., 23.9./15.10., 28.9.–2.10., 6.–23.10.)

21.5. München Mit der Eröffnung des *Brandhorst-Museums* in direkter Nachbarschaft der drei Pinakotheken ist dem Münchner Museumsareal ein weiterer Baustein hinzugefügt worden. Das Land Bayern hat den Neubau mit 47 Mio. Euro finanziert und übernimmt auch die Betriebs- und Personalkosten. Im Gegenzug bringt der Sammler Udo Brandhorst ein Stiftungskapital von 120 Mio. Euro ein, dazu 700 Werke im Wert von geschätzten 100 Mio. Euro und garantiert einen jährlichen Ankaufsetat von 2 Mio. Euro, über den aber allein die Stiftung, das heißt Udo Brandhorst entscheidet, wenn auch die Neuerwerbungen mit der staatlichen Gemäldesammlung abgestimmt werden sollen. (→ 28.1., 23.2., 5.3., 20.3., 21.6., 28.8., 16.10.)

26./27.5. Hamburg Der alle vier Jahre stattfindende Genossenschaftstag der *Genossenschaft Deutscher Bühnen-Angehöriger (GDBA)* unter dem Schwerpunkt »Fördernde Kulturpolitik – gegen Scheinselbstständigkeit und Notlagenverträge« wählt Hans Christoph Kliebes zum neuen Präsidenten, nachdem der seit 1972 die *GDBA* leitende Hans Herdlein nicht mehr kandidierte. (→ 4./5.5., 4.–6.6., 19./20.10.)

29.5. Schweiz Das Schweizer Parlament verabschiedet gegen den Willen der Regierung das Gesetz zur Buchpreisbindung, das zwei Jahre zuvor abgeschafft worden war und dem zufolge die Verleger einen Ladenpreis festlegen, der für 18 Monate verbindlich ist und nicht mehr als 15 Prozent höher sein darf als in Deutschland.(→ 30.4.)

Juni

1.6. Deutschland Nachdem die Ministerpräsidenten der Bundesländer der 12. Novelle des Rundfunkstaatsvertrags zustimmten, tritt dieser am 1.6. 2009 in Kraft, um fortan die Online-Aktivitäten von *ARD*, *ZDF* und *Deutschlandradio* zu regeln. (→ 30.10., 27.11.)

2.–5.6. Erfurt »Ein neuer Blick auf Bibliotheken« lautet das Motto des 98. Deutschen Bibliothekartages. Schwerpunkt ist die Diskussion um die Verabschiedung von Bibliotheksgesetzen sowie die Rolle von Bibliotheken in einer Informationsgesellschaft. Dabei geht es vor allem um die zunehmende Herausforderung der Digitalisierung und die kritische Auseinandersetzung mit den elektronischen Medien. (→ 9.3., 22.3., 11./12.5., 10.11., 2.12.)

4.–6.6. Leipzig Rund 250 Kulturpolitiker, Intendanten und andere Vertreter von Theater und Orchester treffen sich auf der Jahreshauptversammlung des *Deutschen Bühnenvereins*, um über die aktuelle Situation von Schauspiel, Oper, Tanz und Konzert zu beraten. Themenschwerpunkte sind dabei die Zukunft von Ensemble und Repertoire, die Chancen und Risiken von Online-Medien sowie die Auswirkungen der Finanzkrise. (→ 4./5.5., 26./27.5., 19./20.10.)

7.6.–22.11. Venedig »Fare mondi – Weltenmachen« lautet das diesjährige Motto der 53. Biennale unter der Leitung von Daniel Birnbaum. An verschiedenen Orten stellen mehr als 90 Künstlerinnen und Künstler aus 77 Nationen ihre Werke aus. Der »Goldene Löwe« für den besten Künstler geht an Tobias Rehberger. Amerika erhält den Preis für den besten nationalen Beitrag. Die Japanerin Yoko Ono wird mit dem »Ehrenlöwe«n geehrt.

7.6. Deutschland Unter dem Motto »Wir haben geerbt« findet der *UNESCO*-Welterbetag in Deutschland zum fünftenmal statt. Rund 12 000 Besucher kommen zur zentralen Veranstaltung ins Kloster Maulbronn. Ziel des *UNESCO*-Welterbetages ist es, die deutschen Welterbestätten nicht nur als Orte besonders sorgfältiger Denkmalpflege in der Öffentlichkeit hervorzuheben, sondern auch das Welterbe für Bürgerinnen und Bürger erlebbar zu machen. (→ 31.3.–2.4., 21.4., 19.5, 22.–30.6., 25./26.6., 23.9./15.10., 28.9.–2.10., 6.–23.10)

9.6. Genshagen Kulturstaatsminister Bernd Neumann stiftet den 2009 erstmals ausgelobten, mit insgesamt 60 000 Euro datierten Preis für kulturelle Bildung. Dieser wird an beispielhafte Initiativen und Projekte von bislang unterrepräsentierten Zielgruppen verliehen. Die diesjährige Preisverleihung findet im Rahmen einer Kooperationsveranstaltung des *BKM* mit der *Stiftung Genshagen* statt. (→ 10.11.)

16.6. Berlin Auf ihrer Jahrestagung stellt die »Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft« der Bundesregierung die Bilanz der Arbeit ihres ersten Jahres vor und gibt einen Einblick in die Entwicklung dieses Wirtschaftszweigs, dessen Umsatz auch 2008 weiter gestiegen ist. Diese positive Entwicklung, neue Strategien der Markterschließung und Perspektiven kreativen Arbeitens stehen bei den Diskussionen im Mittelpunkt.

17.6. Deutschland Erstmalig findet der vom *Deutschen Musikrat* initiierte »Tag der Musik« unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten statt. Neben der Schaffung einer bundesweiten Plattform für kulturelle Vielfalt in Deutschland steht die Herausstellung des großen bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland vor allem im Musikbereich im Zentrum.

18.6. Berlin Themen der 326. Plenarsitzung der *Kultusministerkonferenz* sind unter anderem ein geplanter Projekttag in Schulen am 9. November für eine Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte, die Verabschiedung weiterer Kompetenzstufenmodelle zu den Bildungsstandards und Leitlinien der Länder zur Deckung des Lehrkräftebedarfs. (→ 5./6.3., 15./16.10., 10.12.)

19.6. Berlin Die Aufnahme des Staatsziels Kultur ins Grundgesetz, wie sie unter anderem von der *Enquete-Kommission »Kultur in Deutschland« des Bundestages* empfohlen und von der FDP eingebracht wurde, lehnt die Koalitionsmehrheit im Bundestag ab. Die Erweiterung des Artikels 20 GG um den Satz »Der Staat schützt und fördert die Kultur« wird auch von der *SPD*, trotz inhaltlicher Zustimmung, wegen der Koalitionsbindung an die *CDU/CSU* nicht unterstützt.

19.6. Berlin Der Bundestag beschließt den »Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Vierten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze«. Ein wesentlicher Bestandteil der Gesetzesänderung ist die Verbesserung des sozialen Schutzes kurzfristig Beschäftigter. Diese, hierzu gehören vor allem auch Kultur-, Film- und Medienschaffende, haben unter bestimmten Bedingungen nun bereits nach sechs Monaten Beitragszeit Anspruch auf Arbeitslosengeld. (→ 2.7., 10.11.)

19.6. Berlin Medienmanager Dieter Gorny sagt die von 16. bis 18.9.2009 geplante, jährlich stattfindende Musikbranchenmesse POPKOMM 2009, die er selbst 1989 erstmals initiiert hat, als Zeichen gegen die zunehmende Internetpiraterie ab.

21.6. Athen Am Fuße der Akropolis wird das neue *Akropolis-Museum*, das nun einen Großteil der Skulpturen, Friese und Schmuckgegenstände des alten athenischen Tempelbezirks versammelt, in Anwesenheit zahlreicher politischer Repräsentanten Europas eröffnet. Der Bau des Schweizer Architekten Bernard Tschumi hat 130 Mio. Euro gekostet. Mit diesem Neubau ist jetzt dem zentralen Argument des *British Museums* in London gegen die Rückgabe des Parthenonfrieses als Kernstück der Akropolis der Boden entzogen worden und die Diskussion um dessen Restitution verstärkt entbrannt. (→ 28.1., 5.3., 20.3., 21.5., 28.8., 16.10.)

22.–30.6. Sevilla Auf der 33. Tagung hat das *UNESCO*-Weltkulturerbekomitee 12 Stätten neu in die Liste des Kultur- und Naturerbes aufgenommen, darunter das deutsch-niederländische Wattenmeer, da es eines der größten küstennahen und gezeitenabhängigen Feuchtgebiete sei und über ein einzigartiges Ökosystem mit besonderer Artenvielfalt verfüge. Dem Dresdener Elbtal wird wegen des Baus der Waldschlössschenbrücke von der *UNESCO* der Welterbe-Titel aberkannt. (→ 31.3.–2.4., 21.4., 19.5, 7.6., 25.–26.6., 23.9./15.10., 28.9.–2.10., 6.–23.10.)

24.6. Paris Der Fernsehmoderator und Leiter der *Villa Medici* in Rom, Frédéric Mitterrand, wird Frankreichs neuer Kulturminister. Bei der dritten Umbildung in seiner Amtszeit holt Nicolas Sarkozy den Neffen des früheren sozialistischen Präsidenten François Mitterrand in sein Kabinett. Er löst Christine Albanel ab.

25./26.6. Brühl »Bildung für die Zukunft« ist das Thema der 69. Hauptversammlung der *Deutschen UNESCO-Kommission*, bei der unter anderem drei Resolutionen zur »UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung«, zur frühkindlichen Entwicklung und zum Welterbe verabschiedet und damit die Ergebnisse der *UNESCO*-Weltkonferenz vom 31.3.–2.4. in Bonn unterstützt werden. (→ 31.3.–2.4., 21.4., 19.5, 7.6., 22.–30.6., 23.9./15.10., 28.9.–2.10., 6.–23.10.)

Juli

2.7. Berlin Nach dem starken Anstieg des Abgabesatzes für die *Künstlersozialversicherung* im Jahr 2005 auf 5,8 Prozent und schrittweisen Senkungen in den folgenden Jahren wird er 2010 auf 3,9 Prozent zurückgehen. Möglich ist diese Absenkung, da die im »Dritten Gesetz zur Änderung des Künstlerversicherungsgesetzes« von 2007 festgelegten Maßnahmen zur besseren Erfassung der Abgabepflichtigen umgesetzt werden konnten. (→ 19.6., 10.11.)

20.7. Bochum Nach langer Diskussion wird die diesjährige *Love-Parade* im Ruhrgebiet durch die Stadt Bochum aus Platzgründen und wegen Sicherheitsbedenken abgesagt.

22.7.–4.10. Berlin In einer Kooperation des *Bauhaus-Archivs*, der *Klassik Stiftung Weimar* und der *Stiftung Bauhaus Dessau* findet die große Ausstellung »Modell Bauhaus« im *Martin-Gropius-Bau Berlin* statt. (→ 31.3. – 5.7., 15.5., 22.9.)

25.7.–30.8. Salzburg Unter den Motto »Das Spiel der Mächtigen« werden mit etwa 200 Opernvorstellungen, Konzerten und Theateraufführungen die 89. Salzburger Festspiele durchgeführt. (→ 26.7.–31.8., 15.8.–11.10.)

25.7.–28.8. Bayreuth Mit einer für Kinder bearbeiteten Fassung des »Fliegenden Holländers« beginnen am Nachmittag vor der üblichen Abendpremiere die diesjährigen Bayreuther Wagner Festspiele, die ersten unter der neuen Leitung von Eva Wagner-Pasquier und Katharina Wagner. (→ 25.7.–30.8., 15.8.–11.10.)

August

1.8. Köln Bei der Autorenumfrage der *Deutschen Bühne* werden bei der »überzeugendsten Gesamtleistung« die *Münchener Kammerspiele* am meisten genannt, gefolgt vom *Thalia Theater* in Hamburg und dem *Schauspiel Köln*. Bei der Theaterarbeit »abseits der großen Theaterzentren« landen die *Stadttheater Oberhausen*, Freiburg und Chemnitz an der Spitze. In den 54 Antworten zur »Enttäuschung der Saison« steht die »kulturpolitische Konzeptlosigkeit« im Vordergrund. Genannt werden unter anderem der »finanzielle Überlebenskampf der *Landesbühnen Niedersachsen Nord*«, das »skandalöse, eigenmächtige Vorgehen der kulturpolitischen Führung von Stadt und Land in Sachen Stuttgarter Opernintendanz«, die »gefährdete Situation des Theaters Hagen«, das »abnehmende Interesse der Tageszeitungen an der differenzierten Auseinandersetzung über Kunst« sowie die Tatsache, dass »Theater/Darstellendes Spiel noch immer nicht bundesweit Unterrichtsfach ist«, und die Erwartung, dass die »Wirtschaftskrise ohne Rettungsschirm auf die Kultur durchschlägt«. (→ 1.–13.5., 25.8., 28.8., 30.9., 28.11.)

5.–15.8. Locarno Beim 62. Filmfestival von Locarno geht der »Goldene Leopard« an »She a Chinese« von Xiaolu Guo (China). Der russische Film »Buben.Baraban« erhält den Preis für die beste Regie sowie den Spezialpreis. Als beste Schauspielerin wird Lotte Verbeek in »Nothing Personal«, als bester Schauspieler Antonis Kafetzopoulos in »Akadimia Platonos« ausgezeichnet. Höhepunkt des Festivals ist die Retrospektive »Manga Impact«, welche erstmalig das japanische Animationskino in Form bekannter Serien wie »Pokémon« und Klassikern der Anime-Filme zeigt. (→ 5.–15.2., 10.2., 22.2., 28.2.–7.3., 24.4., 13.–24.5., 2.–12.9., 25.11., 11.12.)

11.8. Berlin Kulturstaatsminister Bernd Neumann stellt die Forschungsergebnisse des Projekts »Die Todesopfer an der Berliner Mauer 1961–1989« vor. In diesem vom *Beauftragten für Kultur und Medien* geförderten Projekt der *Stiftung Berliner Mauer* und des *Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF)* wurden die Todesopfer an der Berliner Mauer ermittelt und deren Biographien aufgezeichnet. Die Erkenntnisse sind in einem biographischen Handbuch mit den gleichnamigen Titel zusammengefasst und auch unter www.chronik-der-mauer.de veröffentlicht. (→ 8.4., 28.4., 3.9., 8.9.)

15.8.–11.10. Bochum – Duisburg – Essen – Gladbeck Unter dem Motto »Aufbruch – Die Suche nach dem Wort« beginnt der neue *RuhrTriennal*e- Zyklus mit einem Schwerpunkt auf der jüdischen Gedankenwelt. Im Zentrum der zahlreichen Kreationen, Uraufführungen, Konzerte, Lesungen, Filmvorführungen und Diskussionsveranstaltungen des dreijährigen Zyklus steht unter dem übergreifenden Thema »URMOMENTE« die Frage nach Entstehung von Kreativität und Spiritualität und ihrer ursprünglichen Beziehung zueinander. 2010 wird der islamische Kulturkreis mit dem Thema »Wanderung« im Mittelpunkt stehen, 2011 soll der Buddhismus unter dem Begriff »Ankunft« beleuchtet werden. (→ 25.7.–30.9., 26.7.–31.8.)

18.8. Potsdam/Berlin Das neue Abkommen über die Finanzierung eines Sonderinvestitionsprogramms für die *Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg* tritt rückwirkend zum 1. Januar 2008 in Kraft. Bis 2017 stellt der Bund hierfür 77,5 Mio. Euro bereit, Berlin und Brandenburg beteiligen sich mit 24,5 beziehungsweise 53 Mio. Euro. Mit diesem Geld soll die Sanierung schwer geschädigter Bauten und Gärten, vor allem des *Neuen Palais* von Sanssouci und der Schlösser Babelsberg und Charlottenburg finanziert werden.

20.–23.8. Köln Die Computerspielmesse *gamescom* hat mit 245 000 Besuchern sowie 458 Ausstellern aus 31 Ländern etwa 20 Prozent mehr Besucher als ihre Vorgängerin, die *Games Convention* in Leipzig. Bei der Verleihung des »gamescom-Awards« für die besten Spiele gewannen »Star-Craft II – Wings of Liberty« den »Best-of-Show«-Award sowie »Uncharted 2: Among Thieves« (Konsole), »The Legend of Zelda: Spirit Tracks« (Mobile), »Aion« (Online), »Call of Duty: Modern Warfare 2« (PC) und »Mario und Sonic bei den olympischen Spielen« (Family Entertainment).

21.8. Köln Die Studie des »Bildungsmonitor 2009«, die seit 2004 vom Kölner *Institut für Deutsche Wirtschaft (IW)* im Auftrag der arbeitgeberfinanzierten *Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft* durchgeführt wird, ergibt, dass deutsche Schulen kontinuierlich besser werden. Alle 16 Bundesländer haben demnach ihre Bildungssysteme in den vergangenen fünf Jahren reformiert. Wie in den Vorjahren sind Sachsen, Thüringen und Baden-Württemberg die besten Bildungsstandorte, gefolgt von Bayern und Niedersachsen. Der letzte Platz geht an Berlin. (→ 28./29. 4., 9.9.)

25.8. Köln Goethes »Faust« war in der Spielzeit 2007/2008 mit mehr als 180 000 Besuchern in 540 Aufführungen und 49 Inszenierungen das am häufigsten inszenierte Theaterstück auf deutschsprachigen Bühnen. Yasmina Rezas »Gott des Gemetzels« lag mit 44 Inszenierung dahinter, hatte aber mit 228 000 Besuchern und 893 Aufführungen mehr Interessierte in die Theater gezogen, gefolgt von den beiden Shakespeare-Stücken »Sommernachtstraum« (32/341/113 000) und »Romeo und Julia« (26/408/120 000). Bei den Opern führte wie seit Jahren »Die Zauberflöte« von Wolfgang Amadeus Mozart mit 232 000 Besuchern bei 453 Aufführungen in 40 Inszenierungen vor Puccinis »La Bohème« (30/280/183 000) und Humperdincks »Hänsel und Gretel« (29/252/198 000) Insgesamt dominierten sowohl im Theater als auch in der Oper die Klassiker. Meist gespielter Autor war Shakespeare gefolgt von Grimm, Lindgren, Goethe, Reza und Schiller. Mit 3 514 Musik- und Sprechtheaterstücken lag die Zahl fast sieben Prozent über der der vorherigen Spielzeit. Die Anzahl der Ur- und Erstaufführungen blieb mit 16 Prozent in etwa konstant. (→ 1.–13.5., 1.8., 28.8., 30.9., 28.11.)

28.8. Hagen Mit der Eröffnung des neuen *Emil-Schumacher-Museums* und dem sanierten *Karl Ernst Osthaus-Museum* entsteht in Hagen ein Kunstquartier. Von den Gesamtkosten für den Neubau und die Sanierung von 25,5 Mio. Euro hat das Land Nordrhein-Westfalen 13,5 Mio., die Kommune 6,3 Mio. und die *Emil-Schumacher-Stiftung* 4,2 Mio. Euro getragen. Der *Regionalverband Ruhr* und der *Landschaftsverband Westfalen-Lippe* gaben 0,5 und 0,7 Mio. Euro dazu. (→ 28.1., 5.3., 20.3., 21.5., 21.6., 16.10.)

28.8. Berlin Die *Münchner Kammerspiele* werden von der Kritikerjury von *Theater heute* zum »Theater des Jahres« und Jürgen Goschs »Möwe« als »Aufführung des Jahres« gewählt. Elfriede Jelinek schrieb mit »Rechnitz« das »Stück des Jahres« und als Schauspielerin beziehungsweise Schauspieler des Jahres werden Birgit Minichmayr (»Weibsteufel« am *Wiener Burgtheater*) und Alexander Scheer (»Kean«, *Volksbühne Berlin*) ausgezeichnet. Christoph Schlingensief wird für »Kirche der Angst« bei der *Ruhrtriennale* und für »Mea Culpa« am *Burgtheater* mehrfach in verschiedenen Kategorien gewürdigt. (→ 1.–13.5., 1.8., 25.8., 30.9., 28.11.)

30.8./29.9. Dresden Bei den Wahlen in Sachsen schaffen wiederum sechs Parteien den Sprung in den Landtag: *CDU* (40,2 %), *Linke* (20,6 %), *SPD* (10,4 %), *FDP* (10,0 %), *Grüne* (6,4 %) und *NPD* (5,6 %). Bei relativ geringen Veränderungen bei *CDU*, *SPD* und *Linken* sowie Gewinnen bei der *FDP* und den *Grünen* bilden *CDU* und *FDP* die neue Landesregierung und lösen die alte *CDU-SPD*-Koalition ab. Ministerpräsident bleibt Stanislaw Tillich, neue Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst wird Sabine Irene Freifrau von Schorlemer (parteilos). Kultusminister bleibt Roland Wöller von der *CDU*. (→ 18.1./5.2., 30.8./3.11., 30.8./10.11., 27.9./27.10., 27.9./28.10., 27.9./6.11.)

30.8./3.11. Erfurt Bei den Wahlen in Thüringen verliert die *CDU* ihre absolute Mehrheit und mit FDP und Grüne ziehen insgesamt fünf Parteien in den Landtag: *CDU* (31,2 %), *Linke* (27,4 %), *SPD* (18,5 %), *FDP* (7,6 %), *Grüne* (6,2 %). Die *CDU* und die SPD bilden die neue Landesregierung. Ministerpräsidentin wird Christine Lieberknecht von der *CDU*, stellvertretender Ministerpräsident und Kultusminister Christoph Matschie von der *SPD*. (→ 18.1./ 5.2., 30.8./29.9., 30.8./10.11., 27.9./ 27.10., 27.9./28.10., 27.9./6.11.)

30.8./10.11. Saarbrücken Mit dem Einzug der *Linken* bei den Wahlen im Saarland wächst der Landtag auf fünf Parteien: *CDU* (34,5 %), *SPD* (24,5 %),

Linke (21,3 %), *FDP* (9,2 %) und *Grüne* (5,9 %). Trotz Verlust von 13 Prozent bleibt die *CDU* stärkste Partei und bildet – erstmals auf Landesebene – mit der *FDP* und den *Grünen* eine »Jamaika-Koalition«. Ministerpräsident bleibt Peter Müller (*CDU*), Minister für Bildung wird Klaus Kessler (*Grüne*), Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Landwirtschaft Christoph Hartmann (*FDP*). (→ 18.1./5.2., 30.8./29.9., 30.8./3.11., 27.9./27.10., 27.9./28.10., 27.9./6.11.)

31.8./1.9. Quedlinburg Im Rahmen des 17. Kongresses Städtebaulicher Denkmalschutz unter dem Titel »Kontinuität als Chance« überreicht der Vertreter des Bundesbauministeriums sechs Kommunen mit *UNESCO*-Welterbestätten (Goslar, Bamberg, Quedlinburg, Stralsund, Wismar und Regensburg) Förderbescheide über insgesamt 40 Mio. Euro, die vor allem in den Erhalt der historischen Stadtkerne gehen sollen. Die Mittel stammen aus dem Anfang 2009 aufgelegten *UNESCO*-Welterbestätte-Programm der Bundesregierung, das bis 2013 etwa 150 Mio. Euro umfasst.

31.8. Stockholm Der britische Rockmusiker Peter Gabriel und der Komponist José Antonio Abreu aus Venezuela erhalten den »Polar-Musikpreis 2009«, der als Art Musik-Nobelpreis gilt. (→ 8.2., 21.2., 18.5, 18.10.)

September

1.9. Deutschland Das Freiwillige Soziale und das Freiwillige Ökologische Jahr 2009/2010 starten mit einer Rekordbeteiligung von rund 37 500 Jugendlichen und jungen Menschen. (→ 13.2.)

2.–12.9. Venedig Beim 66. Filmfestival geht der »Goldene Löwe« für den besten Film an »Libanon« von Samuel Maoz (Israel/Frankreich/Deutschland). Den »Silbernen Löwen« für die beste Regie erhält Shirin Neshat für »Women Without Men« (Deutschland/Österreich/Frankreich). Als beste Schauspielerin wird Ksenia Rappoport für ihre Rolle in »La doppia ora« (Italien) ausgezeichnet und als bester Schauspieler Colin Firth für seine Leistung in »A Single Man« (USA). Der Spezialpreis der Jury geht an »Soul Kitchen« von Fatih Akin (Deutschland). (→ 5.–15.2., 10.2., 22.2., 28.2.– 7.3., 24.4., 13.–24.5., 5.–15.8., 25.11., 11.12.)

3.9. Köln Das erste Denkmal für Deserteure in Deutschland wird in Köln eingeweiht. Das Denkmal des schweizerisch-französischen Graphikers und Typographen Ruedie Baur steht in der Sichtachse zum Dom zwischen dem *Zeughaus* als Teil des Stadtmuseums, dem Verwaltungsgericht und einem ehemaligen Gestapo-Folterkeller. (→ 8.4., 28.4., 11.8., 8.9.)

5.9. Europa Der 10. »Europäische Tag der Jüdischen Kultur« findet unter dem Thema »Feste und Traditionen« statt. Ziel ist es, auf die Bedeutung der jüdischen Kultur Europas und den Erhalt des Kulturerbes aufmerksam zu machen.

8.9. Berlin Auf dem Gelände des Verteidigungsministeriums am Bendlerblock wird das lang umstrittene Ehrenmal der Bundeswehr, das nach den Entwürfen des Architekten Andreas Meck gebaut wurde, eingeweiht. (→ 8.4., 28.4., 11.8., 3.9.)

9.9. Berlin Nach dem jährlichen Bildungsbericht der *OECD* »Bildung auf einen Blick« hinkt Deutschland mit Ausgaben von 4,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Bildung nahezu allen Industriestaaten hinterher – lediglich in der Slowakei und der Türkei, Irland und Spanien liegen die Bildungsausgaben noch darunter. Den höchsten Anteil der Bildungsausgaben am BIP haben danach Island, die USA, Korea und Dänemark mit mehr als 7 Prozent. Auch bei der Zahl der Hochschulabsolventen liegt die Bundesrepublik nach wie vor mit 23 Prozent hinter den meisten anderen *OECD*-Staaten. Zwar stieg dieser Anteil zwischen 1995 und 2007 von 14 auf 23 Prozent an, international verdoppelte er sich in der gleichen Zeit: von 18 auf 36 Prozent. (→ 28./29.4., 21.8.)

11.9. Bonn Die Vergabekammer des *Bundeskartellamts* hält das Verfahren für den Wiederaufbau des Berliner Schlosses für rechtswidrig und den Vertrag des *Bundesamts für Bauwesen und Raumordnung (BBR)* mit Franco Stella für nichtig, da das Ministerium nicht hinreichend geprüft habe, ob Stella die Mindestvoraussetzungen für den Wettbewerb erfülle. Sie fordert die Wiederholung des Vergabeverfahrens vom Zeitpunkt der Entscheidung der Wettbewerbsjury. Das Bauministerium will dagegen klagen und hält am Zeitplan fest. (→ 22.4., 3.12.)

18./28.9. Berlin Der Bundesrat billigt das »Gesetz zur Begrenzung der Haftung von ehrenamtlich tätigen Vereinsvorständen«, das am 28.9. vom Bundestag beschlossen wird.

19.9. Bundesgebiet Der bundesweite »Tag des offenen Denkmals«, der zum 17. Mal stattfindet, steht unter dem Motto »Historische Orte des Genusses«. Mehr als 4,5 Mio. Menschen besuchen rund 7 500 Denkmäler, darunter Klöster, Parks, Theater und Kinos, die sonst nicht allgemein zugänglich sind.

22.9. Berlin Die Mitgliederversammlung der *Internationalen Vereinigung der Kunstkritiker (AICA, Sektion Deutschland)* haben das *Museum Morsbroich* aufgrund seiner Heterogenität im Angebot zum »Museum des Jahres 2009« gewählt. Die Ausstellung »Sigmar Polke: Wir Kleinbürger! Zeitgenossen und Zeitgenossinnen!«, die vom 13.3.2009 bis zum 17.1.2010

in der *Kunsthalle Hamburg* gezeigt wurde, wird zur »Ausstellung des Jahres« 2009 gekürt. (→ 31.3.–5.7., 17.5., 22.7.–4.10.)

22.–25.9. Regensburg Der 79. Deutsche Archivtag steht unter dem Rahmenthema »Archive im digitalen Zeitalter. Überlieferung – Erschließung – Präsentation«. Die Mitgliederversammlung des *Verbands deutscher Archivarinnen und Archivare (VdA)* verabschiedet die »Kölner Erklärung« zum besseren Schutz des Archivgutes und wählt den Leiter des *Nürnberger Stadtarchivs* Dr. Michael Diefenbacher zum neuen Vorsitzenden.

23.9./15.10. Paris Nachdem der Exekutivrat der *UNESCO* die Bulgarin Irina Bokova nach mehreren Wahlgängen gegenüber dem favorisierten ägyptischen Kulturminister Faruk Hosni als neue *UNESCO*-Generaldirektorin nominiert hat, wird diese von der 35. *UNESCO*-Generalkonferenz als erste Frau an die Spitze der UN-Sonderorganisation gewählt. (→ 31.3.–2.4., 21.4., 19.5, 7.6., 22.–30.6., 25.–26.6., 28.9.–2.10., 6.–23.10.)

26.9. Köln Mit dem von *ARD*, *RTL*, *Sat.1* und *ZDF* gestifteten »Deutschen Fernsehpreis« für den besten Fernsehfilm des Jahres wird »Mogadischu« (*ARD*) ausgezeichnet, als bester Mehrteiler »Wir sind das Volk – Liebe kennt keine Grenzen« (*SAT1/ORF*) und als beste Schauspielerin Senta Berger in »Schlaflos« sowie als bester Schauspieler Josef Hader in »Ein halbes Leben«. Der Preis für die beste Serie 2009 geht an die *RTL*-Produktion »Der Lehrer«. Als beste Dokumentation wird »Freundschaft! Freie Deutsche Jugend« (*ARD*) und als beste Reportage »Die Bombe« (*ZDF*) gekürt. Nach zehn Jahren erhält zum zweiten Mal Thomas Gottschalk für »Wetten, dass ...?« den Preis in der Kategorie »Beste Unterhaltung«. Insgesamt gehen zehn Auszeichnungen an das *ZDF*, acht an die *ARD*, drei an *SAT1*, zwei an *RTL* und eine an *3SAT*. (→ 3.4., 17.–21.11.)

27.9./27.10. Kiel Bei den Wahlen in Schleswig-Holstein schaffen mit den *Linken* erstmals sechs Parteien den Einzug in den Landtag: *CDU* (31,5 %), *SPD* (25,4 %), *FDP* (14,9 %), *Grüne* (12,4 %), *Linke* (6,0 %) und der *SSW* (4,3 %). Peter Harry Carstensen (*CDU*) bleibt Ministerpräsident und bildet mit der *FDP* die Regierung, die die große Koalition ablöst, allerdings nur dank Überhangmandate. Neuer Minister für Bildung und Kultur wird Ekkehard Klug (*FDP*), Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr Jost de Jager (*CDU*). (→ 18.1./5.2., 30.8./ 29.9., 30.8./ 3.11., 30.8./10.11., 27.9./28.10., 27.9./6.11.)

27.9./28.10. Berlin Bei den Bundestagswahlen verliert die *SPD* mit über elf Prozent dramatisch an Stimmen: *CDU* (33,8 %, –1,4 %), *SPD* (23,0 %), *FDP* (14,6 %, +4,8 %), *Linke* (11,9 %, +3,2 %) und *Grüne* (10,7 %, +2,6 %). Angela Merkel (*CDU*) bleibt Bundeskanzlerin und bildet mit der *FDP* eine Koalition, die die alte *CDU/SPD*-Regierung ablöst. Sowohl Bernd Neumann (Staatsminister für Kultur und Medien) als auch Annette Schavan (Bildungsministerin) behalten ihre Posten. Neuer Außenminister wird Guido Westerwelle (*FDP*). (→ 18.1./ 5.2., 30.8./29.9., 30.8./3.11., 30.8./10.11., 27.9./27.10., 27.9./6.11.)

27.9./6.11. Potsdam Bei den Wahlen in Brandenburg ziehen *FDP* (7,2 %) und *Grüne* (5,6 %) neu in den Landtag. Die rechtsextreme DVU fällt von 6,1 auf 1,2 Prozent; *SPD* (33,0 %), *Linke* (27,2 %), *CDU* (19,8 %). Matthias Platzek (*SPD*) bleibt Ministerpräsident und bildet mit den *Linken* eine Koalition, die die alte *SPD/CDU*-Regierung ablöst. Neue Ministerin für Wissenschaft und Kultur wird Martina Münch (*SPD*). Bildungsminister Holger Rupprecht (*SPD*) behält sein Amt. (→ 18.1./5.2., 30.8./29.9., 30.8./3.11., 30.8./10.11., 27.9./ 27.10., 27.9./ 28.10.)

28.9.–2.10. Abu Dhabi Das *UNESO-Komitee für die Bewahrung des immateriellen Kulturerbes* hat 76 Beispiele für die Vielfalt kultureller Ausdrucksformen in aller Welt neu in die »Repräsentative Liste des immateriellen Kulturerbes« aufgenommen, darunter den argentinischen und den uruguayischen Tango, den Karneval in Kolumbien und die tibetische Oper. (→ 31.3.–2.4., 21.4., 19.5, 7.6., 22.–30.6., 25.–26.6., 23.9./ 15.10., 6.–23.10.)

30.9. Köln Die 43. »Theaterstatistik« des *Deutschen Bühnenvereins* verzeichnet bei den öffentlich getragenen Theatern und Orchestern in der Spielzeit 2007/ 08 eine Steigerung der Eigeneinnahmen von 18,0 auf 19,1 Prozent. Die öffentlichen Zuschüsse stiegen leicht von 2,08 Mrd. Euro auf 2,09 Mrd. Es gab 64 700 Veranstaltungen, 1 100 mehr als noch in der vorherigen Spielzeit. Die Zuschauerzahlen gingen leicht von 30,9 Mio. Besuchern auf 30,7 Mio. zurück, die sich auf 19 Mio. Besuche bei Stadt- und Staatstheatern, 7,4 Mio. bei Privattheatern und 4,4 Mio. bei Konzerten verteilten. (→ 25.8.)

30.9. Berlin Der *Deutsche Kulturrat* zeichnet am Vorabend seiner Mitgliederversammlung den Filmemacher Edgar Reitz für sein »herausragendes künstlerisches und kulturpolitisches Engagement« mit dem »Kulturgroschen 2009« aus. (→ 19.3.)

30.9. Berlin Bei der Umfrage der Zeitschrift *Opernwelt* unter 50 Musikkritikern wird das *Theater Basel* zum »Opernhaus des Jahres« gewählt. »Aufführung des Jahres« ist Stefan Herheims »Parsifal«-Inszenierung von den *Bayreuther Festspielen*. »Sängerin des Jahres« wird Anja Hartero und »Sänger des Jahres« Jonas Kaufmann. Den Titel »Orchester des Jahres«

teilen sich das *Frankfurter Museumsorchester* und das *Bayerische Staatsorchester*. Zum »Dirigenten des Jahres« wird Kirill Petrenko gekürt. (→ 1.–13.5., 1.8., 25.8., 28.8., 28.11.)

Oktober

1.10. Kassel Das *Bundessozialgericht* entscheidet, dass Dieter Bohlen für seine Tätigkeit in der Jury von »Deutschland sucht den Superstar« bei *RTL* als Künstler gilt, da seine Sprüche eine eigenschöpferische unterhaltende Leistung seien. Damit wird *RTL* verpflichtet, 173 000 Euro an die *Künstlersozialkasse* zu zahlen.

2.10. Berlin Da das Berliner Schulgesetz das Beten in der Schule nicht regele, gibt das *Berliner Verwaltungsgericht* der Klage eines muslimischen Schülers gegen das Verbot seiner Schule, in der Pause zu beten, statt. Der Wunsch des Schülers, in der Schule sein Mittagsgebet zu verrichten, berühre weder Grundrechte Dritter noch Gemeinschaftswerte von Verfassungsrang. Das Argument der Schulverwaltung, andere Schüler müssten vor »werbenden Formen der Religionsausübung« geschützt werden, wies es mit dem Hinweis zurück, dass Gebete nicht der Werbung, sondern der Anrufung Gottes dienten.

5.10. Remscheid Die *Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung (BKJ) e. V.* wählt Gerd Taube, den Leiter des *Kinder- und Jugendtheaterzentrums (KJTZ)* in Frankfurt am Main, einstimmig zu ihrem neuen Vorsitzenden und Nachfolger von Max Fuchs. Als stellvertretende/r Vorsitzende/r werden Insa Lienemann von der *Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung (LKJ)* Niedersachsen sowie Peter Kamp vom *Bundesverband der Jugendkunstschulen und kulturpädagogischen Einrichtungen (bjke)* gewählt.

6.10. New York In ihrem aktuellen »Human Development Report« kommen die Vereinten Nationen zu dem Ergebnis, dass die Lebensqualität in Norwegen am höchsten ist, gefolgt von Australien, Island und Kanada. Deutschland steht danach auf dem 22. Rang. Ausschlaggebend sind dabei im Wesentlichen drei Indikatoren: der Gesundheitszustand der Bevölkerung, gemessen an der durchschnittlichen Lebenserwartung, das Bildungsniveau, gemessen an der Alphabetisierungsquote und der Zahl der Schüler und Schülerinnen, und der Lebensstandard, gemessen am Pro-Kopf- Einkommen.

6.10. Wiesbaden Laut *Statistischem Bundesamt* gibt jeder bundesdeutsche Haushalt jährlich 144 Euro für Bücher aus. Das sind fünf Prozent der durchschnittlichen Ausgaben, die pro Jahr für Freizeit, Unterhaltung und Kultur ausgegeben werden. 2007 kauften fast zwei Drittel der Bundesbürger Bücher. Weitere 264 Euro wurden im Durchschnitt für Zeitungen, Zeitschriften und andere Druckerzeugnisse ausgegeben.

6.–23.10. Paris Über 3 000 Vertreter der 193 *UNESCO*-Mitgliedstaaten nehmen an der 35. *UNESCO*-Generalkonferenz teil. Sie hat mit Irina Bokova eine neue Generaldirektorin. Ein zentrales Thema zahlreicher Debatten ist die nachhaltige Entwicklung, wozu auch eine Resolution verabschiedet wird, in der die Mitgliedsstaaten aufgefordert werden, sich für eine »Bildung für nachhaltige Entwicklung« verstärkt einzusetzen. Im Programm für die Jahre 2010–2011 sollen sich die Kulturaktivitäten auf die beiden Schwerpunkte Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen sowie Erhalt des materiellen und immateriellen Kulturerbes konzentrieren. (→ 31.3.–2.4., 21.4., 19.5, 7.6., 22.–30.6., 25.–26.6., 23.9./15.10., 28.9.–2.10.)

8.10. Karlsruhe In einem Grundsatzurteil spricht der *Bundesgerichtshof* den Übersetzern ein höheres Honorar zu: bisher seien Übersetzer nicht angemessen bezahlt worden und daher stehe ihnen, allerdings erst ab 5 000 verkauften Exemplaren, pro übersetzter Seite eine Beteiligung am Buchverkauf bei gebundenen Büchern von 0,8 Prozent und bei Taschenbüchern von 0,4 Prozent zu. Auch bei den Nebenrechten sollen die Verlage die Hälfte ihrer Erlöse an die Übersetzer weiterreichen.

8./9.10. München Bei der 135. Sitzung des *Kulturausschusses des Deutschen Städtetages* stehen Umsetzungsstrategien zum Schlussbericht der *Enquetekommission des Deutschen Bundestages »Kultur in Deutschland«*, Kultur als Staatsziel sowie Kulturelle Bildung im Zentrum. Außerdem wird das Positionspapier des *Deutschen Städtetages* zu Kreativität und Stadtentwicklung behandelt. In einem Gastvortrag von Thomas Girst (*BMWi*) werden Auswirkungen der Finanzkrise auf die kommunale Kulturarbeit beleuchtet. (→ 13./14.5.)

14.10. Rom/Berlin Nach der *Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO)* trifft die internationale Wirtschaftkrise vor allem die Ärmsten der Welt und lässt die Zahl der Unterernährten wachsen. Die positive Entwicklung bis in die neunziger Jahre hat sich ins Gegenteil gekehrt und die Zahl der Unterernährten ist wieder gestiegen und liegt zurzeit bei rund 1,02 Mrd. Diese Entwicklung bestätigt auch der »Welthunger-Index«, der von der *Welthungerhilfe* zusammen mit dem *International Food Policy Research Institut (Ifpri)* in Washington herausgegeben wird, der in diesem Jahr zum ersten Mal auch den Zusammenhang zwischen der Chancengleichheit für Frauen und dem Hunger misst.

14.–18.10. Frankfurt am Main 7 314 Aussteller aus 100 Ländern präsentieren auf der 61. Buchmesse 123 823 neue Titel. Länderschwerpunkt ist China. 290 469 Besucher kommen zu der größten Bücherschau. Den »Friedenspreis des Deutschen Buchhandels« erhält Claudio Magris, den »Deutschen Buchpreis« Kathrin Schmidt für ihren Roman »Du stirbst nicht«. (→ 11.3., 12.–15.3., 31.12.)

15./16.10. Berlin Die 327. Sitzung der *Kultusministerkonferenz (KMK)* einigt sich auf einen 10-Punkte-Plan für ein besseres Studium. Die Hochschulen sollen danach die Studiendauer flexibler gestalten und mehr Bachelor-Studiengänge in sieben oder acht Semestern anbieten. (→ 5./6.3., 18.6., 10.12.)

16.10. Berlin Rund 150 Jahre nach der Eröffnung und 70 Jahre nach der Zerstörung wird das *Neue Museum* wiedereröffnet. Die Gesamtkosten der Sanierung betragen 212 Mio. Euro. Es ist nach der *Alten Nationalgalerie* (2001) und dem *Bode-Museum* (2006) das dritte Museum auf der Museumsinsel, die 1999 in die Liste des Weltkulturerbes aufgenommen wurde, dessen Sanierung abgeschlossen ist. (→ 28.1., 5.3., 20.3., 21.5., 21.6., 28.8.)

18.10. Dresden Den »Echo-Klassikpreis« des *Bundesverbandes Musikindustrie* als »Sänger des Jahres« erhält Christian Gerhaher, den als »Sängerin des Jahres« Elina Garanca. »Instrumentalisten des Jahres« sind unter anderem Emmanuel Pahud (Flöte), David Fray (Klavier), Anne-Sophie Mutter (Geige). Als »Dirigent des Jahres« werden Sylvain Cambreling und als »Orchester des Jahres« die *Staatskapelle Dresden* ausgezeichnet. Für sein Lebenswerk wird Plácido Domingo gewürdigt. (→ 8.2., 21.2., 18.5., 31.8.)

19./20.10. Wolfsburg Bei der Herbsttagung der *INTHEGA* treffen sich über 750 Vertreterinnen und Vertreter von Theatern, Veranstaltern und Kommunalverwaltungen. Neben dem Theatermarkt mit 127 Ständen gibt es eine Podiumsdiskussion zum Thema »Wie vermitteln wir die Werte, für die wir kämpfen? – Von der Zukunft unserer Theaterarbeit«. (→ 4./5.5., 26./27.5., 4.–6.6.)

23.10. Paris Die *OECD* legt erstmals den Bericht »Regierung im Überblick« vor, der an die regelmäßigen Ländervergleiche zu Themen wie Bildung und Gesundheit anschließen soll. Für Deutschland ergibt sich dabei ein gemischtes Bild: Da die Bundesregierung beispielsweise bei ihren Ausgabenentscheidungen kaum Leistungskontrollen heranzieht, rangiert sie beim Kriterium des »performance budgeting« nur auf dem fünftletzten Platz. In Deutschland arbeiten rund zehn Prozent der Beschäftigten im öffentlichen Dienst, das damit im hinteren Mittelfeld rangiert. Den höchsten Anteil an öffentlich Bediensteten haben Norwegen und Schweden, wo die Quote mehr als 25 Prozent erreicht. Auffällig ist zudem, dass in Deutschland vergleichsweise wenige Frauen im öffentlichen Dienst beschäftigt sind.

23.10. Oviedo Bei der Vergabe der »Prinz-von-Asturien-Preise« geht die Auszeichnung für Kunst an Sir Norman Forster, für Geisteswissenschaften und Literatur an Ismail Kadare, für Sozialwissenschaften an David Attenborough und für Kommunikation und Humanwissenschaften an die *Nationale Autonome Universität von Mexiko (UNAM)* sowie für Internationale Zusammenarbeit an die *Weltgesundheitsorganisation (WHO)* und 20 Jahre nach dem Mauerfall an Berlin in der Rubrik »Eintracht«.

24.10. Biberach an der Riß Der zum zehnten Mal vom *Deutschen Bibliotheksverband* und der *ZEIT-Stiftung* verliehene, mit 30 000 Euro dotierte Preis »Bibliothek des Jahres« geht an das *Medien- und Informationszentrum (MIZ) Stadtbücherei* in Biberach an der Riß, weil sie »höchst kreativ und flexibel immer wieder neue Angebote und Produkte entwickelt und konsequent an die Bedürfnisse ihrer Kunden anpasst«.

30.10. Mainz Die Ministerpräsidenten der Länder unterzeichnen den dreizehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag, in dem die Zuweisungen digitaler Kapazitäten im Radio und die Regeln für Product-Placement im Fernsehen festgelegt sind. (→ 1.6., 27.11.)

31.10. Darmstadt Bei der Herbsttagung der *Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung* wird der Schriftsteller Walter Kappacher mit dem »Georg-Büchner- Preis« ausgezeichnet. Der »Johann-Heinrich-Merck-Preis für literarische Kritik und Essay« geht an den Dichter und Literaturwissenschaftler Harald Hartung, und der »Sigmund-Freud-Preis für wissenschaftliche Prosa« an die Wissenschaftshistorikerin Julia Voss.

November

3.11. Straßburg Der *Europäische Gerichtshof für Menschenrechte* entscheidet, dass Kruzifixe in Klassenzimmern das legitime »Recht der freien Wahl der Eltern« verletze, ihre Kinder weltanschaulich völlig neutral erziehen zu lassen. Das Gericht gab damit in letzter Instanz einer Klägerin aus Italien Recht, die bisher in allen Instanzen mit ihrem Begehren gescheitert war, ihre beiden Kinder in Räumen ohne religiöse Symbole unterrichten zu lassen. Die italienische Regierung will gegen das Urteil Berufung einlegen.

9.11. Berlin Zehntausende Menschen und viele ausländische Staatsgäste feiern den 20. Jahrestag des Mauerfalls.

10.11. Berlin Bei der Generaldebatte zur Regierungserklärung der Bundeskanzlerin im Bundestag stellte Kulturstaatsminister Bernd Neumann die zentralen kulturpolitischen Ziele der kommenden Legislaturperiode vor. Dazu gehören die Urheberrechtsnovellierung, die soziale Sicherung der Künstlerinnen und Künstler sowie die Erinnerungspolitik. Von Seiten der Opposition sprechen Luc Joachimsen (*Die Linke*) und Agnes Krumwiede (*Bündnis90/Die Grünen*). (→ 9.3., 22.3., 11./12.5., 9.6., 10.11./2.12.)

10.11. Berlin Prof. Monika Grütters (*CDU*) wird zur Vorsitzenden des Bundestagskulturausschusses gewählt. Sie löst Hans-Joachim Otto (*FDP*) ab, der als Staatsekretär ins Wirtschaftsministerium wechselt. Stellvertretende Ausschussvorsitzende wird Angelika Krüger-Leißner (*SPD*).

10.11. Kyoto Der mit 300 000 Euro dotierte Kyoto-Preis, neben dem Nobelpreis eine der höchsten Auszeichnungen für das Lebenswerk herausragender Persönlichkeiten in Kultur und Wissenschaft, geht in diesem Jahr an den Komponisten Pierre Boulez sowie an drei Naturwissenschaftler.

12.11. Dresden Der sächsische Landtag beschließt auf Antrag der Koalitionsfraktionen *CDU* und *FDP* den kostenfreien Eintritt für Kinder und Jugendliche bis 16 Jahre in staatlichen Museen Sachsens. Hierzu gehören unter anderem das *Grüne Gewölbe*, das *Kupferstich-Kabinett* und die *Gemäldegalerien Alte* und *Neue Meister* in Dresden sowie das *Grassi-Museum für Völkerkunde* in Leipzig. Die Kosten werden auf 70 000 bis 100 000 Euro geschätzt.

17.–21.11. Baden-Baden Beim 21. Fernsehfilm-Festival in Baden-Baden geht der Fernsehfilmpreis der *Deutschen Akademie der Darstellenden Künste* an den Film »Haus und Kind« von Andreas Kleinert. »Parkour« von Marc Rensing erhält den Nachwuchspreis der *Filmförderung Baden-Württemberg* und »Frau Böhm sagt nein« von Connie Walther den *3sat*-Zuschauerpreis, deren Hauptdarstellerinnen Senta Berger und Lavinia Wilson mit dem Preis für herausragende schauspielerische Leistungen ausgezeichnet werden. (→ 3.4., 26.9.)

23.11. Berlin Die 9. Jahreskonferenz des *Rates für Nachhaltige Entwicklung* findet unter dem Motto »Nachhaltigkeit in einer sich ändernden Welt – Weichenstellung für Deutschland« statt.

25.11. Brüssel Mit dem zum dritten Mal vom Europäischen Parlament vergebenen Filmpreis »LUX« wird der Film »Welcome« von Philippe Lioret ausgezeichnet. Der mit 87 000 Euro dotierte Preis dient zur Untertitelung des prämierten Films in den 23 Amtssprachen der Europäischen Union. (→ 5.2.–15.2., 10.2., 22.2., 28.2.–7.3., 24.4., 13.– 24.5., 5.–15.8., 2.–12.9., 11.12.)

25.11. Karlsruhe Der *Bundesgerichtshof* weist die Forderung der Ex-Freundin des Schriftstellers Maxim Biller gegen ihn und seinen Verlag auf Schadenersatz ab. Das *Bundesverfassungsgericht* hatte 2007 das Buch »Esra« von Maxim Biller wegen Verletzung der Persönlichkeitsrecht verboten, für das jetzt eine Schadensersatzklage abgewiesen wurde. Damit ist klar, dass aus dem Verbot literarische Werke nicht zwangsläufig zusätzlich hohe Schadensersatzforderungen folgen.

26.11. Wiesbaden Der Hessische Literaturpreis wird an den Islamwissenschaftler Navid Kermani, den stellvertretenden Vorsitzenden des *Zentralrats der Juden in Deutschland* Salomon Korn, Kardinal Lehmann und den früheren Präses der Evangelischen Kirche von Hessen Peter Steinacker verliehen. Um die Preisverleihung hatte es im Vorfeld Auseinandersetzungen gegeben, da sowohl Kardinal Lehmann als auch Peter Steinacker wegen eines Artikels von Navid Kermani über die Rolle des Kreuzes im Christentum auf den Preis verzichten wollten und der hessische Ministerpräsident daraufhin Navid Kermani von der Preisträgerliste gestrichen hatte. Nach einem klärenden Gespräch zwischen den vorgesehenen Preisträgern wird der Preis nun ein halbes Jahr verspätet von allen akzeptiert. (→ 18.5.)

27.11. Wiesbaden Nach der Studie »Leben in Europa 2009« des *Statistischen Bundesamtes* waren rund 15 Prozent der Deutschen im Jahr 2007 armutsgefährdet. Ohne staatliche Sozialleistungen ergab sich eine Quote von 24 Prozent. Das Niveau der Armutsgefährdung bleibt damit gegenüber 2006 unverändert. Alleinerziehende gehören zu der bundesweit am stärksten armutsgefährdeten Gruppe. Etwa jeder 15. Erwerbstätige lag trotz Arbeit mit seinem Einkommen unter dem Grenzwert der Armutsgefährdung.

27.11. Berlin Die Verlängerung des Vertrags des *ZDF*-Chefredakteurs Nikolaus Brender wird im *ZDF*-Verwaltungsrat von den konservativen Ratsmitgliedern unter Führung von Roland Koch abgelehnt. Diese im Vorfeld angekündigte Entscheidung führte zu einer Grundsatzdiskussion über den Einfluss der Parteien auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, die Unabhängigkeit des Journalismus und die grundgesetzlich verankerte Rundfunkfreiheit. Die Grünen kündigen eine Klage vor dem *Bundesverfassungsgericht* an. (→ 1.6., 30.10.)

28.11. Mainz Der Deutsche Theaterpreis »Faust« für die beste Schauspielregie 2009 geht an Karin Beier für ihre Inszenierung von »Das goldene Vlies«

im *Schauspielhaus Köln*, für die beste Regie am Musiktheater an Barrie Kosky für »Aus einem Totenhaus« an der *Staatsoper Hannover* und für die beste Regie am Kinder- und Jugendtheater an Brigitte Dethier und Ives Thuwis für ihr »Noch 5 Minuten« am *Jungen Ensemble Stuttgart*. Für die beste darstellerische Leistung wird Meike Droste für ihre Darstellung in »Die Möwe« am *Deutschen Theater Berlin* ausgezeichnet und für die beste Choreografie Martin Schläpfer mit »Sinfonien« am *Staatstheater Mainz*. Posthum wird Pina Pausch für ihr Lebenswerk und der langjährige Geschäftsführende Intendant des *Stuttgarter Staatstheaters* Hans Tränkle mit dem »Preis des Präsidenten« geehrt. (→ 1.–13.5., 1.8., 25.8., 28.8., 30.9.)

29.11. Bern Bei einer Volksabstimmung entscheiden 57,5 Prozent der Abstimmenden den Bau von Minaretten durch einen Zusatz in der Schweizer Bundesverfassung zu verbieten. Die Wahlbeteiligung ist mit 53,4 Prozent relativ hoch. Das Ergebnis der Abstimmung löst in weiten Teilen des europäischen Auslands, aber auch bei vielen Schweizern, Entsetzen aus.

Dezember

1.12. Brüssel Der Vertrag von Lissabon tritt in Kraft. Damit gibt sich die Europäische Union eine neue Verfassung. Ziel des Vertrages ist es, die Union demokratischer, transparenter und handlungsfähiger zu machen. Dafür werden sowohl die Rechte des Europäischen Parlaments als auch die der nationalen Parlamente gestärkt. Gleichzeitig werden vereinfachte Arbeits- und Abstimmungsregeln eingeführt und die Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit auf neue Politikbereiche ausgedehnt. Neben dem Amt eines Hohen Vertreters für die Außen- und Sicherheitspolitik wird das Amt eines Präsidenten des Europäischen Rates geschaffen.

2.12. Berlin Das Bundeskabinett beschließt den Aufbau einer digitalen Bibliothek mit Werken aus Literatur, Kunst und Musik. Die *Deutsche Digitale Bibliothek (DDB)* soll Kopien von Büchern, Bildern, Skulpturen, Noten, Musik und Filmen aus mehr als 30 000 Kultur- und Wissenschaftseinrichtungen bündeln und ab 2011 allen Bürgern zugänglich machen. Zuvor hatte die Ministerpräsidentenkonferenz der Länder zugestimmt. Finanziert wird das Projekt aus Mitteln des Konjunkturprogramms II. (→ 9.3., 22.3., 11./12.5., 2.–5.6., 10.11.)

3.12. Düsseldorf/Berlin Das *Oberlandesgericht* hat der Beschwerde des Bundes gegen eine vom Bundeskartellamt geforderte Wiederholung des Architekturwettbewerbs zum Wiederaufbau des Berliner Schlosses stattgegeben. Nach Modifizierung des Vertrags mit dem Wettbewerbsgewinner Franco Stella kann der Wiederaufbau des Berliner Schlosses beginnen. (→ 22.4., 11.9.)

10.12. Bonn Die 328. Plenarsitzung der *Kultusministerkonferenz (KMK)* befasst sich vor allem mit den Themen der Hochschul-, der allgemeinen Schul- und der dualen Berufsausbildung. Der Bayerische Kultusminister Ludwig Spaenle wird für das Jahr 2010 zum Präsidenten der *Kultusministerkonferenz* gewählt, Vizepräsidenten werden Senatorin Christa Goetsch (Hamburg), Minister Jan-Hendrik Olbertz (Sachsen-Anhalt) und Minister Henry Tesch (Mecklenburg-Vorpommern). (→ 5./6.3., 18.6., 15./16.10.)

10.12. Stockholm/Oslo In der schwedischen Hauptstadt wird der Literaturnobelpreis an die aus Rumänien stammende deutsche Schriftstellerin Herta Müller verliehen. Den Friedensnobelpreis erhält der US-amerikanische Präsident Barack Obama.

11.12. Bochum Den »Europäischen Filmpreis 2009« gewinnt der Film »Das weiße Band« des österreichischen Regisseurs Michael Haneke, der zudem als bester Regisseur und bester Drehbuchautor ausgezeichnet wird. Der Preis für die beste Schauspielerin geht an Kate Winslet für ihre Rolle in dem Film »Der Vorleser«, als bester Schauspieler wird Tahar Rahin für seine Rolle in »Un prophète« geehrt. Ken Loach erhält den Preis für sein Lebenswerk. »Slumdog Millionaire« wird mit dem Publikumspreis geehrt. Einen weiteren Preis erhält Isabelle Huppert für ihren »Erfolg im Weltkino«. (→ 5.–15.2., 10.2., 22.2., 28.2.–7.3., 24.4., 13.–24.5., 5.–15.8., 2.–12.9., 25.11.)

15.12. Berlin Die *Deutsche UNESCO-Kommission* stellt ihr Weißbuch »Kulturelle Vielfalt gestalten. Handlungsempfehlungen aus der Zivilgesellschaft zur Umsetzung des *UNESCO*-Übereinkommens zur Vielfalt kultureller Ausdrucksformen (2005) in und durch Deutschland« vor.

18.12. Wiesbaden Die *Gesellschaft für deutsche Sprache* kürt »Abwrackprämie« zum »Wort des Jahres«. Auf Platz zwei landet »kriegsähnliche Zustände«, gefolgt von »Schweinegrippe«, »Bad Bank« und »Weltklimagipfel«. (→ 20.1.)

29.12. München Laut Katastrophenbilanz der *Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft AG* beläuft sich die gesamtwirtschaftliche Schadensbilanz durch Naturkatastrophen für 2009 auf 50 Mrd. Dollar, von denen die Versicherungswirtschaft 22 Mrd. zu tragen hat. Damit liegt der Versicherungsschaden bei nur einem Drittel des Vorjahres. Seit 1970 haben wetterbedingte Naturkatastrophen volkswirtschaftliche Schäden von etwa 1 600 Mrd. Dollar verursacht.

31.12. Bundesgebiet Das erste Programm der *ARD* war 2009 mit 12,7 Prozent der meistgesehenste TV-Sender in Deutschland, gefolgt von *RTL* und *ZDF* mit jeweils 12,5 Prozent. Bei meistgesehenen Sendungen liegen das Fußball-WM-Qualifikationsspiel zwischen Russland und Deutschland (12,46 Mio. Zuschauer) und »Wetten dass ...?« vom 3.10. (11,31 Mio. Zuschauer) vom *ZDF* vorn. Boxkämpfe bei *RTL* erreichten Platz drei und vier. Insgesamt sind 24 Sportübertragungen in den Top 100 der quotenstärksten Sendungen 2009. Die Sparte »Serie« kam auf 33 Sendungen, der Bereich »Unterhaltung/Show« auf 25 und die Kategorie »Information« auf 18 Sendungen. Der einzige Spielfilm, der es unter die 100 meistgesehenen Sendungen brachte, war »Harry Potter und der Feuerkelch« (7,88 Mio. Zuschauer) im *ZDF*. Insgesamt verbrachten die Deutschen täglich 3 Stunden und 32 Minuten vor dem Fernseher, fünf Minuten mehr als 2008.

31.12. New York/London/Berlin Das teuerste Kunstwerk bei internationalen Auktionen 2009 war Rafaels »Kopf einer Muse« mit dem Zuschlag bei 42,7 Mio. Dollar. Auf den Plätzen folgen Matisse »Les coucous, tapis bleu et rose« (1911, 41 Mio. Dollar), Andy Warhol »200 One Dollar Bills« (1962, 39 Mio. Dollar), Brancusi »Madame L. R.« (um 1915, 33,3 Mio. Dollar) und Rembrandt »Porträt eines Unbekannten (1658, 29,6 Mio. Dollar).
Bei deutschen Auktionen hält Max Beckmann mit »Blick auf Vorstädte am Meer bei Marseille« (1937, 2,2 Mio. Euro) und »Nachtgarten bei Cap Martin« (1944, 1,25 Mio. Euro) die Spitzenplätze. Es folgen Ernst Ludwig Kirchners »Drei Akte im Wald« (1912, 900 000 Euro), Heinrich Campendonks »Blumenbild« (1918, 650 000 Euro) und Otto Müllers »Artistenpaar« (1910, 650 000 Euro). Damit lagen die Preise erheblich unter denen des Vorjahres, näherten sich am Ende des Jahres jedoch wieder dem alten Niveau an.

31.12. Hamburg Auf der Jahresbestsellerliste 2009 von *Buchreport* und *Spiegel* landet Stephenie Meyer mit »Bis(s) zum Ende der Nacht« und »Bis(s) zum Abendbrot« auf den ersten beiden Plätzen, zudem kam sie mit »Bis(s) zur Mittagsstunde« noch auf den neunten Platz. Dan Brown verkaufte von »Das verlorene Symbol« die drittmeisten Bücher und Frank Schätzings »Limit« kam auf den vierten Platz. Auf den weiteren Plätzen folgen Herta Müller (»Atemschaukel«), Simon Beckett (»Leichenblässe«), Dora Heldt (»Tante Inge haut ab«), Sarah Kuttner »Mängelexemplar«, und auf dem 10. Platz lag Daniel Kehlmann mit »Ruhm«. Bei den Sachbüchern lag Eckart von Hirschhausen mit »Glück kommt selten allein ...« auf dem 1. Platz, gefolgt von Richard David Precht mit »Wer bin ich – und wenn ja, wie viele?«, der auch noch mit »Liebe. Ein unordentliches Gefühl« unter die zehn meist verkauften Sachbücher kam (7). Platz 3 belegt Manfred Lütz mit »Irre – Wir behandeln die Falschen«, gefolgt von Helmut Schmidt mit »Außer Dienst« und »Auf eine Zigarette mit Helmut Schmidt« (zusammen mit Giovanni di Lorenzo). Michael Winterhoff mit »Warum unsere Kinder Tyrannen werden« (6) und »Tyrannen müssen nicht sein« (9), Eduard Augustin/Philipp von Keisenberg/Christan Zaschke mit »Ein Mann – Ein Buch« (8) und Rhonda Byrne mit »The Secret – Das Geheimnis« vervollständigen die Liste.
Auf der 10-Jahres-Bestsellerliste steht bei den Hardcover-Büchern Joanne K. Rowling mit gleich drei Büchern auf den ersten drei Plätzen (»Harry Potter und der Halbblutprinz« gefolgt von »Harry Potter und der Orden des Phönix« und »Harry Potter und die Heiligtümer des Todes«). Auch »Harry Potter und der Feuerkelch« (14) und »Harry Potter und der Gefangene von Askaban« (16) kamen noch unter die am meist verkauften 20. Charlotte Roches »Feuchtgebiete« verkaufte sich ebenfalls sehr gut (4), genau wie Cornelia Funkes »Tintenherz« (6), »Tintenblut« (11) und »Tintentod« (19). Dan Brown kam mit »Sakrileg« auf den fünften Platz und erreicht mit »Diabolus« noch den Platz 15. Während Stephenie Meyers »Bis(s) zum Abendrot« und »Bis(s) zum Ende der Nacht« auf den Plätzen acht und neun landeten und es »Bis(s) zur Mittagsstunde« (20) noch in die Top 20 schaffte, erreicht Daniel Kehlmann mit »Die Vermessung der Welt« Platz sieben. Bei den Sachbüchern steht Hape Kerkelings »Ich bin dann mal weg« an der ersten Stelle, während Richard D. Precht mit »Wer bin ich – und wenn ja, wie viele?« auf Platz drei landete. Dazwischen schob sich Michael Moore mit »Stupid White Men«. Eckart von Hirschhausens »Glück kommt selten allein ...« (5) ließ Helmut Schmidt mit »Außer Dienst« hinter sich. Auf den nächsten Plätzen folgen Rhonda Byrne mit »The Secret – das Geheimnis«, Peter Hahne (»Schluss mit lustig«), Susanne Fröhlich (»Moppel-Ich«) und Eva-Maria Zurhorst (»Liebe dich selbst«). Frank Schirrmacher mit »Das Methusalem-Komplott« kam noch auf Platz 10. (→ 11.3., 12.–15.3., 14.–18.10.)

31.12. Charts Bei den meist verkauften Singles in Deutschland 2009 lag »Poker Face« von Lady Gaga an der Spitze. Erfolgreichster Albumkünstler ist der im Jahr 2009 verstorbene Michael Jackson, das erfolgreichste Album »Stadtaffe« von Peter Fox. Unter die Top 10 der Schlageralben kommen Andrea Berg, Semino Rossi und Helene Fischer mit acht Alben.

31.12. Berlin Nach der Bilanz der *Filmförderungsanstalt (FFA)* kamen 2009 146,3 Mio. Zuschauer in die deutschen Kinos. Das Jahr war damit eines der er-

folgreichsten in ihrer Geschichte (+ 16,9 Mio. Zuschauer/+ 13,1 %). Der Gesamtumsatz stieg um 22,8 Prozent auf 976,1 Mio. Euro (+ 181,4 Mio.). Der Marktanteil der deutschen Filme erhöhte sich auf 27,4 Prozent (von 26,6 %), das ist seit langem der beste Marktanteil an deutschen Filmen. Der erfolgreichste Film 2009 war »Ice Age 3 – Die Dinosaurier sind los« mit 8,7 Mio. Besuchern, gefolgt von »Harry Potter und der Halbblutprinz« (6,1 Mio.) und dem deutschen Film »Wickie und die starken Männer« (4,9 Mio.). Unter die zehn besucherstärksten Filme kam mit »Zweiohrküken« (3,3 Mio., Platz 6) ein weiterer deutscher Film. Insgesamt stehen acht amerikanische und zwei deutsche Produktionen auf den ersten zehn Plätzen. (→ 1.1., 5.2., 25.2.)

Bibliographie kulturpolitischer Neuerscheinungen 2009

Bei dieser Bibliographie deutschsprachiger Neuerscheinungen aus dem Jahr 2009 handelt es sich um einen Auszug aus der für das *Kulturpolitische Informationssystem* (*»kis«*) vom *Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft* erstellten Datenbank. In diese werden Bücher und Broschüren, Aufsätze aus Sammelbänden und Loseblattwerken sowie Zeitschriftenaufsätze aufgenommen. Darüber hinaus werden ausgewählte Bundestags- und Landtagsdrucksachen zum Themenfeld erfasst sowie »graue« Literatur, soweit sie uns zugänglich ist; Buchbesprechungen und Artikel aus Zeitungen finden nur in Ausnahmefällen Aufnahme.

Gegenstand der Bibliographie sind Kulturpolitik und kulturpolitische Praxisfelder. Insgesamt ist für die Aufnahme eines Eintrags der kulturpolitische Aspekt ausschlaggebend. Wie in den Vorjahren mussten aus Platzgründen einige weitere Einschränkungen vorgenommen werden: In der Druckfassung weggelassen werden mussten die meisten Artikel mit geringem Seitenumfang. Zudem musste auf die gesamte Rubrik »Medien« verzichtet werden.

Jede bibliographische Angabe ist in der Regel nur einmal aufgeführt, einzelne Beiträge aus ebenfalls aufgenommenen Sammelbänden nur dann, wenn sie einer anderen Rubrik als der des Sammelbandes zuzuweisen waren.

Den Rubriken voran stehen jeweils die einschlägigen Fachzeitschriften, wobei diese nicht identisch sind mit den für die Bibliographie laufend ausgewerteten. Die Liste dieser laufend ausgewerteten Fachzeitschriften umfasst über hundert Titel, darunter auch soziologische, allgemeinpolitische, Rechts- und Verwaltungszeitschriften.

Die ausführliche kumulierte Bibliographie-Datenbank des *»kis«* ist online zugänglich unter www.kupoge.de.

In den *Kulturpolitischen Mitteilungen*, der Zeitschrift für Kulturpolitik der *Kulturpolitischen Gesellschaft*, erscheint viermal im Jahr ebenfalls ein aktueller Auszug mit Neuerscheinungen aus dem Berichtszeitraum. Hier werden in jedem Heft darüber hinaus auf acht Seiten Buchneuerscheinungen vorgestellt und rezensiert.

1 Kultur und Gesellschaft – Kulturverständnis – Kulturwissenschaft

2 Kulturpolitik

2.1 Grundlagen

2.2 Kommunale Kulturpolitik

2.2.1 Allgemein

2.2.2 Einzelne Städte

2.3 Regionale Kulturpolitik

2.4 Kulturpolitik der Länder

2.5 Kulturpolitik auf Bundesebene

2.5.1 Allgemein

2.5.2 Einzelne Felder

2.5.2.1 Urheberrecht, Folgerecht, Verwertung

2.5.2.2 Künstlersozialversicherung

2.5.2.3 Steuerrecht und andere rechtliche Regelungen

2.5.2.4 Auswärtige Kulturpolitik allgemein

2.5.2.5 Kulturgüterschutz, Beutekunst, Restitution etc.

2.6 Kulturförderung, Kulturfinanzierung

2.6.1 Allgemein

2.6.2 Öffentliche Kulturförderung und Kulturausgaben

2.6.3 Private Kulturfinanzierung, Sponsoring, Mäzenatentum, Stiftungen

2.7 Kulturmanagement

2.8 Qualitätsmessung, Evaluation, Nutzerforschung

2.9 Kultur und Ökonomie – Kulturwirtschaft – Kultur und Arbeit

2.10 Demografie

3 Kulturpolitische Positionen von Parteien und Verbänden

4 Europäische und internationale Kulturpolitik

4.1 Allgemein

4.2 Kulturpolitik der EU

4.3 Überstaatliche Organisationen

4.4 Kulturpolitik in anderen Ländern

5 Kulturpolitische Praxisfelder

5.1 Theater

5.1.1 Allgemein

5.1.2 Theaterstruktur, Theaterfinanzierung

5.1.3 Kinder- und Jugendtheater, Theaterpädagogik

5.1.4 Freies Theater

5.2 Musik

5.2.1 Allgemein

5.2.2 Musikpädagogik

5.2.3 Musikschulen und Musikhochschulen

5.3 Bildende Kunst

5.3.1 Allgemein

5.3.2 Kunstpädagogik

5.3.3 Kunstschulen, Kunsthochschulen

5.4 Museen und Ausstellungen

5.4.1 Allgemein

5.4.2 Museumspädagogik, Kindermuseen

5.5 Kunst im öffentlichen Raum, Straßenkunst

5.6 Kulturelles Erbe

5.6.1 Denkmäler, Denkmalschutz

5.6.2 Erinnungskultur, Mahn- und Denkmale

5.7 Literatur und Bibliothek

5.7.1 Allgemein

5.7.2 Bibliotheken

5.7.3 Leseförderung, Leseforschung, Literaturförderung

5.8 Volkshochschulen, kulturelle Erwachsenenbildung

5.9 Soziokultur und soziokulturelle Praxisfelder

5.10 Kulturpädagogik, kulturelle Bildung, ästhetische Erziehung

5.11 Archive

5.12 Baukultur

6 Weitere kulturpolitische Themen und Felder

6.1 Interkulturelle Kulturarbeit

6.2 Kultur und Nachhaltigkeit

6.3 Events, Festivals, Freizeitkultur, Tourismus

6.4 Kultur und Kunst als Beruf

6.5 Bürgerschaftliches Engagement, Freiwilligenarbeit, Ehrenamt

1 Kultur und Gesellschaft – Kulturverständnis – Kulturwissenschaft

»1968. Ideen – Entwürfe – Utopien«, (Themenheft), in: *Widerspruch – Münchner Zeitschrift für Philosophie*, Heft 1/2009, 180 S.

Banse, Gerhard/Wieser, Mathias/Winter, Rainer (Hrsg.): *Neue Medien und kulturelle Vielfalt: Konzepte und Praktiken*, Berlin: trafo (Konzepte und Praktiken, 13) 2009, 337 S.

Bauerle-Willert, Dorothé: »Die Kultur und die Freiheit«, in: *liberal*, Heft 2/2009, S. 65–67

Berberich, Frank u. a.: »Berlin auf der Couch. Autoren und Künstler zu 20 Jahren Mauerfall« (Schwerpunktthema), in: *Lettre International*, Heft 86 (2009), 258 S.

Bieri, Peter: »Wie wäre es, gebildet zu sein?«, in: *Museumskunde*, Heft 2/2009, S. 9–14

Bittner, Regina: »Kulturtechniken der Transformation«, in: *aus politik und zeitgeschichte*, Heft 28/2009, S. 9–15

Csáky, Moritz/Leitgeb, Christoph (Hrsg.): *Kommunikation – Gedächtnis – Raum. Kulturwissenschaften nach dem ›Spatial Turn‹*, Bielefeld: transcript (Kultur- und Medientheorie) 2009, 172 S.

Doehring, André/Appen, Ralf von: »Kultur versteht sich von selbst«, in: *Musikforum*, Heft 2/2009, S. 39–40

Driftmann, Markus: »Mythos Dresden: Symbolische Politik und deutsche Einheit«, in: *aus politik und zeitgeschichte*, Heft 21–22/2009, S. 33–39

Eckert, Rainer: »Das ›Erinnerungsjahr‹ 2009. 60 Jahre Bundesrepublik und 20 Jahre Friedliche Revolution. Ein Zwischenbericht«, in: *Deutschland Archiv*, 2009, S. 1069–1078

Faulstich, Werner (Hrsg.): *Die Kultur der 30er und 40er Jahre*, München: Fink (Kulturgeschichte des 20. Jahrhunderts) 2009, 266 S.

Frank, Susanne/Dangschat, Jens S./Fischer, Joachim u. a.: »Architektur der Gesellschaft«, (Schwerpunkt), in: *aus politik und zeitgeschichte*, Heft 25/2009, S. 1–38

Fuchs, Max: »Sind wir jemals modern gewesen? Kulturpolitische Überlegungen zu deutschen Mentalitäten, zu Thomas Mann und zum Bürgertum«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 2/2009, S. 14–15

Gabriel, Karl (Hrsg.): *Was hält die Gesellschaft zusammen?*, Münster: Aschendorf/Institut für christliche Sozialwissenschaften (Jahrbuch für christliche Sozialwissenschaften, 50) 2009, 272 S.

Gerland, Kirsten: »Die ›89er‹. Überlegungen zu einer Erfahrungsgemeinschaft ohne Erinnerungskultur«, in: *Deutschland Archiv*, Heft 1/2009, S. 121–128

Gotto, Klaus: »Sechzig Jahre Bundesrepublik Deutschland«, in: *die politische Meinung*, Heft 7/2009, S. 49–51

Günzel, Stephan (Hrsg.): *Raumwissenschaften*, Frankfurt am Main: Suhrkamp (suhrkamp taschenbuch wissenschaft, 1891) 2009, 406 S.

Hanser-Strecker, Peter: »Zwischen ›Greenpeace‹ und ›Zerfall‹. Musikverleger Peter Hanser-Strecker blickt auf die deutsche Kulturlandschaft«, in: *Musikforum*, Heft 1/2009, S. 48–51

Hecken, Thomas: *Pop. Geschichte eines Konzepts 1955– 2009*, Bielefeld: transcript (MEDIENwissenschaft, 2) 2009, 568 S.

Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): *Potentiale Ost. 20 Jahre deutsche Einheit – Erfahrungen und Perspektiven*, Berlin: Selbstverlag 2009, 84 S.

Henke, Klaus-Dietmar (Hrsg.): *Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte*, München: dtv 2009, 734 S.

Hermann, Jennie: *Backstreet Girl. Projektionsfläche Popstar – Wenn der Fan zum Schriftsteller wird*, Berlin: Archiv der Jugendkulturen (Wissenschaftliche Reihe, 4) 2009, 219 S.

Holtmann, Everhard: »Signaturen des Übergangs«, in: *aus politik und zeitgeschichte*, Heft 28/2009, S. 3–9

Jun, Uwe: »Wandel des Parteien- und Verbändesystems«, in: *aus politik und zeitgeschichte*, Heft 28/2009, S. 28–34

Junge, Mathias: *Kultursoziologie. Eine Einführung in die Theorien*, Konstanz: UVK 2009, 138 S.

Kinkel, Klaus: »›Deutschland – Land der Ideen‹? Warum der Innovationsstandort Deutschland nur noch Mittelmaß ist«, in: *die politische meinung*, Heft 8/2009, S. 65– 68

Klatt, Hans-Peter: »Ist die deutsche Kultur noch zu retten? Tagung in Tutzing sucht nach neuen Rezepten«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 124 (I2009), S. 12–13

Klein, Anna/Heitmeyer, Wilhelm: »Ost-westdeutsche Integrationsbilanz«, in: *aus politik und zeitgeschichte*, Heft 28/2009, S. 16–21

König, Gudrun M.: *Konsumkultur – inszenierte Warenwelt um 1900*, Wien u. a.: Böhlau 2009, 429 S.

Lentz, Carola: »Der Kampf um die Kultur. Eine empirische Überprüfung von Bourdieus Theorie der Kunstwahrnehmung«, in: *Soziale Welt*, Heft 60 (2009), S. 239–257

Misselwitz, Hans: »Unerhörte Freiheiten. Unsere Revolutionen – 1968 und 1989«, in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, Heft 5/2009, S. 50–52

Moebius, Stephan: *Kultur*, Bielefeld: transcript 2009, 243 S.

Möller, Horst/Wengst, Udo: *60 Jahre Institut für Zeitgeschichte München-Berlin. Geschichte, Veröffentlichungen, Personalien*, München: Oldenbourg 2009, 204 S.

Münkel, Daniela: »Die DDR im Blick der Stasi 1989«, in: *aus politik und zeitgeschichte*, Heft 21–22/2009, S. 26–32

Münkler, Herfried: *Die Deutschen und ihre Mythen*, Reinbek: Rowohlt 2009, 608 S.

Münkler, Herfried: »Die Kraft der großen Erzählungen. Deutschland, deine Mythen« (Ein Gespräch), in: *Theater heute*, Heft 4/2009, S. 4–11

Rebhandl, Bert: »Das Glück der Menschen. Deutschland, deine Mythen«, in: *Theater heute*, Heft 4/2009, S. 16–22

Rödder, Andreas: *Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung*, München: Beck 2009, 490 S.

Sanio, Sabine: »Die Flaschenpost endlich öffnen«, in: *Neue Zeitschrift für Musik*, Heft 1/2009, S. 14–17

Satjukow, Silke: »Grenze 2000«, in: *aus politik und zeitgeschichte*, Heft 21–22/2009, S. 18–25

Scheiding, Oliver/Obenland, Frank/Spahr, Clemens: *Kulturtheorien im Dialog. Neuorientierung in der kulturwissenschaftlichen Text-Kontext-Debatte*, Berlin: Akademie (Beiträge zu den Historischen Kulturwissenschaften, 4) 2009, 300 S.

Schlögel, Karl: »Generation Marienborn«, in: *aus politik und zeitgeschichte*, Heft 21–22/2009, S. 3–6

Schubert, Richard: »Mozart gegen Obdachlose. Wie Hochkultur zum sozialen Pestizid wird«, in: *konkret*, Heft 4/2009, S. 45

Stolte, Dieter: »Verantwortung in unserer Zeit. Neue ethische Strukturen«, in: *die politische Meinung*, Heft 5/ 2009, S. 62–65

Teschner, Dirk: »Mittelalterzirkus oder unkontrollierbare Jugend. Erfurt«, in: Heinrich Böll Stiftung (Hrsg.): *Potentiale Ost, 20 Jahre deutsche Einheit – Erfahrungen und Perspektiven*, Berlin: Heinrich Böll Stiftung 2009, S. 68–70

Wagner, Bernd: »Chronik kulturpolitischer und kultureller Ereignisse im Jahre 2008«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2009, Band 9, Thema: Erinnerungskulturen und Geschichtspolitik*, Bonn/Essen: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V./Klartext 2009, S. 417–430

Wagner, Bernd: »›Kasperletheater für gebildete Stände‹, neues Elitedenken und die Debatte um den ›Sozialstaat‹. Kulturpolitischer Streifzug und Chronik«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 127 (IV/2009), S. 31–33

Wagner, Bernd: »›Zufriedene Routine‹, ›fehlende Leidenschaft‹ und ›Multikulti-Romantik‹. Kulturpolitischer Streifzug und Chronik«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 126 (III/2009), S. 28–30

Wohlrab-Sahr, Monika (Hrsg.): *Kultursoziologie. Paradigmen – Methoden – Fragestellungen*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2009, 250 S.

2 Kulturpolitik

2.1 Grundlagen

Kulturpolitische Mitteilungen. Zeitschrift für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft, Bonn: Kulturpolitische Gesellschaft (viermal im Jahr)

Kunst+Kultur. Zeitschrift der ver.di, Stuttgart: Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) (vierteljährlich)

Politik und Kultur (puk). Zeitung des Deutschen Kulturrates, Regensburg: ConBrio Verlagsgesellschaft mbH (zweimonatlich)

Al Ghusain, Muchtar: »Lobbying für die Kultur. Einfluss nehmen, gestalten und ausbauen«, in: *Kulturmanagement & Kulturpolitik*, Stuttgart: Raabe (Loseblattsammlung 2006 ff.) 2009, 24 S., B 1.8

Articus, Stephan: »Föderalismusreform II: Ein zu kleiner Schritt«, in: *der städtetag*, Heft 6/2009, S. 22–25

Bohrer, Karl Heinz: »Was kann Kritik sein am Ende der Kulturkritik?«, in: *Merkur*, Heft 723 (2009), S. 934–1012

Cornel, Hajo: »›Kulturstaat‹ vs. ›Kulturgesellschaft‹? Zur Debatte zwischen Oliver Scheytt und Max Fuchs«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 124 (I/2009), S. 36–37

Croissant, Aurel/Wagschal, Uwe/Schwank, Nikolas/Trinn, Christoph: *Kulturelle Konflikte seit 1945. Die kulturelle Dimension des globalen Konfliktgeschehens*, Baden-Baden: Nomos (Weltregionen im Wandel, 6) 2009, 288 S.

Detjen, Stephan: »Abschied vom Grundgesetz?«, in: aus *politik und zeitgeschichte*, Heft 18-19/2009, S. 3–5

Deuter, Ulrich: »Oh, wie schön ist Panama! Eine Glosse«, in: *K.West*, Heft 10 (2009), S. 6–7

Doll, Nikola: *Mäzenatentum und Kunstförderung im Nationalsozialismus. Werner Peiner und Hermann Göring*, Weimar: VDG 2009, 2009 S.

Förster, Michael Andree: *Kulturpolitik im Dienst der Legitimation. Oper, Theater und Volkslied als Mittel der Politik Kaiser Wilhelms II.*, Frankfurt am Main (u. a.): Lang (Mainzer Studien zur neueren Geschichte, 25) 2009, 299 S.

Fuchs, Max: »Die Entdeckung der Kreativität in der Kulturpolitik. Hinweise zur Karriere eine politischen Leitformel«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 5/2009, S. 10–11

Fuchs, Max: »Kulturpolitische Slogans und Leitbilder. Chancen und Fallstricke«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 1/2009, S. 10–11

Funke, Manfred: »Wendejahre 1909 – 2009. Stichwörter zu zehn Dekaden deutscher Erfahrung«, in: *die politische Meinung*, Heft 4/2009, S. 65–68

Horn, Sabine (Hrsg.): *Geschichte und Öffentlichkeit. Orte – Medien – Institutionen*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht (UTB, 3181) 2009, 240 S.

Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft: »Kunst und Kultur im Internet«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2009, Thema: Erinnerungskulturen und Geschichtspolitik*, Bonn/Essen: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V./Klartext 2009, S. 495–501

Jogschies, Rainer B.: »Mehr Kultur wagen? Zum Streit um ›Kulturstaat‹ und ›Kulturgesellschaft‹«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 126 (III/2009), S. 56–57

Kailitz, Steffen: »Der ›Historikerstreit‹ und die politische Deutungskultur der Bundesrepublik Deutschland«, in: *German. Stud. Rev.*, Heft 32 (2009), S. 279–302

Kesting, Hanjo: »Unser sind alle Schätze ... Schiller und der Sinn der Geschichte«, in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, Heft 7-8/2009, S. 83–86

Klein, Armin: *Kulturpolitik. Eine Einführung*, Wiesbaden: VS 2009 (3., aktualisierte Auflage), 262 S.

Knoblich, Tobias J.: »Wer dient wem? Zur Debatte über das Verhältnis zwischen Kulturpolitik und Kulturmanagement«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 124 (I/2009), S. 38–39

Knoblich, Tobias J./Scheytt, Oliver: »Zur Begründung von Cultural Governance«, in: *aus politik und zeitgeschichte*, Heft 8/2009, S. 34–40

Lucke, Albrecht von: »Kulturzynismus als politische Gefahr. 25 Jahre Privatfernsehen«, in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, Heft 4/2009, S. 56–58

Martynkewicz, Wolfgang: *Salon Deutschland. Geist und Macht 1900–1945*, Berlin: Aufbau 2009, 617 S.

Matanovic, Wilfried: *Die Ansichtskarte als Zeitzeugin deutscher Geschichte. Berlin im Mittelpunkt von Politik, Kultur, Wirtschaft*, Heinsberg: m+m 2009, 235 S.

Mehdorn, Margarete (Hrsg.): *Französische Kultur in der Bundesrepublik Deutschland. Politische Konzepte und zivilgesellschaftliche Initiativen 1945–1970*, Wien/Köln/Weimar: Böhlau 2009, 352 S.

Meier, Christian: *Kultur, um der Freiheit willen. Griechische Anfänge – Anfang Europas?*, München: Siedler 2009 (2. Aufl.), 367 S.

Nida-Rümelin, Julian: »Ökonomie und Ethik in kultureller Perspektive. In der gegenwärtigen Umbruchphase der globalen Ökonomie ist eine kulturelle Perspektive ge-

fordert und – damit zusammenhängend – ein neues Verhältnis von Ethik und Politik, Recht und Ökonomie, Staat und Zivilgesellschaft«, in: *das magazin*, Heft Frühjahr, 2009, S. 5–6

Nieland, Jörg-Uwe: *Pop und Politik. Politische Popkultur und Kulturpolitik in der Mediengesellschaft*, Köln: Herbert von Halem 2009, 471 S.

Nissen, Martin: *Populäre Geschichtsschreibung. Historiker, Verleger und die deutsche Öffentlichkeit (1848–1900)*, Wien/Köln/Weimar: Böhlau (Beiträge zur Geschichtskultur, 34) 2009, 375 S.

Plischka, Hans Peter: *Der Kulturstaat. Eine Verfassung für das 21. Jahrhundert*, Marburg: Tectum 2009, (2., überarb. Aufl.), 97 S.

Raphael, Lutz: »Auf halbem Wege steckengeblieben. Eine Geschichte der modernen Geschichtsschreibung im Zeichen der Globalisierung«, in: *Geschichte und Gesellschaft*, Heft 3/2009, S. 472–478

Scheytt, Oliver: »Kulturpolitische Leitbegriffe«, in: *Kulturmanagement & Kulturpolitik*, Stuttgart: Raabe (Loseblattsammlung 2006 ff.) 2009, 16 S., B 1.7

Scheytt, Oliver/Kersten, Rüdiger: »Zielsetzung als Elemente von Kulturpolitik. Konsens und Kooperation in der Vielfalt kulturpolitischer Akteure«, in: *Kulturmanagement & Kulturpolitik*, Stuttgart: Raabe (Loseblattsammlung 2006 ff.) 2009, 20 S., B 1.6

Schildt, Axel/Siegfried, Detlef: *Deutsche Kulturgeschichte. Die Bundesrepublik Deutschland von 1945 bis zur Gegenwart*, München: Carl Hanser 2009, 695 S.

Schmoll, Friedemann: *Die Vermessung der Kultur. Der ›Atlas der deutschen Volkskunde‹ und die Deutsche Forschungsgemeinschaft 1928–1980*, Stuttgart: Steiner (Studien zur Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft, 5) 2009, 331 S.

Schütz, Erhard: *Solitäre und Netzwerker. Akteure des kulturpolitischen Konservatismus nach 1945 in den Westzonen Deutschlands. Tagung an der Humboldt-Universität am 8. und 9. Juni 2007*, Essen: Klartext 2009, 244 S.

Schwencke, Olaf/Bühler, Joachim/Wagner, Katharina (Hrsg.): *Kulturpolitik von A–Z. Ein Handbuch für Anfänger und Fortgeschrittene*, Berlin: Bostelmann & Siebenhaar 2009, 164 S.

Sievers, Norbert: »Eintritt frei! Kulturelle Teilhabe erleichtern« (Interview mit Daniela Behrens, MdL), in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 125 (II/2009), S. 10–11

Sievers, Norbert/Reinhold Knopp/Jochen Molck: »Kultur nicht für alle? Kulturpolitik und gesellschaftliche Teilhabe«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 126 (III/2009), S. 31–34

Starck, Christian: *Verfassungen. Entstehung, Auslegung, Wirkungen und Sicherung*, Tübingen: Mohr Siebeck 2009, 442 S.

Sternberg, Thomas: »Kultur ist Staatsziel!«, Der Kommentar, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 127 (IV/ 2009), S. 29

Theisen, Heinz: »Grenzen der Integration. Für eine Koexistenz der Kulturen«, in: *Merkur*, Heft 727 (2009), S. 1124–1132

Thierse, Wolfgang: »Das Staatsziel Kultur gehört ins Grundgesetz – mitsamt der deutschen Sprache«, in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, Heft 1-2/2009, S. 11–13

Troller, Georg Stefan: »Sprache und Emigration. Vom Überleben der deutschen Künstler in erzwungener Fremde«, in: *Lettre International*, Heft 87 (2009), S. 94–99

Vogt, Matthias Theodor: »Was wir nicht wissen können und dennoch wissen müssen. Kulturpolitik als Ertüchtigung des Imaginärsinnes«, in: Vogt, Matthias Theodor u. a. (Hrsg.): *Die Stärke der Schwäche*, Frankfurt am Main u. a.: Peter Lang (Schriften des Collegium PONTES, 3) 2009, S. 219–232

Wagner, Bernd: »Ex oriente lux? Kulturpolitische Aufgaben und Neuorientierungen«, in: Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): *Potentiale Ost, 20 Jahre deutsche Einheit – Erfahrungen und Perspektiven*, Berlin: Selbstverlag 2009, S. 77–80

Wagner, Bernd: *Fürstenhof und Bürgergesellschaft. Zur Entstehung, Entwicklung und Legitimation von Kulturpolitik*, Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft e. V./Klartext (Edition Umbruch. Texte zur Kulturpolitik, 24) 2009, 500 S.

Westle, Bettina/Gabriel, Oscar W. (Hrsg.): *Politische Kultur. Eine Einführung*, Baden-Baden: Nomos (Studienkurs Politikwissenschaft) 2009, 578 S.

Winkler, Heinrich August: »Weimar, Bonn, Berlin. Zum historischen Ort des Grundgesetzes«, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, Heft 4/2009, S. 485–497

Wünsche-Werdehausen, Elisabeth: *Turin 1713–1730. Die Kunstpolitik König Vittorio Amedeos II.*, Petersberg: Imhof (Studien zur internationalen Architektur- und Kunstgeschichte, 71) 2009, 256 S.

2.2. Kommunale Kulturpolitik

2.2.1 Allgemein

der landkreis. Zeitschrift für kommunale Selbstverwaltung, Stuttgart: W. Kohlhammer (monatlich)

der städtetag, herausgegeben vom Präsidium des *Deutschen Städtetages*, Köln: Carl Heymanns (zweimonatlich)

Stadt und Gemeinde interaktiv. Zeitschrift des Deutschen Städte und Gemeindebundes, Berlin/Bonn/Brüssel, herausgegeben von Präsidium des *Deutschen Städte- und Gemeindebundes*, Burgwedel: Winkler & Stenzel (monatlich)

Becker, Konrad/Wassermair, Martin (Hrsg.): *Phantom Kulturstadt. Texte zur Zukunft der Kulturpolitik II*, Wien: Löcker 2009, 280 S.

Böhrnsen, Jens/Schulz, Jörg/Hoffmann, Walter u. a.: »Oberbürgermeisterbefragung«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 6/2009, S. 6–25

Deutscher Städtetag: »Öffentliche Kultureinrichtungen wirken in der Finanzkrise stabilisierend. Expertengespräch zum Thema ›Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise für Kultur in Deutschland‹«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 124 (I/2009), S. 8–9

Deutscher Städtetag: »Städtisches Handeln in Zeiten der Krise. Thesenpapier der 25. ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Städtetages vom 12.–14. Mai 2009 in Bochum«, in: *Der Städtetag*, Heft 4/2009, S. 15–16

Deutscher Städtetag (Hrsg.): *Erwartungen und Forderungen des Deutschen Städtetages an den neuen Bundestag und die neue Bundesregierung*, Berlin/Köln: Selbstverlag (Beiträge des Deutschen Städtetages zur Stadtpolitik, 91) 2009, 54 S.

Engler, Sonja: »Image – für wen?«, in: *stadtkultur magazin*, Heft 11/2009, S. 20–21

Ermert, Karl/Fricke, Almuth (Hrsg.): *Visionen für Generationen. Kommunale Strategien im demografischen Wandel aus kultureller Perspektive*, Wolfenbüttel: Bundesakademie für kulturelle Bildung Wolfenbüttel (Wolfenbütteler Akademie-Texte, 38) 2009, 146 S.

Esch, Christian: »Stadt und Kultur in Not«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 126 (III/2009), S. 7–8

Frech, Siegfried von/Weber, Reinhold: *Handbuch Kommunalpolitik*, Stuttgart: Kohlhammer (Politik in Baden-Württemberg) 2009, 400 S.

Friedrichs, Jürgen/Triemer, Sascha: *Gespaltene Städte? Soziale und ethnische Segregation in deutschen Großstädten*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2009 (2. Auflage), 181 S.

Götz, Peter: »Wir brauchen starke Städte«, in: *Kommunalpolitische Blätter*, Heft 9/2009, S. 32–34

Grabow, Busso/Schneider, Stefan: *PPP-Projekte in Deutschland 2009 – Erfahrungen, Verbreitung, Perspektiven. Ergebnisbericht*, Berlin: Deutsches Institut für Urbanistik, Vertrieb 2009, 64 S.

Hebborn, Klaus: »Kultur in Deutschland aus Sicht der Städte«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 127 (IV/ 2009), S. 8–10

Inselmann, Dörte: »Stadtmarketing durch Kultur – Kulturmarketing für die Stadt«, in: *stadtkultur magazin*, Heft 11/2009, S. 13–15

Jungheinrich, Martin: »Gemeindefinanzen vor dem Absturz?«, in: *Der Deutsche Städtetag*, Heft 4/2009, S. 17–19

Kißler, Leo/Wiechmann, Elke: »›Weniger – älter – bunter? Der sozio-demografische Wandel als Herausforderung für Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung«, in: *WSI Mitteilungen*, Heft 11/2009, S. 596–603

Kordfelder, Angelika: »Städtepartnerschaften geben Beispiel. Kommunale Netzwerke als Trendsetter in Europa«, in: *Stadt und Gemeinde interaktiv*, Heft 9/2009, S. 319–320

Marek, Katja: *Rekonstruktion und Kulturgesellschaft. Stadtbildreparatur in Dresden. Frankfurt am Main und Berlin als Ausdruck der zeitgenössischen Suche nach Identität*, Kassel: Universitätsbibliothek Kassel 2009, 205 S.

Melzer, Thomas: »Jazz in E. Der Durchbruch zur Mitte«, in: Heinrich Böll Stiftung (Hrsg.): *Potentiale Ost, 20 Jahre deutsche Einheit – Erfahrungen und Perspektiven*, Berlin: Heinrich Böll Stiftung 2009, S. 73–76

Pohl, Wolfgang u. a.: »Kommunalfinanzen: Berg- und Talfahrt« (Schwerpunktthema), in: *AKP*, Heft 1/2009, S. 37–47

Scholz, Ottilie: »Wandel gestalten und Impulse aus Bochum. Grußwort«, in: *der städtetag*, Heft 3/2009, S. 5

Schroeder, Nicolas: »Ausgerechnet Kunst«, in: *stadtkultur magazin*, Heft 11/2009, S. 10–11

Schröder, Uwe (Hrsg.): *Die Idee der Stadt/L'idea della cittá*, Tübingen: Wasmuth 2009, 652 S.

Schulz-Dusenschön, Heiko: »Eine leere Form«, in: *stadtkultur magazin*, Heft 11/2009, S. 18–19

Sievers, Norbert: »Kulturpolitik trotz(t) Krise – Kunst trotz(t) Kulturpolitik. Veranstaltung und Erklärung der Kulturpolitischen Gesellschaft«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 127 (IV/2009), S. 4–5

Sigel, Paul: »Stadtschlösser und andere Neubauten. Erinnerung und Städtebau«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 126 (III/2009), S. 48–52

Sonne, Wolfgang: »Ästhetische Nachhaltigkeit in der Stadt. The aspect formerly known as Schönheit«, in: Forum Wissenschaft & Umwelt (Hrsg.): *Verbaute Zukunft?*, Wien: Selbstverlag (Wissenschaft & Umwelt. Interdisziplinär, 12) 2009, S. 190–196

»Stadt unter?«, in: *K.West*, Heft 2/2009, S. 24–29

TU München, Architekturmuseum (Hrsg.): *Multiple City. Stadtkonzepte 1908/2008. Urban concepts 1908/2008*, Berlin: Jovis 2009, 344 S.

2.2.2 Einzelne Städte

Bauer, Merlin: *Liebe deine Stadt – Öffentliche Angelegenheiten Köln*, Köln: Greven 2009, 480 S.

Beck, Georg: »Wer soll das bezahlen, was eh keiner will? Wie das Bonner Beethovenfest vor lauter Festspiel (haus)laune seine Beethovenhalle vergisst«, in: *nmz. Neue Musikzeitung*, Heft 10/2009, S. 3

Bezirksamt Neukölln von Berlin, Abt. Bildung, Schule, Kultur und Sport (Hrsg.): *Kulturentwicklungsplan Neukölln*, Neukölln: Selbstverlag 2009, 70 S.

Binder, Beate: *Streitfall Stadtmitte. Der Berliner Schloßplatz*, Wien/Köln/Weimar: Böhlau (Alltag & Kultur, 13) 2009, 327 S.

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Berlin (Hrsg.): *Schloss Berlin/Humboldt-Forum. Realisierungswettbewerb 2008*, Berlin 2009, 272 S.

Dautel, Julia: »Tor zur Welt-Kultur. Wie sich Hamburg musikalisch global vernetzt«, in: *Musikforum*, Heft 4/ 2009, S. 52–53

Fietz, Yvonne: »Kreativstadt Hamburg kommt in die Gänge«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 127 (IV/ 2009), S. 15–16

Fietz, Yvonne: »Stadtteilmarketing durch Kultur: ›Bilder gegen Bilder‹ oder ›Wie wollen wir leben?‹«, in: *stadtkultur magazin*, Heft 11/2009, S. 7–9

Flierl, Thomas/Perzinger, Hermann (Hrsg.): *Die kulturelle Mitte der Hauptstadt. Projekt Humboldt-Forum in Berlin*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung (Schriftenreihe, 1009) 2009, 288 S.

Harth, Annette u. a.: *Stadt als Erlebnis: Wolfsburg. Zur stadtkulturellen Bedeutung von Großprojekten*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2009, 252 S.

Heimat Dortmund – Stadtgeschichte in Bildern und Berichten: 50 Jahre Westfalenpark Dortmund. Erlebnisraum für alle Generationen (Themenheft 2/2009), Dortmund: Historischer Verein für Dortmund und die Grafschaft Mark e. V. 2009, 104 S.

Kilp, Birgit: *Alle für Kultur. Die Ära Kurt Hackenberg in Köln 1955–1979*, Köln: Wienand 2009, 199 S.

Knieß, Katharina: »Stadtentwicklung und künstlerische Avantgarde. Die Hamburger Hafencity«, in: *Junge_ Kunst*, Heft 78 (1/2009), S. 46–48

»Kulturelle Bildung in Dortmund. Ein Kommunales Gesamtkonzept«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 124 (I/2009), S. 74–75

Kulturamt der Stadt Bielefeld (Hrsg.): *Kulturjahr. Geschäftsbericht 2008, Kulturamt Bielefeld*, Bielefeld: Selbstverlag 2009, 30 S.

Kulturamt der Stadt Freiburg im Breisgau (Hrsg.): *Kulturamt. Bericht 2008*, Freiburg: Selbstverlag 2009, 36 S.

Kulturamt der Stadt Münster (Hrsg.): *Kulturreport 2008 der Stadt Münster*, Münster: Selbstverlag 2009, 43 S.

Liebmann, Heike: »Kultur als Motor der Stadtentwicklung? Das Beispiel Görlitz«, in: Heinrich Böll Stiftung (Hrsg.): *Potentiale Ost, 20 Jahre deutsche Einheit – Erfahrungen und Perspektiven*, Berlin: Heinrich Böll Stiftung 2009, S. 58–67

Lüddemann, Stefan: »Ein Leuchtturm und sein Schlagschatten. Die Hamburger Elbphilharmonie – Musterbeispiel einer Kulturpolitik in der Kontroverse«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 124 (I/2009), S. 16–17

Matzerath, Horst: *Köln in der Zeit des Nationalsozialismus 1933–1945*, Köln: Greven (Kölner Stadtgeschichte, 12) 2009, 680 S.

Möller, Torsten: »Kunst trotz knapper Kassen. Ein Streifzug durch Berliner Szenen«, in: *Neue Zeitschrift für Musik*, Heft 6/2009, S. 62–64

Müller, Michael Christian: »Stadtentwicklung als Heimatpflege. Stadtpolitische Optionen sozialer Baukultur und lokaler Identität am Beispiel von Vallendar am Rhein«, in: *Rheinische Heimatpflege*, Heft 1/2009, S. 8–20

Oberbürgermeister der Stadt Köln/Dezernat für Kunst und Kultur (Hrsg.): *Kulturmetropole am Rhein. Kulturentwicklungsplanung für Köln*, Köln: Stadt Köln 2009, 80 S.

Oberbürgermeisterin der Landeshauptstadt Dresden (Hrsg.): *Kultur im Rückblick 2008. Jahresbericht des Amtes für Kultur und Denkmalschutz*, Dresden: Amt für Kultur und Denkmalschutz 2009, 28 S.

Otto, Hans-Joachim: »Hauptstadt: Kultur! Förderung?«, in: *liberal*, Heft 3/2009, S. 62–65

Rapp, Tobias: *Lost and Sound. Berlin, Techno und der Easyjetset*, Frankfurt am Main: Suhrkamp (suhrkamp taschenbuch, 4044) 2009, 268 S.

Reckwitz, Andreas: »Kreative Stadt Berlin? Zur Selbstkulturalisierung des Urbanen im Ästhetischen Kapitalismus«, in: *Lettre International*, Heft 86 (2009), S. 181–185

Rode, Philipp: *Kunst macht Stadt. Vom Interagieren zwischen Kunst-, Kulturobjekten und Stadtquartieren am Beispiel von Wiener Projekten*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (Quartiersforschung) 2009, 105 S.

Rothaug, Andrea: »›Ich hab kein Geld, aber du kannst es haben‹«, in: *Musikforum*, Heft 3/2009, S. 15–18

Sarrazin, Thilo: »Klasse statt Masse. Von der Hauptstadt der Transferleistungen zur Metropole der Eliten. Ein Gespräch«, in: *Lettre International*, Heft 86 (2009), S. 197–201

Scheer, Katja/Klinkenborg, Steph/Kiehn, Bettina: »Musik als ›Globalkolorit‹. Die Rolle der Musik in der internationalen Stadtgesellschaft am Beispiel des Hamburger Netzwerks ›Musik von den Elbinseln‹«, in: *Musikforum*, Heft 1/2009, S. 40–41

Schweska, Marc: »Leuchttürme und Glühwürmchen. Berliner Kultur- und Museumspolitik im Spiegel der Finanzen«, in: *Museum aktuell*, Heft 162 (9/2009), S. 15–17

Seidler, Inga: »Creative Cities – Chancen und Risiken kulturbasierter Entwicklungsstrategien«, in: *Kulturmanagement & Kulturpolitik*, Stuttgart: Raabe (Loseblattsammlung 2006 ff.) 2009, 20 S., B 2.6

Stadt Aachen, Dezernat für Bildung und Kultur, Schule, Jugend und Sport (Hrsg.): *Aachen macht Kultur. Kulturelles Leitprofil der Stadt Aachen*, Böhnen: Kettler 2009, 27 S.

Stadt Köln/Der Oberbürgermeister (Hrsg.): *Kulturmetropole am Rhein. Kulturentwicklungsplanung für Köln, Teil 1: Charta*, Köln: Selbstverlag 2009, 47 S.

Stadt Köln/Der Oberbürgermeister (Hrsg.): *Kulturmetropole am Rhein. Kulturentwicklungsplanung für Köln, Teil 2: Maßnahmen*, Köln: Selbstverlag 2009, 66 S.

Stadt Köln/Der Oberbürgermeister (Hrsg.): *Kulturmetropole am Rhein. Kulturentwicklungsplanung für Köln, Anlage: Bestandsaufnahme*, Köln: Selbstverlag 2009, 31 S.

Stadt Leverkusen (Hrsg.): *Kulturentwicklungsplan für die Stadt Leverkusen*, Leverkusen: Stadt Leverkusen 2009, 46 S.

Stadtkultur Hamburg (Hrsg.): *Jahresbericht 2008. Mitgliederverzeichnis 2009*, Hamburg: Selbstverlag 2009, 51 S.

Wagner-Kyora, Georg: *Schloss ohne Geschichte. Der Braunschweiger Wiederaufbau-Konflikt 1950–2007*, Berlin: vorwärts buch 2009, 250 S.

Wiethoff, Nicolas: »Fünf für Leipzig. Kleine Geschichte einer kulturpolitischen Kampagne«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 127 (IV/2009), S. 17–18

Wirtz, Carolin: *»Dass die ganze Umgebung des Domes eine würdige Gestaltung erhalte.« Der Zentral-Dombau-Verein und die Freilegung des Kölner Domes (1882–1992)*, Köln: Kölner Dom (Forschungen zum Kölner Dom, 2) 2009, 108 S.

Wostrak, Annette: »Kooperative Kulturpolitik. Perspektiven für einen Dialog zwischen Kultur und Politik in der föderalen Hauptstadt Berlin«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 124 (I/2009), S. 60–62

2.3 Regionale Kulturpolitik

Aigner, Ilse: »Die Provinz lebt. Vom Kulturreichtum im ländlichen Raum«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 3/2009, S. 1–2

Bentler, Andreas: »Bochumer Beiträge zur Kulturhauptstadt RUHR.2010. Chance und Impuls für die Stadtentwicklung?«, in: *Raumplanung*, Heft 143 (2009), S. 81–86

Breukelchen, Tanja: »Hier schlägt das Herz Europas. Als Botschafter der Kulturhauptstadt RUHR.2010 führt uns Fritz Pleitgen durch Ruhrgebiet« (Interview), in: *Change*, Heft 1/2009, S. 46–53

Brux, Armin: »Kultur im ›Licht‹ und ›Schatten‹ der Metropolen. Kultur in Ballungsrandlagen am Beispiel des Ennepe-Ruhr-Kreises«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 1/2009, S. 32

Damm, Peter: »Die Provinz lebt! KuPoGe-Kulturpreisträger ›künstlich e. V.‹«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 125 (II/2009), S. 68–69

Esch, Christian: *Das NRW KULTURsekretariat. Interkommunale Kulturförderung*, Wuppertal: NRW Kultursekretariat 2009, 40 S.

Hesse, Joachim Jens/Götz, Alexander: *Voraussetzungen der Selbstverwaltung. Zum Verhältnis von Ehrenamt und Gebietsgröße*, Baden-Baden: Nomos (Staatsreform in Deutschland und Europa, 10) 2009, 144 S.

Kuhn, Elmar L.: *»Wer Kultur sagt, sagt auch Verwaltung«. 30 Jahre Kulturamt Bodenseekreis im Landratsamt Bodenseekreis*, Salem: Kulturamt Bodenseekreis 2009, 92 S.

Kunze, Johannes: »Die stillen Worte sind es, die den Sturm bringen. Kreise beleben Kulturlandschaft an Saale, Unstrut und Elster«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 3/2009, S. 47

Kunzmann, Klaus R.: »Anstöße für eine kreative Region. Was davon überdauert das Kulturhauptstadtjahr RUHR.2010?«, in: *Raumplanung*, Heft 143 (2009), S. 71–74

Links, Christoph/Volke, Kristina (Hrsg.): *Zukunft erfinden. Kreative Projekte in Ostdeutschland*, Berlin: Ch. Links 2009, 239 S.

Mühle, Joachim: »Kulturelle Vielfalt im ländlichen Raum. Der Landkreis Görlitz«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 6/2009, S. 43

Nellen, Dieter: »Masterplan ›Kulturmetropole Ruhr‹ 2010–2020«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 127 (IV/2009), S. 48–50

Prossek, Achim: *Bild-Raum Ruhrgebiet. Zur symbolischen Produktion der Region*, Dortmund: Rohn (Metropolis und Region, 4) 2009, 196 S.

Prossek, Achim: »Bauten und Projekte: RUHR.2010 als Wegbereiter einer neuen Metropole. Zum Effekt städtebaulich ausgerichteter Investitionen für die Kulturhauptstadt«, in: *Raumplanung*, Heft 143 (2009), S. 75–80

Scheytt, Oliver: »Kulturhauptstadt der 53. Ruhr.2010 bietet dem Ruhrgebiet neue Chancen« (Stefanie Ernst interviewt Oliver Scheytt), in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 4/2009, S. 15–16

Sievers, Norbert: »Kulturmetropole Ruhr – Kulturpolitik als regionale Strukturpolitik«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 127 (IV/2009), S. 40–41

Suttner, Wolfgang: »Kultur und ländlicher Raum. Mit Identität und Kommunikation zum Erfolg«, in: *Der Landkreis*, Heft 2/2009, S. 95–96

Volke, Kristina: »Shakespeare im Schweinestall. Von der eigenwilligen Eroberung kultureller Räume in der ländlichen Peripherie Ostdeutschlands«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 127 (IV/2009), S. 74–75

Zöpel, Christoph: »Metropole Ruhr«, in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, Heft 10/2009, S. 53–56

2.4 Kulturpolitik der Länder

arsprototo. Das Magazin der Kulturstiftung der Länder, Berlin: Kulturstiftung der Länder (viermal jährlich)

Abgeordnetenhaus von Berlin: »›Berlin barrierefrei‹ – Kultur außen vor? Antwort des Senats von Berlin auf die Kleine Anfrage Nr. 16/12896«, *Drucksache* 16/12896 (15.1.2009), Berlin 2009

Bayerischer Landtag: »Abschlussbericht der Enquete-Kommission ›Kultur in Deutschland‹ – Umsetzung in Bayern. Antwort der Staatsregierung auf die Schriftliche Anfrage von Sepp Dürr, Ulrike Gote und Christine Stahl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)«, *Drucksache* 16/3102 (17.12.2009), München 2009

Bolwin, Rolf: »Haushaltssicherung und freiwillige Aufgabe Kultur am Beispiel NRW«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 126 (III/2009), S. 4–6

Cornel, Hajo: »Die Kulturentwicklungskonzeption des Landes Brandenburg«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 124 (I/2009), S. 46–48

»Im Westen was Neues. Kulturpolitik des Landes Nordrhein-Westfalen« (Passagen des Kulturförderberichts, gekürzte Fassung), in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 124 (I/2009), S. 49–54

Klüver, Dorit: »Neuland denken. Eine Film- und Diskussionsreihe zum Strukturwandel in Niedersachsen«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 125 (II/2009), S. 70–71

Kulturprojekte Berlin GmbH: *Berliner Zukünfte. Darstellung und Bilanz – Perspektiven und Visionen*, Berlin 2009, 103 S.

Kultursekretariat NRW (Hrsg.): *Geschäftsbericht 2007/2008*, Wuppertal: Selbstverlag 2009, 52 S.

Landtag Nordrhein-Westfalen: »Kultur in NRW – Perspektiven in der Krise? Antwort auf die Große Anfrage der SPD«, *Drucksache* 14/10120 (19.11.2009), Düsseldorf 2009

Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg (Hrsg.): *Haupt Sache Kunst. Dokumentation zum Kunstkongress der Landesregierung Baden-Württemberg im ZKM|Zentrum für Kunst und Medientechnologie Karlsruhe am 4. Mai 2009*, Stuttgart: Selbstverlag 2009, 63 S.

Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg (Hrsg.): *Haupt Sache Kunst. Empfehlungen des Kunstbeirats der Landesregierung Baden-Württemberg*, Stuttgart: Selbstverlag 2009, 128 S.

Rüttgers, Jürgen: »Kultur ist nicht mehr Luxus, sondern elementar. Nordrhein-Westfalen will Vorreiter in Kreativität und Kultur sein« (Im Gespräch: Ministerpräsident Jürgen Rüttgers), in: *Musikforum*, Heft 4/ 2009, S. 42–43

Sächsischer Kultursenat (Hrsg.): *Vierter Kulturbericht des Sächsischen Kultursenats*, Dresden: Selbstverlag 2009, 75 S.

Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst (Hrsg.): *Kulturkompass. Wegweiser für die Kulturentwicklung in Sachsen*, Dresden: Selbstverlag 2009, 50 S.

Schmidt-Roßleben, Martin/Bohr, Kurt/Knoblich, Tobias J. / Froese, Guido/Störr, André: »Kultur im Wechselbad. Kulturpolitische Kommentare zu den Koalitionsvereinbarungen in Brandenburg, im Saarland, in Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 127 (IV/2009), S. 11–13

Schulz, Gabriele/Ernst, Stefanie/Zimmermann, Olaf: *Der WDR als Kulturakteur. Anspruch – Erwartung – Wirklichkeit*, Berlin: Deutscher Kulturrat 2009, 464 S.

Sievers, Norbert: »Wie geht es weiter? Kulturpolitik in Nordrhein-Westfalen«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 125 (II/2009), S. 12–13

Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen, Kulturabteilung: *Kulturbericht Nordrhein-Westfalen. Landeskulturförderung 2008*, Düsseldorf: Selbstverlag 2009, 96 S.

Stange, Eva-Maria: »Landeskulturpolitik in Sachsen. Zusammenwirken mit Kulturräumen, Kreisen und Kommunen«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 124 (I/2009), S. 42–45

Wagner, Bernd: »Aufbruch aus ›hessischen Verhältnissen‹? Koalitionsvereinbarung lässt neue Impulse vermissen«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 124 (I/2009), S. 20–21

Wagner, Bernd: »Die Rolle der Länder in der deutschen Kulturpolitik«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 124 (I/2009), S. 55–58

Wagner, Bernd: »Thema: Kulturpolitik der Länder – Landeskulturpolitik«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 124 (I/2009), S. 40–41

Winterfeld, Klaus: »Kultur für die Stadt- und Regionalentwicklung. Neue Kulturentwicklungspläne in Sachsen«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 124 (I/2009), S. 18–19

2.5 Kulturpolitik auf Bundesebene

2.5.1 Allgemein

»Aussagen zur Kultur im Koalitionsvertrag ›Wachstum. Bildung. Zusammenarbeit‹ zwischen CDU, CSU und FDP vom 26. Oktober 2009. Im Wortlaut«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 127 (IV/2009), S. 86–87

»Die Kultur in der Wirtschaftskrise: Kulturausschuss-Anhörung mit BID-Beteiligung«, in: *Bibliotheksdienst*, Heft 4/2009, S. 371–375

»Gemeinsame Eckpunkte von Bund, Ländern und Kommunen zur Errichtung einer ›Deutschen digitalen Bibliothek (DDB)‹ als Beitrag zur ›Europäischen digitalen Bibliothek (EDB)‹. – Endgültige Fassung vom 2. Dezember 2009« (gemäß Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz vom 26.3.2009 und auf der Jahreskonferenz vom 28.–30.10.2009 sowie dem Beschluss des Bundeskabinetts vom 2.12.2009), Berlin: Bundeskabinett/ Ministerpräsidentenkonferenz (Hrsg.), 23 S.

Herdlein, Hans: »›Kultur in Deutschland‹. Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission«, in: *bühnengenossenschaft*, Heft 3/2009, S. 4–5

Herdlein, Hans: »Reformresistente Reformer. Theaterreform/Enquetekommission«, in: *bühnengenossenschaft*, Heft 1/2009, S. 6–7

Kramp-Karrenbauer, Annegret: »Bedeutung der Kultur eindrucksvoll bestätigt«, in: *Musikforum*, Heft 1/2009, S. 42–43

Marketing für Deutschland GmbH (Hrsg.): *365 Orte. Eine Reise zu den besten Ideen Deutschlands*, Ostfildern: DuMont Reiseverlag 2009, 365 S.

Pannes, Matthias: »Kulturpolitische Zeitbombe. Bericht der Enquete-Kommission ›Kultur in Deutschland‹«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 3/2009, S. 40

Wagner, Bernd: »Bundeskulturpolitik in der kommenden Legislaturperiode«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 127 (IV/2009), S. 13–14

Wagner, Bernd: »Schwerpunkte der Bundeskulturpolitik in der 16. Legislaturperiode. Eine Chronologie«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 126 (III/2009), S. 14–16

Zimmermann, Olaf/Schulz, Gabriele: »Digitalisierung und Erinnerungskultur. Die beiden Pole der Kulturpolitik in der Koalitionsvereinbarung«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 6/2009, S. 3

2.5.2 Einzelne Felder

2.5.2.1 Urheberrecht, Folgerecht, Verwertung

Kunst und Recht. Journal für Kunstrecht, Urheberrecht und Kulturpolitik, Berlin: Schleuen Verlag OHG

Virtuos. Das Magazin der GEMA, München (viermal im Jahr)

Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht (ZUM), Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft (monatlich)

»Urheberrecht im Museum. Fotografie« (Schwerpunktthema), in: *Museumskunde*, Heft 1/2009, 116 S.

Ahlberg, Hartwig: »Kommentar zu den Leistungsschutzrechten – Teil 2. Inhalt, gesetzliche Schranken und Vergütung«, in: *Kultur & Recht*, Stuttgart: Raabe (Loseblattsammlung 1998 ff.) 2009, 31 S., B 2.4

Apprich, Clemens/Stepan, Paul/Alton, Juliane u. a.: »Urheberrecht« (Schwerpunktthema), in: *Kulturrisse*, Heft 4/2009, S. 8–31

Bäßler, Kristin: »Musik gibt's nicht umsonst. Auch nicht im Netz«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 3/2009, S. 13–14

Baizza, Achmed: *Die Unterhaltungsindustrie gegen das Filesharing*, Berlin: Univ.-Verl. der TU (Berliner Schriften zur Medienwissenschaft, 3) 2009, 142 S.

Becker, Jürgen: »Der Begriff des Sendens aus urheberrechtlicher und aus rundfunkrechtlicher Sicht. Einführung zur Arbeitssitzung des Instituts für Urheber- und Medienrecht am 27. März 2009«, in: *ZUM Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht*, Heft 6/2009, S. 441–442

Berka, Walter (Hrsg.): *Medien im Web. Viertes Rundfunkforum*, Wien: Manz (Schriftenreihe Recht der elektronischen Massenmedien, 5) 2009, 103 S.

Bisges, Marcel: *Urheberrechtliche Aspekte des elektronischen Dokumentenmanagements*, Baden-Baden: Nomos (Schriftenreihe des Archivs für Urheber- und Medienrecht (UFITA), 254) 2009, 225 S.

Böger, Sabine: *Leistungsschutzrechte von Zeitungs- und Zeitschriftenverlagen im Zeitalter der Digitalisierung* (Ausarbeitung), Berlin: Deutscher Bundestag (Wissenschaftliche Dienste), 20 S.

Bogendorfer, René J./Ciresa, Meinhard (Hrsg.): *Urheberrecht. Werbung – Telekommunikation – Internet*, Wien: Linde (Fachbuch Recht) 2009, 152 S.

Bretthauer, Lars: *Geistiges Eigentum im digitalen Zeitalter. Staatliche Regulierung und alltägliche Kämpfe in der Spielfilmindustrie*, Münster: Westfälisches Dampfboot 2009, 230 S.

Bruch, Christoph: »Open Access – Die digitale Chance nutzen. Neue Herausforderung für Verlage und Wissenschaftsbetrieb«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 4/2009, S. 12–13

Cloes, Roger/Schappert, Christopher: *Das Für und Wider der urheberrechtlichen Diskussion im Zusammenhang mit dem ›Heidelberger Appell‹* (Infobrief), Berlin: Deutscher Bundestag (Wissenschaftliche Dienste, WD 10 – 3000 – 068/09), 19 S.

DBV: »§ 52b UrhG bald auf dem richterlichen Prüfstein«, in: *Bibliotheksdienst*, Heft 5/2009, S. 502

Dierking, Laura: *Internet zum Hören. Internetradio und Podcasts in rundfunk- und urheberrechtlicher Betrachtung*, Münster 2009, 193 S.

Doll, Birgit: »Grund zur Klage«, in: *Virtuos*, Heft 1/2009, S. 16–17

Doll, Birgit: »Wer ist hier der Dieb?«, in: *Virtuos*, Heft 2/2009, S. 30–31

Dreyer, Gunda/Kotthoff, Jost/Meckel, Astrid: *Urheberrecht. Urheberrechtsgesetz, Urheberrechtswahrnehmungsgesetz, Kunsturhebergesetz*, Heidelberg: Müller 2009 (2., neu bearb. Aufl.), 1846 S.

Drücke, Florian: »Der Richtlinienvorschlag der EU-Kommission zur Schutzfristenverlängerung für ausübende Künstler und Tonträgerhersteller aus Sicht der Tonträgerhersteller«, in: *ZUM Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht*, Heft 2/2009, S. 108–112

Dünnwald, Rolf/Gerlach, Tilo: »Plädoyer für Künstlerrechte. Gerald Mertens im Gespräch mit Rolf Dünnwald und Tilo Gerlach über ihren Kommentar zum Leistungsschutzrecht des ausübenden Künstlers«, in: *Das Orchester*, Heft 6/2009, S. 36–38

Evers, Jörg: »Uns kontrolliert kein Google und kein Bertelsmann« (Jörg Evers, Aufsichtsratsvorsitzender der GEMA, im Gespräch mit der *neuen musikzeitung*), in: *nmz. Neue Musikzeitung*, Heft 11/2009, S. 13+18

Fischer, Marion: »Der Begriff des Sendens aus urheberrechtlicher und aus rundfunkrechtlicher Sicht. Diskussionsbericht zur gleich lautenden Arbeitssitzung des Instituts für Urheber- und Medienrecht am 27. März 2009«, in: *ZUM Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht*, Heft 6/2009, S. 465–469

GEMA: »Abänderung und Ergänzungen des Berechtigungsvertrages«, in: *Virtuos*, Heft 3/2009, S. 40–41

Gerlach, Tilo: »Der Richtlinienvorschlag der EU-Kommission zur Schutzfristenverlängerung für ausübende Künstler und Tonträgerhersteller aus Sicht der ausübenden Künstler«, in: *ZUM Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht*, Heft 2/2009, S. 103–107

Gorny, Dieter: »copy & paste. Hans Bäßler im Gespräch mit Dieter Gorny«, in: *Musik und Bildung*, Heft 1/2009, S. 58–59

Gounalakis, Georgios: »Der Begriff des Sendens aus urheberrechtlicher Sicht«, in: *ZUM Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht*, Heft 6/2009, S. 447–452

Haager, Michael: »Die normative Kraft des Digitalisats. Google scannt massenweise Bücher – und kümmert sich hinterher ums Urheberrecht«, in: *BuB Forum Bibliothek und Information*, Heft 4/2009, S. 228–229

Hauröder, Thorsten: *Urheberrechtliche Bewertung der peer-to-peer-Netze. Unter besonderer Berücksichtigung sog. Musiktauschbörsen*, Berlin: wvb (Schriften zur Rechtswissenschaft, 113) 2009, 350 S.

Hilber, Marc/Litzka, Niels: »Wer ist urheberrechtlicher Nutzer von Software bei Outsourcing-Vorhaben?«, in: *ZUM Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht*, Heft 10/ 2009, S. 730–739

Horvath, Sabine/Vejmelka, Jana: *Creative Commons. Aktueller Begriff*, Berlin: Deutscher Bundestag (Wissenschaftliche Dienste, 98/09) 2009, 2 S.

Institut für Europäisches Medienrecht (EMR) in Zusammenarbeit mit der Projektgruppe verfassungsverträgliche Technikgestaltung (provet) an der Universität Kassel: *Die Zulässigkeit einer Kulturflatrate nach nationalem und europäischem Recht* (Kurzgutachten im Auftrag von: Bundestagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz im Europäischen Parlament), Saarbrücken/Kassel: Selbstverlag, 72 S.

Jani, Ole: »Alles eins? – Das Verhältnis des Rechts der öffentlichen Zugänglichmachung zum Vervielfältigungsrecht«, in: *ZUM Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht*, Heft 10/2009, S. 722–730

Jochum, Uwe: »Urheber ohne Recht. Wie Staat und Bürokratie mittels Open Access Wissenschaftler enteignen«, in: *Lettre International*, Heft 87 (2009), S. 7–12

Karl, Christof (Hrsg.): *Der urheberrechtliche Schutzbereich von Computerprogrammen*, München: Beck (Schriftenreihe Information und Recht, 72) 2009, 296 S.

Klaes, Roland L.: »Verfassungsrechtlicher Rundfunkbegriff und Internet. Eine dogmatische Bestandsaufnahme vor dem Hintergrund des 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrages«, in: *ZUM Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht*, Heft 2/2009, S. 135–141

Klimpel, Paul: »›Das Urheberrecht verursacht Depressionen‹. Museen und Archive und die Regelungen zum geistigen Eigentum«, in: *Museumskunde*, Heft 1/2009, S. 7–15

Kreile, Johannes: »Der Richtlinienvorschlag der EU-Kommission zur Schutzfristenverlängerung für ausübende Künstler und Tonträgerhersteller aus Sicht der Filmhersteller«, in: *ZUM Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht*, Heft 2/2009, S. 113–116

Landwehr, Lütger: »Digitalisierung und Online-Publikationen – Erfahrungen aus der Praxis«, in: *Museumskunde*, Heft 1/2009, S. 22–31

Lauke, Per H.: »Das Urheberrecht und seine historischen Wurzeln «, in: *Spiel&Bühne*, Heft 1/2009, S. 21–23

Leeb, Leonhard: *Der Wert künstlerischer Arbeit. Urheberrecht, Rechtewahrnehmung und Administration durch Verwertungsgesellschaften*, Wien: facultas.wuv Universitätsverlag 2009, 255 S.

Lindhorst, Hermann: »Der Schutz des Datenbankherstellers«, in: *Kultur & Recht*, Stuttgart: Raabe (Loseblattsammlung 1998 ff.) 2009, 8 S., B 1.17

Lüghausen, Philip: *Die Auslegung von § 53 Abs. 1 S. 1 UrhG anhand des urheberrechtlichen Dreistufentests. Am Beispiel virtueller Private Video Recorder*, Aachen: Shaker (Berichte aus der Rechtswissenschaft) 2009, 200 S.

Mahr, Anne Catrin: *Designschutz. Der rechtliche Schutz der Produktgestaltung als Herausforderung an das System der Rechte des Geistigen Eigentums*, Baden-Baden: Nomos (Schriften zum geistigen Eigentum und zum Wettbewerbsrecht, 25) 2009, 216 S.

Müller, Stefan: »Rechtewahrnehmung durch Verwertungsgesellschaften bei der Nutzung von Musikwerken im Internet«, in: *ZUM Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht*, Heft 2/2009, S. 121–131

Müller, Thomas G.: »Der Film im Urheberrecht«, in: *Kultur & Recht*, Stuttgart: Raabe (Loseblattsammlung 1998 ff.) 2009, 20 S., B 1.4 (ersetzt 2000)

Nordemann, Jan Bernd: »Neueinbindung von Büchern anderer Verlage. Urheberrecht, Preisbindungsrecht, Wettbewerbsrecht, Markenrecht«, in: *ZUM Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht*, Heft 11/2009, S. 809–815

Ott, Stephan: »Bildersuchmaschinen und Urheberrecht. Sind Thumbnails unerlässlich, sozial nützlich, aber rechtswidrig?«, in: *ZUM Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht*, Heft 5/2009, S. 345–354

Pakuscher, Irene: »Der Richtlinienvorschlag der EU-Kommission zur Schutzfristenverlängerung für ausübende Künstler und Tonträgerhersteller«, in: *ZUM Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht*, Heft 2/2009, S. 89–92

Pennartz, Stefan J.: »Digitaler Zugang zu Wissen und Information durch die Hochschulbibliotheken und das

Urheberrechtsgesetz«, in: *Verwaltungsrundschau*, Heft 5/2009, S. 166–168

Pfennig, Gerhard: *Museen und Urheberrecht im digitalen Zeitalter: Leitfaden für die Museumspraxis*, Berlin: G-+-H (Berliner Schriften zur Museumsforschung, 26) 2009 (4., überarb. Aufl.), 155 S.

Pfennig, Gerhard: »Informationsgesellschaft und Kulturflatrate. Kommunismus im Kulturbetrieb?«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 127 (IV/2009), S. 34–36

Pfennig, Gerhard: »Urheberrecht im Museum: Der Museumsvertrag. Was es bei Katalogpublikation, Merchandising, Internetnutzung etc. zu beachten gilt«, in: *Kultur & Recht*, Stuttgart: Raabe (Loseblattsammlung 1998 ff.) 2009, 14 S., L 3.5 (ersetzt 2004)

Pfennig, Gerhard: »Verwertungsrechte und Kulturwirtschaft«, in: *kulturpolitik*, Heft 2/2009, S. 13–16

Radermacher, Norbert: »Wir sitzen alle im selben Boot. Urheberrecht nutzt dem Urheber und dem Verwerter«, in: *Spiel&Bühne*, Heft 2/2009, S. 20–23

Rantasa, Peter: »Die Flatrate und die Krise (der Musikwirtschaft). Anmerkung zu einer nötigen Weichenstellung«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 127 (IV/2009), S. 37–39

Reuß, Roland/Rieble, Volker: *Autorschaft als Werkherrschaft in digitaler Zeit. Symposium Frankfurt 15. Juli 2009*, Frankfurt am Main: Klostermann 2009, 93 S.

Riesenkampff, Justus: *Inhalt und Schranken des Eigentums an Werken der Baukunst. Unter besonderer Berücksichtigung des Urheberrechts*, Baden-Baden: Nomos (Schriftenreihe des Archivs für Urheber- und Medienrecht (UFITA), 253) 2009, 221 S.

Roesler-Graichen, Michael: »Copyright und Rechtemanagement im Netz«, in: *aus politik und zeitgeschichte*, Heft 42-43/2009, S. 18–24

Ruhfus, Maren: »Enquete-Kommission – Die GEMA nimmt Stellung«, in: *Virtuos*, Heft 2/2009, S. 26

Ruppelt, Georg: »Sind die alten Träume wahr geworden? Von Denkmaschinen und Maschinenmenschen«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 2/2009, S. 23–24

Schaefer, Matthias: *Urheberrechtliche Rahmenbedingungen für Bildersuchmaschinen de lege lata und de lege ferenda*, Marburg: Tectum 2009, 202 S.

Schimana, Markus: *Das Urheberrecht – von Buchdruck bis Filesharing. Alte und neue Diskussionen im Zusammenhang mit dem Urheberschutz*, Marburg: Tectum 2009, 157 S.

Schulze, Gernot: »Der Richtlinienvorschlag der EU-Kommission zur Schutzfristenverlängerung für ausübende Künstler und Tonträgerhersteller aus dogmatischer, kritischer und konstruktiver Sicht«, in: *ZUM Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht*, Heft 2/2009, S. 93–102

Spitz, Malte/Passek, Oliver: »Auch Kultur macht nicht an der Grenze halt. Plädoyer für eine Kulturflatrate in Europa«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 3/2009, S. 12

Sprang, Christian: »Massendigitalisierung und Urheberrecht. Sieben Millionen Bücher sind inzwischen in den Google-Datenbanken gespeichert«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 1/2009, S. 23–24

Staffelt, Grietje: »Ein neuer Ausgleich zwischen Urhebern und Verbrauchern? Die Kulturflatrate in der Diskussion«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 3/2009, S. 12

Steinert, Dirk: »UrhG § 137l und internationales Privatrecht«, in: *Bibliotheksdienst*, Heft 5/2009, S. 538–545

Steinhauer, Eric W.: »Urheberrecht weiter in der Schwebe. Der Bundestag hat Paragraf 52a noch einmal verlängert/Kritische Bemerkungen zur Plenardebatte«, in: *BuB Forum Bibliothek und Information*, Heft 4/2009, S. 273–274

Stuwe, Benedikt: »Der Richtlinienvorschlag der EU-Kommission zur Schutzfristenverlängerung für ausübende Künstler und Tonträgerhersteller – Diskussionsbericht zur gleich lautenden Arbeitssitzung des Instituts für Urheber- und Medienrecht am 5. Dezember 2008«, in: *ZUM Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht*, Heft 2/2009, S. 117–121

Sucker, Franziska: »Audiovisuelle Medien innerhalb der WTO: Waren, Dienstleistungen und/oder geistiges Eigentum?«, in: *ZUM Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht*, Heft 1/2009, S. 30–39

Thaenert, Wolfgang: »Nochmals zur Reform der Medienkontrolle durch den Zehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag«, in: *ZUM Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht*, Heft 2/2009, S. 131–135

Török, Imre: »Sail away – vom Segeln und Fluch digitalisierter Kreativität. Das Urheberrecht ist schweren Angriffen ausgesetzt«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 3/2009, S. 10

Truckenbrodt, Michael/Müller, Carl Christian: »Ungebetene Post vom Anwalt – urheberrechtliche Abmahnungen und wie Museen damit umgehen können«, in: *Museumskunde*, Heft 1/2009, S. 40–48

Tyra, Frank: »Ausgewählte Probleme aus der Abmahnpraxis bei Privatnutzungen in Musiktauschsystemen«, in: *ZUM Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht*, Heft 12/2009, S. 934–944

Ullrich, Jan Nicolaus: *Urheberrecht und Satellitenrundfunk. Kollisionsrecht und materielles Recht*, Berlin: BWV 2009, 605 S.

Waitz, Clemens: *Die Ausstellung als urheberrechtlich geschütztes Werk*, Baden-Baden: Nomos (Schriftenreihe des Archivs für Urheber- und Medienrecht (UFITA), 257) 2009, 158 S.

Zimmermann, Olaf/Schulz, Gabriele: »Ein Stein wurde ins Wasser geworfen. Zur Diskussion um die Kulturflatrate«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 3/2009, S. 11

Zypries, Brigitte: »Google Books und andere Attacken auf die Urheber. Zum Europäischen Jahr der Kreativität und Innovation«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 3/2009, S. 9–10

2.5.2.2 Künstlersozialversicherung

Christl, Clemens: »Arbeitslosenversicherung, alles klar? Oder wie steht es um aktuelle Änderungen zur sozialen Absicherung (von KünstlerInnen)«, in: *Kulturrisse*, Heft 2/2009, S. 30–33

Christl, Clemens/Koweindl, Daniela: »Wenn du nicht mehr weiter weißt, bilde einen Arbeitskreis. Zwischenresümee zum BMUKK-Vorhaben der Verbesserung der sozialen Lage von KünstlerInnen«, in: *Kulturrisse*, Heft 4/2009, S. 44–47

Deutscher Bundestag: »Auswirkungen von Landessozialgerichts- und Bundessozialgerichtsurteilen, hier insbesondere das BSG-Urteil B 3 KR 37/02, auf die Aufgabenpflicht von Unternehmen nach dem Künstlersozialversicherungsgesetz. Antwort der Bundesregierung auf

die Kleine Anfrage der Abgeordneten Katrin Göring-Eckardt, Kerstin Andreae und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN«, Berlin: *Bundestagsdrucksache* 2009, 5 S.

Grintsch, Ulrich: »Die neue Prüfung der Künstlersozialabgabe greift. Die Deutsche Rentenversicherung zieht ein positives Zwischenfazit«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 1/2009, S. 17–18

Haak, Carroll: »Die bildenden Künstler und ihre Rente – eine Umfrage des BBK Bundesverbandes«, in: *kulturpolitik*, Heft 3/2009, S. 11–15

Hanselle, Ralf: »Kreation und Kredit. Warum der Künstler hungern muss«, in: *Junge_Kunst*, Heft 81 (4/2009), S. 32–33

Ostertag, Irene: »Künstlersozialabgabe – Gründung einer Ausgleichsvereinigung«, in: *Spiel&Bühne*, Heft 2/ 2009, S. 43–45

Schlüter, Sabine: »Die dritte Novelle zum Künstlersozialversicherungsgesetz. Eine Bilanz«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 1/2009, S. 16–17

Schlüter, Sabine: »Es geht um die Freiheit der Kunst. Wie die Künstlersozialkasse die soziale Grundlage für kreatives Handeln in Deutschland schafft«, in: *Musikforum*, Heft 3/2009, S. 30–32

Sotrop, Hans Wilhelm: »Fünfundsechzig und mehr. Künstler werden Rentner«, in: *kulturpolitik*, Heft 3/ 2009, S. 15–16

2.5.2.3 Steuerrecht und andere rechtliche Regelungen

Bäßler, Kristin: »Glanz und Elend des Internets. Macht die Kulturflatrate alles besser?«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 6/2009, S. 25

Dauber, Harald: *Vereinsbesteuerung Kompakt. Besteuerung gemeinnütziger Vereine. Spenden und Sponsoring. Sozialversicherungsrecht. Sicherung und Erhalt der Steuerbegünstigung*, Weil im Schönbuch: HDS 2009 (5. Auflage), 622 S.

Deutscher Chorverband: »Recht – Steuern – Versicherungen. Die Ehrenamtspauschale«, in: *Neue Chorzeit*, Heft Juli/August 2009, S. 40–41

Engler, Ulla u. a.: *Praxisratgeber Vereinsrecht. Satzungsgestaltung, Umstrukturierung, Konfliktbewältigung, Arbeitshilfe mit kommentierter Mustersatzung*, Regensburg: Walhalla-Fachverlag 2009, 184 S.

Grasedieck, André: »Die große GmbH-Reform. Ein Überblick über die wesentlichen Neuerungen«, in: *Kultur & Recht*, Stuttgart: Raabe (Loseblattsammlung 1998 ff.) 2009, 14 S., C 2.14

Gusy, Christoph/Worms, Christoph: »Grundgesetz und Internet«, in: *aus politik und zeitgeschichte*, Heft 18-19/ 2009, S. 26–33

Have, Harro von/Harris, Sara Ann: »Der neue kulturelle Test des Filmförderungsgesetzes. Ein Schritt Richtung Kulturförderung?«, in: *ZUM Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht*, Heft 6/2009, S. 470–478

Herdlein, Hans: »Rechtsfortbildung durch Richterrecht«, in: *bühnengenossenschaft*, Heft 12/2009, S. 4–5

Herdlein, Hans: »Satzungsänderungen bei der Bühnenversorgung«, in: *bühnengenossenschaft*, Heft 11/2009, S. 4–5

Hofmann, Hasso: »›In Europa kann's keine Salomos geben‹. Zur Geschichte des Begriffspaars Recht und Kultur«, in: *Juristenzeitung*, Heft 1/2009, S. 1–10

Kotowski, Bernhard/Regg, Jens: »Big in Berlin? Bildende Künstler und Hartz IV«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 2/2009, S. 8–9

Loock, Friedrich: »Die Umsatzsteuer«, in: *Kulturmanagement & Kulturpolitik*, Stuttgart: Raabe (Loseblattsammlung 2006 ff.) 2009, 14 S., C 2.4

Rüth, Henning H.: »Umsatzsteuersätze und -befreiung bei Kultureinrichtungen. Ein kurzer Überblick über das anwendbare Recht«, in: *Kultur & Recht*, Stuttgart: Raabe (Loseblattsammlung 1998 ff.) 2009, 14 S., E 3.3

Rundshagen, Helmut: »Steuerliche Folgen privater Zuwendungen an Kultureinrichtungen«, in: *Kultur & Recht*, Stuttgart: Raabe (Loseblattsammlung 1998 ff.) 2009, 20 S., E 4.1 (ersetzt 2000)

Schack, Haimo: *Kunst und Recht. Bildende Kunst, Architektur, Design und Fotografie im deutschen und internationalen Recht*, Tübingen: Mohr Siebeck 2009 (2., neubearb. Auflage), 458 S.

Schaub, Werner: »Ausstellungsvergütung? Künstlergemeinschaftsrecht?«, in: *kulturpolitik*, Heft 3/2009, S. 8–9

Schmitz, Rochus: »Recht – Steuern – Versicherungen. Verträge mit Gesangssolisten«, in: *Neue Chorzeit*, Heft März 2009, S. 24–25

Staiger, Lotti: »Verein, Finanzen, Steuern. Zusammenarbeit und Vertragsgestaltung mit Orchestern«, in: *Chor und Konzert*, Heft 1/2009, S. 34–35

Wallenhorst, Rolf/Halaczinski, Raymond: *Die Besteuerung gemeinnütziger Vereine, Stiftungen und der juristischen Personen des öffentlichen Rechts*, München: Vahlen 2009 (6., völlig neu bearb. Aufl.), 1094 S.

2.5.2.4 Auswärtige Kulturpolitik allgemein

Kulturaustausch. Zeitschrift für internationale Perspektiven, Stuttgart: Institut für Auslandsbeziehungen (vierteljährlich)

Auswärtiges Amt – Abteilung für Kultur und Kommunikation (Hrsg.): *Menschen bewegen – Kulturpolitik im Zeitalter der Globalisierung. Dokumentation der Konferenz v. 18.–26. April 2009 in Berlin, des Kulturabends und der Tage der auswärtigen Kulturpolitik*, Bonn: Selbstverlag (Edition Diplomatie) 2009, 175 S.

Berner, Irmgard: »Es gibt so viel zu tun und zu helfen. Musiker aus Deutschland waren zum Unterrichten vier Monate in Venezuela«, in: *Das Orchester*, Heft 5/2009, S. 37–39

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): *Kultur und Konflikt in globaler Perspektive. Die kulturellen Dimensionen des Konfliktgeschehens 1945–2007*, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung 2009, 101 S.

Düwell, Kurt: »Die sanfte Power. Zum Wandel der Auswärtigen Kulturpolitik nach 1945«, in: *Musikforum*, Heft 1/ 2009, S. 8–10

Elenschneider, Hannah-Kristin: *Definition und Verständnis des Kulturbegriffs. Die Auswärtige Kulturpolitik Deutschlands und Frankreichs seit 1990 respektive 1992*, München: Meidenbauer 2009, 142 S.

Grätz, Roland: »Thesen. Zur künftigen Außenkulturpolitik«, in: *Kultur. Politik. Diskurs*, Heft 10/2009, S. 35–36

Hefekäuser, Hans-Willi: »Erlebte und gelebte Verständigung. Auswärtige Kulturpolitik und Laienmusik: Wie

Chorsänger Berührungsängste und Vorurteile überwinden«, in: *Musikforum*, Heft 1/2009, S. 24–25

Ittstein, Daniel Jan: *Potenziale der Musik als strategisches Instrument Auswärtiger Kultur- und Bildungspolitik am Beispiel der deutsch-indischen Beziehungen*, Marburg: Tectum 2009, 250 S.

Kalisch, Volker: »Vom Medium, das Grenzen überspringt. Kulturbedeutung der Musik in der (auswärtigen) Politik«, in: *Musikforum*, Heft 1/2009, S. 12–14

Kobler,Martin/Münch, Ronald: »kulturweit. Der Freiwilligendienst des Auswärtigen Amts«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 3/2009, S. 52–53

Kreuzig, Marianne: »Kultur und Entwicklung. Überlegungen zu einer entwicklungspolitischen Kulturarbeit im Ausland«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 126 (III/2009), S. 20–21

Lehmann, Klaus-Dieter: »Die dynamische Region Südamerikas und das Goethe-Institut«, in: Mark, Lothar (Hrsg.) u. a.: *Lateinamerika im Aufbruch, Eine kritische Analyse*, Oberhausen: Athena (Forum Internationale Politik, 5) 2009, S. 243–260

Lehmann, Klaus-Dieter: »Klassiker mit neuen Zielsetzungen. Tiefgreifende Reformen beim Goethe Institut«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 5/2009, S. 1–2

Maaß, Kurt-Jürgen (Hrsg.): *Kultur und Außenpolitik. Handbuch für Studium und Praxis*, Baden-Baden: Nomos 2009 (2., vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage), 500 S.

Merkel, Petra: »Brückenbau zwischen türkischer und deutscher Kultur. Künstlerakademie in Istanbul soll dem Beispiel der römischen Villa Massimo folgen« (Gespräch), in: *Musikforum*, Heft 4/2009, S. 48–51

Negwer, Manuel: »Investitionen in die Zukunft. Die Musikarbeit des Goethe-Instituts«, in: *Musikforum*, Heft 1/2009, S. 18–19

Schaffner, Roland: *Denkwürdige Transkulturelle Fremdgänge. Euroafroamerindia*, Schweinfurt: Wiesenburg 2009, 418 S.

Schneider, Wolfgang: »Kultur und Entwicklung von Rabat bis Helsinki? Wissenschaftlicher Initiativkreis zur Auswärtigen Kulturpolitik diskutierte über die ›Union für das Mittelmeer‹«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 126 (III/2009), S. 18–19

Schramm, Michael: »›Diplomaten‹ mit Instrument. Militärmusik als kulturelle Botschafterin«, in: *Musikforum*, Heft 1/2009, S. 30–31

Strauss, Dieter: *Diesseits von Goethe. Deutsche Kulturbotschafter im Aus- und Inland*, Sankt Augustin: Adatia 2009, 192 S.

Süßenbach, Jörg: »›Nichts liegt uns ferner als eine kulturimperialistische Haltung‹. Das Goethe-Institut organisiert den weltweiten Austausch – auch in Sachen Musik« (im Gespräch mit Achim Heidenreich), in: *Neue Zeitschrift für Musik*, Heft 1/2009, S. 10–13

2.5.2.5 Kulturgüterschutz, Beutekunst, Restitution etc.

Bauer, Bruno: »Provenienzforschung an österreichischen Universitätsbibliotheken – Recherche und Restitution von NS-Raubgut an den Universitäten Graz, Innsbruck, Klagenfurt, Salzburg und Wien«, in: *Bibliotheksdienst*, Heft 11/2009, S. 1123–1130

Buschhaus, Markus: »Bildforschung und Beutekunst – ›Ein wahrhaft schönes Fest für den Anblick‹«, in: *Kritische Berichte*, Heft 4/2009, S. 35–42

Landtag Mecklenburg-Vorpommern: »Restitutionsansprüche auf Kunstgegenstände. Antwort auf die Kleine Anfrage von Torsten Koplin u.a. (DIE LINKE)«, Schwerin: *Drucksache* 5/2956 (8.12.2009)

Landtag Rheinland-Pfalz: »Umgang mit Raubkunst in Rheinland-Pfalz. Antwort auf die Kleine Anfrage der CDU«, Mainz: *Drucksache* 15/3119 (18.2.2009)

Müller, Melissa/Tatzkow, Monika/Blubacher, Thomas: *Verlorene Bilder – verlorene Leben. Jüdische Sammler und was aus ihren Kunstwerken wurde*, München: Sandmann 2009, 249 S.

Parzingner, Hermann: »Folgen des Zweiten Weltkriegs für Kunst- und Kulturgüter«, in: *aus politik und zeitgeschichte*, Heft 36-37/2009, S. 27–33

Preußischer Kulturbesitz, Koordinierungsstelle für Kulturgutverluste: *Verantwortung wahrnehmen. NS-Raubkunst – eine Herausforderung an Museen, Bibliotheken und Archive. Symposium, veranstaltet von der Stiftung Preußischer Kulturbesitz und der Koordinierungsstelle für Kulturgutverluste, Berlin, 11. und 12. Dezember 2008*, Magdeburg: Selbstverlag 2009, 517 S.

Savoy, Bénédicte: »An den Bildern schleppt ihr hin und her ... Restitutionen und Emotionen in historischer Perspektive«, in: *arsprototo*, Heft 2/2009, S. 62–65

Surmann, Rolf: »›Jetzt fangen wir an.‹ Wie man von den Nazis gekaufte Kunstwerke für die neuen Besitzer sichern will«, in: *konkret*, Heft 5, 2009, S. 48–51

2.6 Kulturförderung, Kulturfinanzierung

2.6.1 Allgemein

Baumgärtner, Frank (Hrsg.): *Public Private Partnership in Deutschland. Das Handbuch, mit einem Register aller relevanten PPP-Projekte*, Frankfurt am Main: FAZ 2009, 409 S.

Borchardt, Philipp: *Unternehmerisches Kulturmanagement. Kulturförderung als integrierte Unternehmensstrategie*, Leipzig: Leipziger Universität (Dresdner Studien zur Kultur, 6) 2009, 103 S.

Doktor, Wiebke/Gerecht, Cerstin: »Wenn der Goldesel bockt. Fundraising in der Kultur«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 125 (II/2009), S. 58–60

Griefahn, Monika: »Es geht um Zukunftsinvestitionen«, Interviewer Norbert Sievers, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 124 (I/2009), S. 6–7

Hocquél, Falk/Henningsmeyer, Ralf/Kiehn, Bettina u. a.: »Profit – Non-Profit«, Schwerpunktthema, in: *stadtkultur magazin*, Heft 9/2009, S. 6–23

Mause, Karsten/Krumm, Thomas: »Public-Private Partnership als Gegenstand der (Politik-)Wissenschaft«, in: *Politische Vierteljahresschrift*, Heft 1/2009, S. 105–129

Münch, Michael: »Kulturförderung ist keine Alibi-Veranstaltung«, in: *Musikforum*, Heft 2/2009, S. 18–23

Roßnagl, Michael: »Kulturförderung und Wirtschaftskrise«, in: *Musikforum*, Heft 2/2009, S. 26–27

Sack, Detlef: »Zwischen Usurpation und Synergie – Motive, Formen und Entwicklungsprozesse von Public-Pri-

vate Partnership«, in: *Zeitschrift für Sozialreform*, Heft 3/2009, S. 211–230

Schneider, Kerstin: »Gutes tun. Neue Erkenntnisse zum Thema Spenden« (Interview mit Eckhard Piller und Rupert Graf Strachwitz), in: *WZB-Mitteilungen*, Heft 126 (Dezember 2009), S. 41–43

Schulz, Gabriele: »Verlässliche Grundlagen in der Kulturfinanzierung erforderlich. Zerstörte Kultur-Strukturen lassen sich nicht einfach in konjunkturell besseren Zeiten wiederbeleben«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 6/ 2009, S. 5

Winkelmann, Thorsten/Pickenäcker, Birgit Anne: »Public-Private-Partnership: Kooperationsformen zwischen Effizienz und neuen Steuerungsanforderungen«, in: *Gesellschaft.Wirtschaft.Politik*, Heft 3/2009, S. 353–363

Zembylas, Tasos/Lang, Meena: *Gut sein, besser werden. Kulturförderung als normative und administrative Herausforderung*, Wien: Ländervertretung der IG Österreich, 24 S.

2.6.2 Öffentliche Kulturförderung und Kulturausgaben

Abgeordnetenhaus von Berlin: »Entwicklung der Kulturausgaben des Landes Berlin. Antwort auf die Kleine Anfrage Nr. 16/13470 von Klaus-Peter von Lüdeke (FDP)«, Berlin: *Drucksache* 16/13470 (1.7.2009)

Deutscher Bundestag: »Kulturausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten der Fraktion der FDP«, Berlin: *Drucksache* 16/13348 (12. 6.2009)

Frucht, Stephan: »Dauerhaft und stabil? Förderprogramme in Zeiten der Finanzkrise«, in: *Das Orchester*, Heft 5/2009, S. 24–25

Hamburgische Bürgerschaft: »Sparmaßnahmen im Kulturhaushalt. Antwort auf die Kleine Anfrage von Dr. Christel Oldenburg (SPD)«, Hamburg: *Drucksache* 19/ 4773 (4.12.2009)

Landtag Mecklenburg-Vorpommern: »Finanzielle Förderung kultureller Projekte 2009. Antwort auf die Kleine Anfrage von Torsten Koplin (DIE LINKE)«, Schwerin: *Drucksache* 5/2113 (13.1.2009)

Landtag Mecklenburg-Vorpommern: »Förderung von Kunst und Kultur mit EU-Mitteln. Antwort auf die Kleine Anfrage von Torsten Koplin (DIE LINKE)«, Schwerin: Drucksache 5/2749 (18.9.2009)

Landtag Mecklenburg-Vorpommern: »Kulturetat des Landes. Antwort auf die Kleine Anfrage von Torsten Koplin (DIE LINKE)«, Schwerin: *Drucksache* 5/2970 (8.12. 2009)

Landtag Rheinland-Pfalz: »Förderrichtlinie Kultur. Antwort auf die Kleine Anfrage der CDU«, Mainz: *Drucksache* 15/3586 (14.7.2009)

Landtag Rheinland-Pfalz: »Landesförderung im Kulturbereich. Antwort auf die Kleine Anfrage der CDU«, Mainz: *Drucksache* 15/3907 (21.10.2009)

Landtag von Sachsen-Anhalt: »Kulturförderung im Land Sachsen-Anhalt (I+II). Antwort auf die Kleine Anfrage von Detlef Gürth (CDU)«, Magdeburg: *Drucksache* 5/ 2272 + 5/2273 (5.11.2009)

SK Stiftung Kultur der Sparkasse KölnBonn (Hrsg.): *Tätigkeitsbericht 2008*, Köln: Selbstverlag 2009, 23 S.

Trockel, Annika/Scheytt, Oliver: »Förderrichtlinien und Förderverfahren. Kulturförderrecht in kommunaler Verantwortung«, in: *Kulturmanagement & Kulturpolitik*, Stuttgart: Raabe (Loseblattsammlung 2006 ff.) 2009, 22 S., F 2.6

Zimmermann, Clemens (Hrsg.): *Informationen zur modernen Stadtgeschichte. Themenschwerpunkt Städtische Kulturförderung*, Berlin: Deutsches Institut für Urbanistik 2009 (als CD-ROM erhältlich)

Zimmermann, Olaf: »Der Spar-Tsunami rollt. Nothilfefonds Kultur zur Sicherung der kulturellen Infrastruktur ist erforderlich«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 6/ 2009, S. 4–5

2.6.3 Private Kulturfinanzierung, Sponsoring, Mäzenatentum, Stiftungen

Deutsche Stiftungen. Mitteilungen des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen (DS), Berlin: Bundesverband Deutscher Stiftungen (dreimal jährlich)

Stiftungswelt. Das Magazin des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen, Berlin: Bundesverband Deutscher Stiftungen e. V. (4-mal jährlich)

Stiftung & Sponsoring. Das Magazin für Non-Profit-Management und -Marketing, Verl: W&N Stiftung & Sponsoring Verlags GmbH (sechsmal jährlich)

Adam, Thomas/Frey, Manuel/Strachwitz, Rupert Graf: *Stiftungen seit 1800. Kontinuität und Diskontinuität*, Stuttgart: Lucius & Lucius (Maecenata Schriften, 3) 2009, 203 S.

Adam, Thomas/Lässig, Simone/Lingelbach, Gabriele (Hrsg.): *Stifter, Spender und Mäzene. USA und Deutschland im historischen Vergleich*, Stuttgart: Franz Steiner (Transatlantische Historische Studien (THS), 38) 2009, 341 S.

Boss, Catrin: »Wie wollen wir leben? – Nordrhein-Westfalen gestaltet Zukunft. Der Robert Jungk Preis 2009«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 127 (IV/2009), S. 80–81

Bruhn, Manfred: *Sponsoring. Systematische Planung und integrativer Einsatz*, Wiesbaden: Gabler 2009 (5., vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage), 350 S.

Courcey Hero, Peter de/Walkenhorst, Peter (Hrsg.): *Auf dem Weg in die globale Zivilgesellschaft. Die Rolle von Bürgerstiftungen im 21. Jahrhundert*, Gütersloh: Bertelsmann-Stiftung 2009, 228 S.

Dreyer, Matthias: »Die Kunst zu fördern. Die Stiftung Niedersachsen als Partner und Förderer der Kultur«, in: *NST- Nachrichten*, Heft 10/2009, S. 204–206

Fleisch, Hans: »Kulturstiftungen gewinnen Bedeutung. Zahlen und Fakten zur deutschen Stiftungslandschaft«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 1/2009, S. 4

Fließ, Susanne: »Sind wir nicht alle ein bisschen Sparkasse?«, in: *Musikforum*, Heft 2/2009, S. 32–33

Göring, Michael: »Musik und Mäzenatentum«, in: *Musikforum*, Heft 2/2009, S. 16–17

Graber, Hedy: »Im Zentrum des wirtschaftlichen Tuns: der Mensch«, in: *Musikforum*, Heft 2/2009, S. 34–36

Heimann, Thorsten: *Wirkungen von Kultursponsoring. Wahrnehmung, Akzeptanz, Image*, Saarbrücken: VDM 2009, 184 S.

Hessische Kulturstiftung (Hrsg.): *Geschäftsbericht. 2007–2008*, Wiesbaden: Selbstverlag 2009, 98 S.

Heyl, Karin: »Das Erwachen des Bürgersinns«, in: *Musikforum*, Heft 2/2009, S. 24–25

Kolbe, Corina: »Von Vorteil? Drei Stiftungen, drei unterschiedliche Erfahrungen«, in: *Das Orchester*, Heft 5/2009, S. 14–18

Köstlin, Thomas: »Private Mittel für die Kultur – Strategien im Zeichen der Krise«, in: *Kulturmanagement & Kulturpolitik*, Stuttgart: Raabe (Loseblattsammlung 2006 ff.) 2009, 12 S., F 3.11

Kramer, Heike/Schormann, Sabine/Werner, Patricia: »Bundesweit und krisenfest vor Ort. Die Stiftungen der Sparkassen-Finanzgruppe«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 1/2009, S. 7

Landtag Brandenburg: »Situation der Stiftungen in Brandenburg. Antwort auf die Kleine Anfrage von Margitta Mächtig (DIE LINKE)«, Potsdam: *Drucksache* 4/7781 (1.7.2009)

Landtag Rheinland-Pfalz: »Stiftungen in Rheinland-Pfalz. Antwort auf die Kleine Anfrage der CDU«, Mainz: *Drucksache* 15/3249 (24.3.2009)

Lenk, Thomas/Rottmann, Oliver/Loseries, Anna-Christina: »Perspektiven eines PPT-Modells zur Finanzierung kultureller Einrichtungen und Projekte am Beispiel der Stadt München«, in: *Zeitschrift für Öffentliche und Gemeinwirtschaftliche Unternehmen*, Heft 1/2009, S. 44–68

Lingelbach, Gabriele: *Spenden und Sammeln. Der westdeutsche Spendenmarkt bis in die 1980er Jahre*, Göttingen: Wallstein (Moderne Zeit, 18) 2009, 496 S.

Lingl, Karin: »Wo bleibt die Kunst? Stiftung Kunstfonds Archiv für Künstlernachlässe«, in: *kulturpolitik*, Heft 1/2009, S. 10–11

Loock, Friedrich: »Gemeinnützigkeit, Spenden und Sponsoring«, in: *Kulturmanagement & Kulturpolitik*, Stuttgart: Raabe (Loseblattsammlung 2006 ff.) 2009, 28 S., C 2.5

Priller, Eckhard/Sommerfeld, Jana (Hrsg.): *Spenden in Deutschland. Analysen – Konzepte – Perspektiven*, Berlin/Münster/Wien/Zürich/London: Lit 2009, 264 S.

Raschke-Stuwe, Ingrid: »Freiraum!«, in: *kulturpolitik*, Heft 2/2009, S. 18–19

Roßnagl, Michael: »Der Mut, konservativ zu sein. Ein Interview mit dem Co-Geschäftsführer der Ernst von Siemens Musikstiftung und Leiter des Siemens Arts Program, Michael Roßnagl«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 1/ 2009, S. 8–9

Scherz-Schade, Sven: »Den Gürtel enger schnallen. Stiftungen in Amerika und die Auswirkungen der Finanzkrise«, in: *Das Orchester*, Heft 5/2009, S. 26–27

Scherz-Schade, Sven: »Ideeller Mehrwert. Was sich durch Stiftungsgründungen für Orchestermusiker ändert«, in: *Das Orchester*, Heft 5/2009, S. 22–23

Scherz-Schade, Sven: »Klassische Kapitalerhaltung. Stiftungen zur Förderung von Orchestern und Musiktheatern«, in: *Das Orchester*, Heft 5/2009, S. 19–21

Schmid, Dietmar: »Forum und Anerkennung für Talente. Die BHFD-Bank-Stiftung will soziale Fantasie befördern und politisch Zeichen setzen«, in: *Musikforum*, Heft 2/2009, S. 28–29

Seifart, Werner/Campenhausen, Axel Freiherr v.: *Stiftungshandbuch*, München: C. H. Beck 2009 (3. Auflage), 1186 S.

Siebenhaar, Klaus: »Zukunftsmodell? Stiftungen für Orchester und Opernhäuser«, in: *Das Orchester*, Heft 5/2009, S. 10–13

Sladeczek, Franz-Josef/Müller, Andreas: *Sammeln & Bewahren. Das Handbuch zur Kunststiftung für den Sammler, Künstler und Kunstliebhaber*, Bern: Benteli 2009, 528 S.

Sparkassen-Kulturstiftung Hessen-Thüringen (Hrsg.): *Wer Kultur liebt, fördert sie. 20 Jahre Sparkassen-Kulturstiftung Hessen-Thüringen*, Frankfurt am Main: Sparkassen-Kulturstiftung Hessen-Thüringen 2009, 171 S.

Strachwitz, Rupert Graf: »Von Abbe bis Mohn – Stiftungen in Deutschland im 20. Jahrhundert«, in: Adam, Thomas/Lingelbach, Gabriele (Hrsg.): *Stifter, Spender und Mäzene: USA und Deutschland im historischen Vergleich*, Stuttgart: Franz Steiner (Transatlantische Historische Studien (THS), 38) 2009, S. 101–132

Teichmann, Gabriele: »Die Familie Oppenheim – Jüdische Stifter für die Domvollendung«, in: Schock-Werner, Barbara/Hardering, Klaus (Hrsg.): *Kölner Domblatt, Jahrbuch des Zentral-Dombau-Vereins*, Köln: Kölner Dom 2009, S. 165–206

Weber, Christiane: *Stiftungen als Rechts- und Ausdrucksform Bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland*, Baden-Baden: Nomos 2009, 239 S.

Wigand, Klaus u. a.: *Stiftungen in der Praxis. Recht, Steuern, Beratung*, Wiesbaden: Gabler 2009 (2. Auflage), 265 S.

Wolf, André Christian: »Geld ist nicht alles. Bürgerstiftungen als Förderer von Kunst und Kultur«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 124 (I/2009), S. 76–77

2.7 Kulturmanagement

Bekmeier-Feuerhahn, Sigrid u. a. (Hrsg.): *Forschen im Kulturmanagement. Jahrbuch für Kulturmanagement 2009*, Bielefeld: transcript 2009, 261 S.

Bemmé, Sven-Oliver: *Kultur-Projektmanagement. Kultur- und Organisationsprojekte erfolgreich managen*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (Kunst und Kulturmanagement) 2009, 128 S.

Birnkraut, Gesa/Wolf, Karin (Hrsg.): *Kulturmanagement konkret. Interdisziplinäre Positionen und Perspektiven*, Hamburg/Wien: Institut für Kulturkonzepte Hamburg e. V. (Kulturmanagement konkret – interdisziplinäre Positionen und Perspektiven, 3) 2009, 176 S.

Buri, Heinz: »Tourismus und kulturelles Erbe. Versöhnungsstrategien für zwei Lieblingsfeinde«, in: *Kulturmanagement & Kulturpolitik*, Stuttgart: Raabe (Loseblattsammlung 2006 ff.) 2009, 12 S., H 2.13

Dillmann, Martina: »Neue Tätigkeitsfelder im Kulturmarketing. Tourismusmarketing am Beispiel des Jüdischen Museums Berlin«, in: *Kulturmanagement & Kulturpolitik*, Stuttgart: Raabe (Loseblattsammlung 2006 ff.) 2009, 22 S., H 2.12

Erichsen, Karin: »Tue Gutes und rede darüber. Potenziale von Benefizkonzerten«, in: *Das Orchester*, Heft 5/ 2009, S. 31–33

Euler, Gudrun: »Mediation im Kulturmanagement. Eine Chance für Konfliktlösung und Unternehmensentwick-

lung«, in: *Kulturmanagement & Kulturpolitik*, Stuttgart: Raabe (Loseblattsammlung 2006 ff.) 2009, 18 S., E 2.4

Föhl, Patrick S./Neisener, Iken (Hrsg.): *Regionale Kooperationen im Kulturbereich. Theoretische Grundlagen und Praxisbeispiele*, Bielefeld: transcript 2009, 394 S.

Fütterer, Sabrina/Schleifer, Stefan/Schößler, Tom: »Gesucht: Kulturmanager. Ein Berufsbild im Wandel«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 124 (I/2009), S. 63–64

Grasedieck, André/Ropohl, Florian: »Die Kultur-GmbH in der Krise. Maßnahmen zur Sanierung und zur Abwendung eines Insolvenzverfahrens«, in: *Kultur & Recht*, Stuttgart: Raabe (Loseblattsammlung 1998 ff.) 2009, 24 S., C 2.10 (ersetzt 2006)

Günter, Bernd/Hausmann, Andrea: *Kulturmarketing*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (Kunst- und Kulturmanagement) 2009, 131 S.

Heinze, Thomas: *Kultursponsoring, Museumsmarketing, Kulturtourismus. Ein Leitfaden für Kulturmanager*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (Kulturmanagement und Kulturpolitik) 2009 (4. Auflage), 277 S.

Henner-Fehr, Christian: »Kunst, Kultur und Web 2.0: Lohnt es sich, die virtuelle Bühne zu betreten?«, in: *KulturManagement aktuell*, Heft September-November 2009, S. 5–7

Höhne, Steffen: *Kunst- und Kulturmanagement. Eine Einführung*, Paderborn: Wilhelm Fink 2009, 271 S.

Höhne, Steffen/Ziegler, Ralph Philipp (Hrsg.): *Kulturbranding II. Konzepte und Perspektiven der Markenbildung im Kulturbereich*, Leipzig: Leipziger Universitätsverlag GmbH (Weimarer Studien zu Kulturpolitik und Kulturökonomie, 4) 2009, 236 S.

Janner, Karin: »Internet-Marketing in Kulturbetrieben«, in: *Kulturmanagement & Kulturpolitik*, Stuttgart: Raabe (Loseblattsammlung 2006 ff.) 2009, 36 S., H 2.11

Klein, *Armin: Leadership im Kulturbetrieb*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (Kulturmanagement und Kulturpolitik) 2009, 153 S.

Klein, Armin (Hrsg.): *Gesucht: Kulturmanager*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2009, 230 S.

Klein, Armin: »Aufbau und Führung des Projektteams. Wie führt man ein Projektteam?«, in: *Kulturmanagement & Kulturpolitik*, Stuttgart: Raabe (Loseblattsammlung 2006 ff.) 2009, 22 S., G 1.4

Klein, Armin: »Eigeneinnahmen. Wie Kulturbetriebe ihre Umsatzerlöse steigern können«, in: *Kulturmanagement & Kulturpolitik*, Stuttgart: Raabe (Loseblattsammlung 2006 ff.) 2009, 24 S., F 1.2

Knaup, Michèle: »Wer wir sind und wofür wir stehen. Leitbilder in öffentlichen Kulturinstitutionen«, in: *Kulturmanagement & Kulturpolitik*, Stuttgart: Raabe (Loseblattsammlung 2006 ff.) 2009, 20 S., D 1.7

Kühnelt, Karoline: »Jenseits von Sponsoring mit Mehrwert für alle: Kulturpatenschaften. Unternehmerisches Know-how für die Kultur«, in: *Kulturmanagement & Kulturpolitik*, Stuttgart: Raabe (Loseblattsammlung 2006 ff.) 2009, 20 S., F 3.12

Lausberg, Maurice: »Stagnation bei Fördervereinen – wie man einen Förderverein wieder fit macht. Praktische Empfehlungen zur ›Revitalisierung‹ eines stagnierenden Fördervereins«, in: *Kulturmanagement & Kulturpolitik*, Stuttgart: Raabe (Loseblattsammlung 2006 ff.) 2009, 22 S., D 3.4

Lausberg, Maurice: »Veränderte Voraussetzungen fordern besseres Besuchermanagement«, in: *Kultur-Journal*, Heft 2/2009, S. 8–11

Lenke, Michael/Brox, Georges: »Die GmbH«, in: *Kultur & Recht*, Stuttgart: Raabe (Loseblattsammlung 1998 ff.) 2009, 36 S., C 2.7 (ersetzt 2003)

Litzel, Susanne: »Veränderungs-Management ist Kommunikation. Ein Leitfaden«, in: *Kulturmanagement & Kulturpolitik*, Stuttgart: Raabe (Loseblattsammlung 2006 ff.) 2009, 20 S., G 1.3

Lynen, Peter M.: »Das CIAM: ein hochschulübergreifendes Institut für Kunstmanagement«, in: *kulturpolitik*, Heft 1/2009, S. 16–17

Mahnken, Gerhard: »In the Middle of Between – Public Branding als sozial-kultureller Spielraum der Metropolregion«, in: *IRS aktuell*, Heft 63 (Juli 2009), S. 5–6

Mahnken, Gerhard: »Kulturpolitik im Zeichen räumlicher Markenbildung. Marketing und Public Branding«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 124 (I/2009), S. 65–66

Mandel, Birgit: *PR für Kunst und Kultur. Handbuch für Theorie und Praxis*, Bielefeld: transcript (Kultur- und Museumsmanagement) 2009 (2., komplett überarbeitete Auflage), 234 S.

Mandel, Birgit: »Neue Rollenmodelle im Kulturmanagement. Tagung des Fachverbands Kulturmanagement in Forschung und Lehre«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 124 (I/2009), S. 62–63

Mandel, Birgit: »PR für Kinder-Kultur. Kultur von und für Kinder erfolgreich in die Öffentlichkeit bringen«, in: *Kulturmanagement & Kulturpolitik*, Stuttgart: Raabe (Loseblattsammlung 2006 ff.) 2009, 16 S., H 3.4

Mertens, Gerald: »Zwischen Theorie und Praxis. Theater- und Orchestermanagement in Deutschland«, in: *Das Orchester*, Heft 11/2009, S. 22–23

Müller, Thomas: »Verträge der Filmproduktion«, in: *Kultur & Recht*, Stuttgart: Raabe (Loseblattsammlung 1998 ff.) 2009, 22 S., L 6.1 (ersetzt 2000)

Nagel, Kurt: *Kulturbetrieb Quo Vadis? Das Regiebuch für strategisches Denken und Handeln Kulturverantwortlicher*, Sternenfels: Wissenschaft & Praxis (Edition Management) 2009, 185 S.

Rust, Holger: *Die ›Dritte Kultur‹ im Management: Ansichten und Absichten der nächsten Führungsgeneration*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2009, 200 S.

Schnell, Constantin: »Führungsstrukturen in Kulturvereinen. Schnittstelle zwischen ehrenamtlicher und hauptamtlicher Führung als zentraler (Miss-)Erfolgsfaktor«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 127 (IV/2009), S. 72–73

Schütz, Dirk: »Netzwerkorganisationen und Networking. Erfolgreiche Kulturarbeit in und mit Netzwerken«, in: *Kulturmanagement & Kulturpolitik*, Stuttgart: Raabe (Loseblattsammlung 2006 ff.) 2009, 28 S., E 2.3

Siebenhaar, Klaus (Hrsg.): *Audience Development – oder Die Kunst, neues Publikum zu gewinnen*, Berlin: B & S Siebenhaar 2009, 143 S.

Siebenhaar, Klaus (Hrsg.): *Expand Your Brand! Markenführung und Wertschöpfungsprozesse im Kultur- und Medienbereich*, Berlin: B & S Siebenhaar 2009, 144 S.

Steirer, Wolfgang/Moser, Susanne/Matt, Gerald: *Kulturmanagement leicht gemacht. Der kurze Weg zum Profi*, Wien: NWV 2009 (2., überarb. Aufl.), 349 S.

Strobach, Stefan/Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultur in Niedersachsen e. V. (Hrsg.): *Abgaben und Steuern bei Kultur-Veranstaltungen. Ein Ratgeber mit zahlreichen Praxistipps*, Hannover: LAGS Niedersachsen 2009, 106 S.

Trockel, Annika: »Kultur trifft Vergabe. Eine Anleitung für die Praxis«, in: *Kulturmanagement & Kulturpolitik*, Stuttgart: Raabe (Loseblattsammlung 2006 ff.) 2009, 26 S., C 1.6

Vizy, Lena: »Ein Programm für junge Erstbesucher«, in: *Kulturmanagement & Kulturpolitik*, Stuttgart: Raabe (Loseblattsammlung 2006 ff.) 2009, 18 S., J 2.4

Walter, Hans-Conrad/Neumann, Eva (Hrsg.): *Kulturmarken 2010. Jahrbuch für Kulturmarketing und Kultursponsoring*, Berlin: Causales – Agentur für Marketing & Kommunikation, Walter & Neumann GbR 2009, 226 S.

»Weder Hexenwerk noch Bedrohung. Was Kultur-Führungskräfte auch in nicht-käufmännischen Funktionen über betriebliches Rechnungswesen wissen sollten«, in: *Kulturmanagement & Kulturpolitik*, Stuttgart: Raabe (Loseblattsammlung 2006 ff.) 2009, 20 S., F 1.3

Zimmermann, Tom: »Warum das Rad neu erfinden. Das ›Neue Steuerungsmodell‹ für Kulturbetriebe«, in: *Kulturmanagement & Kulturpolitik*, Stuttgart: Raabe (Loseblattsammlung 2006 ff.) 2009, 20 S., D 1.8

2.8 Qualitätsmessung, Evaluation, Nutzerforschung

Allmanritter, Vera: »Publika in deutschen Kulturinstitutionen«, in: *interkultur* (regelmäßige Beilage zu *politik & kultur*), Heft 5/2009, S. 4–5

Baumgarten, Andrea: *Tourismusmarketing an den Berliner Museen. Bedeutung und Anspruch einer besonderen Zielgruppe*, Saarbrücken: VDM Müller 2009, 142 S.

Bergsmann, Evelyn: »Zum Verhältnis von Steuerung und Evaluation. Bericht zur Jahrestagung der DeGEval – Gesellschaft für Evaluation 2008 in Klagenfurt«, in: *Zeitschrift für Evaluation*, Heft 1/2009, S. 147–151

Beywl, Wolfgang: »Erstmals Evaluatorinnen lizenziert – ein professionspolitisches Thema?«, in: *Zeitschrift für Evaluation*, Heft 1/2009, S. 158–162

Blank, Stephan/Löwenbein, Oded: »Inwiefern kann Evaluation mittels systemtheoretischem Ansatz und Netzwerkansatz die Steuerung von Projekten durch Lernprozesse befördern?«, in: *Zeitschrift für Evaluation*, Heft 1/2009, S. 75–85

Boerner, Sabine: »Führung im Orchester. Ergebnisse der internationalen (empirischen) Studie«, in: *Das Orchester*, Heft 11/2009, S. 33–35

Bogner, Alexander/Littig, Beate/Menz, Wolfgang (Hrsg.): *Experteninterviews. Theorien, Methoden, Anwendungsfelder*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2009, 306 S.

Burkard, Hermann/Hautmann, Peter: »Die Nürnberger Soziokultur im Fokus der Stadtstatistik. Gezählte und befragte Kulturnutzer«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 127 (IV/2009), S. 68–70

Daschmann, Gregor: »Qualität von Fernsehnachrichten: Dimensionen und Befunde. Eine Forschungsübersicht«, in: *Media Perspektiven*, Heft 5/2009, S. 257–266

DeGEval: »Steuerung braucht Evaluation. Positionspaper der DeGEval – Gesellschaft für Evaluation«, in: *Zeitschrift für Evaluation*, Heft 1/2009, S. 135–136

Dupret, Ina: »›Policy and Programme Evaluation in Europe: Cultures and Prospects‹. Bericht zum europäischen Symposium vom 3. bis 4. Juli 2008 in Straßburg«, in: *Zeitschrift für Evaluation*, Heft 1/2009, S. 109–115

Eimeren, Birgit van/Frees, Beate: »Der Internetbenutzer 2009 – multimedial und total vernetzt? Ergebnisse der ARD/ZDF-Onlinestudie 2009«, in: *Media Perspektiven*, Heft 7/2009, S. 334–348

Eimeren, Birgit van/Frees, Beate: »Nutzungsoptionen digitaler Audio- und Videoangebote. Ergebnisse der ARD/ZDF-Onlinestudie 2009«, in: *Media Perspektiven*, Heft 7/2009, S. 349–355

Elsner, Christina/Neuhaus, Björn M./Weiß, Mara: »Arbeitskreis ›Kultur und Kulturpolitik‹: Veranstaltungsberichte, Initiativen und Ausblick«, in: *Zeitschrift für Evaluation*, Heft 2/2009, S. 345–349

Eschborn, Norbert/Krahe, Nadine: »Die Stabsstelle Evaluierung in der Hauptabteilung Internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS)«, in: *Zeitschrift für Evaluation*, Heft 1/2009, S. 117–126

Fietz, Yvonne: »Evaluation der Hamburger Stadtteilkultur«, in: *stadtkultur magazin*, Heft 10/2009, S. 22

Föhl, Patrick S./Neisener, Iken: »Kooperative Kulturplanung«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 125 (II/2009, S. 69–70

Freie Universität Berlin/Institut für Kultur und Medienmanagement: *Migranten als Publikum in öffentlichen deutschen Kulturinstitutionen. Der aktuelle Status Quo aus Sicht der Angebotsseite. Rine Untersuchung des Zentrums für Audience Development (ZAD) am Institut für Kultur- und Medienmanagement der Freien Universität Berlin*, Berlin: Selbstverlag 2009, 69 S.

Gläser, Jochen/Laudel, Grit: *Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse als Instrumente rekonstruierender Untersuchungen*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2009, 347 S.

Glogner, Patrick/Föhl, Patrick (Hrsg.): *Das Kulturpublikum – Fragestellungen und Befunde der empirischen Forschung*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2009, 280 S.

Hansen, Dagne: *Kundenorientierter Bestandsaufbau. Methoden zur Ermittlung von Kundenwünschen und deren Integration in den Bestandsaufbau in juristischen Hochschulbibliotheken*, Hamburg: Hochschule für Angewandte Wissenschaften 2009, 69 S.

Hippe, Wolfgang/Sievers, Norbert: »Rückgang der kulturellen Teilhabe international. USA und Frankreich im Fokus«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 127 (IV/2009, S. 64–67

Keuchel, Susanne: »›Report Darstellende Künste‹. Ein erster Bericht zur Datenlage«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 125 (II/2009, S. 28–29

Keuchel, Susanne: »Heterogen. Generation 50+: Die Zuschauer«, in: *Das Orchester*, Heft 1/2009, S. 13–17

Klingler, Walter/Kutteroff, Albrecht: »Stellenwert und Nutzung der Medien in Migrantenmillieus. Ergebnisse einer repräsentativen Studie«, in: *Media Perspektiven*, Heft 6/2009, S. 297–308

Knava, Irene: *Audiencing. Besucherbindung und Stammpublikum für Theater, Oper, Tanz und Orchester. Ein Arbeitsbuch aus der Praxis für die Praxis*, Wien: fakulta-wuv 2009, 375 S.

Knoblich, Tobias J./Winterfeld, Klaus: »Eine strukturbildende soziokulturelle Trägerschaft. Zur Evaluation der Dresdner Soziokultur«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 125 (II/2009), S. 14–15

Kochhan, Christoph/Patzig, Grit: »Buch und E-Book aus Nutzersicht. Ergebnisse einer Vergleichsstudie in Deutschland, Österreich und der Schweiz«, in: *Media Perspektiven*, Heft 6/2009, S. 309–324

Köstlin, Thomas: »Kultur und Evaluation – Controlling statt Kontrolle. Evaluation als Lern- und Erkenntnisprozess «, in: *Kulturmanagement & Kulturpolitik*, Stuttgart: Raabe (Loseblattsammlung 2006 ff.) 2009, 18 S., D 3.5

Krüger, Udo Michael: »Zwischen Spaß und Anspruch: Kinderprogramme im deutschen Fernsehen. Programmanalyse von KI.KA, Super RTL und Nick«, in: *Media Perspektiven*, Heft 8/2009, S. 413–431

Kuckartz, Udo/Ebert, Thomas/Rädiker, Stefan/Stefer, Claus: *Evaluation online. Internetgestützte Befragung in der Praxis*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2009, 128 S.

Lassnigg, Lorenz: »Zum Verhältnis von Steuerung und Evaluation – am Beispiel der Arbeitsmarktpolitik. Eröffnungsvortrag der 11. Jahrestagung der DeGEval – Gesellschaft für Evaluation 2008 in Klagenfurt«, in: *Zeitschrift für Evaluation*, Heft 1/2009, S. 137–146

Marx, Carola: »Der perfekte Rahmen? Kooperationen mit System. Zur Zusammenarbeit von Schulen und Museen«, in: *Museumskunde*, Heft 2/2009, S. 35–44

Nelles, Sonja/Kornahrens, Claudia: »Evaluierung bei InWEnt«, in: *Zeitschrift für Evaluation*, Heft 2/2009, S. 305–314

Oehmichen, Ekkehardt/Schröter, Christian: »Zur Differenzierung des Medienhandelns der jungen Generation. Eine Analyse auf Basis der ARD/ZDF-Onlinestudie 2009«, in: *Media Perspektiven*, Heft 8/2009, S. 432–450

Porst, Rolf: *Fragebogen. Ein Arbeitsbuch*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (Studienskripten zur Soziologie) 2009, 195 S.

Pyhel, Thomas (Hrsg.)/Munro, Patricia/Siekierski, Eva/Weyer, Monika: *Wegweiser Evaluation. Von der Projektidee zum bleibenden Ausstellungserlebnis*, München: oekom 2009, 245 S.

Riedbauer, Jörg: »Musikinstitutionen und das Publikum im Wandel«, in: *Der Bayerische Bürgermeister*, Heft 2/2009, S. 69–71

Sievers, Norbert: »50+. Studie zur kulturellen Teilhabe im Alter«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 126 (III/2009), S. 60–61

Szlatki, Martin: »Lebensstil und Bibliotheksnutzung. Eine neue Qualität der Zielgruppenbetrachtung im Kulturbetrieb«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 125 (II/2009), S. 56–57

Turecek, Oliver/Bärner, Helmut/Roters, Gunnar: »Videomarkt und Videonutzung 2008. Optimistische Prognosen trotz leichter Umsatzrückgänge«, in: *Media Perspektiven*, Heft 5/2009, S. 247–256

Volk, Bettina: »Was ehemalige wissenschaftliche Volontäre am Volontariat ändern würden – eine Auswertung der Kommentare und Verbesserungsvorschläge aus der Verbleibstudie 1998–2008«, in: *Museumskunde*, Heft 2/2009, S. 88–92

Widmer, Thomas/Beywl, Wolfgang/Fabian, Carlo (Hrsg.): *Evaluation. Ein systematisches Handbuch*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2009, 634 S.

2.9 Kultur und Ökonomie – Kulturwirtschaft – Kultur und Arbeit

Abelshauser, Werner: »Eigennutz verpflichtet. Die Verantwortung des Unternehmers in der korporativen Marktwirtschaft«, in: *Geschichte und Gesellschaft*, Heft 3/ 2009, S. 458–471

Bartella, Raimund: »Kultur – nicht nur in der Finanzkrise schützen«, in: *der städtetag*, Heft 6/2009, S. 32–34

Bartsch, Katharina: »Öffentliche Kultureinrichtungen als Wirtschaftsfaktor. Hilfestellungen für politische Argumentationen«, in: *Kulturmanagement & Kulturpolitik*, Stuttgart: Raabe (Loseblattsammlung 2006 ff.) 2009, 18 S., F 2.7

Bendixen, Peter: »Die Verantwortung der Wirtschaft für die Kultur«, in: *Musikforum*, Heft 2/2009, S. 8–11

Berliner Wirtschaftsgespräche e. V. (Hrsg.): *Kreativwirtschaft Berlin. Themenbroschüre 2009*, Berlin 2009, 144 S.

Boehmer, Konrad: »Krisis? Herzlich Willkommen!«, in: *Neue Zeitschrift für Musik*, Heft 3/2009, S. 47–49

Bremische Bürgerschaft: »Stärkung der Medien- und Kreativwirtschaft im Lande Bremen. Antwort auf die Kleine Anfrage der FDP«, Bremen: *Drucksache* 17/1091 (8.12. 2009)

Brug, Manuel: »Rundum sorglos«, in: *Opernwelt*, Heft 6/2009, S. 34–39

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (Hrsg.): *Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft. Branchenhearing Markt für darstellende Künste 22. Januar 2009 Schauspielhaus Bochum*, Berlin: Selbstverlag 2009, 59 S.

Deutscher Kulturrat (Hrsg.): »Kultur- und Kreativwirtschaft: Zukunftsweisendes Handlungsfeld im Schnittpunkt verschiedener Politikfelder. Stellungnahme des Deutschen Kulturrates«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 1/2009, S. 21–22

Dörr, Renate/Wiesner, Jan: »Zwischen Wirtschaft und Kultur: 20 Jahre EU-Fernsehrechtlinie. Grundlinien europäischer Medienpolitik«, in: *Media Perspektiven*, Heft 10/2009, S. 544–553

Drews, Albert (Hrsg.): *Nach uns die Kulturwirtschaft? ... und was wird aus der Kulturpolitik?*, Rehburg-Loccum: Evangelische Akademie Loccum (Loccumer Protokolle, 2008, 7) 2009, 164 S.

Dümcke, Cornelia/Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) (Hrsg.): *Die darstellenden Künste im Spiegel der Kultur- und Kreativwirtschaftsberichte der Länder und Städte in Deutschland*, Berlin: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, 44 S.

Dümcke, Cornelia: »›Markt für die darstellenden Künste‹ in Deutschland. Die Situation im Spiegel der Kultur- und Kreativwirtschaftsberichte der Länder und Städte«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 125 (II/ 2009), S. 32–33

Ermert, Karl/Siewert, Hans-Jörg (Hrsg.): *Kulturwirtschaftsberichte heute. Erwartungen und Tendenzen*, Wolfenbüttel: Selbstverlag (Wolfenbütteler Akademie-Texte, 40) 2009, 136 S.

Gebesmair, Andreas: *Randzonen der Kreativwirtschaft. Türkische, chinesische und südasiatische Kulturunternehmungen in Wien*, Berlin: LIT (Kreativwirtschaft in Wien, 4) 2009, 229 S., mit DVD

Gnad, Friedrich/Twellenkamp, Markus: »Kulturwirtschaftsbericht Thüringen. Interview mit Dr. Friedrich Gnad vom Planungs- und Beratungsbüro STADTart«, in: *Kultur-Journal Mittelthüringen*, Heft 2/2009, S. 46–47

Griefahn, Monika/Falk, Felix: »Auf zu unseren wahren Wurzeln. Über eine Kultur der ökonomischen Gemeinsamkeit«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 2/2009, S. 11–12

Grüner, Herbert/Kleine, Helene/Puchta, Dieter (Hrsg.): *Kreative gründen anders! Existenzgründungen in der Kulturwirtschaft. Ein Handbuch*, Bielefeld: transcript (Kultur- und Museumsmanagement) 2009, 246 S.

Hamburgische Bürgerschaft: »Kreativwirtschaft in Hamburg. Antwort auf die Kleine Anfrage von Dr. Christel Oldenburg (SPD) und Karl Schwinke (SPD)«, Hamburg: *Drucksache* 19/2745 (7.4.2009)

Haselbach, Dieter: »Kulturwirtschaft. Wo mit Kultur Geld verdient wird«, in: *Kulturmanagement & Kulturpolitik*, Stuttgart: Raabe (Loseblattsammlung 2006 ff.) 2009, 28 S., B 2.7

Hepp, Katharina: »Kreativstandorte. Erfolgsfaktoren für die Positionierung von Städten und Regionen als Standort für die Kultur- und Kreativwirtschaft«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 126 (III/2009), S. 58–60

Herdlein, Hans: »Kultur- & Kreativwirtschaft«, in: *bühnengenossenschaft*, Heft 4/2009, S. 4–5

Herdlein, Hans: »Wirtschaft & Kunst«, in: *bühnengenossenschaft*, Heft 8-9/2009, S. 4–5

Hessen, Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung (Hrsg.): *Creative Industries in Hessen*, Wiesbaden 2009, 55 S.

Keller, Berndt/Seifert, Hartmut: »Atypische Beschäftigungsverhältnisse«, in: *aus politik und zeitgeschichte*, Heft 27/2009, S. 40–46

Kohse, Petra: »Sammelstelle der Energien. Eindrücke zum Projekt Arbeit in Zukunft«, in: *das magazin*, Heft Frühjahr 2009, S. 16–17

Kulturstiftung des Bundes (Hrsg.): »Schwerpunktthema: Ökonomie und Kultur. I«, in: *das magazin*, Heft Frühjahr 2009, S. 5–19

Lackner, Erna (Hrsg.): *Der Nutzen von Kultur. Studien im deutschsprachigen Dreiländereck*, Innsbruck u. a.: Studien (Kultur und Wirtschaft, 8) 2009, 91 S.

Lange, Bastian/Kalandides, Ares/Stöber, Birgit/Wellmann, Inga (Hrsg.): *Governance der Kreativwirtschaft. Diagnosen und Handlungsoptionen*, Bielefeld: transcript (Urban Studies) 2009, 340 S.

Linnebach, Susanne/Lehmann, Kerstin: »Der ›U-Turm‹ in Dortmund: Zentrum für Kunst und Kreativität. Kulturelle Umnutzung eines Industriedenkmals in einem citynahen Stadtumbaugebiet«, in: *Raumplanung*, Heft 143 (2009), S. 87–91

Loeffelholz, Bernhard Freiherr von: »Marktwirtschaft als Kulturprodukt«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 6/2009, S. 1–2

Merkel, Janet: *Kreativquartiere. Urbane Milieus zwischen Inspiration und Prekarität*, Berlin: Edition Sigma 2009, 178 S.

Mieth, Julian: »Neue Kunstmärkte im Internet«, in: *Junge_Kunst*, Heft 81 (4/2009), S. 43–45

Mundelius, Marco: *Braucht die Kultur- und Kreativwirtschaft eine industriepolitische Förderung?*, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung (Moderne Industriepolitik, 4) 2009, 31 S.

Neumann, Bernd: »Kultur und Konjunktur. Das Konjunkturpaket ist ein Erfolg für die kulturelle Infrastruktur in Deutschland«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 5/2009, S. 43–44

Nevermann, Knut: »Kultur hat – auch ökonomisch betrachtet – Gewicht«, in: *kulturpolitik*, Heft 2/2009, S. 16–17

Nyffeler, Max: »Wer hat Angst vor der Krise?«, in: *Neue Zeitschrift für Musik*, Heft 3/2009, S. 26–29

Pritzkow, Angela/F³ Marketingagentur (Hrsg.): *Ich allein?! Mehr als Ich! Gründerinnen in der Kreativwirtschaft*, Berlin: Selbstverlag 2009, 25 S.

Puchta, Dieter u. a.: *Kreative Industrien. Eine Analyse von Schlüsselindustrien am Beispiel Berlins*, Wiesbaden: Gabler 2009, 155 S.

Quenzel, Gudrun (Hrsg.): *Entwicklungsfaktor Kultur. Studien zum kulturellen und ökonomischen Potential der europäischen Stadt*, Bielefeld: transcript 2009, 243 S.

Riegger, Volker: »Kann die Berliner Kultur- und Kreativwirtschaft Zukunftsmärkte schaffen?«, in: *Ästhetik und Kommunikation*, Heft 147 (2009), S. 85–87

Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit (Hrsg.): *Kulturwirtschaftsbericht 2008*, Dresden: Selbstverlag 2009, 124 S.

Schönwälder-Kuntze, Tatjana: »Kulturen des Wirtschaftens. Unterschiedliche Formen des Wirtschaftens und die Möglichkeiten einer globalen Kultur«, in: *das magazin*, Heft Frühjahr 2009, S. 8

Schulz, Gabriele: »Lesen empfohlen. Anhörung zu den Auswirkungen der Wirtschaftskrise«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 3/2009, S. 18–19

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Kultur und Stadtentwicklung: *2. Kulturwirtschaftsbericht*, Berlin: Selbstverlag 2009, 179 S.

Söndermann, Michael/Backes, Christoph/Arndt, Olaf/Brünink, Daniel: »Kultur- und Kreativwirtschaft in Deutschland«, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2009, Thema: Erinnerungskulturen und Geschichtspolitik*, Bonn/Essen: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V./Klartext 2009, S. 397–416

Söndermann, Michael/Backes, Christoph/Arndt, Olaf/ Brünink, Daniel: *Gesamtwirtschaftliche Perspektiven der Kultur- und Kreativwirtschaft in Deutschland. Kurzfassung eines Forschungsgutachtens im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie*, Berlin: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (Forschungsbericht, 577), 35 S.

Söndermann, Michael/Backes, Christoph/Arndt, Olaf/ Brünink, Daniel: *Kultur- und Kreativwirtschaft. Ermittlung der gemeinsamen charakteristischen Definitionselemente der heterogenen Teilbereiche der ›Kulturwirtschaft‹ zur Bestimmung ihrer Perspektiven aus volkswirtschaftlicher Sicht. Endbericht*, Berlin: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie 2009, 324 S.

Söndermann, Michael: »Wohin geht die Kultur- und Kreativwirtschaft?«, in: *Musikforum*, Heft 3/2009, S. 8–11

Thüringer Kultusministerium/STADTart in Kooperation mit: Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung (NIW), Dr. Rainer Ertel, Hannover und Prof. Dr. Andreas Wiesand, Zentrum für Kulturforschung (ZfKf), Bonn: *1. Kulturwirtschaftsbericht Thüringen. Kulturwirtschaft und öffentlicher Kultursektor: Verflechtungen und Entwicklungspotenziale*, Erfurt: Selbstverlag 2009, 193 S.

Wöhrl, Dagmar: »Elf Hearings in zwölf Monaten. Ein Jahr Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft der Bundesregierung«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 5/2009, S. 11–12

Zimmermann, Olaf: »Dt. Kulturrat: Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise für die Kultur in Deutschland. Material aus der öffentlichen Anhörung über die ›Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise für die Kultur in Deutschland‹ am 4.3.2009«, in: *Rundbrief* (LAG NW), Heft 1/2009, S. 12–14

Zimmermann, Olaf: »Wird die Kultur zum Sparschwein der Nation? Zu den Chancen und Risiken des Konjunkturpaket II für den Kulturbereich«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 2/2009, S. 10–11

Zimmermann, Olaf/Schulz, Gabriele: *Zukunft Kulturwirtschaft. Zwischen Künstlertum und Kreativwirtschaft*, Essen: Klartext, 267 S.

Zimmermann, Olaf/Schulz, Gabriele: »Bundeskulturwirtschaftsbericht: Ein Anfang wurde gemacht«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 2/2009, S. 6–8

2.10 Demografie

Andrießen, Till: *Demographiebericht. Region Hannover*, Hannover: Region (Beiträge zur regionalen Entwicklung, 118) 2009, 54 S.

Bremische Bürgerschaft: »Auswirkungen des demografischen Wandels im Land Bremen auf die Kultur. Antwort auf die Große Anfrage der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN«, Bremen: *Drucksache* 17/864 (21.7. 2009)

Dallmann, Gerd: »Eine unendliche Geschichte. Demografische Entwicklungen und Kultur«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 127 (IV/2009), S. 82

Dreyer, Matthias: »Bildung.Vernetzung.Emotion. – Zum Wechselverhältnis von Kultur und demografischem Wandel. Vortrag anlässlich der Ausstellungseröffnung ›Demografie und kulturelle Orte – Mit Soziokultur den Wandel gestalten‹«, in: LAG Soziokultur Niedersachsen (Hrsg.): *Demografie und kulturelle Orte – Mit Soziokultur den Wandel gestalten* (Ausstellung), Hannover: Selbstverlag 2009, S. 56–59

Esche, Andreas: *Familie. Bildung. Vielfalt. Den demographischen Wandel gestalten*, Gütersloh: Bertelsmann-Stiftung 2009, 268 S.

Hausmann, Andrea/Körner, Jana (Hrsg.): *Demografischer Wandel und Kultur. Veränderungen im Kulturangebot und der Kulturnachfrage*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2009, 230 S.

Just, Tobias: *Demografie und Immobilien*, München: Oldenbourg 2009, 273 S.

Scholz, Dieter: »Das Kapital des Älterwerdens aktivieren. Das Freie Werkstatt Theater Köln und der Dachverband Altenkultur«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 4/2009, S. 27

Selig, Nina/Groote, Kim de: »Brauchen Ältere besondere Kulturangebote? Wie Kultureinrichtungen in NRW auf den demografischen Wandel reagieren – Ergebnisse einer Pilotstudie«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 6/2009, S. 41

3 Kulturpolitische Positionen von Parteien und Verbänden

»100 Jahre im Dienste der Städte und Gemeinden: das Jubiläum des DStGBs«, in: *Kommunalpolitische Blätter*, Heft 6/2009, S. 35–38

Arbeitsgruppe Kultur und Medien der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der 16. Wahlperiode (Hrsg.): *Kultur hat Konjunktur. Bestandsaufnahme und Perspektiven*, Berlin: CDU/CSU-Bundestagsfraktion 2009, 44 S.

Bahr, Petra: »Die ›vierte Säule‹? Das musikalische und kulturpolitische Engagement der Evangelischen Kirche«, in: *Musikforum*, Heft 1/2009, S. 20–21

Bartels, Henning: *Die Piratenpartei. Entstehung, Forderungen und Perspektiven der Bewegung*, Berlin: Contumax (Netzbürger), 290 S.

BBK-Bundesvorstand: »Kulturpolitik in schwarz-gelb – schau'n wir mal ...«, in: *kulturpolitik*, Heft 4/2009, S. 4–5

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Bundestagsfraktion (Hrsg.): *Heimat. Wir suchen noch. Uns geht's um Ganze. Grüne Kulturkonferenz 2009*, Berlin: Selbstverlag 2009, 58 S.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: »Antwort von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf die Wahlprüfsteine des Deutschen Kulturrates«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 5/2009, S. 17–19

»Bundestagswahl 2009. Kulturpolitische Positionen der Parteien« (Im Wortlaut), in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 125 (II/2009), S. 62–63, Heft 126 (III/ 2009), S. 66–67

CDU/CSU: »Antwort von CDU und CSU auf die Wahlprüfsteine des Deutschen Kulturrates«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 5/2009, S. 19–21

CDU/CSU: »Wir haben die Kraft – Gemeinsam für unser Land. Regierungsprogramm der CDU/CSU 2009 bis 2013«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 126 (III/ 2009), S. 66–67

Deutscher Kulturrat (Hrsg.): »Wahlprüfsteine des Deutschen Kulturrates zur Bundestagswahl 2009«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 5/2009, S. 13–16

Deutscher Kulturrat e. V. (Hrsg.): »Bericht aus den Sektionen des Deutschen Kulturrates«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 2/2009, S. 44–46

Deutscher Kulturrat e. V.: »Jahresbericht des Deutschen Kulturrates e. V. über seine Tätigkeit im Jahr 2008«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 2/2009, S. 39–42

Deutscher Städtetag: »›Kultur‹«, in: Deutscher Städtetag (Hrsg.): *Geschäftsbericht des Deutschen Städtetages für die Jahre 2007 und 2008*, Köln: Selbstverlag 2009, S. 69–74

Die Linke im Bundestag (Hrsg.): *Kultur- und Kreativwirtschaft zwischen Boom und Krise. Situation und Perspektiven – Herausforderungen für linke Politik. Dokumentation des Fachgesprächs der Bundestagsfraktion am 25. Mai 2009 in Berlin*, Berlin: Die Linke im Bundestag 2009, 54 S.

Die Linke: »Antwort von Die Linke auf die Wahlprüfsteine des Deutschen Kulturrates«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 5/2009, S. 21–24

FDP: »Antwort der FDP auf die Wahlprüfsteine des Deutschen Kulturrates«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 5/2009, S. 24–26

Grütters, Monika: »Die Freiheit der Kultur bewahren. Zum Verhältnis von Politik und Kultur«, in: *Außerschulische Bildung – Materialien zur politischen Jugend- und Erwachsenenbildung*, Heft 3/2009, S. 288–291

Gutzeit, Reinhart von: »Musikpolitik gestaltend vorleben, mit einer Stimme. Fromme Wünsche an die zukünftige Ausrichtung des Deutschen Musikrates«, in: *nmz. Neue Musikzeitung*, Heft 10/2009, S. 3

Herdlein, Hans: »Grundsatzreferat zum Genossenschaftstag 2009 in Hamburg«, in: *bühnengenossenschaft*, Heft 6-7/2009, S. 6–7

Scherer, Klaus-Jürgen: »Kein Wahlkampf ohne Kultur«, in: *neue gesellschaft/frankfurter Hefte*, Heft 3/2009, S. 59–61

SPD: »Antwort der SPD auf die Wahlprüfsteine des Deutschen Kulturrates«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 5/2009, S. 26–30

SPD-Parteivorstand (Hrsg.): *Mehr Kreativität und Teilhabe. Unsere Politik für Kunst und Kultur*, Berlin: Selbstverlag 2009, 23 S.

Steinmeier, Frank-Walter: *Mein Deutschland. Wofür ich stehe*, München: C. Bertelsmann 2009, 240 S.

Zimmermann, Olaf: »Böses Erwachen. Ein Kommentar zur Auswirkung der Finanzkrise auf den Kulturbereich«, in: *LAKS-Info*, Heft 46 (2009), S. 15–16

Zimmermann, Olaf/Schulz, Gabriele: »Wahlprüfsteine – Europawahl: Keine Wahl wie jede andere«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 3/2009, S. 30–36

Zimmermann, Olaf/Schulz, Gabriele: »Wer die Wahl hat, hat die Qual – auch in der Kulturpolitik«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 5/2009, S. 16–17

4 Europäische und internationale Kulturpolitik

4.1 Allgemein

Bluche, Lorraine (Hrsg.): *Der Europäer – ein Konstrukt. Wissensbestände, Diskurse, Praktiken*, Göttingen: Wallstein 2009, 331 S.

Bornemann, Sabine: »Wie mobil ist Europa? Für Kulturschaffende sind Flexibilität und Grenzüberschreitungen selbstverständlich. Hürden will die EU jetzt abbauen«, in: *Musikforum*, Heft 1/2009, S. 35–37

Buchinger, Kirstin/Gantet, Claire/Vogel, Jakob: *Europäische Erinnerungsräume*, Frankfurt am Main u. a.: Campus 2009, 311 S.

Buchstab, Günter: »Der lange Weg zur Europapflege. Im Bewusstsein gemeinsamen Europäertums«, in: *die politische Meinung*, Heft 5/2009, S. 25–29

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e. V. (Hrsg.): *Freiheit im Blick. 1989 und der Aufbruch in Europa*, Berlin: BWV (Osteuropa, 59,2/3) 2009, 400 S.

Dudt, Simone: »Gibt es überhaupt eine europäische Kulturpolitik?«, in: *Musikforum*, Heft 1/2009, S. 33–34

Dudt, Simone: »Wie Europa durch Mozart kreativ und innovativ wird«, in: *Musikforum*, Heft 3/2009, S. 28–29

Ermert, Karl/Helm, Christoph (Hrsg.): *Auf der Suche nach der ›Seele‹? Kultur und Kulturpolitik in Europa*, Wolfenbüttel: Bundesakademie für kulturelle Bildung (Wolfenbütteler Akademie-Texte, 44) 2009, 136 S.

»Europa – Perspektiven und Grenzen. Themenheft«, in: *Politische Studien*, Heft 1/2009, 145 S.

Gabriel, Karl: »Europas religiöse Landschaft. Ein Überblick zu Beginn des dritten Jahrtausends«, in: *die politische Meinung*, Heft 1/2009, S. 49–57

Gotthard, Axel/Jakob, Andreas/Nicklas, Thomas (Hrsg.): *Studien zur politischen Kultur Alteuropas. Festschrift für Helmut Neuhaus zum 65. Geburtstag*, Berlin: Duncker & Humblot (Historische Forschungen, 91) 2009, 582 S.

Graevenitz, Gerhart von/Mittelstraß, Jürgen (Hrsg.): *Das Projekt Europa. Rechts-, forschungs- und kulturpolitische Aspekte*, Konstanz: Universität Konstanz (Konstanzer Wissenschaftsforum, 2) 2009, 184 S.

Haller, Max: »Die europäische Integration als Elitenprojekt«, in: *aus politik und zeitgeschichte*, Heft 23-24/ 2009, S. 18–23

Halm, Dirk/Tränhardt, Dietrich: »Der transnationale Raum Deutschland–Türkei«, in: *aus politik und zeitgeschichte*, Heft 39-40/2009, S. 33–38

Heller, Martin/Fuchs, Ulrich: »Linz09: Kulturrausch für alle«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 127 (IV/2009), S. 55–58

Hildmann, Philipp W. (Hrsg.): *Vom christlichen Abendland zum christlichen Europa. Perspektiven eines religiös geprägten Europabegriffs für das 21. Jahrhundert*, München: Hanns-Seidel-Stiftung (Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen, 65) 2009, 95 S.

Hlebec, Hrvoje: »Literatur im europäischen Kontext. Zur fünften Konferenz der Tagungsreihe ›Europa im Wandel‹«, in: *die politische Meinung*, Heft 11/2009, S. 35–38

Ihwe, Mascha: »Videos: Geschichten aus 1001 Europa«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 124 (I/2009), S. 70–71

Kuhnen, Jan Drees: *Die Zukunft der Nationen in Europa. Ist das Zeitalter der Nationen und Nationalstaaten in Europa vorüber?*, Berlin: Duncker & Humblot (Schriften zum Europäischen Recht, 145) 2009, 298 S.

Kurt, Roland: *Indien und Europa. Ein kultur- und musiksoziologischer Verstehensversuch*, Bielefeld: transcript 2009, 220 S.

Laitio, Tommi: »Verwandte Geister. Für junge Menschen wächst Europa längst zusammen, allerdings ganz anders, als die Politik sich das vorstellt«, in: *Kulturaustausch*, Heft IV/2009, S. 68–69

Lüddemann, Stefan: »Umspannwerk des symbolischen Sinns. ›Ruhr.2010‹: Das Programm – als kulturpolitische Fortschreibung gelesen«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 127 (IV/2009), S. 51–54

Macedo, Gonçalo: *Praktischer Leitfaden: Kultur und Bildung*, Luxemburg: Amt für Amtliche Veröffentlichung der Europäischen Gemeinschaften 2009, 53 S.

Mandry, Christof: *Europa als Wertegemeinschaft. Eine theologisch-ethische Studie zum politischen Selbstverständnis der Europäischen Union*, Baden-Baden: Nomos (Denkart Europa. Schriften zur europäischen Politik, Wirtschaft und Kultur, 9) 2009, 269 S.

Mau, Steffen/Verwiebe, Roland: Die *Sozialstruktur Europas*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung (Schriftenreihe, 786) 2009, 368 S.

Pfetsch, Barbara/Heft, Annett: »Europäische Öffentlichkeit«, in: *aus politik und zeitgeschichte*, Heft 23-24/ 2009, S. 36–41

Röper, Erich: »Sinnhaftigkeit von Plebisziten in europäischen Fragen«, in: *aus politik und zeitgeschichte*, Heft 23-24/2009, S. 24–29

RUHR.2010 GmbH (Hrsg.): *Kulturhauptstadt Europas RUHR. 2010. Buch zwei*, Essen: Klartext 2009, 220 S.

Scheytt, Oliver/Beier, Nikolaj: »Begreifen, gestalten, bewegen. Die Kulturhauptstadt Europas RUHR.2010«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 127 (IV/2009), S. 42–47

Singer, Otto: »Kulturpolitik«, in: Werner Weidenfeld/ Wolfgang Wessels (Hrsg.): *Jahrbuch der europäischen Integration*, Bonn: Nomos 2009, S. 171–174

Trüpel, Helga: »Strategische Bedeutung der Kulturpolitik für Europa. Identifikation mit der EU heißt mehr als ein gemeinsamer Binnenmarkt«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 1/2009, S. 13

Vogt, Matthias Theodor u. a. (Hrsg.): *Die Stärke der Schwäche*, Frankfurt am Main u. a.: Peter Lang (Schriften des Collegium Pontes, 3) 2009, 250 S.

Vogt, Matthias Theodor/Sokol, Jan/Ociepka, Beata/Pollack, Detlef/Mikolajczyk, Beata (Hrsg.): *Bedingungen europäischer Solidarität*, Frankfurt am Main u. a.: Peter Lang (Schriften des Collegium Pontes, 1) 2009, 295 S.

Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang: *Europa von A bis Z. Taschenbuch der europäischen Integration*, Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung (Schriftenreihe, 795) 2009 (11. Auflage), 499 S.

Wiethoff, Nicolas: »›Höhenrausch‹ und ›Living History‹. Linz und Vilnius – Die Kulturhauptstädte Europas 2009«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 126 (III/2009, S. 24–25

Wingert-Beckmann, Christine: »Das Europäische Jahr der Kreativität und Innovation 2009. Ansprüche, Aktivitäten und kulturpolitische Implikationen«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 124 (I/2009), S. 22–23

Zimmermann, Tom: »Das Europäische Jahr der Kreativität und Innovation 2009. Geschichte, Hintergründe & Vorschau«, in: *Kulturmanagement & Kulturpolitik*, Stuttgart: Raabe (Loseblattsammlung 2006 ff.) 2009, 20 S., F 2.5

4.2 Kulturpolitik der EU

»kapital Kultur. Kulturhauptstädte Europas« (Schwerpunktthema), in: *Kunst und Kirche*, Heft 1/2009, S. 4–53

Becker, Jürgen: »Umsetzung der AVMD-Richtlinie – Einführung zum XXIII. Münchner Symposion zum Film und Medienrecht des Instituts für Urheber- und Medienrecht am 3. Juli 2009«, in: *ZUM Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht*, Heft 10/2009, S. 697–698

Blinn, Hans-Jürgen: »Kultur, die besondere Dienstleistung. Freihandelsabkommen mit Zusatzprotokoll zur kulturellen Zusammenarbeit zwischen der EU und Südkorea unterzeichnet«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 6/2009, S. 38

Bornemann, Sabine: »Aufwertung des europäischen Kultursektors – Etappenziel erreicht? Culture in Motion-Konferenz und Europäisches Kulturforum in Brüssel, 28.–30.9.2009«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 127 (IV/2009), S. 26–27

Budak, Dilsad: »Außer Spesen ...? Nachlese zum ›Europäischen Jahr des Interkulturellen Dialogs 2008‹«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 124 (I/2009), S. 26–27

Cakir, Filiz/Mittag, Jürgen: »Die drei Kulturhauptstädte des Jahrs 2010. Gemeinsamer Titel, divergierende Konzepte, begrenzter Dialog«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 127 (IV/2009), S. 59–62

Drechsler, Carola: *Europäische Förderung audiovisueller Medien zwischen Welthandel und Anspruch auf kulturelle Vielfalt. Unter besonderer Berücksichtigung der Kulturkompetenz der Europäischen Gemeinschaft*, Frankfurt am Main u. a.: Peter Lang (Studien zum deutschen und europäischen. Medienrecht, 40) 2009, 332 S.

»Entscheidung der EU zum Europäischen Jahr der Kreativität und Innovation« (Im Wortlaut), in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 124 (I/2009), S. 68–69

EUROMEDINCULTURE Bürgerschaft: *Die Rolle der Kultur im zukünftigen Europa. Synthesedokument*, Marseille: Selbstverlag 2009, 120 S.

Europäische Kommission, GD Bildung und Kultur: *Das Programm ›Kultur‹. Kultur in Bewegung, 2007–2013*, Luxemburg: Amt für Amtliche Veröfflichungen der Europäischen Gemeinschaften 2009, 47 S.

»Europäische Kulturhauptstadt« (Schwerpunktthema), in: *Raumplanung*, Heft 143 (2009), S. 65–97

»European Heritage Heads Forum. Stellungnahme: Kulturerbe als wirtschaftlicher Anreiz in den Zeiten der Finanzkrise«, in: *Denkmalpflege & Kulturgeschichte*, Heft 2/ 2009, S. 45

Hesse, Albrecht: »Die Umsetzung der AVMD-Richtlinie aus Sicht des öffentlich-rechtlichen Rundfunks«, in: *ZUM Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht*, Heft 10/ 2009, S. 718–720

Kreile, Johannes: »Die Umsetzung der AVMD-Richtlinie aus Sicht der Produzenten«, in: *ZUM Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht*, Heft 10/2009, S. 709–717

Lucarelli, Sonia/Fioramonti, Lorenzo: »Das globale Image der Europäischen Union«, in: *aus politik und zeitgeschichte*, Heft 23-24/2009, S. 30–35

Schwencke, Olaf: »Auf geht's Europa. Kultur, Kulturpolitik und der Lissabon-Vertrag«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 127 (IV/2009), S. 24–26

Singer, Otto: »Schwerpunkte der EU-Kulturpolitik für 2009«, in: *Info-Brief*, Heft 2/2009, S. 1–25

Wingert-Beckmann, Christine: »Kultur als Katalysator für Kreativität und Innovation. Studie der Europäischen Kommission zum Einfluss von Kultur auf Kreativität«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 126 (III/2009), S. 61–63

4.3 Überstaatliche Organisationen

UNESCO heute. Zeitschrift der Deutschen UNESCO-Kommission, Bonn: Deutsche UNESCO-Kommission (vierteljährlich)

Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (Hrsg.): *Bericht über die menschliche Entwicklung 2009. Barrieren überwinden: Migration und menschliche Entwicklung*, Berlin: Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen 2009, 252 S.

Deutsche UNESCO-Kommission (Hrsg.): *Dokumentation der Fachtagung ›Wasser – Bildung – Zukunft‹. Das Thema Wasser in der Bildung für nachhaltige Entwicklung am 22. September 2008 in der Landesakademie des Sports in Hannover*, Bonn: Deutsche UNESCO-Kommission 2009, 51 S.

Deutsche UNESCO-Kommission (Hrsg.): *Welterbe-Manual. Ein Handbuch zur Umsetzung der UNESCO-Welterbekonvention in Deutschland, Luxemburg, Österreich und der Schweiz*, Bonn: Selbstverlag 2009 (2., erweiterte Auflage), 354 S.,

Deutsche UNESCO-Kommission e. V. (Hrsg.): *Kulturelle Vielfalt gestalten. Handlungsempfehlungen aus der Zivilgesellschaft zur Umsetzung des UNESCO-Übereinkommens zur Vielfalt kultureller Ausdrucksformen (2005) in und durch Deutschland. Weissbuch*, Bonn: Deutsche UNESCO-Kommission e. V. 2009, 32 S.

Schweizer Koalition für die kulturelle Vielfalt/Schweizerische UNESCO-Kommission: *Kulturelle Vielfalt – mehr als nur ein Slogan. Vorschläge für die Umsetzung der UNESCO-Konvention über die Vielfalt kultureller Ausdrucksformen in der Schweiz. Ergebnisse der Beratungen von acht Expertengruppen* (deutsch/französisch), Bern/Zürich: Schweizerische UNESCO-Kommission 2009, 75 S.

Westerwinter, Andreas: »UNESCO – Mehr als nur Kultur, aber weniger als nur Politik. Vor der Wahl des neuen Generaldirektors im Herbst 2009«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 4/2009, S. 7–8

4.4 Kulturpolitik in anderen Ländern

Barlai, Melani/Hartleb, Florian: »Die Roma in Ungarn«, in: *aus politik und zeitgeschichte*, Heft 29-30/2009, S. 33–39

Bingen, Dieter/Ruchniewicz, Krzysztof: *Länderbericht Polen. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur*, Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung (Schriftenreihe, 735) 2009, 688 S.

Dimitrov, Georgi P.: *Kultur im Transformationsprozess Osteuropas. Zum Wandel kultureller Institutionen am Beispiel Bulgariens nach 1989*, München/Berlin: Sagner (Bulgarische Bibliothek, Neue Folge, 14) 2009, 205 S.

Fließ, Susanne: »Kulturförderung via Hollywood, Quote und Konfuzius. Wie es andere Länder mit der Auswärtigen Kulturpolitik halten«, in: *Musikforum*, Heft 1/2009, S. 32–33

Höhne, Steffen/Ulbricht, Justus (Hrsg.): *Wo liegt die Ukraine? Standortbestimmung einer mitteleuropäischen Kultur*, Weimar/Köln/Wien: Böhlau 2009, 246 S.

Hoogenboom, Marijke: »Recht auf Risiko. Wie in den Niederlanden kulturelle Planwirtschaft betrieben wird – und sich junge Künstler dagegen sträuben«, in: *Theater der Zeit*, Heft 4/2009, S. 34–37

Kerski, Basil: »Erneuerung aus der Peripherie heraus. Kulturelle Protagonisten reanimieren das kulturelle Polen«, in: *die politische Meinung*, Heft 9/2009, S. 50–58

Klaeul, Andreas: »Akt der Verzweiflung. Pläne und Absurditäten der französischen Kulturpolitik«, in: *Theater heute*, Heft 5/2009, S. 64

Kreck, Vladimir: »Demokratie, Subsidiarität und Marktwirtschaft im Postsozialismus am Beispiel von Bulgariens Kunst und Kultur«, in: Vogt, Matthias u. a. (Hrsg.): *Peripherie in der Mitte Europas*, Frankfurt am Main u. a.: Peter Lang (Schriften des Collegiums PONTES, 2) 2009, S. 149–186

Lengyel, Zsolt K.: »Ungarn und seine Nachbarn«, in: *aus politik und zeitgeschichte*, Heft 29-30/2009, S. 40–46

Middendorf, Stefanie: *Massenkultur. Zur Wahrnehmung gesellschaftlicher Modernität in Frankreich. 1880–1980*, Göttingen: Wallstein (Moderne Zeit, 19) 2009, 507 S.

Mösch, Stephan: »Zwischen den Zeiten. Danzig«, in: *Opernwelt*, Heft 9-10/2009, S. 68–71

Pro Helvetia, Schweizer Kulturstiftung (Hrsg.): *Jahresbericht 2008*, Biel: Selbstverlag 2009, 27 S.

Prodolliet, Simone: »Neue Migrationslandschaft Schweiz«, in: *terra cocnita*, Heft 14 (2009), S. 4–5

Seehaber, Ruth: »Der wilde Westen des Ostens. Die ›polnische Schule‹«, in: *Neue Zeitschrift für Musik*, Heft 6/2009, S. 35–37

Stohrer, Ulrike: *Bar'a. Rituelle Performance, Identität und Kulturpolitik im Jemen*, Berlin: Schwarz (Studies on modern Yemen, 8) 2009, 259 S.

5 Kulturpolitische Praxisfelder

5.1 Theater

5.1.1 Allgemein

bühnengenossenschaft. Fachblatt der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger, hrsg. v. GDBA, Hamburg (monatlich)

Die Deutsche Bühne. Theatermagazin, Köln: Deutscher Bühnenverein (monatlich)

INTHEGA Kultur-Journal. Informationsdienst für die Theaterarbeit in Städten und Gemeinden, Bensheim: Mykenae Verlag (sechsmal jährlich)

Theater der Zeit. Zeitschrift für Politik und Theater, Berlin: Friedrich Berlin (monatlich)

Theater heute, Berlin: Friedrich Berlin (jährlich)

Theater Rundschau, hrsg. v. Bund der Theatergemeinden e. V., Bundesausgabe, Bonn: Theater Rundschau Verlag (monatlich)

Theatermanagement aktuell. Unabhängiger Informationsdienst für das Management im Kulturbetrieb, Köln: Jürgen Preiß Marketing & Kommunikation (vierteljährlich)

Theaterstatistik, Köln: Deutscher Bühnenverein (jährlich)

»Tanz Bewegt!« (Themenschwerpunkt), in: *Soziokultur | Prinzipien – Praxis – Perspektiven*, Heft 4/2009, S. 3–11

Arbeitsgruppe Evaluation und Forschung des Bundesverbandes Tanz in Schulen e. V. (Hrsg.): *Empirische Annäherungen an Tanz in Schulen. Befunde aus Evaluation und Forschung,* Oberhausen: Athena 2009, 200 S.

Bassenhorst, Markus: »Vom Auszug aus den Häusern. Theater an besonderen Orten«, in: *spiel&bühne*, Heft 4/2009, S. 6–9

Baumbauer, Frank u. a.: »Publikum« (Schwerpunktthema), in: *Die Deutsche Bühne*, Heft 11/2009, S. 32–44

Baur, Detlev u. a.: »Das Repertoire auf den deutschen Bühnen« (Schwerpunktthema), in: *Die Deutsche Bühne*, Heft 9/2009, S. 30–56

Brandenburg, Detlef: »Alles ist Fluxus. Ergebnisse der jährlichen Autorenumfrage der Deutschen Bühne«, in: *Die Deutsche Bühne*, Heft 8/2009, S. 28–36

Brandenburg, Detlef: »Aufbruch ins 2. Jahrhundert. Von der journalistischen Verantwortung des Theaterredakteurs im Strukturwandel der kulturellen Öffentlichkeit«, in: *Die Deutsche Bühne*, Heft 1/2009, S. 50–54

Cramer, Franz Anton u. a.: »Tanz und Tradition« (Schwerpunktthema), in: *Die Deutsche Bühne*, Heft 2/2009, S. 16–35

Dümcke, Cornelia/Sadowska, Sabrina: »Zur Gründungsinitiative ›TRANSITION Zentrum TANZ in Deutschland‹ (TZTD)«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 125 (II/2009), S. 44–45

Elfert, Jennifer: *Theaterfestivals. Geschichte und Kritik eines kulturellen Organisationsmodells*, Bielefeld: transcript 2009, 406 S.

Elzenheimer, Regine: »Dramaturgien der (Ver)störung. Zum zeitgenössischen Verhältnis von Musik und Theater«, in: *Neue Zeitschrift für Musik*, Heft 4/2009, S. 20–27

Fessmann, Ingo: »Ein Urteil fürs Regietheater. Wann gibt es Geld zurück? Das Hamburger Amtsgericht verhandelt zur Werktreue – und gibt Interpretationsfreiheit«, in: *Theater heute*, Heft 5/2009, S. 47–49

Fischer-Lichte, Erika/Warstat, Matthias (Hrsg.): *Staging Festivity. Theater und Fest in Europa*, Tübingen: A. Francke 2009, 328 S.

Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger (Hrsg.): *Deutsches Bühnen-Jahrbuch. Das große Adressbuch für Bühne, Film, Funk und Fernsehen*, Hamburg: Bühnengenossenschaftsvertriebsgesellschaft 2009, 79 S.

Göhmann, Lars u. a.: »Dokumentartheater – Theater als Ort geschichtlicher Reflexion« (Schwerpunktthema), in: *Spiel&Bühne*, Heft 1/2009, S. 4–20

Hentschel, Michael: »An Krisen wachsen«, in: *stadtkultur magazin*, Heft 10/2009, S. 20–21

Interessengemeinschaft der Städte mit Theatergastspielen e. V. (Hrsg.): *Spielplan-Journal 2/09. Informationsdienst für die Theaterarbeit in den Städten und Gemeinden*, Bensheim: Mykenae 2009, 208 S.

Interessengemeinschaft der Städte mit Theatergastspielen e. V. (INTHEGA) (Hrsg.): *Jahrbuch der Städte mit Theatergastspielen 2009/10. Deutschland – Österreich – Schweiz, Veranstalter – Theater-Spielpläne – Spielstätten Anhang: Bühnen mit Theatergastspielen*, Bensheim: Mykenae 2009, 552 S.

Interessengemeinschaft Freie Theaterarbeit (Hrsg.): *Freie Theater 2009. Jahresbericht*, Wien: Selbstverlag 2009, 34 S.

Kahle-Steinweh, Ulrike: »›Von selbst geht gar nichts‹. Report Tübingen«, in: *Theater heute*, Heft 7/2009, S. 38–43

Keuchel, Susanne/Günsche, Carolin/Groß, Stefanie/Zentrum für Kulturforschung Bonn (ZfKf): *Tanz in Schulen in NRW. Ein Empirischer Blick in die Praxis, Studie im Auftrag des Bundesverbandes Tanz in Schulen e. V.*, Köln: Bundesverband Tanz in Schulen e. V. 2009, 59 S.

Kleeberg, Michael/Völckers, Hortensia/Weickmann, Dorion/Brandstetter, Gabriele/Deloglu, Christina: »Themenschwerpunkt: Tanz«, in: *Kulturstiftung des Bundes*, Heft 14 (2009), S. 6–33

Köhler, Horst: »Grußwort anlässlich der Verleihung des deutschen Theaterpreises ›Der Faust‹ am 29.11.2008 in Stuttgart«, in: *Kultur-Journal*, Heft 1/2009, S. 34–36

Köhler, Horst: »›Was für ein Theater‹. Grußwort des Bundespräsidenten anlässlich der Verleihung des Deutschen Theaterpreises DER FAUST«, in: *Die Deutsche Bühne*, Heft 1/2009, S. 16–17

Kohse, Petra: »Schicksal hängt an deiner Feder. Wie unabhängig muss die Theaterkritik von der Bühne, wie frei von öffentlichen Ansprüchen darf sie sein?«, in: *Die Deutsche Bühne*, Heft 1/2009, S. 38–41

Kraske, Bernd M.: »Wie vermitteln wir die Werte, für die wir kämpfen? Von der Zukunft unserer Theaterarbeit im Zeichen der Krise«, in: *Inthega Kulturjournal*, Heft 4/2009, S. 15–21

Kurzenberger, Hajo: *Der kollektive Prozess des Theaters. Chorkörper – Probengemeinschaften – theatrale Kreativität*, Bielefeld: transcript 2009, 252 S.

Laages, Michael: »Krisentheater zur rechten Zeit. Theater will gesellschaftsrelevant und aktuell sein, keine Frage. Aber ist der Traum vom ›Stück zur Stunde‹ vielleicht doch nur eine Schimäre?«, in: *Die Deutsche Bühne*, Heft 7/2009, S. 34–36

Landtag Brandenburg: »Situation der Amateurtheater in Brandenburg. Antwort auf die Kleine Anfrage von Andreas Kuhnert (SPD)«, Potsdam: *Drucksache* 4/7593 (18.5.2009)

Lennartz, Knut: »Ein Jubiläum. 100 Jahre ›Deutsche Bühne‹«, in: *Die Deutsche Bühne*, Heft 1/2009, S. 30–37

Linsel, Anne: »Die Liebe nach dem Tod. Pina Bausch lebt nicht mehr. Wie geht es weiter mit dem Tanztheater Wuppertal?«, in: *K.West*, Heft 9 (2009), S. 33–35

Louppe, Laurence: *Poetik des zeitgenössischen Tanzes*, Bielefeld: transcript 2009, 340 S.

Richard, Jörg u. a.: »›Tanz, Mensch, tanz‹. Für Tina Bausch« (Schwerpunktthema), in: *Ästhetik & Kommunikation*, Heft 146 (Herbst, 2009), S. 13–107

Rössger, Bettina: »Tanz Bewegt! Tanz und Bewegung sind ein weites Feld: Von Standard-Latein bis Tai Chi, von Tanzperformance bis Diskobesuch. Soziokultur nutzt das Medium Tanz als gesellschaftsgestaltende Kraft«, in: *Soziokultur | Prinzipien – Praxis – Perspektiven*, Heft 4/2009, S. 3–5

Schlumpf, Barbara: »Topografie des Geländes gibt dem Spiel seine Identität. Innovatives Landschaftstheater der Commedia Adebar Uznach«, in: *spiel&bühne*, Heft 4/2009, S. 20–21

Schülke, Claudia: »Claus Helmers Leidenschaften. Fritz Rémond Theater und Theater im Zoo«, in: *Die Deutsche Bühne*, Heft 2/2009, S. 39–41

Zedlitz, Sanna von: *›Auf der Bühne seid Ihr Tänzer!‹. Hinter den Kulissen von TanzZeit – Zeit für Tanz in Schulen*, München: kopaed 2009, 96 S.

5.1.2 Theaterstruktur, Theaterfinanzierung

Bartella, Raimund/Hebborn, Klaus: »Ein Schutzschirm für Theater und Kultur? Zur Systemrelevanz von Kultureinrichtungen«, in: *Die Deutsche Bühne*, Heft 7/ 2009, S. 28–33

Bayerischer Landtag: »Situation der nichtstaatlichen Theater in Bayern. Antwort der Staatsregierung auf die Schriftliche Anfrage von Susann Biedefeld (SPD)«, München: *Drucksache* 16/2529 (3.11.2009)

Bayerischer Landtag: »Situation der staatlichen Theater in Bayern. Antwort der Staatsregierung auf die Schrift-

liche Anfrage von Susann Biedefeld (SPD)«, München: *Drucksache* 16/2091 (17.9.2009)

Daßler, Tanja: »Gegen den Trend – Theater in Kempten«, in: *TheaterManagement aktuell*, Heft März-April/2009, S. 8–10

Fischer, Dagmar Ellen: »Zwischen Kiez, Kommerz und Kunst. Das Hamburger St.-Pauli-Theater an der Reeperbahn erhält zum ersten Mal eine staatliche Förderung«, in: *Die Deutsche Bühne*, Heft 6/2009, S. 40–41

Fischer, Jens: »Marketingkunst. Überlegungen zum Profil des Theaters Bremen am Beispiel des Musicals ›Marie Antoinette‹«, in: *Die Deutsche Bühne*, Heft 6/2009, S. 46–47

Fischer, Jens: »Zurück zum Kerngeschäft. Über das Bremer Theater«, in: *Die Deutsche Bühne*, Heft 12/2009, S. 36–37

Hauck, Angelika: »Bloß keinen Schmusekurs! Intendantenwechsel: Wie bringt man neue Theaterleute und die Stadt zusammen?«, in: *Die Deutsche Bühne*, Heft 11/2009, S. 38–39

Keim, Stephan: »Letzte Gefechte? Theaterkrise in Nordrhein-Westfalen: Die Theater in Hagen und Oberhausen stehen weiter auf der Kippe«, in: *Die Deutsche Bühne*, Heft 7/2009, S. 44–45

Landtag Mecklenburg-Vorpommern: »Finanzielle Förderung Freier Theater. Antwort auf die Kleine Anfrage von Torsten Koplin (DIE LINKE)«, Schwerin: *Drucksache* 5/2672 (20.7.2009)

Landtag Mecklenburg-Vorpommern: »Förderung Freier Theater in Mecklenburg-Vorpommern. Antwort auf die Kleine Anfrage von Torsten Koplin (DIE LINKE)«, Schwerin: *Drucksache* 5/2747 (17.9.2009)

Landtag Mecklenburg-Vorpommern: »Theater und Orchester in Mecklenburg-Vorpommern. Antwort auf die Kleine Anfrage von Torsten Koplin (DIE LINKE)«, Schwerin: *Drucksache* 5/2574 (8.6.2009)

Landtag Mecklenburg-Vorpommern: »Theaterkooperation. Antwort auf die Kleine Anfrage von Torsten Koplin u. a. (DIE LINKE), Schwerin: *Drucksache* 5/2908 (17.11.2009)

Lehmann, Ulrike/Baur, Detlev: »Öffentliche Standpunkte. Der scheidende Intendant des Dresdner Staatsschauspiels Holk Freytag über seine acht Jahre in Dresden und die Zukunft des Theaters«, in: *Die Deutsche Bühne*, Heft 7/2009, S. 22–24

Lennartz, Knut: »Vom Zusammenwachsen. Mit dem Mauerfall ergaben sich auch für die beiden deutschen Theaterlandschaften neue Perspektiven«, in: *Die Deutsche Bühne*, Heft 10/2009, S. 30–36

Ostermeier, Thomas/Fischer, Karin: »Theater und Krise. Ein Interview über die Dramatik der Finanzkrise«, in: *Die Deutsche Bühne*, Heft 7/2009, S. 46–47

Poppenhager, Annette: »Theaterland ... abgebrannt? Wie steht es um die Finanzen der Theater quer durch die Republik? Eine Umfrage zur Befürchtungskrise«, in: *Die Deutsche Bühne*, Heft 7/2009, S. 40–43

Riedmann, Claudia: »Die Wirtschaft als Fundament der Kunst. Nachhaltiger Erfolg für das Controlling der Oö. Theater und Orchester GmbH«, in: *Theater-Management aktuell*, Heft August/2009, S. 6–8

Roth, Wilhelm: »Das Prinzip Werkstatt. Wie funktionieren Studiobühnen in der Rhein-Main-Region?«, in: *Die Deutsche Bühne*, Heft 8/2009, S. 48–49

Schneider, Wolfgang: »Es geht um die Zukunft unserer Theaterlandschaft. Eine kulturpolitische Polemik aus gegebenem Anlass«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 125 (II/2009), S. 50–52

Schößler, Franziska/Bähr, Christine (Hrsg.): *Ökonomie im Theater der Gegenwart. Ästhetik, Produktion, Institution*, Bielefeld: transcript (Theater, 8) 2009, 365 S.

5.1.3 Kinder- und Jugendtheater, Theaterpädagogik

Grimm & Gtips. Jahrbuch für Kinder- und Jugendkultur, Frankfurt am Main: ASSITEJ

IXYPSILONZETT. Magazin für Kinder- und Jugendtheater, eine Veröffentlichung der *ASSITEJ Deutschland*, Berlin: Theater der Zeit (dreimal jährlich, auch als Beilage zu Theater der Zeit)

Zeitschrift für Theaterpädagogik (Korrespondenzen), in Kooperation mit Gesellschaft für *Theaterpädagogik e. V.*, *Bundesverband Theaterpädagogik e. V.* und *BAG Spiel + Theater e. V.*, Uckerland: Schibri

Biografische Theaterarbeit zwischen kollektiver und individueller Darstellung. Ein theaterpädagogisches Modell, München: kopaed (Kulturelle Bildung, 16) 2009, 215 S., Diss.

Broich, Josef: *ABC der Theaterpädagogik 5*, Köln: Maternus 2009 (2009/2010), 416 S.

Bundesverband Theater in Schulen e. V.: *Theater.Musik*, Hamburg: Edition Körber-Stiftung (Fokus Schultheater, 8) 2009, 115 S.

Dombrowsky, Romi: »Theater spielen – Theater machen. Ästhetische Kompetenzen«, in: *infodienst – Das Magazin für kulturelle Bildung*, Heft 92 (2009), S. 13–15

Droste, Gabi dan (Hrsg.): *Theater von Anfang an! Bildung, Kunst und frühe Kindheit*, Bielefeld: transcript (Theater, 11) 2009, 256 S.

Fratini, Nathalie: *Theater im Deutschunterricht in Luxemburg. Übersicht über theaterpädagogische Methoden im Deutschunterricht*, München: AVM 2009, 313 S.

Göhmann, Lars: »Regie fürs Leben? Über Theater im Kontext der Lebensbiographie junger Menschen«, in: *infodienst – Das Magazin für kulturelle Bildung*, Heft 94 (2009), S. 12–14

Hentschel, Ulrike (Hrsg.): *Entwicklungen und Perspektiven der Spiel- und Theaterpädagogik*, Berlin u. a.: Schibri 2009 (2. Auflage), 331 S.

Hilliger, Dorothea (Hrsg.): *Freiräume der Enge. Künstlerische Findungsprozesse der Theaterpädagogik*, Berlin u. a.: Schibri 2009, 335 S. (mit CD)

Liebau, Eckart/Klepacki, Leopold/Zirfas, Jörg: *Theatrale Bildung. Theaterpädagogische Grundlagen und kulturpädagogische Perspektiven für die Schule*, Weinheim: Juventa (Beiträge zur pädagogischen Grundlagenforschung) 2009, 184 S.

Meyer, Tania: »Theaterpädagogik als politische Bildung. Oder warum Theater spielen (fast) immer politische ist ...«, in: *Außerschulische Bildung – Materialien zur politischen Jugend- und Erwachsenenbildung*, Heft 3, 2009, S. 257–260

Peters, Sibylle: »Forschungstheater«, in: Landesrat für Stadtteilkultur der Behörde für Kultur, Sport, Medien Hamburg (Hrsg.): *»KulturMachtBildung«, Bildungskonzepte in der Stadtteilkultur, Dokumentation des 9. Hamburger Ratschlags Stadtteilkultur*, Hamburg: Landesrat für Stadtteilkultur der Behörde für Kultur, Sport, Medien Hamburg 2009, S. 27–28

Pinkert, Ute: »Jenseits von Heilsversprechungen. Über die Wirkung des Theaterspiels für Kinder und Jugendliche«, in: *infodienst – Das Magazin für kulturelle Bildung*, Heft 92 (2009), S. 10–12

Rakow, Christian: »Cool. Das Deutsche Kinder- und Jugendtheater trifft sich zum 10. Mal zu ›Augenblick mal!‹ in Berlin«, in: *Theater heute*, Heft 7/2009, S. 58

Ulbricht, Pia: *Identitätsstärkende Aspekte theaterpädagogischer Arbeit mit Mädchen in der Adoleszenz*, Berlin 2009, 41 S.

5.1.4 Freies Theater

Spiel und Bühne. Fach- und Verbandszeitschrift Bund Deutscher Amateurtheater e. V., Heidenheim: Bund Deutscher Amateurtheater e. V. (viermal jährlich)

Baur, Detlev: »Fragen über Fragen. Das Festival ›Politik im Freien Theater‹ lud in Köln zum siebten Mal zu einer Reflexion gesellschaftlich relevanten Theaters ein«, in: *Die Deutsche Bühne*, Heft 1/2009, S. 20–21

Bundesverband Freier Theater (BuFT): »Handlungsempfehlungen und kulturpolitische Forderungen für die Freien Tanz- und Theaterschaffenden in Deutschland«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 125 (II/2009), S. 34–36

Stechert, Larsen u. a.: »Sommer, Sonne, Straßentheater. Schwerpunktthema«, in: *Spiel&Bühne*, Heft 2/2009, S. 4–19

Thiedemann, Kathrin u. a.: »Prekäre Verhältnisse« (Schwerpunktthema Freie Szene), in: *Theater der Zeit*, Heft 6/2009, S. 20–31

Wahl, Christine: »Avantgarde! Subversion! Testosteron! Das Impulse-Festival 2009 überrascht mit elf neuen Produktionen«, in: *Theater heute*, Heft 11/2009, S. 41–45

5.2 Musik

5.2.1 Allgemein

Das Orchester. Zeitschrift für Orchesterkultur und Rundfunk-Chorwesen, Mainz: Schott Musik International (elfmal jährlich)

Lied und Chor. Zeitschrift für das Chorwesen, Köln: Deutscher Sängerbund (monatlich)

Musikforum, Mainz u. a.: Deutscher Musikrat/Schott Verlag (vierteljährlich)

Neue Zeitschrift für Musik, Mainz: Schott (sechsmal im Jahr)

nmz. Neue Musikzeitung, Regensburg: ConBrio Verlagsgesellschaft mbH (10 Ausgaben im Jahr)

Oper und Tanz. Zeitschrift der *VdO* für Opernchor und Bühnentanz, Regensburg: ConBrio-Verlagsgesellschaft (zweimonatlich)

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): »Schwerpunktthema: Kultur und Musik. Musik verbindet die Welt. Warum unser Leben ohne Kultur viel ärmer wäre«, in: *Change*, Heft 4/2009, S. 10–56

Beyer, Barbara: »Wahrheit existiert nicht mehr. Wie Regisseure von morgen sich und die Welt wahrnehmen, was für die der Umgang mit Oper als Kunstform und als Kunstwerk bedeutet und welche Bühnenästhetiken daraus entstehen«, in: *Opernwelt*, Heft 8/2009, S. 36–39

Blume, Michael: »Gesangsverein oder Chor? Liegt darin ein Widerspruch oder lässt sich beides verbinden?«, in: *Neue Chorzeit*, Heft April/2009, S. 12–13

Büsser, Martin: »Blühende Nischen. Wie experimentelle Musik von der Krise profitieren kann«, in: *Neue Zeitschrift für Musik*, Heft 3/2009, S. 20–23

Custodis, Michael: *Klassische Musik heute. Eine Spurensuche in der Rockmusik*, Bielefeld: transcript 2009, 274 S.

Dammann, Peter: *Der Klang der Zukunft. The Sound of Future. Gustavo Udamel und das Simón Bolivar Youth Orchestra Venezuela*, München: Dölling u. Galitz 2009, 80 S.

Deutscher Chorverband (Hrsg.): »›Förderprojekte bundesweit gezielt aufstellen‹. Der IAM fördert das praktische Musizieren in Schulen und Familien und den Austausch junger Musiker in Europa«, in: *Neue Chorzeit*, Heft Mai/2009, S. 12–13

Deutscher Chorverband (Hrsg.): »›Über den eigenen Kirchturm hinaus denken‹. Der VeK setzt sich für neue Impulse in der evangelischen Kirchenmusik ein und blickt über den Tellerrand«, in: *Neue Chorzeit*, Heft April/2009, S. 10–11

Deutscher Chorverband (Hrsg.): »Brücken bauen mit Chormusik. Der AMJ: kulturpolitischer Botschafter und ›Bildungswerk‹ der Chormusik«, in: *Neue Chorzeit*, Heft Februar/2009, S. 12–13

Dingemann, Rüdiger/Lüdde, Renate: *60 Jahre Deutschland. 6. Musik, Schlager, Pop und Rock*, München: Bucher 2009, 91 S.

Drees, Stefan: »›... wie jede Hoffnung ... unter dem Hauche des leise heranschleichenden Elends welkt ...‹«, in: *Neue Zeitschrift für Musik*, Heft 3/2009, S. 31–37

Ehrler, Hanno: »Nachhaltiges Wirken. Bündelung der Initiativen bei ›Musik 21 Niedersachsen‹«, in: *Neue Zeitschrift für Musik*, Heft 4/2009, S. 68–69

Ermert, Karl/Höppner, Christian/Kemmelmeyer, Karl-Jürgen/Lüdke, Markus (Hrsg.): *Musik und Verantwortung. Perspektiven der Musikpolitik in Deutschland*, Wolfenbüttel: Bundesakademie für kulturelle Bildung Wolfenbüttel (Wolfenbütteler Akademie-Texte, 41) 2009, 112 S.

Frank, Simon A.: »Erst denken, dann webzweinullen. Das Web 2.0 bietet nur dann neue Möglichkeiten für Orchester, wenn zuvor über kunst- und kulturtheoretische Fundamente nachgedacht wurde«, in: *Das Orchester*, Heft 12, 2009, S. 17–19

Frei, Marco: »Italienische Abendröte. Auf der Apenninhalbinsel wird vorgemacht, wie man Opern- und Orchesterleben kaputt spart«, in: *Das Orchester*, Heft 5/ 2009, S. 28–30

Gehring, Julia: »Chor, Musik, Politik. Unverzichtbare Informationsstelle im Musikleben: 10 Jahre Deutsches Musikinformationszentrum«, in: *Chor und Konzert*, Heft 1/2009, S. 36–37

Hanssen, Frederik: »Kein Phönix ohne Asche. Vom Berliner Senat wurden die Berliner Symphoniker konsequent ins Aus geführt. Doch das Orchester macht weiter, erfolgreich«, in: *Das Orchester*, Heft 12/2009, S. 30–33

Heidler, Manfred: »Wenn Musik Staat machen soll«, in: *Musikforum*, Heft 4/2009, S. 34–35

Hübner, Georg: *Musikindustrie und Web 2.0. Die Veränderung der Rezeption und Distribution von Musik durch das Aufkommen des ›Web 2.0‹*, Frankfurt am Main u. a.: Lang (Europäische Hochschulschriften, 3313) 2009, 134 S.

Janner, Karin: »Das Web 2.0 für Orchester. Philosophie, Einsatzmöglichkeiten und Werkzeuge«, in: *Das Orchester*, Heft 12/2009, S. 13–16

Kolbe, Corina: »Internet. Wie sich Orchester mit der Welt vernetzen«, in: *Das Orchester*, Heft 12/2009, S. 10–12

Konwitschny, Peter u. a.: »Warum singen die? Schwerpunktthema Musiktheater«, in: *Theater der Zeit*, Heft 1/2009, S. 12–27

Krautter, Eva: »Der Pott singt! ›!Sing – Day of Song‹ – ein musikalisches Groß-Spektakel bei der Ruhr.2010 Kulturhauptstadt Europas«, in: *Neue Chorzeit*, Heft September/2009, S. 8–9

Lamm, Sandra/Oberacker, Susann/Jankowski, Bernd u. a.: »Musik für alle«, Schwerpunktthema, in: *stadtkultur magazin*, Heft 8/2009, S. 6–27

Landmann, Peter: »Prognosen und Wünsche, aber keine Utopien. Bleibt Deutschlands einzigartige Stellung mit seinen Musikinstitutionen aufrechterhalten?«, in: *nmz. Neue Musikzeitung*, Heft 3/2009, S. 6–7

Landtag Nordrhein-Westfalen: »Sachstand des Projektes ›Jedem Kind ein Instrument‹ in Essen. Antwort auf die Kleine Anfrage von Britta Altenkamp (SPD)«, Düsseldorf: *Drucksache* 14/10467 (21.12.2009)

Landtag Nordrhein-Westfalen: »Welche Auswirkungen hat ›Jedem Kind ein Instrument‹ auf den regulären Musikunterricht an nordrhein-westfälischen Grundschulen? Antwort auf die Kleine Anfrage von Sigrid Beer u.a. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)«, Düsseldorf: *Drucksache* 14/9714 (21.8.2009)

Landtag Rheinland-Pfalz: »Trägerschaft von Orchestern und anderen Institutionen des musikalischen Lebens in Rheinland-Pfalz. Antwort auf die Kleine Anfrage der CDU«, Mainz: *Drucksache* 15/3584 (14.7.2009)

Lipp, Markus: »Schöpfung hat seinen Preis. GEMA vergibt erstmals den Deutschen Musikautorenpreis«, in: *Virtuos*, Heft 2/2009, S. 10–11

Mächtel, Alexandra: »(Miss-)Klang der Kulturen? Eine Studie zur Zusammenarbeit deutscher und osteuropäischer Musiker in bayerischen Orchestern«, in: *Das Orchester*, Heft 3/2009, S. 13–15

Mächtel, Alexandra: »Fremd. Interkulturalität im Orchester«, in: *Das Orchester*, Heft 3/2009, S. 10–12

Matter, Max/Grosch, Nils (Hrsg.): *Lied und populäre Kultur – Song and popular Culture. Jahrbuch des Deutschen Volksliedarchivs Freiburg*, München: Waxmann 2009, 470 S.

Mertens, Gerald: »Der Faktor 7. Herausforderungen für die deutschen Orchester 20 Jahre nach der ›Wende‹«, in: *Das Orchester*, Heft 9/2009, S. 38–41

Mösch, Stephan: »Zwischen Aufbruch und Ärgernis. Ein Symposium zur Situation der Berliner Opernhäuser« (Auszüge aus der Eröffnungsrede), in: *Opernwelt*, Heft 4/2009, S. 26–30

Neumann, Bernd: »›Laienmusik ist Ausdruck kultureller Vielfalt‹. Ein Gespräch mit Kulturstaatsminister Bernd Neumann«, in: *Neue Chorzeit*, Heft Mai/2009, S. 24–25

Neumann, Bernd: »Zeichen setzen für die Kultur«, in: *Virtuos*, Heft 3/2009, S. 24–25

Prakken, Roland: »Nicht täglich an die Döner-Bude. Arrogant und taub: Wie die Musikindustrie die türkische Musikszene verpennt«, Was denn nun ist ›Weltmusik‹?, in: *Kunst+Kultur*, Heft 3/2009, S. 19–20

Raddatz, Frank u. a.: »Musiktheater. Schwerpunktthema«, in: *Theater der Zeit*, Heft 1/2009, S. 12–35

Reul, Arne: »›Ohne mich geht hier gar nichts‹. Im Straßenchor finden Berliner Wohnungslose Zugang zur Musik – und neue Perspektiven«, in: *Neue Chorzeit*, Heft Dezember/2009, S. 8–9

Reul, Arne: »Vitaminspritze für Jugendchöre. Neue Impulse für das europäische Volkslied beim Eurotreff 2009«, in: *Neue Chorzeit*, Heft Oktober/2009, S. 8–9

Rohde, Gerhard: »Festspiel in der Krise? Nachdenken über die Salzburger Festspiele«, in: *nmz. Neue Musikzeitung*, Heft 9/2009, S. 33–34

Rössel, Jens: »Kulturelles Kapital und Musikrezeption. Zur Ent- und Re-Soziologisierung eines ethnologischen Konzeptes«, in: *Soziale Welt*, Heft 60 (2009), S. 305–324

Ruhnke, Ulrich: »Arabische Nächte. Nicht nur Geschichten. Im Wüstensand wächst das Opern- und Konzertleben«, in: *Das Orchester*, Heft 3/2009, S. 30–33 + 36

Schneider, Wolfgang: »Digitale Philharmoniker. Wenn die Musik im Netz zappelt«, in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, Heft 12/2009, S. 65–67

Schulmeistrat, Stephan: »Mehr Schutz für unsere Orchesterlandschaft«, in: *Musikforum*, Heft 4/2009, S. 32–33

Stephan, Ilja: »Ein ›Erlebnisfestival‹ für die neue Musik. Die 3. Klangwerktage Hamburg«, in: *Neue Zeitschrift für Musik*, Heft 1/2009, S. 66–67

Tröndle, Martin (Hrsg.): *Das Konzert. Neue Aufführungskonzepte für eine klassische Form*, Bielefeld: transcript (Kultur- und Museumsmanagement) 2009, 333 S.

Umbach, Klaus: »Multi-Kulti-Tutti. Drei Jahre lang wird das Mahler Chamber Orchestra in NRW residieren«, in: *K.West*, Heft 6/2009, S. 32–33

Weber, Eckhard: »Chancen für frankophile Pioniere. Der neugegründete ›deutsch-französische Fonds für zeitgenössische Musik‹«, in: *Neue Zeitschrift für Musik*, Heft 3/ 2009, S. 66–67

Weber, Eckhard: »Klangbaden in der Hauptstadt. Das Netzwerk ›ohrenstrand.net‹ vertreibt in Berlin und Brandenburg die Angst vor neuer Musik«, in: *Neue Zeitschrift für Musik*, Heft 5/2009, S. 58–59

Zech, Jürgen: »Was die Finanzkrise mit Prokofiev zu tun hat«, in: *Musikforum*, Heft 2/2009, S. 30–31

5.2.2 Musikpädagogik

Diskussion Musikpädagogik. Wissenschaftliche Vierteljahresschrift für Musikpädagogik, Oldershausen: W. D. Lugert-Verlag (viermal im Jahr)

Musik und Unterricht. Zeitschrift für Musikpädagogik, Handorf: Lugert (viermal jährlich)

Ahlers, Michael: »E-Learning im Unterricht. Eine Kurzeinführung über didaktische Konzepte, technische Voraussetzungen und praktische Anwendungen«, in: *Musik und Unterricht*, Heft 2/2009, S. 54–56

Ahlers, Michael: »Quo vadis, Computer? Digitale Medien im Musikunterricht: Bestandsaufnahme, Analysen und Ausblicke«, in: *Musik und Unterricht*, Heft 1/2009, S. 52–55

Altenmüller, Eckart: »Wie wirkt Kultur im Alter? Neurobiologische Forschungen zum Musizieren im Alter«, in: *Der Bayerische Bürgermeister*, Heft 2/2009, S. 62–65

Bacher, Angelika: *Pädagogische Potenziale der Musik. Historisch-systematische und empirische Positionen*, Frankfurt am Main u. a.: Lang (Aspekte pädagogischer Innovation, 27) 2009, 241 S.

Bossen, Anja: »Die Zweifel sind übermächtig. Stellungnahme der Musiker in ver.di zum Projekt in NRW – Pädagogisches Experiment: Ausgang offen«, in: *Kunst+Kultur*, Heft 3/2009, S. 9

Breitweg, Jörg: »Wettstreit der Konzepte. Die Suche nach dem Musikunterricht der Zukunft zwischen Streicher-, Bläser-, Gesangsklassen und dem ›All-inclusive‹-Unterricht«, in: *Musik und Unterricht*, Heft 2/2009, S. 48–52

Dembrowski, Knut: »Über neue Brücken gehen. Selbständiges Lernen und Komponieren im Klassenverband«, in: *Musik und Bildung*, Heft 1/2009, S. 36–38

Gerhardt, Bert: »Das Projekt im Musikunterricht«, in: *Musik und Unterricht*, Heft 4/2009, S. 56–61

Gerland, Volker: »›Land der tausend Orchester‹. Über die Notwendigkeit einer breiten musikalischen Bildung zur Deckung des steigenden Bedarfs an Musikpädagogen«, in: *infodienst – Das Magazin für kulturelle Bildung*, Heft 94 (2009), S. 18–19

Günther, Franziska/Luyken, Lorenz: »Musikpädagogik – Musikwissenschaft. Hans Bäßler für Musik & Bildung im Gespräch mit Franziska Günther und Lorenz Luyken«, in: *Musik und Bildung*, Heft 2/2009, S. 50–51

Hüttmann, Rebekka: *Wege der Vermittlung von Musik. Ein Konzept auf der Grundlage allgemeiner Gestaltungsprinzipien*, Augsburg: Wißner (Forum Musikpädagogik, 87) 2009, 218 S.

Jakoby, Richard/Ehrenforth, Karl Heinrich: »Zeitreise durch die Musikpädagogik. Hans Bäßler und Ortwin Nimczik für Musik & Bildung im Gespräch mit Richard Jakoby und Karl Heinrich Ehrenforth«, in: *Musik und Bildung*, Heft 4/2009, S. 56–57

Knigge, Jens/Lehmann-Wermser, Andreas: »Kompetenzorientierung im Musikunterricht«, in: *Musik und Unterricht*, Heft 1/2009, S. 56–60

Krautter, Eva: »Mein Kind kann singen?! Vom Kinderchor bis zum professionellen Konzertensemble: An der Chorakademie singen 1 300 Kinder und Jugendliche«, in: *Neue Chorzeit*, Heft März/2009, S. 8–9

Lampson, Elmar: »›Musikpädagogik muss von der Musik ausgehen und nicht umgekehrt‹«, in: *Musikforum*, Heft 1/2009, S. 54–55

Landesmusikrat Nordrhein-Westfalen e. V. (Hrsg.): *Noten für alle? Musikalische Bildung macht Schule. Dokumentation zur Tagung am 16. August 2008*, Düsseldorf: Selbstverlag 2009, 75 S.

Mönig, Marc: »Musik zur Sprache gebracht. Möglichkeiten des Einsatzes der Sprache als methodisches Hilfsmittel im Unterricht«, in: *Musik und Bildung*, Heft 1/2009, S. 41–44

Nimczik, Ortwin: »Die Mischung macht's. Ein Plädoyer für Methodenvielfalt im Musikunterricht«, in: *Musik und Bildung*, Heft 1/2009, S. 8–12

Nimczik, Ortwin: »Musikalische Bildung in der Schule. Die Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 2/2009, S. 30–31

Palmtag, Isabel: »Musik macht Schule«, in: *Virtuos*, Heft 4/2009, S. 40–41

Pegelhoff, Ralf: »Ein (noch) unerkanntes Spannungsfeld? Instrumentalausbildung und deutsche Orchester«, in: *Das Orchester*, Heft 4/2009, S. 25–26

Richter, Christoph: »Begeistern statt informieren. Ein Musikvermittlungskonzept für Erwachsene«, in: *Das Orchester*, Heft 1/2009, S. 31–33

Schläbitz, Norbert (Hrsg.): *Interdisziplinarität als Herausforderung musikpädagogischer Forschung*, Essen: Die Blaue Eule (Musikpädagogische Forschung, 30) 2009, 363 S.

Schumacher, Ralph mit Beiträgen von Beatrix Bischof, Maike Debus, Franziska Degé u. a.: *Pauken mit Trompeten. Lassen sich Lernstrategien, Lernmotivation und soziale Kompetenzen durch Musikunterricht fördern?*, Berlin: Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) – Referat Bildungsforschung (Bildungsforschung, 32) 2009, 188 S.

Spychiger, Maria: »Junge Musikpädagogen auf sozialwissenschaftlichen Pfaden«, in: *Musikforum*, Heft 2/ 2009, S. 56–57

Steiner, Grit/Bojack, Regina: »Stimmförderung auf neuen Wegen«, in: *Musik und Unterricht*, Heft 4/2009, S. 47–50

Terhag, Jürgen: »Zwischen Distanz und Nähe. 50 Jahre Populäre Musik in der Schule«, in: *Musik und Bildung*, Heft 3/2009, S. 10–13

Weghoff, Christine/Rubisch, Andreas: »KlangRaum. Ein Modell für das Komponieren mit Schulklassen«, in: *Musik und Bildung*, Heft 1/2009, S. 79–81

Wilbert, Hermann-Josef: *Musikunterricht im Rückblick. Eine alternative Musikdidaktik*, Frankfurt am Main u. a.: Lang (Erziehungskonzeptionen und Praxis, 74) 2009, 340 S.

5.2.3 Musikschulen und Musikhochschulen

Ahlers, Michael: »Ohne Blick durch die Fachbrille. Michael Ahlers zum Studienfach ›Populäre Musik und Medien‹ an der Uni Paderborn und die neue Generation der Young Creative Professionals«, in: *Musikforum*, Heft 4/2009, S. 56–57

Beer, Alexander: »Berufsziel: Blasorchesterdirigent. Neue Perspektiven für Hochschulabsolventen«, in: *Das Orchester*, Heft 9/2009, S. 24–26

Heinrichs, Werner: »Wo sich etwas bewegt, kann es auch knirschen. Der Bologna-Prozess an deutschen Musikhochschulen«, in: *nmz-Hochschulmagazin* (halbjährliche Beilage zur *neuen musikzeitung*), Heft 2/2009, S. 1–3

Landtag Brandenburg: »Musikschulen. Antwort auf die Kleine Anfrage von Dr. Martina Münch (SPD)«, Potsdam: *Drucksache* 4/7663 (11.6.2009)

Mächtel, Alexandra/Großhauser, Tobias: »Andere Länder, andere Prägung. Kulturelle Unterschiede in der internationalen Musikerausbildung und die Situation an deutschen Musikhochschulen«, in: *Das Orchester*, Heft 3/2009, S. 24–26

Scherz-Schade, Sven: »Musik-Einsatz. Das Musikstudium bei der Bundeswehr«, in: *Das Orchester*, Heft 9/2009, S. 27–28

Scherz-Schade, Sven: »Praxisnäher. Ausbildung von Orchestermusikern in Karlsruhe und Stuttgart«, in: *Das Orchester*, Heft 4/2009, S. 18–19

Sinsch, Sandra: »Erfolgreich? Musikerausbildung in Deutschland«, in: *Das Orchester*, Heft 4/2009, S. 10–12

Stark, Jürgen: »Auszeit für Bedenkenträger: Schule muss neu erfunden werden!«, in: *Musikforum*, Heft 2/2009, S. 58–59

Terhag, Jürgen: »Schwerpunkt: Musikunterricht in der Schule«, in: *Musikforum*, Heft 2/2009, S. 54–55

ver.di – Fachgruppe Musik: »Quo vadis, öffentliche Musikschulen? Diskussionsbeitrag der ver.di-Musiker zur kulturellen Bildung«, in: *nmz. Neue Musikzeitung*, Heft 7-8/2009, S. 34

Wanner, Claudia: »›Wir brauchen die Musikschulen‹«, in: *Musikforum*, Heft 3/2009, S. 52–54

»Zwischen Skepsis, Zuversicht und Pragmatismus. Antworten der Musikhochschulen auf die Bologna-Umfrage der nmz«, in: *nmz-Hochschulmagazin* (halbjährliche Beilage zur *neuen musikzeitung*), Heft 2/2009, S. 4–6 und 13–15

5.3 Bildende Kunst

5.3.1 Allgemein

art. Das Kunstmagazin, Hamburg: Gruner + Jahr (monatlich)

kulturpolitik. Vierteljahreszeitschrift für Kunst und Kultur – Bundesmitteilungsblatt des BBK, Bonn: Kulturwerk des BBK e. V. (viermal im Jahr)

Kunstchronik. Monatsschrift für Kunstwissenschaft, Museumswesen und Denkmalpflege, hrsg. v. Zentralinstitut für Kunstgeschichte in München. Mitteilungsblatt des Verbandes deutscher Kunsthistoriker e. V., Nürnberg: Hans Carl (elfmal im Jahr)

Kunstforum international. Die aktuelle Zeitschrift für alle Bereiche der Bildenden Kunst, Ruppichteroth: Kunstforum (vierteljährlich)

Texte zur Kunst, Berlin: Texte zur Kunst GmbH (vierteljährlich)

Brodauf, Julia: »Digitale Kunst. Kunst schaffen und Kunst sammeln im Computer-Zeitalter«, in: *Junge_Kunst*, Heft 78 (1/2009), S. 19–21

Dingemann, Rüdiger/Lüdde, Renate: *60 Jahre Deutschland. 4. Kunst und Literatur. Von deutschen Identitäten 1949–2009*, München: Bucher 2009, 91 S.

Feige, Daniel Martin/Köppe, Tilmann/Zur Nieden, Gesa: *Funktionen von Kunst. Tagung vom 5. bis 7. Oktober 2007 am Centre Marc Bloch in Berlin*, Frankfurt am Main u. a.: Lang 2009, 226 S.

Fuchs, Max: »Darwin und die Kunst. Hinweise und Einfälle«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 3/2009, S. 43–44

Gerhards, Albert: »Eine geplatzte Liaison? Zu einer Tagung über das Verhältnis von Kirche und Kunst in Bonn«, in: *das münster*, Heft 4/2009, S. 306–308

Glauser, Andrea: *Verordnete Entgrenzung. Kulturpolitik, Artist-in-Residence-Programme und die Praxis der Kunst*, Bielefeld: transcript (Materialitäten) 2009, 304 S.

Hamburgische Bürgerschaft: »Situation der Bildenden Kunst in Hamburg. Große Anfrage von Dr. Christel Oldenburg u. a. (SPD)«, Hamburg: *Drucksache* 19/4058 (8.9.2009)

Hartmann, Uwe: »Der Kunst auf der Spur«, in: *arsprototo*, Heft 1/2009, S. 32–34

Heydenreich, Gunnar: »Inside Installations. EU-Forschungsprojekt zur Installationskunst«, in: *Museum aktuell*, Heft 162 (9/2009), S. 44–46

Huber, Laila: *Kunst der Intervention. Die Rolle Kunstschaffender im gesellschaftlichen Wandel*, Marburg: Tectum 2009, 214 S.

Imhoff, Hans-Christoph: »Yes, we can«, in: *Restauro*, Heft 1/2009, S. 6–9

Imorde, Joseph/Schweizer, Stefan/Bushart, Magdalena u. a.: »Schwerpunktthema: Populäre Kunstgeschichte als Problem«, in: *Kritische Berichte*, Heft 1/2009, S. 3–157

Kohn, Dirk: »Zynisch und oberflächlich – aber auch überaus reizvoll. Wie der Markt die Parameter der Kunst verändert«, in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, Heft 4/2009, S. 68–72

Koldehoff, Stefan: *Die Bilder sind unter uns. Das Geschäft mit der NS-Raubkunst*, Frankfurt am Main: Eichborn 2009, 288 S.

Landtag von Baden-Württemberg: »Weiterentwicklung der Kunstkonzeption des Landes BW. Antwort auf die Große Anfrage BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN«, Stuttgart: *Drucksache* 14/5331 (23.10.2009)

Lüpertz, Markus: »Ein Künstler existiert, um etwas für die Ewigkeit zu schaffen. Olaf Zimmermann im Gespräch mit Markus Lüpertz«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 3/2009, S. 44–45

Maas, Ingo/Wendorf, Alexandra (Hrsg.): *Künstlerförderung, Kunstpreise und Stipendien. Ein Leitfaden für die Förderung Bildender Künstler*, Bad Honnef: GKS-Fachverlag für den Kunstmarkt 2009, 297 S.

Paust, Bettina/Thurn, Hans Peter: *SammelARTen. Aspekte der Aneignung in Kunst und Kultur*, Oberhausen: Athena (Moyländer Diskurse zu Kunst und Wissenschaft, 2) 2009, 128 S.

Pohlmann, Friedrich: »Wie Kunst entsteht. Über den kreativen Einfall «, in: *Merkur*, Heft 721 (2009), S. 497–508

Pörschmann, Dirk/Wetzel, Tanja (Hrsg.): *fragen-zur-kunst.de. Texte, Auszüge, Statements*, München: kopaed 2009, 128 S.

Ratt, Sandro: *Die Dynamik des Stillgestellten. Heideggers Deutung der Kunst, museologisch gelesen*, Tübingen: TVV (Studien und Materialien des Ludwig-Uhland-Instituts der Universität Tübingen, 34) 2009, 132 S.

Schaub, Werner: »Hat Kunst mit Demokratie wenig zu tun?«, in: *kulturpolitik*, Heft 2/2009, S. 7

Schneider, Beat: *Design – Eine Einführung. Entwurf im sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Kontext*, Basel: Birkhäuser 2009, 299 S., 2., korr. Aufl.

Schreiber, Armin: »Wenn es plinkt. Über das Kunsterlebnis im neurobiologischen Zeitalter«, in: *Merkur*, Heft 721 (2009), S. 487–496

Schröder, Carl Friedrich: »Gute Sammler, schlechte Käufer? Über die Krise des Kunstmarkts«, in: *Junge_Kunst*, Heft 78 (1/2009), S. 36–39

Schwarz, Birgit: *Geniewahn: Hitler und die Kunst*, Wien/ Köln Weimar: Böhlau 2009, 400 S.

Thomas, Karin: »Die Rezeption der Kunst aus der DDR in der Bundesrepublik bis 1989«, in: *Deutschland Archiv*, Heft 4/2009, S. 684–695

Valentyn, Robert van den: »Und die Erde dreht sich weiter ... Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Auktionsmarkt«, in: *Junge_Kunst*, Heft 78 (1/2009), S. 40–41

5.3.2 Kunstpädagogik

Kunst + Unterricht. Zeitschrift für Kunstpädagogik, Seelze: Friedrich (zehn Einzelhefte, Jahresheft, Sonderheft)

Baumann, Sabine/Baumann, Leonie (Hrsg.): *Kunstvermittlung zwischen Konformität und Widerständigkeit. Kommunale Strategien im demografischen Wandel aus kultureller Perspektive*, Wolfenbüttel: Bundesakademie für kulturelle Bildung Wolfenbüttel (Wolfenbütteler Akademie-Texte, 39) 2009, 148 S.

Buhl, Marion: »Mit Kunst wachsen. Ein gemeinsames Projekt von Volkshochschule und Künstlerbund Mecklenburg-Vorpommern«, in: *dis.kurs*, Heft 3/ 2009, S. 14–15

Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur (EACEA P9 EURYDICE) (Hrsg.): *Kunst- und Kulturerziehung an den Schulen in Europa*, Brüssel: Europäische Union, Amt für Veröffentlichungen, 102 S.

Legler, Wolfgang: *Kunstpädagogische Zusammenhänge. Schriften zur Fachdidaktik und zur ästhetischen Bildung*, Oberhausen: ATHENA (Pädagogik: Perspektiven und Theorien, 11) 2009, 209 S.

Meyer, Torsten/Sabisch, Andrea: *Kunst, Pädagogik, Forschung. Aktuelle Zugänge und Perspektiven*, Bielefeld: transcript (Theorie Bilden, 17) 2009, 272 S.

Seipel, Spunk: »Du siehst was, was ich nicht sehe. Kunstvermittlung für Blinde«, in: *Junge_Kunst*, Heft 79 (2/ 2009), S. 9–10

Wendorf, Alexandra: »Hinter den Kulissen. Teil II. Kunst: Dialoge für Schüler im Museum Ludwig Köln«, in: *Junge_Kunst*, Heft 78 (1/2009), S. 34–35

Wick, Rainer: *Bauhaus. Kunst und Pädagogik*, Oberhausen: Athena (Artificium, 33) 2009, 536 S.

5.3.3 Kunstschulen, Kunsthochschulen

Kamp, Peter: »Phantasie fürs Leben. Kulturenquete stärkt Jugendkunstschulen«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 3/2009, S. 40–41

Lenk, Andreas: »Kunst- und Musikhochschulen im Reformprozess. Kunstadäquate Gesetzgebung am Beispiel des neuen Kunsthochschulgesetzes NRW«, in: *Die Öffentliche Verwaltung*, Heft 8/2009, S. 320–328

Truniger, Peter/Widmer, Ruedi: »Art Education an der Zürcher Hochschule der Künste. Zwei Studiengänge mit besonderem Profil«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 125 (II/2009), S. 72–73

5.4 Museum und Ausstellungen

5.4.1 Allgemein

Museum Aktuell. Die monatliche Zeitschrift für Museumspraxis und Museologie im deutschsprachigen Raum, München: Dr. Christian Müller-Straten (monatlich)

Museumskunde. Herausgegeben vom Deutschen Museumsbund, Berlin: G + H Verlag (zweimal jährlich)

Apovnik, Dorothea: »Zur kommenden Michelangelo-Ausstellung im Städel«, in: *Museum aktuell*, Heft 155 (2/ 2009), S. 38–42

Bernau, Nikolas: »Warum sind amerikanische Museen so erfolgreich«, in: *Deutsche Bauzeitung*, Heft 10/2009, S. 14–15

Deuter, Ulrich: »Ankunft im Basislager. Ende gut: Das Hagener ›Kunstquartier‹ mit dem neuen Schumacher Museum ist vollendet«, in: *K.West*, Heft 9/2009, S. 22–27

Deutscher Museumsbund e. V. (Hrsg.): *Einkaufsführer für Museen '09*, Berlin: G+H 2009, 64 S.

Deutsches Studentenwerk/Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.): *›Ring frei‹: Katalog zum 19. Bundeswettbewerb des Bundesministeriums für Bildung und Forschung ›Kunststudentinnen und Kunststudenten stellen aus 2009‹*, (Ausstellung in der Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland vom 12. Januar bis 15. März 2009), Berlin: Deutsches Studentenwerk 2009

Fehr, Michael: »There was never a Golden Age. Überlegungen zur Zukunft des Museums«, in: *Museum aktuell*, Heft 162 (9/2009), S. 58–61

Frentz, Hanns-Peter: »Das Bildportal der Kunstmuseen. Ein neuer Service der Bildagentur der Stiftung Preußischer Kulturbesitz«, in: *Rundbrief Fotografie*, Heft 3/ 2009, S. 23–26

Gold, Helmut: »›Leitfaden für das wissenschaftliche Volontariat am Museum‹«, in: *Bulletin. Deutscher Museumsbund*, Heft 3/2009, S. 1–2

Hanslok, Andreas: »Das museale Objekt als Erkenntnisgegenstand verdinglichter Geschichte«, in: *Museum aktuell*, Heft 156 (3/2009), S. 9–11

Hemken, Christina: »Kulturportal Weser-Ems: Mit einem Klick zur Kultur und Landschaft des Nordwestens im Internet«, in: *Mitteilungsblatt Museumsverband Niedersachsen-Bremen*, Heft 70 (2009), S. 87–92

Hesse, Wolfgang: »Das Museum des Museums«, in: *Museumskunde*, Heft 1/2009, S. 49–56

Krull, Wilhelm/Graf, Bernhard (Hrsg.): *Was heißt und zu welchem Ende betreibt man Forschung in Museen?* (Tagungsband Berlin 2007), Berlin: Institut für Museumsforschung (Mitteilungen und Berichte aus dem Institut für Museumsforschung, 48) 2009, 118 S.

Lange, Ulrike: »Was nenne ich ›Kreative Ideen für Museen?‹«, in: *Museum aktuell*, Heft 161 (8/2009), S. 26–27

Lenk, Sabine/Filmforum Freundeskreis des Filmmuseums Düsseldorf e. V. (Hrsg.): *Vom Tanzsaal zum Filmtheater. Eine Kinogeschichte Düsseldorfs*, Düsseldorf: Droste 2009, 364 S.

Lochmann, Hans: »Sammeln mit Verantwortung – wie Museen in Niedersachsen und Bremen ihre Sammlung zukunftsfähig machen«, in: *Mitteilungsblatt Museumsver-*

band Niedersachsen-Bremen, Heft 70 (2009), S. 42–46

Meijer-van Mensch, Léontine: »Vom Besucher zum Benutzer«, in: *Museumskunde*, Heft 2/2009, S. 20–26

Mil, Anita van: »Sind britische Museen in der Rezession erfolgreich?«, in: *Museumskunde*, Heft 2/2009, S. 106–111

Müller, Lothar/Kälin, Thomas: »Analyse von Besucherbewegungen in Museen mittels RFID«, in: *Museum aktuell*, Heft 164 (11/2009), S. 8–10

Müller-Straten, Christian: »Die Deutsche Bank in der internationalen Pflicht. Zerschlagung und Verramschung bedeutender nationaler Bestände darf es nicht geben«, in: *Museum aktuell*, Heft 155 (2/2009), S. 35–37

Noever, Peter: »Museumsarbeit im MAK: Vom Kunstgriff, als Museum aktuell und impulsgebend zu sein«, in: *Museum aktuell*, Heft 159 (6/2009), S. 45–46

Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst (Hrsg.): *Museumskonzeption 2020 – Kulturland Sachsen*, Dresden: Selbstverlag 2009, 167 S.

Sani, Margherita: »Museen und lebenslanges Lernen«, in: *Museumskunde*, Heft 2/2009, S. 27–30

Schlüter, Christian: »Arbeit. Sinn und Sorge. Christian Schlüter im Gespräch mit Daniel Tyradellis über das Ausstellungskonzept, wie anthropologische Fragen nach Sinn und Sorge die gesellschaftspolitische Dimension der Arbeit in Zukunft aufschließen«, in: *das magazin*, Heft Frühjahr/2009, S. 12–13

Snell, Gesa: »Museumszug als Chance – Einmal allen Staub abschütteln!«, in: *Mitteilungsblatt Museumsverband Niedersachsen-Bremen*, Heft 70 (2009), S. 120–125

Staatliche Museen zu Berlin/Preußischer Kulturbesitz/Institut für Museumskunde (Hrsg.): *Statistische Gesamterhebung an den Museen der Bundesrepublik Deutschland für das Jahr 2008*, Berlin: Institut für Museumskunde (Materialien aus dem Institut für Museumsforschung, 63) 2009, 103 S.

Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.): *Tätigkeitsbericht 2007–2008*, Bonn: Selbstverlag 2009, 188 S.

Verbeet, Stephanie: »Staatsgarantien für Kunstausstellungen – eine europäische Aufgabe?«, in: *Bulletin. Deutscher Museumsbund*, Heft 1/2009, S. 1–2

Vorderwülbecke, Paulus: »Kulturgüter effektiv schützen: Die neuen Sicherungsrichtlinien für Museen und Ausstellungshäuser (VdS 3511)«, in: *Museum aktuell*, Heft 155 (2/2009), S. 14–17

Wilink, Andreas: »Hinauf ins Unterirdische. Das neue Ruhr Museum auf Zollverein in Essen«, in: *K.West*, Heft 12/2009, S. 9–12

5.4.2 Museumspädagogik, Kindermuseen

Standbein Spielbein. Museumspädagogik aktuell, Bonn: Arbeitskreis Museumspädagogik e. V. (vierteljährig)

Albrecht, Gerd: »Bildung hat Priorität – für alle. Die Hamburger Jugendmusikstiftung und die Klingenden Museen«, in: *Museumskunde*, Heft 2/2009, S. 95–98

Andrian, Bettina von: »Von der virtuellen Rekonstruktion zum haptischen Modell. Neue Möglichkeiten computergestützter Vermittlung im Museum«, in: *Mitteilungen*, Heft 37 (2009), S. 36–38

Bergner, Felicitas: »Die ›wahren Führungskräfte‹ – museumspädagogische Fortbildungen im Winser Heimatverein«, in: *Mitteilungsblatt Museumsverband Niedersachsen-Bremen*, Heft 70 (2009), S. 61–64

Breithaupt, Julia: »Vernetzungen oder der Aufbruch zu neuen Kontinenten«, in: *Standbein Spielbein*, Heft 83 (2009), S. 35–38

Brüninghaus-Knubel, C./Tautorat, I./Kraft, H. u. a.: »Museum für Kinder. Die frühen Kindermuseen in den 70er und 80er Jahren«, in: *Standbein Spielbein*, Heft 84 (2009), S. 29–31

Dittscheidt-Bartolosch, Renate: »R interviewt RDB. Zur Entstehung des Bundesverbandes Museumspädagogik«, in: *Standbein Spielbein*, Heft 83 (2009), S. 41–44

Döpcke, Indre: »Kopf, Herz und Hand – Museumsclubs für Kinder und Jugendliche. Museumspädagogik und experimentelle Vermittlungsarbeit mit Langzeitwirkung«, in: *Mitteilungsblatt Museumsverband Niedersachsen-Bremen*, Heft 70 (2009), S. 65–70

Dücker, Elisabeth von: »›Wenn die Dinge, wegen derer wir uns schämen, in einem Museum ausgestellt sind ...‹«, in: *Standbein Spielbein*, Heft 84 (2009), S. 16–19

Fast, Kirsten: »Das Fremde im Museum. Eine Museumsleiterin erinnert sich an ihre Anfänge als Museumspädagogin«, in: *Standbein Spielbein*, Heft 83 (2009), S. 24–25

Freydank, Wolfgang: »Museumspädagogen kommen und gehen – die Erd- und Naturgeschichte bleibt. Museumspädagogik im naturhistorischen Museum«, in: *Standbein Spielbein*, Heft 84 (2009), S. 10–12

Gercke, Irmgard: »Solo für Irmgard. Lehrjahre einer Museumspädagogin als Einzelkämpferin 1978–1984«, in: *Standbein Spielbein*, Heft 83 (2009), S. 18–21

Hilgers, Werner: »Lust und Frust des Anfangs«, in: *Standbein Spielbein*, Heft 83 (2009), S. 4–9

Kohle, Hubertus: »Social tagging von Kunstwerken oder: Wie bringe ich junge Leute dazu, ins Museum zu gehen?«, in: *Museum aktuell*, Heft 161 (8/2009), S. 14–15

Liebelt, Udo: »Wie der Hund läuft. Bildung und Kommunikation am Kunstmuseum im Kontext des internationalen Austausches«, in: *Standbein Spielbein*, Heft 84 (2009), S. 20–22

Merle, Ulla: »Hessische Museumspädagogen in Kölner Themenmuseen«, in: *Mitteilungen*, Heft 36 (2009), S. 32–33

Noschka-Roos, Annette/Hagedorn-Saupe, Monika: »Klar Schiff! Museumspädagogik im Aufwind!«, in: *Standbein Spielbein*, Heft 83 (2009), S. 10–13

Ommen, Eilert: »Auf das ›Wie‹ kommt es an ... Gedanken zur Verortung der Museumspädagogik«, in: *Mitteilungsblatt Museumsverband Niedersachsen-Bremen*, Heft 70 (2009), S. 56–60

Schmid, Ulrich: »Warum man Museumspädagogen bei Ausstellungskonzeptionen braucht. Bericht über Chancen und Möglichkeiten aus der Praxis«, in: *Standbein Spielbein*, Heft 85 (2009), S. 8–10

Schnee, Ines: »Forschungsgegenstand: Museumspädagogik in der DDR«, in: *Standbein Spielbein*, Heft 84 (2009), S. 4–5

Schulze, Nina: »Die museumspädagogische Arbeit im Museum Schloss Moyland«, in: *Städte- und Gemeinderat*, Heft 9/2009, S. 18–19

Spieler, Marko: »Museumspädagogik im Aufbruch. Moderne Vermittlungsaufgaben der Museumspädagogik«, in: *Standbein Spielbein*, Heft 85 (2009), S. 4–7

Ströter-Bender, Jutta: *Museumskoffer, Material- und Ideenkisten. Projekte zum Sammeln, Erkunden, Ausstellen und Gestalten für den Kunstunterricht der Primarstufe, der Sekundarstufe I und die Museumspädagogik*, Marburg: Tectum (KONTEXT, Kunst – Vermittlung – Kulturelle Bildung, 2) 2009, 112 S.

Windau, Gerda: »Wandel der Museumspädagogik seit den 1960er Jahren im LWL-Museum für Naturkunde in Münster«, in: *Standbein Spielbein*, Heft 84 (2009), S. 13–15

Xylander, Willi E. R.: »Chefsache Bildung – nicht nur für Besucher«, in: *Museumskunde*, Heft 2/2009, S. 93–94

Zacharias, Wolfgang: »Von der Aktion zur Struktur. Oder: Aus Spiel wird Ernst«, in: *Standbein Spielbein*, Heft 84 (2009), S. 23–28

5.5 Kunst im öffentlichen Raum, Straßenkunst

Baresic-Nikic, Ivan: *›Kunst im öffentlichen Raum‹ – Politik in der Hansestadt Hamburg. Entstehung und Entwicklung des ›Kunst im öffentlichen Raum‹-Programms im Spannungsfeld von künstlerischer Freiheit und politischer Inanspruchnahme*, Hamburg: ConferencePoint 2009, 295 S.

Berlin-Marzahn-Hellersdorf, Bezirksamt (Hrsg.): *Kunst in der Großsiedlung. Kunstwerke im öffentlichen Raum in Marzahn und Hellersdorf. Eine Dokumentation*, Berlin: Selbstverlag 2009 (2., überarb. Aufl.) 309 S.

Berlin-Neukölln, Kulturamt/Hauptstadtkulturfonds, Berlin/GEHAG GmbH, Berlin: *Space-thinks. Temporäre künstlerische Interventionen in Berlin-Neukölln, April-November 2008*, Berlin: argobooks 2009, 78 S.

Edlinger, Thomas/Franzen, Brigitte/Lungstraß, Anja: *Wem gehört die Stadt? Wien – Kunst im öffentlichen Raum seit 1968*, Nürnberg: Verlag für moderne Kunst 2009, 271 S.

Gleiss, Fritz: »Internationales Straßenkunst-Festival vor IKEA«, in: *stadtkultur magazin*, Heft 11/2009, S. 16–17

Hinrichs, Hanna, Univ. Stuttgart, Fakultät Architektur und Stadtplanung, Städtebau-Institut (Hrsg.): *Der Blick von Stadtplanern auf Kunstwerke in der Stadt*, Stuttgart: Städtebau Institut der Universität Stuttgart 2009, 252 S.

Kleist, Andrea: »Kunst im Alltag in Melbourne/Australien«, in: *kunststadt – stadtkunst*, Heft 56 (2009), S. 28–30

Klitzke, Katrin/Schmidt, Christian (Hrsg.): *Street Art. Legenden zur Straße*, Berlin: Archiv der Jugendkulturen 2009, 226 S.

Knobloch, Andrea/Riechert, Silke: »Der Salon des Belles Utopistes und andere Stadträume«, in: *kunststadt – stadtkunst*, Heft 56 (2009), S. 8–9

Lanzl, Christina: »Best Practices. Kunst im öffentlichen Raum in den USA«, in: *kunststadt – stadtkunst*, Heft 56 (2009), S. 26–28

Ritschel, Thomas: »Künstlerische Intervention im öffentlichen Raum«, in: *Außerschulische Bildung – Materialien zur politischen Jugend- und Erwachsenenbildung* (Heft 3), 2009, S. 252–256

Sächsischer Künstlerbund – Landesverband Bildende Kunst e. V. (Hrsg.): *Kunst und Bauen. Handbuch zur Realisierung von künstlerischen Projekten im öffentlichen Raum*, Dresden: Verl.-Ges. 2009, 123 S.

Schmidt, Nora: *Das Trottoir als Galerie. Ein Beitrag zur soziologischen Theorie der Street Art*, Hamburg: Kovac 2009, 146 S.

Schönfeld, Martin: »Das Grundprinzip der Chancengleichheit: Offene Wettbewerbe«, in: *kunststadt – stadtkunst*, Heft 56 (2009), S. 3–4

Seitz, Hanne: »This Baby Doll Will Be a Junkie – in Amsterdam, in Wien und anderswo. Ulrike Möntmanns European Outcast Projekt«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 127 (IV/2009), S. 78–79

Siegmund, Judith: »Von sozialen Prozessen, materialisierten Darstellungen und Verräumlichungen«, in: *kunststadt – stadtkunst*, Heft 56 (2009), S. 9–10

Zankl, Goor: »Stadtraum und Inszenierung«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 126 (III/2009), S. 70–71

5.6 Kulturelles Erbe

5.6.1 Denkmäler, Denkmalschutz

Die Denkmalpflege, München: Deutscher Kunstverlag (zweimal jährlich)

monumente. Magazin für Denkmalkultur in Deutschland, Bonn: Deutsche Stiftung Denkmalschutz (sechsmal jährlich)

»Fortbildung zum Architekten in der Denkmalpflege«, in: *Denkmalpflege & Kulturgeschichte*, Heft 4/2009, S. 46–47

Allendorf, Jörg: *Die Entwicklung der kommunalen Denkmalpflege und die Sonderstellung der Stadt Köln*, Osnabrück: Koentopp 2009, 159 S.

Apelt, Andreas H.: *Der Weg zum Denkmal für Freiheit und Einheit*, Schwalbach am Taunus: Wochenschau 2009, 190 S.

Arbeitskreis Theorie und Lehre der Denkmalpflege e. V. (Hrsg.): *Grenzverschiebungen, Kulturraum, Kulturlandschaft. Kulturerbe in Regionen mit wechselnden Herrschaftsansprüchen. Jahrestagung in Straßburg, 2.–4. Oktober 2008*, Holzminden: Mitzkat 2009, 143 S.

ARGE der nordrhein-westfälischen Stadtarchive/AG ›Denkmalschutz‹ des Städtetages NRW: »Archive – Stadtgeschichte – Denkmalpflege. Positionspapier«, in: *Denkmalpflege im Rheinland*, Heft 1/2009, S. 41–42

Benzler, Susanne (Hrsg.): *Erziehung nach Auschwitz heute. Deutsche Geschichte und multikulturelle Gesellschaft*, Rehburg Loccum: Akademie Loccum (Loccumer Protokoll, 20/08) 2009, 164 S.

Berlin, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung (Hrsg.): *Historische Stadt in neuer Qualität. Schwerpunkte des Förderprogramms Städtebaulicher Denkmalschutz in Berlin*, Berlin 2009, 72 S.

Boje, Thies/Winkler, Werner: »›Der letzte Wille‹. Das Parkpflegewerk als Testament des Gartendenkmals«, in: *Stadt + Grün*, Heft 5/2009, S. 49–52

Brichetti, Katharina: *Die Paradoxie des postmodernen Historismus. Stadtumbau und Denkmalpflege vom 19.–21. Jahrhundert: Berlin und Beirut*, Berlin: Schiler 2009, 343 S.

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung/Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): *Bilanz und Perspektiven. Städtebaulicher Denkmalschutz*,

Berlin: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Informationsdienste Städtebaulicher Denkmalschutz, 34) 2009, 138 S.

Burggraaff, Peter/Recker, Udo/Büttner, Thomas: »Kulturlandschaft lesen – auf Spurensuche im Rheingau-Taunus-Kreis. Aus der Arbeit am digitalen Kulturlandschaftsinformationssystem für das Kreisgebiet«, in: *Denkmalpflege & Kulturgeschichte*, Heft 2/2009, S. 30–33

Butenschön, Sylvia: »Deutung und Bedeutung historischer Parks. Wie wird ein Park zum Gartendenkmal?«, in: *Stadt + Grün*, Heft 3/2009, S. 22–26

Caldoro, Stefano: *Nationaler Kulturgüterschutz und Freizügigkeit der Unionsbürger*, Berlin: De Gruyter (Schriften zum Kulturgüterschutz) 2009, 265 S.

Davydov, Dimitrij: »Denkmalwert auf dem Prüfstand? Aktuelle Rechtsprechung zum Denkmalrecht aus der Sicht der Inventarisation«, in: *Denkmalpflege im Rheinland*, Heft 4/2009, S. 170–176

Davydov, Dimitrij: *Denkmalschutzgesetz Nordrhein-Westfalen*, Wiesbaden: Kommunal- und Schulverlag 2009, 402 S.

»Denkmalschutz« (Schwerpunktthema), in: *Die Gemeinde BWGZ*, Heft 2/2009, S. 68–101

Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung, Institut für Städtebau und Wohnungswesen (Hrsg.): *Stadtumbau und Denkmalschutz*, München (ISW-Veröffentlichungen, 11/09) 2009, 51 S.

Deutscher Bundestag: »Finanzierung des Vorhabens Berliner Schloss – Humboldtforum. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN«, Berlin: *Drucksache* 16/13564 (25.6. 2009)

Deutscher Bundestag: »Realisierungswettbewerb für das Berliner Schloss – Humboldt-Forum. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN«, Berlin: *Drucksache* 16/13862 (31.7.2009)

Deutscher Bundestag: »UNESCO-Übereinkommen zur Bewahrung des immateriellen Kulturerbes vom 17. Oktober 2003. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der FDP«, Berlin: *Drucksache* 16/13343 (11.6.2009)

Deutsches Nationalkomitee für Denkmalschutz, Bonn (Hrsg.): *Internationaler Denkmal-, Kulturgüter- und Welterbeschutz*, Bonn (Schriftenreihe des deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz, 74) 2009, 229 S.

Deutsches Nationalkomitee für Denkmalschutz, Bonn (Hrsg.): *Mauer und Grenze – Denkmal und Gedenken. Dokumentation der Tagung des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz vom 10.–12. Mai 2009 in Berlin*, Bonn (Schriftenreihe des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz, 76/2) 2009, 179 S.

Eberl, Wolfgang: »Das Denkmalschutzgesetz«, in: *Bayerische Verwaltungsblätter*, Heft 14/2009, S. 426–427

Echter, Claus-Peter: »Der Geist des Ortes und das Weltkulturerbe«, in: *der städtetag*, Heft 2/2009, S. 31–34

Elbert, Wolfdietrich: »Denkmalpflege in Europa lernen. Das Europäische Zentrum für die Berufe in der Denkmalpflege«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 127 (IV/ 2009), S. 76–77

Endlich, Stefanie: »Widerstand und Denkmalskunst«, in: *kunststadt – stadtkunst*, Heft 56 (2009), S. 16–17

Entwicklungsgesellschaft Zollverein mbH Hrsg.): *Welterbe Zollverein. Neuanfang. Wachstum. Perspektiven, Von der leistungsfähigsten Zeche Europas zum Zentrum für Kreativwirtschaft – eine Dokumentation der Entwicklungsgesellschaft Zollverein*, Essen: Selbstverlag 2009, 165 S.

Europäisches Haus der Stadtkultur e. V. (Hrsg.): *Vom Nutzen des Umnutzens. Umnutzung von denkmalgeschützten Gebäuden*, Neuss: GWN (StadtBauKultur NRW) 2009, 208 S.

Europäisches Haus der Stadtkultur e. V./LVR-Amt für Denkmalpflege im Rheinland/LWL-Amt für Denkmalpflege in Westfalen: *Vom Nutzen des Umnutzens. Umnutzung von denkmalgeschützten Gebäuden*, Gelsenkirchen: Europäisches Haus der Stadtkultur e. V. 2009, 208 S.

Fendt, Martina: »Gartenkultur – ein weites Forschungsfeld. Konferenz ›Kunst – Garten – Kultur‹ an der Universität der Künste Berlin«, in: *Stadt + Grün*, Heft 10/ 2009, S. 13–16

Frank, Sybille: *Der Mauer um die Wette gedenken. Die Formation einer Heritage-Industrie am Berliner Checkpoint-Charlie*, Frankfurt am Main: Campus 2009, 367 S.

Frühauf, Markus (Hrsg.): *Einzigartiges Weltkulturerbe Deutschland – Österreich – Schweiz*, Gütersloh: Wissensmedia 2009, 240 S.

Gärtner, Susanne: »Von der Annäherung an einen Raum zwischen Mythos und Tabu. Bericht über eine Bildungsreise nach Niederschlesien«, in: *Außerschulische Bildung – Materialien zur politischen Jugend- und Erwachsenenbildung*, Heft 3/2009, S. 267–273

Göldner, Holger/Wenzel, Carsten: »Das neue Informationssystem am Odenwaldlimes«, in: *Denkmalpflege & Kulturgeschichte*, Heft 3/2009, S. 27–32

Gröhnke, Eveline: »Staatsministerin Kühne-Hörmann eröffnet Jahrestagung der hessenArchäologie«, in: *Denkmalpflege & Kulturgeschichte*, Heft 4/2009, S. 37–38

Grönke, Eveline: »Außerschulische Lernorte in der Hessischen Landesarchäologie«, in: *Denkmalpflege & Kulturgeschichte*, Heft 3/2009, S. 33–38

Günther, Ralf J.: »Wir sind Preußen«, in: Die *NRW-Stiftung*, Heft 2/2009, S. 20–21

Haase, Jürgen: »Kulturelles Erbe der DDR muss lebendig bleiben«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 2/2009, S. 4–5

Haist, Marketa: »Altes bewahren und Neues gestalten. Der schwierige Umgang mit historischen Gärten«, in: *Stadt + Grün*, Heft 8/2009, S. 16–20

Härig, Beatrice: »Wege durch das Land«, in: *Monumente*, Heft 4/2009, S. 9–14

Hönes, Ernst-Rainer: »Der Schutz von Denkmälern und Kulturgütern bei Katastrophen «, in: *Nordrhein-Westfälische Verwaltungsblätter*, Heft 7/2009, S. 245–250

Horn, Heinz Günther: »Die Römerthermen Zülpich – Museum der Badekultur. Ein neuer Stern am rheinischen Museumshimmel«, in: *Rheinische Heimatpflege*, Heft 3/ 2009, S. 175–188

Jessewitsch, Rolf: »Entdeckte Moderne. Die ›Bürgerstiftung für verfemte Künste mit der Sammlung Gerhard Schneider‹,Solingen«, in: Rheinische Heimatpflege, Heft 3, 2009, S. 161–174

Kretzschmar, Denis: »Die Idee des ›Nationalguts‹ im Kontext des Historismus. Zur Entwicklung einer staatlich institutionalisierten Denkmalpflege im Rheinland«, in: *Denkmalpflege im Rheinland*, Heft 1/2009, S. 15–22

Landschaftsverband Rheinland/Landschaftsverband Westfalen-Lippe (Hrsg.): *Lebendiges Erbe. Kulturlandschaften in Nordrhein-Westfalen*, Regensburg: Schnell + Steiner 2009, 224 S.

Leisen, Hans: »Deutsche Fachhochschulen und Akademien. Das Cologne Institute for Conservation Science (CICS) der FH Köln«, in: *Museum aktuell*, Heft 162 (9/2009), S. 51–54

Mainzer, Udo (Hrsg.): *Jahrbuch der rheinischen Denkmalpflege 40/41*, Worms: Wernersche 2009, 614 S.

Mainzer, Udo: »50 Jahre Bonner Beethovenhalle. Ein Baudenkmal von nationalem Rang«, in: *Rheinische Heimatpflege*, Heft 3/2009, S. 203–210

Martin, Dieter: »Ein neues Denkmalschutzgesetz für Rheinland-Pfalz«, in: *Verwaltungsrundschau*, Heft 3/2009, S. 88–92

Matzke-Hajek, Günter: »Die Rheinische Welt-Ausstellung«, in: *Die NRW-Stiftung*, Heft 3/2009, S. 7–12

Meier, Johannes (Hrsg.): *Klöster und Landschaft. Das kulturräumliche Erbe der Orden*, Münster: Aschendorff (Schriftenreihe des Westfalen Heimatbundes) 2009, 144 S.

Meyer, Nils: *Leerräume. Der Umgang mit Denkmalen als Sinnstiftungsprozess am Beispiel der Schlösser und Herrensitze in Brandenburg*, Berlin: Jovis (Stadtentwicklung und Denkmalpflege, 14) 2009, 271 S.

Nathan, Carola: »Botschafter für den Denkmalschutz. Die Jugendbauhütten feiern ihren zehnten Geburtstag«, in: *Monumente*, Heft 5-6/2009, S. 58–60

Nathan, Carola: »Über den Umgang mit jungen Denkmalen. Meilensteine der Demokratie«, in: *Monumente*, Heft 7-8/2009, S. 54–57

Pölzl, Alfred: *Modernes Management historischer Bauten. Der Umgang mit widersprüchlichen Anforderungen seitens des Denkmal- und des Brandschutzes*, Aachen: Shaker (Berichte zum Generic-Management, 2009,2) 2009, 193 S.

Preuschen, Henriette von: »Ungeliebtes Erbe? Zum Umgang mit kriegszerstörten Kirchen in der DDR am Beispiel der Bezirkshauptstadt Magdeburg«, in: *Deutschland-Archiv*, Heft 2/2009, S. 285–293

Raabe, Stephan: »Im Antlitz der Geschichte. Tiefere Ursachen und Lösungsansätze des Streits um Erika Steinbach«, in: *die politische Meinung*, Heft 4/2009, S. 55–61

Renner, Franz: »Das Naturschutzzentrum Bad Wurzach: ein Vorreiter«, in: *Museum aktuell*, Heft 154 (1/2009), S. 28–30

Rheinischer Verein für Denkmalpflege und Landschaftsschutz (Hrsg.): *Denkmal des Monats 1997–2006. Eine Aktion des Ortsverbandes Köln im Rheinischen Verein*, Köln: Selbstverlag 2009, 142 S.

Rheinischer Verein für Denkmalpflege und Landschaftsschutz/Landschaftsverband Rheinland/UVP-Gesellschaft (Hrsg.): *Kulturgüter in der Planung. Handreichung zur Berücksichtigung des kulturellen Erbes bei Umweltprüfungen*, Köln: Rheinischer Verein für Denkmalpflege und Landschaftsschutz 2009, 48 S.

Rheinischer Verein für Denkmalpflege und Landschaftsschutz: »Auf Schirmers Spuren im Rheinland« (Themenheft), in: *Kunststättenheft 511*, 2009, 59 S.

Richter, Julia: »Das Dresdner Elbtal nach dem Verlust des Welterbetitels«, in: *Monumente*, Heft 7-8/2009, S. 72–73

Ringbeck, Birgitta: *Managementpläne für Welterbestätten. Ein Leitfaden für die Praxis*, Bonn: Deutsche UNESCO-Kommission 2009 (2. Aufl.) , 116 S., mit CD

Schädler-Saub (Hrsg.): *Weltkulturerbe Deutschland. Präventive Konservierung und Erhaltungsperspektiven*, Regensburg: Schnell & Steiner GmbH (ICOMOS – Hefte des Deutschen Nationalkomitees) 2009, 188 S.

Schaible, Volker: »Auseinandersetzung mit dem Original. Zur Situation der Restauratoren in Deutschland«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 6/2009, S. 35–36

Scharr, Kurt: »Czernowitz im Wandel. Kulturlandschaft und öffentlicher Raum 1775–2007«, in: *Osteuropa*, Heft 5/2009, S. 87–100

Schneider-Kempf, Barbara (Hrsg.): *Zukunft bewahren. Eine Denkschrift der Allianz zur Erhaltung des schriftlichen Kulturguts*, Berlin: Staatsbibliothek zu Berlin, Preußischer Kulturbesitz 2009, 16 S.

Schock-Werner, Barbara: »49. Dombaubericht. Von Oktober 2007 bis 2008«, in: Schock-Werner, Barbara/Hardering, Klaus (Hrsg.): *Kölner Domblatt, Jahrbuch des Zentral-Dombau-Vereins*, Köln: Kölner Dom 2009, S. 257–330

Seidel, Adeline/Holl, Christian: »Metropole Ruhr: Dies ist eine Landschaft!«, in: *STADT und RAUM*, Heft 5/2009, S. 228–231

Staatz, Peter/Zanger, Octavia: »Ehrenamtliche Renovierung von Baudenkmälern – negative und positive Erfahrungen«, in: *Denkmalpflege im Rheinland*, Heft 1/2009, S. 37–39

»Stein und Wein. 1. Erhaltung und Entwicklung historischer Terrassenweinberge. 2. Trockenmauern und Treppen in historischen Weinbergen«, in: *Stadt + Grün*, Heft 9/2009, S. 22–33

Stinn, Cornelia: »Die Stadt unter der Stadt. Kölns ›Archäologische Zone‹ und die Aufbereitung des römisch-mittelalterlichen Hintergrunds«, in: *Museum aktuell*, Heft 162 (9/2009), S. 15–17

Stoll, Gerald: »Köngen: Schloss, Vogtei, Zehntscheuer bilden als Denkmale den kulturellen Mittelpunkt«, in: *Die Gemeinde*, Heft 2/2009, S. 86–88

Struck, Martin: »›Kirche leer – was dann?‹. Tagung der Deutschen Stiftung Denkmalschutz vom 2.–4. April 2009 in Mühlhausen (Thüringen)«, in: *das münster*, Heft 2/2009, S. 162–163

Surmann, Rolf: »Lizenz zum Lügen. Zur Abwehr der Forderungen von NS-Opfern ist kein Argument zu mies«, in: *konkret*, Heft 5/2009, S. 15

Templin, Wolfgang: »›Erinnern und Vergessen‹. Vom Umgang mit dem Erbe der DDR«, in: *Deutschland Archiv*, Heft 3/2009, S. 497–503

Verhoeven, Jennifer: »Etappen zum Welterbe. Bericht über die ICOMOS-Tagung ›Hortus ex machina‹«, in: *Denkmalpflege & Kulturgeschichte*, Heft 2/2009, S. 45–46

Vonend, Dietmar: »Europaweit 20 Millionen Besucher. Zum Tag des offenen Denkmals 2009«, in: *Berichte zur Denkmalpflege in Niedersachsen*, Heft 4/2009, S. 159–160

Würfel, Maria: »Denkmäler im Geschichtsunterricht. Denkmal – Denkmäler – Denkmale: Ein Wortspiel?«, in: *geschichte für heute – zeitschrift für historische bildung*, Heft 1/2009, S. 5–19

Zittlau, Reiner: »Rückblick auf das Jahr 2008 in der niedersächsischen Bau- und Kunstdenkmalpflege«, in: *Be-*

richte zur Denkmalpflege in Niedersachsen, Heft 2/2009, S. 46–62

Zwanzig, Günter W.: »Altstadtsanierung und Denkmalpflege in Weißenburg 1972-1984«, in: *Die alte Stadt*, Heft 1/2009, S. 88–105

5.6.2 Erinnerungskultur, Mahn- und Denkmale

»Zukunft im Horizont der Vergangenheit zum Thema machen. Zum 5. Kulturpolitischen Bundeskongress ›kultur.macht.geschichte – geschichte.macht.kultur‹« (Interview mit Oliver Scheytt), in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 124 (I/2009), S. 34–35

Bornhorst, Sarah/Sälter, Gerhard: »Die Mauer als Zeugnis bewahren und interpretieren. Eine Tagung zur Denkmalpflege in Berlin«, in: *Deutschland Archiv*, Heft 4/2009, S. 684–695

Borries, Bodo von: »›Katastrophenmeldungen‹ und ›Alltagsernüchterungen‹? Empirische Studien und pragmatische Überlegungen zur Verarbeitung der DDR-(BRD-)Geschichte«, in: *Deutschland Archiv*, Heft 4/2009, S. 665–677

Braun, Michael: »Geschichte im Gedächtnis. Literatur als Erinnerungskultur«, in: *die politische Meinung*, Heft 11/2009, S. 10–16

Bromberger, Kathi/Pampel, Bert/Rosendahl, Matthias: »›Jetzt haben wir auch mal die schlechten Seiten der DDR gesehen.‹. Eine empirische Studie zu Schulklassenbesuchen in der Gedenkstätte Bautzen«, in: *Deutschland Archiv*, Heft 5/2009, S. 863–873

Demantowsky, Marko: »Das geplante neue Berliner Nationaldenkmal für ›Freiheit und Einheit‹. Ansprüche, Geschichte und ein gut gemeinter Vorschlag«, in: *Deutschland Archiv*, Heft 5/2009, S. 879–887

Deutsches Nationalkomitee für Denkmalschutz (Hrsg.): *Die Berliner Mauer. Vom Sperrwall zum Denkmal*, Bonn (Schriftenreihe des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz, 76/1) 2009, 197 S.

Flierl, Thomas/Müller, Elfriede (Hrsg.): *Vom kritischen Gebrauch der Erinnerung*, Berlin: Dietz 2009, 175 S.

Fürstenberg, Ute: »Lust auf Geschichte. Der 5. Kulturpolitische Bundeskongress ›kultur.macht.geschichte: Kulturpolitik und kulturelles Gedächtnis‹ setzte einen Akzent im deutschen Jubeljahr«, in: *Soziokultur | Prinzipien – Praxis – Perspektiven*, Heft 3/2009, S. 18–19

Gundermann, Christine: »Zwischen ›friedlicher Invasion‹ und ›grenzoverschrijdene herdenking‹. Erinnerungskulturen an den Zweiten Weltkrieg in der deutsch-niederländischen Grenzregion der EUREGIO«, in: *Geschichte im Westen*, 2009, S. 7–40

Gursky, André: »Erinnerungskultur konkret. Ein Erfahrungsbericht«, in: *Deutschland Archiv*, Heft 1/2009, S. 5–10

Hammerstein, Katrin/Mählert, Ulrich/Trappe, Julie/Wolfrum, Edgar: *Aufarbeitung der Diktatur – Diktat der Aufarbeitung. Normierungsprozesse beim Umgang mit diktatorischer Vergangenheit*, Göttingen: Wallstein (Diktaturen und ihre Überwindung im 20. und 21. Jahrhundert , 2) 2009, 323 S.

Hein, Dörte: *Erinnerungskulturen online. Angebote, Kommunikatoren und Nutzer von Websites zu Nationalsozialismus und Holocaust*, Konstanz: UVK 2009, 294 S.

Henkel, Ann-Kathrin: »Bücher zum Trauern und zum Leben – Druckerei und Bibliothek im Displaced-Persons-Camp Bergen-Belsen (1945–1950)«, in: *Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie*, Heft 1/2009, S. 20–29

Henrich, Rolf u. a.: »Schwerpunktthema: 20 Jahre nach der Wende – was bleibt von der DDR?«, in: *Universitas*, Heft 759 (2009), S. 884–952

Hesse, Hans/Purpus, Elke: »Gedenken und Erinnern an die NS-Zeit – Bausteine einer Gedenktopografie des 20. Jahrhunderts. Ein Landkreis und eine Großstadt im Vergleich«, in: *Geschichte im Westen*, 2009, S. 41–72

Initiative ›Tag der Friedlichen Revolution – Leipzig 9. Oktober 1989‹: »›Die historische Erinnerung ist ein Mandat für Handeln in Gegenwart und Zukunft‹. Leipziger Thesen«, 4. September 2009, in: *Deutschland Archiv*, Heft 5/2009, S. 801–803

Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.): *Jahrbuch für Kulturpolitik 2009. Thema: Erinnerungskultur und Geschichtspolitik*, Bonn/Essen: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V./Klartext 2009, 512 S.

Jacke, Christoph/Zierold, Martin: »Produktive Konfrontationen. Warum der Erinnerungsdiskurs von dem Austausch mit der Popkulturforschung profitiert – und umgekehrt«, in: *medien & zeit*, Heft 4/2009, S. 4–13

Jacke, Christoph: »Pop und Erinnerung. Ein Fundament für Förderung von, Forderungen an und Aufforderungen durch Popkultur«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 126 (III/2009), S. 54–55

Kappel, Kai/Janson, Felicitas: »Moderne Kirchenbauten als Erinnerungsräume und Gedächtnisorte. Tagung im Erbacher Hof/Akademie des Bistums Mainz, 15.–16. Mai 2009«, in: *das münster*, Heft 2/2009, S. 163–164

Kellerhoff, Sven Felix: »›Alles Burra, oder was?‹. Das falsche Gedenken der Stiftung Berliner Mauer«, Eine Polemik, in: *Deutschland Archiv*, Heft 4/2009, S. 589–593

Klausmeier, Axel: »Ein Memorialort neuer Prägung. Die Erweiterung der ›Gedenkstätte Berliner Mauer‹ an der Bernauer Straße«, in: *Deutschland Archiv*, Heft 5/2009, S. 892–900

Knigge, Volkhard: »Erinnerungskultur. Zum geschichtlichen Gedenken in Deutschland«, in: Vogt, Matthias u. a. (Hrsg.): *Peripherie in der Mitte Europas*, Frankfurt am Main u. a.: Peter Lang (Schriften des Collegiums PONTES, 2) 2009, S. 207–224

Köhler, Thomas: »Tabuisierung der Erinnerung. Der Novemberpogrom 1938 als Blinder Fleck in der Erinnerungskultur der Feuerwehr«, in: *Geschichte im Westen*, 2009, S. 73–98

Koller, Jürgen: »… und der Beton, gegossen für die sozialistische Ewigkeit, zerbröselt. Randnotizen zu einem ›Ehrenhain der Sozialisten‹«, in: *Deutschland Archiv*, Heft 5/2009, S. 873–879

Komorowski, Bronislaw Maria Karol: »Polen und Deutschland. Schmerz wurde zu schöpferischer Energie«, in: *die politische Meinung*, Heft 9/2009, S. 7–11

Kühberger, Christoph/Zehetmeier, Clemens (Hrsg.): *Europäische Geschichtskultur – Europäische Geschichtspolitik. Vom Erfinden, Entdecken, Erarbeiten der Bedeutung von Erinnerung und Geschichte für das Verständnis und Selbstverständnis Europas*, Innsbruck: Studien 2009, 300 S.

Kuhn, Gisbert: »Todeszäune, Wachtürme und ein Weg der Hoffnung. Mahnung und lebendige Geschichte zwan-

zig Jahre nach Öffnung der Grenze in Deutschland«, in: *die politische Meinung*, Heft 11/2009, S. 67–70

Lammert, Norbert: »Zukunft braucht Erinnerung«, (Leicht gekürzter Vortragstext), in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 126 (III/2009), S. 37–41

Leggewie, Claus: »Schlachtfeld Europa. Transnationale Erinnerung und europäische Identität«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Heft 2/2009, S. 81–93

Lingen, Kerstin von: *Kriegserfahrung und nationale Identität in Europa nach 1945. Erinnerung, Säuberungsprozesse und nationales Gedächtnis*, Paderborn: Schöningh (Krieg in der Geschichte, 49) 2009, 479 S.

Markert, Magret: »Klotz im Park«, in: *stadtkultur magazin*, Heft 10/2009, S. 18–19

Maser, Peter: »Gegen jede Monopolisierung des Gedenkens«, in: *Deutschland Archiv*, Heft 2/2009, S. 229–230

Meyer, Erik (Hrsg.): *Erinnerungskultur 2.0. Kommemorative Kommunikation in digitalen Medien*, Frankfurt am Main: Campus (Interaktiva, Schriftenreihe des Zentrums für Medien und Interaktivität, Gießen, 6) 2009, 239 S.

Mütter, Bernd: »Erinnerungsorte in Nordpolen heute. Danzig – Marienburg – Tannenberg – Wolfschanze«, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, Heft 60 (2009), S. 99–115

Noll, Chaim/Jehle, Martin: »›Die fehlende kollektive Auseinandersetzung mit der Vergangenheit wird Folgen haben‹. Ein Gespräch mit Ralph Giordano«, in: *Deutschland Archiv*, Heft 4/2009, S. 660–665

Priester, Karin: »Vom Nutzen und Nachteil der Erinnerungskultur«, in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, Heft 5/2009, S. 4–8

Rudolph, Karsten: »1949 – 1989 – 1929. Gedenken im Zeichen der Krise«, in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, Heft 5/2009, S. 28–30

Sabrow, Martin (Hrsg.): *Erinnerungsorte der DDR*, München: C. H. Beck 2009, 620 S.

Sabrow, Martin: »Welche Erinnerung, wessen Geschichte? Das neue Interesse an der Vergangenheit«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 126 (III/2009), S. 42–46

Sassoon, Donald: »Entschuldigung für die Vergangenheit. Erinnerungskultur und politische Kultur«, in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, Heft 5/2009, S. 23–27

Schaefer, Bettina: *Lass uns über Auschwitz sprechen. Gedenkstätte – Museum – Friedhof: Begegnungen mit dem Weltkulturerbe Auschwitz*, Frankfurt am Main: Brandes & Apsel 2009, 340 S.

Scheytt, Oliver: »Zukunft im Horizont der Vergangenheit zum Thema machen. Zum 5. Kulturpolitischen Bundeskongress ›kultur.macht.geschichte – geschichte. macht.kultur‹«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 124 (I/2009), S. 34–35

Schlott, Wolfgang: »›Entfesselte Erinnerung‹. Die Auseinandersetzung mit Völkermord, Zwangsarbeit und dem Zweiten Weltkrieg nach 1989. Internationale Konferenz in Berlin«, in: *Deutschland Archiv*, 2009, S. 1083–1085

Schönfeld, Martin: »Der Zweck heiligt keine Mittel. Kontroverse um ein Deportationsmahnmal«, in: *kunststadt – stadtkunst*, Heft 56 (2009), S. 44–45

Schulz, Bernhard: »Helden des Lebens. Zur Ikonografie des Gedenkens im 20. Jahrhundert«, in: *Merkur*, Heft 726 (2009), S. 1072–1077

Schupetta, Ingrid: »Kriegerheldenopfer. Von den Schwierigkeiten des Gedenkens an die Toten des Zweiten Weltkrieges mit Beispielen aus der Düsseldorfer und Krefelder Denkmallandschaft«, in: *Geschichte im Westen*, 2009, S. 135–170

Simbürger, Brigitta Elisa: *Faktizität und Fiktionalität. Autobiographische Schriften zur Shoa*, Berlin: Metropol 2009, 278 S.

Thierse, Wolfgang: »Breite Mehrheit des Bundestages unterstützt Gedenkstättenkonzeption. Ein Kommentar«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 1/2009, S. 20

Ungváry, Krisztián: »Belastete Orte der Erinnerung«, in: *aus politik und zeitgeschichte*, Heft 29-30/2009, S. 26–33

Wagner, Bernd: »›Liaison dangereuse‹, ›Geschichte als Abreißkalender‹ und ›Erinnerungspotpourri‹. Kulturpolitischer Streifzug und Chronik«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 124 (I/2009), S. 31–33

Wagner, Bernd: »Erinnern im vereinten Deutschland, ›Ästhetik der linksrheinischen Betonfraktion‹ und ›Karneval der Formen‹. Kulturpolitischer Streifzug und Chronik«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 125 (II/2009), S. 22–24

Wenzel, Mirjam: *Gericht und Gedächtnis. Der deutschsprachige Holocaust-Diskurs der sechziger Jahre*, Göttingen: Wallstein 2009, 415 S.

Wild, Volker: »Denkzeichen, Diskurse, Verfahren«, in: *kunststadt – stadtkunst*, Heft 56 (2009), S. 4–5

5.7 Literatur und Bibliothek

5.7.1 Allgemein

Dankert, Birgit: »Turandot oder doch twohundred? China: Verbindung von Lesekultur und Innovationsfähigkeit für die Wissensgesellschaft von morgen«, in: *BuB Forum Bibliothek und Information*, Heft 2/2009, S. 117–122

Krüger, Michael: »Von der Zukunft des Buches«, in: *aus politik und zeitgeschichte*, Heft 42-43/2009, S. 3–5

Kubin, Wolfgang: »Literatur und Politik in China«, in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, Heft 10/2009, S. 21–24

Links, Christoph: »Was blieb vom Leseland DDR?«, in: *aus politik und zeitgeschichte*, Heft 11/2009, S. 32–38

Lorenz, Matthias N.: *Literatur und Zensur in der Demokratie. Die Bundesrepublik und die Freiheit der Kunst*, Stuttgart: UTB/Vandenhoeck & Ruprecht 2009, 214 S.

Meinhardt, Haike: »Angebote auf Augenhöhe. USA: Das ›Geschichten-Dorf‹ für Kinder der Baltimore Country Library«, in: *BuB Forum Bibliothek und Information*, Heft 2/2009, S. 114–116

Pöppel, Ernst: »Was geschieht beim Lesen?«, in: *aus politik und zeitgeschichte*, Heft 42-43/2009, S. 40–45

Rack, Jochen: »Das Erbe der Großschriftsteller«, in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, Heft 1-2/2009, S. 84–86

Siebert, Eberhard: »›Die Bibliothek wird=ä – relativ wenig benützt‹. Über die Bibliotheksutopie in Arno Schmidts ›Gelehrtenrepublik‹«, in: *Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie*, Heft 1, 2009, S. 4–8

Sparkassen-Kulturstiftung Hessen-Thüringen (Hrsg.): *Kulturelle Entdeckungen. Literaturland Hessen*, Regensburg: Schnell & Steiner 2009, 343 S.

Syré, Ludger (Hrsg.): *Dichternachlässe. Literarische Sammlungen und Archive in den Regionalbibliotheken von Deutschland, Österreich und der Schweiz*, Frankfurt am Main: Klostermann (Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie: Sonderheft, 98) 2009, 406 S.

Thomas, Rüdiger: »Lebensmuster – Wege zu Christa Wolf«, in: *aus politik und zeitgeschichte*, Heft 11/2009, S. 15–23

Zeckert, Particia F.: »Die Internationale Leipziger Buchmesse«, in: *aus politik und zeitgeschichte*, Heft 11/2009, S. 39–46

5.7.2 Bibliotheken

Bibliothek Forschung und Praxis, München: Verlag K.G. Saur (dreimal jährlich)

Bibliotheksdienst. Organ der Bundesvereinigung Deutscher Bibliotheksverbände (BDB), Berlin: Bibliotheksdienst der Zentral- und Landesbibliothek Berlin (monatlich)

BuB Forum Bibliothek und Information, Bad Honnef: Bock + Herchen (zehnmal im Jahr)

Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie. Organ des Vereins Deutscher Bibliothekare und des Vereins der Diplombibliothekare, Frankfurt am Main: Klostermann (zweimonatlich)

97. Deutscher Bibliothekartag in Mannheim 2008. Wissen bewegen, Bibliotheken in der Informationsgesellschaft, Frankfurt am Main: Klostermann (Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie, 96) 2009, 377 S.

»Eine Chance für Aufsteiger: Der neue berufsbegleitende Masterstudiengang ›Bibliotheks- und Informationswissenschaft‹ an der Fachhochschule Köln«, in: *Bibliotheksdienst*, Heft 5/2009, S. 547–549

»Und wo sind die Bibliotheken? Hey, we're here! Zweites Europäisches Kulturforum in Brüssel«, in: *Bibliotheksdienst*, Heft 12/2009, S. 1270–1274

Abgeordnetenhaus von Berlin: »Bibliothek im Ehrenamt. Antwort auf die Kleine Anfrage von Andreas Otto (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)«, Berlin: *Drucksache* 16/13818 (15.11.2009)

Alix, Yves/Arot, Dominique: »Bibliotheken erobern den öffentlichen Raum. Frankreich: Steiler Aufstieg in den vergangenen 30 Jahren«, in: *BuB Forum Bibliothek und Information*, Heft 2/2009, S. 123–125

Anlauf, Karin/Fühles-Ubach, Simone/Seidler-de Alwis, Ragna: »Schüler mit Migrationshintergrund gehen häufiger in die Bibliothek. Wichtiger Ort des Lernens und Arbeitens/Kundenbefragung in der Stadtbibliothek Herne«, in: *BuB Forum Bibliothek und Information*, Heft 11-12/2009, S. 765–766

Bayerischer Landtag: »Öffentliche Bibliotheken in Bayern. Antwort der Staatsregierung auf die Schriftliche Anfrage von Markus Rinderspacher (SPD)«, München: *Drucksache* 16/2142 (30.9.2009)

Bürger, Thomas: »Zukunft bewahren. Die Allianz ›Schriftliches Kulturgut erhalten‹ übergibt dem Bundespräsidenten eine Denkschrift«, in: *Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie*, Heft 3-4/2009, S. 208–209

Deutscher Bundestag: »Gemeinsame Eckpunkte von Bund, Ländern und Kommunen zur Errichtung einer Deutschen Digitalen Bibliothek«, Berlin: *Plenarprotokoll* 17/8 (2.12.2009)

»Die Gesamtauswertungen der Deutschen Bibliotheksstatistik (DBS) sind online«, in: *Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie*, Heft 6/2009, S. 359–362

Dold, Manuel S.: »Der Wandel des Selbstbildes der öffentlichen Bibliotheken Deutschlands in den vergangenen 30 Jahren«, in: *Bibliothek Forschung und Praxis*, Heft 2/2009, S. 216–228

Dowling, Michael/Clark, Larra: »Mehr Nutzer bei sinkendem Etat. US-Bibliotheken kämpfen gegen die Finanzkrise/Neue Angebote und verstärkte Medienpräsenz«, in: *BuB Forum Bibliothek und Information*, Heft 11-12/2009, S. 810–815

Eichhorn, Eva: »*Themenbibliotheken« als spartenübergreifendes Phänomen? Ein bibliothekstypologischer Versuch*, Bad Honnef: Bock + Herchen (Bibliothek und Gesellschaft) 2009, 112 S.

Eichhorn, Martin: »Ein Rottweiler auf der Verbuchungstheke. Zahlen und Anekdoten zu Konfliktsituationen in Bibliotheken«, in: *BuB Forum Bibliothek und Information*, Heft 2/2009, S. 135–137

Frincke, Sascha: *BITV und Bibliotheken. Auswirkungen in der bibliothekarischen Praxis*, Berlin: BibSpider 2009, 104 S.

Fuchs, Thomas: »Entwicklungslinien des Bibliothekswesens im späten 17. Jahrhundert. Fürstliche und akademische Bibliotheken im Vergleich«, in: *Morgen-Glantz*, 2009, S. 235–251

Görner, Franz u. a.: *Die Osteuropabibliothek der Zukunft : das Bibliotheks- und Informationswesen zu Osteuropa vor neuen Herausforderungen. 37. ABDOS-Tagung, Marburg, 26. bis 28. Mai 2008 – Referate und Beiträge*, Berlin: Staatsbibliothek zu Berlin, Preußischer Kulturbesitz 2009, 117 S.

Haller, Annette: »Fünfzig Jahre Germania Judaica. Bibliothek zur Geschichte des deutschen Judentums: Eine wissenschaftliche Spezialbibliothek in der StadtBibliothek Köln«, in: *BuB Forum Bibliothek und Information*, Heft 3/2009, S. 183–188

Heber, Tanja: *Die Bibliothek als Speichersystem des kulturellen Gedächtnisses*, Marburg: Tectum 2009, 234 S., Diss.

Heide, Janine/Sarnowski, Daniella/Rauhut, Stefan: »Einfach vierfach. Herausforderungen und Aufbau – Inhalte und Weiterentwicklung der neuen Virtuellen Fachbibliothek medien buehne film«, in: *Bibliotheksdienst*, Heft 10/2009, S. 990–1000

Henning, Wolfram: »Neue Partner, neues Planen, neue Bibliotheken. Bibliotheksbauten als Impulsgeber für die Stadtentwicklung«, in: *BuB Forum Bibliothek und Information*, Heft 10/2009, S. 692–694

Hofmann, Jeanette: »Zukunft der digitalen Bibliothek«, in: *aus politik und zeitgeschichte*, Heft 42-43/2009, S. 25–32

Höhne, Steffen/Kostenbader, Uli/Seemann, Hellmut (Hrsg.): *Krisenmanagement: der Brand und seine Folgen – die Herzogin Anna Amalia Bibliothek*, Leipzig: Universitätsverlag (Weimarer Schriften zu Kulturpolitik und Kulturökonomie, 5) 2009, 208 S.

Hütte, Mario u.a.: »Von der Teaching Library zum Lernort Bibliothek«, in: *Bibliothek Forschung und Praxis*, Heft 2/2009, S. 143–160

Jochum, Uwe: *Geschichte der abendländischen Bibliotheken*, Darmstadt: Primus 2009, 160 S.

Kabo, Maria: *Die Bibliothek als Integrationsfaktor. die Vermittlung von Informationskompetenz an Menschen mit Migrationshintergrund*, Berlin: Simon 2009, 116 S.

Kaden, Ben: *Library 2.0 und Wissenschaftskommunikation*, Berlin: Simon 2009, 212 S.

Kaiser, Ronald: *Bibliotheken im Web-2.0-Zeitalter. Herausforderungen, Perspektiven und Visionen*, Wiesbaden: Dinges & Frick 2009 (2. aktualisierte Aufl.), 134 S.

Landtag Brandenburg: »Situation der Bibliotheken im Land Brandenburg. Antwort auf die Kleine Anfrage von Dr. Martina Münch (SPD)«, Potsdam: *Drucksache* 4/7761 (29.6.2009)

Leitner, Gerald: »Für eine europäische Bibliothekspolitik. Bericht zur Internationalen Bibliothekskonferenz ›A Library Policy for Europe‹«, in: *Bibliothek Forschung und Praxis*, Heft 3/2009, S. 375–378

Leitner, Gerald: »Für eine europäische Bibliothekspolitik. Nationale Verbände forcieren EU-weite Lobbyarbeit/ Startschuss in Wien«, in: *BuB Forum Bibliothek und Information*, Heft 9/2009, S. 641–643

Meinhardt, Haike: »Brauchen wir die Renaissance der Forschungsbibliothek? Ein Beitrag zu einer bibliothekstypologischen Diskussion«, in: *BuB Forum Bibliothek und Information*, Heft 11-12/2009, S. 816–820

Menzel, Matthias/Verch, Ulrike: »Ist die Sonntagsöffnung kommunaler Bibliotheken rechtlich zulässig? Die gesetzlichen Grundlagen auf dem Prüfstand. Erhebliche Auswirkungen auf die Gesamtarbeitszeit«, in: *BuB Forum Bibliothek und Information*, Heft 1/2009, S. 38–40

Merker, Bernd: »Fit fürs Leben in der neuen Heimat. USA: Vorbildliche interkulturelle Bibliotheksarbeit in der Queens Public Library«, in: *BuB Forum Bibliothek und Information*, Heft 2/2009, S. 110–111

Mittrowann, Andreas: »Viele Stärken und kaum Schwächen. Skandinavien: Eine SWOT-Analyse für die nordischen Bibliotheken«, in: *BuB Forum Bibliothek und Information*, Heft 2/2009, S. 130–134

Niedersächsisches Kultusministerium (Hrsg.): *Öffentliche Bibliothek und Schule. Beispiele der Zusammenarbeit*, Hannover 2009, 43 S.

Pilzer, Harald: »Schrumpfen und überleben? Zur schwierigen Lage der Großstadtbibliotheken in Nordrhein-Westfalen«, in: *BuB Forum Bibliothek und Information*, Heft 11-12/2009, S. 796–799

Prillinger, Horst: *Weblogs als Kommunikationsformat für Bibliotheken und Bibliothekare. Potenziale und Praxisbeispiele*, Norderstedt: Books on Demand 2009, 138 S.

Rapp, Andrea/Embach, Michael (Hrsg.): *Zur Erforschung mittelalterlicher Bibliotheken. Chancen – Entwicklungen – Perspektive*, Frankfurt am Main: Klostermann (Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie, 97) 2009, 460 S.

Richter, Andreas: »Bibliotheksrecht. Bericht für die Zeit vom 1.10.2008 bis 31.03.2009«, in: *Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie*, Heft 3-4/2009, S. 210–214

Richter, Andreas: »Bibliotheksrecht. Bericht für die Zeit v. 1.4.2009 bis 30.9.2009«, in: *Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie*, Heft 6/2009, S. 359–362

Ruppelt, Georg: »bookmarks: Wissenswelten von der Keilschrift bis YouTube. Zu einem neuen Ausstellungskonzept der Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek und der Kestnergesellschaft«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 3/ 2009, S. 14–15

Sauermann, Katrin: »Impulse aus dem Ausland für die interkulturelle Bibliotheksarbeit in Deutschland. Trends, Herausforderungen und Perspektiven«, in: *Bibliothek Forschung und Praxis*, Heft 1/2009, 33. Jg., S. 55–68

Schleihagen, Barbara: »Erfolgreicher Abschluss der ersten Bibliothekskampagne 2008 ›Deutschland liest. Treffpunkt Bibliothek‹«, in: *Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie*, Heft 2/2009, S. 94–98

Schmidbauer, Susanne: »Die Öffnungszeiten sind eher für Hausfrauen geeignet ... Jungs und Männer in Öffentlichen Bibliotheken/Gender-Aspekte der Kundenforschung«, in: *BuB Forum Bibliothek und Information*, Heft 10/2009, S. 733–736

Schmölders, Claudia: »Life is live. Die Online-Bibliothek Europeana zeigt die unglaublichen Möglichkeiten und klaren Grenzen der Digitalisierung von Kulturgütern«, in: *Kulturaustausch*, Heft I/2009, S. 72–73

Schneehorst, Susanne: »Gegen die soziale Ausgrenzung. Tschechien: Eine Öffentliche Bibliothek für Roma in Ostrava«, in: *BuB Forum Bibliothek und Information*, Heft 2/2009, S. 127–129

Selbach, Michaela: »Bibliothek 2.0 – Neue Perspektiven in wissenschaftlichen Bibliotheken und Erfahrungen in Deutschland«, in: *Bibliothek Forschung und Praxis*, Heft 1/2009, S. 25–48

Steierwald, Ulrike: »Die neuen Lebenszentren der Stadt. England: Londoner Idea Stores sind zukunftsweisende Modell-Bibliotheken«, in: *BuB Forum Bibliothek und Information*, Heft 2/2009, S. 106–109

Szlatki, Martin: »Wie hängen Lebensstil und Bibliotheksnutzung zusammen? Eine neue Qualität in der Zielgruppenbetrachtung von Bibliotheken am Beispiel der Stadtbücherei Stuttgart«, in: *BuB Forum Bibliothek und Information*, Heft 4/2009, S. 275–278

Thiele, Rolf (Hrsg.): *Der Bibliothekar im 21. Jahrhundert: ein traditionsbewusster Manager. Festschrift für Wolfgang Schmitz zum 60. Geburtstag*, Köln: USB (Kleine Schriften der Universitäts- und Stadtbibliothek Köln, 26) 2009, 338 S.

Thüringer Landtag: »Thüringer Bibliotheken. Antwort auf Kleine Anfrage von Dr. Birgit Klaubert (DIE LINKE)«, Erfurt: *Drucksache* 4/5467 (18.8.2009)

Verein Deutscher Bibliothekare (VDB): »Tätigkeitsbericht des Vorsitzenden für 2008/2009«, in: *Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie*, Heft 5/2009, S. 287–292

Walbrunn, Petra: »Bibliotheken, Entwicklung zukunftsorientierter Konzeptionen«, in: *Der bayerische Bürgermeister*, Heft 5/2009, S. 215–217

Wolf, Daniela: »Der virtuelle Lesesaal«, in: *Bibliothek Forschung und Praxis*, Heft 3/2009, S. 295–302

Zimmermann, Olaf: »Der Spar-Tsunami rollt – auch auf die Bibliotheken zu. Plädoyer für einen Nothilfefonds zur Sicherung der kulturellen Infrastruktur«, in: *BuB Forum Bibliothek und Information*, Heft 11-12/2009, S. 801–804

5.7.3 Leseförderung, Leseforschung, Literaturförderung

»Tausend Veranstaltungen in tausend Bibliotheken. Deutschland liest«, in: *Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie*, Heft 5/2009, S. 302–303

Bertschi-Kaufmann, Andrea (Hrsg.): *Literalität. Bildungsaufgabe und Forschungsfeld*, Weinheim, München: Juventa (Lesesozialisation und Medien) 2009, 287 S.

Hamburgische Bürgerschaft: »Stand und Perspektiven der Literatur in Hamburg. Antwort auf die Große Anfrage der CDU«, Hamburg: *Drucksache* 19/3613 (16.7.2009)

Knopf, Julia: *Literaturbegegnung in der Schule. Eine kritisch-empirische Studie zu literarisch-ästhetischen Rezeptionsweisen in Kindergarten, Grundschule und Gymnasium*, München: Iudicum (Studien Deutsch, 40) 2009, 364 S.

Schädlich, Birgit: *Literatur lesen lernen. Literaturwissenschaftliche Seminare aus der Perspektive von Lehrenden und Studierenden; eine qualitativ-empirische Studie*, Tübingen: Narr (Giessener Beiträge zur Fremdsprachendidaktik) 2009, 471 S.

Vogel, Anke: »Das Kinder- und Jugendbuch als Bestseller. Harry, Edward und Eragon profitieren von veränderten Lesebedürfnissen und Verlagsstrategien«, in: *BuB Forum Bibliothek und Information*, Heft 9/2009, S. 632–634

Wittrock, Josef: »Bücher näher an die Schüler bringen«, Projekt ›Medienpartner Bibliothek und Schule‹ an der Lippstädter Thomas-Valentin-Stadtbücherei, in: *Städte- und Gemeinderat*, Heft 9/2009, S. 15–17

5.8 Volkshochschulen, kulturelle Erwachsenenbildung

DIE Zeitschrift für Erwachsenenbildung. Zeitschrift des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung, Bonn: Deutsches Institut für Erwachsenenbildung (vierteljährlich)

dis.kurs. Das Magazin des Deutschen Volkshochschul-Verbandes e. V. (DVV), Berlin: Deutscher Volkshochschul-Verband e. V. (vierteljährlich)

Erwachsenenbildung. Vierteljahresschrift für Theorie und Praxis, Bielefeld: Bertelsmann (vierteljährlich)

Aengenvoort, Ulrich: »Volkshochschulen in der kommunalen Bildungslandschaft. Wichtiger Baustein im Bildungsnetz«, in: *dis.kurs*, Heft 1/2009, S. 4–6

Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung (Hrsg.): *Pressespiegel 4/09. Erwachsenenbildung in Niedersachsen, Ausgewählte Artikel 3. Quartal 2009*, Hamburg: Selbstverlag 2009, 76 S.

Egger, Rudolf: *Die Bedeutung und die Konsequenzen des europäischen und des nationalen Qualifikationsrahmens für die Entwicklung der Volkshochschule*, Wien u.a.: LIT (Lern- und Bildungsforschung, 3) 2009, 158 S.

Harmeier, Michaela: *»Für die Teilnehmer sind wir die VHS«. Selbstverständnis von Kursleitenden und ihr Umgang mit Qualifizierungsmaßnahmen*, Bielefeld: Bertelsmann (Weiterbildung und Biographie, 6) 2009, 134 S.

Lehmann, Dieter: »Eine Landschaft des Lernens. Die Volkshochschulen auf dem Weg zu einer zukunftsorientierten kommunalen Bildungslandschaft«, in: *dis.kurs*, Heft 1/ 2009, S. 9–12

Lehmann, Dietmar: »Eine Landschaft des Lernens. Die Volkshochschulen auf dem Weg zu einer zukunftsorientierten kommunalen Bildungslandschaft«, in: *dis.kurs*, Heft 1/2009, S. 9–12

Meisel, Klaus: »Volkshochschulen im kommunalen System des lebenslangen Lernens«, in: *Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften*, Heft 1/2009, S. 91–103

Óhidy, Andrea: *Lebenslanges Lernen und die europäische Bildungspolitik. Adaptation des Lifelong Learning-Konzepts der Europäischen Union in Deutschland und Ungarn*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2009, 310 S.

5.9 Soziokultur und soziokulturelle Praxisfelder

Soziokultur | Prinzipien – Praxis – Perspektiven. Informationsdienst der *Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren e. V.*, Berlin: Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren e. V. (viermal jährlich)

Journal der Jugendkulturen, Berlin: Archiv der Jugendkulturen (unregelmäßig)

Kulturszene, Bonn: Fonds Soziokultur e. V. (jährlich)

Antczack, Stephan: »›Theater ist Freiheit‹. Über Theater im Gefängnis«, in: *Forum Wissenschaft*, Heft 3/2009, S. 13–16

Baral, Gerhard: »Bis dann! Gerhard Baral über 27 Jahre LAKS«, in: *LAKS-Info*, Heft 47 (2009), S. 8–9

Baral, Gerhard: »Theo-Pinkus-Preis 2009. Laudatio von Gerhard Baral anläßlich der Verleihung der Preises der Soziokulturellen Zentren an Professor Bausinger«, in: *LAKS-Info*, Heft 47 (2009), S. 15–16

Bartella, Raimund: »Jetzt strategisch klug handeln! Kulturfinanzierung steht vor nicht vorhersehbaren Herausforderungen. Kulturelle Einrichtungen dürfen nicht geschlossen werden«, in: *Soziokultur | Prinzipien – Praxis – Perspektiven*, Heft 4/2009, S. 14–15

Bayerischer Landtag: »Soziokultur und soziokulturelle Zentren in Bayern. Antwort der Staatsregierung auf die Schriftliche Anfrage von Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote und Christine Stahl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)«, München: *Drucksache* 16/3102 (11.12.2009)

Ebert, Ralf/Gnad, Friedrich (Planungs- und Beratungsbüro Kultur – Freizeit – Sport): *Bedeutung der soziokulturellen Zentren im Ruhrgebiet für den Wandel zur Metropole Ruhr und Vorschläge zu ihrer Erhaltung und Stärkung*, Dortmund: STADTart 2009, 11 S.

Eisenberg, Götz: »Versuch über ›Schlüsselerlebnisse‹. Ein Plädoyer für ›zweckfreie‹ Kulturprojekte – nicht nur in Gefängnissen«, in: *Forum Wissenschaft*, Heft 3/2009, S. 9–12

Gäthke, Griet/Schindler, Sigrun: »International netzwerken«, in: *stadtkultur magazin*, Heft 10/2009, S. 13–14

Heath, Joseph/Potter, Andrew : *Konsumrebellen. Der Mythos der Gegenkultur*, Berlin: Edition Der Freitag 2009, 431 S.

Hesse, Bernd/Knüppel, Christiane: »Veni, Vidi, Wirki. Zum Wirkungsgeflecht Soziokultureller Zentren«, in: *Soziokultur | Prinzipien – Praxis – Perspektiven*, Heft 2/2009, S. 3–9

Hesse, Bernd: »Landesvereinigung Kulturelle Bildung gegründet. KuBi Hessen«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 126 (III/2009), S. 72–73

Isele, Wolfram/Hindrichs, Hanna: *Das Werk. Stadtteilbezogene gewerkschaftliche Kulturarbeit*, Stuttgart: Grohmann 2009, 274 S.

Klumpp, Guido: »Kultur als sozialer Faktor. Zur Bedeutung von Kultur in der Arbeit von Seniorenorganisationen«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 6/2009, S. 40

Kulturstiftung des Freistaates Sachsen (Hrsg.): *Sächsischer Fachtag Soziokultur. Dokumentation*, Dresden: Kulturstiftung des Freistaates Sachsen 2009, 101 S.

LAG Soziokultur Niedersachsen (Hrsg.): *Demografie und kulturelle Orte – Mit Soziokultur den Wandel gestalten* (Ausstellungskatalog), Hannover: Selbstverlag 2009, 59 S.

Landesrat für Stadtteilkultur der Behörde für Kultur, Sport, Medien Hamburg (Hrsg.): *»KulturMachtBildung«. Bil-*

dungskonzepte in der Stadtteilkultur. Dokumentation des 9. Hamburger Ratschlags Stadtteilkultur, Hamburg: Landesrat für Stadtteilkultur der Behörde für Kultur, Sport, Medien Hamburg 2009, 61 S.

Molck, Jochen: »Rotterdamer Notizen ... oder ein kleiner Blick in die Zukunft«, in: *Rundbrief (LAG NW)*, Heft 1/2009, S. 7–8

Molck, Jochen: »Rotterdamer Notizen ... Oder: Ein kleiner Blick in unsere Zukunft?«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 125 (II/2009), S. 65–66

Otto, Hans-Joachim: »S.O.S. – Rettet unsere Seelen! Zu den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die deutsche Kulturlandschaft«, in: *Soziokultur | Prinzipien – Praxis – Perspektiven*, Heft 1/2009, S. 14–15

Prada, Luis/Kämpf, Andreas/Janse, Samuel: »Build Bridges. Erstes Resümee zum Mitarbeiteraustauschprojekt ›Bridge between European Cultural Centres‹ des ENCC«, in: *Soziokultur | Prinzipien – Praxis – Perspektiven*, Heft 3/2009, S. 14–15

»Preis für ›Sturmflut 1509‹. Fonds Soziokultur prämiert grenzüberschreitende Kulturarbeit im ländlichen Raum«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 127 (IV/2009), S. 84

Schroder, Gabriele: »Nur wer sich ändert, bleibt sich treu«, in: *LAKS-Info*, Heft 46 (2009), S. 8–11

Sievers, Norbert: »Interkultur im Trend. Antragsentwicklung und Mittelvergabe bis zum Jahr 2008«, in: *Kulturszene*, Heft 11/2009, S. 4–7

Strittmatter, Thomas: »Unüberschaubare Vielfalt oder strukturelle Komplexität. Überlegungen zur Arbeit und Wirkungsweise Soziokultureller Zentren im Rahmen eines bundesweiten Forschungsprojektes«, in: *Soziokultur | Prinzipien – Praxis – Perspektiven*, Heft 2/2009, S. 10–11

Trimborn-Bruns, Ilona: »Soziokulturelle Zentren bedeuten Lebensqualität«, in: *LAKS-Info*, Heft 46 (2009), S. 5–7

Tuzlali, Selma: »›Wer seid ihr denn? Soziokultur!‹ 30 Jahre Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren«, in: *Soziokultur | Prinzipien – Praxis – Perspektiven*, Heft 1/2009, S. 4–6

Verband für sozial-kulturelle Arbeit e. V. (Hrsg.): *Baumeister des Sozialen. Aufsätze von Dietmar Freier aus fünf Jahrzehnten* (*Rundbrief*-Sonderausgabe 2009), Berlin: Selbstverlag 2009, 70 S.

Walter, Jürgen: »Soziokulturelle Zentren nicht im Regen stehen lassen«, in: *LAKS-Info*, Heft 46 (2009), S. 13–14

5.10 Kulturpädagogik, kulturelle Bildung, ästhetische Erziehung

BDK-Mitteilungen. Fachzeitschrift des Bundes Deutscher Kunsterzieherinnen und Kunsterzieher e. V., Hannover: BDK e. V. Fachverband für Kunstpädagogik (vierteljährlich)

infodienst. Das Magazin für kulturelle Bildung, Unna: LKD (zweimonatlich)

Kulturelle Bildung. Reflexionen. Argumente. Impulse, Themenheft ›Strategie kultureller Vielfalt‹, Remscheid: Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung (BKJ) e. V. (zweimal jährlich), 42 S.

»Kulturelle Bildung« (Heftschwerpunkt), in: *Städte- und Gemeinderat*, Heft 9, 2009, S. 6–25

»Wir bilden nicht aus. Wir bilden« (Themenschwerpunkt), in: *Soziokultur | Prinzipien – Praxis – Perspektiven*, Heft 3/2009, S. 3–11

Ahrndt, Wiebke/Bolduan, Anka: »Das interkulturelle Jugendprojekt FIES. Forschen in eigener Sache am Übersee-Museum Bremen«, in: *Museumskunde*, Heft 2/2009, S. 15–19

Albrecht, Sylvie: »Kulturelle Bildung in Sachsen. Ein Jahresrückblick«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 127 (IV/2009), S. 20–21

Bäßler, Hans: »Was der Westen vom Osten hätte lernen können«, in: *Musikforum*, Heft 4/2009, S. 13–15

Bäßler, Kristin/Fuchs, Max/Schulz, Gabriele/Zimmermann, Olaf/Deutscher Kulturrat (Hrsg.): *Kulturelle Bildung: Aufgaben im Wandel*, Berlin: Deutscher Kulturrat, 489 S.

Basto: »Graffiti-Workshops in Kolumbien und Venezuela«, in: *Journal der Jugendkulturen*, Heft 14 (2009), S. 49–62

Becker, Beatrix/Wellensiek, Gaby: »Das Konzept ›Kultur entdecken‹ der Stadt Löhne für Kinder im Grundschulalter«, in: *Städte- und Gemeinderat*, Heft 9/2009, S. 12–15

Bender, Sakia: *Kunst im Kern von Schulkultur. Ästhetische Erfahrung und Bildung in der Schule*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (Studien zur Schul- und Bildungsforschung, 34) 2009, 390 S.

Biburger, Tom/Wenzlik, Alexander (Hrsg.): *»Ich hab gar nicht gemerkt, dass ich was lern«. Untersuchungen zu künstlerisch-kulturpädagogischer Lernkultur in Kooperationsprojekten mit Schulen*, München: kopaed (Kulturelle Bildung, 13) 2009, 301 S.

Bielenberg, Ina: »Wer Was Wie Wo? Informationen zur kulturellen Bildungslandschaft in Deutschland«, in: *Außerschulische Bildung – Materialien zur politischen Jugend- und Erwachsenenbildung*, Heft 3/2009, S. 296–300

Bilstein, Johannes/Kneip, Winfried (Hrsg.): *Curriculum des Unwägbaren. II. Die Musen als Mägde: Von der Veränderung der Künste in der Schule*, Oberhausen: Athena (Pädagogik: Theorien und Perspektiven, 10) 2009, 129 S.

Bleckmann, Peter/Durdel, Anja (Hrsg.): *Lokale Bildungslandschaften. Perspektiven für Ganztagsschulen und Kommunen*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2009, 296 S.

Bosse, Dorit (Hrsg.): *Gymnasiale Bildung zwischen Kompetenzorientierung und Kulturarbeit*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2009, 268 S.

Bossen, Anja/Kullmann, Friedrich: »Sechs gleich zwei – Wahnsinn! ›Ästhetische Bildung‹ soll regulären Sport-, Musik- und Kunstunterricht ersetzen«, in*: Kunst+Kultur*, Heft 3/2009, S. 12

Brandstätter, Ursula: *Bildende Kunst und Musik im Dialog. Ästhetische, zeichentheoretische und wahrnehmungspsychologische Überlegungen zu einem kunstspartenübergreifenden Konzept ästhetischer Bildung*, Augsburg: Wißner (Forum Musikpädagogik, 60) 2009 (2., unveränd. Aufl.), 264 S.

Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung e. V.: (Hrsg.): *Themenheft »Schulentwicklung mit Kunst und Kultur«*, Remscheid: Selbstverlag (Kulturelle Bildung, 3) 2009

Bundesvereinigung Kultureller Kinder- und Jugendbildung e. V. (Hrsg.): *Kulturelle Bildung stärken. In die Qualität von Bildung investieren. Tätigkeitsbericht 2008*, Remscheid: Selbstverlag 2009, 125 S.

Bundesvereinigung Kultureller Kinder- und Jugendbildung e. V. (Hrsg.): *Lebenskunst lernen. Mehr Chancen durch Kulturelle Bildung. Mit Kunst und Kultur Schule gestalten* (mit CD-ROM ›Qualitätsmanagementinstrument für Kooperationen (QMI)‹), Remscheid: Selbstverlag 2009, 56 S.

Büsser, Martin/Engelmann, Jonas/Rüdiger, Ingo (Hrsg.): *emo. Porträt einer Szene, Mit einer Fotostrecke von Jana Nowack*, Mainz: Ventil 2009, 221 S.

Bütow, Birgit: »Alles Paletti bei den Mädchen?«, in: *infodienst – Das Magazin für kulturelle Bildung*, Heft 91 (2009), S. 14–15

Chmielecki, Monika: »Kulturelle Bildung aus Sicht einer Musikerin und Pädagogin mit polnischen Wurzeln«, in: *Städte- und Gemeinderat*, Heft 9/2009, S. 22–23

Dell'Anna, Sandro: »Jugendphantasie Raum geben«, in: *infodienst – Das Magazin für kulturelle Bildung*, Heft 91 (2009), S. 16–18

Denscheilmann, Heike: »›Kulturelle Bildung‹ trifft ›Education artistique et culturelle‹. Ein Feld für europäische Kooperation?«, in: *Kultur. Politik. Diskurs*, Heft 10/2009, S. 14–18

Der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen – Kulturabteilung (Hrsg.): *Augen öffnen. Kulturelle Bildung in der Kulturförderung des Landes Nordrhein-Westfalen*, Düsseldorf: Selbstverlag 2009, 110 S.

Deutscher Kulturrat: »Kulturelle Bildung in der Schule. Stellungnahme des Deutschen Kulturrates«, in: *BDK-Mitteilungen*, Heft 2/2009, S. 2–4

Feierabend, Sabine/Klingler, Walter: »Kinder und Medien: Ergebnisse einer Studie 2008. Mediennutzung und soziokulturelle Verortung bei Kindern«, in: *Media Perspektiven*, Heft 8/2009, S. 398–412

Flügel, Alexandra u. a. (Hrsg.): *Kinder-Kultur(en). Neue Fluchtpunkte für sozialpädagogische Forschung*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2009, 250 S.

Fuchs, Max: »Sozialer Zusammenhalt und kulturelle Bildung«, in: *aus politik und zeitgeschichte*, Heft 47/2009, S. 35–38

Ganter, Michael: *Friedrich Schillers Utopie vom ›Bau einer wahren politischen Freyheit‹ in seiner Abhandlung ›Ueber die ästhetische Erziehung des Menschen in einer Reihe von Briefen‹*, Frankfurt am Main u. a.: Lang (Europäische Hochschulschriften, 729) 2009, 123 S.

Gärtner, Barbara: »Kreative Gipfelstürmer. Bildungsinitiative KINDER ZUM OLYMP!«, in: *arsprototo*, Heft 4/2009, S. 42–46

Gödeke, Katrin: »Die Kunst der Verständigung – kulturelle Bildung in internationalen Begegnungen«, in: *Außerschulische Bildung – Materialien zur politischen Jugend- und Erwachsenenbildung*, Heft 3/2009, S. 261–266

Göhmann, Lars (Hrsg.): *Künstlerische Bildung als Blick auf uns selbst. Jugendliche zwischen Kunst, Kultur und Gesellschaft*, Spelle: Kultur-Dialog 2009, 128 S.

Göhmann, Lars: »Kulturelle Bildung und Grundversorgung. Bildungsgutscheine als Weg zur Teilhabegerechtigkeit«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 5/2009, S. 35–36

Große-Brockhoff, Hans-Heinrich: »Bildung ist mehr als nur kognitives Wissen. Das Engagement des Landes NRW in der kulturellen Bildung«, in: *Städte- und Gemeinderat*, Heft 9/2009, S. 6–8

Hartmann-Fritsch, Christel: »Wir bewegen kulturelle Bildung mit den Mitteln der Kunst! Stiftung und Schloss Genshagen als Plattform der Kunst- und Kulturvermittlung in Europa«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 126 (III/2009), S. 9–10

Henschel, Alexander: »Kunst.Raum.Politik. Kulturvermittlung in Japan und Deutschland«, in: *Kultur. Politik. Diskurs*, Heft 10/2009, S. 9–14

Hilke, Marianne: »Beredte Zeugnisse aus dem Untergrund«, LVR-Archäologischer Park Xanten, in: *Städte- und Gemeinderat*, Heft 9/2009, S. 24–25

Himpele, Klemens: »Vom Bildungsstreik zur Bewegung?«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Heft 8/2009, S. 11–15

Hören, Andreas von: »Sexfilme(n). über die sexualpädagogische Videoarbeit mit Jugendlichen«, in: *infodienst – Das Magazin für kulturelle Bildung*, Heft 91 (2009), S. 24–25

Höxter, Clemens: »Fehlende Praxis kultureller Bildung im Alltag. Die Kultur-Enquete aus der Sicht des Fachverbandes für Kunstpädagogik«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 2/2009, S. 27–28

Jehle, Peter: »Was heißt und zu welchem Zweck studiert man Ästhetik?«, in: *Das Argument*, Heft 280 (2009), S. 172–183

Jung, Matthias: »Grafite Carioca – ein Überblick über die Graffiti-Kultur in Rio de Janeiro, Brasilien«, in: *Journal der Jugendkulturen*, Heft 14 (2009), S. 41–48

Kahl, Heike/Völker, Harriet: »Forschendes Lernen – Kulturforscher auf Expedition. Schüler aus acht Städten erobern sich neue Zugänge zu Kunst und Kultur«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 5/2009, S. 35

Kellermann, Katrin/Angsüßer, Verena: »3. Europäisches Seniorentheater-Festival ›art und weise‹. Entdeckungen, Kontroversen, neue Initiativen. Europäisches Seniorentheater mit künstlerischem und sozialem Anspruch «, in: *Spiel&Bühne*, Heft 3/2009, S. 23–26

Kellermann, Katrin/Radermacher, Norbert: »Entdeckungen, Kontroversen, Initiativen. Das Seniorentheater in Europa zwischen künstlerischem und sozialem Anspruch«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 126 (III/2009), S. 74–75

Keuchel, Susanne: »Von Jugendlichen für Jugendliche. Das Düsseldorfer Jugend-Kulturkonzept«, in: *Das Orchester*, Heft 5/2009, S. 34–36

Krüger, Udo Michael: »Altersgerechte Nachrichten für Kinder. Programmanalyse der Kindernachrichtensendung ›logo!‹«, in: *Media Perspektiven*, Heft 11/2009, S. 577–592

Kunz-Ott, Hannelore/Kudorfer, Susanne/Weber, Traudel (Hrsg.): *Kulturelle Bildung im Museum. Aneignungsprozesse – Vermittlungsformen – Praxisbeispiele*, Bielefeld: transcript 2009, 206 S.

Lammert, Norbert: »Demokratie braucht politische und kulturelle Bildung«, in: *Außerschulische Bildung – Materialien zur politischen Jugend- und Erwachsenenbildung*, Heft 3/2009, S. 238–240

Landfried, Christine: »Uni 2009: Anpassungsmenschen ohne Leidenschaft«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Heft 9/2009, S. 35–38

Lehr, Ursula: »Älter werden, aktiv bleiben – auch im kulturellen Bereich«, in: *Der Bayerische Bürgermeister*, Heft 2/2009, S. 58–62

Lewe, Christiane: *Das Spiel in der Kulturpädagogik. Zur Notwendigkeit der gezielten Förderung einer Spielkultur*, Hamburg: Igel (Gesellschaftswissenschaften) 2009, 75 S.

Liebau, Eckart/Zirfas, Jörg (Hrsg.): *Die Kunst der Schule. Über die Kultivierung der Schule durch die Künste*, Bielefeld: transcript (Ästhetik und Bildung, 3) 2009, 173 S.

Liebel, Manfred: »Jugendkulturen ohne Moratorium – Lateinamerikanische Lektionen«, in: *Journal der Jugendkulturen*, Heft 14 (2009), S. 7–19

Mattig, Ruprecht: *Rock und Pop als Ritual. Über das Erwachsenwerden in der Mediengesellschaft*, Bielefeld: transcript (Pädagogik) 2009, 261 S.

Mück, Wilfried: »Alter und Kultur aus Sicht der Freien Wohlfahrtspflege«, in: *Der Bayerische Bürgermeister*, Heft 2/2009, S. 65–66

Neumann, Bernd: »Kulturvermittlung – Auftrag und Chance. Staatsminister Bernd Neumann zur kulturellen Bildung als Bundes- und Gemeinschaftsaufgabe«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 124 (I/2009), S. 10–11

Neumann, Sascha/Sandermann, Philipp (Hrsg.): *Kultur und Bildung. Neue Fluchtpunkte für die sozialpädagogische Forschung?*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2009, 238 S.

Obser, Gabriele: »Was zählt ist Lebensqualität. Kulturarbeit im NürnbergStift«, in: *Der Bayerische Bürgermeister*, Heft 2/2009, S. 74–76

Pack, Doris: »Man lernt nie aus. Bildung als Bestandteil des interkulturellen Dialogs«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 1/2009, S. 14–15

Pannes, Matthias/Wanner, Claudia: »Musikalische Bildung öffnet Grenzen. 20. Musikschulkongress war faszinierendes Forum für Vielfalt, Integration und Qualität«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 4/2009, S. 29–30

Pfeiffer, Malte (Hrsg.): *Theater des Handelns. Strategien der Performance-Art als Methode in der Theaterarbeit mit Jugendlichen*, Weinheim: Deutscher Theaterverlag 2009, 148 S.

Pfeiffer, Malte/List, Volker (Hrsg.): *Kursbuch Darstellendes Spiel*, Stuttgart/Leipzig: Klett 2009, 240 S.

Radermacher, Norbert: »Jung und dynamisch. Seniorentheater mit großem Potential an Selbstbewusstsein«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 6/2009, S. 41–42

Reinwand, Vanessa-Isabelle: »Bildung im 21. Jahrhundert ist kulturelle Bildung! Zum Wesen von Kulturvermittlung«, in: *Kultur. Politik. Diskurs*, Heft 10/2009, S. 6–8

Reiss, Joachim: »Theater in der Schule. Die Kultusminister müssen sich mit den Empfehlungen der Enquete-Kommission auseinandersetzen«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 2/2009, S. 28–29

Richter, Andrea: *Kulturpädagogik und Denkmalpflege in Bayern. Grundlagen einer Denkmalpägagogik*, Münster u. a.: LIT (Literatur – Kultur – Medien, 11) 2009, 586 S.

Röhnelt, Inge: »Das Jugendkulturjahr 2007 der Stadt Ratingen«, in: *Städte- und Gemeinderat*, Heft 9/2009, S. 8–9

Ruppelt, Georg: »Unterm Rad des Professors Unrat. Schulhass und Schulangst haben eine lange literarische Tradition«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 3/2009, S. 53–54

Santos, Fernanda Costa dos: *Medienpädagogik und gesellschaftliche Entwicklung. Der Einfluss kultureller Projekte auf gemeinschaftliche Selbstorganisation und Kommunikationsstrukturen*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (VS Research) 2009, 137 S.

Sauer, Ilona: »Auf Augenhöhe. Schule und Theater in Niedersachsen. Partnerschaften, Programme und Projekte«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 127 (IV/2009), S. 22–23

Schaller, Klaus: »Bloß Theater oder Theater? Erste Schritt zu einer Theorie des Seniorentheaters«, in: *Spiel&Bühne*, Heft 1/2009, S. 27–29

Schiller, Friedrich: *Über die ästhetische Erziehung des Menschen. In einer Reihe von Briefen, Kommentar von Stefan Matuschek*, Frankfurt am Main: Suhrkamp (Suhrkamp-Studienbibliothek, 16) 2009, 283 S.

Schillig, Christiane: »Mitten zurück ins Leben. Jüdische und nichtjüdische Jugendliche begegnen sich auf Schloss Gollwitz«, in: *Monumente*, Heft 5-6/2009, S. 16–18

Schleicher, Christian: »The WoodHouse Project. Feindschaft erkennen – Freundschaft gestalten«, in: *Außerschulische Bildung – Materialien zur politischen Jugend- und Erwachsenenbildung*, Heft 3/2009, S. 274–279

Schneider, Wolfgang (Hrsg.): *Theater und Schule. Ein Handbuch zur kulturellen Bildung*, Bielefeld: transcript (Theater, 9) 2009, 349 S.

Schneider, Wolfgang: »Kulturelle Bildung braucht Kulturpolitik. Anmerkungen aus gegebenen Anlass«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 5/2009, S. 31–32

Schweizer, Margarete: »Bündnisse für Kulturelle Bildung«, in: *Museumskunde*, Heft 2/2009, S. 31–32

Sieben, Gerda: »Medien: Spiegel und Werkzeug. Über das Potenzial der Medien, Kindern und Jugendlichen Freiräume für die Gestaltung von Geschlechterrollen zu bieten«, in: *infodienst – Das Magazin für kulturelle Bildung*, Heft 91 (2009), S. 20–21

Skladny, Helene: *Ästhetische Bildung und Erziehung in der Schule. Eine ideengeschichtliche Untersuchung von Pestalozzi bis zur Kunsterziehungsbewegung*, München: kopaed (Kontext Kunstpädagogik, 22) 2009, 310 S.

Sting, Wolfgang: »Performance in der kulturellen Bildung«, in: Landesrat für Stadtteilkultur der Behörde für Kultur, Sport, Medien Hamburg (Hrsg.): *KulturMachtBildung. Bildungskonzepte in der Stadtteilkultur. Dokumentation des 9. Hamburger Ratschlags Stadtteilkultur*, Hamburg: Landesrat für Stadtteilkultur der Behörde für Kultur, Sport, Medien Hamburg 2009, S. 23–26

Tetzlaff, Sven: »Wie Jugendliche heute Helden sehen. Über den Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten«, in: *Merkur*, Heft 724/25 (2009), S. 813–820

Timmerberg, Vera/Schorn, Brigitte (Hrsg.): *Neue Wege der Anerkennung von Kompetenzen in der Kulturellen Bildung. Der Kompetenznachweis Kultur in Theorie und Praxis*, München: kopaed 2009, 296 S.

Treptow, Rainer: »Ein anderer Blick? Die Willensfrage an die Jugend«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 125 (II/2009), S. 53–55

Voigt-Kehlenbeck, Corinna: »Typisch weiblich, typisch männlich? Jugend(kultur-)arbeit geschlechtersensibel konzipieren«, in: *infodienst – Das Magazin für kulturelle Bildung*, Heft 91 (2009), S. 8–11

Völckers, Hortensia: »Hier wird Zukunft geprobt. Das Programm ›Jedem Kind ein Instrument‹ als Paradigma für die Herausforderungen an Kultur und Schule«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 5/2009, S. 32–33

Waldrich, Hans-Peter: »Die neoliberale Schule. Bildungspolitik à la Bertelsmann«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Heft 9/2009, S. 73–81

Wies, Sonja: »Beitrag der vier NRW-Landestheater zur kulturellen Bildung«, in: *Städte- und Gemeinderat*, Heft 9/2009, S. 20–21

Zacharias, Wolfgang: »Politische Aspekte kulturell-ästhetischer Bildung und Dimensionen des Politischen in der Kulturellen Bildung. Oder: Alles hängt mit allem zusammen, irgendwie und sowieso«, in: *Außerschulische Bildung – Materialien zur politischen Jugend- und Erwachsenenbildung*, Heft 3/2009, S. 241–251

Zalfen, Manfred: »Making Memories Matter. Erinnerungen Raum geben (MMM)«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 125 (II/2009), S. 64–65

Ziller, Christiane: »Mehr kulturelle Bildung, bitte! Kulturstaatsminister Bernd Neumann verleiht erstmals Bundespreis für kulturelle Bildung«, in: *Soziokultur | Prinzipien – Praxis – Perspektiven*, Heft 2/2009, S. 18–19

Ziller, Christiane: »Mehr Wertschätzung, Geld und mehr Nachhaltigkeit. Kulturenquete und außerschulische Bildung«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 3/2009, S. 41–42

5.11 Archive

Archivar. Zeitschrift für Archivwesen, Düsseldorf: Nordrhein-Westfälisches Hauptstaatsarchiv (viermal jährlich)

»Bundesarchiv kooperiert mit Wikipedia«, in: *Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie*, Heft 2/2009, S. 115–116

Barteleit, Sebastian: »Die Baumaßnahmen des Bundesarchivs in Berlin-Lichterfelde«, in: *Archivar*, Heft 4/2009, S. 344–351

Becker, Irmgard Christa: »Arbeitshilfe zur Erstellung eines Dokumentationsprofils für Kommunalarchive. Einführung in das Konzept der BKK zur Überlieferungsbildung und Textabdruck«, in: *Archivar*, Heft 2/2009, S. 122–131

Bilz, Fritz: »Das Menetekel von Köln«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Heft 5/2009, S. 13–17

Böll, René: »Nur einer von 780. Verschwundene Nachlässe in Köln: ein kultureller Super-GAU«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 3/2009, S. 8

Corsepius, Katharina: »Digital statt Original ist nicht die Lösung. Der Einsturz des Historischen Archivs der Stadt Köln und seine Bedeutung für die Kulturpolitik in Deutschland«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 3/2009, S. 5–6

Dorn, Anne: »... bewahren, schützen, retten«, in: *Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie*, Heft 3-4/2009, S. 142–148

Ebeling, Knut/Günzel, Stephan: *Archivologie. Theorien des Archivs in Philosophie, Medien und Künste*, Berlin: Kadmos 2009, 272 S.

Holdt, Ulrike/Zelek, Ivana: »Rheinischer Archivtag 2009 in Viersen«, in: *Archivar*, Heft 4/2009, S. 415–419

Knoche, Michael: »Die größere Kulturkatastrophe. Gefragt ist jetzt ein nationales Programm zur Originalerhaltung«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 3/2009, S. 4–5

Landesarchiv Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): *Landesarchiv NRW 2009*, Düsseldorf: Selbstverlag 2009

Landtag Rheinland-Pfalz: »Novellierung des Landesarchivgesetzes. Antwort auf die Kleine Anfrage der CDU«, Mainz: *Drucksache* 15/3890 (14.10.2009)

Lesniewski, Regina: »Das Bildarchiv des Landesmuseums für Technik und Arbeit in Mannheim. Vom traditionellen zum modernen Bildarchiv«, in: *Rundbrief Fotografie*, Heft 2/2009, S. 15–19

Neuheuser, Hanns Peter: »Der Einsturz des Kölner Stadtarchivs. Eine erste Sichtung der Situation aus archivfachlichem Blickwinkel«, in: *Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie*, Heft 3-4/2009, S. 149–158

Plassmann, Max/Wendenburg, Andrea: »Historisches Archiv der Stadt Köln. Ein Halbes Jahr nach dem Einsturz«, in: *Archivar*, Heft 4/2009, S. 398–403

Plassmann, Max: »Zum Einsturz des Historischen Archivs der Stadt Köln. Ergebnisse einer ersten Vollerhebung in Deutschland«, in: *Museumskunde*, Heft 1/2009, S. 90–95

Pollmeier, Klaus: »Die Erklärung von Florenz«, in: *Rundbrief Fotografie*, Heft 4/2009, S. 2–3

Purpus, Elke: »Das Rheinische Bildarchiv der Stadt Köln: Dienstleister für die Kölner Museen und Abteilung einer Dokumentationseinrichtung zur Kunst«, in: *Rundbrief Fotografie*, Heft 1/2009, S. 13–18

Rehm, Clemens: »10 Jahre Tagung für Archivpädagogik«, in: *Archivar*, Heft 4/2009, S. 405–408

Reininghaus, Wilfried/Pilger, Andreas: *Lehren aus Köln. Dokumentation zur Expertenanhörung ›Der Kölner Archiveinsturz und die Konsequenzen‹*, Düsseldorf: Landesarchiv Nordrhein-Westfalen (Veröffentlichungen des Landesarchivs Nordrhein-Westfalen, 25) 2009, 96 S.

Reininghaus, Wilfried: »Archive und Politik. Internationales Archivsymposion in Münster 2009«, in: *Archivar*, Heft 6/2009, S. 443–445

Schmidt-Czaia, Bettina/Fischer, Ulrich/Plassmann, Max: »Zum Einsturz des Historischen Archivs der Stadt Köln«, in: *Archivar*, Heft 2/2009, S. 148–152

Scholz, Harry: »40 Jahre Archiv der Sozialen Demokratie (ADSD) – Zur Rolle der Archive der Politischen Stiftungen in der Gesellschaft«, in: *Archivar*, Heft 4/2009, S. 421–423

Sobczak, Anna: »Standards für Ausbildung und Beruf des Archivars. Internationale Archivkonferenz in Thorn«, in: *Archivar*, Heft 4/2009, S. 414

Soénius, Ulrich S.: »Die Katastrophe von Köln – Kultureinrichtung stark betroffen. Mnemosyne – oder: Welche Lehren folgen aus dem Einsturz des Kölner Stadtarchivs?«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 3/2009, S. 3–4

Straten, Adelheid: »Was Kriege nicht schafften: Bedeutendstes Kommunalarchiv Deutschlands zerstört«, in: *Museum aktuell*, Heft 156 (3/2009), S. 4–6

Stüber, Gabriele: »Jenseits der Erschließung. Bildungs- und Fortbildungsangebote im Zentralarchiv der Evangelischen Kirche der Pfalz«, in: *Archivar*, Heft 1/2009, S. 46–47

VdA – Verband deutscher Archivarinnen und Archivare e. V.: »Das Berufsbild von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Archiven«, in: *Archivar*, Heft 6/2009, S. 449–451

Wehner, Markus: »Die gescheiterte Revolution. In Russlands Archiven gehen die Uhren rückwärts«, in: *Osteuropa*, Heft 5/2009, S. 45–58

Wisotzky, Klaus: »Das neue Haus der Essener Geschichte/Stadtarchiv«, in: *Archivar*, Heft 4/2009, S. 379–385

Wrocklage, Ute: »Das Bundesarchiv online. ›Wissen bereitstellen, Quellen erschließen, Geschichtsverständnis fördern‹«, in: *Rundbrief Fotografie*, Heft 3/2009, S. 18–23

Zaib, Volker: »Neue Besen kehren gut. Die erfolgreiche Integration der Fachangestellten für Medien- und Informationsdienste in die Archivlandschaft Nordrhein-Westfalens. Eine empirische Studie«, in: *Archivar*, Heft 2/2009, S. 161–165

5.12 Baukultur

Arch+. Zeitschrift für Architektur und Städtebau, Aachen: Archplus Verlag (vierteljährlich)

Der Architekt. Zeitschrift des Bundes Deutscher Architekten BDA, Berlin: Nicolai Verlag (6-mal jährlich)

Baukultur. Verbandszeitschrift des DAI, Berlin: Verband Deutscher Architekten- und Ingenieurvereine e. V. (zweimonatlich)

Abgeordnetenhaus von Berlin: Kunst am Bau, Kunst im Stadtraum? Antwort auf die Kleine Anfrage Nr. 16/13636 von Michael Braun (CDU), Berlin: *Drucksache* 16/13636 (24.8.2009)

Abgeordnetenhaus von Berlin: Kunstförderung in Berlin (I): Kunst am Bau. Antwort auf die Kleine Anfrage Nr. 16/12977 von Wolfgang Brauer (Die Linke), Berlin: *Drucksache* 16/12977 (17.2.2009)

Abgeordnetenhaus von Berlin: Qualität ohne Kultur. Antwort auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Oliver Schruoffeneger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Berlin: *Drucksache* 16/13324 (12.5.2009)

Below, Sally/Henning, Moritz/Oevermann, Heike (Hrsg.): *Die Berliner Bauausstellungen – Wegweiser in die Zukunft?*, Werne: Regioverlag 2009, 189 S.

Bjone, Christian: *Kunst und Architektur. Wege der Zusammenarbeit*, Basel: Birkhäuser 2009, 192 S.

Braunwarth, Matthias: »Fassaden-Kunstwerke mit ›Aha‹-Effekt zur Stadtaufwertung. Kommunale Wohnungsgesellschaft mbH Senftenberg«, in: *Hammonia*, Heft 7/2009, S. 46–47

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.): *Kunst am Bau ist Baukultur! Architektur und Kunst im Dialog. 11. Internationale Architekturausstellung der Biennale Venedig 2008*, Bonn: Bundesamt für Bauwesen u. Raumordnung 2009, 24 S.

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.): *Stadt bauen. Stadt leben. Nationaler Preis für integrierte Stadtentwicklung und Baukultur*, Berlin: Geschäftsstelle der ›Initiative Architektur und Baukultur‹ 2009, 135 S.

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Berlin (Hrsg.): *Kunst am Bau – Chance für junge Künstler? 5. Werkstattgespräch. Dokumentation*, Berlin 2009, 28 S.

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Berlin (Hrsg.): *Orte, die bewegen. Kunst am Bau und Verkehrsarchitektur. 6. Werkstattgespräch*, Berlin 2009, 28 S.

Diehl, Xeni: »Landesinitiative +Baukultur in Hessen«, in: *Denkmalpflege & Kulturgeschichte*, Heft 3/2009, S. 42–43

Durth, Werner/Sigel, Paul: *Baukultur – Spiegel gesellschaftlichen Wandels*, Berlin: Jovis 2009, 784 S.

Friedrich, Antje: »Kunst am Bau – Chance für junge Künstler?«, in: *kulturpolitik*, Heft 1/2009, S. 12–13

Junker, Sabine: »Baukultur im Ruhrgebiet. Landesinitiative StadtBauKultur NRW und die baukulturellen Projekte der RUHR.2010«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 127 (IV/2009), S. 83–84

Krisch, Rüdiger: »Inspiration oder Ärgernis? Städtebau zwischen Recht und Kunst«, in: *Deutsche Bauzeitung*, Heft 5/2009, 143. Jg., S. 19–21

Landtag Mecklenburg-Vorpommern: »Kunst am Bau. Antwort auf die Kleine Anfrage von Torsten Koplin (DIE LINKE)«, Schwerin: *Drucksache* 5/2750 (18.9.2009)

Maasberg, Ute/Knoth, Kai-Uwe: *Destination Baukultur. Eine neue Sicht auf Städte und Regionen. Symposium zur Förderung der Baukultur in Niedersachsen am 3. Juli 2009*, Hannover: Nieders. Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit 2009, 56 S.

Mäckler, Christoph/Sonne, Wolfgang/Institut für Stadtbaukunst der TU Dortmund: *Vorträge zur Stadtbaukunst: Nr. 1*, Sulgen: Niggli (Dortmunder Vorträge zur Stadtbaukunst, 1) 2009, 103 S.

Maier-Solgk, Frank: »Knick aufs Wasser. Im Kölner Rheinauhafen sehen die spektakulären Kranhäuser ihrer Vollendung entgegen«, in: *K.West*, Heft 2/2009, S. 34–35

Pfotenhauer, Angela: »›Fasse Dich Kurz‹. 90 Jahre Bauhaus – Von Dessau nach Frankfurt am Main«, in: *Monumente*, Heft 5-6/2009, S. 8–15

Vaupel, Bettina: »Weites Land für Große Kunst. Bernhard Hoetger in Worpswede und Bremen«, in: *Monumente*, Heft 1-2/2009, S. 8–15

6 Weitere kulturpolitische Themen und Felder

6.1 Interkulturelle Kulturarbeit

Bäßler, Hans: »Kulturelle Vielfalt – nur eine Proklamation?«, in: *Musikforum*, Heft 2/2009, S. 37–38

Bäßler, Kristin: »Heimat + Film = Heimatfilm?«, in: *interkultur* (regelmäßige Beilage zu *politik & kultur*), Heft 6/2009, S. 2–3

Bäßler, Kristin: »Jenseits des Multikulturalismus?«, in: *interkultur* (regelmäßige Beilage zu *politik & kultur*), Heft 5/2009, S. 8

Baur, Joachim: *Die Musealisierung der Migration. Einwanderungsmuseen und die Inszenierung der multikulturellen Nation*, Bielefeld: transcript (Kultur- und Museumsmanagement) 2009, 404 S.

Bollo, John: »Mvog Afrika«, in: Landesrat für Stadtteilkultur der Behörde für Kultur, Sport, Medien Hamburg (Hrsg.): *KulturMachtBildung. Bildungskonzepte in der Stadtteilkultur. Dokumentation des 9. Hamburger Ratschlags Stadtteilkultur*, Hamburg: Landesrat für Stadtteilkultur der Behörde für Kultur, Sport, Medien Hamburg 2009, S. 13–15

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: *Muslimisches Leben in Deutschland. Im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz*, Nürnberg: Selbstverlag (Forschungsbericht, 6) 2009, 448 S.

Burckhardt, Barbara/Sözer, Hilme: »›In was soll ich mich denn hineinintegrieren?‹« (Ein Gespräch), in: *Theater heute*, Heft 4/2009, S. 36

Burkhalter, Thomas: »Ameisen besitzen Megafone. Führen digitale Technologien zu mehr kulturelle Vielfalt?«, in: *Musikforum*, Heft 2/2009, S. 50–53

Deniz, Cengiz: »Engagement von Eltern und Jugendlichen mit türkischem Hintergrund und interkulturelle Öffnung deutscher Vereine«, in: *Theorie und Praxis der sozialen Arbeit*, Heft 1/2009, S. 21–27

Dittmar, Norbert: »Zum Phänomen der parallelweltlichen Literatur. Die migrationsliterarische Deutschstunde«, in: *interkultur* (regelmäßige Beilage zu *politik & kultur*), Heft 3/2009, S. 1–2

DOMiD (Hrsg.): *Inventur Migration. Dokumentation der Tagung vom 22./23.6.2009 in LVR-Industriemuseum, Schauplatz Oberhausen*, Köln: Selbstverlag 2009, 109 S.

Drees, Sabine: »Integration gemeinsam schaffen: Vielfalt in deutschen Städten«, in: *der städtetag*, Heft 1/2009, S. 24–26

Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur (EACEA P9 Eurydice) (Hrsg.): *Die schulische Integration von Migrantenkindern in Europa. Maßnahmen zur Förderung der Kommunikation mit Migrantenfamilien und des muttersprachlichen Unterrichts für Migrantenkinder*, Brüssel: Selbstverlag 2009, 40 S.

Ezli, Özkan/Kimmich, Dorothee/Werberger, Annette: *Wider den Kulturenzwang. Migration, Kulturalisierung und Weltliteratur*, Bielefeld: transcript (Kultur- und Medientheorie) 2009, 407 S.

Forum der Kulturen Stuttgart e. V. in Zusammenarbeit mit dem Amt für Kultur und Freizeit der Stadt Nürnberg (Hrsg.): *2. Bundesfachkongress Interkultur. Kulturelle Vielfalt und Teilhabe. Kongressdokumentation (20.–22. Oktober 2008 in Nürnberg)*, Stuttgart: Forum der Kulturen Stuttgart e. V. 2009, 109 S.

Forum Jugend und Politik in Bonn: *Interkulturelle Musikwerkstatt. Workshopdokumentation der Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn*, Bonn: Electronic ed. 2009, 13 S., nur online

Gesemann, Frank/Roth, Roland (Hrsg.): *Lokale Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft. Migration und Integration als Herausforderung von Kommunen*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2009, 719 S.

Görlach, Alexander: *Der Karikaturen-Streit in deutschen Printmedien. Eine Diskursanalyse*, Stuttgart: Ibidem (Perspektiven germanistischer Linguistik) 2009, 221 S.

Großhauser, Tobias: »Netzwerke anderer Art. Das Muggen-Geschäft. Wie integriert oder abgeschottet sind ausländische Musiker?«, in: *Das Orchester*, Heft 3/2009, S. 22–23

Handwerg, Ute: »Theater interkulturell – eine Bestandsaufnahme«, in: *interkultur* (regelmäßige Beilage zu *politik & kultur*), Heft 6/2009, S. 4

Hess, Sabine/Binder, Jana/Moser, Johannes (Hrsg.): *no integration?! Kulturwissenschaftliche Beiträge zur Integrationsdebatte in Europa*, Bielefeld: transcript (Kultur und soziale Praxis) 2009, 246 S.

Höffe, Otfried: »Koexistenz der Kulturen im Zeitalter der Globalisierung«, in: *Information Philosophie*, Heft 5/2009, S. 7–19

Hoffmann, Klaus: »In die Luft gejagt. Vom Migrantentheater zur postmigrantischen Suchbewegung«, in: *infodienst – Das Magazin für kulturelle Bildung*, Heft 92 (2009), S. 13–15

Hunger, Uwe/Kissau, Kathrin (Hrsg.): *Internet und Migration. Theoretische Zugänge und empirische Befunde*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2009, 342 S.

Hürter, Friedegard: »Lieder, die verbinden. Klingende kulturelle Vielfalt beim Workshop ›Polyphonie‹ mit Migranten in Duisburg«, in: *Neue Chorzeit*, Heft Juni/2009, S. 8–9

Huth, Susanne: »Interkulturelle Perspektive. Dialog und Kooperation mit Migrantenorganisationen«, in: *interkultur* (regelmäßige Beilage zu *politik & kultur*), Heft 5/2009, S. 2–3

Jasper, Willi (Hrsg.): *Wieviel Transnationalismus verträgt die Kultur?*, Berlin: Dr. Köster 2009, 350 S.

Kaiser, Martin: »Beim Wort genommen? Interkulturelles Lernen im Literaturcafé«, in: *Außerschulische Bildung – Materialien zur politischen Jugend- und Erwachsenenbildung*, Heft 3/2009, S. 280–287

Keskin, Hakki: *Deutsch-türkische Perspektiven. Plädoyer für eine zukunftsorientierte Integrationspolitik*, Schwalbach/Ts.: Wochenschau (Positionen) 2009, 254 S.

Laengerer, Thomas: »›Zeynep‹ – eine Geschichte, die ganz nah dran ist, am wirklichen Leben«, in: *Spiel&Bühne*, Heft 1/2009, S. 24–27

Liebau, Eckart: »Transkulturalität und Pädagogik«, in: Landesrat für Stadtteilkultur der Behörde für Kultur, Sport, Medien Hamburg (Hrsg.): *KulturMachtBildung. Bildungskonzepte in der Stadtteilkultur, Dokumentation des 9. Hamburger Ratschlags Stadtteilkultur*, Hamburg: Landesrat für Stadtteilkultur der Behörde für Kultur, Sport, Medien Hamburg 2009, S. 8–12

Lilienthal, Volker: »Integration als Programmauftrag«, in: *aus politik und zeitgeschichte*, Heft 9-10/2009, S. 6–12

Mäder, Ueli: »Angst vor dem Fremden«, in: *terra cocnita*, Heft 14 (2009), S. 86–89

Meier, Christof: »Der Wandel beginnt in der Stadt«, in: *terra cocnita*, Heft 14 (2009), S. 70–73

Moosmüller, Alois (Hrsg.): *Konzepte kultureller Differenz*, Münster: Waxmann (Münchener Beiträge zur Interkulturellen Kommunikation, 22) 2009, 270 S.

Neubauer, Flavia: »Polyphonie – Stimmen der kulturellen Vielfalt. Ein (inter-)kulturelles Bildungsangebot für die ältere Generation«, in: *interkultur* (regelmäßige Beilage zu *politik & kultur*), Heft 6/2009, S. 3–4

Öztürk, Halit: »Weiterbildung von Menschen mit Migrationshintergrund«, in: *aus politik und zeitgeschichte*, Heft 5/2009, S. 24–30

Rahal, Nadja/Roskamm, Johannes: »Kunst ist kein Heilmittel für gescheiterte Politik. O-Töne aus dem Film ›PerspektivWechsel‹ von Nadja Rahal und Johannes Roskamm«, in: *interkultur* (regelmäßige Beilage zu *politik & kultur*), Heft 4/2009, S. 2–4

Robertson-von Trotha, Caroline Y.: *Die Dialektik der Globalisierung. Kulturelle Nivellierung bei gleichzeitiger Verstärkung kultureller Differenz*, Karlsruhe: Universität Karlsruhe 2009, 142 S.

Roth, Hans-Joachim: »Jugendliche mit Migrationshintergrund – einige Thesen«, in: *aus politik und zeitgeschichte*, Heft 5/2009, S. 31–33

Rüttgers, Jürgen: »Sichtbare Begegnung. Integration und kulturelle Vielfalt«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 1/2009, S. 1–2

Scherer, Bernd M.: »Zwanzig Jahre Haus der Kulturen der Welt. Plurikulturelles Zusammenleben als Überlebensprojekt«, in: *interkultur* (regelmäßige Beilage zu *politik & kultur*), Heft 3/2009, S. 5–6

Scherz-Schade, Sven: »Interkulturelles Tutti. Migrationshintergrund steht nicht im Vordergrund: Herkunft und Orchesteralltag«, in: *Das Orchester*, Heft 3/2009, S. 18–19

Schmitt, Gabriela: »Interkulturelle Handlungskonzepte in Kunst und Kultur. Strategien interkultureller Kulturpolitik in Nordrhein-Westfalen«, in: Landesrat für Stadtteilkultur der Behörde für Kultur, Sport, Medien Hamburg (Hrsg.): *KulturMachtBildung. Bildungskonzepte in der Stadtteilkultur, Dokumentation des 9. Hamburger Ratschlags Stadtteilkultur*, Hamburg: Landesrat für Stadtteilkultur der Behörde für Kultur, Sport, Medien Hamburg 2009, S. 16–20

Schmitz, Norbert M.: »Transformationen der Hoch- in die Populärkultur«, in: *medien & zeit*, Heft 4/2009, S. 14–30

Steinmeier, Frank-Walter: »Menschen bewegen – Kulturpolitik im Zeitalter der Globalisierung. Außenminister Frank-Walter Steinmeier stellt Schwerpunkte der AKBP vor« (Auszüge aus der Rede zur Konferenz vom 23.4. 2009 im Weltsaal des AA), in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 125 (II/2009), S. 16–17

Stier, Eckehard: »Eigene Vorstellungen hinterfragen. Interkulturalität nutzen, statt sie negieren«, Interview: Sven Scherz-Schade, in: *Das Orchester*, Heft 3/2009, S. 16–17

Süssmuth, Rita: »Eingewandert nach Deutschland. Anfragen an eine Kultur des Zusammenlebens«, in: *interkultur* (regelmäßige Beilage zu *politik & kultur*), Heft 2/2009, S. 1–2

Thomasen, Henrike: »Tabufreies Theater. Mit dem Dogland-Festival hauchen Theatermacher der dritten Migranten-Generation dem Berliner ›Ballhaus‹ neues Leben ein«, in: *Die Deutsche Bühne*, Heft 3/2009, S. 12–13

Wippermann, Carsten/Flaib, Berthold Bodo: »Lebenswelten von Migrantinnen und Migranten«, in: *aus politik und zeitgeschichte*, Heft 5/2009, S. 3–11

6.2 Kultur und Nachhaltigkeit

eins. Entwicklungspolitik Information Nord-Süd, Frankfurt am Main: Verein zur Förderung der entwicklungspolitischen Publizistik e. V. (Zweimonatlich)

Dufving, Michael von: »Nachhaltigkeit zwischen Kitsch und Kunst«, in: *Ästhetik & Kommunikation*, Heft 144-145/ 2009, S. 169–175

»Heiße Luft im Garten Eden. Konzepte und Strategien nachhaltiger Entwicklung«, Heftschwerpunkt, in: *Kunst und Kirche*, Heft 4/2009, S. 5–49

Jessel, Beate/Tschimpke, Olaf/Walser, Manfred: *Produktivkraft Natur*, Hamburg: Hoffmann und Campe 2009, 155 S.

Kahl, Wolfgang: »Staatsziel Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit«, in: *Die Öffentliche Verwaltung*, Heft 1, 2009, S. 2–13

Leggewie, Claus: »Klimakultur – ein Wechsel der Perspektiven. Warum die Kulturwissenschaften die globale Erwärmung und ihre Folgen in den Blick bekommen müssen«, in: *K.West*, Heft 6/2009, S. 6–9

Petzinka, Karl-Heinz: »Stadt der Möglichkeiten. Fragen an Professor Karl-Heinz Petzinka, RUHR.2010 GmbH«, in: *Raumplanung*, Heft 143 (2009), S. 68–70

Schwenzfeier, Dirk: »Politik des rechten Maßes. Ein Plädoyer für eine nachhaltige Politik in einer freiheitlichen Gesellschaft«, in: *die politische Meinung*, Heft 4/2009, S. 75–76

Spielmann, Walter (Hrsg.): *Die Einübung des anderen Blicks. Gespräche über Kunst und Nachhaltigkeit*, Salzburg: Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen 2009, 232 S.

6.3 Events, Festivals, Freizeitkultur, Tourismus

»Städtetourismus« (Schwerpunktthema), in: *Geographische Rundschau*, Heft 2/2009, S. 4–48

Boberg, Kristin (Hrsg.): *Dokumentation des Symposiums: Kulturtourismus – Zukunft für die Historische Stadt. Nachhaltiges und wirtschaftliches Stadtmanagement durch interdisziplinäres Handeln; 16. November 2007, Altes Rathaus, Potsdam*, Weimar: VDG 2009, 124 S.

Brähmig, Klaus: »Kulturtourismus aus Sicht der Tourismuspolitik«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 3/2009, S. 25

Buder, Bernd: »Autorenkino und deutsche Zuschauer. Die türkische Filmwoche Berlin fand zum siebten Mal statt«, in: *interkultur* (regelmäßige Beilage zu *politik & kultur*), Heft 3/2009, S. 6–7

Burgbacher, Ernst: »Produktiv und profitabel, mitunter auch spannungsvoll. Das Wechselverhältnis von Kultur und Tourismus «, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 3/ 2009, S. 27

Buri, Heinz: »Kultur und Tourismus – zwei notorische Lieblingsfeinde? Über das Verhältnis von Kulturschaffenden und Touristikern«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 3/2009, S. 22–23

Haffke, Jürgen: *Kulturlandschaften und Tourismus. Historisch-geographische Studien in Ahrtal und Hocheifel (Nürburgring)*, Bonn 2009, 338 S.

Hecht, Julika Sophie: »Meermusik. Klassik auf hoher See«, in: *Das Orchester*, Heft 10/2009, S. 10–12

Hedorfer, Petra: »Liebesheirat oder Zwangsehe? Kultur und Tourismus«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 3/ 2009, S. 23–24

Hemme, Dorothee: *Märchenstraßen – Lebenswelten. Zur kulturellen Konstruktion einer touristischen Themenstraße*, Münster u. a.: LIT 2009, 521 S.

Hepp, Andreas/Vogelgesang, Waldemar (Hrsg.): *Populäre Events. Medienevents, Spielevents, Spaßevents*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (Erlebniswelten, 4) 2009 (2. überarb. Auflage), 304 S.

Kekulé, Sylvia: *Die Woodstock Story. Entstehung eines Mythos 1854–1969*, München: Allitera 2009, 235 S. [????]

Kurth, Undine: »Reiseziel Welterbe. Potenziale und Probleme des Kulturtourismus«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 3/2009, S. 28

Lenz, Ramona/Salein, Kirsten/Eckert, Kathrin: *Kulturtourismus. Ethnografische Recherchen im Reiseraum Europa*, Frankfurt am Main: Inst. für Kulturanthropologie und Europ. Ethnologie (Kulturanthropologie-Notizen, 79) 2009, 300 S.

Pawelski, Rita/Börnsen, Wolfgang: »Berührungsängste, Vorurteile, Abhängigkeiten. Starker Kulturtourismus, starke Kultur- und Kreativwirtschaft«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 3/2009, S. 24–25

Rakow, Christian: »Die Vorstadt als Kunstwerk. Echt! 7. Festival ›Politik im Freien Theater‹«, in: *Theater heute*, Heft 1/2009, S. 22–29

Richter, Andreas: »Sommerfrische? Festspielzeit für Musiker und Publikum«, in: *Das Orchester*, Heft 7-8/2009, S. 10–13

Schmidt-Ott, Thomas: »Kreuzfahrt, Klassik, Revenue. Was der Klassikbetrieb von der Tourismus- und Kreuzfahrtbranche lernen kann«, in: *Das Orchester*, Heft 10/2009, S. 29–31

Schoos, Thomas: »Klingende Kassen. Das Musikfestival als Unternehmen«, in: *Das Orchester*, Heft 7-8/2009, S. 21–23

Seifert, Ilja: »Reisen für Alle. Touristen als Publikum«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 3/2009, S. 27–28

Sinsch, Sandra: »Mangelndes Angebot. Bundesweite Umfrage zu alterspezifischen Angeboten für die Generation 50+ und drei besonders gelungene Beispiele«, in: *Das Orchester*, Heft 1/2009, S. 24–28

Wagner-Pasquier, Eva/Wagner, Katharina/Tiedemann, Ralf: »Wachwechsel in Bayreuth. Ein Gespräch«, in: *Das Opernglas*, Heft 7-8/2009, S. 58–63

Wirth, Sabine: »Bunnies of all country, unite. Echt! 7. Festival ›Politik im Freien Theater‹«, in: *Theater der Zeit*, Heft 1/2009, S. 60–61

Wistuba, Engelbert/Damaros, Kay-Uwe von: »Kultur und Tourismus – eine Schicksalsgemeinschaft«, in: *Politik und Kultur (puk)*, Heft 3/2009, S. 26

6.4 Kultur und Kunst als Beruf

Andrian, Bettina von: »Das Museum und seine freien Mitarbeiter. Fachkonferenz des Hessischen Museumsverbandes am 4. Juli 2009 in Frankfurt am Main, Museum für Kommunikation«, in: *Mitteilungen*, Heft 37 (2009), S. 58–60

Bastian, Hans Günther: »Musiker sein: Zwischen Beruf und Berufung. Im Gespräch mit erfolgreichen Berufsmusikern«, Teil 1, in: *Das Orchester*, Heft 11/2009, S. 38–39

Bastian, Hans Günther: »Musiker sein: Zwischen Beruf und Berufung. Im Gespräch mit erfolgreichen Berufsmusikern«, Teil 2, in: *Das Orchester*, Heft 12/2009, S. 34–36

Beer, Bettina/Klocke-Daffa, Sabine/Lütkes, Christiana (Hrsg.): *Berufsorientierung für Kulturwissenschaftler. Erfahrungsberichte und Zukunftsperspektiven*, Berlin: Reimer 2009, 305 S.

Bolwin, Rolf: »Soziale Lage der darstellenden Künstler an den öffentlich getragenen Theatern«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 125 (II/2009), S. 37–39

Borer, Katrin/Dätwyler, Brigitte/Henke, Silvia/Niehaus, Susanna: *Frauen und Männer auf der Kunstlaufbahn. Ein Forschungsbericht zur sozialen Situation von Abgängerinnen und Abgängern der Kunsthochschule Luzern*, Luzern: interact (Organ 3 – Schriftenreihe der Hochschule Luzern Design & Kunst) 2009, 76 S.

Bork, Magdalena: »Von der Berufung zum Beruf. Musikerausbildung in Österreich auf dem Prüfstein«, in: *Das Orchester*, Heft 4/2009, S. 33–34

Bork, Magdalena: »Was vom musikalischen Traum übrig bleibt. Hochschulabsolventen und ihr Weg in den Musikberuf«, in: *nmz-Hochschulmagazin* (halbjährliche Beilage zur *neuen musikzeitung*), Heft 1/2009, S. 2–3

Brater, Michael: »›Exzellente Orientierung‹. Über künstlerische Bildung und Berufsarbeit«, in: *infodienst – Das Magazin für kulturelle Bildung*, Heft 94 (2009), S. 9–11

Freundt, Michael: »Die Mobilitätsdebatte auf dem Internationalen Symposium ›Report Darstellende Künste‹«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 125 (II/2009), S. 46–47

Haak, Carroll: »Die Arbeitsmärkte der darstellenden Künstler. Arbeitsplatzunsicherheit und geringe Einkünfte«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 125 (II/2009), S. 30–31

Herdlein, Hans: »Bühnenangehörige – Vom Arbeitnehmer zum (Schein-)Selbstständigen«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 125 (II/2009), S. 40–42

Herdlein, Hans: »Fördernde Kulturpolitik – gegen Scheinselbstständigkeit und Notlagenverträge«, in: *bühnengenossenschaft*, Heft 5/2009, S. 4–5

Jeschonnek, Günter: »Sozialgesetze, gerechte Honorare und Erhöhungen der Förderbudgets. Theater- und Tanzschaffende fordern Reformen«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 125 (II/2009), S. 26–27

Kelleter, Kai: »Selbstständige in Deutschland. Ergebnisse des Mikrozensus 2008«, in: *Wirtschaft und Statistik*, Heft 12/2009, S. 1204–1217

Kemmelmeyer, Karl-Jürgen (Hrsg.): *Zukunft der Musikberufe. Dokumentation und Auswertung des Expertenkongresses Rheinsberg 9. bis 11. März 2007*, Hannover: Institut für Musikpädagogische Forschung der Hochschule für Musik und Theater Hannover 2009, 210 S.

Kemmelmeyer, Karl-Jürgen: »Musikberufe im Fokus«, in: *Musikforum*, Heft 4/2009, S. 62–63

Kohlhaas, Manfred: »Das ›Schweizer Modell‹«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 125 (II/2009), S. 48–49

Könemann, Tobias: »Mehr als eine Gewerkschaft«, in: *oper&tanz*, Heft 1/2009, S. 6–8

Münter, Ulrike: »Arbeits- und perspektivlos? Über deutsche und französische Modelle zur Berufsvorbereitung mit Kunst und Kultur«, in: *infodienst – Das Magazin für kulturelle Bildung*, Heft 94 (2009), S. 20–21

Peez, Georg (Hrsg.): *Kunstpädagogik und Biografie. 52 Kunstlehrerinnen und Kunstlehrer erzählen aus ihrem Leben. Professionsforschung mittels autobiografisch-narrativer Interviews*, München: kopaed 2009, 795 S. (mit CD-ROM)

Sinsch, Sandra: »Das Leben nach dem Musikstudium. Fünf Jahre nach dem Absolventen-Projekt«, in: *Das Orchester*, Heft 4/2009, S. 13–15

Sinsch, Sandra: »Ein starkes Gemeinschaftsgefühl. Viele Berufsmusiker haben ihre Wurzeln in Blasorchestern«, in: *Das Orchester*, Heft 9/2009, S. 15–17

Sinsch, Sandra: »Querdenker für den Kulturbetrieb. Das Berufsfeld des Orchestermanagers wandelt sich«, in: *Das Orchester*, Heft 11/2009, S. 28–29

6.5 Bürgerschaftliches Engagement, Freiwilligenarbeit, Ehrenamt

Alscher, Mareike/Dathe, Dietmar/Priller, Eckhard/Speth, Rudolf (Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung): *Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland*, Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) 2009, 222 S.

Alscher, Mareike/Dathe, Dietmar/Priller, Eckhard/Speth, Rudolf (Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialfor-

schung): *Monitor Engagement. Nr. 1: Nationaler und internationaler Stand der Engagementforschung*, Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) 2009, 38 S.

Alscher, Mareike/Dathe, Dietmar/Priller, Eckhard/Speth, Rudolf: »Handeln für das Gemeinwohl. Eine differenzierte Bilanz bürgerschaftlichen Engagements«, in: *WZB-Mitteilungen*, Heft 125 (September/2009), S. 36–39

ARD-Generalsekretariat/Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (Hrsg.): *Bürgerschaftliches Engagement im Spiegel der Medien. Von den Helden des Alltags bis zur gesellschaftspolitischen Diskussion, Eine gemeinsame Fachtagung von ARD und Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) anlässlich der ARD-Themenwoche 2009 am 6. Mai 2009, Landesvertretung Niedersachsen*, Berlin, Berlin: Selbstverlag 2009, 51 S.

Baldas, Eugen (Hrsg.): *Talente einsetzen – Solidarität stiften. Modellprogramm Generationsübergreifende Freiwilligendienste*, Freiburg im Breisgau: Lambertus 2009, 391 S.

Biedermann, Christiane/Hellmann, Bernadette: »Förderpreis aktive Bürgerschaft: mehr als Geld und schöne Worte. Was Anerkennung vor Ort bewirken kann«, in: *Forum Wohnen und Stadtentwicklung*, Heft 1/2009, S. 13–17

Birnkraut, Gesa: »Corporate-Volunteering – Nutzen für Kultur und Wirtschaft«, in: *stadtkultur magazin*, Heft 10/2009, S. 11–12

Bode, Ingo/Evers, Adalbert/Klein, Ansgar (Hrsg.): *Bürgergesellschaft als Projekt. Eine Bestandsaufnahme zu Entwicklung und Förderung zivilgesellschaftlicher Potenziale in Deutschland*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (Bürgergesellschaft und Demokratie, 29) 2009, 345 S.

Bode, Rainer: »Bürokratieabbau, Vereinfachung der Zuwendungspraxis und Verwaltungsmodernisierung – geht das zusammen?«, in: *AWV-Informationen special (Arbeitsgemeinschaft für wirtschaftliche Verwaltung e. V.)*, Heft IV/2009, S. 24–39

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) (Hrsg.): *Nationales Forum für Engagement und Partizipation. Erster Zwischenbericht*, Berlin: Selbstverlag 2009, 261 S.

Corsten, Michael/Seidel, Romy: »Re-Aktiviert bürgerschaftliches Engagement?«, in: *WSI Mitteilungen*, Heft 20 (2009), S. 567–572

Deutscher Bundestag: »Einrichtung eines Jugendfreiwilligendienstes ›kulturweit‹. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN«, Berlin: *Drucksache* 16/12574 (6.4.2009)

Deutscher Bundestag: »Umsatzsteuer auf bürgerschaftliches Engagement. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der der FDP«, Berlin: *Drucksache* 16/11868 (6.2.2009)

Drees, Sabine: »Bürgerengagement in den Städten«, in: *Der Städtetag*, Heft 1/2009, S. 11–13

Dürr, Christiane: »Bürgerschaftliches Engagement, neue und vielfältige Formen der Mitwirkung, das Gemeindenetzwerk wächst«, in: *Die Gemeinde BWGZ*, Heft 12/2009, S. 640–642

Elbl, Martin: *kultur.macht.partizipation – Freiwilliges Engagement und seine Einbindung am Beispiel von Hamburger Kulturinstitutionen und -projekten*, Bonn: Stiftung MITARBEIT (mitarbeiten.skript, 3) 2009, 34 S.

Fleisch, Hans: »›Geben gibt‹. Kampagne stärkt bürgerschaftliches Engagement«, in: *Der Städtetag*, Heft 1/2009, S. 14–16

Freudenschuß, Magdalena: »Zu kurz gegriffen, vereinnahmt, abzuhaken! Anmerkungen zu Ehrenamtlichkeit in Zeiten der Prekarisierung«, in: *Kulturrisse*, Heft 3/2009, S. 12–15

Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): *Für moderne und realistische Altersbilder. Der Beitrag des bürgerschaftlichen Engagements älterer Menschen*, Berlon 2009, 43 S.

Gensicke, Thomas/Olk, Thomas/Reim, Daphne/Schmithals, Jenny/Dienel, Liudger: *Entwicklung der Zivilgesellschaft in Ostdeutschland. Quantitative und qualitative Befunde*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (Empirische Studien zum bürgerschaftlichen Engagement) 2009, 221 S.

Haasis, Heinrich: »Anerkennung für engagierte Mitbürgerinnen und Mitbürger«, in: *der städtetag*, Heft 1/2009, S. 20–21

Jakob, Gisela: »Anerkennungskultur als Ausdruck einer Modernisierung des freiwilligen Engagements«, in: Forum Wohnen und Stadtentwicklung, Heft 1, 2009, S. 3–6

Krondorfer, Birge: »Plädoyer fürs unbezahlbare Tätigsein. Politische Arbeit in der Frauenbewegung«, in: *Kulturrisse*, Heft 3/2009, S. 20–23

Krüger, Roland: »Bürgerschaftliches Engagement, hohes Potential in der Kommune«, in: *Der Städtetag*, Heft 1/2009, S. 17–19

Kuhn-Friedrich, Andreas: »Eckpunkte des Deutschen Vereins zum sozialen bürgerschaftlichen Engagement im Gemeinwesen«, in: *Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge,* Heft 1/2009, S. 529–533

Landeszentrale für politische Bildung, Baden-Württemberg (Hrsg.): *Grenzen-Los! Freiwilliges Engagement in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Dokumentation zur Internationalen Vernetzungskonferenz Konstanz, 16./17. Februar 2009,* Stuttgart: Landeszentrale für politische Bildung, Baden-Württemberg (Kunst und Kulturmanagement) 2009, 118 S.

Leyen, Ursula von der: »Bürgerengagementpolitik wirksam gestalten«, in: *Der Städtetag*, Heft 1/2009, S. 8–10

Liebig, Reinhard: *Freiwilligendienste. Außerschulische Bildungsinstitution für benachteiligte junge Menschen*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (Empirische Studien zum bürgerschaftlichen Engagement) 2009, 106 S.

Michalitsch, Gabriele: »Ins Soziale investieren. Professionalisierung ehrenamtlicher Arbeit als krisenpolitische Strategie«, in: *Kulturrisse*, Heft 3/2009, S. 16–19

Müller-Uri, Fanny: »Immer nicht deutsch ... Kritische Bemerkungen zum Buch ›Integration durch Engagement? Migrantinnen und Migranten auf der Suche nach Inklusion‹«, in: *Kulturrisse*, Heft 3/2009, S. 28–29

Notz, Gisela/Freudenschuß, Magdalena/Michalitsch, Gabriele u. a.: »Freiwilligenengagement und Ehrenamt« (Schwerpunktthema), in: *Kulturrisse*, Heft 3/2009, S. 8–29

Notz, Gisela: »Ehrenamt zwischen Ausbeutung und Emanzipation. Ambivalenzen der ehrenamtlichen Arbeit unter kapitalistischen Bedingungen«, in: *Kulturrisse*, Heft 3/2009, S. 8–11

Olk, Thomas: »Engagementpolitik, ein neues Politikfeld und seine Probleme«, in: *Der Städtetag*, Heft 1/2009, S. 5–7

Ovey, Joey-David/Sharma, Manon Rani: »Bürgerschaftliches Engagement: Status Quo«, in: *AWV-Informationen special (Arbeitsgemeinschaft für wirtschaftliche Verwaltung e. V.)*, Heft IV/2009, S. 13–15

Pfisterer, Petra: »›Bürokratieentlastung des Dritten Sektors und des bürgerschaftlichen Engagements‹ – konzeptionelle Grundlagen und Arbeitsinhalte«, in: *AWV-Informationen special (Arbeitsgemeinschaft für wirtschaftliche Verwaltung e. V.)*, Heft IV/2009, S. 36–39

Reifenhäuser, Carola/Hoffmann, Sarah G./Kegel, Thomas: *Freiwilligen-Management*, Augsburg: ZIEL 2009, 123 S.

Roth, Roland: »Die Bedeutung des Bürgerschaftlichen Engagements für die Zukunftsfähigkeit der Kommunen«, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, Heft 3/2009, S. 123–130

Schäfer, Claire Kim: *Corporate Volunteering und professionelles Freiwilligen-Management. Eine organisationssoziologische Betrachtung*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2009, 124 S.

Sommer-Loeffen, Karen (Hrsg.): *Systematische Ehrenamtsarbeit. Eine Praxishilfe für Kirche und Diakonie*, Düsseldorf: Medienverb. der EKiR 2009, 226 S.

Sprengel, Rainer: »Bürgerschaftliches Engagement in Deutschland – Hintergründe, Zahlen und Fakten«, in: *AWV-Informationen special (Arbeitsgemeinschaft für wirtschaftliche Verwaltung e. V.)*, Heft IV/2009, S. 8–12

Strachwitz, Rupert Graf: »Bürgerschaftliches Engagement als Beitrag zur Innovation in Europa«, in: Matthias Theodor Vogt/Jan Sokol/Beata Ociepka/Beata Mikolajczyk (Hrsg.): *Bedingungen europäischer Solidarität*, Frankfurt am Main u. a.: Peter Lang (Schriften des Collegium Pontes, 1) 2009, S. 131–145

Strauß, Susanne: »Ehrenamt in Deutschland und Großbritannien – Sprungbrett zurück auf den Arbeitsmarkt?«, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Heft 4/2009, S. 647–670

Titelbach, Werner: »Räume möglicher Anerkennung. Selbstbestimmte Arbeit zwischen freiwilligem Engagement und Lohnabhängigkeit«, in: *Kulturrisse*, Heft 3/2009, S. 24–27

Tracht, Christian: »Welchen Wert besitzt freiwilliges Engagement?«, in: *Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge*, Heft 2/2009, S. 68–71

Vette, Markus: *Ehrenamt? Ehrensache! Zur Entwicklung der Sozialpolitik in Brandenburg*, Werder (Havel): Eugenia Verlag Markus Vette 2009, 204 S.

Weiss, Andreas: »Anstoß zum gesellschaftlichen Engagement. Bilanz der vierten ARD-Themenwoche ›Ist doch Ehrensache‹«, in: *Media Perspektiven*, Heft 8/2009, S. 382–388

Wieblitz, Albert: *12 Standards für das Ehrenamt. Checkbögen und Material*, Hannover: Haus kirchlicher Dienste 2009 (2. Aufl.), 30 S.

Wolf, Tobias Michael: »Ehrenamt in der Denkmalpflege. Preisverleihung am 24. Oktober 2009 in der Rotunde des Schlosses Biebrich in Wiesbaden«, in: *Denkmalpflege & Kulturgeschichte*, Heft 4/2009, S. 42–43

Kulturpolitische Institutionen, Gremien, Verbände

Europa

Europarat/Council of Europe
Directorate of Culture and
Cultural and Natural Heritage
Director: Robert Palmer
Directorate General IV
New General Building 1,
quai Jacoutot, 67000 Strasbourg Cedex
FRANKREICH
Tel.: ++33-3-88 41-2250, Fax: ++33-3-88 41-2783
robert.palmer@coe.int, www.coe.int/culture

Steering Committee for Culture (CDCULT)
Secretary: Kathrin Merkle
Tel.: ++33-3-88 41-2884, Fax: ++33-3-88 41-3782
kathrin.merkle@coe.int

Information Manager: Gesa Büttner
Tel.: ++33-3-88 41-2642, Fax: ++33-3-88 41-2783
gesa.buttner@coe.int

Europäisches Parlament
Ausschuss für Kultur und Bildung
Bât. Altiero Spinelli, 10E102
60, rue Wiertz, 1047 Bruxelles
BELGIEN
www.europarl.europa.eu

Vorsitzende: Doris Pack
Tel.: ++32-2-28-45310, Fax: ++32-2-28-49310
doris.pack@europarl.europa.eu

Stellv. Vorsitzende: Timo Soini
Tel.: ++32-2-28-45757, Fax: ++32-2-28-49757
timo.soini@europarl.europa.eu
Dr. Helga Trüpel
Tel.: ++32-2-28-45140/47140, Fax: ++32-2-28-49140
helga.truepel@europarl.europa.eu
Lothar Bisky
Tel.: ++32-2-28-45834, Fax: ++32-2-28-49834
lothar.bisky@europarl.europa.eu
Morten Løkkegaard
Tel.: ++32-2-28-45571, Fax: ++32-2-28-49571
morten.lokkegaard@europparl.europa.eu

Informationsbüro für Deutschland – Berlin
Leiter: Frank Piplat
Unter den Linden 78, 10117 Berlin
Tel.: 030-2280-1000, Fax: 030-2280-1111
epberlin@europarl.europa.eu, www.europarl.de

Informationsbüro München
Leiter: Paul Kubosch
Erhardtstraße 27, 80469 München
Tel.: 089-2020-879-0, Fax: 089-2020-879-73
epmuenchen@europarl.europa.eu

Europäische Kommission
200 Rue de la Loi/Wetstraat 200, 1049 Brüssel

Kommissarin für Bildung, Kultur, Mehrsprachigkeit und Jugend: Androulla Vassiliou
Tel.: ++32-2-29-88716,
Fax: ++32-2/29-99201, -50143
androulla.vassiliou@ec.europa.eu, http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/vassiliou/index_de.htm

Kommissarin für Justiz, Grundrechte und Bürgerschaft:
Vizepräsidentin Dr. Viviane Reding
Tel.: ++32-2-29-81600, Fax: ++32-2-299-9201
viviane.reding@ec.europa.eu, http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/reding/index_de.htm

Vertretung in der Bundesrepublik Deutschland
Leiter: Matthias Petschke
Unter den Linden 78, 10117 Berlin
Tel.: 030-2280-2000, Fax: 030-2280-2222
eu-de-kommission@ec.europa.eu
www.eu-kommission.de

Regionalvertretung Bonn
Leitung: Dr. Stephan Koppelberg
Bertha-von-Suttner-Platz 2–4, 53111 Bonn
Tel.: 0228-53009-22, Fax: 0228-53009-50
eu-de-bonn@ec.europa.eu

Regionalvertretung München
Leitung: Dr. Henning Arp
Erhardtstraße 27, 80469 München
Tel.: 089-242448-0, Fax: 089-242448-15
eu-de-muenchen@ec.europa.eu

Generaldirektion Bildung und Kultur (GD EAC)
GenDir Odile Quintin
Tel.: ++32-2-29-92277, Fax: ++32-2-29-96641
eac-info@ec.europa.eu, http://ec.europa.eu

Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur (EACEA)
Avenue du Bourget/ Bourgetlaan 1, 1130 Brüssel
Tel.: ++32-2-29-93718, Fax: ++32-2-29-98282
eacea-info@ec.europa.eu, http://eacea.ec.europa.eu

Cultural Contact Point Germany (CCP)
Geschäftsführer: Dr. Norbert Sievers
Leitende Referentin: Sabine Bornemann
Haus der Kultur
c/o Kulturpolitische Gesellschaft e. V.
Weberstraße 59 a, 53113 Bonn
Tel.: 0228-20135-0, Fax: 0228-20135-29
info@ccp-deutschland.de, www.ccp-deutschland.de

Kontaktstelle Deutschland »Europa für Bürgerinnen und Bürger« bei der *Kulturpolitischen Gesellschaft e. V.*
Leiterin: Christine Wingert-Beckmann
Haus der Kultur,
Weberstraße 59 a, 53113 Bonn
Tel.: 0228-201 67-21, Fax: 0228-201 67-32
info@kontaktstelle-efbb.de, www.kontaktstelle-efbb.de

Institutionen auf Bundesebene

Bundespräsidialamt (BPrA)
Schloss Bellevue
Spreeweg 1, 10557 Berlin
Tel.: 030-2000-0, Fax: 030-2000-1999
bundespraesidialamt@bpra.bund.de oder
bundespraesident@bpra.bund.de
www.bundespraesident.de

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung
Kultur und Medien; Pressearbeit BKM
Leiter: MinR Dietrich Graf von der Schulenburg
Dorotheenstraße 84, 10117 Berlin
Tel.: 03018-272-3344, Fax: -272-3259
pressestelle-BKM@bpa.bund.de
www.bundesregierung.de

Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM)
Staatsminister Bernd Neumann, MdB
Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Straße 1, 10557 Berlin
Tel.: 03018-400-2060, Fax: -400-1808

Leiterin der Abteilung Kultur und Medien:
MinDir'n Dr. Ingeborg Berggreen-Merkel
Tel.: 03018-400-2700, Fax: -400-2361

Dienstsitz der Behörde in Berlin
Stresemannstraße 94, 10963 Berlin
Tel.: 030 18681 3543

Dienstsitz der Behörde in Bonn
Graurheindorfer Str. 198, 53117 Bonn
Postfach 17 02 86, 53028 Bonn
Tel.: 022899-681-0
poststelle@bkm.bmi.bund.de
www.kulturstaatsminister.de

Gruppe K 1 – Grundsatzfragen der Kulturpolitik, Zentrale Angelegenheiten:
MinDirig Michael Tietmann
Tel.: Bonn -3737, Fax: -3897

Gruppe K 2 – Kunst- und Kulturförderung:
Dr. Sigrid Bias-Engels
Tel.: Berlin -4902, Bonn -3636, Fax: -3897

Gruppe K 3 – Medien und Film, Internationales:
MinDirig Hans-Ernst Hanten
Tel.: Berlin -4908, Bonn -3666, Fax: -3833

Gruppe K 4 – Geschichte, Erinnerung:
MinDirig Dr. Michael Roik
Tel.: Bonn -3633, Fax: -3866

Auswärtiges Amt (AA)
Ref. 609 – Abteilung für Kultur und Kommunikation
MinDirig Werner Wnendt
Werderscher Markt 1, 10117 Berlin
Tel.: 03018-17-2209, Fax: 03018-17-4981
poststelle@auswaertiges-amt.de
www.auswaertiges-amt.de

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)
Ref. 326 – Kulturelle Bildung
Dr. Gisela Steffens
Heinemannstr. 2, 53175 Bonn
Tel.: 022899-57-3516, Fax: 022899-57-8-3516
gisela.steffens@bmbf.bund.de, www.bmbf.de

Bundesministerium der Justiz (BMJ)
Ref. III B 3 – Urheber- und Verlagsrecht
MinR Dr. Irene Pakuscher
Mohrenstraße 37, 10117 Berlin
Tel.: 03018-580-9323, Fax: 03018-580-9525
irene-pakuscher@bmj.bund.de, www.bmj.bund.de

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)
Ref. 502 – Jugend und Bildung, Kinder- und Jugendplan,
RefL Hans-Peter Bergner
Ref. 503 Jugend und Medien, N.N.
Rochusstr. 8–10, 53123 Bonn
Tel.: 022899-555-2209, Fax: -555-4807
poststelle@bmfsfj.bund.de, www.bmfsfj.de

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Ref. 204 - Menschenrechte; Gleichberechtigung der Geschlechter; Kultur und Entwicklung
MinR'in Marita Steinke
Dahlmannstraße 4, 53113 Bonn
Tel.: 022899-535-3710
poststelle@bmz.bund.de, www.bmz.de

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
www.bundestag.de
030 2270
mail@bundestag.de

Ausschuss für Kultur und Medien
Vorsitzende: Monika Grütters, MdB
Stellv. Vorsitzende: Angelika Krüger-Leißner, MdB

Unterausschuss Neue Medien
Vorsitzender: Sebastian Blumenthal, MdB
Stellvertreter: Herbert Behrens, MdB

Leiterin des Sekretariats: Cornelia Beek
Tel.: 030-227-34006, Fax: 030-227-36502
kulturausschuss@bundestag.de

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Vorsitzende: Sibylle Laurischke, MdB
Stellv. Vorsitzende: Christel Humme, MdB
Leiterin des Sekretariats: Monika Jantsch
Tel.: 030-227-37474, Fax: 030-227-36805
familienausschuss@bundestag.de

Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement
Vorsitzender: Markus Grübel, MdB
Stellv. Vorsitzende: Ute Kumpf, MdB
Leiter des Sekretariats: Hardo Müggenburg
Tel.: 030-227-33582, Fax: 030-227-36581
buergerschaftliches.engagement@bundestag.de

Auswärtiger Ausschuss
Unterausschuss Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik
Vorsitzender: Dr. Peter Gauweiler, MdB
Stellvertreter: Harald Leibrecht, MdB
Sekretariat: Gudrun Ludwig
Tel.: 030-227-33046, Fax: 030-227-36131
gudrun.ludwig@bundestag.de

CDU/CSU-Fraktion
Kulturpolitischer Sprecher (Arbeitgruppe Kultur und Medien): Wolfgang Börnsen, MdB
Tel.: 030-227-77377, Fax: 030-227-76377
wolfgang.boernsen@bundestag.de, www.cducsu.de

CSU-Landesgruppe
Arbeitskreis I: Innen und Recht, Kommunalpolitik, Sport und Ehrenamt, Kultur und Medien
Vorsitzender: Stephan Mayer, MdB
Tel.: 030-227-74932, Fax: 030-227-76781
stephan.mayer@bundestag.de, www.csu-landesgruppe.de

SPD-Fraktion
Kulturpolitische Sprecher (Arbeitsgruppe Kultur und Medien): Siegmund Ehrmann, MdB
Tel.: 030-227-77654, Fax: 030-227-76654
siegmund.ehrmann@bundestag.de, www.spdfraktion.de

FDP-Fraktion
Kulturpolitischer Sprecher: Reiner Deutschmann, MdB
Tel.: 030-227-72023, Fax: 030-227-76682
reiner.deutschmann@bundestag.de
www.fdp-fraktion.de

Sprecher für Medienpolitik: Burkhardt Müller-Sönksen
Tel.: 030-227-74460, Fax: 030-227-74463
burkhardt.mueller-soenksen@bundestag.de
www.fdp-fraktion.de

Arbeitskreis VI:
Innovation, Gesellschaftspolitik und Kultur
Vors.: Patrick Meinhardt, MdB
Tel.: 030-227-74287, Fax: 030-227-76287
patrick.meinhardt@bundestag.de, www.fdp-fraktion.de

Fraktion *DIE LINKE*
Kulturpolitische Sprecherin: Dr. Lukrezia Jochimsen, MdB
Tel.: 030-227-77157, Fax: 030-227-76856
lukrezia.jochimsen@bundestag.de, www.linksfraktion.de

Arbeitskreis III: Innovation, Bildung, Wissenschaft, Kultur, Medien
Leiterin: Dr. Petra Sitte, MdB
Tel.: 030-227-71421, Fax: 030-227-76518
petra.sitte@bundestag.de, www.linksfraktion.de

Fraktion *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN*
Kulturpolitische Sprecherin: Agnes Krumwiede, MdB
Tel.: 030-227-71617
agnes.krumwiede@bundestag.de
www.gruene-bundestag.de

Arbeitskreis V: Wissensgesellschaft und Generationen (u. a. Bildung, Kultur, Medien)
Polit. Koordination: Ekin Deligöz
Tel.: 030-227-71506, Fax: 030-227-76834
ekin.deligoez@bundestag.de,
www.gruene-bundestag.de

Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)
Präsident: Thomas Krüger
Adenauerallee 86, 53113 Bonn
Tel.: 022899-515-0, Fax: 022899-515-113
info@bpb.de, www.bpb.de

Goethe-Institut e. V.
Präsident: Prof. Dr. h. c. Klaus-Dieter Lehmann
Generalsekretär: Dr. Hans-Georg Knopp
Zentrale: Dachauer Str. 122, 80637 München
Tel.: 089-15921-0, Fax: 089-15921-450
info@goethe.de, www.goethe.de

Institut für Auslandsbeziehungen e. V. (ifa)
Präsidentin: Ursula Seiler-Albring
Generalsekretär: Ronald Grätz
Charlottenplatz 17, 70173 Stuttgart
Tel.: 0711-2225-0, Fax: 0711-2264346
info@ifa.de, www.ifa.de

Haus der Kulturen der Welt
Intendant: Dr. Bernd M. Scherer
John-Foster-Dulles-Allee 10, 10557 Berlin
Tel.: 030-39787-160, Fax: 030-394 8679
info@hkw.de, www.hkw.de

Deutsch-Französischer Kulturrat
Präsident: Nele Hertling
Generalsekretärin: Eva Hoffmann-Müller
Deutsches Generalsekretariat
Heuduckstraße 1, 66117 Saarbrücken
Tel.: 0681-501-1225/-1226, Fax: 0681-501-1269
sb@dfkr.org, www.dfkr.org

Deutsche UNESCO-Kommission e. V. (DUK)
Präsident: Minister a.D. Walter Hirche
Generalsekretär: Dr. Roland Bernecker
Kulturreferentin: Christine M. Merkel
Colmantstr. 15, 53115 Bonn
Tel.: 0228-60497-0, Fax: 0228-60497-30
sekretariat@unesco.de, www.unesco.de

Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (BKGE)
Direktor: Prof. Dr. Matthias Weber
Johann-Justus-Weg 147 a, 26127 Oldenburg
Tel.: 0441-96195-0, Fax: 0441-96195-33
bkge@uni-oldenburg.de, www.bkge.de

Institutionen auf Länderebene

Bundesrat
Ausschuss für Kulturfragen
Vorsitzender: Minister Christoph Matschie (TH)
Ausschussbüro: MinR Ulrich Raderschall
Bundesrat, 11055 Berlin
Tel.: 030-18-9100-150, Fax: 030-18-9100-400
bundesrat@bundesrat.de, www.bundesrat.de

Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland
Generalsekretär: MinDir Prof. Dr. Erich Thies
Abt. Kunst und Kultur: RD'in Halina Makowiak
Kulturausschuss
Vorsitzender: MinDir Toni Schmid (BY)
Lennéstr. 6, 53113 Bonn
Tel.: 0228-501-601, Fax: 0228-501-777
poststelle@kmk.org, www.kmk.org

Baden-Württemberg

Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst
Minister Prof. Dr. Peter Frankenberg
Königstraße 46, 70173 Stuttgart
Tel.: 0711-279-0, Fax: 0711-279-3080
presse@mwk.bwl.de, www.mwk-bw.de

Landtag von Baden-Württemberg
Haus des Landtags
Konrad-Adenauer-Straße 3, 70173 Stuttgart
Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst
Ausschuss für Schule, Jugend und Sport
Tel.: 0711-2063-0, Fax: 0711-2063-299
post@landtag-bw.de, www.landtag-bw.de

Bayern

Bayerisches Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst
Staatsminister Dr. Wolfgang Heubisch, MdL
Salvatorstraße 2, 80333 München
Tel.: 089-2186-0, Fax: 089-2186-2800
poststelle@stmwfk.bayern.de
www.stmwfk.bayern.de

Bayerischer Landtag
Maximilianeum, 81627 München
Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur
Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport
Tel.: 089-4126-0, Fax: 089-4126-1392
landtag@bayern.landtag.de
www.bayern.landtag.de

Berlin

Der Regierende Bürgermeister von Berlin – Senatskanzlei – Kulturelle Angelegenheiten
Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit
Staatssekretär für Kultur: André Schmitz
Brunnenstr. 188–190, 10119 Berlin
Tel.: 030-90228-200, Fax: 030-90228-459
andre.schmitz@kultur.berlin.de
www.berlin.de/sen/kultur/index.html

Abgeordnetenhaus von Berlin
Niederkirchnerstr. 5, 10111 Berlin
Ausschuss für Kulturelle Angelegenheiten
Tel.: 030-2325-1360, Fax: 030-2325-1368
Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie
Tel.: 030-2325-1350, Fax: 030-2325-1358
verwaltung@parlament-berlin.de
www.parlament-berlin.de

Brandenburg

Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg
Ministerin Dr. Martina Münch
Dortustr. 36, 14467 Potsdam
Tel.: 0331-866-4999, Fax: 0331-866-4998
mwfk@mwfk.brandenburg.de
www.mwfk.brandenburg.de

Landtag Brandenburg
Am Havelblick 8, 14473 Potsdam
Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport A 5
Tel.: 0331-966-1157, Fax: 0331-966-1210
Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kultur A 6
Tel.: 0331-966-1148, Fax: 0331-966-1210
poststelle@landtag.brandenburg.de
www.landtag.brandenburg.de

Bremen

Senat der Freien Hansestadt Bremen
Der Senator für Kultur
Bürgermeister Jens Böhrnsen
Altenwall 15/16, 28195 Bremen
Tel.: 0421-361-4658, Fax: 0421-361-4091
office@kultur.bremen.de, www.kultur.bremen.de

Bremische Bürgerschaft
Haus der Bürgerschaft
Am Markt 20, 28195 Bremen
Ausschuss für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten
Staatliche Deputation für Kultur
Tel.: 0421-361-4555, Fax: 0421-361-12432
geschaeftsstelle@buergerschaft.bremen.de
www.bremische-buergerschaft.de

Hamburg

Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Kultur, Sport und Medien
Senator Reinhard Stuth
Hohe-Bleichen 22, 20354 Hamburg
Tel.: 040-42824-206, Fax: 040-42824-205
reinhard.stuth@bksm.hamburg.de
www.hamburg.de/kulturbehoerde

Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg
Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg
Kultur-, Kreativwirtschafts- und Tourismusausschuss
Tel.: 040-42831-2408, Fax: 040-42831-2558
oeffentlichkeitsservice@bk.hamburg.de
www.hamburgische-buergerschaft.de

Hessen

Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst
Staatsministerin Eva Kühne-Hörmann, MdL
Rheinstraße 23–25, 65185 Wiesbaden
Tel.: 0611-32-3200, Fax: 0611-32-3550
stm@hmwk.hessen.de, www.hmwk.hessen.de

Hessischer Landtag
Schloßplatz 1–3, 65183 Wiesbaden
Kulturpolitischer Ausschuss (KPA)
Ausschuss für Wissenschaft und Kunst (WKA)
Tel.: 0611-350-0, Fax: 0611-350-434
poststelle@ltg.hessen.de
www.hessischer-landtag.de

Mecklenburg-Vorpommern

Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes Mecklenburg-Vorpommern
Minister Henry Tesch
Werderstraße 124, 19055 Schwerin
Tel.: 0385-588-7000, Fax: 0385-588-7084
poststelle@bm.regierung-mv.de
www.bm.regierung-mv.de

Landtag Mecklenburg-Vorpommern
Schloss, Lennéstr. 1, 19053 Schwerin
Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur
Tel.: 0385-525-1570, Fax: 0385-525-1575
bildungsausschuss@landtag-mv.de
poststelle@landtag-mv.de, www.landtag-mv.de

Niedersachsen

Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Ministerin Prof. Dr. Johanna Wanka
Leibnizufer 9, 30169 Hannover
Tel.: 0511-120-2599, Fax: 0511-120-2601
pressestelle@mwk.niedersachsen.de
www.mwk.niedersachsen.de

Niedersächsischer Landtag
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover
Kultusausschuss
Ausschuss für Wissenschaft und Kultur
Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten und Medien
Tel.: 0511-3030-0, Fax: 0511-3030-2806
poststelle@lt.niedersachsen.de
www.landtag-niedersachsen.de

Nordrhein-Westfalen

Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport
Ministerin Ute Schäfer
Haroldstraße 4, 40213 Düsseldorf
Tel.: 0211-837-02, Fax: 0211-837-22 00
www.kultur.nrw.de

Landtag Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf
Kulturausschuss (A 12) Referat I.1
Tel.: 0211-884-2145, Fax: 0211-884-3002
judith.droegeler@landtag.nrw.de
www.landtag.nrw.de

Rheinland-Pfalz

Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur
Staatsministerin Doris Ahnen
Mittlere Bleiche 61, 55116 Mainz
Tel.: 06131-16-0, Fax: 06131-16-2878
poststelle@mbwjk.rlp.de, www.mbwjk.rlp.de

Landtag Rheinland-Pfalz
Deutschhausplatz 12, 55116 Mainz
Ausschuss für Bildung und Jugend
Ausschuss für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur
Tel.: 06131-208-0, Fax: 06131-208-2447
poststelle@landtag.rlp.de, www.landtag.rlp.de

Saarland

Staatskanzelei – Minister für Bundesangelegenheiten, Kultur und Chef der Staatskanzlei Karl Rauber
Am Ludwigplatz 14, 66117 Saarbrücken
Tel.: 0681 - 501-1119
k.rauber@staatskanzlei.saarland.de
www.saarland.de/staatskanzlei.htm

Landtag des Saarlandes
Franz-Josef-Röder-Straße 7, 66119 Saarbrücken
Ausschuss für Bildung, Kultur und Medien
Tel.: 0681-5002-0, Fax: 0681-5002-546
postmaster@landtag-saar.de, www.landtag-saar.de

Sachsen

Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst
Staatsministerin Prof. Sabine von Schorlemer
Wigardstraße 17, 01097 Dresden
Tel.: 0351-564-6020, Fax: 0351-564-640-6025
presse@smwk.sachsen.de, www.smwk.de

Sächsischer Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden
Ausschuss für Wissenschaft und Hochschule, Kultur und Medien
Tel.: 0351-4935-0, Fax: 0351-4935-900
info@slt.sachsen.de, www.landtag.sachsen.de

Sachsen-Anhalt

Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt
Ministerin Prof. Dr. Birgitta Wolff
Turmschanzenstraße 32, 39114 Magdeburg
Tel.: 0391-567-01, Fax: 0391-567-3770
minister@mk.sachsen-anhalt.de
www.mk.sachsen-anhalt.de

Landtag von Sachsen-Anhalt
Domplatz 6–9, 39104 Magdeburg
Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur
Tel.: 0391-560-1216, Fax: 0391-560-1123
Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Medien
Tel.: 0391-560-1254, Fax: 0391-560-1123
landtag@lt.lsa-net.de, www.landtag.sachsen-anhalt.de

Schleswig-Holstein

Ministerium für Bildung und Kultur
Minister Dr. Ekkehard Klug
Abteilung 5 - Kultur
Leitung: Susanne.Bieler-Seelhoff
Reventlouallee 2–4, 24105 Kiel
Tel.: 0431-998-5704, Fax: 0431-988-5857
susanne.bieler-seelhoff@mbk.landsh.de
www.schleswig-holstein.de

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel
Bildungsausschuss
Tel.: 0431-988-1145, Fax: 0431-988-1156
bildungsausschuss@landtag.ltsh.de
www.sh-landtag.de

Thüringen

Thüringer Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur
Minister Christoph Matschie
Werner-Seelenbinder-Str. 7, 99096 Erfurt
Tel.: 0361-37-900, Fax: 0361-37-94690
tkm@thueringen.de, www.thueringen.de/tkm

Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt
Ausschuss für Wissenschaft, Kunst und Medien
Tel.: 0361-37-700, Fax: 0361-37-72016
poststelle@landtag.thueringen.de
www.thueringen.de/tlt

Kommunale Spitzenverbände

Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände
c/o Deutscher Städtetag
Mitglieder sind: *DST*, *DStGB* und *DLT*
post@kommunale-spitzenverbaende.de
www.kommunale-spitzenverbaende.de

Deutscher Städtetag (DST)
Präsidentin: OBgm Petra Roth (Frankfurt am Main)
Geschäftsführendes Präsidialmitglied:
Dr. Stephan Articus
Dezernat Bildung, Kultur und Sport:
Beigeordneter Klaus Hebborn
Kulturausschuss
Vorsitzender: Bgm Ulf Großmann (Görlitz)
Hauptgeschäftsstelle Köln:
Lindenallee 13–17, 50968 Köln
Tel.: 0221-3771-0, Fax: 0221-3771-128

Hauptgeschäftsstelle Berlin:
Straße des 17. Juni 112, 10623 Berlin
Tel.: 030-37711-0, Fax: 030-37711-999
post@staedtetag.de, www.staedtetag.de

Deutscher Städte- und Gemeindebund (DStGB)
Präsident: Bgm Roland Schäfer (Bergkamen)
Geschäftsführendes Präsidialmitglied:
Dr. Gerd Landsberg
Beigeordneter für Kultur u. a.: Uwe Lübking
Tel.: 030-77307-245
uwe.luebking@dstgb.de

Ausschuss für Bildung, Sport und Kultur
Vorsitzender: Bgm Walter Weinbach (Weißenthurm)
Marienstr. 6, 12207 Berlin
Tel.: 030-77307-0, Fax: 030-77307-200
Bonner Büro: August-Bebel-Allee 6, 53175 Bonn
Tel.: 0228-95962-0, Fax: 0228-95962-22
dstgb@dstgb.de, www.dstgb.de

Deutscher Landkreistag (*DLT*)
Präsident: LandR Hans Jörg Duppré (Südwestpfalz)
Geschäftsführendes Präsidialmitglied:
Prof. Dr. Hans-Günter Henneke
Dez. V, Referent f. Kultur u. a.: Manfred Willhöft
Tel: 030-590097-313, Fax: 030-590097-400
Manfred.Willhoeft@Landkreistag.de

Kulturausschuss
Vorsitzender: LandR Dr. Volkram Gebel (Plön)
Ulrich-von-Hassell-Haus, Lennéstr. 11, 10785 Berlin
Tel.: 030-590097-309, Fax: 030-590097-400
info@landkreistag.de, www.kreise.de/landkreistag/

Stiftungen, Fonds, Verbände

Kulturstiftung des Bundes (KSB)
Vorsitzender des StiftgR: StaMin. Bernd Neumann
Künstlerische Direktorin: Hortensia Völckers
Verwaltungsdirektor: Alexander Farenholtz
Franckesche Stiftungen Halle
Franckeplatz 1, 06110 Halle an der Saale
Tel. 0345-2997-0, Fax: 0345-2997-333
info@kulturstiftung-bund.de
www.kulturstiftung-bund.de

Kulturstiftung der Länder (KSL)
Generalsekretärin: Isabell Pfeiffer-Poensgen
Lützowplatz 9, 10785 Berlin
Tel.: 030-893635-0, Fax: 030-8914251
kontakt@kulturstiftung.de, www.kulturstiftung.de

Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK)
Vorsitzender des StiftgR: StaMin. Bernd Neumann
Präsident: Prof. Dr. Dr. H.c.mult.Hermann Parzinger
Von-der-Heydt-Str. 16–18, 10785 Berlin
Tel.: 030-25463-201, Fax: 030-25463-268
info@hv.spk-berlin.de, www.hv.spk-berlin.de

Deutsche Nationalstiftung
Ehrenvorsitzender:
BK a. D. Dres. h. c. Helmut Schmidt
Geschäftsführender Vorstand:
StaatsR a. D. Dirk Reimers
Feldbrunnenstrasse 56, 20148 Hamburg
Tel.: 040-413367-53, Fax: 040-413367-55
info@nationalstiftung.de, www.nationalstiftung.de

Deutsche Stiftung Denkmalschutz
Vorsitzender: Prof. Dr. Dr.-Ing. E. h. Gottfried Kiesow
Generalsekretär: Dr. Robert Knüppel
Geschäftsführer: Dr. Wolfgang Illert
Koblenzer Str. 75, 53177 Bonn
Tel.: 0228-95738-0, Fax: 0228-95738-23
info@denkmalschutz.de, www.denkmalschutz.de

Stiftung Lesen
Vorsitzender: Rolf Pitsch, M. A.
Geschäftsführer: Heinrich Kreibich
Wissenschaftlicher Direktor:
Prof. Dr. Stefan Aufenanger
Römerwall 40, 55131 Mainz
Tel.: 06131-28890-0, Fax: 06131-230333
mail@stiftunglesen.de, www.stiftunglesen.de

Bundesstiftung Baukultur
Vorsitzender: Prof. Michael Braum
Schiffbauergasse 4 h, 14467 Potsdam
Tel.: 0331-2012 59-0, Fax 0331-2012 59-50
mail@bundesstiftung-baukultur.de
www.bundesstiftung-baukultur.de

Deutscher Musikrat
Gemeinnützige Projektgesellschaft mbH
Projektgeschäftsführer: Dr. Peter Ortmann
Kaufm. Geschäftsführer: Norbert Pietrangeli
Weberstr. 59, 53113 Bonn
Tel.: 0228-2091-0, Fax: 0228-2091-200
info@musikrat.de, www.deutscher-musikrat.de

Deutscher Übersetzerfonds
Vorstand: Thomas Brovot
Geschäftsführer: Jürgen Jakob Becker
Am Sandwerder 5 , 14109 Berlin
Tel. 030-80 49 08 56, Fax: 030-80 49 08 57
mail@uebersetzerfonds.de, www.uebersetzerfonds.de

Arbeitsgemeinschaft Deutscher Kulturfonds
Sprecher: Gerhard Pfennig,
Geschäftsführer der Stiftung Kunstfonds
Geschäftsstelle: c/o Fonds Soziokultur
info@kunstfonds.de, www.bundeskulturfonds.de

Stiftung Kunstfonds
Vorstandssprecherin: Prof. Monika Brandmeier
Geschäftsführerin: Dr. Karin Lingl
Weberstr. 61, 53113 Bonn
Tel.: 0228-91534-11, Fax: 0228-91534-41
Büro Berlin: Köthener Straße 44, 10963 Berlin
Tel.: 030-2613879, Fax: 030-23003629
info@kunstfonds.de, www.kunstfonds.de

Fonds Soziokultur e. V.
Vorsitzender: Kurt Eichler
Geschäftsführer: Dr. Norbert Sievers
Weberstr. 59 a, 53113 Bonn
Tel.: 0228-97144-790, Fax: 0228-97144-799
info@fonds-soziokultur.de
www.fonds-soziokultur.de

Deutscher Literaturfonds e. V.
Vorsitzende: Dr. Dagmar Leupold
Geschäftsführer: Dr. Bernd Busch
Alexandraweg 23, 64287 Darmstadt
Tel.: 06151-4093-0, Fax: 06151-4093-33
info@deutscher-literaturfonds.de
www.deutscher-literaturfonds.de

Fonds Darstellende Künste e. V.
Vorsitzender: Jürgen Flügge
Geschäftsführer: Günther Jeschonnek
Weberstr. 59 a, 53113 Bonn
Tel.: 0228-28048-57, Fax: 0228-28048-59
info@fonds-daku.de, www.fonds-daku.de

Der Deutsche Kulturrat und seine Sektionen

Deutscher Kulturrat e. V.
Vorsitzender: Prof. Dr. Max Fuchs
Geschäftsführer: Olaf Zimmermann
Chausseestr. 103, 10115 Berlin
Tel.: 030-24728014, Fax: 030-24721245
post@kulturrat.de, www.kulturrat.de

Deutscher Musikrat e. V.
Präsident: Martin Maria Krüger
Generalsekretär: Christian Höppner (Sprecher)
Generalsekretariat
Oranienburger Straße 67/68, 10117 Berlin
Tel.: 030-308810-10, Fax: 030-308810-11
generalsekretariat@musikrat.de
www.deutscher-musikrat.de

Rat für darstellende Kunst und Tanz
c/o Deutscher Bühnenverein –
Bundesverband der Theater und Orchester
Präsident: Prof. Klaus Zehelein
Vorstand: Rolf Bolwin (Sprecher)
St.-Apern-Straße 17–21, 50667 Köln
Tel.: 0221-20812-0 , Fax: 0221-20812-28
debue@buehnenverein.de, www.buehnenverein.de

Deutsche Literaturkonferenz e. V.
Sprecher: Dr. Georg Ruppelt und Kerstin Hensel
Geschäftsführerin: Iris Mai
Köthener Str. 44, 10963 Berlin
Tel.: 030-2612751, Fax: 030-23003629
info@literaturkonferenz.de
www.literaturkonferenz.de

Deutscher Kunstrat
c/o Arbeitskreis Deutscher Kunsthandelsverbände (ADK)
Sprecherin: Birgit Maria Sturm
Postfach 70 02 10, 60552 Frankfurt am Main
Tel.: 069-629120, Fax: 069-629120
info@arbeitskreis-kunsthandel.de
www.arbeitskreis-kunsthandel.de

Rat für Baukultur
c/o Bundesarchitektenkammer
SprecherInnen: Dr. Olaf Bahner und Corinna Seide
Askanischer Platz 4, 10963 Berlin
Tel.: 030-263944-40, Fax: 030-263944-90
baukultur@bak.de, www.baukulturrat.de

Sektion Design
c/o Deutscher Designertag e. V.
Geschäftsführender Präsident: Kai Ehlert (Sprecher)
Grindelberg 15 a, 20144 Hamburg
Tel.: 040-4548-34, Fax: 040-4548-32
info@designertag.de, www.designertag.de

Sektion Film und Audiovisuelle Medien
c/o Arbeitsgemeinschaft Dokumentarfilm / AG DOK
Vorsitzender: Thomas Frickel (Sprecher)
Schweizer Straße 6, 60594 Frankfurt/Main
Tel.: 069-62 37 00, Fax: 06142- 966 033
agdok@agdok.de, www.agdok.de

Rat für Soziokultur und kulturelle Bildung
c/o Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung
Sprecher: Prof. Dr. Max Fuchs und Andreas Kämpf
Geschäftsführerin: Hildegard Bockhorst
Küppelstein 34, 42857 Remscheid
Tel.: 02191-794-390, Fax: 02191-794-389
info@bkj.de, www.bkj.de

Weitere Verbände und Vereinigungen

Arbeitsgemeinschaft Deutscher Kunstvereine (ADKV)
Projektleiterin: Carina Herring
Mariannenplatz 2, 10997 Berlin
Tel.: 030-61107-550, Fax: 030-617107-470
adkv@kunstvereine.de, www.kunstvereine.de

Arbeitskreis Deutscher Kunsthandelsverbände (ADK)
(Mitglieder: BDKA – Bundesverband des deutschen Kunst- und Antiquitätenhandels e. V.,
BVDG – Bundesverband Deutscher Galerien und Editionen e. V.,
VDA – Verband deutscher Antiquariate e.V.)
Kulturpolitische Koordination: Birgit Maria Sturm
Postfach 700 210, 60552 Frankfurt am Main
Tel./Fax: 069-629120
info@arbeitskreis-kunsthandel.de
www.arbeitskreis-kunsthandel.de

Arbeitskreis selbständiger Kultur-Institute e. V. (AsKI)
Vorsitzender: Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Volkmar Hansen
Geschäftsführung: Dr. Ulrike Hostenkamp,
Gabriele Weidle
Prinz-Albert-Str. 34, 53113 Bonn
Tel.: 0228-2248-59, -60, Fax: 0228-219232
info@aski.org, www.aski.org

ASSITEJ – Sektion Bundesrepublik Deutschland e. V.
Internationale Vereinigung des Theaters
für Kinder und Jugendliche
Vorsitzender: Prof. Dr. Wolfgang Schneider
Geschäftsführerin: Meike Fechner
Schützenstr. 12, 60311 Frankfurt am Main
Tel.: 069-291538, Fax: 069-292354
assitej@kjtz.de, www.kjtz.de, www.assitej.de

Bibliothek & Information Deutschland (BID)
Vorstandssprecherin: Prof. Dr. Claudia Lux
Geschäftsführerin: Dr. Monika Braß
Straße des 17. Juni 114, 10623 Berlin
Tel.: 030-6449899-20, Fax: 030-6449899-29
bid@bideutschland.de, www.bideutschland.de

Bundesverband Bildender Künstlerinnen und Künstler e. V. (BBK)
Sprecher und Vorsitzender: Werner Schaub
Bundesverbandsgeschäftsführerin: Andrea Gysi
Weberstraße 61, 53113 Bonn
Tel.: 02-28-2161-07, -08, Fax: 0228-2161-05
bbkbundesverband@aol.com
www.bbk-bundesverband.de
Büro Berlin: Wilhelmstr. 50, 10117 Berlin
Tel.: 030-2640970, Fax: 030-28099305
info@bbk-bundesverband.de

Bundesverband der Jugendkunstschulen und kulturpädagogischen Einrichtungen e. V. (bjke)
Vorsitzender: Peter Kamp
Geschäftsführerin: Mechthild Eickhoff
Kurpark 5, 59425 Unna
Tel.: 02303-69324 oder 65618, Fax: 02303-65057
info-bjke@bjke.de, www.bjke.de

Bundesverband Deutscher Stiftungen e. V.
Vorsitzender: Dr. Wilhelm Krull
Generalsekretär: Prof. Dr. Hans Fleisch
Haus Deutscher Stiftungen
Mauerstr. 93, 10117 Berlin
Tel.: 030-897947-55, Fax: 030-897947-11
post@stiftungen.org,
www.stiftungen.org, www.stiftungsindex.de

Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren e. V.
Vorsitzende: Margret Staal, Bernd Hesse, Berndt Urban
Geschäftsführerin: Cornelia Lüddemann
Lehrter Straße 27–30, 10557 Berlin
Tel.: 030-3974459-0, Fax: 030-3974459-9
bundesvereinigung@soziokultur.de
www.soziokultur.de

Deutscher Bühnenverein e. V. –
Bundesverband der Theater und Orchester
Präsident: Prof. Klaus Zehelein
Geschäftsführender Direktor: Rolf Bolwin
St.-Apern-Straße 17-21, 50667 Köln
Tel.: 0221-20812-0 , Fax: 0221-20812-28
debue@buehnenverein.de, www.buehnenverein.de

Deutscher Museumsbund e. V.
Präsident: Dr. Volker Rodekamp
Geschäftsführerin: Anja Schaluschke
In der Halde 1, 14195 Berlin
Tel.: 030-841095-17, Fax: 030-841095-19
office@museumsbund.de, www.museumsbund.de

Deutsches Institut für Urbanistik (Difu)
Institutsleiter: Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann
Ernst-Reuter-Haus
Straße des 17. Juni Nr. 112, 10623 Berlin
Tel.: 030-39001-0, Fax: 030-39001-100
Arbeitsbereich Köln: Lindenallee 11, 50968 Köln
Tel.: 0221-340308-0, Fax: 0221-340308-28
difu@difu.de, www.difu.de

Deutsches Nationalkomitee für Denkmalschutz
bei dem Beauftragten der Bundesregierung für Kultur
und Medien (BKM)
Geschäftsführerin: Dr. Andrea Pufke
Graurheindorfer Straße 198, 53117 Bonn
Tel.: 0228-99681-3554, Fax: 0228-99681-3802
andrea.pufke@bkm.bmi.bund.de
www.nationalkomitee.de

Kulturkreis der deutschen Wirtschaft im Bundesverband
der Deutschen Industrie e. V.
Vorsitzender: Dr. Clemens Börsig
Geschäftsführer: Dr. Stephan Frucht
Haus der Deutschen Wirtschaft
Breite Straße 29, 10178 Berlin
Tel.: 030-2028-1406, Fax: 030-2028-2406
info@kulturkreis.eu, www.kulturkreis.eu

Kulturpolitische Gesellschaft e. V.
Präsident: Prof. Dr. Oliver Scheytt
Geschäftsführer: Dr. Norbert Sievers
Weberstr. 59 a, 53113 Bonn
Tel.: 0228-20167-0, Fax: 0228-20167-33
post@kupoge.de, www.kupoge.de

Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD)
Kulturbeauftragte: Dr. Petra Bahr
Kulturbüro, Auguststraße 80, 10117 Berlin
Tel.: 030-28395480, Fax: 030-28395483
petra.bahr@ekd.de, www.ekd.de

Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (DBK)
Kommission für Wissenschaft und Kultur (VIII)
Vorsitzender: Heinrich Mussinghoff, Bischof von Aachen
Kaiserstraße 161, 53113 Bonn
Tel.: 0228-103-0, Fax: 0228-103-299
sekretariat@dbk.de, www.dbk.de

ver.di *–Bundesvorstand Bereich Kunst und Kultur*
Leiter: Heinrich Bleicher-Nagelsmann
Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin
Tel.: 030-6956-2330, Fax: 030-6956-3656
kulturpolitik@verdi.de, www.verdi.de

Kunst und Kultur im Internet[1]

Spartenübergreifende Kulturserver/ Kulturinformationssysteme/Kulturforschungsinstitute

http://culture360.org (*Asia-Europe Meeting [ASEM]*). Das Webportal zielt darauf ab, das kulturelle Engagement zwischen Asien und Europa zu erhöhen und für ein höheres Verständnis zwischen den Regionen zu sorgen. Das Portal wird von Kulturakteuren und politischen Entscheidungsträgern verwaltet und bietet u. a. Informationen zu Veranstaltungen, Publikationen, Fördermöglichkeiten, nützlichen Links sowie einen entsprechenden Blog.

http://ec.europa.eu/dgs/education_culture/index_de.htm (*Kommission der Europäischen Gemeinschaft – Generaldirektion Bildung und Kultur*). Informationen zu Programmen, Initiativen und Veröffentlichungen der Generaldirektion sowie Beispiele erfolgreicher Projekte, Projektvorstellungen zu den Schwerpunkten Allgemeine & berufliche Bildung, Jugend, Kultur, Mehrsprachigkeit, Zivilgesellschaft und Sport, Link zur Zentralbibliothek der Europäischen Kommission.

www.adk.de (*Akademie der Künste [AdK]*). Onlinekatalog der Bibliothek mit Publikationen zu den Schwerpunkten Literatur, Bildende Kunst, Darstellende Kunst, Musik, Film- und Medienkunst sowie Baukunst.

www.art-obscura.de (*Art Obscura e. V.*). Kulturprojekte von und für Menschen mit einer Behinderung.

www.aski.org (*Arbeitskreis selbständiger Kultur-Institute e. V. [ASKI]*). Linksammlung der Mitgliedsinstitute, Ausstellungs- und Veranstaltungskalender, Archiv der *Kulturberichte* bis 2/2004 sowie *Kultur lebendig* online lesbar, Informationen über *ASKI*-Fachtagungen, Linksammlung über Akteure.

www.berlin.de/projektzukunft/ (*Projekt Zukunft – Berlin in der Informationsgesellschaft*). Aktuelle Nachrichten, Standortinformationen, Kontakte und Hintergründe aus der Berliner Kommunikations-, Medien- und Kreativwirtschaft. Dieses Informationsportal ist ein Service der Berliner Senatsinitiative »Projekt Zukunft«.

www.bibb.de (*Bundesinstitut für Berufsbildung [BIBB]*). Informationen zu Berufen, Weiterbildung, Datenbanken zu Forschungsarbeiten des BIBB und weiteren Dienstleistungen des Instituts.

www.bpb.de (*Bundeszentrale für politische Bildung*). Redaktionelle Zusammenstellung von Informationen in Form von aufbereiteten Dossiers zu politischen Themen, Publikationen und Veranstaltungen.

www.bundeskulturfonds.de (*Arbeitsgemeinschaft Deutscher Kulturfonds*). Informationen zu den selbstverwalteten Kulturfonds für Literatur, Bildende Kunst, Darstellende Kunst und Soziokultur sowie dem *Kunstfonds*.

www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Bundesregierung/BeauftragterfuerKulturundMedien/beauftragter-fuer-kultur-und-medien.html (*Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien*). Informationen über Amt und Person des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien; aktuelle Nachrichten; Reden, Interviews; Vorstellung der Politikfelder »Kulturpolitik« und »Medienpolitik«.

www.ccp-deutschland.de (*Cultural Contact Point Germany*). Umfangreiche Hinweise auf Förderprogramme der EU, Darstellungen geförderter Projekte, Linksammlungen zu Akteuren, Infostellen der EU sowie europäischen Kulturinstitutionen, Informationen zu Kulturhauptstädten, Veranstaltungs- und Tagungshinweise auf nationaler und europäischer Ebene.

www.culturalpolicies.net (*ERICarts*). 41 europäische Länderprofile zur Kulturpolitik mit statistischen Daten (mit Möglichkeit zum Vergleich ausgewählter Aspekte).

www.deutsche-kultur-international.de (*Vereinigung für internationale Zusammenarbeit*). Präsentation von in der auswärtigen Kulturarbeit tätigen Organisationen, Mittlerorganisationen und Stiftungen, Schlagwortverzeichnis mit den jeweiligen Maßnahmen und Akteuren, Informationen zur deutschen Sprache und Literatur im In- und Ausland, Ausstellungen deutscher Kunst im Ausland und ausländischer Kunst in Deutschland, Förderung von Künstlern in der Bildenden Kunst, Musik, Tanz und Theater, Ausbildungs- sowie Arbeitsaufenthalte im Ausland usw.

www.difu.de (*Deutsches Institut für Urbanistik [difu]*). Informationen über Forschungsprojekte mit Downloads ausgewählter Ergebnisse, Darstellung des Seminarangebotes, Volltextversion der *Difu-Berichte*, Inhaltsübersicht und Kurzzusammenfassungen der *Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften* ab 2001, Vorstellung der umfangreichen Eigenpublikationen, Downloads der Jahresberichte und ausgewählter Texte, Projektforen, sehr umfangreiche Linksammlung zu kommunalen Verbänden, Themen, Fachinformationen, Einrichtungen etc.

1 Stand: 1.3.2009; siehe auch Linksammlung auf www.kupoge.de sowie die Internet-Adressen der oben aufgeführten Institutionen, Stiftungen, Verbände und Einrichtungen.

www.engagiert-in-deutschland.de (*Engagiert in Deutschland [Das Bundesportal zum bürgerschaftlichen Engagement]*). Das Portal soll in den kommenden Jahren zahlreiche Angebote zur Engagementförderung von Staat, Wirtschaft und Bürgergesellschaft zusammenführen. Es zielt darauf, Angebote, Informationen und Bedürfnisse aller zivilgesellschaftlichen Akteure zu vernetzen und per Mausklick verfügbar zu machen. Träger der Plattform ist das *Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)* mit seinen über 220 Mitgliedsorganisationen.

www.europa-foerdert-kultur.info (*Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V.*). Die Internetseite richtet sich an Kulturschaffende, WissenschaftlerInnen und KünstlerInnen aller Sparten, an ambitionierte ProjektinitiatorInnen in öffentlichen wie privaten Kultur- und Bildungseinrichtungen, in Vereinen und Verwaltungen sowie an SpezialistInnen aus dem privat-wirtschaftlichen Bereich in Deutschland und Österreich. Informationen über Aktionen, Programme und Kontakte der EU-Kulturförderung.

www.europeana.eu (*Europeana*). Die Europäische Kommission will mit der Online-Bibiliothek *Europeana* das kulturelle Erbe Europas über das Internet zugänglich machen. Internetnutzer haben Zugriff auf zwei Millionen Bücher, Landkarten, Aufnahmen, Fotografien, Archivdokumente, Gemälde und Filme aus Nationalbibliotheken und Kulturinstituten der 27 EU-Mitgliedsstaaten. Mehr als 1 000 Archive, Museen und Bibliotheken haben digitalisiertes Material zur Verfügung gestellt.

www.foerderlotse.nrw.de (*Förderlotse Nordrhein-Westfalen*). Das Informationsangebot gibt unter anderem eine Übersicht zu Förderprogrammen für die Kultur- und Kreativwirtschaft in Nordrhein-Westfalen. Die Initiative der Landesregierung und der NRW.BANK bietet Informationen zu Fördermitteln, zinsgünstigen Darlehen und zur Finanzierung für Existenzgründungen, für kleine und mittlere Unternehmen (KMU), Kommunen, Universitäten und Forschungseinrichtungen etc. Hier sollen Nutzer auf einen Blick erfahren, welche Fördermöglichkeiten es für ihr Vorhaben gibt und welche Voraussetzungen sie mitbringen müssen.

www.forschungsportal.net (*Forschungsportal des Bundesministerium für Bildung und Forschung*). Suchmaschine für Forschung und Wissenschaft in Deutschland, Dissertationssuche, geographischer Überblick über öffentlich finanzierte Forschung in Deutschland, Forschungslandkarten, PDF-Download des Bundesberichts Forschung beziehungsweise des Faktenberichts.

www.freie-szene-rlp.de (*Kulturbüro Rheinland-Pfalz*). Suchmaschine für Künstler und Veranstalter verschiedener Sparten, außerdem »Kultur-Lexikon« und umfangreiche systematische Linkliste von Agenturen bis Rundfunkanstalten.

www.kmk.org (*Kultusministerkonferenz [KMK]*). Mit ihrem Internetangebot informiert die *Kultusministerkonferenz* über ihre Projekte, ihre vielfältigen bildungspolitischen Aktivitäten, ihre Mitglieder und über ihre mehr als 60-jährige Geschichte. Die Nutzerführung bietet Zugriff auf Informationen mit PDF Download-Angebot über Projekte, Mitglieder, Organisation, Kulturpolitik, Historie, Publikationen sowie Presse.

www.kontaktstelle-efbb.de (*Kontaktstelle Deutschland »Europa für Bürgerinnen und Bürger«*). Die Internetpräsenz der Kontaktstelle *EfBB* gibt Einblick in das Förderprogramm »Europa für Bürgerinnen und Bürger« der Europäischen Union in Deutschland.

www.kultnet.de (*Freie Szene Forum*). Verzeichnis von Agenturen, Ausschreibungen, Börsen, KünstlerInnen, Festivals und Veranstaltern mit mehr als 1000 Mitgliedern aus allen Bereichen der Kleinkunst.

www.kultur-kreativ-wirtschaft.de (*Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft der Bundesregierung*). Das Portal stellt die Ziele und Maßnahmen der Initiative vor, beschreibt die Teilbranchen der Kultur- und Kreativwirtschaft und bietet Informationen für Gründerinnen, Gründer, Selbstständige und Unternehmen, die in der Kultur- und Kreativwirtschaft tätig sind.

www.kulturation.de (*Kulturinitiative 89*). Online-Journal für Kultur, Wissenschaft und Politik.

www.kulturfoerderung.org (*Deutsches Informationszentrum Kulturförderung [DIZK]*). Das Portal bietet einen Überblick über kulturfördernde Stiftungen, Unternehmen und Initiativen. Die Datenbank richtet sich an Kunst- und Kulturschaffende, Institutionen und Organisationen sowie an Förderer von Kunst und Kultur und vermittelt Informationen über Fördermöglichkeiten in Deutschland und in Europa.

www.kulturhauptstadt-europas.de (*RUHR.2010 GmbH*). Informationen und Veranstaltungshinweise zum Kulturangebot der Kulturhauptstadt Europas 2010. Ein Web-TV-Magazin auf www.ruhr2010.de/TV berichtet zudem regelmäßig über herausragende Ereignisse rund um die Kulturhauptstadt.

www.kulturkenner.de (*Kulturkenner Nordrhein-Westfalen*). Der Kulturkenner gibt einen umfassenden Überblick über das Kulturangebot des Landes und informiert über Konzerte, Ausstellungen, Lesungen, Inszenierungen und Festivals.

www.kulturloge-berlin.de (*Kulturloge Berlin*). Idee und Ziel der Kulturloge Berlin ist es, Menschen mit niedrigem Einkommen beziehungsweise mit staatlicher Unterstützung eine Möglichkeit zu geben, kostenfrei am kulturellen Leben sowie an Freizeitaktivitäten der Stadt Berlin teilzunehmen. Menschen mit niedrigem Einkommen sollen durch die Kulturloge auf Veranstaltungen aufmerksam gemacht und zur Teilnahme eingeladen werden. Die Anzahl der zur Verfügung gestellten Tickets bzw. Plätze ist den Veranstaltern freigestellt und variiert von Veranstaltung zu Veranstaltung.

www.kulturmanagement.net (*Kulturmanagement Network*). Informationsdienst und Netzwerk für Kulturmanager. Übersicht über aktuelle Aus- und Weiterbildungsangebote des Kulturmanagements in Deutschland, Österreich und der Schweiz, Vorstellung von Büchern verschiedener Sparten und Aktionsfelder der Kultur, Linksammlung zu Themen und Akteuren, Veranstaltungsankündigungen, für registrierte Benutzer auch Stellenmarkt, Praktikumsbörse und Diskussionsforen.

www.kulturpolitik-kulturwirtschaft.de (*Büro für Kulturpolitik und Kulturwirtschaft*). Ziel dieses Nachrichtenportals ist es, Kultur und Kreativität als Wirtschaftsfaktor verständlicher und bekannter zu machen, darüber hinaus werden Veranstaltungskalender und Linkliste geboten.

www.kulturportal-deutschland.de (*Kulturportal Deutschland*). Kulturportal des *Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien* mit Nachrichtendienst sowie Links zu kulturellen Einrichtungen und zu den Kulturportalen der Länder, Datenbank zu Terminen, Adressen und Kulturschaffenden.

www.kulturportal-hessen.de (*Kulturportal Hessen*). Das Kulturportal des Landes Hessen startete im Juni 2007

mit der Zielsetzung, so umfassend wie möglich über die vielfältigen Facetten des kulturellen Lebens in Hessen zu informieren. Die Webpräsenz hat dabei die Produktionen der etablierten Spielstätten ebenso im Blick wie die Arbeit der freien Szene.

www.kulturrat.de (*Deutscher Kulturrat e. V.*). Stellungnahmen und Dossiers zu kulturpolitischen Themen, Link auf die Zeitschrift *Politik und Kultur* (www.puk-online.net) mit Downloads der kompletten Ausgaben, Nachrichtenticker mit täglich mehreren Nachrichten aus den verschiedenen Sparten, Informationen zum puk-Journalistenpreis, Links zum *Ausschuss für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages*, zur *KMK* und zum *Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien*.

www.kultursekretariat-nrw.de (*Kultursekretariat Nordrhein-Westfalen*). Förderhinweise und Projektbeispiele sowie Veranstaltungsdatenbank aller im Sekretariat für kulturelle Zusammenarbeit nicht-theatertragender Städte und Gemeinden zusammengeschlossener Kommunen, Hinweise auf Publikationen.

www.kulturserver-ruhrgebiet.de (*Regionalverband Ruhr [RVR]*). Regionaler Informationsdienst für das Ruhrgebiet mit einem Veranstaltungskalender, einer Kulturstättensuche sowie Kulturnachrichten.

www.kulturserver.de (*Portal der Kulturserver der Länder*). Datenbanken mit Kulturschaffenden, Institutionen, Terminen etc., in jeweils unterschiedlichen Ausbaustufen, Angebot der Unterstützung von Künstlern und Kultureinrichtungen bei der Erstellung von eigenen Homepages.

www.kulturstiftung-des-bundes.de (*Kulturstiftung des Bundes*). Informationen zur Stiftung, zu Förderrichtlinien und geförderten Projekten im Rahmen der Zuständigkeit des Bundes.

www.kulturstiftung.de (*Kulturstiftung der Länder [KSL]*). Überblick über Struktur, Projekte und Förderungen sowie Aufgaben der *KSL*.

www.kulturvermittlung-online.de (*Institut für Kulturpolitik der Universität Hildesheim*). Sammlung von Studien zu verschiedenen Themenbereichen der Kulturvermittlung.

www.kulturwirtschaft.de (*Kulturwirtschaft*). Kulturinformationssystem zum Thema Kultur- und Kreativwirtschaft, betrieben von Michael Söndermann, *Büro für Kulturwirtschaftsforschung Köln*, und Vorsitzender des *Arbeitskreises Kulturstatistik e. V.* Weitere Schwerpunkte sind Kulturpolitik allgemein, kulturelle Beschäftigung und Kulturwirtschaftsberichte. Downloadmöglichkeit von einzelnen Studien und Literaturlisten.

www.kunstfinder.de (*KunstFinder*). Umfangreiche kommentierte Linksammlung zur Darstellenden und Bildenden Kunst, Musik, Film, Literatur; Informationen zu Akteuren, Veranstaltungen und Publikationen.

www.kupoge.de (*Kulturpolitische Gesellschaft e. V.* [KuPoGe]). Kulturpolitisches Informationssystem (*Institut für Kulturpolitik*) mit etlichen Datenbanken: umfangreiche kulturpolitische Bibliographie, Chronik wichtiger kulturpolitischer Ereignisse sowie Links zu Institutionen und kulturpolitischen Themen, Tagungskalender, Newsletter, Link auf die Zeitschrift *Kulturpolitische Mitteilungen* mit Inhaltsverzeichnis der Hefte ab 1999 und ausgewählten Onlineartikeln.

www.lostart.de (*Koordinierungsstelle für Kulturgutverluste*). Datenbank zur Erfassung von Kulturgütern, die infolge des Zweiten Weltkrieges verbracht, verlagert oder insbesondere jüdischen Eigentümern verfolgungsbedingt entzogen wurden, mit den Bereichen Suchmeldungen bzw. Fundmeldungen, außerdem themenbezogene Bibliographie und Linksammlung.

www.nmz.de/kiz (*Das Kulturinformationszentrum*). »Newsticker«, gezielte Suchmöglichkeiten nach Themen wie zum Beispiel Künstlersozialversicherung, Musikwirtschaft, kulturelle Bildung, Steuerrecht, Urheberrecht.

www.perlentaucher.de (*Perlentaucher*). Tägliche Zusammenfassungen von Feuilletons überregionaler Tageszeitungen mit weitergehenden Links (auch als Newsletter zu abonnieren), daneben tägliche Bücherschau, wöchentliche internationale Magazinrundschau, täglicher Medienticker sowie Autorendatenbank.

www.stadtteilarbeit.de (*Stadtteilarbeit*). Theoretische/konzeptionelle Aufsätze zu verschiedenen Bereichen der Stadtteilarbeit, Beiträge zu Methoden, Sammlung von Stadtteilprojekten, ausgewählte kommentierte Literatursammlung, Bibliographie von Neuerscheinungen zur Gemeinwesenarbeit seit 1990, Links zu verschiedenen Newslettern und Online-Diensten, Informationen zu Fortbildungsveranstaltungen.

www.stiftungsdatenbank.maecenata.eu (*Maecenata Stiftungsdatenbank*). In etwa 12 500 Datensätze kann nach Namen oder Zweck der Stiftung recherchiert werden. Der Eintrag in der Datenbank ist kostenfrei.

www.urheberrecht.org (*Institut für Urheber- und Medienrecht*). Neuigkeiten zum Thema Urheberrecht, Inhaltsübersichten der *Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht [ZUM]* und des Rechtssprechungsdienstes sowie Urteilsdatenbank.

www.vertikult.de (*Verein für Kultur und Arbeit e. V.*). Kulturschaffende aller Sparten können hier Stellen und Aufgaben im Kulturbereich suchen und finden. Ein Info-Center bietet zudem auf Beschäftigungsförderung und Qualifizierung ausgerichtete Informationen über die Kulturwirtschaft.

www.weltbeweger.de (*Stiftung Bürgermut*). Die Internetplattform der *Stiftung Bürgermut* möchte den Informationsaustausch und die Vernetzung bürgerschaftlich engagierter Menschen und Organisationen vorantreiben. Jeder, der an der Thematik des bürgerschaftlichen Engagements interessiert ist, kann sich bei den »Weltbewegern« mit Gleichgesinnten vernetzen.

Baukultur und Denkmalpflege

www.architektur-baukultur.de (*Initiative Architektur und Baukultur der Bundesregierung*). Portal zur Baukultur, unter anderem mit Statusbericht zur Baukultur der *IAB* beim *Bundesministerium für Verkehr, Bau und Wohnungswesen*, umfangreichen Materialien (z. B. Studien, Sammlungen zu Projekten von Städten/Gemeinden, der Länder und des Bundes, Berichte, Positionspapiere, Newsletter) als Download, Linkliste zu den Akteuren im Bereich Baukultur sowie Veranstaltungsankündigungen.

www.bundesarchitektenkammer.de (*Bundesarchitektenkammer*). Informationen und Links zu Aus- und Weiterbildung, Adressen und Links zu Verbänden und Fachzeitschriften, Veranstaltungsberichte.

www.bundesstiftung-baukultur.de (*Förderverein Bundesstiftung Baukultur e. V.*). Begleitung und Unterstützung der *Bundesstiftung Baukultur*, Informationen über den Förderverein und die Stiftung, aktuelle Meldungen und Newsletter.

www.denkmalschutz.de (*Deutsche Stiftung Denkmalschutz [DSD]*). Liste der mehr als 2 800 von der Stiftung geförderten Denkmäler, Inhaltsübersicht der aktuellen Ausgabe des Magazins *Monumente* sowie ein Shop für Publikationen.

www.kulturgutschutz-deutschland.de (*Kulturgutschutz in Deutschland*). Der Internetauftritt informiert über den Kulturgutschutz in Deutschland. Mit der Website soll national wie international mehr Transparenz bei bedeutenden Kulturgütern geschaffen und mittelbar auch das öffentliche Bewusstsein für Kulturgutschutz gestärkt werden. Die Entwicklung der Website haben Bund und Länder gemeinsam übernommen.

www.nationalkomitee.de (*Deutsches Nationalkomitee für Denkmalschutz*). Informationen über Preise (z. B. Deutscher Preis für Denkmalschutz), Aktivitäten und Untersuchungen zum Thema, Vorstellung der Eigenpublikationen, umfangreiche Informationen zu Denkmalschutz und Denkmalpflege in Deutschland mit vielen weiterführenden Links und Volltexten (Denkmalschutzgesetze, Appelle und Empfehlungen zum Denkmalschutz).

www.ns-gedenkstaetten.de (*Arbeitskreis der NS-Gedenkstätten in NRW e.* V.). Ausführliche Informationen zu den mehr als 20 NS-Gedenkstätten, Dokumentations- und Begegnungszentren, Lern- und Erinnerungsorten in Nordrhein-Westfalen; aktuelle Meldungen, Veranstaltungs- und Literaturtipps sowie eine umfangreiche Datenbank mit Links zu den Gedenkstätten in anderen Bundesländern.

www.stiftung-denkmal.de (*Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas*). Das Denkmal für die ermordeten Juden Europas in der Mitte Berlins ist die zentrale Holocaust-Gedenkstätte Deutschlands – Ort der Erinnerung und des Gedenkens an die bis zu sechs Millionen Opfer. Das Denkmal besteht aus dem von Peter Eisenman entworfenen Stelenfeld sowie dem unterirdischen Ort der Information und wird von der *Bundesstiftung »Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas«* unterhalten. Die Seite der Stiftung ermöglicht einen Rundgang durch das begehbare Denkmal, informiert über themenbezogene Veranstaltungen und dokumentiert die kontroversen Diskussionen um die Entstehung des Denkmals.

Literatur/Bibliotheken

www.alg.de (*Arbeitsgemeinschaft Literarischer Gesellschaften und Gedenkstätten e.* V. *[ALG]*). Informationen über die Förderung von Projekten literarischer Gesellschaften durch die *ALG*, Veranstaltungskalender der literarischen Gesellschaften, Ausstellungshinweise, Vorstellung von Eigenpublikationen, unter anderem die *ALG Umschau*.

www.autorenforum.de (*autorenforum.de*). Web-Informationsquelle für AutorInnen mit Datenbanken zu Besprechungen, Lesungen, Kursen, Inhaltsübersichten von *The Tempest*, Linksammlung von Organisationen und AutorInnenhomepages, Expertenfragemöglichkeiten zu mehreren Rubriken.

www.b-u-b.de (*Berufsverband Information Bibliothek e.* V. – Buch und Bibliothek). Editorial für jede Ausgabe von *Buch und Bibliothek. Forum für Bibliothek und Information* ab 2004, Inhaltsverzeichnis, Kurzzusammenfassungen der Artikel in deutsch, englisch und französisch.

www.bib-info.de (*Berufsverband Information Bibliothek*). Regionaler Fortbildungskalender, Publikationshinweise, umfangreiche Linksammlung zum Beispiel zu Auskunftsdiensten, Datenbanken, Fachzeitschriften, Vereinen, Mailinglisten etc.

www.bibliotheksportal.de (*Deutscher Bibliotheksverband e.* V.). Kompetenznetzwerk, Fortbildungsportal, Bibliotheksstatistik, Wissenschaftsportal mit Katalogen, Fachdatenbanken und Bibliographien, Zeitschriften und Aufsätze, Volltexte.

www.bibliotheksverband.de (*Deutscher Bibliotheksverband e.* V. [dbv]). Mitgliederdatenbank, Informationen über Preise und Titel des *dbv*, Rechtsgrundlagen, Downloads der Jahrbücher.

www.bideutschland.de (*Bibliothek & Information Deutschland [BID]*). Informationen über die Mitglieder, Organe und Tätigkeiten, Downloads der Jahresberichte, *BID*-Publikationen und andere Dokumente.

www.d-nb.de (*Deutsche Nationalbibliothek*). Kataloge und Sammlung für alle deutschsprachigen Publikationen einschließlich *Deutsches Musikarchiv*, *Deutsches Exilarchiv*, *Deutsche Nationalbibliographie* und Zeitschriftendatenbank.

www.deutscher-literaturfonds.de (*Deutscher Literaturfonds*). Informationen über die Autoren- und Vermittlungsförderung und über vom Fonds vergebene Preise und Stipendien, Initiativen und Seminare zur Förderung und Weiterbildung junger Autoren, Veranstaltungen, insbesondere Lesungen und Preisverleihungen.

www.dla-marbach.de/dla/index.html (*Deutsches Literaturarchiv Marbach*). Online-Datenbanken der Bibliothek (Bücher, Aufsätze, Rezensionen, Hörfunk- und Fernsehmanuskripte), der Bildabteilung (Skulpturen, Gemälde, Grafiken, Fotografien), der Nachlässe und der Handschriften.

www.jugendliteratur.org (*JuLit – Arbeitskreis für Jugendliteratur e.* V.). Linksammlung u.a. zu Mitgliedern, Fachzeitschriften und Forschungseinrichtungen, Informationen zum Deutschen Jugendliteraturpreis, Übersicht über Fachzeitschriften und Fachportale.

www.ubka.uni-karlsruhe.de/kvk.html (*Karlsruher Virtueller Katalog*). Portal für Bibliotheks- und Buchhandelskataloge weltweit.

www.vdb-online.org (*Verein Deutscher Bibliothekare e.* V. [VDB]). Veranstaltungskalender, Informationen zur Ausbildung, Druckversion der *VDB-Mitteilungen*, ausführliche Informationen zu Landesverbänden und Kommissionen.

www.vgwort.de (*Verwertungsgesellschaft Wort*). Wahrnehmung der urheberrechtlichen Nutzungsrechte für AutorInnen und Verlage, Downloads von Formularen.

Bildende Kunst/Museen

www.bbk-bundesverband.de (*Bundesverband Bildender Künstlerinnen und Künstler e.* V. [BBK]). Linkliste von Wettbewerben und Ausschreibungen, Stellungnahmen des *BBK* zu Themen wie zum Beispiel »Arbeitsplatz Kunst«, Inhaltsübersichten der Zeitschrift *kulturpolitik*, Links der Landesverbände und Pressemitteilungen.

www.bildkunst.de (*Verwertungsgesellschaft Bild-Kunst*). Informationen über die Urheberrechtsorganisation der deutschen Künstler, Fotografen und Filmurheber mit Mitgliederdatenbank, Rechtsgrundlagen, Künstlersuche, Downloads (Tarife, Meldeformulare etc.).

www.bundeskunsthalle.de (*Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland*). Online-Katalog der Bibliothek der Kunst- und Ausstellungshalle mit mehr als 35 000 Medien sowie Informationen zu Ausstellungen und Veranstaltungen.

www.design-report.de (*design report*). Fachzeitschrift mit Online-Version, Volltextarchiv sowie Datenbanken zu Studiengängen, Händlern und Designern, Jobbörse und Kalender.

www.designertag.de (*Deutscher Designertag*). Informationen zu Aufgaben, Zielen und Mitgliedern des *Deutschen Designertages*. Zudem regelmäßige Veröffentlichung des verbandseigenen Newsletters *DT Informationen*, der sich mit Themen aus Design und Kulturpolitik präsentiert.

www.dgph.de (*Deutsche Gesellschaft für Photographie e. V. [DGPh]*). Hinweise über die Preise der *DGPh*, Informationen zu Ausstellungen und Neuerscheinungen.

www.dhm.de (*Deutsches Historisches Museum Berlin*). Das *Deutsche Historische Museum Berlin* informiert über seine ständigen Ausstellungen, gibt Einblick in seine Film-, Objekt- und Bilddatenbanken. Zudem sind Multimedia-Quellen abrufbar. Mit dem *Deutschen Historischen Museum* verbunden ist das *Lebendige virtuelle Museum Online (LeMo)* – www.dhm.de/lemo/. Das *Fraunhofer Institut für Software- und Systemtechnik*, das *Deutsche Historische Museum* sowie das Haus der Geschichte der BRD präsentieren hier deutsche Geschichte von der Gründung des Deutschen Reichs im 19. Jahrhundert bis hin zur Gegenwart. Beim virtuellen Gang durch 150 Jahre Zeitgeschichte werden Informationstexte sowie Film- und Tondokumente mit den musealen Objektbeständen verknüpft und vermitteln so ein umfassendes und reich bebildertes Geschichtswissen.

www.galerienindeutschland.net (*Bundesverband Deutscher Galerien und Editionen e. V. [BVDG]*). Galerieverzeichnis, Datenbanken zu Ausstellungen, Vernissagen, Informationen zum Beruf, Stellenmarkt und Messetermine.

www.gedok.de (*GEDOK – Verband der Gemeinschaften der Künstlerinnen und Kunstförderer e. V.*). Selbstdarstellung, Informationen über Literaturpreise und Musikwettbewerbe der *GEDOK*, Verweise auf Ausschreibungen, Veröffentlichungen.

www.geschkult.fu-berlin.de/e/db_entart_kunst/datenbank/index.html (*Freie Universität Berlin – Forschungsstelle »Entartete Kunst«*). Das Gesamtverzeichnis der 1937/38 in deutschen Museen beschlagnahmten Werke »entarteter Kunst« wird ab April 2010 kontinuierlich komplexweise nach nochmaliger Überprüfung der Einträge ins Netz gestellt. Es kann nur nach Künstlern und Werken befragt werden, soweit sie bereits für das Netz freigegeben wurden. Das Gesamtverzeichnis fußt auf dem von den Nationalsozialisten angelegten Beschlagnahmeinventar. Die Angaben sind dort unvollständig, ungenau und teilweise fehlerhaft. Sie wurden soweit möglich vervollständigt und berichtigt sowie um Angaben zum späteren Verbleib und dem heutigen Standort erweitert. Über die in dem Inventar verzeichneten Werke hinaus wurden als Ergänzung solche aufgenommen, die nachweislich oder laut Angabe der Herkunftsmuseen beschlagnahmt wurden, aber im Inventar nicht enthalten sind, sowie solche, die von den Museen selbst während der NS-Zeit abgegeben wurden oder ihnen auf andere Weise verloren gingen.

www.hdg.de (*Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*). Informationen über die deutsche Geschichte von 1945 bis zur Gegenwart sowie über aktuelle Ausstellungen, außerdem virtuelle Ausstellungen und interaktive Spiele, Hinweise auf die hauseigene Präsenzbibliothek und -mediathek, Lektürehinweise, Webcam, Online Museumsshop, Informationen zu internationalen Kooperationspartnern.

www.igbk.de (*Internationale Gesellschaft der Bildenden Künste [IGBK]*). Hinweise zu internationalen Ausschreibungen für bildende Künstler, Informationen zu Künstlerverbänden, Datenbanken zu Informations- und Kontaktstellen, Internationaler Künstlerausweis der *IAA UNESCO*, Arbeits- und Fördermöglichkeiten im In- und Ausland sowie Weiterbildungsanbieter, Linksammlung zu Institutionen, Europäischer Kulturpolitik und Internationalem Kulturaustausch.

www.kuenstlersozialkasse.de (*Künstlersozialkasse*). Selbstdarstellung, Informationen über Rechte und Pflichten von KünstlerInnen und Unternehmen, aktuelle Entwicklung der Rechtssprechung sowie statistische Angaben.

www.kunst-und-kultur.de (*kunst-und-kultur.de*). Datenbanken zu Museen und Galerien, bildenden KünstlerInnen und ArchitektInnen sowie zu Zeitschriften.

www.kunstfonds.de (*Stiftung Kunstfonds*). Informationen zu Fördermöglichkeiten im Bereich zeitgenössischer Bildender Kunst in Deutschland (Künstlerprogramm, Vermittlerprogramm, Verlagsprogramm).

www.kunstforum.de (*Kunstforum International*). Alle Ausgaben der Zeitschrift Kunstforum online für Abonnenten, weitere öffentlich zugängliche Informationen zu KüstlerInnen, VermittlerInnen, Veranstaltungen, Ausstellungen, Künstlerlexikon etc.

www.kunstlinks.de (*Bund Deutscher Kunsterzieher e. V. [BDK]*). Kunstportal mit vielfältigen Informationen für den Kunstunterricht, zur Kunstgeschichte und zu KünstlerInnen.

www.kunstvereine.de (*Arbeitsgemeinschaft Deutscher Kunstvereine [AdKV]*). Verzeichnis der Kunstvereine in Deutschland, Hinweise auf Publikationen und Links.

www.museumsbund.de *Deutscher Museumsbund e. V.*). Fachgruppen mit unterschiedlichen Angeboten, zum Beispiel Naturwissenschaftliche Museen, Vorstellung von Museumsberufen, Stellenangeboten, Terminen, Inhaltsverzeichnisse der Zeitschrift *Museumskunde* ab 1996 sowie alphabetisches Autorenverzeichnis, Onlineausgaben der *Bulletins*, unterschiedliche Projekte, unter anderem Internationaler Museumstag und schule@museum, Termin- und Linksammlung.

www.museumspaedagogik.org (*Bundesverband Museumspädagogik e. V.*). Kommentierte Linkliste zu verschiedenen Bereichen der Museumspädagogik (z. B. zu Akteuren, Ausbildung, Mailinglisten), umfangreiche thematische Literaturliste, Inhaltsübersicht der aktuellen Ausgabe der Zeitschrift *Standbein-Spielbein* sowie der Hefte ab 1989, Diskussionsforum, Buchvorstellungen.

www.ngbk.de (*Neue Gesellschaft für Bildende Kunst e. V. [NGBK]*). Informationen über aktuelle Ausstellungen, Archiv zu Ausstellungen und KünstlerInnen, Jahresprogramm, Publikationen, Link zu *U2 Alexanderplatz*, Informationen über die *NGBK* inklusive Satzung.

www.smb.spk-berlin.de/ifm (*Institut für Museumsforschung*). Informationen über die Aufgaben und Publikationen des Instituts sowie Datenbanken (Museen und Träger sowie Bibliographie).

www.webmuseen.de (*Das Museumsportal*). Portal für Museen und Ausstellungen im deutschsprachigen Raum, unter anderem mit Datenbank zu Museen im deutschsprachigen Raum, zu Ausstellungen; Mediathek mit Videobeiträgen über Museen und Ausstellungen.

Darstellende Kunst

www.amateurtheater-online.de (*Amateurtheater – Online*). Umfangreiche Linksammlung zu allen Bereichen und Themen rund um das Amateurtheater, Links zu den theaterpädagogischen Zentren, Diskussionsforum.

www.bag-online.de (*Bundesarbeitsgemeinschaft [BAG] Spiel und Theater e. V.*). Inhaltsübersichten der Zeitschrift *Korrespondenzen*, Informationen über Projekte, Rezensionen zur Fachliteratur, Onlineshop Eigenpublikationen.

www.ballet-tanz.de (*ballet-tanz.de*). Register aller Artikel der Zeitschrift *ballettanz* von 1994 bis 2001, Inhaltsverzeichnis und Editorial des aktuellen Heftes, Sammlung von Adressen nationaler und internationaler Ausbildungsstätten für Tanz.

www.ballett-intern.de (*Deutscher Berufsverband für Tanzpädagogik*). Adressen von Aus- und Fortbildungseinrichtungen, PreisträgerInnen des deutschen Tanzpreises seit 1983.

www.bdat-online.de (*Bund Deutscher Amateurtheater e. V.*). Veranstaltungsdatenbank, Links zu den 16 Mitgliedern des Dachverbandes, Informationen über Aus- und Fortbildungen, Leseproben der Verbandszeitschrift *Spiel und Bühne*.

www.buehnengenossenschaft.de (*Genossenschaft Deutscher Bühnen-Angehöriger [GDBA]*). Informationen zum Bühnenrecht, Leitartikel der gleichnamigen monatlichen Fachzeitschrift, Shop für Eigenpublikationen insbesondere zum Vertragsrecht, Linkliste mit Erläuterungen.

www.buehnenverein.de (*Deutscher Bühnenverein – Bundesverband deutscher Theater*). Positionspapiere, Theaterbriefe, Statistiken, Adressen der Theater und Orchester, Infos zu Berufen am Theater, Jobbörse sowie Links zu den Landesverbänden.

www.butinfo.de (*Bundesverband Theaterpädagogik e. V.*). Selbstdarstellung des Verbandes sowie Berichte über Tagungen, Projekte, Ausschussarbeit und über andere Aktivitäten aus dem weiten Feld der Theaterpädagogik.

www.dbt-remscheid.de (*Deutscher Bundesverband Tanz e. V.*). Übersicht über Veranstaltungen, Seminare, Adressen der Mitglieder: Bundesfachverbände, Landesarbeitsgemeinschaften und weitere Organisationen.

www.die-deutsche-buehne.de (*Die Deutsche Bühne*). Register der Zeitschrift bis 1996, Leseproben früherer Ausgaben, News, ausgewählte Kritiken, Premierenkompass.

www.fonds-daku.de (*Fonds Darstellende Künste e. V.*). Förderschwerpunkte, Förderrichtlinien, Übersicht über geförderte Projekte, Antragsformulare.

www.freie-theater.de (*Bundesverband Freier Theater e. V. [BUFT]*). E-Zeitung *Off-Informationen*, Links für Theaterschaffende und Informationen zu den Landesverbänden, Suche/Biete-Anstellung(en)-Forum, Hinweis und Link auf die Broschüre »über Grenzen« und Vorstellung der Eigenpublikation »Survivalkit Freie Theater«.

www.ids-ev.eu (*Interessenverband Deutscher Schauspieler*). Informationen für Schauspieler zur Aus- und Weiterbildung und Nachwuchsförderung; außerdem Onlineagentur für SchauspielerInnen, *IDS* Medientreffen.

www.inthega.de (*Interessengemeinschaft der Städte mit Theatergastspielen e. V.*). Übersichten der Mitglieder und Landesverbände, Inhaltsübersichten und Editorial der letzten zwei Ausgaben der Zeitschrift *INTHEGA Kultur Journal*, Übersicht über vergebene *INTHEGA*-Preise, Linksammlung zu Verbänden, Zeitschriften und Theatern.

www.iti-germany.de (*Zentrum Bundesrepublik Deutschland des Internationalen Theaterinstituts e. V.*). Informationen und Links zu Projekten, PDFs des aktuellen *impuls* und des *play service*, Datenbank zur Suche im Archiv von *impuls*, internationale Links zu Tanz und Theater.

www.kjtz.de (*Kinder- und Jugendtheaterzentrum in der Bundesrepublik Deutschland [kjtz]*). Online-Katalog zu Werken des Kinder- und Jugendtheaters sowie zu Literatur, Übersicht über Veranstaltungen zum Thema Kinder- und Jugendtheater, Informationen über Deutschen Kindertheaterpreis und Jugendtheaterpreis sowie Stipendien, Shop für Publikationen, Vorstellung von *ASSITEJ* international Archives inklusive einzelner Texte zum Download.

www.laft.de (*Landesverband Freier Theater in Niedersachsen e. V.*). Übersicht über freie Theater im Bundesland, deren Veranstaltungen, Kurzhinweise zu Recht, Steuern, Fördersituation sowie Monatsthemenbeiträge.

www.sk-kultur.de/tanz/ (*Deutsches Tanzarchiv Köln*). Onlinekatalog der gesammelten Tanzvideos, Hinweise auf die Präsenzbibliothek, auf die umfangreiche Zeitungsausschnittsammlung seit dem Beginn der fünfziger Jahre und auf den Beginn des Aufbaus eines Tanzarchivs.

www.tanzarchiv-leipzig.de (*Tanzarchiv Leipzig e. V.*). Systematik des Präsenzarchivs, das neben Fachliteratur Programmhefte, Plakate, Bilder, Filme, Musikalien und Periodika sammelt.

www.theaterderzeit.de (*Interessengemeinschaft Theater der Zeit*). Inhaltsübersicht der aktuellen Ausgabe der Zeitschrift mit Leseproben, Bücherliste nach Reihen und Themen geordnet, Online-Magazin *notizBlog*.

www.theaterheute.de (*Theaterheute*). Archiv mit Inhaltsverzeichnis der Zeitschrift *Theaterheute* von 2001 bis heute mit Registersuche, Termine von Premieren, von Theatersendungen in Radio und Fernsehen, Linksammlung zu deutschsprachigen Bühnen sowie ausgewählte Onlineartikel.

www.theatermanagement-aktuell.de (*TheaterManagement aktuell*). Archiv der bisherigen Ausgaben des Informationsdienstes mit Leseproben, Bookshop ausgewählter Fachbücher.

www.theaterparadies-deutschland.de (*Theater-Paradies Deutschland*). Umfangreiche Linksammlung zu Ensembles, Theatern, Verlagen, Zeitschriften, Festivals, Diskussionsforen, Institutionen, Agenturen etc.

www.theaterpolitik.de (*Institut für Kulturpolitik der Universität Hildesheim*). Die Website »Theaterpolitik« stellt Beiträge aus Theorie und Praxis zur Verfügung, um einen Dialog mit Theaterkünstlern, Theaterpolitikern und Theaterzuschauern zu führen. Weiterführende Links, Literatur und Projekte werden vorgestellt.

www.theaterverzeichnis.de (*Theaterverzeichnis Deutschland*). Deutsches Theaterverzeichnis mit Datenbank der

Theater(adressen), integrierte Stadtpläne, Ticketshop, Lexikon, Stellenmarkt, kleines Firmenverzeichnis zu verschiedenen Bereichen der Theaterbedarfs.

www.vertriebsstelle.de (*Vertriebsstelle und Verlag Deutscher Bühnenschriftsteller und Bühnenkomponisten*). Datenbank für Theaterstücke mit Nachweis der Aufführungsrechte und Bestellmöglichkeiten, Suchmöglichkeit auch nach Mundarten sowie anderen Sprachen, Autorenverzeichnis.

Musik

www.beethoven-haus-bonn.de (*Beethovenhaus in Bonn*). Das digitale Archiv des *Beethovenhauses* in Bonn präsentiert Musikhandschriften, Skizzen, Abschriften, Erstausgaben, Briefwechsel sowie ikonographische Dokumente und museale Gegenstände. Die Präsentation in Form von 26.000 Farbscans und 1.600 Audiodateien (Musikbeispiele und Hörbriefe) soll Beethovens Denken, Leben und Arbeiten sichtbar und hörbar werden lassen.

www.dmv-online.com (*Deutscher Musikverleger-Verband e. V.*). Aktuelle Nachrichten, Datenbank der Musikverlage sowie Linksammlung.

www.european-music-council.org (*Europäischer Musikrat*). Selbstdarstellung, Vorstellung einzelner Projekte, Links zu den europäischen Mitgliedern, europäischer »Musiknavigator« mit vielfältigen Verzeichnissen rund um das Thema Musik in englischer Sprache, interaktives multilinguales Musiklexikon, *EMC Newsletter*, Veranstaltungskalender des *EMC*, The Working Group Youth, Download des englischsprachigen Magazins *Sounds*, Vorstellung des Projekts *EFMET* (*European Forum for Music Education and Training*).

www.gema.de (*Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte [GEMA]*). Selbstdarstellung der Verwalterin der Nutzungsrechte der Musikschaffenden, Online-Datenbank musikalischer Werke, Lizenzhinweise, Gesetze, Aufsätze und Rechtssprechung, Online-Version der *GEMA-Nachrichten*, des *GEMA-Briefes*, Downloads der *GEMA*-Jahrbücher.

www.gvl.de (*Gesellschaft zur Verwertung von Leistungsschutzrechten [GVL]*). Urheberrechtliche Vertretung der ausübenden Künstler und der Tonträgerhersteller, Downloads von Verträgen und Formularen, Abrechnungssystem.

www.iam-ev.de (*Internationaler Arbeitskreis für Musik e. V.*). Selbstdarstellung, Jahresprogramm vielfältiger Musikkurse, Notenbibliothek für Dozenten, Konzerthinweise, Vorstellung des Seminarzentrums Kloster Malgarten, Orff & Co. – Musikpädagogisches Praktikum.

www.jeunessesmusicales.de (*Jeunesses Musicales Deutschland*). Fachverband der deutschen Jugendorchester: Kursangebote, Informationen über Preise und Wettbewerbe, Links zu Landes- und europäischen Schwesterverbänden.

www.miz.org (*Deutsches Musikinformationszentrum [MIZ] des Deutschen Musikrats*). Datenbanken zum Musikleben in Deutschland: Institutionen, KomponistInnen, Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten, Literatur, außerdem Themenportale mit News, Dokumenten, Links und weiteren Informationen zum Beispiel zu Ausbildung, Neuer Musik etc.

www.musikrat.de (*Deutscher Musikrat gemeinnützige Projektgesellschaft mbH*). Informationen über Einrichtungen und Projekte sowie Hinweise auf Publikationen.

www.musikschulen.de (*Verband deutscher Musikschulen*). Musikschuldatenbank, Veranstaltungs- und Fortbildungstermine, Shop für Eigenpublikationen, Literaturempfehlungen, Informationen über Projekte und Initiativen sowie Links zu den Landesverbänden.

www.nmz.de (*neue musikzeitung*). Aktuelle Ausgabe der Zeitung online, Stellenmarkt, Übersicht über Wettbewerbe, Kurskalender, umfangreiche Linksammlung.

www.udj.de (*Union Deutscher Jazzmusiker*). »Jazz in Deutschland« mit Verzeichnissen von MusikerInnen und Regionalübersicht von Clubs, Informationen über den Deutschen Jazzpreis, Linksammlung zum Thema Jazz und zu seinen Akteuren.

www.vg-musikedition.de (*Verwertungsgesellschaft zur Wahrnehmung von Nutzungsrechten an Editionen [Ausgaben] von Musikwerken*). Werkkatalog und rechtliche Informationen, Newsarchiv, ausgewählte Infomaterialien zum Download.

Soziokultur/kulturelle Bildung

http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de (*Institut für Geschichtswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin*). Fachforum und moderierte Informations- und Kommunikationsplattform für Historikerinnen und Historiker: Datenbanken zu Projekten, Rezensionen, Tagungsberichten, Terminen, Websites und Zeitschriften.

www.akademieremscheid.de (Akademie Remscheid für musische Bildung und Medienerziehung e. V.). Datenbank der Fortbildungsangebote, recherchierbar nach Themen, Fachbereichen und Terminen, Onlineversion des Pressedienstes *kulturarbeit aktuell*, Downloads verschiedener Aufsätze.

www.bildungsserver.de (*Deutscher Bildungsserver [DBS]*). Der *Deutsche Bildungsserver* ist ein Informationsportal zum deutschen föderalen Bildungswesen. Über seine Datenbank werden Informationen Bildungsadministratoren, Wissenschaftlern, Pädagogen, Journalisten und einer an Bildungsfragen interessierten Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

www.bjke.de (*Bundesverband der Jugendkunstschulen und kulturpädagogischen Einrichtungen [BJKE]*). Adressen und Links zu kulturpädagogischen Einrichtungen und zu den Mitgliedern des *BJKE*, Downloads von Projektinfodiensten, Hinweis auf die vom BJKE herausgegebene Zeitschrift *Infodienst. Das Magazin für Kulturelle Bildung* mit Link zur Zeitschrift.

www.bkj.de (*Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung e. V. [BKJ]*). Positionspapiere der *BKJ*, Veranstaltungshinweise, Links auf die Landesverbände und zuständigen Landesministerien, Sammlung von Bundesdrucksachen zur kulturellen Jugendbildung, Downloads von Artikeln, Informationen über Projekte.

www.bunddeutscherkunsterzieher.de (*BDK Fachverband für Kunstpädagogik e. V.*). Links zu den Landesverbänden mit Tableau zur Anzahl der jeweiligen Unterrichtsstunden der einzelnen Klassenstufen im Fach Kunst, Inhaltsübersicht der *BDK-Mitteilungen*.

www.bundesakademie.de (*Bundesakademie für kulturelle Bildung Wolfenbüttel e. V.*). Veranstaltungen in den Rubriken »kulturpolitischer Diskurs«, den einzelnen Kunstsparten, Kulturmanagement, Professionalisierung und die Sommerakademie zu kreativen Teamentwicklungsprozessen, Shop für Eigenpublikationen, aktueller Newsletter, Vorstellung des Tagungsortes.

www.dvv-vhs.de (*Deutscher Volkshochschulverband e. V.*). Portal der *Volkshochschulen* Deutschlands mit aktuellen Nachrichten, Inhaltsübersicht des aktuellen Heftes von *dis.kurs* sowie Links zu allen *Volkshochschulen* der Bundesrepublik mit deren jeweiligen Veranstaltungsangeboten.

www.eu-bildungspolitik.de (*Bundesinstitut für Berufsbildung [BIBB]*). Im Internetauftritt finden sich aktuelle Nachrichten und Hintergrundinformationen über die verschiedenen Bereiche und Initiativen der bildungspolitischen Zusammenarbeit in der EU. Zu jedem Thema werden Informationen über aktuelle politische Entwicklungen zusammengefasst, Hintergründe politischer Prozesse erläutert und die wichtigsten EU-Dokumente zum Herunterladen bereitgestellt. Das Portal gibt einen Überblick über das Themenspektrum der europäischen Bildungspolitik und stellt die wichtigsten Beschlüsse vor.

www.kultur-macht-schule.de (*Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung [BKJ]*). Das Portal »Kultur macht Schule« informiert über kontinuierliche Qualitätsentwicklung kultureller Bildungsangebote in, an und um Schulen in Deutschland. Sie bündelt und kommuniziert Informationen, Entwicklungen und Impulse rund um die Themen: Kooperationen zwischen Kultur und Schule, Kulturelle Bildung in lokalen Bildungslandschaften und kulturelle Schulentwicklung.

www.soziokultur.de (*Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren*). Aktuelle Meldungen zur Soziokultur, Links zu Landesverbänden und Soziokulturellen Zentren, vielfältige Informationen unter anderem zur Weiterbildung (Anbieter, Veranstaltungen), Beiträge und Diskussionen zu verschiedenen thematischen Bereichen, umfangreiche Linksammlung, Statistik, Onlineversion der Zeitschrift *soziokultur*, Jobbörse.

Film/Medien/Medienpädagogik

www.bjfev.de (*Bundesverband Jugend und Film e. V.*). Katalog der Filmothek, Infonetzwerk »Junge Filmszene«, Informationen über Projekte, Liste mit Fachkräften der Kinder- und Jugendfilmarbeit, Veranstaltungstermine und Links.

www.ecmc.de (*Europäisches Zentrum für Medienkompetenz GmbH*). Informationen zu verschiedenen Aspekten von Medienkompetenz (z. B. Literatur, Institutionen, Projekte, Veranstaltungen) und für unterschiedliche Zielgruppen, Link zur Datenbank »Medienkompetenz – Projekte NRW, die einen Überblick über entsprechende Projekte in Nordrhein-Westfalen gibt.

www.gmk.medienpaed.de (*Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur [GMK]*). Informationen über Wettbewerbe/Preise, Links zu Aus- und Weiterbildung in Medienpädagogik, Veranstaltungshinweise, Materialien-Onlineshop, Informationen und Links zu den Landes- und Fachgruppen.

www.gwff.de (*Gesellschaft zur Wahrnehmung von Film- und Fernsehrechten mbH*). Download von Vertragsformularen, Links zu den Fernsehanstalten.

www.jungefilmszene.de (*Bundesverband Jugend und Film e. V. [BJF]*). Informationen über Ausschreibungen, Festivals, Workshops und die junge Filmszene allgemein sowie Hinweise zu allen Bereichen, die für die Produktion von Filmen hilfreich sein können.

www.kjf.de (*Kinder- und Jugendfilmzentrum in der Bundesrepublik Deutschland*). Informationen über Medienwettbewerbe, Veranstaltungshinweise, Vorstellung und Bereitstellung von empfehlenswerten Filmen für Kinder und Jugendliche für die außerschulische Medienarbeit, Zusammenfassung auch auf englisch, französisch und spanisch.

www.netzspannung.org (*Fraunhofer-Institut für Medienkommunikation*). Medienlabor im Internet, Plattform für medienkünstlerische Produktion u.a. mit offenem Kanal für Aktivitäten und Projekte der Medienkunst und -forschung, Mediathek mit Videoaufzeichnungen von themenbezogenen Vorträgen bzw. Symposien.

www.shortfilm.de (*Internationale Kurzfilmtage Oberhausen und AG Kurzfilm*). »shortfilm.de« ist das gemeinsame Kurzfilmportal der Internationalen Kurzfilmtage Oberhausen und der *AG Kurzfilm*, dem *Bundesverband Deutscher Kurzfilm*. Nachrichten, Berichte, Veranstaltungskalender, umfangreiche Linksammlung zu Festivals, Kurzfilmszene, Kurzfilme online, Medien, Institutionen, Ausbildung etc.

www.vffvg.de (*VFF Verwertungsgesellschaft der Film- und Fernsehproduzenten mbH*). Wahrnehmung der Rechte der öffentlich-rechtlichen, privater und einiger regionaler Fernsehanstalten, virtuelles Beratungsgespräch, Links zu Datenbanken für Gerichtsurteile.

www.zkm.de (*Zentrum für Kunst und Medientechnologie [ZKM]*). Informationen über Projekte des *ZKM*, Katalog von (Medien-)KünstlerInnen und Werken

Interkultur

www.focus-migration.de (*Migration Research Group [MRG] c/o Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut gemeinnützige GmbH*). focus Migration bietet aktuelle Zahlen, Daten und Analysen zu den Themen Zuwanderung, Flucht und Asyl sowie Integration. Das Portal besteht aus drei Kernprodukten – dem Newsletter *Migration und Bevölkerung*, Kurzdossiers und Länderprofilen.

www.forum-der-kulturen.de (*Forum der Kulturen Stuttgart e. V.*). Auf den Internetseiten des Dachverbandes der Migrantenvereine und des Stuttgarter Interkulturbüros finden sich Veranstaltungshinweise sowie Angaben zum Selbstverständnis des Vereins. Ein Link führt zu ausgewählten Artikeln der interkulturellen Zeitschrift *Begegnung der Kulturen – Interkultur in Stuttgart*.

www.idaev.de/interkulturelle_oeffnung.htm (*Antirasissmusarbeit e. V. [IDA]*). Die Onlinedatenbank zur Interkulturellen Öffnung präsentiert aktuell über 150 Projekte von Jugendverbänden, die sich mit Konzepten und Ansätzen der Interkulturellen Öffnung von Jugendverbänden und zum Abbau von Diskriminierung und Gleichberechtigung beschäftigen.

www.integrationsbeauftragte.de (*Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration*). Auf diesen Seiten findet sich ein ständig aktualisiertes Informationsangebot zu Fragen der Ausländer-, Migrations- und Flüchtlingspolitik, zur Tätigkeit der Integrationsbeauftragten und weitere Hinweise zum Themenbereich.

www.interkulturpro.de (*Düsseldorfer Institut für soziale Dialoge*). Mit Materialien, Literaturhinweisen, Links sowie Weiterbildungsmöglichkeiten zur Professionalisierung im interkulturellen Kunst- und Kulturmanagement richtet sich das Angebot an KünstlerInnen sowie das Projektmanagement interkulturell ausgerichteter Kunst- und Kulturprojekte, an MitarbeiterInnen aus Kulturverwaltungen, KommunalpolitikerInnen und JournalistInnen.

www.kuf-kultur.de/einrichtungen/interkulturbuero/aktuelles.html (*Stadt Nürnberg, Amt für Kultur und Freizeit, Inter-Kultur-Büro*). Das Inter-Kultur-Büro bietet auf seinen Internetseiten eine Fülle nützlicher Veranstaltungen, Adressen, Materialien und sonstiger Infos aus dem Feld der interkulturellen Kulturarbeit in Nürnberg.

www.migration-info.de (*Netzwerk Migration in Europa e. V.* in Kooperation mit der *Bundeszentrale für politische Bildung [bpb]* und des *Hamburgischen WeltWirtschaftsInstituts [HWWI]*). migration-info.de liefert aktuelle Informationen über Migration, Integration, Zuwanderungspolitik und Bevölkerungsentwicklung weltweit. Schwerpunkte sind dabei Deutschland, Europa und Nordamerika. Außer dem seit 1998 erscheinenden Newsletter *Migration und Bevölkerung* bietet migration-info.de aktuelle Daten und Grafiken, politisch relevante Dokumente und einen aktuellen Terminkalender, der über öffentlich zugängliche Veranstaltungen und Konferenzen zur Migrationsthematik informiert.

www.migrationsmuseum.de (*DOMiD – Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland e. V.*). Ziel des Vereins ist es, in Deutschland ein Migrationsmuseum als Zentrum der Geschichte, Kunst und Kultur der Migration zu errichten. Umfangreiche Liste mit Downloads zu Materialien und Artikeln zum Thema sowie Linkliste zu Institutionen.

www.nrw-kulturen.de (*Staatskanzlei NRW – Kulturabteilung*). Interkulturelle KünstlerInnen- und Veranstaltungsdatenbank nebst umfangreicher Linksammlung interkulturell tätiger Fachverbände.

Autorinnen und Autoren

SVETLANA ACEVIC, geb. 1975, Projektkoordinatorin beim *Forum der Kulturen Stuttgart*, Vorstandsmitglied der *Kulturpolitischen Gesellschaft*, Stuttgart

ULRIKE BLUMENREICH, geb. 1974, wissenschaftliche Mitarbeiterin des *Instituts für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V.*, Bonn

DR. ROLF BOLWIN, geb. 1950, Geschäftsführender *Direktor des Deutschen Bühnenvereins– Bundesverband der Theater und Orchester*, Köln

MECHTHILD EICKHOFF, geb. 1970, Geschäftsführerin des *Bundesverbands der Jugendkunstschulen und Kulturpädagogischen Einrichtungen* und Vorsitzende des Kuratoriums des *Fonds Soziokultur e. V.*, Unna

DR. PATRICK SINCLAIR FÖHL, geb. 1978, Leiter der Forschungsgruppe »Regional Governance im Kulturbereich«, Potsdam, freischaffender Kulturberater und Dozent

PROF. DR. MAX FUCHS, geb. 1948, Direktor der *Akademie Remscheid*, Präsident des *Deutschen Kulturrates*, lehrt Kulturarbeit an den Universitäten Basel und Duisburg-Essen, Remscheid

PROF. MONIKA HAGEDORN-SAUPE geb. 1952, stellvertretende Leiterin des *Institut für Museumsforschung – Staatliche Museen zu Berlin Preußischer Kulturbesitz*, Honorarprofessorin an der *Hochschule für Technik und Wirtschaft in Berlin*

Klaus Hebborn, geb. 1956, Beigeordneter für Bildung, Kultur und Sport des *Deutschen Städtetages*, Köln und Berlin

PROF. DR. SUSANNE KEUCHEL, geb. 1966, geschäftsführende Direktorin des *Zentrums für Kulturforschung* (*ZfKf*) in St. Augustin, Honorarprofessorin am *Institut für Kulturpolitik der Universität Hildesheim*, Bonn

PROF. DR. ARMIN KLEIN, geb. 1951, Professor für Kulturwissenschaften und Kulturmanagement am *Institut für Kulturmanagement Ludwigsburg* und Vorstandsmitglied der *Kulturpolitischen Gesellschaft*, Ludwigsburg

TOBIAS J. KNOBLICH, geb. 1971, Geschäftsführer des *Landesverbandes Soziokultur Sachsen*, ab 2011 Kulturbeauftragter der Landeshauptstadt Erfurt, Vizepräsident der *Kulturpolitischen Gesellschaft*, Dresden

PIUS KNÜSEL, geb. 1957, Direktor der *Schweizer Kulturstiftung Pro Helvetia*, Zürich

FRANZ KRÖGER, geb. 1957, wissenschaftlicher Mitarbeiter des *Instituts für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V.*, Bonn

PROF. DR. BIRGIT MANDEL, geb. 1963, verantwortlich für den Studienbereich »Kulturmanagement und Kulturvermittlung« im *Institut für Kulturpolitik* der *Universität Hildesheim*, Vorstandsmitglied des *Fachverbandes für Kulturmanagement in Forschung und Lehre*

GERALD MERTENS, geb. 1959, Rechtsanwalt in Berlin, Geschäftsführer der *Deutschen Orchestervereinigung* und leitender Redakteur der Zeitschrift *das Orchester*, Berlin

DR. MARKUS MORR, geb. 1962, Presse- und Kulturreferent des Landkreises Marburg-Biedenkopf, Marburg

BERND NEUMANN, geb. 1942, Staatsminister bei der Bundeskanzlerin, *Beauftragter der Bundesregierung für Kultur und Medien*, Berlin

LINN QUANTE, geb. 1984, Diplom-Kulturarbeiterin, München

PROF. DR. KARL-HEINZ REUBAND, geb. 1946, Professor für Soziologie an der *Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf,* Düsseldorf

JUN.- PROF. DR. MARKUS RHOMBERG, geb. 1979, Juniorprofessur für Politische Kommunikation an der *Zeppelin Universität Friedrichshafen*, Vertretungsprofessor für Empirische Kommunikationsforschung am *Institut für Journalistik und Kommunikationswissenschaft an der Universität Hamburg*, Hamburg

DR. DIETER ROSSMEISSL, geb. 1948, berufsmäßiger Stadtrat in Erlangen, Referent für Kultur, Jugend und Freizeit, Vorsitzender des Kulturausschusses *Bayerischer Städtetag*, Vorstandsmitglied der *Kulturpolitischen Gesellschaft*, Erlangen

PROF. DR. OLIVER SCHEYTT, geb. 1958, Präsident der *Kulturpolitischen Gesellschaft e. V.*, Geschäftsführer der Kulturhauptstadt Europas *RUHR.-2010 GmbH,* Professor für Kulturpolitik an der *Hochschule für Musik und Theater Hamburg*

DR. RONALD MICHAEL SCHMIDT, geb. 1951, Leiter der *Deutschen Bibliotheksstatistik (DBS)*, *Hochschulbibliothekszentrum des Landes Nordrhein-Westfalen*, Köln

PROF. DR. WOLFGANG SCHNEIDER, geb. 1954, Direktor des *Instituts für Kulturpolitik der Universität Hildesheim*, Hildesheim

DR. NORBERT SIEVERS, geb. 1954, Geschäftsführer der *Kulturpolitischen Gesellschaft e. V.*, Bonn

SEBASTIAN SOOTH, geb. 1978, Projektmanager für Medien-, Web 2.0-, Kulturprojekte und Events und Mitgründer von *hallenprojekt.de*, Berlin

ANDRÉ STÖRR, geb. 1975, Referent für Kreativwirtschaft, Mittelstandspolitik im *Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Technologie* und Vorsitzender der *Kulturinitiative Thüringen e. V.*, Weimar

DR. THOMAS STRITTMATTER, geb. 1949, freier Mitarbeiter des *Instituts für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V.*, Hohen Neuendorf

JUN.- PROF. DR. MARTIN TRÖNDLE, geb. 1971, Juniorprofessur für Kulturbetriebslehre und Kunstforschung an der *Zeppelin Universität Friedrichshafen*, Leiter von »Concerto$^{21.}$ – die Sommerakademie für Aufführungskultur und Musikmanagement« der *Alfred Toepfer Stiftung F. V. S.,* Berlin

DR. BERND WAGNER, geb. 1948, wissenschaftlicher Leiter des *Instituts für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft*, Bonn/Frankfurt am Main

KLAUS WINTERFELD, geb. 1961, *Amt für Kultur und Denkmalschutz* der Landeshauptstadt Dresden und Dozent am Studiengang »Kultur und Management« der *Dresden International University*, Leipzig

PROF. DR. WOLFGANG ZACHARIAS, geb. 1941, Kunst- und Kulturpädagoge in München, Honorarprofessur *Hochschule Merseburg,* Sprecher der *Regionalgruppe Bayern der Kulturpolitischen Gesellschaft*, München

Jahrbuch für Kulturpolitik 2009, Band 9

Herausgegeben für das Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V. von Bernd Wagner • 505 Seiten • 19,90 Euro

Thema: Erinnerungskulturen und Geschichtspolitik

Inhalt

NORBERT LAMMERT Bikini-Verkäufer am FKK-Strand?. Der Staat und die Erinnerungskultur

WOLFGANG THIERSE Kulturnation des Erinnerns und der Orientierung

THOMAS STERNBERG Erinnerungskultur und Memopolitik

HERMANN GLASER Gedächtniskultur. Individuelles und kollektives Erinnern

MONIKA GRÜTTERS Das Gedächtnis der Deutschen

MONIKA GRIEFAHN Zentrale Aspekte der Erinnerungskultur und Geschichtspolitik des Bundes

HANS-JOACHIM OTTO Baustellen des Gedenkens

LUKREZIA JOCHIMSEN Die linke Gegenstimme zu: Erinnerungskultur und Geschichtspolitik

KATRIN GÖRING-ECKARDT Für ein kritisches Geschichtsbewusstsein

ERIK MEYER Die Gedenkstättenkonzeption des Bundes als Instrument geschichtspolitischer Steuerung

EVA-MARIA STANGE Erinnern – Gedenken – Aufklären

ANDRÉ SCHMITZ 20 Jahre Mauerfall. Der lange Weg zu einer gemeinsamen Erinnerungskultur

RALF LUNAU Identität durch bürgerschaftliches Selbstbewusstsein und kritische Auseinandersetzung

RAINER ECKERT Gedenkstätten, Museen, Forschungseinrichtungen und Geschichtsinitiativen in der Auseinandersetzung mit der kommunistischen deutschen Diktatur

IRMGARD ZÜNDORF DDR-Museen als Teil der Gedenkkultur in der Bundesrepublik Deutschland

TOBIAS J. KNOBLICH Aus der DDR in die Transformationsgesellschaft

CLAUS LEGGEWIE Schlachtfeld Europa. Transnationale Erinnerung und europäische Identität

CAMILLE MAZÉ Von Nationalmuseen zu Museen europäischer Kulturen

HELGA TRÜPEL Haus der europäischen Geschichte

KLAUS-DIETER LEHMANN Lücken im kulturellen Gedächtnis

ROLAND BERNECKER Die globale Dimension der Erinnerungskultur

DOROTHEA KOLLAND In die Geschichte einblenden: Geschichte, divers erzählt

VIOLA B. GEORGI Zur Aneignung, Verhandlung und Konstruktion von Geschichtsbildern in der deutschen Migrationsgesellschaft

MICHAEL FEHR Überlegungen zu einem »Migrationsmuseum« in der Bundesrepublik

AYTAC ERYILMAZ, MARTIN RAPP Wer spricht? Geteilte Erinnerungen in der Migrationsgesellschaft

KARIN VON WELCK Auf einem guten Weg: Erinnerungskultur und Gedenkstätten in Hamburg

HANS-GEORG KÜPPERS, URSULA SAEKEL Zeitgeschichtliche Erinnerungsarbeit in München

HANS WALTER HÜTTER Lebendiges Erinnern. Vermittlung von Zeitgeschichte als Aufgabe

LUISE TREMEL, THOMAS KRÜGER Erinnerungskultur und politische Bildung

MICHA BRUMLIK Der Krieg, die Vaterlosigkeit und das Unheimliche

JÖRG-UWE NIELAND Vom popmusikalischen Erinnern

WINFRED KAMINSKI Wenn Geschichte ins (Computer)-Spiel kommt

Jahrbuch für Kulturpolitik 2008, Band 8

Herausgegeben für das Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V.
von Bernd Wagner • 509 Seiten • 19,90 Euro

Thema: Kulturwirtschaft und Kreative Stadt

Inhalt

PETER BENDIXEN Kultur und Wirtschaft – Zwei Seiten einer Medaille?

ARMIN KLEIN Zwischen Markt, Staat und (Zivil-) Gesellschaft

ANDREAS JOH. WIESAND Götterdämmerung der Kulturpolitik?

DIETER GORNY, OLIVER SCHEYTT Im Wandel begegnen wir unserer Kreativität

FRIEDRICH GNAD, KLAUS R. KUNZMANN Kultur- und Kreativwirtschaft in Nordrhein-Westfalen

KATHARINA SCHWALM-SCHÄFER »Create.NRW« – ein Wettbewerb als Entwicklungsprogramm

CHRISTIAN ANTZ Kreativwirtschaft aus der Provinz?

CHRISTOPH BACKES, SYLVIA HUSTEDT Das »Modell Aachen« – ein politik- und spartenübergreifender Erfolgsansatz

MANFRED GAULHOFER, DIETER HASELBACH Ein ökonomischer Blick auf den Kultur- und Musiksektor

RALF EBERT Über Entwicklung und Zukunft in der sich transformierenden Industriestadt Dortmund

PETER KURZ Das Mannheimer Modell – ein Beispiel für einen erfolgreichen Start in die Kreativwirtschaft

VOLKER HELLER Kulturwirtschaft und die Aufgaben der Kulturpolitik

VOLKMAR STRAUCH Plädoyer für einen ressortübergreifenden, integrierten Ansatz in der Kulturwirtschaftspolitik

KLAUS HEBBORN Kulturpolitik und Kulturwirtschaft aus Sicht der Städte

RITA PAWELSKI Zusammenspiel mit Augenmaß zwischen Kultur- und Wirtschaftspolitik

MONIKA GRIEFAHN Kulturwirtschaft und kulturelle Intelligenz

HANS-JOACHIM OTTO Kultur und Kreativität als urbane Ressource

LOTHAR BISKY Die Kulturwirtschaft als »Wundertüte«?

KATRIN GÖRING-ECKARDT Kultur – diesseits und jenseits des Reichs der Notwendigkeit

VERONIKA RATZENBÖCK, ANJA LUNGSTRAß Der Weg der Kreativwirtschaft/Creative Industries in Österreich

HELGA TRÜPEL Kulturwirtschaft in der europäischen Diskussion

CORNELIA DÜMCKE Kulturwirtschaft in Entwicklungsländern

WALTER SIEBEL Was macht eine Stadt kreativ?

ALBRECHT GÖSCHEL Kreative Stadt: Modernisierung mit Folgen

KARIN VON WELCK Talentstadt Hamburg« – Hamburgs Beitrag zur Diskussion um die kreative Stadt

WILLFRIED MAIER Was passiert, wenn eine Stadt auf Kreativität setzt?

CLAUDIA ROTH, REINHARD OLSCHANSKI Für eine einbeziehende Kreativitätspolitik

MAX FUCHS, OLAF ZIMMERMANN Höhen und Tiefen des Arbeitsmarktes Kultur

BIRGIT MANDEL Die Neuen Kulturunternehmer – Prekariat oder Vorreiter und Visionäre

HELENE KLEINE Entlegene Provinzen – kreative Regionen

ELMAR D. KONRAD Unternehmertum in der Kulturarbeit

MICHAEL SÖNDERMANN Öffentliche Kulturfinanzierung in Deutschland 2007. Ergebnisse aus der Kulturstatistik

Jahrbuch für Kulturpolitik 2007, Band 7

Herausgegeben für das Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V. von Bernd Wagner und Norbert Sievers • 485 Seiten • 19,90 Euro

Thema: Europäische Kulturpolitik

Inhalt

JÖRN RÜSEN Europäische Identitätsbildung durch Kultur?

OTTO SINGER Vielfalt als Programm – Einheit als Ziel. Paradoxien kultureller Identitätspolitik in Europa

THOMAS KRÜGER Wer hat eigentlich Interesse an einer europäischen Öffentlichkeit?

GOTTFRIED WAGNER Europäische Kulturpolitik – mein Gott, was soll das denn sein?

HANS-GEORG KNOPP Ein europäisches Verhältnis

KATHINKA DITTRICH Kultur als integrierte Komponente der EU-Außenbeziehungen?

DOROTHEA KOLLAND Eine vergessene Dimension: Die Banlieues von Europa

JOHANNES BRONISCH Europas Kern in der intellektuellen Debatte. Konturen eines Verständigungsproblems

HELGA TRÜPEL Europa besser machen. Die Kulturpolitik des Europäischen Parlaments und seines Kulturausschusses

MANFRED DAMMEYER Der Ausschuss der Regionen und europäische kulturpolitische Entscheidungen

BARBARA GESSLER Kommunikationsstrategien für Europa

KATHRIN MERKLE, ROBERT PALMER Der Europarat und seine kulturpolitischen Aktivitäten

ROLAND BERNECKER Die UNESCO und die Deutsche UNESCO-Kommission

HANS-JÜRGEN BLINN Staatliche Kulturförderung und freier Markt

GERHARD PFENNIG Kulturordnungspolitik in der EU

DORIS GAU Bund – Länder – Europa: Deutsche Interessenvertretung in der europäischen Kulturpolitik

ULF GROßMANN Europäische Kulturpolitik – Implikationen für die Arbeit des Kulturausschusses des Deutschen Städtetages

KURT EICHLER Europa vor Ort. Perspektiven für den europäischen Kulturaustausch aus kommunaler Sicht

RUTH JAKOBI Kulturelle Netzwerke in Europa. Zivilgesellschaftliches Engagement für europäische Kulturpolitik

PATRICK GLOGNER Kulturpolitische Interessenrepräsentation auf europäischer Ebene

ANDREAS KÄMPF Phönix oder lahme Ente? Von Kulturzentren, Soziokulturellen Zentren, Netzwerken und Romantik

CHRISTINE BECKMANN Die Kulturförderung der Europäischen Union

SABINE BORNEMANN Die Cultural Contact Points. Nationale Kontaktstellen für das europäische Förderprogramm »KULTUR«

EDDA RYDZY Gelungener Start. Voraussetzungen für einen Qualitätssprung im Kulturhauptstadtjahr 2010

OLIVER SCHEYTT Kulturhauptstadt Ruhr 2010

WILFRIED GÖRMAR Kultur als Faktor der Raumentwicklung – der Beitrag transnationaler Programme

JO GROEBEL Europäische Medienpolitik. Zwischen Uniformität und Pluralismus, zwischen Tradition und Zukunft

HORTENSIA VÖLCKERS Europäische Kultur-Innenpolitik: Praktische Ansätze

THOMAS WEIS Europäische Kulturpolitik – Das Praxisfeld Bildende Künste

MICHAEL SÖNDERMANN Der Kultursektor als Beschäftigungs- und Wirtschaftsfaktor in Europa. Wege zu einer europäischen Kulturstatistik

Jahrbuch für Kulturpolitik 2006, Band 6

Herausgegeben für das Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V.
von Norbert Sievers und Bernd Wagner • 479 Seiten • 19,90 Euro

Thema: Diskurs Kulturpolitik

Inhalt

HILMAR HOFFMANN: Spannungen und Konvergenzen. Interkultureller Dialog im Inneren und im Äußeren

JULIAN NIDA-RÜMELIN: Herausforderungen der Kulturpolitik

MONIKA GRIEFAHN: Mit kultureller Kompetenz gegen die ökologische Krise

PETER BENDIXEN: Kultur und Kunst – öffentliches Gut oder kommerzielle Dienstleistung?

JÖRG STÜDEMANN: Für eine Kulturpolitik der Zweiten Moderne

WALTER SIEBEL: Gefährdungen, Chancen und Widersprüche der Stadtkultur

NORBERT LAMMERT: Verfassungspatriotismus und Leitkultur

GERHARD SCHULZE: Auf der Suche nach der besten aller Welten

EVA KRINGS: »Art is that what makes life more interessting than art« Lebensstile als uneingelöstes Motiv von Kulturpolitik

DIETER GORNY: »Big Brother« ist kein Modell – weder sozial noch medial

MAX FUCHS: Gesellschaft und Kultur im kulturpolitischen Diskurs

ROLF G. HEINZE: Stagnationsgesellschaft und die Suche nach Bürgerengagement

HERMANN SCHWENGEL: Kulturelle Globalisierung

OLAF SCHWENCKE, EDDA RYDZY: Kulturelle Vielfalt – Agens europäischer Entwicklung und Herausforderung deutscher Kulturpolitik

WOLFGANG THIERSE: Kulturelle Dimensionen der Deutschen Einheit. Über Differenz und Innovation in unserer Kulturnation

HERMANN GLASER: »Bürgerrecht Kultur« – eine geistesgeschichtliche Vignette

MICHAEL SÖNDERMANN: Öffentliche Kulturfinanzierung in Deutschland 2005

KARIN VON WELCK: Kunst und Kultur als Standortfaktoren

DOROTHEA KOLLAND: Kulturelle Vielfalt: Diversität und Differenz

IRIS MAGDOWSKI: Dialoge führen – Austausch fördern

HANS-HEINRICH GROSSE-BROCKHOFF: Gemeinsam für Kunst und Kultur

MICHAEL FEHR: Unzeitgemäße Überlegungen zum Status und zur Zukunft der Museen

VOLKHARD KNIGGE: Erinnerungskultur. Zwischen Vergangenheitsgerede

GERHARD PFENNIG: Kulturpolitik von 1969 bis heute – aus der Perspektive der Kunst

BERND WAGNER: Konzeptionelle Spannungsfelder kulturpolitischer Neuorientierung

BOSILJKA SCHEDLICH: Kultur in Konflikten und Kriegen

ALBRECHT GÖSCHEL: Identitäts- und Imagepolitik: Revision kulturpolitischer Reformen

KNUT NEVERMANN: Bund und Länder in der Kulturpolitik

DIETER KRAMER: Metropolen und Umland: Kulturanalyse und Kulturpolitik

HORTENSIA VÖLCKERS: »Anstalten machen!« – Kulturförderung zwischen Institution und Projekt

TOBIAS J. KNOBLICH: Neue Kulturpolitik in den Neuen Bundesländern?

OLIVER SCHEYTT: Aufgaben der Kulturpolitik

SUSANNE BINAS-PREISENDÖRFER: Verteilungsplan, ideologische Konstruktion und sozialer Filter

ARMIN KLEIN: Angebot und Nachfrage. Modernisierung der Neuen Kulturpolitik

NORBERT SIEVERS: Was bleibt? Was fehlt? Kulturpolitik als Modernisierungsprozess

Jahrbücher für Kulturpolitik 2000–2005

Herausgegeben für das Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V.
von Bernd Wagner und Thomas Röbke • zwischen 468 und 540 Seiten • jeweils 19,90 Euro

Band 1: Bürgerschaftliches Engagement (2000)

Unter anderem mit Beiträgen von:

Julian Nida-Rümelin, Wolfgang Thierse, Warnfried Dettling, Rolf G. Heinze, Annette Zimmer, Joachim Braun, Michael Naumann, Wilhelm Schmid, Hermann Glaser, Olaf Zimmermann, Thomas Oppermann, Gerd Harms, Bernd Meyer, Michael Bürsch, Adalbert Evers, Doris Gau, Olaf Schwencke, Christoph Weckerle, Franz-Otto Hofecker, Michael Söndermann

Band 2: Kulturföderalismus (2001)

Unter anderem mit Beiträgen von:

Julian Nida-Rümelin, Oliver Scheytt, wolfgang Thierse, wolfgang clement, Bernhard Vogel, Norbert Lammert, Hans-Joachim Otto, Hans Zehetmair, Michael Vesper, Johanna Wanka, Ruth Wagner, Hermann Glaser, Peter Häberle, Max-Emanuel Geis, Dieter Rübsaamen, Max Fuchs, Olaf Zimmermann, Volker Plagemann, Klaus-Dieter Lehmann, Karin von Welck, Jörg Haspel, Cornelia Dümcke, Tobias Knoblich, Doris Gau, Bernd Meyer, Daniel Cohn-Bendit, Olaf Schwencke, franz-Otto Hofecker

Band 3: Interkultur (2002/03)

Unter anderem mit Beiträgen von:

Christina Weiss, Rita Süssmuth, Wolfgang thierse, Peter Müller, Klaus Bade, Franz Nuscheler, Albert Maximilian Schmid, Kerstin Müller, Marieluise Beck, Erol Yildiz, Faruk Şen, Dirk Halm, Carmine Chiellino, Mark Terkessidis, Naseem Khan, Katharina Noussi-Scheba, Dorothea Kolland, Thomas Flierl, Inka Manthey, Jörg Stüdemann, Iris Magdowski, Jürgen Markwirth Michael Vesper, Peter Frankenberg, Eckhardt Barthel, Günter Nooke, Hans-Joachim Otto, Thomas Krüger, Roberto Ciulli, Tobias J. Knoblich, Max Fuchs, Georg Ruppelt, Christoph Weckerle

Band 4: Theaterdebatte (2004)

Unter anderem mit Beiträgen von:

Christina Weiss, Johannes Rau, roland Schneider, peter Iden, Andrzej Wirth, Henning Fülle, Dietmar N. Schmidt, Cornelia Dümcke, Klaus Pierwoß, armin Klein, Frank-Olaf Brauerhoch, Stephan Märki, wolfgang J. Ruf, Rolf Bolwin, Tom Stromberg, Knut Nevermann, Hans-Georg Küppers, Peter Vermeulen, Urs Bircher, Wolfgang Schneider, Dieter Hadamczik, Kirsten Haß, David Ranan, Victor Scoradet, Peter Frankenberg, Michael Vesper, alice Ströver, monika Griefahn, Antje Vollmer, Günter Nooke, Hans-Joachim Otto

Band 5: Kulturpublikum (2005) vergriffen